



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

Bremisches Jahrbuch

Historische Gesellschaft Bremen

Bremen, 1864-

Band 97 [2018]

[urn:nbn:de:gbv:46:1-386](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:46:1-386)

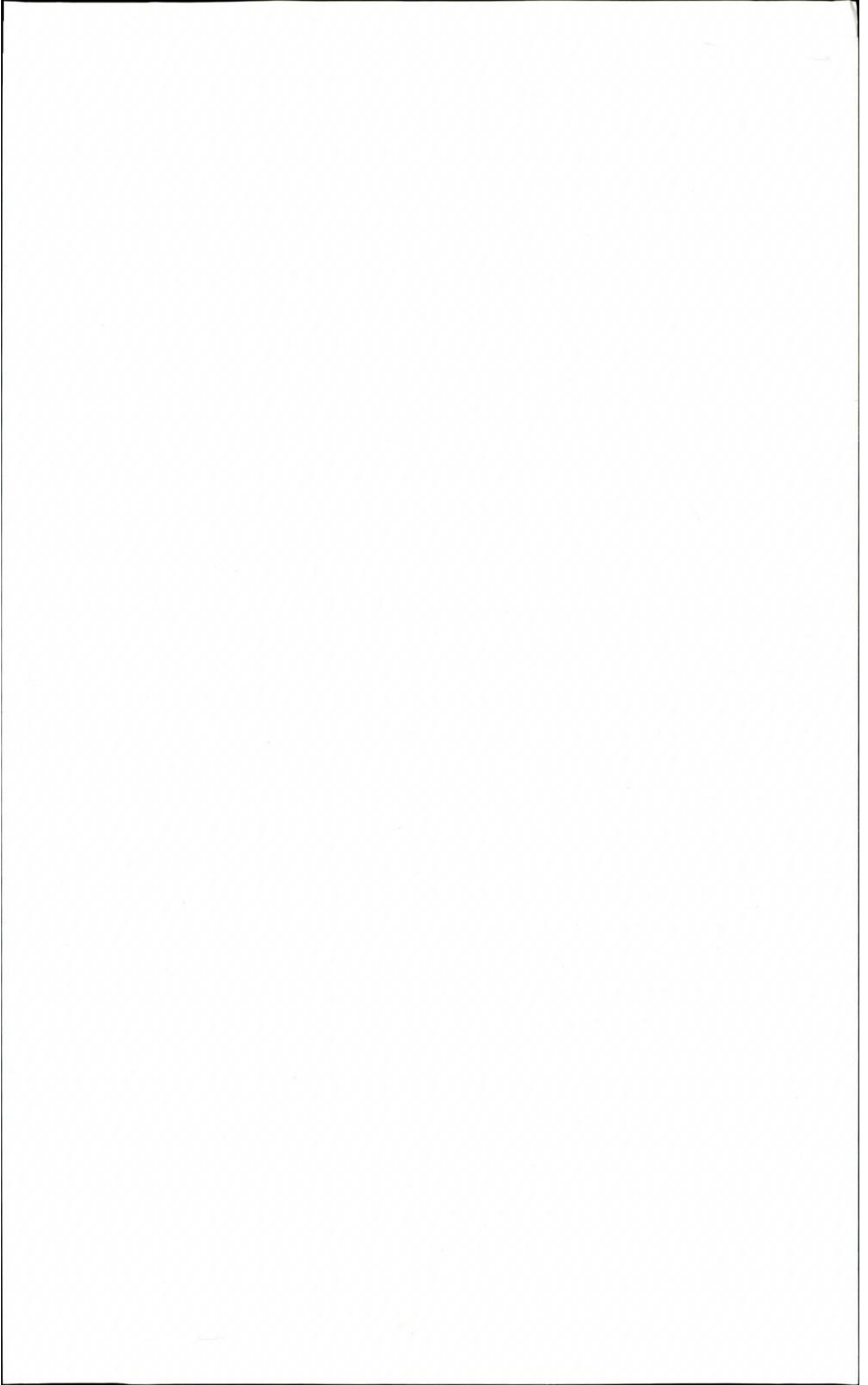
Bremisches Jahrbuch

Band 97 · 2018

Staatsarchiv Bremen



BREMISCHES JAHRBUCH · BAND 97 · 2018



BREMISCHES JAHRBUCH

In Verbindung mit der
Historischen Gesellschaft Bremen
herausgegeben vom
STAATSARCHIV BREMEN

BAND 97 · 2018

Selbstverlag des Staatsarchivs Bremen

Das BREMISCHE JAHRBUCH erscheint seit 1863.

REDAKTION:

Konrad Elmshäuser

REDAKTIONSAUSSCHUSS:

Jörn Brinkhus, Brigitta Nimz, Bettina Schleier

Die Redaktion bittet, Zuschriften, Manuskripte und Rezensionsexemplare an das Staatsarchiv Bremen, Am Staatsarchiv 1, 28203 Bremen, zu richten.

Sie finden Band 1 (1863) bis Band 94 (2015) des Bremischen Jahrbuchs vollständig im Internet unter:

<http://brema.suub.uni-bremen.de>

Anmeldungen zur Mitgliedschaft in der Historischen Gesellschaft Bremen, die zum freien Bezug des Jahrbuchs berechtigt, nimmt die Geschäftsstelle unter derselben Adresse und über info@historische-bremen.de gerne entgegen. Der Jahresbeitrag für Einzelmitglieder beträgt 25,- Euro.

Die Historische Gesellschaft Bremen dankt der Sparkasse Bremen für die Gewährung großzügiger finanzieller Unterstützung zum Druck des Bremischen Jahrbuchs.

Satz und Lithografie: taips. Bremen
Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier von
Geffken & Köllner, Bremen

ISSN 0341-9622 – ISBN 978-3-925729-84-3

Inhalt

Titelbild und Erläuterung

- Kriegsgefahr und Stadtentwicklung – Die erste Vermessung der Bremer Neustadt im Juni 1618
Von *Konrad Elmshäuser* 11

Aufsätze

- Bemalte Wandputzfragmente aus Bremens erstem Steindom.
Motive, Rekonstruktion und Kontext im karolingischen Sachsen
Von *Henri Hoor* 22
- Die Lindemannsche Knabenerziehungsanstalt in Lehe –
Zwei Bildquellen zur bremischen Schulgeschichte im 19. Jahrhundert
Von *Thomas Elsmann* 39
- Ein Palmenhaus aus Bremen für Adelaide – und andere bremische
Gewächshäuser
Von *Alfred Löhr* 51
- Bremer Autorinnen und Autoren des 19. und 20. Jahrhunderts.
Eine Vergegenwärtigung
Von *Johann-Günther König* 93
- Wasser für die Stadt am Wasser. Zum Bau der längsten Wasserleitung
Europas, der Harzwasserleitung zur Versorgung Bremens 1933/34
Von *Horst A. Wessel* 126
- Erneut vor Gericht: Das Devisenstrafverfahren gegen die
Brüder Lahusen 1941
Von *Harald Wixforth* 143
- Die frühen Jahre von Radio Bremen und die Rundfunkpolitik von
Wilhelm Kaisen
Von *Peter von Rüden* 164
- Thomas Francis Dunn – Vom Handelsagenten zum Direktor der
amerikanischen Militärregierung in Bremen
Von *Heiko Herold* 185

»Auf bremisches Ersuchen begnadigt« Der Senat Kaiser IV und die
Begnadigung des SS-Brigadeführers Generalmajor Erwin Schulz
Von *Hans Wrobel* 205

Die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) Gustav Heinemanns in Bremen:
»Mit Rüstung fängt ein Krieg stets an, wer Frieden will, wählt Heinemann!«
Von *Christoph Stamm* 236

Kurt Nemitz – Zeitzeuge der NS-Verfolgung, Wirtschaftspolitiker und
»soziales Gewissen« der Deutschen Bundesbank
Von *Karl Marten Barfuss* 286

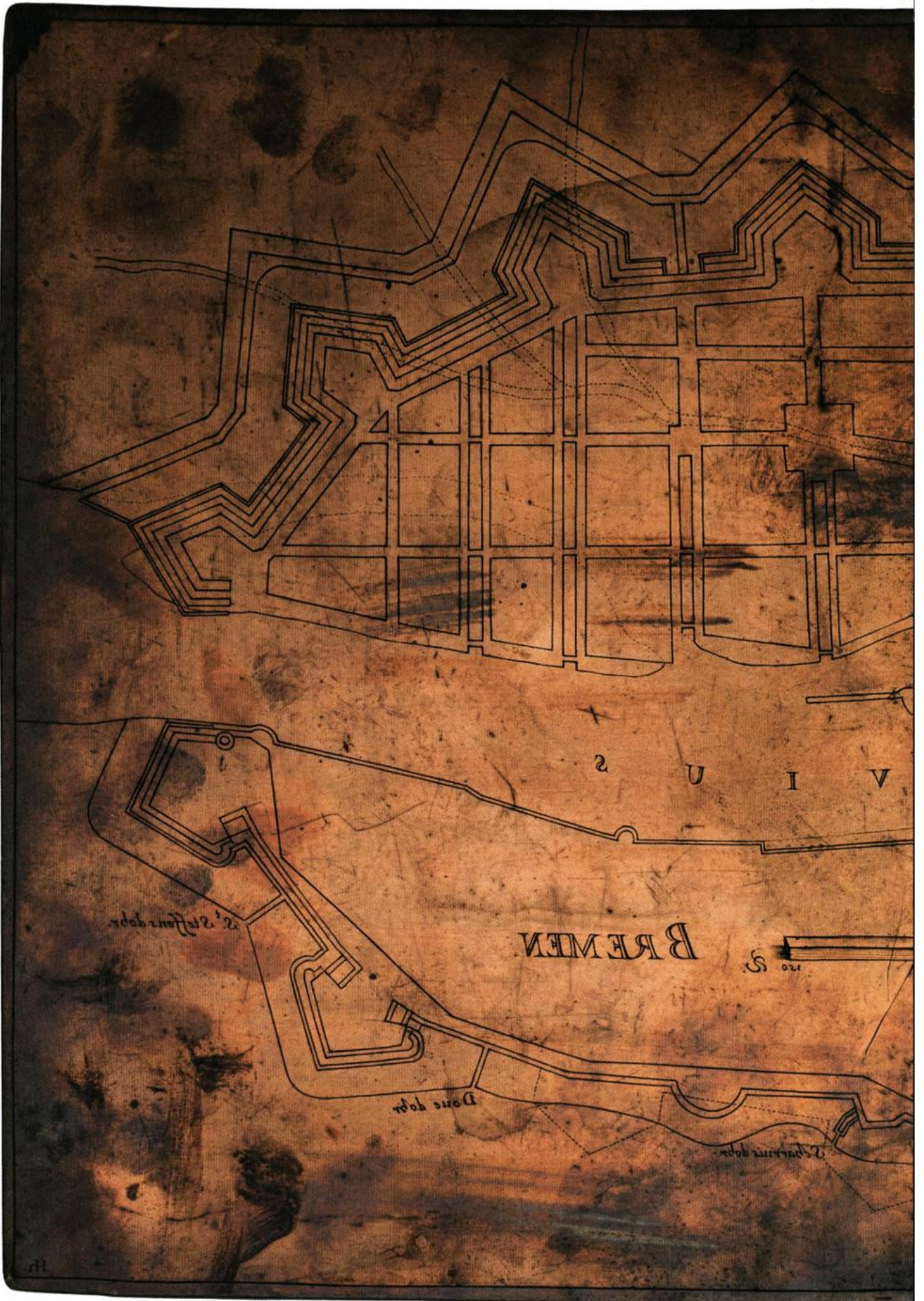
Nachruf

Prof. Dr. Peter Kuckuk (9. 7. 1938 – 27. 8. 2018)
Von *Konrad Elmshäuser* 305

Rezensionen und Hinweise

- Begerow, Thomas u. a. (Hrsg.): 200 Jahre Evangelische Kirchengemeinde Vegesack 1817–2017 (*Konrad Elmshäuser*) 307
- Behne, Axel und Steimer, Hans Gerhard (Hrsg.): Hermann Allmers. Briefwechsel mit Freunden in der Ferne 1855–1879 (*Thomas Elsmann*) .. 308
- Binter, Julia (Hrsg.): Der blinde Fleck. Bremen und die Kunst in der Kolonialzeit (*Jörn Brinkhus*) 308
- Bremische Evangelische Kirche (Hrsg.): Bremische Kirchengeschichte von der Reformation bis zum 18. Jahrhundert (*Friedrich Seven*) 309
- Diehl, Rolf und Obergehtmann, Frank: Die Bremer Vahr. Leben in einem modernen Stadtteil (*Konrad Elmshäuser*) 312
- Eckhardt, Albrecht: Von der sozialistischen Revolution zur praktischen Tagespolitik und Staatsverwaltung. Das Direktorium des Freistaats Oldenburg in seinen Protokollen 1918/19 (*Jörn Brinkhus*) 313
- Ehram, Thomas (Hrsg.): Friedo Lampe. Briefe und Zeugnisse (*Konrad Elmshäuser*) 313
- Fischer, Norbert: Von Seedeichen und Sturmfluten. Zur Geschichte der Deiche in Cuxhaven (*Bettina Schleier*) 315
- Focke, Harald und Kludas, Arnold: Auf der Weser. Fotografien von Karl-Heinz Schwadtke aus den 1960er Jahren in Bremen und Bremerhaven (*Christian Ostersehlte*) 316
- Focke-Museum (Hrsg.): Protest + Neuanfang. Bremen nach 1968 (*Eva Determann*) 317

Heimatverein Worpswede e.V. (Hrsg.): 800 Jahre Worpswede 1218 – 2018. Menschen, Bilder & Geschichten (<i>Konrad Elmshäuser</i>)	320
Kloft, Hans (Hrsg.): Bürgersinn und Vereinskultur. Vereine im Stadtstaat Bremen (<i>Maria Hermes-Wladarsch</i>)	321
Lauschke, Karl: Widerstand lohnt sich! Die Geschichte der Bremer Hütte – oder: Wieso wird heute noch Stahl in Bremen produziert? (<i>Jörn Brinkhus</i>)	324
Möller, Gerwin: Grollander Geschichte(n). Zur Entstehung und Entwicklung einer Bremer Gartenstadtsiedlung (<i>Eva Determann</i>)	325
Niehoff, Lydia u. a.: »Das Geheimnis des Glücks«. Die Diakonie der St. Petri Domgemeinde in Bremen (<i>Konrad Elmshäuser</i>)	328
Schlumbohm, Jürgen: Verbotene Liebe, verborgene Kinder. Das geheime Buch des Göttinger Geburtshospitals 1794 – 1857 (<i>Bettina Schleier</i>)	329
Schulmuseum Bremen (Hrsg.): »Trau keinem über 30« – Schule und Jugendkultur 1960 bis 1975 (<i>Brigitta Nimz</i>)	331
Schulz, Peter: Ein gutes Stück Bremen. 65 Jahre Bremer Heimstiftung. Historische Gebäude und Liegenschaften (<i>Jürgen Tremper</i>)	332
Strauß-von Poellnitz, Annemarie: Umbrüche und Zeitenwenden. 120 Jahre NORDSEE-ZEITUNG, Nordwestdeutsche Zeitung (<i>Lars Worgull</i>)	333
Wetjen, Peter: Riemen- und Schotbruch – zu den Anfängen des Wassersports in Bremen und umzu (<i>Jürgen Tremper</i>)	335
Jahrbuch der Wittheit zu Bremen. Bd. 2014 – 2017.....	337
Denkmalpflege in Bremen. Bd. 15, 2018	337
Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte. Bd. 103, 2017	337
Zeitschrift für Lübeckische Geschichte. Bd. 97, 2017	337
Stader Jahrbuch (Stader Archiv NF). Bd. 107, 2017	338
Oldenburger Jahrbuch. Bd. 117, 2017	338
Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte. Bd. 89, 2017	338
Hansische Geschichtsblätter. Bd. 134, 2016	339
Deutsches Schifffahrtsarchiv. Bd. 39, 2016	339
Weitere Neuerscheinungen zur bremischen Geschichte und Landeskunde	340
Historische Gesellschaft Bremen Jahresbericht 2017	343
Rechnungsbericht 2017	346
Anschriften der Autoren und Rezensenten	348

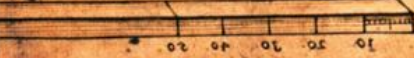




W
E
S
E
R

L
F
L

Roeden van twaelf



Ost door

West door

J. W. van der ...
1683

Abb. umseitig:

Johann van Valckenburgh, Festungsplan für das linke Weserufer von Bremen,
1623. Kupferplatte von Lambert Heixan, Niederlande 1624. 43,7 x 30,2 cm.
StAB 11,48

Kriegsgefahr und Stadtentwicklung – Die erste Vermessung der Bremer Neustadt im Juni 1618

Von Konrad Elmshäuser

Hartmut Müller zum 80. Geburtstag

Vor 400 Jahren begann in Bremen mit der Vermessung durch den niederländischen Ingenieur Johan van Valckenburgh ein langjähriges und in seinem Umfang in der Geschichte Bremens bis dahin beispielloses Bauvorhaben: Die Anlage eines neuen Festungsgürtels und Stadtteils auf dem linken Weserufer, »zweifelloos eine der bedeutendsten Leistungen, die die Stadt im Laufe der Jahrhunderte vollbrachte«.¹

Der neu anzulegende Festungsring sollte nicht nur der Stadt an ihrer bislang kaum geschützten Weserseite Sicherheit vor anrückenden Feinden bieten, er war nach langjährigen Beratungen des Rats mit auswärtigen Festungsbaumeistern und Fachleuten auch so umfangreich geplant worden, dass sich in ihm ein neuer Stadtteil entwickeln konnte, dessen Fläche derjenigen der Altstadt entsprach. Bremen verdoppelte somit mit einer einzigen Maßnahme seine Siedlungsfläche, die innerhalb der Stadtmauern seit dem Mittelalter weitgehend gleich geblieben war.² Das zunächst als Süderort, aber schon bald als Neustadt bezeichnete Siedlungsgebiet in dem neuen Festungsgürtel war allerdings von so großer Ausdehnung, dass es Jahrzehnte dauern sollte, bis es einigermaßen dicht besiedelt und bebaut war. Dies war schon 1618 absehbar und somit hat es daran auch an Kritik nicht gefehlt. Doch standen für die Planer vor allem fortifikatorische und festungstechnische Gründe bei der Größenabmessung des neuen Werkes im Vordergrund, diese bestimmten die Flächenausdehnung.³ Dass wir über das Datum der Erstvermessung der Bremer Neustadtbastionen überhaupt informiert sind, ist allein einer fast beiläufigen Notiz in der 2004 von Hartmut Müller edierten Bremer Chronik von Peter Koster zu verdanken. Diese vermerkt für das Jahr 1618 unter dem Rubrum »Der Neustadtfestungsbau abgemessen: Am 25. Juni

- 1 So Wilhelm Lührs in seiner 1973 zum 350-jährigen Jubiläum des eigentlichen Baubeginns verfassten grundlegenden Studie zur Anlage der Bremer Neustadt. Ders., Die Anfänge der Bremer Neustadt, in: Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 17, 1973, S. 7–50, Zitat S. 40.
- 2 Zur Stadtmauer im Mittelalter vgl. Karolin Bubke, Die Bremer Stadtmauer. Schriftliche Überlieferung und archäologische Befunde eines mittelalterlichen Befestigungsbauwerks (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen 68), Bremen 2007.
- 3 Ebd., S. 284, vgl. dort auch die Ausführungen zum planmäßigen Festungsbau in Bremen, S. 279 ff.

wurde die Vergrößerung der Stadt außer dem Brugkethore (wo nun die Neustadt ist) abgemessen.«⁴ Ein epochales Datum, das von dem Chronisten, der sonst um die Mitteilung von Details und Einzelheiten nicht verlegen war, aber nicht weiter erläutert wird. Selbst die Namen der Beteiligten in Rat und Bauausführung nennt er nicht. Koster's beiläufige Notiz lässt erahnen, dass die Anlage der Neustadt nicht einem singulären Beschluss zu verdanken war, sondern dass sich ihre Entstehung über Jahrzehnte hinzog, in denen es immer wieder zu Verzögerungen, Stillständen und Rückschlägen kam. Dennoch ist seine Notiz wertvoll, denn ganz im Gegensatz zu den gewaltigen planerischen, bautechnischen und nicht zuletzt finanziellen Aufwänden, die das Vorhaben nach sich zog, ist die Quellenlage zu den Anfängen der Neustadt abgesehen von Einzelnachrichten aus Wittheitsprotokollen und Rechnungsvermerken erstaunlich schlecht. Weder Akten noch Planungsunterlagen zu dem Jahrhundertvorhaben haben sich im Ratsarchiv geschlossen erhalten.⁵ Gleiches gilt für Zeichnungen, Risse und Pläne, die ebenfalls nicht erhalten blieben und deren letzte Einzelstücke mit dem Verlust der Plansammlung des Staatsarchivs, die nicht aus der Verlagerung in die ehemalige UdSSR zurückkehrte, im Zweiten Weltkrieg verloren gingen.⁶

Daher kommt der hier als Titelbild abgebildeten Kupferplatte als ältester original erhaltener Bildquelle zur Bremer Neustadt besonderer Quellenwert zu. Von den Arbeiten und Vermessungen, die Valckenburgh 1611, 1615, 1618 und 1619 für den Rat vorgenommen hatte, ist nichts erhalten geblieben. Nach Abschluss der Planungen rund fünf Jahre nach der ersten Vermessung von 1618, ließ Valckenburgh 1624 in Amsterdam eine Kupferplatte seines Risses von 1623 stechen, die er dem Bremer Rat übersandte. Diese Platte hat sich im Original im Ratsarchiv erhalten und wird hier erstmals fotografisch publiziert.⁷

Die Kupferplatte hat ein Maß von 43,7 x 30,2 cm. Sie hat außer einer leichten Verbiegung keine größeren Beschädigungen erlitten, gibt aber durch etliche Schrammen, Flecken und Verunreinigungen ein weniger getreues Bild von Valckenburghs Plan als die Abzüge, zumal die Platte das Motiv natürlich gespiegelt zeigt.

Als Johan van Valckenburgh 1618 mit der Vermessung der Neustadtbastionen begann, war er in Bremen ein seit mehreren Aufenthalten gut bekannter

4 Peter Koster, *Chronik der Kaiserlichen Freien Reichs- und Hansestadt Bremen 1600–1700*. Bearbeitet und herausgegeben von Hartmut Müller, Bremen 2004, S. 50; zur Person Koster's vgl. ebd., S. 9.

5 Vgl. zur älteren Literatur in Bremen sowie zur Forschungs- und Quellenlage Lührs, *Die Anfänge* (wie Anm. 1), S. 8–10.

6 Vgl. zur Auslagerung der Bestände des Staatsarchivs Bremen Hartmut Müller, »... for safekeeping« *Bremer Archivschutzmaßnahmen im Zweiten Weltkrieg und ihre Folgen*, in: *Brem. Jb.* 66, 1988, S. 409–422.

7 StAB 11,48. Drucke von der Platte, zumeist mit einer auf ihr ursprünglich nicht enthaltenen Windrose, sind in der Literatur natürlich hinlänglich bekannt und publiziert. Nachweise vgl. bei Herbert Schwarzwälder, *Blick auf Bremen. Ansichten – Vogelschauen – Stadtpläne vom 16.–19. Jahrhundert*, Bremen 1985, Bild-erläuterungen, S. 9, Nr. 27.

Gast.⁸ Wohl 1601 war er erstmals im Gefolge des vom Bremer Rat mit einem Gutachten beauftragten niederländischen Festungsbaumeisters Johan van Rijswijk in Bremen tätig gewesen. Auf Rijswijks Gutachten geht die Anregung zurück, in Bremen nicht nur die bestehenden Mauern und Wallanlagen um die Altstadt mit Bastionen auszubauen, sondern auch das linke Weserufer gründlich zu sichern, weil von dort die größte Gefahr drohe. Hierzu schlug er die Anlage eines großzügigen Festungsgürtels mit mindestens sieben Bastionen vor, alles andere sei »*imperfectam fortificationem*«. ⁹ Rijswijk hatte schon bei seinem ersten Besuch in Bremen seinen Schüler Valkenburgh dabei, ihm sollte es nach dem Tod von Rijswijk 1612 in den kommenden Jahren vorbehalten sein, dieses Werk ab 1623 tatsächlich umzusetzen. Nach Valckenburghs Tod im Jahr 1625 vollendete der niederländische Ingenieur Jan van Laer bis 1627 das Bauwerk.¹⁰

Die bewegten Jahrzehnte seit dem Schmalkaldischen Krieg und die Gefahr von Belagerungen, denen die mittelalterlichen Mauern und Wälle nur unzureichend standhalten konnten, führten im frühen 17. Jahrhundert dazu, dass sich fast alle größeren Städte in Festungen verwandelten.¹¹ So lebten auch die Bürger Bremens bald nicht mehr im Schutz der mittelalterlichen Mauern einer Handelsstadt, sondern seit den 1630er Jahren in einer modernen Festungsanlage. Noch um 1600 zeigen Ansichten von Bremen eine Stadt, die sich entlang der Weser weitgehend für die Schifffahrt öffnet und deren Stadttore sie landseitig mit dem Umland verbinden.¹² In der Gestalt des Brückenkastells »Braut« hatte das Jahrhundert der Reformation mit der Belagerung im Schmalkaldischen Krieg 1547 aber schon Festungsbauten hinterlassen.¹³ Wer sich über die Weserbrücke der Stadt näherte, musste zunächst die Ziehbrücken und Tore des mehrfach erweiterten Kastells Braut

8 Zu Valckenburgh in Bremen und zu seinem Gesamtwerk vgl. Karl-Klaus Weber, Johan van Valckenburgh. Das Wirken des niederländischen Festungsbaumeisters in Deutschland 1609–1625 (Städteforschungen A, Bd. 38), Köln, Weimar, Wien 1995, hier zur Biographie S. 21–25, zu Bremen S. 54–66.

9 Lührs, Die Anfänge (wie Anm. 1), S. 22 f.

10 Hierzu, zum Ausbau der Altstadtseite durch den Bremer Gerhard Meier (1616–1695) und zu weiteren beteiligten Ingenieuren vgl. Bubke, Die Bremer Stadtmauer (wie Anm. 2), S. 288 ff.

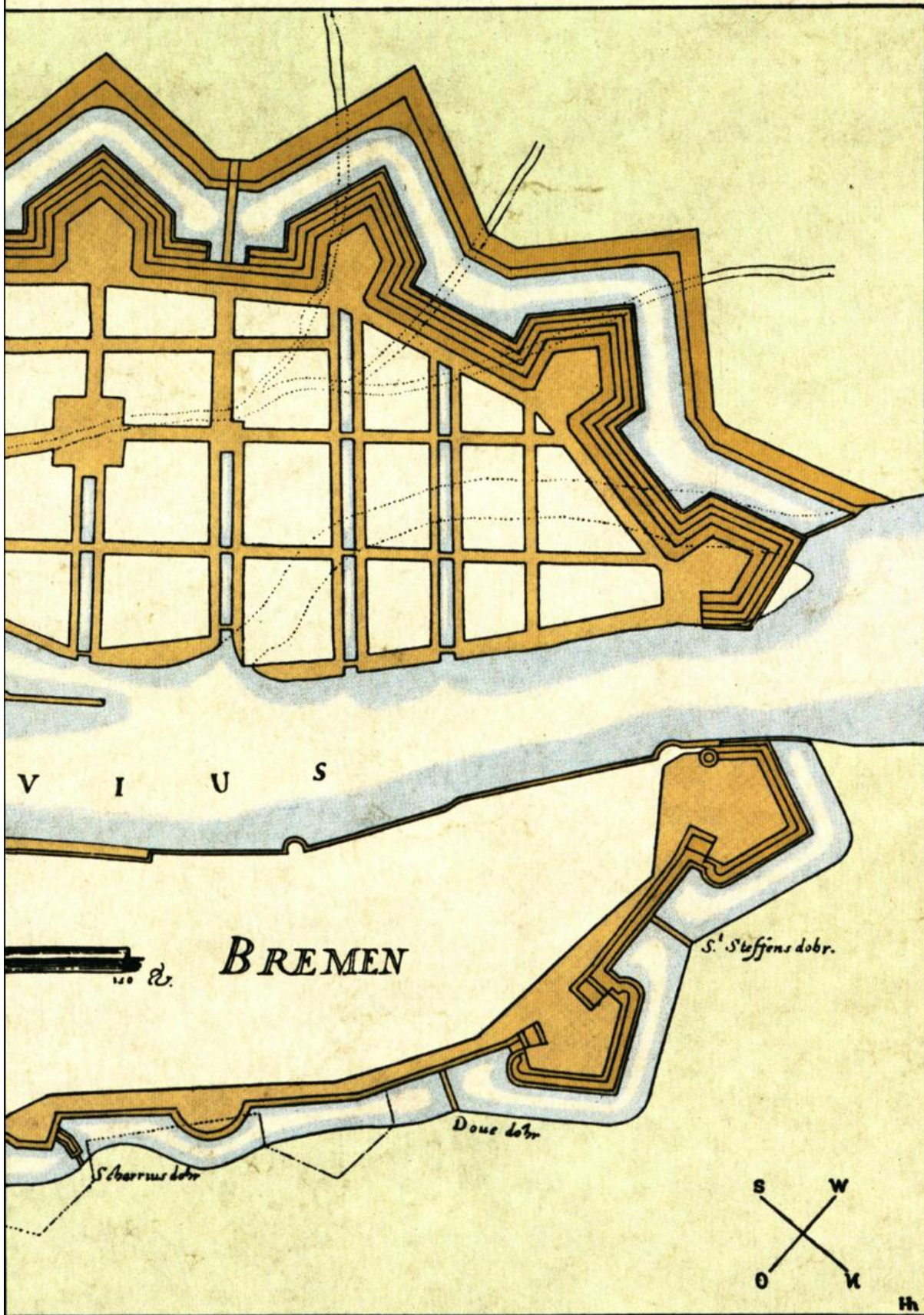
11 Zu den technischen, finanziellen und sozialen Herausforderungen des Festungsbaus im 17. Jahrhundert am Beispiel der Herzogtümer Bremen und Verden vgl. die grundlegende Arbeit von Henning Eichberg, Festung, Zentralmacht und Sozialgeometrie: Kriegingenieurwesen des 17. Jahrhunderts in den Herzogtümern Bremen und Verden. Köln, Wien 1989, hier besonders S. 432 ff.

12 Vgl. Abb. der Vogelschau von Braun/Hogenberg bei Schwarzwälder, Blick auf Bremen (wie Anm. 7), Nr. 8, S. 13. Vgl. auch die zeitgleiche Ansicht vom Weserufer aus bei Klaus Niehr (Hrsg.), Historische Stadtansichten aus Niedersachsen und Bremen 1450–1850 (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 268), Göttingen 2014, Kat.-Nr. 20, S. 106.

13 Helmut Lucke, Bremen im Schmalkaldischen Bund 1540–1547 (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen 23), Bremen 1955, besonders S. 72 ff. und Bubke, Die Bremer Stadtmauer (wie Anm. 2), S. 264 ff.



Abb. 1: »Plan der Neustadt 1623 von Johan Valckenburgh«. Kolorierter Druck der Kataster- und Vermessungsverwaltung Bremen, 1983: Gewässer, Fleete



und Gräben blau; Mauer-, Festungswerke und Straßen braun; Vorstadtsgebiet grün. Foto: StAB 11,575 a

passieren, das noch im 17. Jahrhundert der ganze Stolz und eine der Sehenswürdigkeiten der Stadt sein sollte. Erst von dort gelangte man über die Weserbrücke zum Brückentor. Seine Inschrift wies die ganze Stadt als Schutzraum, als »*Hospitium Ecclesiae*« – Herberge der Kirche – aus.¹⁴

Seit der Jahrhundertwende um 1600 begannen sich weitere Bastionen vor die Wälle der Altstadt zu schieben.¹⁵ Dies zunächst aber nur im Osten und Westen um die Hauptzugänge in die Stadt.¹⁶ Zunächst bis um 1630 um das Stephani- und Ostertor, dann bis um 1650 im vollendeten Ringschluss um die ganze Altstadt.¹⁷ Den Anstoß zu diesen Baumaßnahmen, die mit erheblichen Aufwendungen und Folgekosten verbunden waren, gab die allgemein unsichere Lage im Reich und das bei Kriegsgefahr drohende Schicksal der Eroberung und Plünderung. Nur im Schutz starker Bastionen konnten Städte, zumal Handelsstädte ihre Freiheit und ihren Wohlstand sichern. Dass das Datum der ersten Vermessung der späteren Neustadt im Juni 1618 nur rund einen Monat nach dem Prager Fenstersturz am 23. Mai 1618 erfolgte, der als das Initialereignis des 30-jährigen Krieges gilt, ist dabei wohl eher einem Zufall zu verdanken. Der Bremer Chronist war der Fenstersturz keine Erwähnung wert – er wurde in Bremen wohl kaum beachtet.¹⁸ Schon im Folgejahr reagierte der Rat aber auf die Vorgänge im Süden und zeigte sich solidarisch mit Böhmen, indem die Stadt den Protestanten eine (später verlorene) Anleihe von 30.000 Reichstalern zusagte.¹⁹ Auch wenn damit der Krieg noch fern schien, hatte man sich schon zuvor aus den befreundeten Niederlanden über den militärisch erfahrenen Statthalter Moritz von Oranien die besten Festungsbaumeister der Zeit vermitteln lassen. Dies war kein Zufall. Mit den seit Jahrzehnten kriegsgewohnten Niederlanden verbanden die Stadt nicht nur politische und wirtschaftliche Interessen, man war auch im Glauben verbunden: Im gleichen Jahr 1618 sandte Bremen Vertreter zur Dordrechter Synode.²⁰ Sie wurden von den Generalstaaten zwar wegen der bemüht neu-

14 Zu diesem emblematischen Bekenntnis der Stadt als Burg des evangelischen Glaubens vgl. Friedrich Prüser, *Hospitium Ecclesiae – Herberge der Kirche – Über die Herkunft dieses Ehrentitels*, in: *Hospitium Ecclesiae. Forschungen zur bremischen Kirchengeschichte* 3 (1961), S. 97–99.

15 Zum Festungsbau in Bremen im 17. Jahrhundert vgl. zusammenfassend Bubke, *Die Bremer Stadtmauer* (wie Anm. 2), S. 279 ff. und Lührs, *Die Anfänge* (wie Anm. 1), S. 7–50. Für die Herzogtümer Bremen und Verden vgl. Henning Eichberg, *Militär und Technik. Schwedenfestungen des 17. Jahrhunderts in den Herzogtümern Bremen und Verden* (Geschichte und Gesellschaft 7), Düsseldorf 1976.

16 Vgl. hierzu die um 1800 erstellte Karte von Bremen um 1600 bei Christian Nicolaus Roller, *Versuch einer Geschichte der Kaiserlichen und Reichsfreyen Stadt Bremen*, Bremen 1800.

17 So im Stadtplan Bremens von Gerhard Meier, 1664, vgl. Schwarzwälder, *Blick auf Bremen* (wie Anm. 7), Nr. 43, S. 19. Besonders beeindruckend im Stadtplan Bremens von Merian, 1638/41, ebd., Nr. 32, S. 18.

18 Herber Schwarzwälder, *Bremen im 17. Jahrhundert. Glanz und Elend einer alten Hansestadt*, Bremen 1996, S. 60.

19 Ders., *Geschichte der Freien Hansestadt Bremen*, Band 1, Bremen 1995, S. 320.

20 Vgl. hierzu, Ortwin Rudloff, *Lutherische Reformation und reformierte Konfessionalisierung in Bremen 1522–1648* in: *Bremische Kirchengeschichte von der*

tralen Position der Stadt als eher laue Glaubensgenossen wahrgenommen, doch reichte dies, um die Stadt im Reich nicht nur dem katholischen Kaiserhaus, sondern auch ihrem lutherischen Umland zu entfremden.

Für das Engagement niederländischer Ingenieure sprach nicht nur, dass die Niederlande Bremen nah und verwandt waren. In den Niederlanden hatte man im Freiheitskampf gegen die Spanier den Festungskrieg als Militärtechnik stetig weiterentwickelt und agierte aus den Festungen heraus. Die niederländischen Ingenieure hatten bei der »altniederländischen Befestigungsmanier« Geländenachteile der Tiefebenen geschickt genutzt. Der Mangel an natürlichen Erhebungen, an Steinen, Holz und Ziegeln, wurde durch die Einbeziehung von gestampften Erdwällen, Wassergräben und Deichbauten wettgemacht. Diese Bautechnik war zudem billiger und konnte angeleitet von wenigen Spezialisten von Ungelernten ausgeführt werden. Entsprechend begehrt waren die Niederländer als technische Berater in ganz Norddeutschland. All dies waren Voraussetzungen, die sich auch auf Bremen bestens übertragen ließen. Dank der Beziehungen des Rats zum Grafen von Nassau gelang es Bremen ab 1599 mehrfach, über Moritz von Oranien die befähigsten Festungsbauer der Niederlande an die Stadt zu binden.²¹ Diese kamen jedoch immer nur zu Beratungen und Kampagnen in die Stadt und hinterließen Gutachten oder Baupläne zur Ausführung, bevor sie zu anderen Aufträgen oder in ihre Heimat weiterzogen.²² Hierbei ging es nicht nur um Neubaupläne, sondern auch um Beratungen, mit welchen Materialbedarfen sich die Stadt in Verteidigungsbereitschaft versetzen ließ.

Als Valckenburgh 1623 Bremen nach Beginn der Bauarbeiten wieder verließ, nahm er seine Pläne mit, um in den Niederlanden einen Abriss in Kupfer stechen zu lassen. Er verpflichtete dafür wohl den niederländischen Künstler Lambert Heixan, worauf eine Notiz im Ratsarchiv und das Kürzel Hn auf der Kupferplatte hinweisen.²³ 1624 dankte der Rat Valckenburgh »wegen gehabter Mühe bei der Anbedingung des bewußten Plattenschneiders«, zeigte sich einverstanden damit, dass der Schneider »daß fürgenommene Werk mit seinen Bollwerken, Pforten, Gassen und abgeteilten Wohnplätzen« in Kupfer steche und bat ihn, dass er »die Plate fürderlichst anhero mit sich überbringen

Reformation bis zum 18. Jahrhundert, hrsg. von der Bremischen Evangelischen Kirche in Verbindung mit Konrad Elmshäuser, Bremen 2017, S. 247 ff. und Friedrich Seven, Niederländische Einflüsse auf die 1. und 2. Reformation in Bremen, in: Martina Rudloff (Hrsg.), Bremen und die Niederlande (= Jahrbuch 1995/96 der Wittheit zu Bremen) Bremen 1997, S. 62–68.

21 Bubke, Die Bremer Stadtmauer (wie Anm. 2), S. 280.

22 So war Valckenburgh zeitweilig Berater für den Festungsbau in den korrespondierenden Hansestädten. Er entwarf mehr als ein Dutzend bedeutende Festungen von Rostock bis Ulm. Vgl. hierzu ausführlich Weber, Johan van Valckenburgh (wie Anm. 8), S. 32 ff; Lührs, Die Anfänge (wie Anm. 1), S. 11 ff. und Bubke, Die Bremer Stadtmauer (wie Anm. 2), S. 280 ff.

23 Von Lambert Heixan befindet sich ein Plan der Ellenser Schanze (verschiedene Grund- und Okularabrisse der Festung mit der unmittelbaren Umgebung, strategisch wichtige Lage 1627–1659) im NLA Oldenburg, Best. 298 Nr. 830 a-h.

möge«. ²⁴ Der Plan wurde unter Valckenburgs Namen »Afgesteeckent by den Ingenieur J. Valckenburgh 1623« vom Rat publiziert und nicht ohne Stolz an die Wittheit und Bürgerschaft, aber v. a. die Bauausführenden »zum stets wärenden Model und Form« weitergegeben.

Als Valckenburgh gegen Ende des Winters wieder in Bremen eintraf, war er schwer krank und reiste im September 1624 wieder in die Niederlande. Auch im folgenden Jahr scheint er nochmals in Bremen gewesen zu sein. ²⁵ Johan van Valckenburgh verstarb im Frühsommer 1625 in Voorburg bei Den Haag. ²⁶

Ein Blick auf Valckenburgs Plan der Neustadtbastionen (Abb. 1) ²⁷ zeigt, dass Form und Funktion des Bremer Festungswerks stark durch den Versuch einer Verwirklichung von festungsbautechnischen Idealen geprägt waren. So ergab sich die gewaltige Ausdehnung der im Südwesten (im Plan oben) gelegenen Neustadt aus dem Wunsch, einen festungstechnisch optimalen Bastionsring vor die Weser zu legen, der gegenüber von Ostertor- und Stephani-bastion an die Weser stieß und durch seine konvexe Biegung auf einer Länge von ca. 2.400 m Länge an keiner Stelle einen toten Winkel entstehen ließ. Hierfür benötigte man acht Bastionen, die ca. 104 Hektar Fläche umschlossen, was fast genau der Ausdehnung der Altstadt mit 103 Hektar einschließlich der Wälle entsprach. ²⁸ Auch wenn der Plan geometrisch perfekt erschien, an mehreren Stellen widersprach er naturräumlichen Gegebenheiten. Ein Problem bildete die Bastion auf dem Tanzwerder, die zur völligen Abschließung der Kleinen Weser geführt hätte, über die aber in jedem Frühjahr das Hochwasser abfließen musste. Daher wurde diese Bastion auch zunächst zurückgestellt und ist in dieser Form auch später nicht entstanden, zumal an dieser Stelle die bisherige Außenverteidigung der Braut lag, die erst mit Abschluss des Bastionsrings militärisch bedeutungslos wurde. An der gegenüberliegenden nordwestlichen Seite der Neustadt (im Plan rechts) lag eine andere Problemzone des Areals. Valckenburgh hat in seinem Plan den Verlauf von alten Niederungen und Wasserläufen gepunktet eingezeichnet, so auch eine »Herrn Alands Werder« genannte Weserinsel. Sie wurde durch Abdeichung eines Altarms der Weser vollständig in die Bastionen und die Neustadt einbezogen. Ihre Trockenlegung sollte noch zu etlichen Problemen führen und die Bebauung an dieser Stelle lange verzögern. Eine auffällige niederländische städtebauliche Besonderheit, die der Plan vorsah, sollte sich in Bremen wegen der ganz anderen Verhältnisse im Gelände nicht realisieren lassen:

24 Bürgermeister Dietrich Hoyer an Valckenburgh, 7.2.1624, StAB 2-P3.A.1. (32), zitiert nach Lührs, Die Anfänge (wie Anm. 1), S. 34.

25 Ebd., S. 19.

26 Weber, Johan van Valckenburgh (wie Anm. 8), S. 24.

27 Der hier gezeigte, nachträglich kolorierte Reprint des Plans (StAB 11, 575 a) wurde 1983 vom Stadtplanungsamt Bremen hergestellt. Er entstand auf der Basis des älteren Abzugs mit der zur besseren Orientierung nachträglich (und wohl unfachmännisch, da mit spiegelverkehrtem N) eingesetzten Windrose. In den Reprint von 1983 wurden zusätzlich die Hinweise *Altstadt* und *Neustadt* eingezeichnet.

28 Lührs, Die Anfänge (wie Anm. 1), S. 33.

Sechs Grachten oder Fleete sollten von der Weser aus parallel in die Neustadt führen und so zusätzlich zum Straßennetz die Siedlung mit Wasserwegen erschließen. Keine davon wurde realisiert. Das regelmäßige Straßennetz war hingegen mehr der Geometrie und den Bedürfnissen der Militärtechnik als der Stadtentwicklung verpflichtet. Es umschloss mit drei parallelen Längs- und zehn Querstraßen einen zentralen Platz und wurde so nur teilweise ausgeführt. Anders als Straßen und Grachten im Innern wurden die für den Bremer Handel nicht unwichtigen Tore zu den Fernwegen in das Umland im Plan fast vernachlässigt. Nur zwei kleine Öffnungen sah der Festungsplan zunächst vor. An ihrer Stelle wurden später in Richtung des Wardamms nach Oldenburg und Friesland im Westen das Hohetor (Westertor) und im Süden in Richtung Osnabrück / Westfalen das Buntetor (Südertor) als zunächst einzige Auslässe aus der Neustadt angelegt.

Angesichts der gewaltigen Ausdehnung des Areals und der erheblichen Aufwände drängt sich die Frage nach den Kosten des Vorhabens auf. Da der Festungsbau in der niederländischen Manier große Flächen verschlang, war er in vielen Vorstädten wegen vorhandener Altbebauung kaum durchzusetzen. Für die Verantwortlichen in Bremen erwies es sich als Glücksfall, dass das linke Weserrufer hingegen kaum bebaut war und dass viele der dortigen Ländereien in kirchlicher Hand lagen. Letztere wurden kurzerhand entschädigungslos enteignet, was sich aus – vergeblichen – Protesten des Domkapitels ergibt. Doch der Rat bestand auf seinem Recht, die Stadt zu befestigen.²⁹ Für die nach Aussage der Quellen nur ca. 10 dort vorhandenen festen Gebäude wurde der Abbruch verfügt und die Besitzer entschädigt, auch wenn sich Bewohner zunächst gegen die Räumung wehrten.³⁰

Schwerer waren die Investitionsmittel zu erlangen. Die sehr zögerliche Umsetzung der Pläne van Rijswijks und van Valckenburghs in Bremen scheint tatsächlich vor allem auf einen Mangel an flüssigen Mitteln zurückzuführen zu sein. Dies auch, weil Bremen in jenen Jahren gegen die Weser selbst kämpfen musste, denn der Fluss versandete und mit ihm drohte die Lebensader von Seefahrt und Handel zu versiegen. Vegesack sollte als westerabwärts gelegener neuer Vorhafen Abhilfe schaffen. Das ehrgeizige Vorhaben wurde in den Jahren 1618–22 umgesetzt, es verschlang erhebliche Mittel, ohne das Problem aber dauerhaft zu lösen.³¹ Erst im Anschluss daran wagte sich der Rat an den Bau der Festung am linken Weserufer. Zu deren Kosten liegen keine verlässlichen Gesamtzahlen vor. 1625 führte man eine Konsumtionssteuer ein, die zum Unterhalt des Militärs und zum Ausbau der Neustadtsfestung diente. Im Vorjahr hatte Bremen eine Anleihe zu 6 % Zinsen aufnehmen müssen und hoffte, »das Gott (bald) andere Mittel an die Hand gebe«.³² Auch der Verkauf von Baugrundstücken in der Neustadt spülte keineswegs die Mittel in die Stadtkasse, die man sich erhofft hatte.

29 Lührs, Die Anfänge (wie Anm. 1), S. 32, 45, Anm. 199.

30 Ebd., S. 39.

31 Ulrich Weidinger, Der Vegesacker Hafen – Ein Teil des frühneuzeitlichen Bremer Hafensystems, in: Brem.Jb. 82, 2003, S. 43–67.

32 Lührs, Die Anfänge (wie Anm. 1), S. 39.

Umso beachtlicher ist die Kraftanstrengung, die mit der letztlich erfolgreichen Finanzierung für Bremen verbunden war.

Als der wehrhafte und geometrisch perfekte Bastionsring um die Neustadt schließlich fertig war, ließ er die Altstadt umso verletzlicher erscheinen. Folgerichtig lässt schon der Plan von 1623 die notwendigen Bastionen um die Altstadt in gepunkteten Linien erkennen. Diese sollten noch kommen, ihre Finanzierung blieb aber erst der nächsten Generation der Bremer Bürger vorbehalten.

Im Rückblick wird man feststellen müssen, dass der Bremer Festungsbau im 17. Jahrhundert kein Ausdruck von Hysterie war, denn der Schutzring um die Stadt schloss sich keinen Moment zu früh: 1623 begonnen, 1627 auf der Neustädter Seite in erster Baustufe vollendet, hielt er schon 1629 die Truppen Tillys auf Distanz und rettete die Stadt vor der Rekatholisierung oder dem Schicksal Magdeburgs. Natürlich profitierte Bremen 1630/31 auch vom Auftreten Gustav Adolfs oder wie der Chronist Peter Koster es erleichtert ausdrückte:

»Aber alle diese gefährliche und weit aussehende Jesuitenhändel wurden folgendes Jahr durch die glückliche Waffen Ihrer Koenglichen Majestaet Gustavi Adolphi (...) säligster und rühmlichster Gedächtnuß, wie Nebel von der Sonne vertrieben und uffgehoben.«³³

Als »Insel der Friedens« erlebte Bremen fortan im Schutz seiner Bastionen trotz aller Beschwerden zunächst eine gute Zeit.³⁴ Diese wurde 1646 sogar mit der Erlangung der lang ersehnten Reichsstandschaft im Vorfeld des Westfälischen Friedens gekrönt.³⁵ Dies haben schon die Zeitgenossen ähnlich beurteilt. So betonte Peter Koster, nach 1648 habe »die folgende Zeit gelehrt, dass Bremen unter wärenden Dreißigjährigen Krieges floriret, aber nach geschlossenem Frieden gantz ausgemergelt und nahrlos geworden« sei.³⁶

Auch das äußere kulturelle Bild Bremens wurde bis in das 20. Jahrhundert von dieser Epoche geprägt – stilbildend mit der sogenannten Weserrenaissance, die viele profane Leitbauten der Stadt bestimmte: Das Rathaus mit der Renaissance-Fassade, das Kornhaus an der Weser, der Schütting und die Stadtwaage im Zentrum, die prunkvoll erweiterten Stadttore, die reformierte Kirche St. Pauli als Leitbau in der Neustadt und nicht zuletzt zahlreiche Bürgerhäuser am Markt und in Alt- und Neustadt.³⁷

Der Schutz seiner Bastionen erlaubte Bremen nun sogar, eine Position der bewaffneten Neutralität einzunehmen. Die protestantisch-patriotisch gesonnene Bremer Geschichtswissenschaft im späten 19. Jahrhundert hat dies streng getadelt. Wilhelm von Bippen rügte offen Bremens passive Rolle im 30-jährigen Krieg, das im Schutz seiner Wälle ein »Schaukelsystem« betrieben

33 Koster, Chronik (wie Anm. 4), S. 65.

34 So Herbert Schwarzwälder, Bremen im 17. Jahrhundert (wie Anm. 18), S. 60.

35 Vgl. hierzu Hartmut Müller, Das Linzer Diplom von 1646, in: Brem.Jb. 74/75, 1995/96, S. 15–28.

36 Koster, Chronik (wie Anm. 4), hier zitiert nach Schwarzwälder, Geschichte (wie Anm. 19), S. 350.

37 Abb. hierzu bei Schwarzwälder, Bremen im 17. Jahrhundert (wie Anm. 18), S. 24 ff.

habe, das »nicht zu loben ist«. Die Stadt, die noch im 16. Jahrhundert resolut für die evangelische Freiheit stritt, sei nun für deren Errungenschaften »fast nur mit passivem Widerstande eingetreten«.³⁸

Noch deutlicher wurde der Zeitgenosse Johann Zobel, seit 1625 Bremer Bürgermeister, ab 1627 aber im Dienst des dänischen Königs. Er meinte, »es seien in Bremen Leute, welche vor passport Freiheit verkauften, indem sie Christo mit der Zungen, dem Mammon aber mit dem Herzen dienen«.³⁹

1664 wurde mit einer weiteren Kraftanstrengung der Bremer Festungsring an der Altstadtseite komplett vollendet, gerade rechtzeitig, um bei der Belagerung durch die Schweden 1666 seine Nützlichkeit zu erweisen und Bremen vor Schaden zu bewahren.⁴⁰

Schon im Jahrhundert darauf waren die Bastionen angesichts neuer Belagerungs- und Artillerietechniken aber nur noch von zweifelhaftem Wert und sollten bald mehr Last als Nutzen sein. Seit der Entfestung Bremens auf Druck des französischen Kaiserreichs und der Niederlegung aller Wälle seit 1802 bilden sie als geschlossenes grünes Band um Bremens Altstadt eine idyllische Parklandschaft.⁴¹ In der seit um 1900 deutlich stärker durch Veränderungen geprägten Neustadt sind sie 400 Jahre nach ihrer Erstvermessung trotz der Neustadtswallanlagen zwischen Neustadtswall und Neustadtscontrescarpe ungleich weniger präsent.

38 Wilhelm von Bippen, *Geschichte der Stadt Bremen*, Band 2, Bremen 1898, S. 329 f.

39 Thomas Elsmann, Postscriptum zu Ortwin Rudloff, in: *Bremische Kirchengeschichte* (wie Anm. 20), S. 323.

40 Zu den politischen und militärischen Vorgängen, die sich mit den sog. Schwedenkriegen im Raum zwischen Unterweser und Niederelbe verbinden vgl. die Einführung von Beate Christiane Fiedler, *Der Bremer Dom in der Frühen Neuzeit – das territoriale Umfeld*, S. 13–38, in: Hans-Christoph Hoffmann, *Der Bremer Dom in 17. und 18. Jahrhundert* (Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden 44), Stade 2015, und dies., *Bremen und Verden als schwedische Provinz (1633/45–1712)*, in: Heinz-Eckhard Dannenberg / Heinz-Joachim Schulze (Hrsg.), *Geschichte des Landes zwischen Elbe und Weser*, Band III *Neuzeit*, Stade 2008, S. 100 ff.

41 Vgl. hierzu Michael Rüppel, *Die Umwandlung der Stadtwälle in »englische Anlagen« – Anmerkungen zur »Gartenrevolution« in Bremen*, in: *Brem. Jb.* 80, 2001, S. 74–122.

Bemalte Wandputzfragmente aus Bremens erstem Steindom. Motive, Rekonstruktion und Kontext im karolingischen Sachsen

Von Henri Hoor

Die der Christianisierung vorangegangenen Sachsenkriege stellten eine der größten gewaltsamen Umwälzungen dar, denen das Gebiet des heutigen Nordwestdeutschlands unterworfen wurde. Neben zahlreichen kulturellen Neuerungen gelangte erstmals auch die Steinbauweise in ein Gebiet, in dem vormals nur Gebäude aus Holz errichtet wurden. Als Ausdruck der Christianisierung und der gefestigten fränkischen Herrschaft entstanden im eroberten Sachsen schon bald erste steinerne Gebäude wie die Pfalz und der Dom von Paderborn oder das Kloster Corvey, die auch durch eine aufwendige Innenausmalung ihrer Räume großen Eindruck auf eintretende Gäste gemacht haben mussten. Hoch im Norden des sächsischen Gebietes gelegen, verfügte das noch junge Bistum Bremen ebenfalls schon bald über einen aus Stein gebauten Dom, über dessen Aussehen bis heute allerdings nur wenig bekannt ist. Doch stellte dieser für längere Zeit den nördlichsten Steinbau des Ostfränkischen Reichs dar. Mit der Neuinventarisierung der Altfunde aus der großen Domgrabung in Bremen aus der Mitte der 1970er Jahre kam der Verfasser erstmals mit den noch kaum erforschten frühmittelalterlichen Wandmalereifragmenten dieses ersten Steindomes in Berührung.¹

Ziel des Aufsatzes soll es sein, eine erstmalige Bestandsaufnahme dieser frühesten norddeutschen Wandputzfragmente aus karolingischer Zeit zu liefern. Im Hinblick auf Vergleichsbeispiele der Region soll geschaut werden, inwieweit die bemalten Stücke Hinweise auf die einstige Innendekoration der frühen Domkirche liefern können.

Die archäologischen Ausgrabungen 1974 – 1976 unter Karl Heinz Brandt konnten zwar die karolingischen Vorgängerbauten des heutigen Domes freilegen, die Ausgrabungen selber hatten jedoch den Charakter einer Notgrabung und wurden durch allerlei kommunikative, zeitliche und finanzielle Schwierigkeiten behindert. Auch wenn das vorrangige Ziel der Ausgrabungen war,

1 Das Zustandekommen dieser Arbeit ist ganz wesentlich auf die Förderung durch Dr. Dieter Bishop von der Landesarchäologie Bremen zurückzuführen, der mich auf die Neuinventarisierung des Fundgutes aus der Bremer Domgrabung hinwies. Ein herzlicher Dank geht ebenso an Dr. Henrike Weyh, Kustodin des Dom-Museums Bremen, die mir vertrauensvoll das Material und Räumlichkeiten zur Verfügung stellte. Die vorliegende Arbeit wurde im Jahr 2018 von der Wittheit zu Bremen mit dem Bremer Preis für Heimatforschung ausgezeichnet.

nähere Informationen zu den frühen Bauperioden des Domes zu bekommen,² spielten die aufgefundenen Wandputzfragmente bei der bisherigen Auswertung der Baubefunde keine größere Rolle. Im 1977 veröffentlichten Vorbericht heißt es denn auch lediglich kurz und knapp, dass der erste vollendete Steindom innen verputzt und bemalt war.³ Da die Auswertung der Grabungsdokumentation über den Vorbericht nicht weiter hinausgelangte, bleibt die Publikation der Domgrabung damit vorerst Stückwerk.

In den vergangenen Jahren kam es insgesamt verstärkt zu Bemühungen, die fragmentarischen Bestände an frühmittelalterlicher Wandmalerei aufzuarbeiten.⁴ Bedeutende Fundmassen, die jahrzehntelang im Depot lagerten, konnten wie im Falle Paderborns oder Corveys vorbildlich aufgearbeitet werden.⁵ Aus diesem Grund ist es wichtig, die wenigen verbliebenen Fundplätze karolingischer Wandmalereifragmente, zu denen auch Bremen gehört, mit in den Fokus zu rücken und der wissenschaftlichen Diskussion zur Verfügung zu stellen. Durch den zeitlichen Abstand zur Bergung und Dokumentation ergaben sich gleichwohl für die Bremer Stücke bei der jetzigen Lagerung nicht unerhebliche Probleme für die Befundansprechung. Die ursprüngliche räumliche Verortung ist durch die Umlagerung und lückenhafte Dokumentation alles andere als deutlich. So ließ sich beispielsweise nicht mehr nachvollziehen, ob eventuell zusammengehörende Stücke in ihrem ursprünglichen Verband aufgefunden wurden.

Was das Aussehen der frühesten Kirchengestaltung in Bremen anbelangt, verhilft auch die schriftliche Überlieferung keineswegs zu einem genaueren Bild. Immerhin erfahren wir in der Hamburgischen Kirchengeschichte des Adam von Bremen den Namen des Erbauers des ersten Bremer Steindomes – Bischof Willerich. Konkret heißt es dazu, dass dieser »den St. Petri-Dom, aus einer hölzernen in eine steinerne (Kirche) verwandelte (...)«. ⁶ Adams Bericht

2 Karl Heinz Brandt, Ausgrabungen im Bremer St.-Petri-Dom 1974–76. Ein Vorbericht, Bremen 1977, S. 56–57.

3 Ebd., S. 17.

4 Siehe hierzu z.B. Matthias Exner, Die Wandmalerei des frühen Mittelalters. Bestand, Maltechnik, Konservierung. ICOMOS – Hefte des Deutschen Nationalkomitees, 23, München 1998; sowie Hilde Claussen und Matthias Exner, Abschlußbericht der Arbeitsgemeinschaft für frühmittelalterliche Wandmalerei, in: Zeitschrift für Kunsttechnologie und Konservierung, 4, 1990, S. 261–290.

5 Dazu Matthias Preißler, Die karolingischen Malereifragmente aus Paderborn. Zu den Putzbefunden aus der Pfalzanlage Karls des Großen. Archäologie und Wandmalerei. Denkmalpflege und Forschung in Westfalen, 40.1, Mainz 2003; sowie: Hilde Claussen und Anna Skriver, Die Klosterkirche Corvey. Wandmalerei und Stuck aus karolingischer Zeit. Denkmalpflege und Forschungen in Westfalen, 43.2, Mainz 2007.

6 Die Quelle im originalen Wortlaut: »Ecclesias ubique in locis congruis per episcopium erexit; tres vero Bremae, quarum primam, scilicet domum sancti Petri, de lignea lapideam fecit, et corpus sancti Willehadi exinde transatum in australi, quod fecit, oratorio recondidit.« Adam von Bremen, Gesta Hammaburgensis ecclesiae pontificum, Lib. I., Cap. XVIII. Aus: Bernhard Schmeidler (Hrsg.), Adam von Bremen, Hamburgische Kirchengeschichte, Hannover / Leipzig 1917, S. 24–25.

stammt aus der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts, also über 200 Jahre nach der Amtszeit Willerichs (805–838), doch bleibt er die einzige Schriftquelle, die sich mit dem untersuchten Befund in Verbindung bringen lässt.⁷

Laut archäologischem Untersuchungsbefund handelte es sich beim ersten Steindom (Periode III nach Brandt) um eine einfache Saalkirche von 24,0 m Länge und 8,40 m Breite. Untergliedert wurde sie in einen Vorraum, ein Langhaus sowie einen um jeweils eine Mauerbreite eingezogenen, fast quadratischen Chor. In seinem Innenraum betrug dieser 6,40 m Länge und 6,60 m Breite. Die Breite der Mauern lässt sich nur noch indirekt schätzen, da die Bausteine beim nachfolgenden Umbau abgebrochen und wiederverwendet wurden. Übrig blieben Ausbruchgruben, die entlang der Langhausmauer eine Breite von 1,0 bis 1,1 m hatten. Die Fundamentbreite des Altarhauses war mit 0,80 m geringer als die des Langhauses, insofern dürfte der Rechteckchor ursprünglich auch in der Höhe deutlich eingezogen gewesen sein. Immerhin konnte sich die Nordostecke des Altarhauses in 0,40 m Höhe erhalten.⁸ Eventuell zugehöriger Außenputz blieb jedoch nicht mehr an Ort und Stelle. Bis auf den Grundriss und den Fußboden, der als Lehmestrich über einer Kalksteinstickung angelegt wurde, ist somit nichts weiter über die äußere und innere Gestalt dieses Domes bekannt.⁹

Einen besonderen Befund wiesen jedoch die Ausbruchgruben des abgetragenen Gebäudes auf: die Verfüllung der Gruben bestand vornehmlich aus Bauschutt, der sich zu einem nicht unerheblichen Teil aus Mörtel- und Wandputzfragmenten zusammensetzte.¹⁰ Insgesamt fanden sich über tausend Wandputzfragmente unterschiedlicher Größe, die von nur 1 cm bis hin zu maximal 13 cm Durchmesser reichen (s. Abb. 1). Die Menge an untersuchten Putzstücken ist jedoch auf Grund ihrer kleinteiligen Fragmentierung relativ zu sehen. Zusammengesetzt würden alle vorhandenen Stücke gerade einmal 1 m² Fläche bedecken.¹¹ Wir haben es also nur mit einem vergleichsweise geringen Teil der einstmals verputzten Wandfläche zu tun. In den seltensten Fällen konnten passende Stücke aneinandergesetzt werden. Aus diesem Grund lassen sich auch keine größeren Wandpartien des verputzten Domes vollständig rekonstruieren.

7 Herbert Schwarzwälder, *Die Baugeschichte nach historischen Quellen von 780 bis 1100*, in: Brandt, *Vorbericht* (wie Anm. 2), S. 146.

8 Brandt, *Vorbericht* (wie Anm. 2), S. 13 f.

9 Ebd., S. 14.

10 Ebd., S. 17.

11 Was nicht ungewöhnlich ist, da nur ein Teil des Abbruchmaterials als Verfüllung in den Gräben Platz fand. Für den karolingischen Dom in Paderborn betrug die bei der Domgrabung gefundene Menge an Putzfragmenten lediglich 0,02 Prozent der ursprünglich vorhandenen Wandfläche. Hilde Claussen, *Die Wandmalereifragmente – mit Beiträgen von Günter Goege und Gerald Großheim*, in: Uwe Lobbedey (Hrsg.), *Die Ausgrabungen im Dom zu Paderborn 1978/80 und 1983*, 1, Bonn 1986, S. 247.



Abb. 1: Die ausgebreiteten Wandputzfragmente. Foto: Hoor

Die Wandputzfragmente

In seiner Konsistenz unterscheidet sich der relativ weiche bis mittelharte, kreidige Mörtel des Willerich-Doms deutlich von den härteren Putzstücken jüngerer Zeit, die als Schuttfüllung zwischen den oberen mittelalterlichen Fußböden (Estrich Nr. 11 und 16) lagen. Bei dickeren Stücken lassen sich zum Teil längliche runde Hohlräume ausmachen, die auf die Beimengung von Stroh und Schilfrohr hinweisen. Durch diese Technik ließ sich die Putzschicht länger nass halten, um die Gefahr von Schwundsprüngen zu verringern.¹² Holzkohlestücke, die sich immer wieder auf der Rückseite vieler Fragmente fanden, dürften wiederum Rückstände vom Kalkbrennvorgang darstellen.¹³

Im Allgemeinen stellen die vorhandenen Wandmalereien Varianten einer Kalkfresko- beziehungsweise Kalksekkomalerei dar. Bei der Freskomalerei werden die noch feuchten Pigmente auf den frischen Kalkputz aufgetragen, so dass sie sich mit der Kalkschicht verbinden. Bei der Sekkomalerei ist der Malgrund bereits getrocknet, so dass die Malerei in entsprechenden Schichten

12 Albert Knoepfli und Oskar Emmenegger, Wandmalerei bis zum Ende des Mittelalters, in: Albert Knoepfli/Oskar Emmenegger u. a. (Hrsg.), Reclams Handbuch der künstlerischen Techniken, Wandmalerei Mosaik, 2, Stuttgart 1990, S. 32.

13 Siehe auch Günter Goege, Maltechnik der Wandmalereien, in: Claussen/Skriver, Die Klosterkirche Corvey (wie Anm. 5), S. 135.

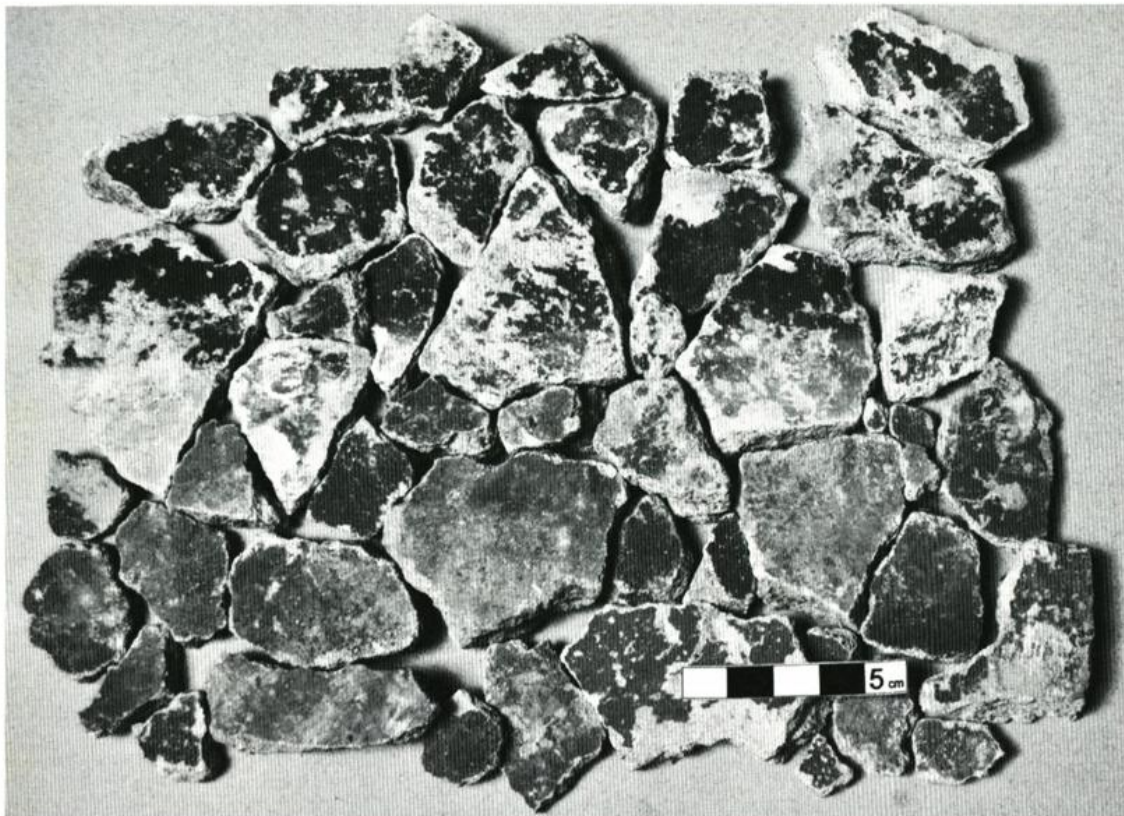


Abb. 2: Zusammengelegtes rot-schwarzes Farbfeld. Foto: Hoor

auf den Putz aufgetragen wird. Wie auch an anderen frühmittelalterlichen Fundorten zu beobachten¹⁴ wurde in Bremen eine Kombination beider Maltechniken angewandt. Häufig wurden zuerst nur die Vorzeichnungen und die Grundfarbe als Fresko ausgeführt. Die weiteren Ausmalungen wurden dann auf der getrockneten Wand in Sekko vollendet. Dieses Verfahren führt zu einer schwächeren Haftung der aufgetragenen Farbpigmente, da diese nicht so gut mit dem Untergrund eine Verbindung eingehen, wie es bei echten Fresken der Fall ist. Dies erklärt den stark angegriffenen und ruinösen Zustand der Bremer Malereien. Wegen der schwachen Haftung pudern viele der aufgetragenen Malschichten. In den meisten Fällen ist nur noch die freskale eingebundene Schicht der roten oder schwarzen Vorzeichnung übriggeblieben. Da die Wandputzstücke als archäologische Funde ausschließlich aus Schuttschichten stammen, ist das Material entsprechend stark zerscherbt. Den kunsthistorischen Aussagemöglichkeiten sind dadurch engere Grenzen gesetzt, als es etwa bei in situ erhaltenen Malereien an aufgehenden Wandflächen der Fall wäre. Trotzdem lassen sich gewisse Tendenzen im Ausmalungsprogramm festmachen.

Der überwiegende Teil der uns erhaltenen Putzsegmente besteht aus einfarbigen Flächenpartien. Von diesen stellen rot gefasste Fragmente den mit

14 Preißler, Paderborn (wie Anm. 5), S. 11.

Abstand größten Farbbestand dar. Die Farbnuancen dieser monochromen Stücke schwanken zwischen einem hellen, annähernd orangenen Rot bis hin zu einem braunroten Farbton. In der Anzahl und Fläche bereits deutlich weniger, haben sich auch noch verhältnismäßig viele schwarz bemalte Fragmente erhalten. Bei einigen Wandputzpartien ist wiederum eine deutliche zweiteilige Trennung in rote und schwarze Farbpartien vorhanden (s. Abb. 2).

Die erhaltenen Farbanteile lassen nicht den Schluss zu, dass es sich um gleich große schwarz-rote Farbfelder handelte. Vielmehr dürften große rote Wandpartien vorhanden gewesen sein, die teilweise von einer schlankeren waagerechten oder senkrechten schwarzen Fläche abgegrenzt wurden. Bei senkrechten Untergliederungen könnte man sich im Hinblick auf mögliche Motive gemalte Säulenelemente vorstellen, bei einer waagerechten Untergliederung wäre an eine Bordüre oder einen gemalten Gesimsstreifen zu denken. Neben diesen schwarz-roten Farbfeldern haben sich auch rote Farbpartien erhalten, die sich linear vom geschlammten, unbemalten Putzmörtel abgrenzen und wahrscheinlich den Sockel- und Randzonen der Wände zuzuordnen sind. Anteilsmäßig kleinere farbige Flächen bestehen aus einem hellgrauen und goldgelben Farbauftrag. Zum Teil finden sich rote Umrandungslinien, die die Farbflächen eingrenzen.

Darüber hinaus zeugen eine Reihe von unterschiedlichen Fragmenten von einstigen ornamentalen oder figürlichen Darstellungen, wenngleich diese differenzierten Malereien größtenteils bereits vergangen sind. Zum einen gibt es nicht nur lineare, sondern auch gebogene Farbfelder (s. Abb. 4).

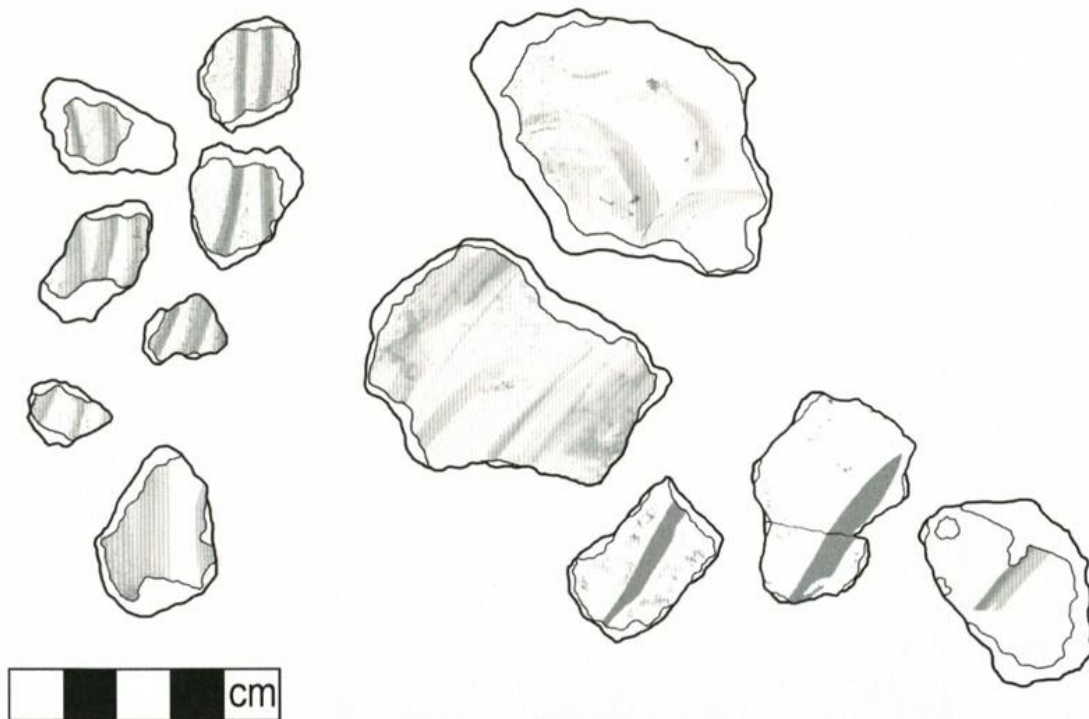


Abb. 3: Putzfragmente mit geschwungenen Linien. Zeichnung: Hoor

Diese Kreissegmente könnten zu einer Untermalung für einen Nimbus, Körperglied oder Gewandwurf gehören. Noch eher für Gewandwürfe sprechen eine Reihe von kleinen Putzstücken, an denen mehrere rötliche Linien in schwungvollem Pinselwurf parallel angeordnet sind (s. Abb. 3). Auch einige als Fresko-Vorzeichnung ausgeführte schwarze Linien gehören mit ihrem geschwungenen Lauf in diese Richtung. Dies alles sind nur Indizien für etwa durch Faltenwürfe belebte Figurendarstellungen. Grundsätzlich ist bei den vorgestellten Funden auch an geschwungene Ornamente zu denken.

Einzelne Stücke verfügen über einen partiellen grüngrauen Farbauftrag, der durch rote und schwarze Partien abgegrenzt ist. Eine weitere Variante dazu stellen türkisfarbene Fragmente dar, die teilweise durch geschwungene rote Linien eingegrenzt sind. Wahrscheinlich handelt es sich um diejenigen Stücke, die von Brandt als »blau bemalter Wandputz« beschrieben wurden.¹⁵ Wie fein und akkurat die Malereien zum Teil ausgeführt wurden, zeigen zwei aneinandergesetzte Fragmente, die eine rote Fläche mit einer davon abgesetzten dünnen Linie zeigen. Es fanden sich mehrere dieser Darstellungen von unterschiedlich breiten roten Streifenbordüren auf hellem Grund, die möglicherweise zu Zierornamenten oder Kreuzdarstellungen gehörten (s. Abb. 4).¹⁶

Fanden die bisher behandelten Fragmente zumindest immer einen Vorschlag einer interpretierbaren Rekonstruktion, so gibt es auch zahlreiche Fragmente, die sich trotz ihrer Differenziertheit jeder genaueren Auslegung entziehen. Dazu gehören eine ganze Anzahl an dunkelrot grundierten Stücken mit äußerst kleinteiligen schwarzen Linienführungen, die allerdings nur noch als schwache Vorzeichnung erhalten geblieben sind und deren genauer Verlauf sich nicht mehr rekonstruieren lässt. Bei vielen weiteren der rot bemalten Wandputzstücke finden sich blasse Spuren ehemals schwarzer Pinselstriche, die eine Verzierung erahnen lassen.

Einige Fragmente verfügen über zweilagige Putzaufträge. Dies hat damit zu tun, dass vorher eine erste Fugenmasse an Mörtel verstrichen wurde, um Unebenheiten im Mauerwerk auszugleichen. Eine zweite Putzschicht wurde dann als Deckmörtel über die erste gestrichen.¹⁷ Auf diese wurde dann zuweilen eine farbige Malschicht aufgetragen. Feine Rillen entlang der Putzoberfläche zeugen vom anschließenden Abstrich durch die Kelle, mit der der Putz die endgültige Glättung bekam. Ein ganzheitlicher zweiphasiger Putzauftrag ist in der Raumausgestaltung jedoch nicht festzustellen. Die Zweilagigkeit wurde nur an einigen Stücken angetroffen, die auf vereinzelte Untiefen im Mauerwerk hinweisen.

Für die Pigmente der Farbschichten dürfte eine überschaubare Anzahl an mineralischen und organischen Farbstoffen verwendet worden sein, die durch Vermischung eine recht große Farbvielfalt erzielen konnten. Die breite Palette an Rot- und Gelbtönen setzt sich aus verschiedenen Ockerpigmenten

15 Brandt, Vorbericht (wie Anm. 2), S. 17.

16 In Paderborn konnten ähnlich gestaltete Putzstücke zu größeren, rot gemalten Kreuzen rekonstruiert werden. Preißler, Paderborn (wie Anm. 5), S. 47–53.

17 Goege, Maltechnik (wie Anm. 13), S. 135.

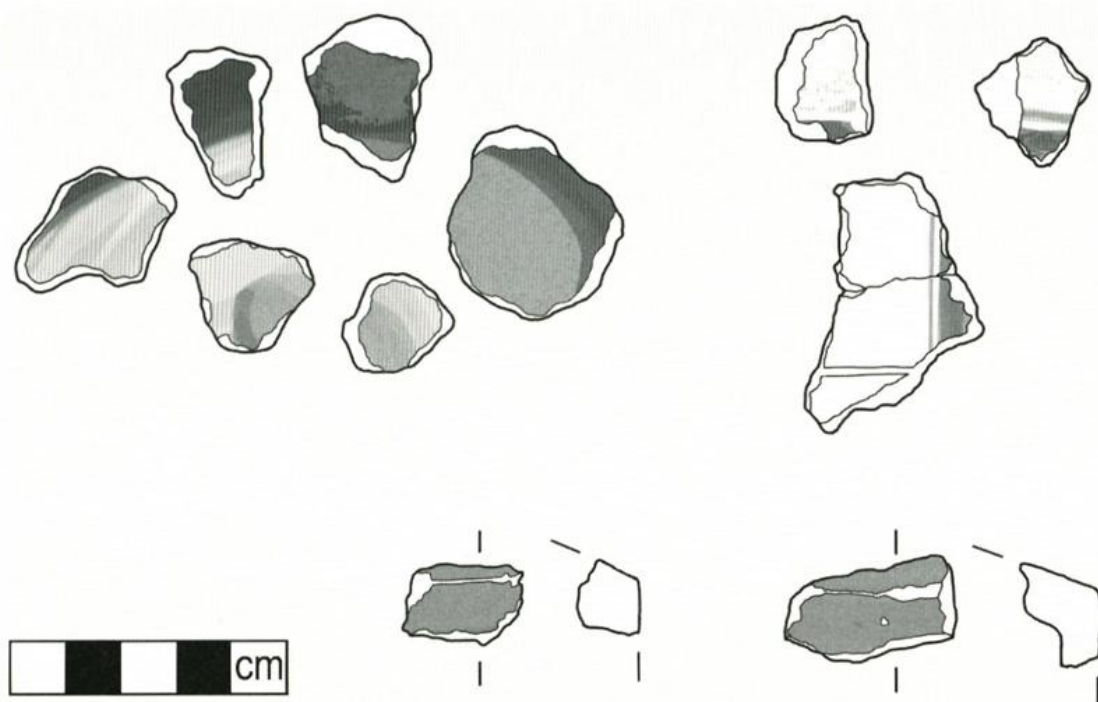


Abb. 4: Kreissegment, Putzfragmete mit geraden Linienführungen und Kantenstücke von Fensterlaibungen. Zeichnung: Hoor

zusammen, die dank vieler Lagerstätten im fränkischen Einflussbereich relativ einfach zu erwerben waren.¹⁸ Der schon bei Vitruv als Atramentum bezeichnete schwarze Farbstoff konnte hingegen recht einfach vor Ort durch Verkohlen von pflanzlichen oder tierischen Stoffen erzielt werden. Hellgraue Flächen wurden mit entsprechenden Weißzusätzen aus Kalk gemischt.¹⁹ Eine genauere naturwissenschaftliche Analyse zu einzelnen Pigmenten steht noch aus. Eine Beprobung würde indes den geringen Materialbestand der wenigen farbigen Stücke in der Substanz noch weiter angreifen, weshalb aus konservatorischen Gründen bisher Abstand davon genommen wurde. Die wenigen vorgefundenen Fragmente mit partiellem grüngrauen Farbauftrag bestanden wahrscheinlich aus einer Beimischung von grüner Erde, einem Verwitterungsprodukt aus Eisensilikaten.²⁰ Dies lässt zumindest der eher matte, erdfarbene Ton vermuten. Dagegen könnten die türkisgrünen Putzfragmente aus Pigmenten auf der Basis von Kupfersulfaten oder Kupferchloriden bestehen. In ihrer Farbgebung gleichen sie verblüffend den Meereswellen der prominenten Odysseus-Skylla-Szene im Corveyer Westwerk.²¹

18 Vgl. Preißler, Paderborn (wie Anm. 5), S. 11.

19 Knoepfli und Emmenegger, Wandmalerei (wie Anm. 12), S. 42.

20 Ebd., S. 48.

21 Vgl. Hermann Kühn, Analyse der Farben, in: Claussen/Skriver, Die Klosterkirche Corvey (wie Anm. 5), S. 148.

Die Farbpigmente wurden häufig mit Bindemitteln wie Leim oder Öl versetzt, allerdings sind diese organischen Substanzen bei dem heutigen Erhaltungszustand der Fragmente nur schwer nachzuweisen.²²

Architektur des Willerich-Doms

Über ihre bloße Bemalung hinaus liefern die Putzfragmente wertvolle Informationen zu der Architektur, in die sie eingebettet waren. Das aufgehende Mauerwerk und damit der Träger der Putzflächen, bestand aus übereinander geschichteten Feld- und Bruchsteinen. Dieser Befund geht nicht nur aus den spärlichen Steinen hervor, die im Fundament liegen geblieben sind, sondern kann auch für die nicht mehr vorhandenen aufgehenden Wände bestätigt werden, da sich entsprechende Abdrucke von Bruchsteinmauerwerk auf der Rückseite von Wandputzstücken erhalten haben. Zwei rot gefasste Kantenstücke geben wiederum Zeugnis von verputzten Mauerdurchlässen (s. Abb. 4). Bei diesen dürfte es sich um Reste von Fensterlaibungen handeln, da der schräge Krümmungsgrad für Türöffnungen wenig Sinn ergibt. Die schrägen Kanten sind dafür umso charakteristischer für die kleinen, trichterartigen Fensternischen, wie sie im frühmittelalterlichen Steinbau vorzufinden waren. Sie geben davon Zeugnis, dass die Kirchenfenster des Willerich-Domes einst eine rote Rahmung aufwiesen.

Auf eine anzunehmende Decke deuten wiederum zwei Putzstücke hin, die einen leicht nach innen gekrümmten Winkel mit Resten schwarzer Bemalung vorweisen. Bei diesen könnte es sich um Reste des mit einer schwarzen Zierleiste versehenen Wand-Decken-Übergangs handeln. Trotz der nach innen geneigten Krümmung dieser Ansatzstücke ist jedoch nicht von einer Einwölbung, sondern von einer Flachdecke auszugehen, über der sich das Gebälk für das Satteldach befand. Diesen Befund stützen weitere Putzstücke, die auf ihrer Rückseite runde Rutenabdrücke aufweisen. Andere vermitteln eher den Eindruck von ineinander geschobenen Holzkeilen, auf die der Putz verstrichen wurde. Bei den genannten Fragmenten handelt es sich um einfach geschlammte, unbemalte Putzstücke. Das muss jedoch nicht bedeuten, dass die Decke nicht mit Bemalungen verziert gewesen war. Zeigten doch bereits die Ausführungen zur Farbgebung und Motivik, dass einige Wandpartien, vor allem am Rand, stellenweise nicht ausgemalt waren. Bislang haben sich aus karolingischer Zeit nördlich der Alpen nur in Corvey Befunde von Deckenmalerei erhalten.

Letztendlich lag es an ihrem geringen Wert, den sie beim Abbruch der Kirche erfuhren, weshalb im Gegensatz zu allen anderen Ausstattungsgegenständen des frühen Domes wenigstens ein Teil der Malereien der Nachwelt überliefert worden ist. Anders als die liturgische Ausstattung oder die Steine des Mauerwerks gab es für Mörtel und Wandputz keinerlei Wiederverwendungsmöglichkeit. Dafür stellten sie ein umso willkommeneres Füllmaterial für die Fundamentgruben dar. Sicherlich geben die Bremer Fragmente nur

22 Dazu Preißler, Paderborn (wie Anm. 5), S. 11 f.

eine ungenügende Vorstellung davon, wie sich Sakralarchitektur in den neu errichteten Missionsbistümern farblich artikulierte. Ein Blick auf die umliegenden geistlichen Residenzen zeigt, dass dies auf vielfältigste Art geschah, aber auch gemeinsame Ausmalungselemente immer wieder zum Vorschein kamen.

Wandmalerei im karolingischen Sachsen

Fährt man die Weser von Bremen hinauf ins weiter südlich gelegene Weserbergland, erreicht man die ehemalige Benediktinerabtei Corvey. Als erstes und lange Zeit einziges Kloster im neugewonnenen sächsischen Gebiet stellte Corvey nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Christianisierung Nordwestdeutschlands dar, sondern entwickelte sich in den Jahrzehnten nach seiner Gründung 822 auch zu einem kulturellen Zentrum des Ostfränkischen Reiches. Bauliches Zeugnis jener Epoche legt noch heute das imposante Westwerk ab – zusammen mit den darin enthaltenen karolingischen Wandmalereien.

Der wichtigste Raum im Westwerkanbau ist das Obergeschossquadrant, das sich mit großen Teilen der spätkarolingischen Farbfassung in einer umlaufenden Emporenzone über zwei Stockwerke hinweg erhebt. Rote Farbspuren belegen die einstige rote Färbung der Pfeiler, ebenso waren die Basen und Kämpfer farblich gefasst. In den Bogenlaibungen finden sich Reste von vegetabilen Ornamenten. Einzigartig für die karolingische Zeit ist eine szenische Darstellung, die Odysseus im Kampf mit dem Meeresungeheuer Skylla zeigt. Diese mythologische Darstellung konnte sicherlich nur aufgrund einer theologischen Umdeutung in eine christliche Kirche gelangen.²³ Weitere Akteure in dem Meeresszenario stellen eine vogelfüßige Sirene, ein Segelschiff, ein Delfinreiter sowie weitere, nur noch schemenhaft erhaltene Meereswesen dar.²⁴ Der Arkadenumlauf des Raumes und die darüber befindliche Fensterreihe der Emporenzone wurden wiederum durch ein rötlich gemaltes Gesims unterteilt, auf dem verschieden farbig gemalte Säulen ruhten, die sich an den Außenkanten der Fensteröffnungen befanden. Durch die an die Wand gemalte Architektur wurde die tatsächlich gebaute Architektur farblich ergänzt, gegliedert und belebt – sie liefert einen Hinweis, welchen Stellenwert die Wandmalerei für die Raumwahrnehmung besaß. Die Möglichkeit einer Belebung der gebauten Architektur durch farbliche Akzentuierung ist auch für Bremen in Betracht zu ziehen – ein Indiz, auf das an

23 Odysseus steht hier in der christlichen Tradition als tugendhafter Reisender, der die Gefahren einer sündigen Welt meistert, die das Meer mit seinen Stürmen und ungewissen Gefahren symbolisiert. Siehe dazu Hilde Claussen, *Odysseus und das ›grausige Meer dieser Welt‹*. Zur ikonographischen Tradition der karolingischen Wandmalerei in Corvey, in: Hagen Keller und Nikolaus Staubach (Hrsg.), *Iconologia Sacra. Mythos, Bildkunst und Dichtung in der Religions- und Sozialgeschichte Alteuropas*. Festschrift für Karl Hauck zum 75. Geburtstag, Berlin 1994, S. 341–382.

24 Claussen und Exner, *Abschlußbericht* (wie Anm. 4), S. 266.

späterer Stelle noch einmal eingegangen wird. Die früheste Ausmalungsphase der Klosterkirche in Corvey entstand vermutlich kurz vor der Weihung der ersten Kirche um 844. Im ergrabenen Rechteckchor zeugen Wandputzfragmente mit dunkelrot geschwungenen Linien auf hellem Putz ähnlich wie in Bremen wohl von einstigen figürlichen Motiven, die den oberen Wandbereich geziert haben können.²⁵ Im Zuge der Chorverweiterung wurde um 870 auch das Langhaus farbig bemalt. Auffälligstes Motiv sind hier Streifenbordüren, die sich unterhalb der Flachdecke befunden haben dürften. Außerdem fanden sich, ähnlich den zwei Bremer Stücken, an den einstigen Raumwänden Fragmente von rot gefassten Fensterlaibungen, die noch zusätzlich mit schwarzen Kantenstreifen versehen waren.²⁶

Durch die Weser war Corvey stets gut mit Bremen verbunden.²⁷ Ansgar, der später zum Erzbischof erhobene zweite Nachfolger Willerichs, war der erste Leiter der neugegründeten Klosterschule in Corvey.²⁸ Dass die Ausstattung der Klosterkirche von den Malereien des Bremer Domes beeinflusst wurde, ist hingegen eher unwahrscheinlich. Zu abgelegen und künstlerisch wohl weniger ausstrahlend war der hoch im Norden Sachsens gelegene Bischofssitz, während in Corvey ein hoch ambitioniertes Bauprogramm an den Tag gelegt wurde, welches in der gesamten Region ohne Parallele war.

Älter noch als die Corveyer Malereien sind die farbigen Putzfragmente der karolingischen Pfalz in Paderborn, die zu den frühesten Wandmalereien des damaligen eroberten sächsischen Gebietes zählen. Die Wiederentdeckung der historisch verbürgten Pfalz gelang durch die großflächigen Ausgrabungen Wilhelm Winkelmanns in den 1960er/70er Jahren. Dabei standen schon bald die ungewöhnlich gut erhaltenen Wandmalereifragmente mit im Fokus des Interesses. Uwe Lobbedey ergänzte die Ausgrabungen im nördlichen Pfalzbereich durch eigene Grabungen im Dom 1978–1980 und 1983.²⁹ Die weni-

25 Anna Skriver, Vorbemerkung zu den Grabungsfunden. Wandmalerei aus Grabungen in der Kirche, in: Claussen/Skriver, Die Klosterkirche Corvey (wie Anm. 5), S. 21 f.

26 Ebd., S. 22–23.

27 Ein in Bremen 1989 geborgener Lastkahn gibt noch Zeugnis vom einstigen Flussverkehr in karolingischer Zeit. Das Schiffswrack wurde mittels Dendrochronologie auf die Zeit um 808 datiert. An Bord fanden sich Scherben der Muschelgrusware, die entlang der Weser bis nach Corvey streut. Per Hoffmann und Detlev Ellmers, Ein Frachter aus der Zeit Karls des Großen, Bremer Archäologische Blätter, N.F. 1, 1991, S. 35. Dazu auch Marco Adameck und Joachim Schween, Großräumige Kulturkontakte an der Weser in der Vor- und Frühgeschichte. Mit Überlegungen zur Weserschiffahrt und zum Landverkehr, in: Norbert Humburg und Joachim Schween (Hrsg.), Die Weser. Einfluss in Europa. Leuchtendes Mittelalter, Holzminden 2000, S. 19 f. Vgl. auch Konrad Elmshäuser, Die Corveyer Weserfischerei bei Lüssum. Anmerkungen zu einem angeblichen Diplom Ludwigs des Frommen von 822, in: Brem. Jb. 86, 2007, S. 15–52.

28 Michael Müller-Wille, Ansgar und seine Mission im Norden, in: Rainer-Maria Weiss und Anne Klammt (Hrsg.), Mythos Hammaburg. Archäologische Entdeckungen zu den Anfängen Hamburgs, Hamburg 2014, S. 236.

29 Preißler, Paderborn (wie Anm. 5), S. 2.

gen Wandputzstücke aus der Domgrabung, die der ersten Bauphase um 776 zugerechnet werden können, deuten auf bescheidene Raumverhältnisse hin. Sie besitzen eine sorgfältig geglättete Oberfläche mit, ähnlich wie in Bremen, meist roter und vereinzelt schwarzer flächiger Bemalung.³⁰ Zu den markantesten Malereibefunden aus karolingischer Zeit gehören neben diversen Rankenornamenten auch eine Anzahl von fragmentierten Inschriften. Diese bestanden aus einer antikisierenden Capitalis-Schrift, bei der durch Ritzlinien die Zeilenhöhe und der Abstand der Zeilen zueinander angegeben wurde.³¹ Aus dem Schutt der für das neu zu schaffende Querhaus abgerissenen Westwand der Paderborner Basilika stammen wohl einige Fragmente an Ranken, Mäandern, Inkrustationen und Resten von Gewändern. Das größte zusammenhängende Gebilde erwies sich als Rest eines einst großflächig gemalten Kreuzes aus unterschiedlich breiten rot-weißen Streifen, die die Konturen der Kreuzbalken plastisch hervortreten lassen. Die durch das Kreuz in vier Felder gegliederte Fläche wurde wiederum mit rot bemalten Ranken und Schriftzeilen ausgefüllt. Hierbei lässt sich an eine monumentale Grabinschrift denken.³² Ähnliche Fragmente zeigen an, dass es in der Kirche eine ganze Reihe solcher Kreuze und Rahmungen gegeben hat.³³ Eine unmittelbare Nachahmung bestimmter Motive lässt sich für Bremen nicht feststellen. Zwar besaß der Bremer Dom wie die frühe Pfalzkapelle mit den flächigen Rot- und Schwarztönen eine ähnliche Farbgebung, doch ist dieser Befund aufgrund der wenigen vorhandenen Teile zu allgemein, um eine umfassende Aussage treffen zu können. Zur Bauzeit des Bremer Steindomes war die erste Pfalzkapelle in Paderborn längst einer großen Basilika gewichen. Diese verdeutlicht schon in ihren schieren Dimensionen einen Großbau ihrer Zeit, der nicht zuletzt dank der günstigen Lage am Hellweg früh ausgebaut werden konnte. Im Gegensatz dazu besaß die Domkirche des abgelegenen Bremer Bischofssitzes noch die Größe einer einfachen Pfarrkirche.

Eine an Fundaufkommen und Darstellung ähnlich wie in Bremen überschaubare Menge an bemalten Wandputzfragmenten kam in Münster zutage. Grabungen von Manfred Schneider und Uwe Lobbedey ließen zwischen 1987 und 1989 nördlich des Münsteraner Domes auf dem Domherrenfriedhof Reste einer karolingischen Kapelle des frühen 9. Jahrhunderts zutage fördern.

30 Claussen, Wandmalereifragmente (wie Anm. 11), S. 251.

31 Die Präsenz von solchen Schriftfeldern ist auch für den karolingischen Dom in Bremen nachgewiesen, wenn auch nicht als Malerei. Beim Abbruch eines Altares fand sich 1840 im Schutt eine Bleitafel, die das Sterbedatum von Willerichs Nachfolger, Bischof Leuderich, festhält. Auch hier untergliedern Ritzlinien den Abstand der Capitalis-Schrift zueinander. Die nach 845 entstandene Bleitafel gilt als ältestes erhaltenes Bremer Schriftdenkmal. Alfred Löhr, Bleitafel aus dem Grab des Bischofs Leuderich, in: Alfred Löhr und Rosemarie Pohl-Weber (Hrsg.), Der Bremer Dom. Baugeschichte, Ausgrabungen, Kunstschatze. Handbuch und Katalog zur Sonderausstellung vom 17. Juni bis 30. Sept. 1970 im Bremer Landesmuseum (Focke-Museum), Bremen 1979, S. 108.

32 Preißler, Paderborn (wie Anm. 5), S. 50 ff.

33 Ebd., S. 53.

Bei dieser handelt es sich um die Stiftskirche *vetus ecclesia sancti Pauli*, welche einst eine Nebenkirche des noch jungen Domstiftes darstellte.³⁴ Die Putzreste wurden in Gruben sowohl unterhalb des Abbruchschutts, als auch vereinzelt innerhalb des Abbruchschutts der letzten Ausbauphase des Kirchengebäudes gefunden. Die dortigen Stücke waren überwiegend einheitlich gefärbt, so dass mit einer mehrphasigen Ausmalung der Kirche gerechnet werden kann.³⁵ Die sonstigen, älteren Stücke der ersten Ausmalungsphase zeigen mit ihren teilweise sehr gut erhaltenen Malaufträgen kräftige Braun-, Gelb-, Rot- und Rosatöne. Leider haben sich wie in Bremen nur äußerst kleinteilige Fragmente erhalten, die sich nicht zu einem größeren Verband zusammenfügen ließen, weshalb sich auch hier das genaue Erscheinungsbild nicht mehr rekonstruieren lässt. Die dynamischen Bögen und parallelen Anordnungen einzelner Fragmente können sowohl mit Ornamenten als auch mit figürlichen Bildelementen in Verbindung gebracht werden.³⁶ Da diese mehrfarbigen Stücke einerseits im Apsisbereich, andererseits aber auch im Westbereich der Kirche aufgefunden wurden, lässt sich nicht mehr ermitteln, ob bestimmte Bereiche des Kirchengebäudes farblich hervorgehoben wurden.³⁷

Auch bei den von Uwe Lobbedey 2001 geleiteten Ausgrabungen im Dom zu Osnabrück konnte eine geringe Anzahl an bemalten Wandputzfragmenten aus karolingischer Zeit geborgen werden. In der reduzierten Farbpalette zeigen sich die bekannten Rotvarianten und Schwarztöne. Während einige wenige dunkelrote Stücke rahmenden Farbbändern zugeordnet werden, scheinen kräftige schwarze Konturlinien mit hellroter Innenbemalung in ihrer freihändigen malerischen Ausführung auf figürliche Darstellungen hinzudeuten. An einem Stück meint die Bearbeiterin Anna Skriver sogar das Fragment eines Engelflügels mit Federspitzen erkennen zu können.³⁸

In Hildesheim konnte Karl Bernhard Kruse 1992 Fundamente des ersten Dombaus durch Bischof Gunthar (815–ca. 834), dessen Wirken zeitgleich mit Willerich (805–837) zu setzen ist, archäologisch erfassen und dokumentieren. Auch hier fand sich eine gängige Befundsituation wieder: die Verfüllung der Ausbruchgrube des Fundaments bestand zu einem großen Teil aus Abbruchschutt mit Wandputzstücken. Bis auf eine rote Fugenbemalung besaßen

34 Bernd Thier, Bemalter Wandputz, in: Christoph Stiegemann/Martin Kroker/Wolfgang Walter (Hrsg.), *Credo. Christianisierung Europas im Mittelalter*, Katalog, 2, Petersberg 2013, S. 443.

35 Manfred Schneider, Die Stiftskirche »Alter Dom« – Baubefunde und Baugeschichte auf dem Domherrenfriedhof, in: M. Michael Rind (Hrsg.), *Die Ausgrabungen auf dem Domherrenfriedhof 1987 bis 1989. Die Stiftskirche »Alter Dom« und die Bestattungen im Dombereich. Der Dom zu Münster*, 5, Mainz 2011, S. 117.

36 Ebd., S. 133.

37 Ebd., S. 117.

38 Anna Skriver, Bemalte karolingische Wandputzfragmente, in: Uwe Lobbedey, *Die Ausgrabungen im Dom zu Osnabrück 1866 bis 2003*, Rahden 2016, S. 256–259.

diese Stücke jedoch keine ausgefeilte Bemalung.³⁹ Immerhin zeigt sich auch hier, dass der rote Ockerton die vorherrschende, weil am einfachsten verfügbare Farbe bei der Ausmalung frühmittelalterlicher Bauten darstellte. Bei einer weiteren, umfassenden Ausgrabung 2010 innerhalb des Domes kam neben einer größeren Anzahl an rot, gelb und schwarz bemalten Putzresten aus der Brandschicht des Domneubaus unter Bischof Altfrid von 872 auch ein auf Putz gemaltes Kapitel zum Vorschein.⁴⁰ Dieses im Schutt der Verfüllung des älteren Gunthar-Domfundaments aufgelesene Architekturelement weist große Ähnlichkeit mit entsprechenden Befunden aus Corvey auf und zeigt, dass auch in Hildesheim eine gemalte Architektur die Wände des Kirchenraumes gliederte.⁴¹

Historische Einordnung

Bei den Ausgrabungen im St. Petri-Dom fanden sich, für eine Kirchengrabung nicht unüblich, wenig aussagekräftige Funde, die die ältesten Baubefunde präzise datieren könnten. Ein zur Kirche gehörender Friedhof konnte zwar im Außenbereich entlang eines schmalen Streifens erfasst werden, jedoch fanden sich keine datierbaren Funde in den ohnehin durch Nachbestattungen stark gestörten Gräbern.⁴² Als einziger archäologisch datierender Fund wird von Brandt eine Scherbe »leuchtend rot polierter Ware« genannt, die sich zwischen den Fußböden der nachfolgenden Perioden IV und V befand.⁴³ Aufgrund ihrer charakteristischen Magerung ist die Wandscherbe jedoch eindeutig der Muschelgrusware zuzuordnen.⁴⁴ Vereinzelt erfuhren Gefäße dieser Keramik durch Glättung eine besondere Verzierung, weshalb die Gefäßoberfläche leuchtend rot poliert wirken kann.⁴⁵ Durch ihre Neuansprechung passt die Scherbe auch besser in das Fundbild anderer Keramikstücke

39 Karl-Bernhard Kruse, Die Bernwardsmauer in Hildesheim. Befestigung von Domhügel und Stadt im Mittelalter, in: Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters, Stadtarchäologie in Norddeutschland westlich der Elbe, Beih. 14, Bonn 2002, S. 202.

40 Karl-Bernhard Kruse, Zur Bautätigkeit Bischof Bernwards in Hildesheim, in: Gerhard Lutz und Angela Weyer (Hrsg.), 1000 Jahre St. Michael in Hildesheim. Kirche – Kloster – Stifter, Petersberg 2012, S. 31.

41 Karl-Bernhard Kruse, Die Domburg Hildesheim vom 9. und 11. Jahrhundert. Erste Ergebnisse der Grabung im Hildesheimer Dom, in: Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachsen, 31, 2011, S. 19.

42 Brandt, Vorbericht (wie Anm. 2), S. 45.

43 Ebd., S. 25. Brandt bezieht sich hierbei auf Wilhelm Winkelmann, Ausgrabungen auf dem Domhof in Münster, in: Alois Schröer (Hrsg.), Monasterium. Festschrift zum siebenhundertjährigen Weihegedächtnis des Paulus-Domes zu Münster, Münster 1966, S. 35.

44 Tanja Töbe und Dieter Bishop von der Landesarchäologie Bremen sei an dieser Stelle gedankt für das Bereitstellen der Keramik.

45 Henning Stilke, Muschelgrusware, in: Hartwig Lüdtke und Kurt Schietzel (Hrsg.), Handbuch zur mittelalterlichen Keramik in Nordeuropa, 1, Neumünster 2001, S. 192.

dieser Warenart, die im Magazin wieder aufgefunden werden konnten. Leider lassen sich diese Wandungsstücke keiner bestimmten Fundstrategie zuordnen, was in Bezug auf die Datierungsproblematik bedauerlich ist. Die generell feinchronologisch schwer einzuordnende Keramik passt allerdings gut ins 9. Jahrhundert. Grundsätzlich ergeben sich dadurch keine Änderungen in der Datierung der Baubefunde.

Über die Problematik der genauen zeitlichen Einordnung der vorromantischen Bauperioden äußert sich Brandt ausführlich in seinem Vorbericht, weshalb hier nicht genauer darauf eingegangen werden soll.⁴⁶ Unter Zuhilfenahme der Schriftquellen konnte Brandt eine relative Chronologie erarbeiten, die die Wandputzfragmente in die Zeit Bischof Willerichs (805–838) setzt. Gegen diese Einordnung spricht auch heute nichts. Eine feinere Chronologie scheint allerdings nach wie vor nicht möglich. Selbst wenn alle Malereien vollständig erhalten wären, könnte man sie kaum anhand ihrer bloßen Stilistik um Jahrzehnte genau einordnen. Einen Hinweis geben immerhin die stratigraphisch nachgewiesenen älteren Baubefunde der Perioden I und II. Warum diese ersten angefangenen Steinbauten nicht zu Ende geführt und wieder abgebrochen wurden, lässt sich nicht mehr ermitteln. Sie zeigen allerdings, dass sich der Bau des Domes über längere Zeit hinzog – bei einer Amtszeit von über dreißig Jahren verbliebe aber immer noch ein großer Zeitraum, der für die Vollendung der Malereien unter Willerich in Frage käme. Man darf annehmen, dass es gewiss zu den vorrangigen Zielen Willerichs gehörte, nach seiner Weihe die Holzkirche seines Vorgängers Willehad durch einen Steinbau zu ersetzen. Deshalb scheint eine vorsichtige Datierung der Malereien in das erste Viertel des 9. Jahrhunderts nicht unrealistisch.

Anders als den bischöflichen Auftraggeber kann man die verantwortlichen Künstler für die Wandmalereien, wie bei so vielen mittelalterlichen Bildwerken, nicht wirklich fassen. Theoretisch könnten es Mönche vom ortseigenen Monasterium gewesen sein, die etwa durch die Lektüre von Vitruv mit den überlieferten Wandmalereitechniken vertraut gemacht wurden.⁴⁷ Ob es im noch jungen Bischofssitz genügend kunsthandwerklich versierte Mönche gegeben hat oder nicht die Missionsarbeit den vollen Arbeitseinsatz der Geistlichen verlangte, ist allerdings schwer einzuschätzen. Da das Bistum Bremen in den ersten Jahrzehnten des 9. Jahrhunderts noch eine Suffragandiözese des Erzbistums Köln darstellte, könnten es möglicherweise auch Kölner Maler gewesen sein, die den Bremer Dom ausschmückten. In Köln konnte man als wichtigen zentralen Ort zumindest auf ein breit gefächertes Spektrum an Kunsthandwerkern und Malern zurückgreifen.

Unmittelbare Vorbilder für die Wandmalereien sucht man in Bremen ebenfalls vergeblich. Ein Vergleich mit der zeitgenössischen Buchmalerei, die womöglich in der Domschule angefertigt wurde, scheidet mangels erhaltener

46 Brandt, Vorbericht (wie Anm. 2), S. 32 ff.

47 Zur karolingischen Rezeption von Vitruvs *De architectura* siehe auch Stefan Schuler, *Vitruv im Mittelalter. Die Rezeption von »De architectura« von der Antike bis in die frühe Neuzeit*, Köln 1999, S. 47.

Buchvorlagen aus. Eine der bedeutendsten Handschriften der Karolingerzeit, der sogenannte Dagulf-Psalter wurde jahrhundertlang in Bremen in der Schatzkammer des Domes verwahrt. Da der Psalter am Anfang eine Widmung Karls des Großen enthält, wurde er für ein Geschenk Karls an den ersten Bremer Bischof, Willehad, gehalten. Doch legen Quellen nahe, dass die vermutlich in Aachen entstandene Handschrift erst im 11. Jahrhundert durch Heinrich IV. nach Bremen gelangte.⁴⁸ Wahrscheinlicher sind als Vorlage für die Wandmalereien spezielle Vorlagenbücher anzunehmen.⁴⁹ Fest steht, dass die frühe Wandmalerei des Mittelalters einen integralen Bestandteil der Sakralarchitektur bildete und in erheblichen Maß die Wirkung und Bedeutung eines Bauwerks bestimmte.

Rekonstruktion des Bremer Ausmalungsprogrammes

Es ist auffällig, dass innerhalb der ältesten Bauphasen sowohl bei den Bremer Fragmenten als auch bei den anderen untersuchten Fundorten Nordwestdeutschlands offensichtlich der rote Ockerton in der Farbgebung dominierte – zusammen mit geringeren Mengen an schwarz bemalten Flächen. Diese Farbpartien erfüllten bei genauerem Hinsehen durchaus spezifische Funktionen im Raum. Sie gliederten ihn, grenzten ihn ab, betonten bestimmte Bereiche oder umrahmten diese. Leicht lassen sich diese Funktionsbegriffe bestimmten Ornamentgruppen zuweisen: etwa Zierleisten oder Bordüren, Schranken oder Friese sowie die entsprechenden Felder, die von ihnen umfasst wurden. Diese Beobachtungen fügen sich gut ein in die Funde von dekorativer Architekturmalerei, die bei vielen der behandelten Fundorte auftauchte. Man denke nur an das gemalte Säulenkapitell aus Hildesheim, das mehrere Entsprechungen in Corvey hat oder etwa die gemalten Wandkreuze aus Paderborn. Vieles spricht auch für Bremen, dass es in dem schlichten Bau Willerichs, eine Saalkirche mit eingezogenem Rechteckchor, die Malerei war, die die augenfälligste Gliederung der Architektur darstellte. Der Nachweis von Kreisen, Bögen und Ornamenten sowie diversen anderen Farbpartien in Türkis, Grün, Hellgrau und Ockergelb lassen auf ein höchst differenziertes Ausmalungsprogramm schließen, dessen feine und akkurate Pinselführung, wenn auch nur in schwachen Spuren, sich überall ausmachen lässt. Dieses dürfte neben den Wänden des Kirchenraumes grundsätzlich

48 Adam von Bremen nennt als Geschenk des Königs »(...) aus Mitgefühl für die verheerte Bremer Kirche als Ersatz etwa 100 Messgewänder und weitere Silbergefäße, auch Bücher, (...) einen mit Goldbuchstaben geschriebenen Psalter (...)« Ingrid Weibezahn, Zwei wertvolle Bücher, in: Detlev G. Gross und Ingrid Weibezahn (Hrsg.), Schätze aus dem Bremer St. Petri Dom. Führer durch das Dom-Museum, Bremen 2005, S. 48 f.

49 Als eines der ältesten solcher Art hat sich in Teilen noch ein karolingisches Vorlagenbuch erhalten, das vermutlich in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts in Frankreich angefertigt wurde. Robert W. Scheller, *Exemplum. Model-Book Drawings and the Practice of Artistic Transmission in the Middle Ages* (ca. 900 – ca. 1470), Amsterdam 1995, S. 98–108.

auch die Decke mit eingeschlossen haben – auf die größte und dominanteste Fläche im Raum hätte man als Bildträger wohl kaum verzichtet. Funde von entsprechend geformtem Wandputz liefern gute Gründe, für Bremen eine verputzte Decke anzunehmen.

Die Auswahl an vorhandenen Putzstücken lässt leider nur eine sehr beschränkte Ansicht auf die ehemalige Wandfläche zu. Man kann diese Ausgangslage mit einem Puzzle vergleichen, von dem zwar einige Teile existieren, in den seltensten Fällen aber aneinanderpassen, so dass man das gesuchte Bild, wenn überhaupt, nur erahnen kann. Dies schließt die Frage mit ein, wie denn die nicht mehr vorhandenen Partien vorzustellen sind. Ein mögliches Bildprogramm der Wandmalereien lässt sich nur vermuten. Gerne möchte man die kleinen Fragmente mit geschwungenen, parallelen Linienführungen, wie an anderen Fundorten auch, mit Gewandfalten figürlicher Darstellungen in Verbindung bringen. Das Vorhandensein von figuraler Malerei ist für eine frühmittelalterliche Kirche sicherlich nicht abwegig. Die offensichtlichste Abbildung einer Person, die man in einer Kirche erwarten kann, ist eine Darstellung von Christus. Im frühen Dom kann man diese an der hinteren Ostwand des Altarhauses annehmen – etwa als Darstellung eines thronenden Christus in Form einer *Majestas Domini*. Dieses Motiv bildete sich in der Karolingerzeit heraus und zählte im Chorraum zu den gängigsten Christusdarstellungen.⁵⁰ Auch das Vorhandensein einer Petrusdarstellung, als Schirmherr der Bremer Kirche, scheint plausibel. Als Symbolfigur für die christliche Mission verfügten neben Bremen, Minden und Osnabrück gleich mehrere sächsische Bistümer über solch ein Petruspatrozinium.⁵¹ Hier zeigt sich auch in der Ikonographie die besondere Stellung der Mission im vormals noch heidnischen Sachsenland.

Trotz des Fehlens größerer zusammenhängender Motive lässt der Vergleich mit anderen Fundorten Nordwestdeutschlands in Bremen die Grundzüge einer farbig gemalten Gliederung des Kirchenraumes erkennen. Auch konnten durch den Nachweis verschiedener Bauelemente wie Fensterlaibungen und Deckenfragmente neue Erkenntnisse zur Architektur des ersten Stein-domes erzielt werden. Damit stellen die bemalten Putzfragmente aus der Willerich-Zeit ein eindruckliches Zeugnis der Missionierung Nordwestdeutschlands und der Frühgeschichte der Stadt Bremen dar.

50 Bruno Reudenbach, *Religiöse Bilder. Theologisches Urteil und künstlerische Praxis*, in: Bruno Reudenbach (Hrsg.), *Geschichte der bildenden Kunst in Deutschland, Karolingische und Ottonische Kunst*, 1, Darmstadt 2009, S. 500 f.

51 Zur Ikonographie des Petrus siehe Wolfgang Braunfels, *Petrus. Apostel, Bischof von Rom*, in: *Lexikon der christlichen Ikonographie*, 8, Ikonographie der Heiligen: Meletius bis Zweiundvierzig Martyrer, Freiburg 1994, S. 166.

Die Lindemannsche Knabenerziehungsanstalt in Lehe – Zwei Bildquellen zur bremischen Schulgeschichte im 19. Jahrhundert

Von Thomas Elsmann

Zwei Gouachen

Die beiden hier gezeigten Gouachen können für die Bremer Schulgeschichte einiges Interesse beanspruchen.¹ Sie zeigen Gebäudeansichten, die von Blumenrabatten und Bäumen umgeben sind; ein Bild wird als »Vordere Ansicht« (Abb. 1), das andere als »Hintere Ansicht« bezeichnet (Abb. 2). Unter die »Hintere Ansicht« wurde ein Etikett mit dem kurzen Text: »Lindemanns Erziehungs-Anstalt zur Lehe« geklebt. Die Ausführung ist im Detail mit Pinsel und Feder sehr fein und farbenfroh, stammt aber wohl nicht von einem Berufskünstler. Es finden sich weder Signatur noch eine Datierung, doch ist eine zeitliche Einordnung möglich: Das Bild zeigt eine Bremer Fahne und eine Flagge mit schwarz-rot-goldenen Farben; diese sind nur in der Zeitspanne von 1848 bis 1850 denkbar. Sicher ist auch, dass es sich bei der Bezeichnung Lehe nur um das vormalige Dorf Lehe im Hollerland, Kirchspiel Horn-Lehe handeln kann.

Die Maße ohne Ränder sind mit 25,8 x 26,4 cm bzw. 33,2 x 28,7 cm anzugeben; beide Bilder sind mit Tusche schwarz umrandet; ein Bild hat – wie gezeigt – unten ein freies Feld mit der Beschriftung. Ränder und Etikett erhielten in neuerer Zeit teilweise einen goldgeprägten Papierstreifen. Die Ränder wurden zu einem unbekanntem Zeitpunkt beschnitten, als die Bilder in ihrer Größe offensichtlich an einen Rahmen angepasst wurden. Dabei wurden Einrisse mit starkem Papier und Tesafilm (!) unsachgemäß beklebt. Die Bilder haben wohl zunächst als Wandschmuck gedient, dürften aber nicht lange gegangen haben und dem Licht ausgesetzt worden sein, da die Farben noch sehr intensiv wirken.

Über den oder die Vorbesitzer der Gouachen ist nichts bekannt. Man geht aber nicht fehl in der Annahme, dass sie von einer Person in Auftrag gegeben oder hergestellt wurden, die als Lehrer oder Schüler eine enge Beziehung zur Erziehungsanstalt hatte. Der Stil entspricht dem der Gemälde, Aquarelle, Lithografien und Kupferstiche von Gebäuden, besonders Landhäusern, des bremischen Gebietes um 1850.² Im Unterschied zu fast allen

1 Ursprünglich aus dem Besitz des 2011 verstorbenen Herbert Schwarzwälder, jetzt im Staatsarchiv Bremen in: Sammlung Schwarzwälder 9, S 9 - 69/3.

2 Etwa Haus Landruhe in Horn (Gemälde von Johann Heinrich Menken, um 1820); Landhaus Schürmann in Horn (Kupferstich nach Zeichnung von Stephan Messerer, 1833); Lampenholz in Oberneuland (anonyme Tuschzeichnung, um 1820;



Abb. 1: »Lindemanns Erziehungs-Anstalt zur Lehe«, vordere Ansicht

Bildern wird in der Gouache der Lindemannschen Anstalt auf Staffage (spielende Kinder, sonstige Personen, Tiere, Kutschen etc.) verzichtet.

Kupferstich nach Anton Radl, 1822); der Hodenberg in Oberneuland (Lithografie nach Friedrich Wilhelm Kohl, 1845, und Zeichnung von Georg Walte, 1835); Landhaus Ichon / Cäsar in Oberneuland (anonymes Aquarell, um 1840); Gartenhaus Bürgermeister Smidt (anonymes Aquarell, um 1845); Gartenhaus Lürman, Contrescarpe (Lithografie von Friedrich Adolf Dreyer, um 1850); Wohnhaus Bürgermeister Smidt (Vorder- und Rückansicht, Lithografie von Friedrich Julius Tempelty nach Zeichnung von Franz Alexander Borchel, um 1860).



Abb. 2: »Lindemanns Erziehungs-Anstalt zur Lehe«, hintere Ansicht

Besondere Sorgfalt wurde auf die Darstellung des Gartens verwandt. Vorne, also zwischen dem Haus und der Leher Heerstraße, sieht man mehrere Rabatten mit Rasen, Blumen und kleinen Bäumen. Im Vordergrund befindet sich mittig eine Rotunde mit hochstämmigen Rosen. Sie wird links und rechts eingerahmt von je einer nierenförmigen Rabatte mit Rasen und je einer

niedrigwüchsigen Tanne. Zwischen ihnen erhebt sich ein Fahnenmast in der Form eines Schiffmastes. An der Spitze weht die im November 1848 verabschiedete schwarz-rot-goldene Fahne, seitlich die viel kleinere Bremens, bei welcher die Zahl der rot-weißen Streifen und die Quadrierung nicht korrekt ausgeführt sind. Unmittelbar vor dem Haus sieht man links und rechts vom Eingang je ein oval gestaltetes Beet mit hochstämmigen Rosen. An der rechten Seite und vermutlich auch hinter ihm befindet sich ein Obstgarten, links aber eine Pumpe und ein hölzerner Schuppen, dahinter ein Gebüsch oder kleiner Wald mit kleinen Bäumen. Vor dem Haus stehen unregelmäßig hohe Bäume. Im Ganzen scheint die Gartenanlage vermutlich korrekt dargestellt worden zu sein, wenn natürlich auch die Grenze zwischen Realität und Idealtypus zerfließen kann. Anlagen wie diese mit der Rotunde und abgerundeten länglichen Seitenrabatten waren um 1800 in Mode.³

Das Haus des Anwesens dürfte nicht groß gewesen sein: Es war etwa 10 Meter lang und hatte nur ein Erdgeschoss, vielleicht war das Dachgeschoss teilweise ausgebaut. Das Haus besaß an der Vorderseite direkt über dem Eingang einen Erker, hinten einen Vorbau mit einer Tür und einem spitzen Dach, in dem sich im ersten Stock ein Zimmer mit vermutlich schrägen Wänden befand. Hinter dem Bauwerk erblickt der Betrachter links und rechts zwei Schuppen oder Ställe, vorne befand sich ein drittes, einstöckiges Gebäude. Bei allen Bauten ist Fachwerk angedeutet, sie sind ansonsten völlig schmucklos. Vergleichbare Gebäude in Dörfern des bremischen Landgebietes lassen auf eine Erbauung bzw. einen Umbau zum Beginn des 19. Jahrhunderts schließen. Es handelte sich nicht um ein Bauernhaus, aber auch keineswegs um einen Bau, der von Anfang an als Schule dienen sollte. Vielmehr wurde es vor der Nutzung als Schule von 1827 bis 1833 durch Johann Hinrich Poggenburg als Kaffee- und Weinschänke mit Kegelbahn verwendet.⁴ Es war Teil des ehemaligen Landgutes Louisenthal, dessen Name noch im Kontext des heute nicht mehr existierenden Hotels *Landhaus Louisenthal* und dem angebundenen Restaurant *Senator-Bölken-Hof* bekannt sein sollte. Das von Bürgermeister Georg Gröning (1745–1825) um 1815 erbaute Gutshaus atmete zunächst ganz den Stil des Klassizismus. Nach Grönings Tod wurde das Anwesen verkauft und die Ländereien vom Haus getrennt, das an Poggenburg ging, der es zum Restaurantbetrieb umbaute, ehe es 1833 in den Besitz des Ehepaars Lindemann übergang.

3 Vgl. Gustav Brandes, *Aus den Gärten einer alten Hansestadt*. Bremen 1939 (Abhandlungen und Vorträge, herausgegeben von der Bremer Wissenschaftlichen Gesellschaft. 13, 1/2), Nr. 4 (1794), Nr. 25 und Nr. 27 (Seitenrabatten mit Hainbuchen, 18. Jahrhundert), in *Ansätzen* auch Nr. 13 (um 1830).

4 Vgl. Rudolf Stein, *Klassizismus und Romantik in der Baukunst Bremens. II: Die Vorstädte und die Stadt-Landgüter, Vegesack und Bremerhaven*. Bremen 1965 (Forschungen zur Geschichte der Bau- und Kunstdenkmäler in Bremen. 5), S. 304; Herbert Schwarzwälder, *Das Große Bremen-Lexikon. Ergänzungsband A–Z*. Bremen 2008, S. 115 f.; *825 Jahre Horn und Lehe. Vom Sumpfland zum Stadtteil*. 4., erweiterte Auflage. Bremen [2011], S. 35; Michael Koppel, *Horn-Lehe-Lexikon*. Bremen 2012, S. 147.

Die Schule

Lehe war um 1850 ein Dorf des Gohes Hollerland und des Kirchspiels Horn;⁵ es hatte etwa 350 Einwohner, von denen 13 bis 14 Bauern waren. Die Kinder des Dorfes gingen um 1850 in die Kirchspielschule Horn, die zwei Klassen mit 130 Schülern umfasste, einige besuchten wohl auch die Schule Lehesterdeich mit einer Klasse und 39 Schülern.⁶ Die Knabenerziehungsanstalt Lindemann stand offenbar in keiner Abhängigkeit von der Kirche. Zwar bestand seit dem 10. Januar 1844⁷ (für die Landschulen revidiert 1862)⁸ in Bremen die Schulpflicht für die Stadt, die Vorstadt und die Landgebiete, doch diese forderte von Kindern vom 6. bis zum 14. Lebensjahr nur den Besuch einer staatlich anerkannten bzw. staatlichen, nicht aber bestimmten Schule; durchweg besuchten jedoch die Kinder im Landgebiet die Schule des zuständigen Kirchspiels und entrichteten dort auch ihr Schulgeld, das in der Regel zunächst 36 Grote vierteljährlich (1844), dann 54 Grote vierteljährlich (1862) betrug. Hinzu kam ein Feuerungsgeld. Die Abhängigkeit von den Pastoren der Kirchengemeinden war sehr groß, die Oberaufsicht lag allerdings bei einer Kommission des Senats. Ausgenommen vom Besuch der Kirchspiel- und ihrer Nebenschulen waren Kinder, denen »durch Hauslehrer, Pensionsanstalten usw., ein genügender Unterricht gewährt wurde.«⁹ Die Kontrolle, u. a. der Qualifikation der Lehrer, oblag dem Senat bzw. einer von ihm eingesetzten Kommission: Dies gab einer Anstalt wie der Lindemannschen ihre Existenzberechtigung. Die Konzessionierung einer Privatschule, einer schulischen Pensionsanstalt bzw. für die Erteilung von Privatunterricht erfolgte zunächst aufgrund eines Gutachtes des Scholarchates, dann durch die für das Schulwesen zuständige Deputation.¹⁰ Entscheidende

5 Vgl. Dietrich Schomburg, *Geschichtliches Ortsverzeichnis des Landes Bremen*. Hildesheim 1964 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen XXX. *Geschichtliches Ortsverzeichnis von Niedersachsen 1. Land Bremen*), S. 38 f.

6 Vgl. Hermann Kosack, *Schulhäuser in Bremen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts*. Bremen 1966 (maschinenschriftlich vervielfältigt), S. 23.

7 Vgl. *Sammlung der Verordnungen und Proclame des Senats der freien Hansestadt Bremen im Jahre 1844*. Bremen: Schönemann 1845, S. 10 ff.

8 *Gesetzblatt der freien Hansestadt Bremen*. 1862. Bremen: Schönemann 1863, S. 9 ff.

9 *Sammlung der Verordnungen* (wie Anm. 7), S. 11.

10 *Gesetzblatt der freien Hansestadt Bremen*. 1849. Bremen: Schönemann 1850, S. 94. Bereits 1814 hatte man eine ähnliche Regelung unternommen, um den offenbaren »Wildwuchs« bei den Privatschulen einzudämmen (»Um den Nachtheilen vorzubeugen, welche für die Einwohner unsers Staats und insbesondere für die Jugend, durch Privat-Unternehmungen von Unterrichts-Anstalten, wenn sie täuschend angepriesen, oder zweckwidrig, oder von Unfähigen eingerichtet werden, entstehen können, findet der Senat sich veranlaßt, über diesen Gegenstand, vermöge seines obrigkeitlichen Amtes und der ihm anvertrauten Sorge für das gemeine Beste, Folgendes zu verordnen. [...]), vgl. *Sammlung der Verordnungen und Proclame des Senats der freyen Hansestadt Bremen im Jahre 1814*. Bremen: Schönemann 1815, S. 192 f. Hier war auch zunächst eine vierteljährliche Berichtspflicht der Privatanstalten vorgeschrieben.

Anhaltspunkte für eine Qualifikation der Schule wurden durch Lehrerprüfungen gewonnen.¹¹ Sie wurden von einer Kommission aus zwei Predigern und acht Lehrern vollzogen. Die Bestimmungen, wer geprüft werden musste und wer nicht, sind eher unscharf. Die Lehrer konzessionierter Schulen waren zu prüfen, wenn sie »in einer Sprache oder Wissenschaft Privatunterricht erteilen wollen«.¹² Nicht geprüft werden mussten Hilfslehrer, die an einer konzessionierten Privatschule in einer Sprache oder Wissenschaft unterrichteten (»Eine Prüfung ist nicht erforderlich: [...] b. In der Hinsicht der concessionierten Privatlehrer oder Lehrerinnen, welche in einer Schule den Hülfsunterricht in denjenigen Sprachen oder Wissenschaften übernehmen wollen, auf welche sich die ihnen erteilte Concession erstreckt.«).¹³ Die Auswahl erfolgte einzig durch den Eigentümer der Schule. Ihre Tätigkeit spielte aber sicher allgemein bei der Zulassung einer Privatschule eine Rolle. Von einer Prüfung waren zudem jene Lehrer dispensiert, die bereits außerhalb Bremens geprüft worden waren oder sich durch Lehrtätigkeit hinreichend qualifiziert hatten.

Die Kinder der Knabenerziehungsanstalt Lindemann kamen im Allgemeinen aus stadtbremischem Gebiet und dessen Umgebung, jedenfalls durchweg nicht aus Lehe oder Horn, entzogen der Horner Kirchspielschule also auch kein Schulgeld.

Bevor die Knabenerziehungsanstalt in den Kontext der bremischen Schulgeschichte eingeordnet wird, soll die einzig bekannte ausführliche Darstellung über die Anstalt vorgestellt werden.¹⁴ Sie stammt von Heinrich Helmers (1847–1908), einem in den letzten Dezennien des 19. und den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts bekannten Autor in Bremen.¹⁵ (Abb. 3) Helmers war kein Historiker oder Pädagoge, sondern Schriftsteller im guten Sinne. Nach dem Besuch der Realschule übernahm er zunächst nach dem Tode des Vaters dessen Musikalien- und Pianofortehandlung sowie ein Geschäft für Galanteriewaren, Schreib-, Zeichen- und Malutensilien, gab aber diese kaufmännischen Beschäftigungen 1884 auf. Schon in den 1860er Jahren hatte er begonnen, Gedichte zu schreiben, die zwischen 1868 und 1870 in der Zeitschrift *Album der Poesie* Veröffentlichung fanden. Helmers verstand sich selbst als Verfasser von »Gelegenheitsdichtungen«, wie er sie selbst ohne negative Konnotationen anpries. In seiner literarischen Produktion war er vielseitig: sein Werksverzeichnis enthält Lustspiele, Schwänke, Prologe, Festspiele, Gedichte und Zeitungsartikel. Von ihm stammt auch die *Humo-*

11 Bremisches Gesetzblatt 1851. Bremen: Schönemann 1852, S. 65 ff.

12 Ebd., S. 65.

13 Ebd.

14 Heinrich Helmers, *Bremer Land und Leute. Kultur-historische Bilder*. Bremen [1905], S. 130 ff.

15 Vgl. zu ihm Henry Seedorf, *Helmers, Heinrich*, in: *Bremische Biographie des neunzehnten Jahrhunderts*. Bremen 1912, S. 211 f.; *Bremer Dichter des neunzehnten Jahrhunderts. Auswahl ihrer Gedichte mit biographischen Notizen unter Mitwirkung von August Freudenthal herausgegeben von Julius Graefe*. Bremen 1875, S. 137 ff.

ristisch-poetische Wanderung durch die Freie Hansestadt Bremen, einen Führer, den er 1895 herausgab. Zu seinen letzten Veröffentlichungen gehören zwei Werke, die geschichtliche und volkskundliche Beiträge zusammenfassten, die Helmers für die *Bremer Nachrichten* verfasst hatte: *Bremer Land und Leute* (1905) und *Bremer Leben* (1906). Helmers war kein nüchterner Chronist, sondern ein gewandter, vielseitiger und humorvoller Schriftsteller.

Woher Helmers seine Informationen über die Lindemannsche Anstalt bezog, lässt sich nicht eruieren. Manches Detail macht wahrscheinlich, dass Erfahrungen von Lehrern und Eleven der Anstalt zugrunde liegen. Es ist sogar möglich, dass Helmers selbst die Anstalt als Schüler besuchte, bevor er auf die Realschule wechselte; das müsste in den Jahren 1855 bis 1857 gewesen sein.

Der Bericht von Helmers unter dem Titel *Eine weibliche Knaben-Erziehungs-Anstalt in Bremen vor 50 Jahren* umfasst sechs Seiten im Kleinoktavformat.¹⁶ Dem insgesamt unübersichtlichen, anekdotisch angereicherten Text lassen sich einige wichtige Einzelheiten über den Betrieb der Anstalt entnehmen: Das Hauptgebäude (das »Wohnhaus«) hatte im Erdgeschoss ein Wohn- bzw. Dienstzimmer der Prinzipalin (»bedeckt mit einem schwarzen Häubchen mit langen Wehbändern und einem am Halse besonders weit ausgeschnittenen dunklen Kleide«), das mit einem Sofa, Stühlen, Bildern und Tannenbäumen in Kübeln ausgestattet war und in dem Vögel herumflogen. Zudem gab es drei Klassenzimmer, dazu im Obergeschoss drei Schlafräume. Die Nebengebäude enthielten einen Speisesaal sowie eine Wasch- und Badeeinrichtung: »Zweimal wöchentlich wurden die Zöglinge im Badehause, in welchem sich drei große Wannen und ein Ofen befanden, von der Vorsteherin, unter Assistenz der Töchter und eines Knechtes, gebadet. Diese Prozedur machte, unter Berücksichtigung, daß auch ältere Knaben dem gründlichen Reinigungsprozesse unterworfen wurden, einen etwas befremdlichen Eindruck.« Das Essen war eher frugal: Es bestand morgens und abends aus geschmierten Grau- und Schwarzbrotsschnitten, mittags aus einer dicken Suppe (»Meistens waren es suppenartig mit Ochsenfleisch gekochte Gemüse, zu denen die Kartoffeln zugeschüttet waren, als Weißkohl,

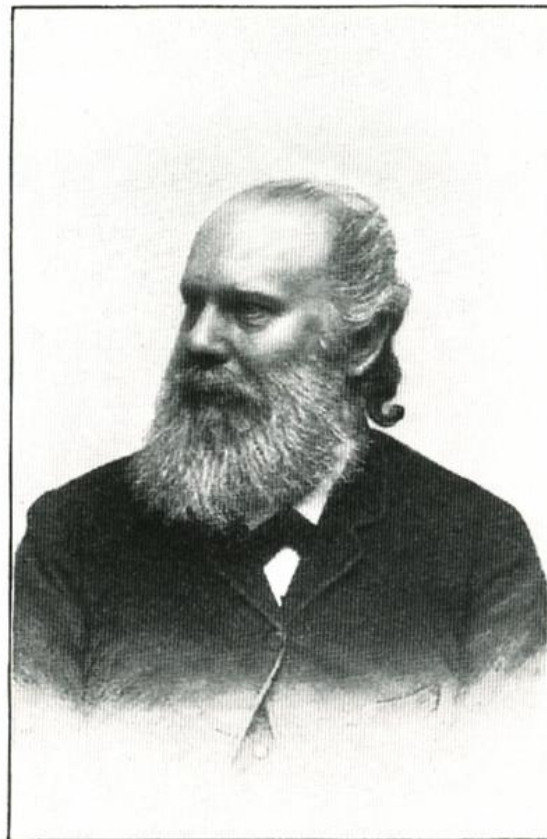


Abb. 3: Heinrich Helmers (1847–1908)

16 Helmers, *Bremer Land und Leute* (wie Anm. 14), S. 130 ff.

Blumenkohl, Steckrüben, runde Rübchen etc.«) – nur am Sonntag wurde gebratenes Fleisch mit Kartoffeln und begleitendem Kompott serviert. Um 6.00 Uhr, im Winter um 7.00 Uhr war Wecken, nach dem Frühstück Unterricht, um 10.00 Uhr Pause. Zwischen 13.00 Uhr und 13.30 Uhr wurde den Zöglingen das Spielen erlaubt, nach 13.30 Uhr folgte das Mittagessen. Nach einer Unterbrechung sah der Plan bis 17.00 Uhr Unterricht vor, um 18.00 Uhr folgte das Abendessen. Danach unternahm Frau Lindemann mit ihren Zöglingen einen Spaziergang, bei schlechtem Wetter wurden Gesellschaftsspiele organisiert, zwischen 21.00 Uhr und 22.00 Uhr wurde die Bettruhe angetreten. Eine Besonderheit war der mit den älteren Schülern unternommene Besuch des Gottesdienstes am Sonntag; und zwar im Bremer Dom (wo vermutlich auch die Konfirmation stattfand), was ein Beleg dafür ist, das die Leiterin und die meisten der Schüler Lutheraner waren.

Helmerts sagt wenig Konkretes über Inhalt und Gestaltung des Unterrichts, auch erfahren wir nichts über Disziplin und Strafen. Wir erfahren aber, dass Frau Lindemann, die in der Führung der Anstalt von ihren beiden Töchtern unterstützt wurde, »ein bedeutendes Wissen in Sprachen, Rechnen, Chemie und Physik ihr Eigen nennen konnte«. Sie unterrichtete in der ersten Klasse, die beiden anderen Klassen betreuten zwei junge Lehrer. Zum Schulleben gehörte die regelmäßige Aufführung von Theaterstücken, für die die Schüler die Kulissen selbst malten. Wir erfahren allerdings nicht, welche Dramen oder Sketche ausgewählt wurden. Auch gab es Deklamationen und Gesangsvorführungen, zu denen Gäste geladen wurden. Was fehlte, war eine regelmäßige Ferienregelung. Die Zöglinge konnten mit Einverständnis der Eltern jederzeit zu ihren Familien heimkehren. Obgleich das Internat – für unser heutiges Verständnis – nicht weit von der Bremer Innenstadt und den langsam aus ihr herauswachsenden Wohngebieten entfernt war, blieb die Verbindung der Schüler meist auf die heiß ersehnte Post der Eltern beschränkt.

Im Ganzen könnte man aus dem Bericht von Helmerts schließen, dass der Internatsbetrieb harmonisch, aber streng ablief, bereichert durch einige »Skurrilitäten« der Anstaltsleiterin. Der Autor lobt die Einrichtung durchweg und sieht das Verdienst dazu bei Bertha Lindemann, allerdings scheint die Knabenerziehungsanstalt schon nach wenigen Jahren an Zuspruch verloren zu haben. Waren es um 1850 noch 40 Schüler, so muss deren Anzahl schnell gesunken sein (»denn bis etwa vor 25 Jahren übte die Vorsteherin, deren Zöglingsschar, da wenig neue Anmeldungen gemacht wurden, in jenen Jahren sehr zusammengeschmolzen war, diese Gepflogenheit.«), ehe die Anstalt nach dem Tod der Leiterin vollends einging. Tatsächlich erwarb 1868 der Bremer Kaufmann Friedrich Ludwig Möller das Haus und baute es in ein Landhaus im klassizistischen Stil um.

Es fehlt jedoch im Bericht von Helmerts eine Einordnung in das Schul- und Erziehungssystem der Zeit. Die Einrichtung wird von ihm als Beispiel für Frauenemanzipation gekennzeichnet (»Die Emancipationsbestrebungen der Frauen, wie dieselben jetzt seit etwa 1890 allgemein zu Tage treten, haben, wie auswärts so auch in Bremen zu allen Zeiten schon wackere Vorkämpferinnen gefunden.«), dabei verschweigt er, dass das Internat von Heinrich Lindemann begründet worden war.

Dieser hatte am 18. Juni 1832 beim Bremer Senat zunächst einen Antrag auf die Errichtung einer »Bürgerschule« für kleinere Kinder in der Neustadt gestellt.¹⁷ Wie dem Antrag zu entnehmen ist, stammte Lindemann aus Heidelberg im Amt Ottersberg (heute Teil der Gemeinde Lilienthal), hatte ab 1824 in Bremen als Hilfslehrer eine Anstellung gefunden, war nun aber in einer Erziehungsanstalt in Schiffbek bei Hamburg tätig, die sein Schwiegervater Friedrich Ludwig Fiedler (1773–1859) seit 1802 unterhielt. Die Angelegenheit wurde am 27. Juni 1832 *in pleno* behandelt – und das Ersuchen abgelehnt. Lindemann ließ sich nicht entmutigen: am 2. Oktober 1832 erfolgte ein erneuter Antrag, nun allerdings auf Eröffnung einer Pensionsanstalt in Hastedt zum Johannistag (24. Juni). Inhaltliche Ausrichtung und organisatorische Struktur lassen sich einem Konzept entnehmen,¹⁸ dass unmittelbar zum Zeitpunkt der Antragsstellung erstellt worden sein muss. Gegenstände des Unterrichts waren demnach: Religion, Französisch, Englisch, Latein (Grundkenntnisse), Geschichte, Geografie, Naturwissenschaft, Mathematik (Geometrie), Arithmetik, Schreiblehre, Stillehre, Deklamation, Handzeichnen und Gesangsunterricht. Darüber hinaus waren auch Privatstunden gegen gesonderte Rechnung möglich. Wert gelegt wird auf Ordnung, Reinlichkeit, Anstand, Sittlichkeit und höfliches Benehmen. Zöglinge mit »groben Lastern« wurden von vornherein ausgeschlossen, das Aufnahmealter lag bei sechs Jahren. Sehr detailliert sind, aus eigener Erfahrung in Schiffbek, die Angaben zur notwendigen Ausstattung der Zöglinge: Z.B. eine Bettstelle mit Bett und vier Betttüchern, zwei Überzüge, sechs Servietten, vier Handtücher, sechs Hemden, sechs Paar Strümpfe, zwei bis drei Paar Schuhe oder Stiefel, Kämmen und Kleiderbügel. Sehr deutlich werden auch sportliche Übungen und allgemein Aufenthalt im Freien angemahnt, sie sollen vor »Verweichlichung« schützen. Über das zu entrichtende Schulgeld, das »Honorar«, finden sich indes nur vage Äußerungen. Ausrichtung und Ausstattung der geplanten Erziehungsanstalt machen aber deutlich, dass Lindemann auf bürgerliche Häuser mit einem respektablem Einkommen als Klientel setzte.

Dieser einen Tag darauf im Senat zur Sprache gebrachte Antrag hinterließ offenbar zumindest einen positiven Eindruck, zumal Lindemann betont hatte, Unterricht exklusiv für Pensionäre anzubieten, also keine Konkurrenz zu städtischen Schulen zu bilden: Man erbat Stellungnahmen der beiden Senatoren Büsing und Schumacher, die im Oktober und Dezember erfolgten. Allerdings konnte man sich seitens des Senates im Januar 1833 immer noch zu keiner endgültigen Entscheidung durchringen. Stattdessen beschloss man, erneut Gutachten einzuholen: Vom Amt Ottersberg über den »Lebenswandel« des Bittstellers und von Friedrich Ludwig Fiedler, dessen Antwort erwartungsgemäß positiv ausfiel und Lindemann für die von ihm unterrichteten Fächer Englisch, Französisch, Deutsch, Schreiben und Kaufmännisches Rechnen ein positives Testat erteilte. Zusätzlich hatte der Senat eine persönliche Prüfung durch Friedrich Strack (1791–1852), den Leiter der Vorschule,

17 Vgl. hierzu und zum Folgenden StAB 2-T.5.b.5.b.1.

18 Vormalig Besitz von Herbert Schwarzwälder; jetzt im Staatsarchiv Bremen, vgl. Anm. 1.

veranlasst. Das erscheint umständlich und quälend lang, entsprach aber doch den in Bremen gesetzlich vorgegebenen Ansprüchen an neu zu errichtende Privatschulen bzw. deren Träger. Das Gutachten Stracks war in seinem Tenor nicht besonders günstig, zumindest wurde es im Senatsprotokoll vom 19. April 1833 zusammengefasst mit: »daß die Qualifikationen des Supplicanten sich nicht über das Mittelmäßige erheben.«

Lindemann selbst schien die Begutachtung durch Strack anders eingeschätzt zu haben; am 7. Mai 1833 teilte er nunmehr mit, einen Teil des Landgutes Louisenthal zur Errichtung eines Etablissements erworben zu haben und bat zugleich um eine Genehmigung, dieses für zunächst drei Jahre führen zu dürfen. Tatsächlich erteilte der Senat am 24. Mai 1833 diese Erlaubnis, begrenzt auf zwei Jahre und ohne Eingriff in die Gestaltung des Schulgeldes. Die Anstalt scheint in den ersten Jahren ihres Bestehens einen kontinuierlichen Aufbau erlebt zu haben. Am 18. Juni 1835 ersuchte Lindemann um Entfristung der Erlaubnis, sah »erfreulichste Resultate« und gab die Anzahl der Schüler mit 20 an. Hier reagierte der Senat umgehend; er entfristete die Erlaubnis zwar nicht, verlängerte sie aber bis Mai 1842.

Die von Heinrich Helmers »verewigte« Witwe Lindemann spielte in der Korrespondenz bisher keine Rolle. Erst am 30. Mai 1841 tritt sie als Person hervor, als sie in einem Gesuch darum bittet, die Erziehungsanstalt nach dem Tode ihres Mannes gedeihlich fortführen zu dürfen. Zwar hatte Helmers ausgeführt, dass auch sie Unterricht erteilen würde, jedoch blieben ihre Qualifikationen ungenannt. Zumindest schien sie den angenommenen Ansprüchen seitens des Senates nicht allein genügt zu haben, da Bertha Lindemann zur Fortsetzung des Unterrichtsbetriebes den ausgebildeten Lehrer Gottfried Schöne gewinnen konnte. Schöne, Sohn des Schullehrers und Küsters an St. Pauli Christoph Gottfried Schöne, hatte in Bremen die Vor- und Handelsschule sowie das Lehrerseminar besucht. Als Empfehlung war ein persönliches Zeugnis von Georg Ernst Plate (1874–1856), des Vorstehers der Handelsschule, beigefügt. Eine Antwort auf die Bitte um Fortführung der Anstalt ist in den Akten nicht überliefert, aber der Bericht von Helmers belegt dies eindeutig.

Nimmt man Helmers' Anspruch ernst, dass es sich um ein Beispiel von »Emancipationsbestrebungen der Frauen« handelt, so war es in der Tat nicht ungewöhnlich, dass Frauen Elementarschulen leiteten. Am bekanntesten ist sicher die Mädchenschule von Betty Gleim (1781–1827). 1848 hatten in 49 Elementarschulen 42 (!) Frauen die Leitung,¹⁹ in 59 Privatschulen 40 Frauen, 1868 wurden die noch verbliebenen 12 Privatschulen allesamt von Frauen geleitet.²⁰ Mit der zunehmenden Verstaatlichung des Schulwesens bis 1900 und der Verdrängung der Kirchspiel- und Privatschulen verschwanden Frauen zunächst fast durchweg aus der Gestaltung des bremischen Schulwesens.

19 Vgl. Johann Friedrich Entholt, Bilder aus der Geschichte des bremischen Volksschulwesens. Ergänzt und fortgesetzt von Hinrich Wulff. Bremen (1928), S. 142 f.

20 Vgl. ebd., S. 182 f.

Erklärungsbedürftig ist im aktuellen Kontext die Bezeichnung »Erziehungsanstalt«. Der Begriff entzieht sich einer eindeutigen Definition. Ein bremisches Gesetz vom 9. Juni 1877 spricht von Erziehungs- und Besserungsanstalten für Verwahrloste und »jugendliche Uebelthäter«²¹ und verbindet damit eine Erziehung unter Zwang. Unter »Erziehungsanstalten« ordnete man bis 1900 alle Internatsschulen ein, die vor allem Kinder mit Behinderungen oder besonderen Schicksalen aufnahmen: die Waisenhäuser, die Taubstummenanstalt, der Ellener Hof für »gefährdete und verwahrloste Kinder«, der Hartmannshof für »gefährdete und verwahrloste Mädchen« und das Haus Reddersen, das sich in einen »Erziehungsverein« und in die »Bremische Idiotenanstalt« unterteilte.²²

Die wirtschaftliche Lage der Lindemannschen Anstalt lässt sich nur mit Annäherungswerten erschließen. Im Ellener Hof wurde 1899 jährlich 180 Mark Pflegegeld gezahlt, bei Kindern einkommensschwacher Eltern war der Betrag geringer. Im Hartmannshof betrug die Internatsgebühr 100 Mark pro Jahr, im Haus Reddersen (»Bremische Idiotenanstalt«) ca. 500 Mark, in der Taubstummenanstalt 350 Mark. Man wird bei Internaten von einem Jahresbeitrag von etwa 350 Mark, für 1850 von etwa 100 Reichstalern ausgehen müssen. Die Gesamteinnahmen hätten dann bei den von Helmers genannten 40 Kindern etwa 4.000 Reichstaler betragen. Diese Beträge sind an den zeitüblichen Einkünften zu messen: Nach der Einkommenssteuer-Statistik gab es im Staate 1850 folgende Einkommensklassen für die Einkommenssteuer:²³

1. 250 – 400 Reichstaler: 2.563
2. 400 – 500 Reichstaler: 858
3. mehr als 500 Reichstaler: 2.654

Das Internat blieb bei den angenommenen Jahresbeiträgen wohlhabenden Familien vorbehalten; die geschätzten Einkünfte der Witwe Lindemann erscheinen auf den ersten Blick als recht stattlich, allerdings ist zu berücksichtigen, dass der Unterhalt des Internates erhebliche Unkosten mit sich brachte: Gehälter für mindestens zwei Lehrer und etliche Hausangestellte, Ausgaben für Nahrungsmittel und Heizmaterial, für Hausreparaturen, Steuern und Abgaben. Große Gewinne dürften dabei nicht erzielt worden sein, es reichte aber, den Anstaltsbetrieb 25 Jahre aufrechtzuerhalten. In den letzten Jahren der Schule brach die Anzahl der Internatskinder ein und damit auch die Höhe der Einnahmen, entsprechend schwierig dürfte die Lage geworden sein.

Helmers vermochte in seinem Resümee der Schule und ihrer Prinzipalin nur Gutes abzugewinnen:²⁴ »In dieser Anstalt haben im Laufe der vielen

21 Gesetzblatt der freien Hansestadt Bremen. 1877. Bremen: Schönemann 1878, S. 55 f.

22 Vgl. Die Wohlfahrtseinrichtungen Bremens. Ein Auskunftsbuch, herausgegeben von der Auskunftsstelle für Wohltätigkeit. Bremen: Schönemann 1899, S. 46 ff.

23 Jahrbuch für die amtliche Statistik des bremischen Staats IV.2: Zur allgemeinen Statistik des Jahres 1870. Bremen: G. A. von Halem 1871, S. 153.

24 Helmers, Bremer Land und Leute (wie Anm. 14), S. 135.

Jahre Hunderte von Knaben, besonders auch solche, denen eine energische Behandlung zuteil werden mußte, ihre Erziehung genossen, die jetzt lange als angesehene Bürger unseres Gemeindewesens gelten. Diese Erziehung aber haben sie einer Frau zu verdanken, die von den edelsten Motiven ausgehend, mit fester Hand die Zügel zu fassen wußte und als leuchtendes Beispiel in der Willensentwicklung im Menschen, besonders im weiblichen Wesen, dasteht.«

Ein Palmenhaus aus Bremen für Adelaide – und andere bremische Gewächshäuser

Von Alfred Löhr

»Ein deutsches Palmenhaus in Adelaide. Es ist gewiss ein erfreulicher Beweis für die vorzüglichsten deutschen Fabrikate, wenn wir im soeben erhaltenen Bericht über den botanischen Garten in Adelaide pro 1874 lesen, dass der Director des Gartens, Herr R. Schomburgk das neu zu erbauende grosse eiserne Palmenhaus bei Herrn J Hoper in Bremen bestellt hat. Veranlassung dazu gab die Abbildung des eleganten Palmenhauses, welches Herr Hoper nach den Zeichnungen des Herrn Architekten Runge für Herrn A. W. Rothermundt – Bremen ausgeführt hat. Herr Runge wird auch die Aufsicht bei Anfertigung des Hauses für Adelaide übernehmen. Die Länge des Hauses beträgt 100 Fuss, die Breite 35 Fuss, die Höhe der Rotunde 37 Fuss, die der Flügel 23 Fuss. Die Gesamtkosten betragen loco Bremen 1087 Pfd. Sterl., also circa 7000 Thlr., das Gewicht von Eisen und Glas 48,000 Pfd. Bis Juli oder August d. J. hofft man das Haus in Adelaide zu haben.«



Abb. 1: Gustav Runge (Architekt) und J. F. Höper (Ausführung), Palmenhaus im Botanischen Garten Adelaide, 1874–75. Foto: Wikimedia commons

Diese Notiz, die in einer Berliner Gartenbauzeitschrift¹ von 1874 zu lesen war, beschreibt einen Vorgang, dem im deutschen Schrifttum trotz seiner Einzigartigkeit nie wieder nachgegangen wurde. An ihm wirkten vier Personen mit, die auf je eigene Weise Weltoffenheit bewiesen und bereit waren, sich auf Neues einzulassen:

- ein Kaufmann, der in St. Petersburg zu Reichtum gekommen war und sich in seiner Vaterstadt Bremen ein Glashaus errichten ließ, dessen Größe, Bauweise und Funktion auch heute noch Staunen erregen würden,
- ein Architekt, der in Amerika ein Opernhaus, in Bremen ein Hallenbad gebaut hatte und auf den man in Australien aufmerksam wurde,
- ein Schlossermeister, der, nachdem er ebenfalls aus den USA zurückgekehrt war, in Bremen nicht nur Geldschränke und Alarmanlagen fertigte, sondern mit seiner Werkstatt in der Lage war, aus 24 Tonnen Eisen und Glas einen veritablen Kristallpalast zu bauen,
- und schließlich ein Berliner Gärtner, der auf der anderen Seite der Erde sein Glück suchte und es dort als Gestalter eines bedeutenden Botanischen Gartens fand.

Während die australischen Kapitel dieser Geschichte bereits dort bekannt gemacht wurden² und nur noch referiert werden müssen, soll hier der Themenkomplex des Weiteren durch eine vertiefte Betrachtung der beteiligten Bremer Akteure, die Rechercheergebnisse zum Rothermundtschen Palmenhaus in Bremen-Oberneuland sowie eine Zusammenstellung anderer Bremer Gewächshäuser der Zeit ergänzt werden.

Richard Schomburgk, der Bauherr des Palmenhauses in Adelaide

Das Palmenhaus in Adelaide, der Hauptstadt der Provinz South Australia, verdankt seine Entstehung dem dortigen Direktor des Botanischen Gartens, Moritz Richard Schomburgk. Seine bemerkenswerte Biographie³ verdient, hier wenigstens in geraffter Form wiedergegeben zu werden. Der 1811 in Freyburg an der Unstrut als Sohn eines Pastors geborene Richard hatte, angeregt durch die botanischen Interessen seines Bruders Robert (1804–1865),⁴

1 Monatsschrift des Vereines zur Beförderung des Gartenbaues in den Königl. Preussischen Staaten für Gärtnerei und Pflanzenkunde, Berlin 1874, S. 285.

2 Jeweils ein Kapitel über »The Palm house« in: Pauline Payne, Dr. Richard Schomburgk and Adelaide Botanic Garden, 1865–1891, Thesis (PhD) University of Adelaide, 1992, S. 217–230, und in: Pauline Payne, The Diplomatic Gardener. Richard Schomburgk, explorer and Botanic Garden director, Adelaide 2007, S. 103–106.

3 Siehe die Arbeiten von Pauline Payne (wie Anm. 2).

4 Friedrich Ratzel, »Schomburgk, Robert« in: Allgemeine Deutsche Biographie 32 (1891), S. 240–243 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118759086.html#adbcontent>.

eine Gärtnerlehre angefangen, verbrachte einige Jahre auf Wanderschaft und arbeitete ab 1835 als Gärtner im Park von Sanssouci. Zu dieser Zeit hatte sein Bruder, obwohl auch er mehr oder weniger Autodidakt, eine Karriere als Botaniker gemacht und 1835–39 eine erste Forschungsreise nach Britisch-Guayana unternommen. 1840–44 folgte eine zweite, diesmal auf Empfehlung Alexander von Humboldts.⁵ An ihr nahm auch Richard im Auftrag des Preussenkönigs teil. Danach, während Robert in den britischen Kolonialdienst ging, wählten Richard und sein anderer Bruder Otto 1849 den Weg in die Emigration nach Australien, teils um der repressiven politischen Situation in Berlin zu entgehen, teils weil sie sich eine grundlegende Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse versprachen. Die Brüder betrieben zunächst eine Farm mit Weingut, daneben ging Richard weiter botanischen Studien nach. Währenddessen wurde 1855 in Adelaide ein Botanischer Garten gegründet. Schomburgk, an seiner Entstehung vielleicht schon nicht ganz unbeteiligt, wurde 1865 zum Direktor berufen. Er förderte Forschungen, die dem regionalen Acker- und Gartenbau zugutekamen, kämpfte gegen die Abholzung der Wälder im Lande, ging geschickt mit seinem Board, den Stiftern, den Behörden, der Öffentlichkeit um und hatte Sinn für effektive Vermittlungsarbeit. Nach dem Neubau eines (zuvor aus Holz errichteten, daher bald verrotteten) Gewächshauses für die Präsentation einer *Victoria Regia* betrieb er die Errichtung eines Glashauses für tropische Pflanzen, deren bisheriger Schauplatz zu klein geworden war.

1874 stellte Schomburgk seinem Board die unbedingte Notwendigkeit vor Augen, für diese Sammlung, »zweifellos die umfangreichste und bedeutendste der südlichen Hemisphäre« ein neues, größeres Gebäude zu errichten. Er habe gehört von »vorzüglichen Berichten über ein Palmenhaus aus Eisen in Bremen, das wegen seiner geschmackvollen und eleganten Proportionen als eine der besten Konstruktionen seiner Art in Deutschland angesehen werde«. Ein befreundeter Kaufmann in Adelaide – Payne nennt dazu den Namen C. Meyer – hatte aus Bremen den Entwurf besorgt und Einzelheiten über Maße und Kosten in Erfahrung gebracht.⁶ Schomburgk beschrieb den Bau mit seiner mittleren Kuppel, der doppelten Verglasung, den Maßen von umgerechnet 30,50 m Länge, einer Kuppelhöhe von 12,20 m und nannte als Kosten für das Bremer Glashaus »etwa 700 Pfund«. Er schlug vor, auch den Neubau in seinem Botanischen Garten nach diesem Muster zu errichten und schilderte die geplante Anlage mit ihrer zentralen Rotunde, in der ein Brunnen, umgeben von Palmen und Farnbäumen aufgerichtet werden solle. Die Gesamtkosten schätzte er auf 1400 Pfund, was einen staatlichen Zuschuss erfordere. Die ökonomische Situation der Provinz South Australia war dafür günstig, schon 1874 wurden die ersten staatlichen Gelder bewilligt und ein

5 Richard Schomburgk, *Reisen in Britisch-Guiana in den Jahren 1840–1844*. Leipzig 1847–1848.

6 Payne, Schomburgk (wie Anm. 2), S. 218. – Report of the Progress and Condition of the Botanic Garden & Government plantations during the year 1873, Adelaide 1874, S. 3. – Über Meyers Identität war nichts zu ermitteln, auch wird heute nicht mehr deutlich, welche Beziehungen er zu Bremen hatte.

Vertrag mit dem Bremer Schlosser Höper als Hersteller und Gustav Runge als Architekt des Neubaus abgeschlossen.

Nicht abschließend beantwortet werden kann die Frage, auf welchem Weg der Ruhm des Bremer Palmenhauses nach Adelaide gelangte. Ein lokaler Zeitungsartikel von 1877⁷ berichtet, Schomburgk sei um 1874 zufällig in einer Gartenzeitschrift auf die Beschreibung des Bremer Gewächshauses, das gerade erst errichtet worden sei, gestoßen. Das mag so gewesen sein, wird aber nicht die einzige Grundlage für eine so gewichtige Bauentscheidung gewesen sein. Der Gartendirektor hatte einen kompetenten Korrespondenzpartner in Bremen: Ein Exemplar der zitierten Jahresberichte des Botanischen Gartens, die an den Naturwissenschaftlichen Verein zu Bremen gingen,⁸ trägt nach gutem wissenschaftlichen Brauch eine handschriftliche Widmung: »Dr. Buchenau 30. Juli 1877 vom Verfasser«. Franz Buchenau, dem bedeutenden Bremer Botaniker, waren tatsächlich seit Mitte der 1860er Jahre die Gewächshäuser Rothermundts wohlvertraut.⁹ Er könnte gut der entscheidende Hinweisgeber gewesen sein, jedenfalls wird Schomburgk nicht versäumt haben, den Fachkollegen vor Ort um seine Meinung und Vermittlung gefragt zu haben.

Der Bremer Architekt Gustav Runge

Die Biographie von Gustav Runge (1822–1900) ist bislang noch wenig monographisch gewürdigt worden.¹⁰ Aufgewachsen in einer gebildeten Bremer Familie, verbrachte er seine Lehrjahre zusammen mit Karl Gildemeister¹¹ bei dem Bremer Baumeister Jacob Ephraim Polzin (1778–1851), studierte am Polytechnikum in Karlsruhe, ging 1850–1861 in die Vereinigten Staaten, wo er Geschäftshäuser baute und, zusammen mit Napoleon LeBrun, den

7 Die in dem Zeitungsartikel: *The Palm-House in the Botanic Garden*, in: *South Australian Register*, 23. Jan. 1877 erwähnte Beschreibung des Bremer Baus konnte bei einer Durchsicht der wichtigsten deutschen Gartenzeitschriften im Jahrzehnt bis 1874 nicht verifiziert werden. Möglicherweise beruhte die Äußerung auch auf einer Fehlinterpretation der eingangs zitierten Monatschrift (vgl. Anm. 1) aus eben diesem Jahr 1874. Ebenso befassen sich die ja weitestgehend bibliographisch erfassten Beiträge in deutschen Architekturzeitschriften mit dem Bremer Palmenhaus nicht.

8 Report Botanic Garden, 1877 (wie Anm. 6). Heute in der Bibliothek des Bremer Übersee-Museums.

9 Dazu Näheres weiter unten bei Anm. 83. Buchenau hatte selbst die Einrichtung eines botanischen Gartens in Bremen propagiert, in dem auch ein beheiztes Treibhaus errichtet werden müsse (Bremer Tageblatt vom 23. März 1856).

10 Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts, Bremen 1912, S. 425–426; Bremen und seine Bauten, Bremen 1900, S. 343, 429 f., 592; zu seinem Werk in den USA siehe die folgenden Fußnoten.

11 Auch Gildemeister ging später nach Amerika und war von etwa 1849 bis 1857 in New York tätig, wo er mit Georg Carstensen den New York Crystal Palace für die Weltausstellung 1853 errichtete.

Wettbewerb für das Opernhaus in Philadelphia gewann.¹² Weil er jedoch in den entscheidenden Kreisen der Gesellschaft von Philadelphia nicht die erhoffte Anerkennung fand, kehrte Runge 1859 vorübergehend nach Deutschland zurück,¹³ war spätestens 1861¹⁴ wieder in Bremen und erhielt seitdem eine Reihe öffentlicher und privater Aufträge.¹⁵

Runge war ein Architekt, der durchaus in der Lage war, verschiedenen Stilvorstellungen seiner Auftraggeber nachzukommen. Ein Nachruf¹⁶ charakterisierte ihn als »eher sanfte als durchsetzerische Natur«. Zwar pflegte er, wie der fast gleichaltrige Heinrich Müller, meist einen noch vom Geist des Klassizismus her bestimmten Formenkanon aus Renaissance-Elementen, doch scheute er sich nicht, ländliche Wirtschaftsbauten im Schweizerstil zu entwerfen oder einen Ludwig Knoop auch im Genre englischer



Abb. 2: Der Bremer Architekt Gustav Runge, Lithographie um 1860 von Peter Krämer, Philadelphia. Focke-Museum Bremen

Gotik zu bedienen. Diese Variationsbreite war in der historistischen Architektur jener Jahre nichts Besonderes, ungewöhnlich war eher Runges großes Verständnis für ausgefallene Aufgaben und ingenieurmäßige Lösungen. Der ihm in Karlsruhe vermittelten Architekturauffassung entsprach das nur wenig. Hier hatte sein Lehrer Heinrich Hübsch, der ab 1832 die Bauschule des Polytechnikums leitete, die Verwendung von Eisenkonstruktionen als

12 Zeitschrift für Bauwesen, 10, 1860, S. 145, Taf. 19–25; Michael J. Lewis, The Architectural Competition for the Philadelphia Academy of Music, 1854–1855, in: Nineteenth Century 16, no. 2, Spring 1997, S. 3–10. – Michael J. Lewis, Der Rundbogenstil und die Karlsruhe-Philadelphia Achse. In: Dauer und Wechsel, Festschrift für Harold Hammer-Schenk. Berlin 2004, S. 128–138, hier S. 133–135.

13 Lewis, Competition (wie vorige Anm.), S. 9.

14 Adressbucheinträge ab 1862 (»Birkenstraße 13«) widersprechen der bisher (so in Bremen und seine Bauten, Bremen 1900, S. 430) mit 1864 angegebenen Rückkehr.

15 Das zur Zeit umfassendste Werkverzeichnis mit Bibliographie enthält der aktualisierte Wikipedia-Artikel »Gustav Runge«.

16 Bremer Nachrichten vom 21. Februar 1900.

Gestaltungselement entschieden abgelehnt.¹⁷ So mussten Hübschs in Holz ausgeführte Gewächshäuser des botanischen Gartens der badischen Residenzstadt schon bald nach seinem Tod 1863 durch entsprechende Eisenkonstruktionen ersetzt werden. Runge dagegen war bei dem Wettbewerb in Philadelphia 1854 gerade deswegen so erfolgreich, weil seine Konzepte für das Heizungs- und Belüftungssystem die Jury überzeugten.¹⁸ Für den Umbau der Second Bank of the United States in Philadelphia zu einem Postamt schlug er vor, die wuchtigen Gewölbe durch ein filigranes, eisernes Tragwerk mit Glasdach zu ersetzen, um im Inneren eine bessere Belichtung zu schaffen.¹⁹ Auch sein 1877 gebautes Bremer Hallenbad auf dem Bahnhofsvorplatz wurde wegen seiner vorbildlichen technischen Einrichtungen viel beachtet.²⁰ Es mag kurios anmuten, wenn 1890 von einem Exponat auf der Nordwestdeutschen Gewerbe- und Industrieausstellung berichtet wird: »Eine Erfindung, die seinerzeit Aufsehen erregte, hat der Architekt G. Runge in Bremen ausgestellt, nämlich einen Schutzhelm für Feuerwehren zum Aufenthalt in Räumen, die mit Rauch und schädlichen Gasen gefüllt sind.«²¹ Immerhin weist diese Notiz unmissverständlich auf die ausgreifenden technischen Interessen Runges hin, deren Pragmatismus sicher auch auf die in Amerika gewonnenen Erfahrungen zurückzuführen ist. Die Beschreibung seiner Vielseitigkeit sei mit einem Hinweis auf die 1869 von ihm entworfene temporäre »Ehrenpforte am Heerdenthore« anlässlich des Besuchs König Wilhelms I. von Preußen abgeschlossen.²²

Soweit bekannt, stammt sein letztes Werk aus dem Jahr 1893, in den letzten Lebensjahren hinderte ihn eine Lähmung an der Berufsausübung.²³

Die Schlosserwerkstatt Johann Friedrich Höper

Johann Friedrich Höper sen. (1813–1900) wird seit 1842 als Schlosser am Unser Lieben Frauen Kirchhof Nr. 12 im Bremer Adressbuch genannt. Später befand sich seine Werkstatt, in der auch sein ältester Sohn Franz Eduard (1844–1880) arbeitete, bis 1871 in der Katharinenstraße 9. Schon 1859 hören

17 Hans Jakob Wörner, Die Rolle des Eisens in der badischen Architektur 1810–1860, in: Eisenarchitektur. Die Rolle des Eisens in der historischen Architektur des 19. Jahrhunderts, Hannover 1979, S. 71 ff.

18 Lewis, Competition (wie Anm. 12), S. 7.

19 Den Hinweis auf dieses nicht ausgeführte Projekt und eine entsprechende Notiz im *Public Ledger* (einer Tageszeitung in Philadelphia) vom 25. August 1857 sowie auf eine Zeichnung im Nationalarchiv Washington verdanke ich Prof. Michael L. Lewis, Williams College, Philadelphia.

20 Gustav Runge, Die öffentliche Badeanstalt zu Bremen, begonnen den 1. Mai 1876, vollendet den 15. November 1877, nebst einer Beschreibung der mechanischen Einrichtungen von H. Ohnesorge, Ingenieur, Bremen, 1877.

21 Nordwestdeutsche Gewerbe- und Industrie-, Marine-, Handels- und Kunstausstellung Bremen 1890, Emmerich 1890, S. 352.

22 Herbert Schwarzwälder, Blick auf Bremen, Bremen 1985, Abb. S. 63 und weitere Darstellungen im Focke-Museum, Bremen.

23 Nachruf in den Bremer Nachrichten, 21. Februar 1900.

wir von Glas-Eisenkonstruktionen aus diesem Betrieb, wie den in diesem Jahr errichteten Gewächshäusern der Wätjenschen Villa am Osterdeich 2.²⁴ Der zweitälteste Sohn, J. F. Höper jun.²⁵ (1847–1922) wanderte 1867 vorübergehend nach Philadelphia aus.²⁶ Man kann vermuten, dass Gustav Runge dem 19-jährigen Schlosser aus jener Werkstatt, mit der er wiederholt zusammenarbeitete, seine sechs Jahre zurückliegenden Erfahrungen mitgeteilt und die nötigen Ratschläge und Empfehlungen mitgegeben hatte. Spätestens 1873 war Höper wieder in Bremen, als er hier Marie Friederike Henschen heiratete²⁷ und sich mit einer eigenen Werkstatt im Fedelhören 7 etablierte. Während sein Vater sich ins Privatleben zurückzog, gab sein Bruder die zeitweise übernommene väterliche Werkstatt in der Katharinenstraße wieder auf und zog in das Haus seines Bruders im Fedelhören.²⁸ Gleich im ersten Geschäftsjahr offeriert J. F. Höper jun. in großen Anzeigen eine technisch anspruchsvolle Produktpalette; er annonciert darin sein »Lager von feuerfesten Geld- und Dokumentenschränken und empfiehlt sich zur Anfertigung von Gewächshäusern, Verandas und allen sonstigen vorkommenden Schlosserarbeiten, auch empfiehlt sich derselbe zum Anlegen von elektrischen und Luftdruck-Signalen und Glockenapparaten sowohl für Hôtels wie auch für den gewöhnlichen Hausgebrauch zum Schutz gegen Einbruch u. in den verschiedensten Anwendungen.«²⁹

Angehörige der Familie waren bis in die 1930er Jahre in Bremen als Schlosser tätig.

Die Baugeschichte des Palmenhauses in Adelaide

Das für Australien bestellte Gewächshaus wurde also 1874 von Gustav Runge entworfen und in seinen Einzelteilen von der Höperschen Werkstatt in Bremen bis 1875 angefertigt. Nun musste das Palmenhaus nur noch nach Adelaide geschafft werden. Weil Wände und Dächer weitgehend aus normierten Teilen bestanden, vereinfachte dies den kompakten Versand, die Konstruktion und den Aufbau. Runges Beherrschung der angelsächsischen Architekturterminologie erleichterte sicher das Verständnis der Montageanweisungen, die vorausgesetzt werden müssen, denn der Architekt konnte Transport und Aufbau des komplizierten Gefüges nicht selbst begleiten. Ein Probeaufbau kam kaum in Frage. Zwar ähnelt die Konstruktionsweise derjenigen von Stabilbaukästen, doch die Verbindungen wurden ja nicht geschraubt, sondern genietet und waren daher nicht ohne Weiteres reversibel.

24 Henning Wätjen, Osterdeich 2 – Zur Baugeschichte einer Bremer Kaufmannsvilla, in: Brem.Jb. 86, 2007, S. 119, 126 und 132.

25 StAB, Stammtafel 13010.

26 StAB 4,14/3 - 66 (Passregister).

27 Im Zivilstandsregister wird er als »Schlossermeister aus Philadelphia, jetzt hier wohnhaft« bezeichnet und ihm die Bestellung eines Aufgebots in Philadelphia erlassen.

28 Bremer Adressbücher 1873, 1874.

29 Listeneinträge und Geschäftsanzeigen in den Bremer Adressbüchern ab 1874.

Die Lieferung umfasste 24 Tonnen Glas und Eisen. Das konstruktive Gerüst bestand aus schmiedeeisernen Profilen sowie tragenden und ornamentalen Elementen aus Gusseisen.

Aus Bremen konnte Höper allenfalls die gusseisernen Säulen beziehen, beispielsweise in der Vegesacker Gießerei von Uhthoff. Die gewalzten Stahlprofile und die Gläser müssen nach Bremen importiert, hier konfektioniert und wieder ausgeführt worden sein. Letzteres bestätigt die Ausfuhrstatistik, die für 1875 ungewöhnlich hohe Zahlen für Glas und Eisen angibt.³⁰

Die Verschiffung geschah über London.³¹ Wenn das Bremerhavener Hafengeldrechnungsbuch 1875 mit Ziel Australien nur vier ausländische Segler verzeichnet, die sämtlich keine Handelsladung führten,³² werden die Frachtraten auf dieser Route für das quasi als Ballast mitgenommene Glas und Eisen günstig gewesen sein. Im Dezember³³ kam die Ladung in Adelaide an. Die Glasscheiben aus zwölf beschädigten Kisten mussten ersetzt werden, ansonsten ging der Aufbau wohl problemlos vonstatten. Eine zwölf Treppenstufen hohe, grasbewachsene Aufschüttung schützte den damals noch im Überflutungsbereich liegenden Bau und bot Platz für das unter dem Terrasenniveau eingebaute Heizungssystem.

George Thomas Light,³⁴ Chefarchitekt der Kolonialverwaltung von South Australia in Adelaide, leitete mit seinem Stab die Montage der Eisenkonstruktion und das Einsetzen der 3808 Glasscheiben. Am 22. Januar 1877 konnte das Palmenhaus feierlich eröffnet werden. Lady Musgrave, die Gattin des britischen Gouverneurs pries in ihrer Eröffnungsrede »die Schönheit, ja Großartigkeit, die ganz Adelaide mit Stolz erfüllt« und Schomburgk griff später gar zum Bild des »Märchens aus Tausendundeiner Nacht«, um die funkelnde Hülle der hier inzwischen präsentierten tropischen Pflanzenwelt zu charakterisieren. Anfertigung und Transport, Erdbewegungen, Mauerwerk und Skulpturen hatten am Ende 3800 £ gekostet.

Über hundert Jahre lang tat das Gebäude seinen Dienst, ohne Aufsehen zu erregen, ohne in die inzwischen anwachsende Literatur über die Eisenarchitektur des 19. Jahrhunderts einzugehen und ohne im Herkunftsland Bremen wahrgenommen zu werden. 1986 hatten die Korrosionsschäden allerdings so zugenommen, dass aus Sicherheitsgründen das Palmenhaus geschlossen werden musste und eine grundlegende Restaurierung des Baus als einzige Alternative zum völligen Verfall notwendig wurde. Gleichzeitig entstand an

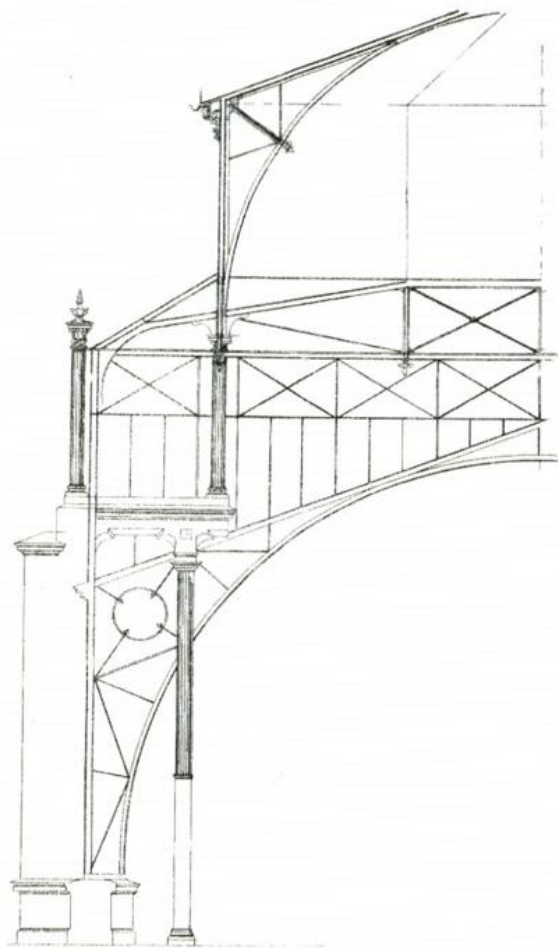
30 Die Handelsstatistik verzeichnet für 1875 die auffälligen Mengen von 16.165 Kilo Brutto »fremde Eisenwaren« (Wert: 17.800 Mark) und 6.600 Kilo Brutto »fremdes Fensterglas« (Wert: 5.000 Mark), ausgeführt nach Australien. (Dank an Dr. Adolf E. Hofmeister für den freundlichen Hinweis).

31 Report Botanic Garden, 1874, Adelaide 1875 (wie Anm. 6), S. 3.

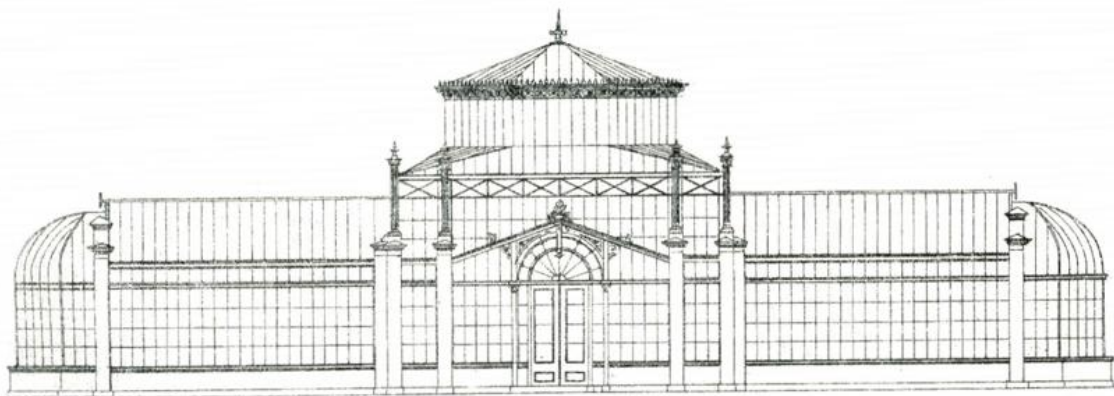
32 Freundliche Mitteilung Dr. Adolf E. Hofmeister.

33 Report Botanic Garden, 1874, Adelaide 1875 (wie Anm. 6), S. 3.

34 Julie Collins, »Light, George Thomas«, in: Architects of South Australia, Adelaide 2008. (auch digital: [http://www.architectsdatabase.unisa.edu.au/arch_full.asp?Arch_ID=45]).



SECTION OF DOME



FRONT ELEVATION OF PALM HOUSE

Abb. 3: Adelaide, Aufriss der Kuppel des Palmenhauses und Ansicht der Hauptfassade. Photolithographie aus dem 1874 erschienenen Jahresbericht des Botanischen Gartens Adelaide

der Universität Adelaide die *Thesis (Ph.D.)* von Pauline Payne über Schomburgk und sein Wirken, in der auch die exklusive Stellung des Palmenhauses als einziges erhaltenes viktorianisches Bauwerk seiner Art in Australien herausgearbeitet wurde.³⁵ Nach aufwendigen historischen und technischen Vorarbeiten sowie einer zeitweise vollständigen Skelettierung des Eisengerüsts wurden die Restaurierungsarbeiten 1995 abgeschlossen und Premierminister Paul Keating konnte das Glashaus wieder eröffnen. Heute enthält es eine Sammlung tropischer Pflanzen aus Madagaskar. Das unter *Heritage Protection* stehende Baudenkmal erfreut sich besonderer Popularität und wird in vielen Reiseführern abgebildet.

Das Palmenhaus ist ein nach allen Seiten transparentes Gebilde aus Eisen und Glas, das nur durch wenige schlanke, gemauerte Pfeiler seitlich gestützt wird. Etwa ein Drittel der Breite von 30,50 m nimmt in der Mitte ein fast würfelförmiger, gläserner Quader von 10,70 m Seitenlänge ein, aus dem sich eine achteckige, mit einem flachen Kegeldach geschlossene Kuppel bis in 11,30 m Höhe erhebt. Die Eingangszone in der Mittelachse betont ein gläserner Portikus mit zurückhaltendem Zwickeldekor. Als markantes Schmuckelement läuft unter den Traufkanten der Mittelhalle ein Band aus blauen Dreiecken entlang, die querliegende Rhomben aus Klarglas freilassen, ein Schema, das Runge auch an der Windschirmdekoration des Wohnhauses für Rothermundt benutzte. Seitlich setzt sich mit gleicher Raumtiefe das Glashaus äußerlich schmucklos mit zwei schlichten, symmetrischen Flügeln fort. Sie schließen jeweils mit einem apsidenähnlichen halben Achteck, auch diese beiden Bauteile sind einschließlich der beiden Halbkuppeln vollständig verglast.

Die Konstruktion der Kuppelhalle, die nur auf den ersten Blick den Eindruck eines unkomplizierten Aufbaus macht, ist von besonderer Raffinesse. An jeder Ecke des quadratischen Raumes dient jeweils eine Gruppe von Stützen zur Verankerung sowohl für die Tragwerkkonstruktion von Dach und Kuppel als auch für das Rahmenwerk der senkrechten Glaswände. Die am Rand des Innenraums angeordneten Stützelemente bestehen aus gusseisernen Säulen, die äußeren sind kombiniert aus recht hohen gemauerten Rechteckpostamenten und darüber frei aufragenden Eisensäulen, die bis zur Höhe der Traufkante geführt sind, ohne in die Glaswand eingebunden zu sein. Erst in dieser Höhe stützen sie sowohl die Rasterkonstruktion der Glaswände, die selbst keine weitere tragende Funktion haben, als auch die horizontalen Träger, auf denen Dach und Kuppel ruhen. Die Mittelhalle des Palmenhauses bietet also ein frühes Beispiel für eine Vorhangfassade (*curtain wall*), eine nicht tragende Fassadenhaut, wie sie erst im 20. Jahrhundert in das Standardrepertoire der Bautechnik Eingang fand.³⁶ Ebenso fortschrittlich ist die Bevorzugung des Materials Schmiedeeisen gegenüber dem traditionellen, nur sparsam in den Säulen verwendeten Gusseisen. Dies erst ermöglichte die filigrane Struktur der Tragwerke und den weit überspannten Innenraum.

35 Payne, Schomburgk (wie Anm. 2), S. 224 ff.

36 Wend Fischer, Geborgenheit und Freiheit. Vom Bauen mit Glas. Krefeld 1970, S. 153 f.

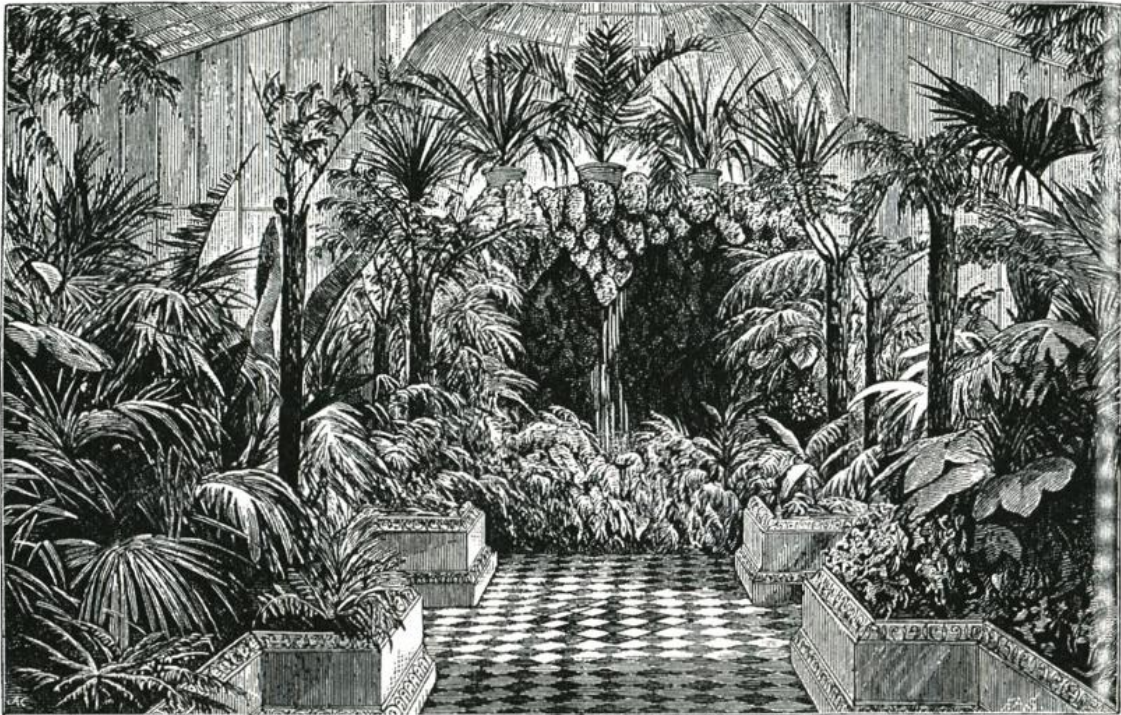


Abb. 4: Blick in den Seitenflügel des Adelaiders Palmenhauses mit der Grottenanlage. Holzstich aus einem Führer durch den Botanischen Garten in Adelaide, 1878. Aus: Payne, *The Diplomatic Gardener* (wie Anm. 2)

Zur Heizung diente ein mit Koks betriebener Wasserboiler von Home & Parthington in Manchester, »wie er ähnlich in Bremen verwendet wurde.«³⁷ Von ihm aus durchquerte das heiße Wasser in zwei Rohren das Gebäude.

Zwei Holzstiche aus dem Katalog des Botanischen Gartens von 1878 geben, wenn auch in der Architekturwiedergabe offensichtlich ungenau, einen Eindruck von der Ausstattung des Pflanzenhauses. Eine künstliche Grotte im Inneren der westlichen Apsis enthielt einen Wasserfall, der über Stalaktiten herabfiel, die eigens aus dem Schwarzwald³⁸ importiert worden waren. Ein rund eingefasster Springbrunnen, wohl wie geplant in der Mittelachse aufgestellt, war von Palmen und Farnen umgeben. Alle Pflanzen wuchsen in gemauerten Hochbeeten, die zwischen sich weiß/rot/blau geflieste Besucherwege freiließen. Ziervasen und vier bei Castner & Co. in Berlin bestellte, wahrscheinlich galvanoplastische Skulpturen (Pomona, Ceres, Clio und Flora) schmückten die Freitreppen.³⁹

37 Payne, Dr. Schomburgk (wie Anm. 2), S. 225.

38 In Frage kommen vor allem die Vorkommen aus der Erdmannshöhle am Dinkelberg im Südschwarzwald, die seit dem 18. Jahrhundert bekannt und im 19. Jahrhundert sehr populär waren (frdl. Hinweis Dr. Peter Schmidt-Thomé, Freiburg).

39 Acht Albuminabzüge von Aufnahmen der Fassade, des Inneren und der Ausblicke auf den Park sind dem 1877 erschienenen Report des Botanic Garden (wie Anm. 6) von 1876 beigegeben.

Bedeutung und glückliche Konservierung des australischen Palmenhauses werfen die Frage nach Geschichte und Gestalt des etwas älteren, leider schon lange nicht mehr bestehenden bremischen Schwesterbaus auf. Wenden wir uns zunächst der Person seines Eigentümers zu:

Alexander Wilhelm Rothermundt, der Bauherr des Bremer Palmenhauses

Alexander Wilhelm Rothermundt⁴⁰ stammte aus einer Familie, die immer wieder Berührungspunkte mit Bremen hatte. Der aus Braunschweig gebürtige Großvater Ludwig Conrad Rothermundt (1741–1802) verbrachte zumindest seine späteren Lebensjahre in Bremen.⁴¹ Hier wurde auch der Vater Peter Ludwig Rothermundt (1780–1870) geboren, doch er erscheint nicht in den Bremer Adressbüchern und stirbt als Gutsbesitzer in Gleichen-Bremke bei Göttingen. Während mehrere seiner Brüder in Bremen Handel treiben,⁴² wird sein am 22. Februar 1806 in Rethem/Aller geborener Sohn Alexander Wilhelm Rothermundt in Bremen zunächst nicht genannt, nur seine Heirat mit Anna Helene Payeken wird 1832⁴³ im Bremer Heiratsregister vermerkt. 1828 ist er als Kaufmann in Sankt Petersburg greifbar, wo er zunächst mit Tabak handelt. Dort wurden zwischen 1833 und 1840 drei Kinder geboren. Er gehörte damit zu der keineswegs kleinen Kolonie deutscher Kaufleute in der russischen Hauptstadt.⁴⁴ Auch andere Bremer suchten hier ihr Glück,⁴⁵ denn Russland bot damals Kaufleuten aus Deutschland und dem Baltikum große Chancen, in kurzer Zeit extreme Vermögen anzusammeln. Das bekannteste Beispiel dafür kennen wir ja aus der Biographie Heinrich Schliemanns, der auf diese Weise seine Ausgrabungen in Troja finanzieren konnte. Mancher, der als Kaufmann gekommen war, beließ es nicht nur beim Handelsgeschäft. Ähnlich wie der 15 Jahre jüngere Ludwig Knoop seit den 1840er Jahren Textilfabriken in Russland gründete, wagte auch Rothermundt den Sprung in die

40 Im Bremer Adressbuch und anderswo finden sich auch abweichende Schreibweisen wie *Rotermund*.

41 Schon das erste Bremer Adressbuch von 1794 verzeichnet ihn und seinen »Spezerei- und Färberwaren«-Handel.

42 Die Bremer Adressbücher nennen im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts Joachim Conrad mit seinem Sohn Ludwig Conrad und Gerhard Wilhelm Rothermundt.

43 Heiratsregister 25. März 1832. Die Braut war eine Tochter des Weinhändlers Johann Payecken. Zu dessen Familie vgl. Karl H. Schwebel, *Aus dem Tagebuch des Bremer Kaufmanns Franz Böving*, Bremen 1974, Anm. 45.

44 Bernhard Nachtigal, *Orte des deutschen St. Petersburg*, in: Karl Schlögel u. a. (Hrsg.): *Sankt Petersburg. Schauplätze einer Stadtgeschichte*. Frankfurt/M. 2007, S. 95–108. – Eric Amberger, *Der fremde Unternehmer in Russland bis zur Oktoberrevolution im Jahre 1917*, in: *Tradition, Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographien*, 2, 1957, H. 4, S. 337–356.

45 Die von Erik Amberger angelegte Datenbank des Münchener Osteuropainstituts zu den Ausländern im vorrevolutionären Russland (<http://dokumente.ios-regensburg.de/amburger/>) zeigt 82 Datensätze zu Personen mit Bezug auf Bremen.

Industrie und betrieb Zuckerfabriken in Südrussland. Daneben besaß er drei Landgüter mit einem in die Tausende gehenden Viehbestand.⁴⁶

Nach und nach traten drei jüngere Brüder in die Leitung der Firma in St. Petersburg ein. »Jeder von ihnen ist aber nur etwa 20 Jahre lang hier tätig geblieben, um danach wohlhabend und sorgenlos einen ausgedehnten Lebensabend in Deutschland verbringen zu können.«⁴⁷ Unter ihnen war auch Adolf Ernst Rothermundt mit seinem Sohn Adolf, deren Vermögen später den Aufbau einer bedeutenden Sammlung moderner Kunst in Dresden ermöglichte.⁴⁸ So konnte der Gründer sich 1846 aus dem operativen Geschäft des Unternehmens *A. W. Rothermundt* zurückziehen. Er ließ sich in Bremen nieder und begann im Alter von 40 Jahren ein Leben als Privatier zu entwickeln.⁴⁹ 1851 war er noch vorübergehend im Reedereigeschäft aktiv,⁵⁰ erst 1863 wechselt im Adressbuch die Berufsbezeichnung von *Kaufmann* zu *Privatmann*. Alexander Wilhelm Rothermundt starb am 7. August 1885 in Bremen.

Rothermundts Landgut in Oberneuland und sein Palmenhaus.

Das Grundstück zu seinem Sommer- und Altersruhesitz an der Oberneulander Landstraße hatte Rothermundt bereits 1851 erworben, nach weiteren Zukäufen umfasste es 22 Morgen.⁵¹ Die Geschichte des Hauses, das er vor 1872 auf der Stelle Oberneuland 12 (später Oberneulander Landstraße 175) bezog, ist nur undeutlich überliefert. Nach dem Tode Rothermundts wurde das Anwesen 1889 an Theodor Gustav Hoffmann (er war Teilhaber der Firma Hoffmann & Leisewitz und starb bereits 1898) verkauft. Im Lassungsvertrag von 1890⁵² werden die Maße des Wohnhauses angegeben und die Glasveranda auf der Südostseite sowie eine im Südwesten vorgelagerte Terrasse eigens genannt.

Auf einem vor dem Ersten Weltkrieg aufgenommenen Foto (Abb. 5), inzwischen wohnte hier der Tabakkaufmann Carl Moritz Hoffmann (1878–1929), ist dieser Bau eindeutig identifizierbar. Wenn man vom Stufengiebel in der Attikazone und dem geräumigen Wintergarten absieht, handelte es sich um ein eher schmuckloses Haus von sechs Achsen. Wann und von welchem Architekten es erbaut wurde, konnte bisher nicht ermittelt werden. Gustav Runge kommt wohl kaum in Frage, wenn man betrachtet, wie andersartig Runge

46 Stand: 1852, Datensatz zu W. A. Rothermundt in der o.g. Amberger-Datenbank.

47 Rothermundt Familienchronik, S. 97, hier zitiert nach Heike Biedermann u. a. (Hrsg.), *Von Monet bis Mondrian*, Dresden o. J. [2006], S. 55.

48 Biedermann, *Monet bis Mondrian* (wie vorige Anm.), S. 54 ff.

49 1847 nennt das Adressbuch seine Wohnung Sögestraße 17, 1848 Schlüsselkorb 2, ab 1872 fortlaufend Richtweg 4, seitdem wird hier auch eine »Sommerwohnung Oberneuland« genannt. Allerdings ist Letzteres nicht als Bezugsdatum anzusehen, da erst seit diesem Jahr die Adressbücher bei den Angaben zu den Stadtwohnungen auch auf vorhandene Sommerwohnungen verweisen.

50 Wolfgang Walter, *Downeasters und Nova Scotians*, 2003, S. 276, Nr. 29.

51 Kurt Entholt, *Oberneuland*, Bremen 1969, S. 128.

52 StAB 4,45-VR 289 Bl. 179.



Abb. 5: Wohnhaus Oberneulander Landstraße 175 aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, mit Glasanbauten um 1860–70. Foto vor dem Umbau 1915. Familienarchiv Hoffmann, Bremen

1874 das »Fremdenhaus« auf dem Landgut ausstattete.⁵³ So dürfte es sich um ein bereits vom Vorbesitzer errichtetes Wohnhaus gehandelt haben, also wohl das auf der Oberneulandkarte von C. Schramme 1834/35 an dieser Stelle eingetragene und noch mit »Senator Löning« bezeichnete Gebäude. Auch das halbrunde Fenster im Stufengiebel spricht für eine Entstehung im Klassizismus. Von Runge dürfte allerdings sowohl der links auf der Terrasse sichtbare Windschutz aus Glas mit seinen auch in Adelaide eingesetzten rhomboiden Oberlichtern hinzugefügt worden sein und ebenso der mit Rundbogenfenstern umschlossene, halbrunde Wintergarten an der rechten, südlichen Schmalseite des Wohnhauses. Auf einer von Christian Grabau zwischen 1861 und 1869⁵⁴ fotografisch reproduzierten Zeichnung August Wilhelm Wedekings (1807–1875), die das »Landgut des Herrn Rothermundt« wiedergibt,⁵⁵ sind diese beiden gläsernen Anbauten bereits gut zu erkennen. 1915 ersetzten die Bremer Architekten Wellermann & Frölich das Wohnhaus durch einen weitgehenden Neubau.⁵⁶ Es zeigt sich danach mit einer Backstein-

53 Entsprechende Zeichnungen Runges dazu sind die ältesten Risse in den Bauakten zum Anwesen Rothermundts.

54 Serie von Ansichten aus Oberneuland, Focke-Museum Inv. Nr. G.0734.

55 Dank für diese und mehrere andere freundliche Hinweise an Thomas Rosema, Oberneuland.

56 Sophie Hollanders, Oberneuland. Bilder aus alten Truhen. Bremen 1981, Abb. 222. – Bauakte StAB 4,125/1-7402.

fassade, die von breit eingefassten Fenstern unterbrochen wird, deren breite Einfassungen aus Haustein oder Zementputz sich vom dunklen Grund absetzen und mit ihrer vertikalen Koppelung und dem renaissancemäßigen Giebelwechsel eine vornehme und gediegene Anmutung ausstrahlen. Der gläserne Windfang auf der Terrasse, nicht aber der Wintergarten wurde wieder aufgestellt. Für 1934 ist an fast gleicher Stelle ein weiterer Neubau des Architekten Wilhelm Wolff in Fotos⁵⁷ und Bauakten⁵⁸ überliefert. Auch dieser musste seinerseits in den 1980er Jahren einer modernen Wohnanlage («Hoffmanns Park») weichen.⁵⁹

Zurück zum Palmenhaus in der Beschreibung des Anwesens im Lassungsvertrag von 1890. Außer bestimmten Nebengebäuden (*Kinderhaus, Wagenremise, Hofmeierwohnung, Torfscheuer* und *Eiskeller*) wird unter den sechs Gewächshäusern, darunter einem von 18 m Länge und einem 15 m langen *Traubenhaus*, das größte genauer beschrieben: »Das Palmenhaus Nr. 12 b, welches mit der nordwestlichen Mauer in einer Grenze steht, besteht aus zwei durch eine Halle miteinander verbundenen Gebäuden. Dasselbe hat von Nordosten gegen Südwesten incl. der Verbindungshalle eine Länge von 66,24 m und von Südosten gegen Nordwesten eine Breite im Nordosten von 11,00 m und im Südwesten von 7,23 m. Die in der Grenze liegende nordwestliche Mauer hat nach dem benachbarten Grundstück hier Öffnungen zum Reinigen der Heizanlagen von Schlacken und Asche.«

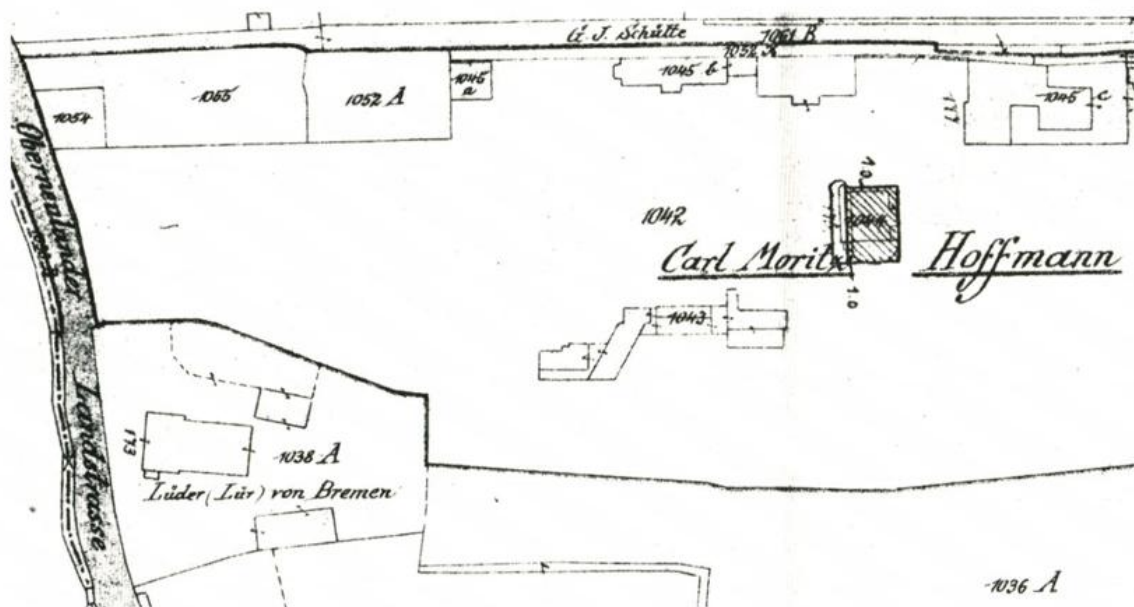


Abb. 6: Grundstück Oberneulander Landstraße 175. Aus dem Bauantrag von 1915. An der Nordwestgrenze des Grundstücks ist der Umriss des Palmenhauses (Nr. 1045 b) eingetragen. StAB 4,125/1-7402

57 Hollanders, Oberneuland (wie vorige Anm.), Abb. 227. – Entholt, Oberneuland (wie Anm. 51), S. 129.

58 StAB 4,125/1-11947.

59 1981 beschlossener Bebauungsplan Nr. 1089.

Verknüpft man diese Informationen mit den Eintragungen in katastermäßigen Plänen aus der Zeit um die Jahrhundertwende⁶⁰ (Abb. 6), ergibt sich folgendes Bild: Es handelte sich um ein beheiztes Gewächshaus von erstaunlicher Größe (anderthalb mal so breit wie das Bremer Rathaus!). Allein der rechte Flügel entspricht in seinen Dimensionen dem Bau in Adelaide. Man darf annehmen, dass das linke, weniger tiefe Gebäude auch eine geringere Höhe hatte.⁶¹ Beide jedoch springen in der Mitte vor, sicher entsprach dieser Mittenbetonung eine Höhenakzentuierung durch jeweils eine Kuppel. Die Umrisslinie an der besonnteren, südwestlichen Schmalseite zeigt einen Vorsprung; dieser dürfte in vereinfachter Darstellungsweise eine halbrunde oder polygonale, apsisähnliche Erweiterung andeuten, wie sie nicht nur in Adelaide, sondern an vielen anderen Gewächshäusern als seitlicher Abschluss typisch ist. Ein wesentlicher Unterschied zur australischen Anlage ist allerdings der Verzicht auf allseitige Transparenz. Rothermundts Glashaus lehnte sich vielmehr entlang der Grundstücksgrenze an eine rückwärtige Mauer an. Statt der Satteldächer dürften doppelt verglaste⁶² Pultschrägen die Gewächshäuser oben abgeschlossen haben. Für den Aufriss der Hauptansicht ergibt sich daraus nicht unbedingt ein großer Unterschied. Andererseits spricht auch nichts gegen eine im Detail hier und da abweichende Gestaltung, denn leider ist bis jetzt keine Fotografie oder Zeichnung bekannt geworden, die uns eine sichere Vorstellung vom Äußeren des Bremer Palmenhauses liefern könnte. Die in den Bauakten dokumentierten Architektenzeichnungen setzen erst mit dem Jahr 1874 ein, als Runge für das Landgut ein Fremden- und Hofmeierhaus entwarf. Die Blickachse einer Fotografie, die Carl Moritz und Wendela Hoffmann um 1912 auf ihrer Terrasse im Windschutz eines gläsernen Wandschirms darstellt (Abb. 7), zielt genau auf die Mitte der Position des Palmenhauses, es müsste daher, wenn es damals noch gestanden hätte, deutlich etwa 20 m hinter den Scheiben zu sehen sein. Erkennbar ist aber vor den Bäumen des Nachbargrundstücks nur ein kleines kastenartiges Bauteil rechts sowie das monumentartig aufragende Gebilde, anscheinend ein Brunnen, links im Hintergrund. Mit einiger Wahrscheinlichkeit handelt es sich um den letzten Rest der Palmenhausausstattung. Entweder stand der Brunnen ursprünglich wie in Adelaide mitten im Raum unter der Kuppel oder er gehörte zu einer Grotte, die – anders als beim australischen Glashaus – wegen der rückwärtigen Wand hier gut vor dieser in der Mittelachse platziert werden konnte.

60 Das Fortbestehen des Palmenhausgrundrisses auf den Plänen von 1915 ist kein Widerspruch zu einem voraufgehenden Abriss, da das den Glasbau nicht betreffende Änderungsvorhaben zeichnerisch in die Lichtpause eines älteren Zustandsplans eingetragen wurde.

61 Bei solchen verbundenen Anlagen sind oft verschiedene Temperaturzonen hintereinandergeschaltet, hier wohl ein sog. »Warmhaus« und ein »temperiertes Haus«.

62 Die Doppelverglasung hebt Schomburgk 1874 in seiner Beschreibung des Oberneulander Referenzbaus hervor: Report Botanic Garden, 1874 (wie Anm. 6), S. 3.



Abb. 7: Carl Moritz und Wendela Hoffmann auf der Terrasse des Wohnhauses Oberneulander Landstraße 175. Hinter dem Windfang sind ganz links Reste des Brunnens aus dem Rothermundtschen Palmenhaus erkennbar. Foto um 1912. Familienarchiv Hoffmann, Bremen

Zwischen 1890 (Lassungsvertrag) und etwa 1912 (Foto mit Bauresten) muss also das Palmenhaus Rothermundts abgebrochen worden sein. Auch seine Entstehungszeit kann nur mit Eckdaten eingegrenzt werden: Diese liefern uns mit Sicherheit die Rückkehr Runges nach Bremen (1861) und die Würdigung des Oberneulander Baus in Adelaide (1873). Ob als *terminus ante* schon der Winter 1866/67 herangezogen werden kann, in dem im Naturwissenschaftlichen Verein exotische »Schätze aus [Rothermundts] herrlichen Gewächshäusern« besprochen wurden,⁶³ steht dahin, wenn ein Zeitungsartikel in Australien davon spricht, dass das Vorbild in Bremen wenig mehr als zwei Jahre älter sei als das Palmenhaus im Botanischen Garten.⁶⁴

Selbst wenn das Palmenhaus in Adelaide vielleicht keine genaue Kopie der Konstruktion in Oberneuland wäre, also von der Gestalt des späteren

63 Zweiter Jahresbericht des Naturwissenschaftlichen Vereins zu Bremen, Bremen 1867, S. 4.

64 The Palm-House (wie Anm. 7).

Gebäudes nur bedingt auf das ältere zurückgeschlossen werden kann, ist doch festzuhalten, dass das Palmenhaus in Oberneuland von so hoher funktionaler und ästhetischer Qualität war, dass eine Abbildung davon und ein Bericht darüber für die Bauherren in Adelaide inspirierend für ihr eigenes Projekt wirkte und zur Auftragsvergabe nach Bremen führte.

Stünde Rothermundts Glashaus heute noch, wäre es, wie auch das folgend besprochene, eines von Bremens interessantesten und besuchtesten Baudenkmalern. Dabei war es zwar wohl das größte, aber nicht das einzige prächtige Palmenhaus, das seinerzeit hier stand.

Das Palmenhaus von Ludwig Knoop am Schloss Mühlenthal in St. Magnus

Ähnlich unbekannt wie die Palmenhäuser in Adelaide und Oberneuland blieb in Bremen ein drittes, typologisch mit dem Bau für Rothermundt eng verwandtes Glashaus für exotische Gewächse: Einen ebenso aufwendigen und dekorativ reich ausgestalteten Bau leistete sich der ebenfalls in Russland zu legendärem Reichtum gekommene Kaufmann Ludwig Knoop (1821–1894)⁶⁵ bei seinem schlossartigen Wohnhaus am Nordufer der Lesum. Von diesem »Schloss und Landgut Mühlenthal« sind im heutigen »Knoops Park« nur noch geringe Spuren und unbedeutende Nebengebäude übriggeblieben. Wie wir die Baugeschichte und Einzelheiten dieses Anwesens nur bruchstückhaft kennen, zumal es schon 1933 abgebrochen wurde, so ist auch die Überlieferung zum Palmenhaus bruchstückhaft und trügerisch.⁶⁶

Für die Datierung des Baubeginns fehlen jegliche Quellen. Möglicherweise wurde es bereits zwischen der 1861 einsetzenden Nutzung des 1859 erworbenen Grunerschen Landhauses durch Knoop und der Fertigstellung des als »Schloss Mühlenthal« bekannten Neubaus von 1871 errichtet. Eine Erinnerung der Tochter Ludwig Knoops, Adele Wolde, deutet auf die Existenz repräsentativer Gewächshäuser bereits in diesen frühen Jahren hin: »Vater baute [seiner Gattin] die schönen Gewächshäuser und später sogar das herrliche Palmenhaus. Diese dienten 1864 als Festräume bei der Hochzeit meiner älteren Schwester.«⁶⁷ Tragfähig für eine frühe Datierung auch des Palmenhauses ist diese Reminiszenz jedoch nicht.

Fertigstellung und Bepflanzung dürften aber sicher vor 1874 anzusetzen sein. In diesem Jahr hatte der angesehene Berliner Biologe Ludewig Wittmack in Begleitung der Familie Papendieck die Gewächshäuser Knoops

65 Hans Jaeger, Knoop, Ludwig, in: Neue Deutsche Biographie 12 (1979), S. 212 f. [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd119475057.html#ndbcontent>.

66 Heiko Grunert hat 1986 in seiner ungedruckten Diplomarbeit (Knoops Park. Ein Gartendenkmal in Bremen. Hannover 1986, S. 32–35) erstmals über diesen Bau, die Zeichnung Rauschenbergs und weitere, im Folgenden dankbar benutzte Quellen dazu informiert. Dank an Dr. Rolf Kirsch für den Hinweis auf diesen Bau und die entlegene Studie.

67 Adele Wolde, Ludwig Knoop, Erinnerungsbilder aus seinem Leben, Bremen 1928, S. 50.

schon bewundert und erinnerte sich am 22. Januar 1886, als er erneut den Knoopschen Park besuchte: »...noch deutlich hatte ich in Erinnerung den großen Wintergarten mit seinen geschmackvollen decorativen Gruppen, einen Garten so schön, wie ich nur zwei ähnliche kenne, den von Herrn Malzeff Netzschajeff in Petersburg und den des Grafen Kerchowe de Denkerghem in Gent; groß war daher mein Verlangen, diesen Garten wiederzuschauen...«⁶⁸ Doch fand Wittmack den Wintergarten nicht mehr vor und musste vom Obergärtner Lauche erfahren: »dem Herrn Baron gefiel die Sache nicht mehr« und er habe das »ganz kolossale Gebäude« dem Bremer Bürgerparkverein mit all seinen Gewächsen angeboten.⁶⁹ Doch auch der, obwohl Parkdirektor Wilhelm Benque 1883 gegenüber seinem Vorstand den Bau in höchsten Tönen lobte, wollte die finanziellen Belastungen für eine Translozierung und die unabsehbaren Folgekosten nicht auf sich nehmen.⁷⁰ Wir erfahren bei dieser Gelegenheit aber, dass die Eisenkonstruktion die Bremer Schlosserei von G. H. Bruns jun. ausgeführt hatte.

Schon 1882 muss es Überlegungen gegeben haben, dieses Glashaushaus für tropische Pflanzen umzusetzen. Denn am 24. August dieses Jahres stellte der Bremer Architekt Friedrich Wilhelm Rauschenberg auf einem Blatt mit einer »Skizze für Verlegung des Palmenhauses auf Villa Knoop, St. Magnus« drei Ansichten und einen Grundriss des Gebäudes zusammen.⁷¹ Aus ihnen geht hervor, dass die Idee bestanden haben muss, den damals erst seit wenigen Jahren bestehenden Bau zu verlegen und unmittelbar an das Haupthaus des Schlosses, dessen Fassade ebenfalls eingezeichnet ist, anzubinden.

Die Zeichnungen scheinen die wichtigsten Auskünfte über das Palmenhaus zu enthalten. Die kolorierten Ansichten lassen deutlich gemauerte und verglaste Teile unterscheiden. Auf kreuzförmigem Grundriss erhebt sich eine in ihren ornamentalen Einzelformen romantisierend-neugotische Architektur. Eine breit gelagerte, achteckige Kuppel dominiert die im Gegensatz zu Adelaide und Oberneuland kurvilineare Dachlandschaft und gibt dem Gebäude zusammen mit den gestauchten Proportionen der Kreuzarme den Charakter eines Zentralbaus. In seiner eher weichen Modellierung und mit den verschliffenen Kanten zwischen den Flügeln unterscheidet er sich durchaus vom Stil des Hauptbaus.

Hinter einem gemauerten, wappengeschmückten Portal öffnet sich die Palmenhalle in mehreren Stufen höher und breiter werdend zur Rotunde unter der Kuppel, wo auch ein Springbrunnen die Mitte des Bauwerks markiert.

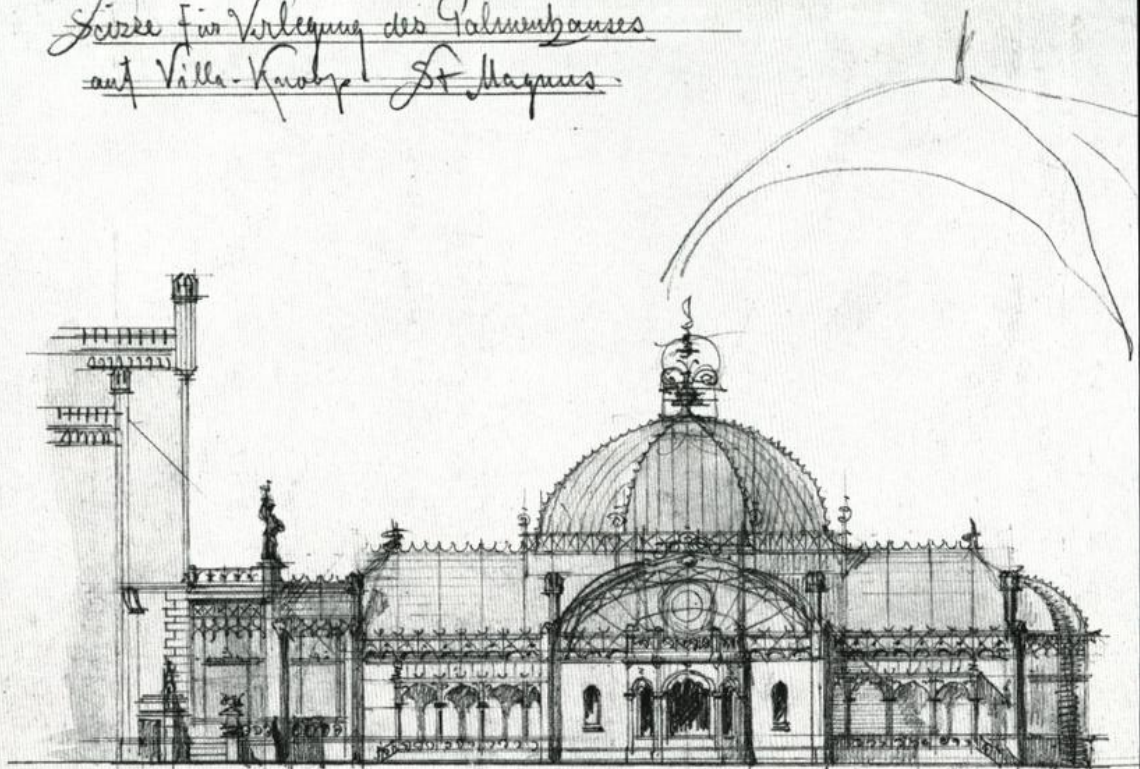
68 Ludewig Wittmack, Bremer Gärten im Winter. In: Deutsche Garten-Zeitung vom 8. September 1886, S. 429. Wiederabgedruckt in: Bremer Nachrichten, 15. und 22. September 1886.

69 Bremer Nachrichten vom 11. Nov. 1883; – Wittmack, Bremer Gärten (wie vorige Anm.), S. 429.

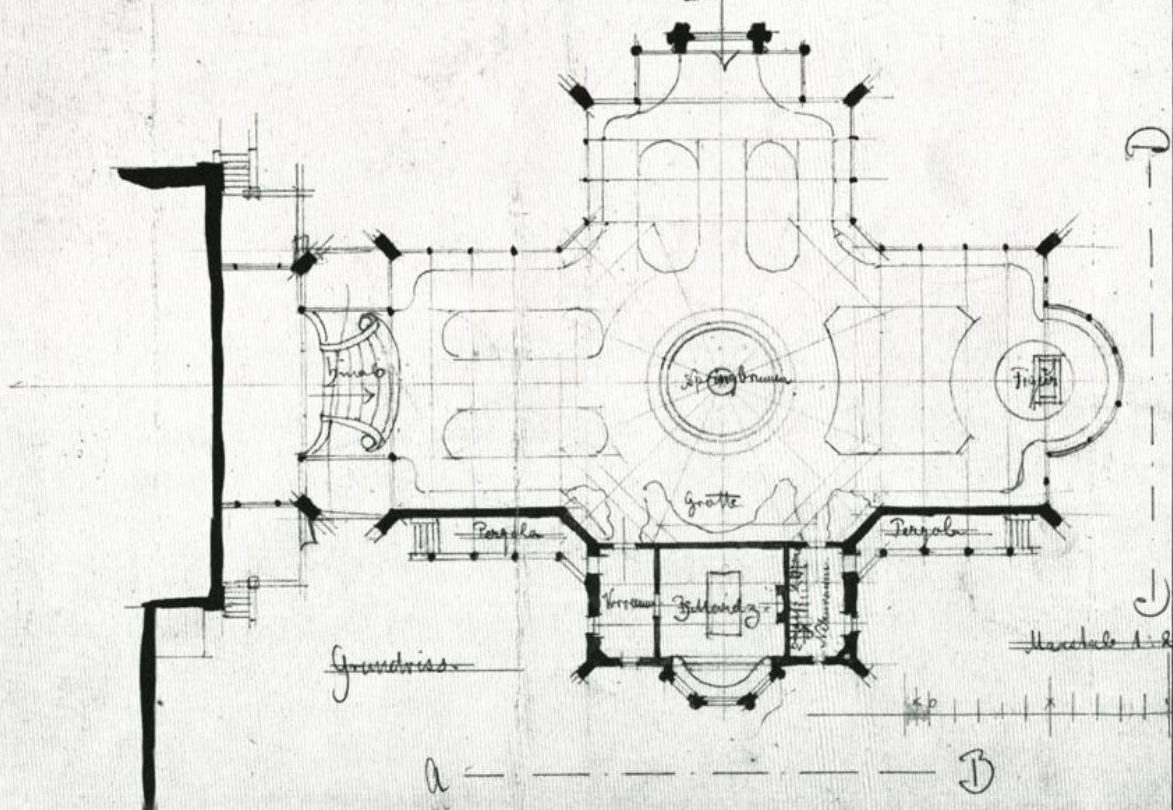
70 Bremer Nachrichten vom 24. November 1883, 1. Blatt.

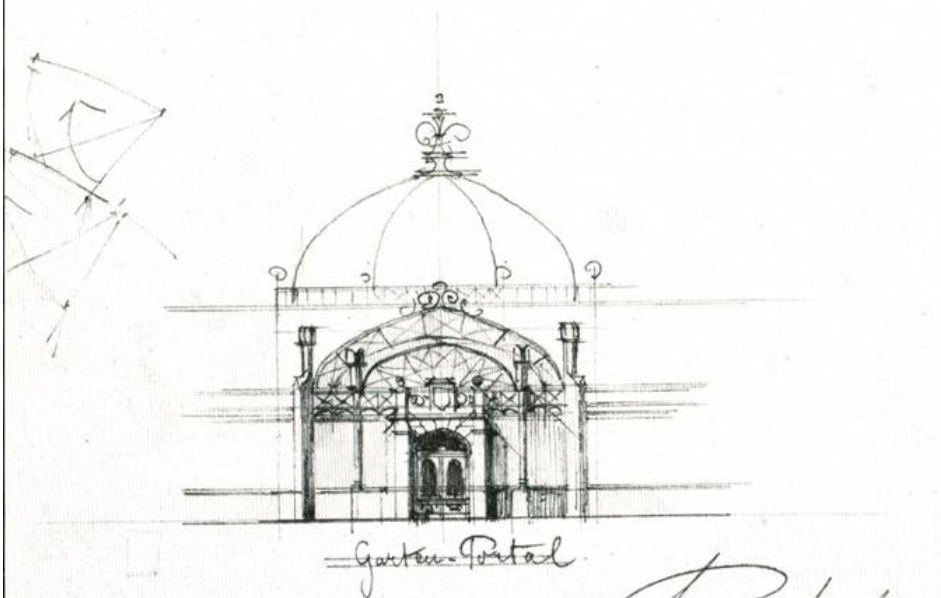
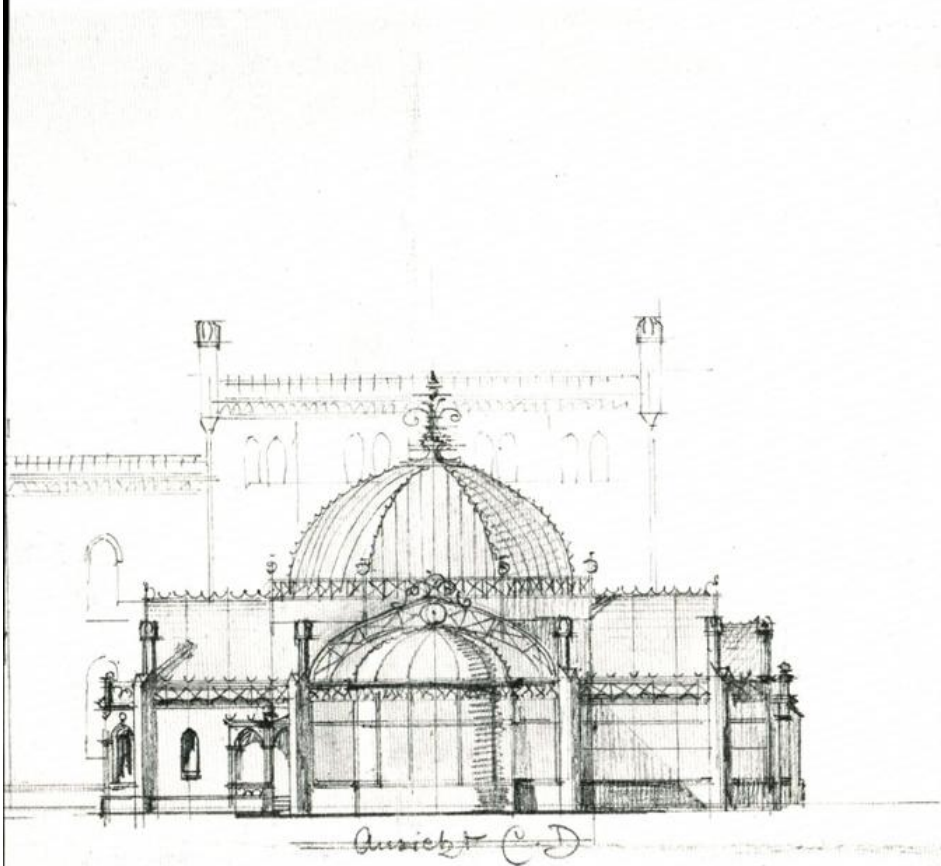
71 Focke-Museum Bremen, Inv. Nr. 1947.046. Bleistiftzeichnung, laviert, 35 x 47 cm. Das Blatt kam 1947 mit einem Konvolut weiterer, z.T. privater Zeichnungen Rauschenbergs (also wohl über dessen Nachlass) mit der Bremensien-Sammlung Arnold Blome ins Museum.

Skizze für Verlegung des Palmhauses
auf Villa-Knobel St. Margus



Ansicht A-B





Vermaße
Holsen und Anst. Blome
Bremen

F. W. Rauschenberg
Architekt
Borkum. 24/8 82.

Abb. 8: F. W. Rauschenberg, »Skizze zur Verlegung des Palmenhauses auf Villa Knoop, St. Magnus«, 1882.
Foto: Focke-Museum Bremen
Links: Ansicht von N und Grundriss.
Rechts: Ansicht von W und Eingang von S.

Der westliche Seitenarm ist halbrund geschlossen.⁷² Die Gegenseite bildet einen Übergang zur wintergartenähnlich ausgestalteten »Blumenstube« an der Westfassade des Schlosses. In einer halbrunden Nische der Schmalseite steht eine figürliche Skulptur. Die rückwärtige Nordseite des Palmenhauses ist bis zur Traufhöhe durch eine gemauerte Wand abgeschlossen, an die sich innen eine mittige Grottenanlage anlehnt. Dahinter sind ein »Billardzimmer« und Nebenräume eingezeichnet. In diesem Bereich ist auch die Heizungsanlage unterzubringen, wie die hohlen Schornsteinquerschnitte zeigen. Die Strebepfeiler sind mit Kaminaufsätzen versehen, auch wenn nicht alle als Rauchabzug dienen. Alle Dächer sind verglast und haben den Querschnitt eines gedrückten Spitzbogens. Außen führt ein schmaler Laufgang um die tambourlose Kuppel. Deren Spannweite (13 m) überragt noch die Breite der Kreuzarme. Vor den Mauern auf der Nordseite der Seitenflügel läuft außen eine kreuzgangartig gestaltete »Pergola« entlang. Die Maße des Palmenhauses betragen 33,5 m in der Länge, 28,5 m in der Tiefe und etwa 17 m bis zur Kuppelspitze.

Durch die eindeutige Bezeichnung des Blattes kommen auf den ersten Blick kaum Zweifel daran auf, dass die Darstellung Rauschenbergs ein tatsächlich existierendes, zu versetzendes Bauwerk darstellt. Doch bei genauerer Betrachtung und Berücksichtigung weiterer Zusammenhänge wecken einige Ungereimtheiten Bedenken und Unsicherheit.

Die Zeichnung ist ja keineswegs so skizzenhaft, wie man bei einem Umsetzungsprojekt erwarten sollte, sondern vielmehr detailliert, fein koloriert und erscheint so eher wie eine gefällige, aber informationsreiche Architektenpräsentation für die Akquisition eines Auftrags. Mit seinem erheblichen Anteil an gemauerten, steinernen Bauteilen wird ein Gebäude vorgestellt, das nicht ohne Weiteres zu versetzen war.

Eine weitere, mit der Zeichnung nicht in Einklang zu bringende Bildüberlieferung muss berücksichtigt werden: Der Grundstücksplan von Runge (Anhang Nr. 16) zeigt 1874 einen »Wintergarten« als etwa 35 m langes, schmalrechteckiges Gebäude mit halbrunder Apsis südlich der Wirtschaftsgebäude. Ein Glashaus auf einem wohl nach 1883 entstandenen, unbezeichneten Foto in einem Album über das Landgut⁷³ ist mit diesem Trakt zu identifizieren. Es

72 Bei der Westansicht Rauschenbergs irritiert die von Norden (!) einfallende Schattierung – natürlich war die rechte, verglaste Seite nach Süden, die linke, »steinerne« Front nach Norden orientiert.

73 Blatt 56 aus einem Fotoalbum mit 63 Papierabzügen im Format 17 x 23 cm vom Schloss Mühlenthal und dem Park. Mindestens eines der Fotos, wahrscheinlich die ganze Serie, ist 1883 oder später aufgenommen worden (vgl. Anhang Nr. 22). Wenn der Wintergarten vor Januar 1886 abgerissen wurde, müssen die Fotos, unter der wahrscheinlichen Voraussetzung, dass die Serie im Zusammenhang entstanden ist (dafür spricht, dass das ältere Orangeriegebäude, wie Anhang Nr. 17, bereits in der Bildfolge fehlt), zwischen 1883 und 1885 entstanden sein. Offensichtlich wurden von diesem Album mehrere Exemplare für die Nachkommen Ludwig Knoops angefertigt. Eine Ausfertigung aus der Familie Kulenkampff, allerdings mit stark verblassten Fotos, im Focke-Museum Bremen, Inv. Nr. 1998.088, ist handschriftlich bezeichnet: »Mühlenthal 1870–1929 Landhaus

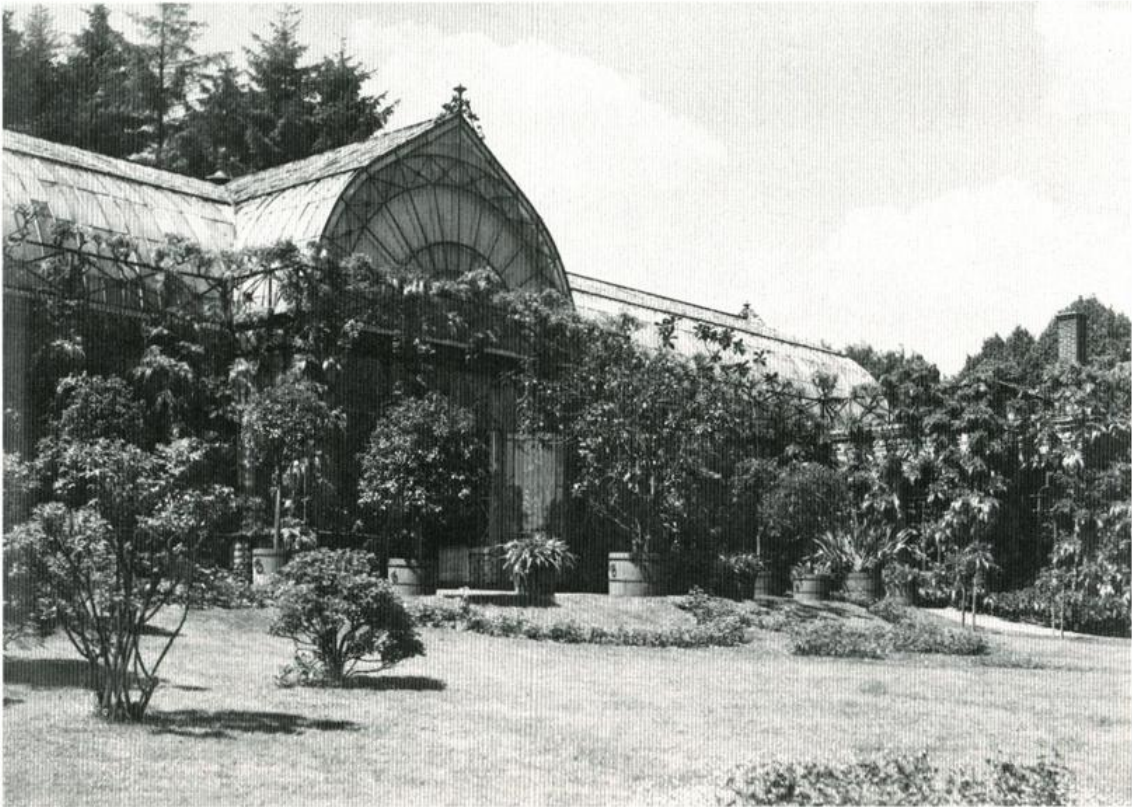


Abb. 9: Gustav Runge (Architekt) und G. H. Bruns (Ausführung): Palmehaus (Wintergarten) auf dem Landgut Mühlenthal des Ludwig Knoop in St. Magnus, vor 1874. Foto (nach 1883): Aus dem »Album Knoop«, Exemplar des Focke-Museums, Inv.-Nr. 1998.088, Blatt 56

zeigt die von einer hohen Spitztonne überwölbte, doppelt verglaste Eisenkonstruktion, in deren Mitte ein gleich dimensioniertes Querhaus mit einem Portal anschließt. Die respektable Höhe dieses anspruchsvoll gestalteten Gebäudes macht nur Sinn, wenn es als »Warmhaus« für hochstämmige tropische Pflanzen genutzt wurde. Die Traufkante begleitet ein Laufgang, er führt hinüber auf das rechts anschließende, gemauerte Traubenhaus mit seinen Rundbogenfenstern. Große Kübelpflanzen sind ins Freie gestellt, rechts ist der hohe Schornstein der Heizungsanlage zu erkennen. Leider ist bisher nur dieses eine Foto, das die dem Herrenhaus zugewandte Längsseite zeigt, bekannt geworden.

Wittmack hatte, wie oben ausgeführt, 1874 einen auch von ihm so bezeichneten »Wintergarten« besucht, den er 1886 nicht wiederfand. Da er außer der wenig spektakulären Gewächshausgruppe (Anhang Nr. 22) im weiter hinten gelegenen Teil des Parks keine weiteren großen temperierten Glashäuser wie Wintergärten oder Palmenhäuser beschreibt, kann als sicher angenommen

Großeltern Knoop«. Kopien von Fotos aus anderen Exemplaren des Albums existieren beim Heimatverein Lesum und beim Förderverein Knoops Park.

werden, dass es zwischen den genannten Jahren im Park nur einen einzigen Bau dieser Art gab.⁷⁴ Der *Wintergarten* auf dem Grundstücksplan sowie dem Foto einerseits und das Angebot der Stiftung des in diesem Zusammenhang so genannten *Palmenhauses* an den Bürgerparkverein andererseits müssen also aller Wahrscheinlichkeit nach ein und denselben Bau betreffen.⁷⁵

Warum weicht aber die Zeichnung Rauschenbergs vom realen Palmenhaus so wesentlich ab? Die hinzugefügte Kuppel, das ausladende Querhaus, die gedrückten Proportionen sind nur dann zu erklären, wenn Rauschenberg hier mehr als nur eine »Verlegung«, nämlich einen mehr oder weniger vollständigen Neubau projektierte, der mit dem Ursprungsbau nur noch wenig zu tun hatte. Wenn es sich um seinen eigenen Entwurf handelte und nicht um die Wiedergabe eines bestehenden Gebäudes, werden auch die stilistischen Eigentümlichkeiten klar, denn während Gustav Runge (*1822), der als Knoop'scher Hausarchitekt wohl alle Glashäuser des Parks einschließlich des »Wintergartens« entworfen hatte, noch einer klassizistischeren Tradition angehörte, neigte der 1853 geborene Rauschenberg bereits einem üppigen, dem Neobarock verhafteten Stil der Gründerzeit zu. Deutlich wird an der Ansicht von Westen, wie unschön sich auch der allseitig frei geplante Solitär hier nur noch wie ein Anhängsel vor dem stilistisch so abweichenden Hauptgebäude ausgemacht hätte und wie problematisch die Gestaltung der Sichtachsen durch die Verdopplung der Zugänge geworden wäre. Das bei aller gotischen Ornamentik doch aus rechteckigen Kuben komponierte Wohnhaus aus Stein und das von Wölbungen und Schrägen modellierte Palmenhaus aus Glas passten kaum zusammen, und so wundert es auch aus diesen Gründen nicht, dass Rauschenbergs Vorschlag nicht realisiert wurde und der hochfliegende Um- oder Neubauplan des jungen Architekten, der 1882 gerade erst sein Büro eröffnet hatte, in seiner Schublade blieb.

Zum Bautyp »Gewächshaus«

Die Gestalt der Palmenhäuser von Runge und Rauschenberg steht in der Tradition europäischer Gewächshäuser, wie sie vor allem in England in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts entwickelt worden waren. Hier hatte John Claudius Loudon⁷⁶ Prinzipien für den Gewächshausbau aufgestellt, die seitdem Beachtung fanden: die Verwendung gusseiserner Stützen und schmiedeeiserner Rahmenwerke erlaubte die Auflösung der Außenhaut in lichtdurchlässige Wände und transparente Dächer. Die neuen Konstruktions-techniken wurden wegweisend auch für andere Bauaufgaben: Ausstellungsgelände, Vergnügungsetablissemments, Markt- und Bahnhofshallen. Höhepunkt

74 Dem wahrscheinlichen Abbruch zwischen 1883 und 1886 steht eine wohl trügerische Erinnerung von Adele Wolde entgegen, die Jahrzehnte später (!) eine Aufführung in einem der Gewächshäuser anlässlich der 1893 gefeierten Goldenen Hochzeit des Ehepaars Knoop irrtümlich ins »Palmenhaus« verlegte: Wolde, Ludwig Knoop (wie Anm. 67), S. 61.

75 So auch Grunert, Knoop's Park, (wie Anm. 66), S. 33.

76 J. C. Loudon, *Remarks on the Construction of Hothouses*, 1817.

und berühmtestes Beispiel war Paxtons Kristallpalast von 1851 für die Londoner Weltausstellung.⁷⁷ Diese Bauweise brachte auch verschiedenste Derivate hervor, wie gläserne Windschutzwände und Wintergärten jeder Größe und Form. Ihre allenthalben zu sehenden Beispiele förderten letztlich auch die Entstehung der verglasten Veranden, die in der hier betrachteten Blütezeit des Glashausbaus zu den Kennzeichen des Bremer Hauses gehörten.

Unmittelbare Vorbilder für die Gestalt der Palmenhäuser in Adelaide und Bremen sind nicht auszumachen. Die vielgestaltige Typengeschichte der tropischen Gewächshäuser zeigt allerdings bestimmte, häufig wiederkehrende Elemente: Seit dem Bau des Gewächshauses im Park von Syon House (1820–27)⁷⁸ im Londoner Westen folgten besonders die für tropische Pflanzen bestimmten »Palmenhäuser« der dort vorgegebenen Idee, an eine überkuppelte Mittelhalle, die auch für hochstämmige Pflanzen Platz bot und eine repräsentative Eingangssituation erlaubte, seitlich symmetrische, einfacher überdachte Flügelbauten anzuschließen, die oft mit halbrunden Exedren abschließen. Die Bauten von Runge, ein halbes Jahrhundert später, zeigen die zwischenzeitliche Weiterentwicklung ingenieurmäßigen Denkens: Stützte sich die Kuppel in London noch wie bei einem romanischen Zentralbau auf einen inneren Säulenkreis, so wird in Adelaide die gesamte Dachkonstruktion der zentralen Halle von Stahlträgern abgefangen, die das Mittelquadrat frei überspannen, um einen lichten Raum darunter offen zu lassen. Sicher kannte Runge auch das von seinem akademischen Lehrer Heinrich Hübsch 1857 entworfene Palmenhaus im Botanischen Garten Karlsruhe.⁷⁹ Vergleichbar ist hier, dass ganz ähnlich wie in Adelaide gemauerte Pfeiler das Dach des kubischen Mittelpavillons stützen und seine Fassade gliedern.

Während Tropenhäuser in Botanischen Gärten oft von zwei Seiten aus zugänglich und durchlichtet sind, wurden private Anlagen wegen der kleineren Grundstücke und um den Wärmeverlust zu mindern, eher an eine rückwärtige Mauer oder an das Wohnhaus selbst angelehnt, die Seitenflügel zeigen dann viertelkreisförmige oder pultartige Dachquerschnitte.

Aus Glas und Eisen aufgeführte, anspruchsvoll gestaltete und beheizte Gewächshäuser (»Warmhäuser«) für tropische Pflanzen waren zwischen 1840 und 1910 geradezu eine Modeerscheinung. Aufkommen und Verbreitung dieses Bautyps beruhte auf Voraussetzungen, die technisch mit der Industrialisierung der Walzstahlherstellung und der Flachglasproduktion, logistisch mit der Entstehung eines Eisenbahnnetzes, politisch durch den Kolonialismus und kulturgeschichtlich durch ein von Naturwissenschaften und Entdeckungsreisen gewecktes Interesse an der Flora tropischer Weltgegenden gegeben waren.

Neben den repräsentativen Tropen- und Palmenhäusern gehörten zu den Wirtschaftsgärten der großbürgerlichen Land- und oft sogar Stadthäuser in

77 Georg Kohlmaier und Barna von Sartory, *Das Glashaus, ein Bautyp des 19. Jahrhunderts*, München 1981, S. 364 f., Abb. 285–289, 578–580.

78 Stefan Koppelkamm, *Künstliche Paradiese. Gewächshäuser und Wintergärten des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1988, S. 62–67.

79 Kohlmaier und von Sartory, *Glashaus* (wie Anm. 77), S. 362 ff., 626 ff.

der Regel noch mehrere Gewächshäuser, die einer von Jahreszeiten unabhängigen Versorgung dienten.⁸⁰ Die Globalisierung des Handels mit überseeischen Nahrungsmitteln und der Einsatz von Kühltechniken brachte es mit sich, dass im 20. Jahrhundert die Glashäuser, in denen zuvor Trauben, Pfirsiche, Ananas oder seltene Blumen gezogen wurden, ihren exklusiven exotischen Reiz verloren. Zwar wurden in Botanischen Gärten noch öffentliche Tropenhäuser als Bildungseinrichtungen unterhalten, bis zum Ersten Weltkrieg auch noch neu errichtet, aber als private Repräsentationsbauten entstanden Anlagen dieser Art fortan nicht mehr.

Die architekturgeschichtliche Erforschung der Glas-Eisen-Bauten und ihrer Entwicklung setzte verstärkt in den Jahren um 1980 ein. Der Fokus lag dabei naturgemäß zunächst auf den großen, öffentlichen Bauwerken dieser Gattung, während im Hintergrund blieb, in welchem großem Umfang auch im Zusammenhang mit dem bürgerlichen Villenbau die Glashäuser Anteil an der privaten Bautätigkeit nahmen.⁸¹ Mit dem vorliegenden Beitrag, der sich auf Bremen beschränkt, soll exemplarisch auf dessen Ausmaß und hohes Niveau hingewiesen werden.

Das Gewächshaus als Ort naturwissenschaftlichen Interesses und gesellschaftlicher Repräsentation

Die Errichtung, Beheizung und Bewirtschaftung eines großen Tropenhauses erforderte den Einsatz beträchtlicher finanzieller Mittel. Die Beschaffung seltener Pflanzen aus tropischen Ländern ist vergleichbar mit Aufbau und ständiger Erweiterung einer Kunstsammlung und setzt wie diese gründliche Kenntnisse, weitreichende Beziehungen und intensive Beschäftigung voraus. Nur waren die Betriebskosten eines Warmhauses ungleich höher und seine Wertbeständigkeit extrem gering. Dass eine botanische Sammlung zunächst ein Privileg des Adels blieb, ist daher verständlich. Erst als ihrem luxuriösen Lebensstil im 19. Jahrhundert Fabrikanten und Kaufleute nacheifern konnten, entwickelte sich das Glashaus zum Ort auch bürgerlicher Repräsentation, in dem man Freunde empfing, Feste feierte und die exotische Flora zum Gegenstand gehobener Konversation machte. Aus dieser Zweckbestimmung erklärt sich der bemerkenswerte Umstand, dass Rothermundt, anstatt das alte Landhaus durch eine prunkvolle Villa zu ersetzen, mit großem Aufwand ein tropisches Gewächshaus daneben stellen ließ. Auch in St. Magnus ging der Bau einer Orangerie, die im Sommer als Festsaal benutzt werden konnte, dem Knoopschen Schlossbau voraus.

Rothermundt hatte dabei durchaus botanische Interessen, so gehörte er zu den ersten Mitgliedern im Naturwissenschaftlichen Verein zu Bremen.⁸²

80 Eine Abbildung im Anhang (Nr. 22) zeigt eine ganze Landschaft von Gewächshäusern bei den zur Knoopschen Villa gehörenden Wirtschaftsgebäuden.

81 Kohlmaier und von Sartory, *Glashaus* (wie Anm. 77), S. 63–64, streifen nur kurz den »Wintergarten der Großbourgeoisie«.

82 1. Jahresbericht des Naturwissenschaftlichen Vereins zu Bremen 1864–66, Bremen 1866, S. 8.

Franz Buchenau, der verdienstvolle Erforscher nicht nur der norddeutschen Pflanzenwelt, war mehrfach in Oberneuland zu Gast und vermittelte die dort gewonnenen Erkenntnisse in Abhandlungen und Vorträgen für die Mitglieder des Vereins: »An den meisten Abenden des Winters erfreute uns die freundliche Liberalität des Herrn Rothermundt durch Aufstellung seltener oder interessanter Schätze aus den herrlichen Gewächshäusern seines Landguts. Meistens erläuterte sie Herr Dr. Buchenau mit kurzen Demonstrationen, an welche sich öfter kurze Besprechungen knüpften.«⁸³ Das Palmenhaus aber auch als Mittel anzusehen, mit dem Aufsteiger wie Rothermundt und Knoop gesellschaftliche Anerkennung im nachbarschaftlichen und sozialen Umfeld der »alten« Bremer Oberschicht zu gewinnen suchten, dürfte nicht allzu spekulativ sein.

Über Knoops Neigung zur Botanik, die wohl eher eine Liebhaberei seiner Gattin war, scheint nichts überliefert zu sein, dafür weiß man, dass in seinen Gewächshäusern große Feste, wie 1864 die Hochzeit seiner Tochter und 1868 seine eigene silberne Hochzeit, gefeiert wurden.⁸⁴

Nächtliche Illuminationen von Glashäusern und Gärten waren die Höhepunkte solcher Ereignisse. Sie steigerten noch einmal die Effekte des in einem exotischen Paradies realisierten Traumes.⁸⁵ Dem synthetischen Klima wurde die Künstlichkeit des Lichtes hinzugefügt, um eine perfekt inszenierte Illusion zu erzeugen, die dem Fortschrittsglauben der Zeit an die unbeschränkte Verfügungsgewalt des Menschen über die Objekte und Eigenschaften der Natur entsprach.

83 2. Jahresbericht (wie Anm. 82), 1866–67, Bremen 1867, S. 4. – Erwähnungen Rothermundts als Stifter und Schenkgeber auch in den Abhandlungen des Naturwissenschaftlichen Vereins zu Bremen, 1871, S. 13; 1873, S. 17; 1878, S. 5 und 604.

84 Wolde, Ludwig Knoop (wie Anm. 67), S. 50.

85 Kohlmaier und von Sartory, Glashaus (wie Anm. 77) S. 7.

Anhang: Private Glashäuser des 19. Jahrhunderts in Bremen

Von den drei in vorstehendem Aufsatz besprochenen Palmenhäusern aus Bremen ist nur eines noch erhalten. Diese bedauerliche Relation fällt bei einem Versuch, Bilder und Informationen über möglichst viele der historischen Glashäuser in Bremen zusammenzutragen, noch ungünstiger aus. Nur zwei von den mindestens 20 heute noch benennbaren und im Bild dokumentierten Glashäusern, die durch ihre Gestalt oder Funktion auffallen, sind noch erhalten, bemerkenswerterweise sind beide keine Eisenkonstruktionen. Der Denkmälerbestand¹ des Bautyps »beheiztes Glashaus« hat im Lauf der Geschichte überdurchschnittliche Verluste hinnehmen müssen. Kondensationswasser und Wärme fördern die Korrosion des Eisens, Unwetter bedrohen die Glasdächer. Hohen Kosten für Heizung, gärtnerische Betreuung, Glasreinigung und Reparaturen stand ein nur geringer materieller Nutzen gegenüber. Nur selten überlebten private Glashäuser Besitzerwechsel, Leerstände, Notzeiten und Kriegsbeschädigungen. Historische Nachrichten über diese Bauten sind selten. Architekturgeschichtliches Interesse haben sie nicht immer gefunden.² Die folgende Zusammenstellung bietet daher auch nur eine vorläufige Hinweissammlung und sicher keine vollständige Erfassung im Sinne einer »Bestandsaufnahme« an.³ Unsere heutige Kenntnis beruht überwiegend, bei den meisten Objekten ausschließlich, auf bildlichen Quellen, die ihrerseits durchweg unzureichend dokumentiert sind und zum Teil nicht mehr im Original vorliegen. So erklärt sich, dass bei den hier erstmals zusammengestellten Objekten nur wenig gesicherte Baudaten (Errichtung, Material, Funktion, Abriss) mitgeteilt werden können. Eine übergreifende Typengeschichte des bürgerlich-privaten Glashauses für den deutschsprachigen Raum fehlt bisher völlig.

Zusammengefasst stellt sich aufgrund des hier zusammengestellten Materials die Geschichte der beheizten Pflanzenhäuser in bremischen Privatgärten so dar: Für die frühe Form der Orangerie, wie sie im 18. Jahrhundert weiterentwickelt und bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts gebaut worden war, steuert Bremen zwei Exempel bei, es sind gemauerte, freistehende Häuser, die zur Südseite hin durchfenstert sind. Fast alle anderen Gewächshäuser lehnen sich rückwärtig an ein Gebäude oder wenigstens an eine Mauer an. Nur die beiden aufwändigsten und anspruchsvollsten Häuser sind freistehend ausgeführt. Vorherrschendes Bauelement ist das tief heruntergezogene Pultdach, entweder mit gerader Schräge oder annähernd viertelkreisförmigem Querschnitt. Repräsentativere Häuser sind mit einer Mittenbetonung (Quertrakt,

1 Eine erste Übersicht bei Rolf Kirsch, Orangerien und Glashäuser in Bremen, Vortrag auf der Jahrestagung des Arbeitskreises Orangerien in Deutschland, Bremen 14. 9. 2017. Erscheint im Druck 2018 (vgl. Kirsch 2018).

2 Rudolf Stein nennt oder zeigt in »Klassizismus und Romantik« (Bremen 1965), den über tausend Seiten zur Baukunst Bremens zwischen 1770 und 1870, keinen einzigen Glas-Eisen-Bau.

3 Berücksichtigt sind vorrangig Bauten, zu denen Bildquellen vorliegen oder andere nennenswerte Informationen nachgewiesen werden können.

Portikus, Kuppel) ausgezeichnet. In den 1870er Jahren erreichte die Mode, Privatgärten mit beheizten, in Glas und Eisen ausgeführten Gewächshäusern auszustatten, ihren Höhepunkt, sowohl hinsichtlich des architektonischen Aufwands als auch nach der Anzahl errichteter Bauten.

Allen voran danke ich Rolf Kirsch, der mit Hinweisen und kritischen Ratschlägen sowie den Texten zu den Katalognummern 3–6, 8, 9, 14 und 25 diese Übersicht mit entwickelt hat. Weitere wertvolle Hilfen und Mitteilungen zu dieser Zusammenstellung werden verdankt: Thomas Rosema, Oberneuland; Robert Hoffmann, Oberneuland; Irene Boschen und Holger Schleider, Heimatmuseum Schloss Schönebeck; Klaus Martin Hesse, Heimatverein Lesum; Christof Steuer, Förderverein Knoops Park.

In der folgenden Übersicht abgekürzt zitierte Quellen und Schriften:

Album Knoop: Album mit Fotos vom Landgut und Schloss Mühlenenthal aus der Zeit zwischen 1883 und 1885. Angefertigt in mehreren Exemplaren für die Nachkommen des Baron Knoop. Des Weiteren siehe Anm. 73 im Hauptartikel.

Brandes 1939: Gustav Brandes, Aus den Gärten einer alten Hansestadt, Bremen 1939.

Baudenkmale Oberneuland 1984: Kurt Lammek, Ortsteil Oberneuland, Bd. 3,6 der Baudenkmale in der Freien Hansestadt Bremen, herausgegeben von Hans-Christoph Hoffmann, Bremen 1984.

Grunert 1986: Heino Grunert, Knoops Park. Ein Gartendenkmal in Bremen, Ungedruckte Diplomarbeit am Institut für Grünplanung und Gartenarchitektur der Universität Hannover, 1986.

Hollanders: Sophie Hollanders, Oberneuland. Bilder aus alten Truhen, Bremen 1981.

Kirsch 2018: Rolf Kirsch, Orangerien und Glashäuser in Bremen. In: Arbeitskreis Orangerien in Deutschland e.V. (Hrsg.), Orangeriekultur in Bremen, Hamburg und Norddeutschland. Transport und Klimatisierung der Pflanzen (= Orangeriekultur Bd. 15), Berlin 2018 (im Druck).

Schmolze 1985: Arendt und Gerhard Schmolze, An der Lesum. Alte Bilder aus Lesum und St. Magnus, Burg, Marßel, Burgdamm, Bremen 1985.

Stein 1965: Rudolf Stein, Klassizismus und Romantik in der Baukunst Bremens, Bd. 2, Bremen 1965.

Wittmack 1886: Ludewig Wittmack, Bremer Gärten im Winter, Deutsche Gartenzeitung vom 8. September 1886, wiederabgedruckt in: Bremer Nachrichten, 15. September und 22. September 1886.

Wolde 1928: Adele Wolde, Ludwig Knoop. Erinnerungen aus seinem Leben. Bremen 1928.

Vorstadt

1. Bremen, Osterdeich 2, Wohnhaus Wätjen

Drei nach Entwurf von Heinrich Müller (1857) durch den Bremer Schlosser C. F. Höper sen. 1859 errichtete eiserne Gewächshäuser bildeten auf winkelförmigem Grundriss eine zusammenhängende Anlage, die das Wohnhaus von Christian Heinrich Wätjen am Osterdeich mit der Remise an der Bleicherstraße verband. Die Bauhöhe entsprach den zweigeschossigen Gebäuden an der Bleicherstraße. Rückseitig an gemauerte Bauteile angelehnt, orientierten sich die Glasfronten nach Süden und Osten. Ihre Aufrissgestalt ist unbekannt. Die Kosten betragen mit Zubehör 2570 Taler.



Ein Umbau von 1893, dem die Gebäude an der Bleicherstraße zum Opfer fielen, bedingte auch den Verlust der dadurch rückwandlos gewordenen Gewächshäuser. Auf dem hier im Detail wiedergegebenen Luftbild von 1929 sind die nach Süden geneigten Pultdächer von mehreren, allerdings später gebauten Gewächshäusern, die sich an Bauten oder Mauern entlang der Bleicherstraße anlehnen, erkennbar. Spätestens 1934 wurden mit dem ganzen Villenkomplex auch diese abgerissen.

Wittmack 1886, Bremer Gärten, Teil 2: »Ein hübscher Wintergarten voll blühender Camilien, Cinerarien, Hyacinten, aber nicht die eigentlichen Gewächshäuser. ... Diese liegen an einem dritten Ort Vor dem Steinthor 15.«

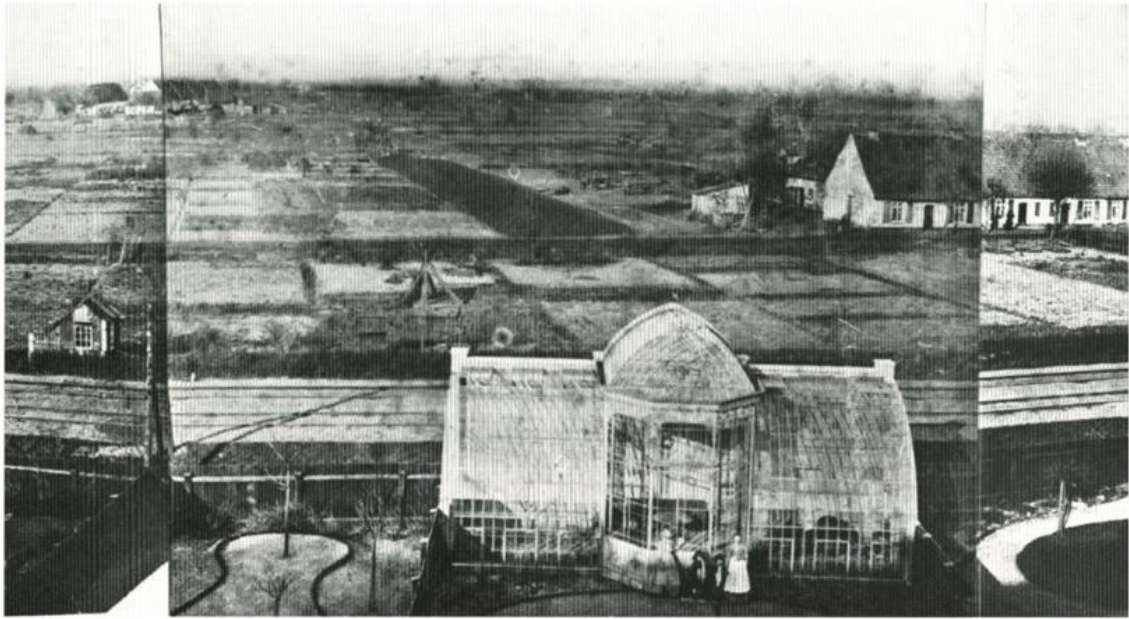
Henning Wätjen, Osterdeich 2. Zur Baugeschichte einer Bremer Kaufmannsvilla, in: Brem. Jb. 86, 2007, S. 119, 126 und 132 f.

Eduard Wätjen (Hrsg.), Das Wohnhaus der Familie Wätjen am Osterdeich in Bremen. Privatdruck, 2016, S. 27 (Umbau) und S. 41 (Grundriss von 1857)

Foto (Ausschnitt): Luftbild von 1929 im StAB

2. Außer der Schleifmühle 40, Wohnhaus Petsche

Wohnhaus des Kaufmanns Gustav Rudolf Petsche. 1870–72. Über die ganze Breite des Grundstücks angelegter Wintergarten aus Eisen und Glas mit polygonal vorspringender, überkuppelter Mittelhalle und seitlichen Flügeln mit viertelkreisförmigem Querschnitt. Wohnlich möbliert mit Bank und Kaffeetischchen. Rückseitig an eine Mauer auf der Grundstücksgrenze zur Bahnlinie (noch ohne Bahndamm) angelehnt, auch die Seitenwände wohl gemauert. Zwei Schornsteine lassen die Beheizbarkeit erkennen. Nicht erhalten.



Alfred Löhr, Bilder für Alle, Bremen (Focke-Museum), 1985, Abb. S. 74/75 des gesamten Panoramafotos, das aus dem Obergeschoss heraus aufgenommen wurde. Die Bauzeit und das Foto sind eng datierbar: Das Haus auf dem zuvor unbebauten Grundstück wurde 1870 bezogen (Bremer Adressbuch 1871), und bereits 1872 wurde der im Hintergrund erkennbare Barkhof (Hanna Lampe, Der Barkhof, Brem. Jb. 41, 1944, S. 241) abgerissen.

Foto: Focke-Museum Bremen, Inv. Nr. 1961.104 (Ausschnitt)

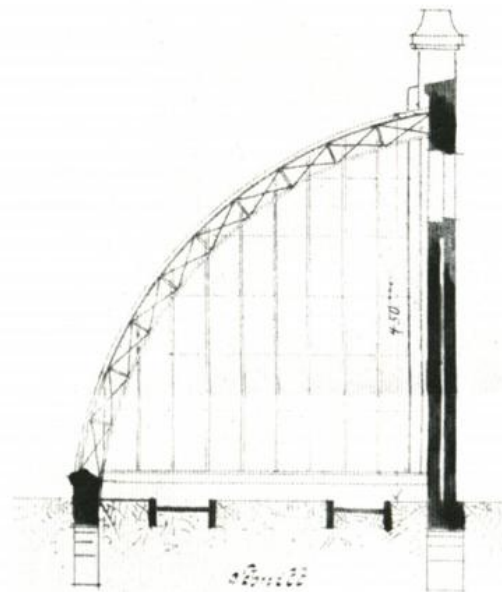
3. Kohlhöckerstraße 29, Wohnhaus Schütte

Gewächshaus auf dem 1868 mit einem Wohnhaus für J. Jungk bebauten Grundstück, das seit etwa 1890 Franz Ernst Schütte bewohnte und um 1970/75 abgerissen wurde.

Schütte ließ 1896/97 an der hinteren Grundstücksgrenze durch den Bremer Architekten Bollmann ein angelehntes beheizbares Pfirsichhaus errichten: Eisen-Glas-Konstruktion, etwa 10 mal 4 Meter, viertelkreisförmiger Querschnitt, gemauerte massive Wange mit integrierten Kaminköpfen im SO, im NW und SW verglast. Nicht erhalten.

Mdl. Mitteilung Dr. Hans-Christoph Hoffmann, 1986

Abb. (Ausschnitt): Bauakte Kohlhöckerstraße 29, StAB 4,125/1-5216



4. Rockwinkeler Landstraße 41/43, Hassescher Teil des Iken-Hoffs

Die ehemalige Orangerie des alten, größeren Landgutes Iken mit funktionsfähiger historischer Lüftungs- und Beschattungsmechanik. In ihrer Konstruktionsweise deutschlandweit einzigartig. Ältestes erhaltenes Bremer Gewächshaus, um 1790 entstanden



unter dem damaligen Eigentümer E. Wichelhausen. Fachwerkbau mit asymmetrischem Satteldach, an der Sonnenseite in der unteren Hälfte verglast, mittleres Drittel für sommerlichen Aufenthalt ursprünglich abschlagbar, mit integrierter kleiner Gärtnerwohnung. Gelände und Orangerie gehören heute zur Tobiasschule.

Zeichnung von F. W. Rauschenberg, 1886 (erkennbar das abgeschlagene Mittelteil). Focke-Museum Inv.-Nr. 1966.111

Hollanders 1981, Abb. 300, 303, 304

Hans Christoph Hoffmann, Die Denkmalpflege in der Freien und Hansestadt Bremen, 1985–1988, in: Brem. Jb. 67, 1989, S. 165–194

Baudenkmale Oberneuland 1984, S. 7

Kirsch 2018

Foto: Landesamt für Denkmalpflege Bremen

5. Am Rüten 2, Gut Landruhe

Orangerie auf dem ehem. Landgut von Carl Philipp Cassel. Erbauungszeit nicht eindeutig geklärt; nach Brandes um 1800, also noch unter Cassel,



entstanden. Wahrscheinlicher ist eine Entstehung in der Ära der Familie Kulenkampff, wohl bald nach 1836 (Erwerb durch Gottlieb Caspar Kulenkampff), Rudolf Stein schätzt eine Entstehungszeit um 1850. Verputzter Backsteinbau mit Satteldach in Biberschwanzdeckung, Fenster und Türen mit Tudorbögen, Oberlichte mit gusseiserner

Maßwerksgliederung, hölzerne Klappläden. Altes Heizsystem in deaktiviertem Zustand erhalten, neue zusätzliche Heizanlage bei der aufwändigen Instandsetzung des Baus nach 1996 eingebaut. Bestehend.

Brandes 1939, S. 87, Abb. 74

Stein 1965, Bd. 2, S. 288

Kirsch 2018

Foto: Landesamt für Denkmalpflege, Bremen

6. Apfelallee 30, Landgut Holdheim

Traubenhaus. Nach 1809, vor 1841 (Katasterkarte Schramme), an die Längsseite des Hofmeierhauses angelehntes Gewächshaus mit verglastem Pultdach. Vermutlich beheizt (Kamin!).

Aus der Zeit des ersten Besitzers Johann Friedrich Abegg stammte außerdem eine kleine Orangerie (nicht erhalten). Nach 1854 entstanden unter dem Eigentümer George Gloystein zwei weitere Traubenhäuser an der Westseite des Parks, die durch eine Spalierobstmauer verbunden waren (Überreste dieser Anlage in



stark verändertem Zustand erhalten, ehem. Traubenhäuser heute geschlossene Pavillons). Eine 1929 gelaufene Ansichtskarte des Hofmeierhauses zeigt das Traubenhaus am Hofmeierhaus schon nicht mehr.

W. Gevekoht (Hrsg.), Holdheim. Erinnerungen meiner Großmutter, Privatdruck 1902, S. 8 (*»das erste Traubenhaus in hiesiger Gegend«*)

Stein 1965, S. 290–297 (nur Haupthaus)

Baudenkmale Oberneuland 1984, S. 34 (nur Haupthaus)

Die erwähnte Ansichtskarte: Heimatverein Oberneuland

Abb. aus: Hollanders 1981, Abb. 256

7. Oberneulander Landstraße 70, Landgut Caesar-Ichon

Westlich des Herrenhauses von 1843 für Senator Gerhard Caesar errichtetes Gewächshaus mit Pultdach, vor 1855. Nicht mehr bestehend.

Baudenkmale Oberneuland, S. 55 (zum Haupthaus)

Hollanders 1981, Abb. 183 (Zeichnung von 1855) und Abb. 192 (Foto um 1910–20)

8. Rockwinkeler Heerstraße 111, Landhaus Arndt-Soltmann

Wohnhaus vom Architekten Bernhard Bolte 1872 für den Makler Johann



Christian David Arndt errichtet, 1912 an den Seiten aufgestockt. Angeblich wollte Wilhelm Benque das Anwesen beziehen, bevor er sich nach Hamburg zurückzog. An die Hauswand angebautes Gewächshaus mit gewölbtem Querschnitt, wohl gleichzeitig mit dem Haus entstanden. Nicht mehr vorhanden, vielleicht schon beim Umbau des Hauses 1912 beseitigt.

Stein, Klassizismus, Bd. 2, S. 366–368 (nur Haupthaus)

Baudenkmale Oberneuland (nur Haupthaus), S. 66

Foto (vor 1912, aus dem Besitz von Robert Soltmann): nach Abb. 264 bei Hollanders 1981

9. Oberneulander Landstraße 151/153, Landgut Heineken

Pultförmiges, unten mit einer Rundung in die Vertikale übergehendes Glas-



dach, zwei Kamine, Mittel-
eingang mit schmalen Gie-
belportikus. Rückseitig an
die 1871 von Gustav Runge
ausgeführte Wohnhauserwei-
terung angelehnt. Entwurf
geht mit größter Wahr-
scheinlichkeit auf Gustav Runge
zurück, der ein Experte im
Bau von Glashäusern war.
Gewächshaus nicht erhal-
ten.

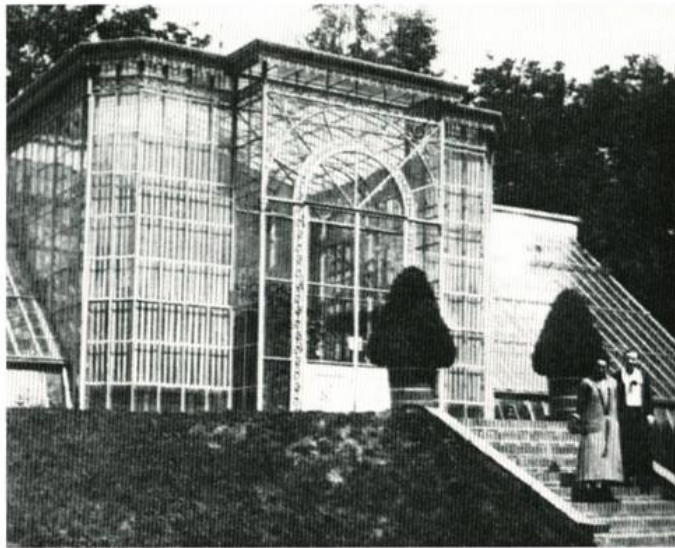
Baudenkmale Oberneuland 1984, S. 58 (nur zum Haupthaus)

Foto (wohl vor 1900): nach Abb. bei Hollanders 1981, Abb. 216

10. Oberneulander Landstraße 116, Landgut Untereichen

Das Landgut gehörte zunächst Carl Eduard Crüsemann, 1871 Philipp Richard Fritze. 1924–1938 wohnte hier Friedrich Roselius. Architekturgeschichtlich höchst bemerkenswertes, voll verglastes Gewächshaus mit hoher Mittelhalle,

diese wohl für tropische Pflanzen und seitlich tief heruntergezogenen Pultdächern. Die Funktion der vertikalen Strukturen seitlich des Mittelrisalits ist bisher nicht ohne Weiteres erklärbar (Heizschlangen?, Doppelverglasung?). Errichtet um 1860 oder später. Nicht erhalten. Zum Anwesen gehörte ein weiteres Gewächshaus mit einfachem Pultdach.



StAB 10, Bildkartei 2044 (Foto von weiterem Gewächshaus auf dem Landgut)

Foto: nach Hollanders 1981, Abb. 270, aus dem Besitz von »Frau Roselius«

11. Oberneulander Landstraße 143 A

Gewächshaus mit Seitenwänden aus Backsteinmauerwerk, vor 1882 (?). 2017 nur noch in ruinösen Resten erhalten.

Fotos und Mitteilungen Thomas Rosema, Oberneuland

12. Oberneulander Landstraße 175, Landgut Rothermundt

Von den sechs Gewächshäusern auf dem Gelände ist das 66 m lange Palmenhaus von besonderem Interesse, weil es 1874/75 für ein fast gleiches Glashaus im Botanischen Garten von Adelaide, das heute noch existiert, zum Vorbild genommen wurde. In beiden Fällen war G. Runge der Architekt und J. F. Höper der ausführende Schlosser. Das Bremer Exemplar ist nicht erhalten und auch Abbildungen sind nicht überliefert. Siehe den voranstehenden Hauptartikel zu beiden Bauten.

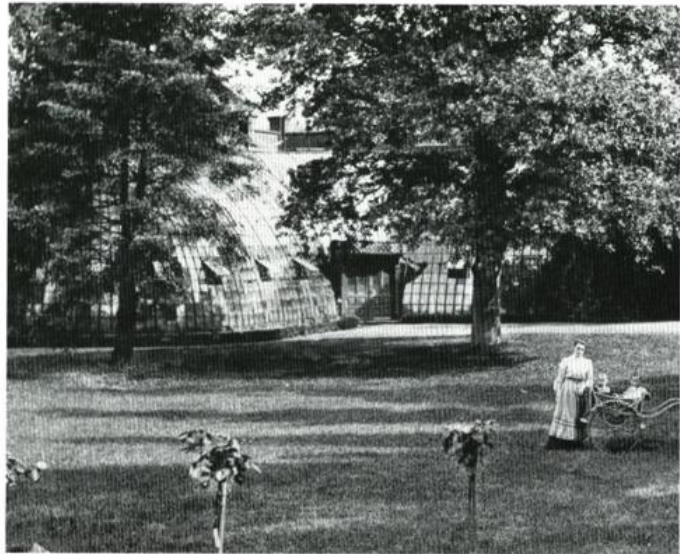
Bremen-Nord

13. Bremen-Grohn, Wohnhaus Johann Lange jun.

Das an der Auemündung gelegene Grundstück mit dem Wohnhaus des Schiffbauers und Reeders Johann Lange wurde um 1840 von Johann Lange jun. (1804 – 1876), der mit der Tochter eines englischen Gesandten verheiratet war, im Sinne eines englischen Landschaftsgartens umgestaltet. In diesem Park errichtete Lange im Anschluss an das ältere Wohnhaus ein »Gartenhaus«, an das nach Südosten, also zu der um 1840 erbauten Turmruine hin,

ein Wintergarten angebaut wurde. Nach 1884 erwarb die Bremer Baumwollspinnerei den Besitz. 1906 wurde der Langesche Garten aufgeteilt. Als das sog. Gartenhaus Anfang der 1970er Jahre abgerissen wurde, dürfte der Wintergarten schon länger abgängig gewesen sein.

Das Glashaus fällt durch den ungewöhnlichen winkelförmigen Grundriss auf. Die bis zum Boden geführte Verglasung hatte, so ist auf dem Foto zu erkennen, vier-



telkreis- oder halbparabelförmigen Querschnitt und schloss an mindestens einer Seite mit einer Viertelkuppel ab. Der (ursprüngliche ?) Eingang lag im Winkel zwischen den Flügeln. Auf dem Originalfoto sind rechts hinter dem Wintergarten die Fabrikbauten der Norddeutschen Steingut zu erkennen.

Sophie Hollanders, *Veogesack*. Alte Bilder einer Hafenstadt, Bremen 1984, S. 199, Abb. 317 (Hauptgebäude)

Stein 1965, S. 388 – 392 (Hauptgebäude)

Abb.: Ausschnitt aus einem Foto von Carl Ferdinand Röthlisberger, tätig ab 1888 in *Veogesack*. Heimatmuseum Schloss Schönebeck



14. Bremen-Vegesack, Uthhoffstraße 24, Wohnhaus Uthhoff

An das stark veränderte ehemalige Wohnhaus (erbaut 1842) des Eisengießereiunternehmers Andreas Friedrich Uthhoff angelehntes Gewächshaus in Glas-Eisen-Konstruktion mit halbparabelförmigem Querschnitt, im Inneren ein sehr alter Weinstock. Unbeheizt. Erhalten.

Foto: Landesamt für Denkmalpflege, Bremen

15. Bremen-St. Magnus, Landhaus Gruner

Der Bremer Kaufmann J. H. Heymann hatte sich 1816 auf dem hohen Ufer der Lesum ein schlichtes Landhaus bauen lassen, dem nach 1823 durch den folgenden Besitzer August Wilhelm Gruner ein größeres an die Seite gestellt wurde. 1859 ging es an Ludwig Knoop über, der es ab 1861 als Sommerhaus für seine Familie nutzte. Ab 1869 wurde das Haus durch



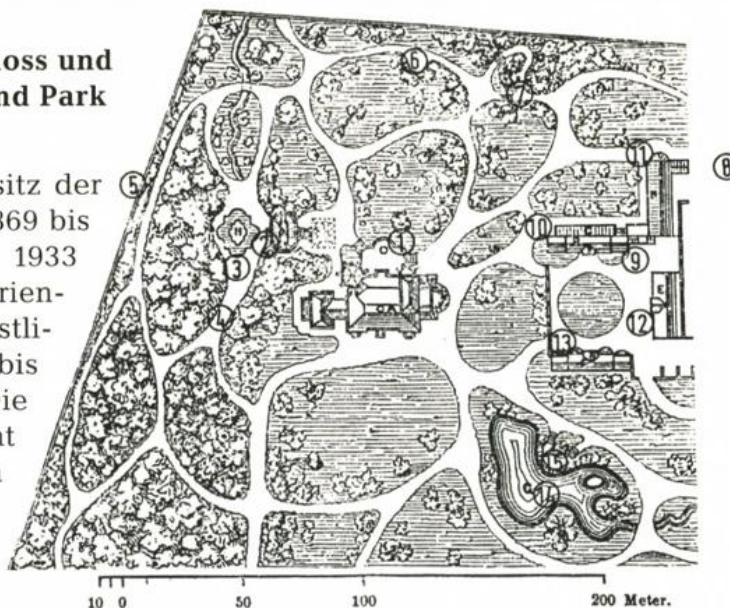
den weiter nördlich errichteten schlossartigen Neubau ersetzt. Unauffällig fügen sich auf dem Gemälde von 1843 an der Südseite zwei schlichte, vermutlich unbeheizte Gewächshäuser mit Pultdächern an, errichtet zwischen 1823 und 1843.

Schmolze 1985, S. 88–89 und Umschlagbild

Abb.: Detail aus einem Ölgemälde von Anthonie Braakman, 1843. Focke-Museum, Inv. Nr. 1975.245.

16. Bremen-St. Magnus, Schloss und Landgut Mühlenthal, Villa und Park Ludwig Knoop

Auf dem Hohen Ufer, Wohnsitz der Familie Knoop. Haupthaus (1869 bis März 1871 errichtet, im Mai 1933 abgerissen). Nach Süden orientierter Übersichtsplan zum östlichen Teil des Parks und den bis 1873 errichteten Gebäuden. Die Wegführung entspricht nicht den von Benque geplanten Anlagen. Zu den einzelnen Gewächshäusern siehe die folgenden Katalognummern 17 bis 22.



Situationsplan.

Brandes 1939, S. 141–144

Grunert 1986, S. 31–39

Schmolze 1985, S. 88–101

Stein 1965, Bd. 2, S. 374–377
(nur zum Haupthaus)

Legende (nach Grunert 1986):

- | | |
|------------------------------|------------------|
| 1. Südliche Terrasse | 10. Traubenhaus |
| 5. Höhenweg auf der Ostseite | 11. Wintergarten |
| 8. Orangerie & Gewächshäuser | 12. Stallungen |
| 9. Wirtschaftsgebäude | 13. Remise |

Wittmack 1886, Teil 1, S. 472 bzw. 15. 9. 1886

Wolde 1928, S. 50, 51, 61

Plan nach: Landhaus des Herrn L. Knoop bei Bremen, in: Deutsche Bauzeitung 7 (1873), Heft 10, S. 36–38

17. Bremen-St. Magnus, Schloss und Landgut Mühlenthal, Orangerie

Gemauerter Bau mit großen Rundbogenfenstern und turmartigem Obergeschoss mit Belvederefunktion. Erbaut wohl zwischen 1859 (Erwerb durch



Knoop) und 1864 (hier gefeierte Feste). Auf beiden Seiten schließen später angefügte (vgl. das überschnittene Rundbogenfenster) Gewächshäuser mit begehbaren Pultdächern an. Zwischen 1873 (vgl. Nr. 16) und 1885 abgebrochen. Standort: Nr. 8 im oben abgebildeten Plan.

Im »Album Knoop« (1883/ 1885) nicht mehr enthalten.

Schmolze 1985, S. 94, Abb. 163 (nennt Oltmann Jaburg als Fotograf, zur Datierung des Fotos vgl. ebenda Abb. 164: schon mit der Orangerie, noch ohne Schloss Mühlenthal!)

Wolde 1928, S. 51 (zur Hochzeitsfeier 1864 in vermutlich diesen, während des Sommers freigeräumten Räumen)

Foto von Oltmann Jaburg (Verbleib des Originals unbekannt), Heimatverein Lesum

18. Bremen-St. Magnus, Schloss Mühlenthal, Gewächshaus

Eines von zwei vor 1871 errichteten Gewächshäusern mit Viertelkreisquerschnitt, die an Terrassenbauten zur Lesum hin angelehnt waren. Zur Lage und Datierung der beiden Glashäuser siehe die Ansicht des Anwesens vom gegenüberliegenden Weserufer aus. Sie zeigt bereits die beiden Glashäuser, aber noch nicht das 1869–71 errichtete Schloß Mühlenthal. Nicht mehr vorhanden, Terrassenunterbau verändert.

Ein drittes Gewächshaus dieses Typs stand weiter westlich am Hang unmittelbar unter der »Albrechtsburg« von 1882 (vgl. Nr. 23).



»Album Knoop«, Blatt 55

Brandes 1939, Abb. 127

Schmolze 1985, S. 94, Abb. 164 (Ansicht des Knoopschen Anwesens mit der Orangerie und den lesumseitigen Gewächshäusern)

Abb. nach Reprofoto 160 70410450 aus dem Archiv des Fördervereins Knoop's Park

19. Bremen-St. Magnus, Landgut Mühlenthal, Wintergarten (Palmenhaus)

Großes Gewächshaus mit Querhaus, umlaufender Galerie am Ansatz des hoch gewölbten Glasdachs, aber ohne Kuppel. Errichtet vor 1874 durch die Bremer Schlosserei von G. H. Bruns, vermutlich nach Entwurf von Gustav Runge.

Das anspruchsvolle Glashaus kann mit dem etwa 35 m langen und knapp 10 m tiefen »Wintergarten« auf dem von Runge 1873 veröffentlichten Lageplan identifiziert werden, wie der rechtwinklige Anschluss zum Traubenhhaus am rechten Rand des Fotos nahelegt (vgl. Nr. 16).

Es handelt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um jenes Palmenhaus, das 1883 vergeblich dem Bürgerpark angeboten, spätestens 1885 abgerissen und daher im Januar 1886 von Wittmack vergeblich gesucht wurde.

Siehe den voraufgehenden Aufsatz über die Palmenhäuser mit Abb. 9 (S. 73).

»Album Knoop«, Blatt 56

Wittmack 1886

Wolde 1928, S. 50 und 61

Kirsch 2018

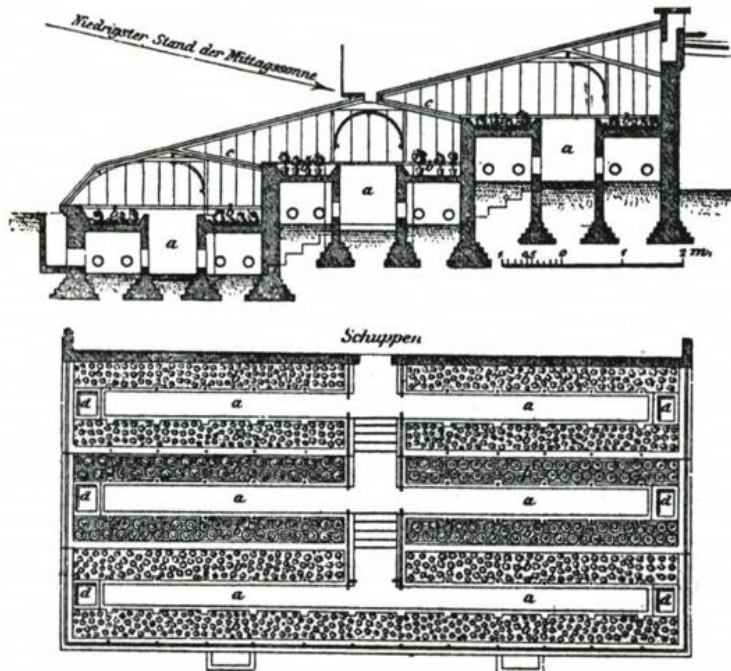
20. Bremen-St. Magnus, Schloss Mühlenthal, »Skizze zur Verlegung des Palmenhauses«

Die 1882 datierte Zeichnung von F. W. Rauschenberg (siehe voraufgehenden Aufsatz über die Palmenhäuser, Abb. 8, S. 70/71) zeigt ein in dieser Gestalt vermutlich nie realisiertes Gebäude. In der Betitelung bezieht sich der Architekt zwar auf ein Translozierungsvorhaben, und in der Zeichnung ist eine Versetzung an das Hauptgebäude von »Schloss Mühlenthal« projektiert. Doch mit dem nachweisbaren Palmenhaus, das vor seiner Beseitigung dem Bürgerpark 1882 zur Übernahme angeboten wurde und dessen Aussehen durch ein Foto (siehe Aufsatz über die Palmenhäuser, Abb. 9, S. 73) überliefert ist, kann es nicht identisch sein.

Abb.: Focke-Museum Bremen, Inv.-Nr. 1947.046 (Foto: Martin Luther)

21. Bremen-St. Magnus, Schloss Mühlenthal, Treibhaus für Blumenkultur

Gewächshaus, errichtet Herbst 1883. Von Gustav Runge entworfenes Warmhaus zur Anzucht von Blumenschmuck für die Stadtwohnung. Innovatives, terrassenförmig angelegtes Glashaus mit ungewöhnlich flacher Dachneigung



und zwischen den Gängen hoch aufgetischten Beeten, die von unten mit Warmwasserrohrleitungen beheizt wurden. Die Staffelung ermöglichte eine Aufteilung in verschiedene Temperaturzonen. Nicht erhalten.

Vgl.: »Album Knoop«, Blatt 50, rechter Bildrand (folgende Nr. 22)

Grunert 1986, S. 31, 39

Wittmack 1886, S. 427 bzw. 8. 9. 1886. (Besichtigung am 23. Januar 1886)

Abb. nach: Gustav Runge, Neue Treibhausanlage (Für Baron Knoop in Bremen)

In: Deutsche Bauzeitung 18, 1884, Heft 13, S. 73

22. Bremen-St. Magnus, Schloss Mühlenthal, Gewächshäuser

Westlich des Herrenhauses befanden sich über die vorstehend aufgeführten Einheiten hinaus einige weitere Trauben- und Anzuchthäuser, die teils Gartenbau- teils Repräsentationszwecken dienten. Wittmack beschreibt das eiserne »Warmhaus«, zur Anzucht dekorativer Pflanzen für die Dekoration der Stadt-



wohnung (am rechten Bildrand, wie oben Nr. 21, erbaut 1883), das »Conservatorium« mit hölzernen Doppelfenstern, für Camelien und andere hochstämmige Pflanzen, und ein »Kalt-haus« für Azaleen und ähnliches. »Alle diese Häuser stoßen unmittelbar aneinander«. Keines davon ist erhalten.

»Album Knoop«, Blatt 50, vgl. zur topographischen Situation auch Blatt 40.

Wittmack 1886, S. 427 bzw. 8. 9. 1886

Grunert 1986, passim

Abb.: Förderverein Knoops Park

23. Bremen-St. Magnus, Wohnhaus Albrecht

Die 1882 erbaute »Albrechtsburg« wurde mit dem westlich an den Knoopschen Besitz anschließenden Grundstück von Ludwig Knoop seiner Tochter Louise, die mit George Albrecht verheiratet war, geschenkt. Das Foto zeigt unmittelbar unter der »Albrechtsgrotte« am Hang zur Lesum ein Glashaus mit viertelrundem Querschnitt, ähnlich wie Nr. 18.

Fotoreproduktion P1060809 beim Förderverein Knoops Park

Schmolze 1985, S. 99 mit Abb. 177 (Haupthaus)

Abb.: Förderverein Knoops Park



24. Bremen-Lesum, Sommerhaus Dreier, »Neu-Reebeck«

Der Zigarrenfabrikant August Ferdinand Dreier erwarb 1884 ein Teilstück des Lesumer Steilufers an der »Schwalbenklippe« und errichtete dort um 1890 ein Sommerhaus mit terrassiertem Garten, darin auch, etwas abseits vom Wohnhaus, ein schlichtes, aber beheiztes Gewächshaus mit tief heruntergezogenem Pultdach und massiver Rückwand.

Eine Abbildung bei Schmolze zeigt den Blick vom Sommerhaus über das Glashaus hinweg auf das ehemalige Wohnhaus von Admiral Brommy, das seit 1888 Julius Kulenkampff gehörte.

Schmolze 1985, S. 106–109 mit Abb. 197

Abb. nach Schmolze 1985, Abb. 197



25. Bremen-Blumenthal, Wätjens Park, Landrat-Christians-Straße 5–51

Das Landgut Wätjen entstand ab 1830 unter dem Bremer Reeder und Kaufmann Diedrich Heinrich Wätjen. Erste Gestaltung im Sinne des Landschaftsgartens durch I. H. A. Altmann, prägende sukzessive Ausformung des Anwesens unter dem Sohn Christian Heinrich Wätjen und dessen Gärtner Dehle Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts. Englisch-gotische schlossartige Villa nach Entwurf von Heinrich Müller von 1858–64. Wittmack benennt die hier im Januar 1886 überwinterten Pflanzenarten und verweist auf die »Hauptgewächshäuser« Wätjens in der Stadt (vgl. Nr. 1). Ein Bestandsplan des Gärtners Dehle von 1890 mit zugehöriger Legende zeigt Gewächshäuser, ein Traubenhaus und heizbare Treibkasten. Aussehen unbekannt, nicht erhalten. Park heute öffentlich, Villa und Nebengebäude erhalten.

Wittmack 1886, Teil 2.

Bauamt Bremen-Nord (Hrsg.), Wätjens Park. Ein Landschaftspark an der Weser, Text v. Rainer Frankenberg und Uta Müller-Glaßl, Bremen 2006.

Denkmalpflege in Bremen, Nr. 8, 2011, S. 61 (Reproduktion des Plans von Dehle).

Bremer Autorinnen und Autoren des 19. und 20. Jahrhunderts. Eine Vergegenwärtigung

Von Johann-Günther König

»Wie Länder und Völker, so haben auch Städte in der Literatur ihren bestimmten Gesichtsausdruck. Freilich kann Bremen nicht mit den Großplätzen deutschen Geistes wie Weimar, Jena, Frankfurt, Leipzig oder Berlin wetteifern, die für uns geradezu ein Stück Literatur selber geworden sind. Eine solche Stellung war dieser Stadt versagt, die statt im Mittelpunkt Deutschlands an einem seiner Enden lag.«¹

So lautete 1899 der Befund von *Dr. Heinrich Kraeger* (1870 Bremen – 1945 Borgsdorf) in seinem Vortrag auf der 45. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner.² In seinen Ausführungen über »Bremen im Spiegel der Literaturen« betonte der Germanist, dass es in der Hansestadt »gar nicht viele« gegeben habe, »die hier der Kunst und Dichtung lebten und im Lauf der Zeit von sich reden machten«. Namentlich erwähnte er für das 11. Jahrhundert *Adam von Bremen* und »seine werthvolle Geschichte der nordischen Völker«, für das 17. Jahrhundert den Theologen *Johannes Coccejus* und Kirchenlieddichter *Joachim Neander*, für das 18. Jahrhundert *Freiherr Adolf von Knigge* – »beschloss hier sein Leben und liegt im Dom begraben« und *Johann Gottfried Seume* – »von Bremer Bürgern beschützt und gerettet«, für das frühe 19. Jahrhundert den Pädagogen und Philosophen *Johann Friedrich Herbart* – »hier Hauslehrer« und für das späte *Otto Gildemeister*, *Arthur Fitger* und *Heinrich Bulthaupt*, die »manches treffliche Werk zum Ruhme ihrer Vaterstadt geschaffen haben«.³

- 1 Heinrich Kraeger, *Bremen im Spiegel der Literaturen*. Ein Engländer auf Besuch in Bremen im Jahre 1725, Bremen 1901, S. 4.
- 2 Die Versammlung fand vom 26. – 29. 9. 1899 in Bremen statt. Der Germanist Heinrich Kraeger (Pseudonym: Erich Ekkehard) wirkte ab 1902 als Professor für Literaturgeschichte und Akteur des völkisch-antisemitischen Milieus. Er verfasste u. a. den 1913 publizierte »Ph. Stauffs Semi-Kürschner«, ein antisemitisches Lexikon, dass er ab 1929 unter dem Titel »Sigilla Veri« (4 Bde.) neu herausgab; vgl. Gerhard Kaiser, *Grenzverwirrungen. Literaturwissenschaft im Nationalsozialismus*, Berlin 2008, S. 102.
- 3 Kraeger, *Bremen im Spiegel* (wie Anm. 1), S. 4–6; siehe auch: Heinrich Kraeger (Hrsg.), *Briefe von und an Heinrich Bulthaupt*, Oldenburg/Leipzig 1912.

Keine literarische Metropole

Bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts blieb die Zahl der bremischen Urheberinnen und Urheber von Sprachwerken in der Tat sehr gering.⁴ In den vergangenen beiden Jahrhunderten nahm ihre Zahl dann auch aufgrund der schließlich enorm wachsenden Stadt deutlich zu. In der 1875 publizierten ersten Anthologie »Bremer Dichter des neunzehnten Jahrhunderts« kommen auf den knapp 400 Seiten bereits 35 Poeten zu Wort, die zumindest mit einem eigenen Gedichtband hervorgetreten sind.⁵ »Dichter früherer Jahrhunderte« waren von den Herausgebern übrigens schon deshalb nicht berücksichtigt worden, weil sich »wenig Beachtenswerthes unter ihren Poesieen findet«. Der 1893 von Franziskus Hähnel vorgelegte Band »Die Bremischen Dichter und Schriftsteller der Gegenwart« umfasst bereits 77 Namen, wobei »alle Autoren, die ihre Feder nur fachwissenschaftlichen Zwecken, Schulzwecken und der Zeitungsspeisung widmen« gar nicht berücksichtigt wurden.⁶ Im 20. Jahrhundert erschienen erst 1978 wieder »Texte und Biographien« von 38 dazu bereiten »Bremer Autoren«, 1984 dann ein Lyrik-Lesebuch »mit 50 Bremer Autoren« und 1993 schließlich der Band »Literaturszene Bremen, Bremerhaven & umzu«, in dem 111 Autorinnen und Autoren mit ihren Arbeitsgebieten, Veröffentlichungen und Auszeichnungen präsentiert wurden.⁷

Der Anteil der Hansestadt an der deutschen Literatur hielt sich bis zum 19. Jahrhundert in sehr engen und in der Folgezeit in lange recht engen Grenzen. Eine hell strahlende literarische Ausstrahlung hat sie bis heute nicht erlangen können; immerhin hält seit 1954 der Bremer Literaturpreis die Stadt alljährlich einen Moment lang im literarischen Diskurs (unvergessen das Jahr 1959, als der Senat die Jury düpierte, indem er sich weigerte, Günter Grass für »Die Blechtrommel« auszuzeichnen).⁸ Nun sind künstlerische und literarische Werke zwar nicht grundsätzlich, aber vor allem im städtischen Umfeld entstanden und haben teils erheblich zum wirtschaftlichen Erfolg so

4 Vgl. Heinrich Wilhelm Rotermund, *Lexikon aller Gelehrten, die seit der Reformation in Bremen gelebt haben*, Bd. 1, Bremen 1818; Thomas Elsmann, *Im Schatten des Kaufmanns. Bremische Gelehrte 1600–1900*, Bremen 2012.

5 Julius Gräfe unter Mitwirkung von August Freudenthal, *Bremer Dichter des neunzehnten Jahrhunderts. Auswahl ihrer Gedichte mit biographischen Notizen*, Bremen 1875.

6 Franziskus Hähnel, *Die Bremischen Dichter und Schriftsteller der Gegenwart. Eine litterarische Plauderei*, Bremen 1893; vgl. auch: *Neue litterarische Blätter. Zeitschrift für Freunde zeitgenössischer Litteratur*. Hrsg. von Franziskus Hähnel. Sie erschien vom 1. Jg. 1892/93 bis 5. Jg. 1896/97.

7 Detlef Michelers/Helmut Hornig (Hrsg.), *Bremer Autoren. Texte und Biographien*, Emtinghausen 1978; Peter K. Kirchhof/Erich Traumann (Hrsg.), *und was ist das für ein Ort. Ein Lyrik-Lesebuch mit 50 Bremer Autoren*, Bremen 1984; Bremer Literaturkontor e.V. (Hrsg.), *Literaturszene Bremen, Bremerhaven & umzu*. Mit Beiträgen von Jürgen Dierking, Klaus Kellner, Edith Laudowicz, Bremen 1993.

8 Vgl. Wolfgang Emmerich (Hrsg.), *Der Bremer Literaturpreis 1954–1998, Eine Dokumentation, edition die horen*, Bremerhaven 1999.

mancher Stadt beigetragen. Insbesondere historisch geprägte europäische Metropolen wie Paris, London, Rom, Wien und mit Verspätung auch Berlin wurden zu magisch anziehenden kulturellen Mittelpunkten und Zentren literarischen Schaffens. Und zwar nicht zuletzt, weil sie als Regierungssitze zu Treffpunkten der gesellschaftlichen Elite, zu Zentren der Mode, des Geschmacks und kreativer Innovationen sowie der Wirtschaft avancierten.⁹

In Deutschland entwickelten sich ab dem 17. Jahrhundert nicht zuletzt aufgrund der Kleinstaaterei gleich mehrere (Residenz-)Städte – zumindest eine Zeitlang – zu literarischen und teils auch buchhändlerischen Hochburgen. Die Freie Hansestadt Bremen tat das nicht. In ihr siedelte sich bis heute kein national oder gar international renommierter Buchverlag oder eine maßgebliche Buchmesse an, zudem gab es bis zum Beginn des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts ein eher dürftiges literarisches Leben.¹⁰ Und das zeitigte Folgen, führte in der von jeher gut vom Warenexport lebenden Wesermetropole quasi zwangsläufig auch zum Export von künstlerischen und literarischen Talenten.

Auswahlkriterien

Mir geht es um die Erinnerung an früher mit Bremen verbundenen Autorinnen und Autoren, die beachtliche sprachliche Werke sowohl im Bereich der Belletristik (fiktive Texte) als auch der Sachliteratur (nicht-fiktive Texte) verfasst haben. Da die Kunst der kongenialen Eindeutschung fremdsprachiger Literatur in Bremen seit dem 19. Jahrhundert wahrnehmbar gepflegt und im deutschsprachigen Raum gewürdigt wird, schließt meine Betrachtung Übersetzerinnen und Übersetzer mit ein. Unberücksichtigt bleiben hingegen die akademischen Urheber von Fachbüchern – nicht zuletzt die namhaften Bremer Historiker.¹¹

9 Vgl. Markian Prokopovych / Rosemary H. Sweet, Metropolen der Literatur und Kunst, Europäische Geschichte online 7/2017, <http://ieg-ego.eu/de/threads/crossroads/hoefe-und-staedte/markian-prokopovych-rosemary-h-sweet-metropolen-der-literatur-und-kunst#Fazit>

10 Eine erste Belebung entstand durch die seit 1977 alljährlich durchgeführte »Bremer Literaturwoche«, vgl. Karla Fohrbeck / Andreas Johannes Wiesand, Kulturelle Öffentlichkeit in Bremen. Bremer Bände zur Kulturpolitik, herausgegeben im Auftrag des Senators für Wissenschaft und Kunst, Bd. 4, Bremen 1980, S. 31 f. Heute sorgen neben der »Literarischen Woche« das Literaturkontor und das virtuelle Literaturhaus sowie nicht zuletzt das Festival »poetry on the road« für mehr Beachtung in der nationalen wie internationalen Literaturszene. Siehe: <http://www.literaturkontor-bremen.de>; <http://www.literaturhaus-bremen.de>; <http://www.poetry-on-the-road.com>; <https://www.bremen.de/kultur/literarische-woche-in-bremen>.

11 Insbesondere Karl Ludwig Hampe (1869 in Bremen – 1936 Heidelberg), Arnold Dietrich Schaefer (1819 Seehausen/Bremen – 1883 Bonn), Wilhelm von Bippen (1844 Lübeck – 1923 Bremen), Friedrich Prüser (1892 Bremen – 1974 Bremen), Herbert Schwarzwälder (1919 Bremen – 2011 Bremen), Klaus Blum (1919 ? – 1988 Bremen) und Karl Holl (1931 Altendiez – 2017 Bremen).

Für fast ausnahmslos alle von mir erwähnten Persönlichkeiten gilt, dass zumindest rudimentäre Informationen über ihr Leben und Werk in der Wikipedia abgerufen werden können. Soweit wissenschaftlich fundierte Lexikonartikel der »Allgemeinen Deutschen Biographie« und »Neuen Deutschen Biographie«, der »Bremischen Biographie«, den »Frauen Biographien aus Bremen und Bremerhaven« und der Internetplattform »Bremer Frauen Geschichte« vorliegen, sind sie nachgewiesen. Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet (fast) alle deutschen und deutschsprachigen Publikationen seit 1913.¹²

Welches harte Kriterium macht eine Autorin oder einen Autor eigentlich zu einer oder einem Bremer? Reicht die Geburt im Bereich des heutigen Bundeslandes dazu aus? Eine Probe aufs Exempel:

Felix Hartlaub (1913 Bremen – 1945 Berlin) war ein gebürtiger Weserhanseat. Seine 1955 publizierten Aufzeichnungen aus dem Zweiten Weltkrieg »Im Sperrkreis« weisen eine hohe Intensität und literarische Qualität auf und ihn selbst als hervorragendes Talent der deutschen Literatur aus.¹³ Nun erlebte der Sohn des Museumsdirektors Gustav Friedrich Hartlaub die Hansestadt nur sehr spärlich, denn 1914 verzog die Familie bereits nach Mannheim. Später besuchte er die Odenwaldschule in Heppenheim und studierte in Berlin. Welche Eindrücke er hin und wieder bei Besuchen seiner in Bremen lebenden Großeltern sammelte, ist kein Geheimnis:

»Bremen, 28. 12. 1935. Im allgemeinen kann ich dem heutigen Bremen, wie es mir in den Verwandten und Bekannten entgegentritt, wenig Gefühlswerte abgewinnen. So vornehm und gepflegt man sich auch gibt, wirklicher Adel scheint mir doch zu fehlen. So sehr ich die Hochfinanz liebe, so wenig liegt mir der Kaufmann, dem hier noch besonders viel Piratenhaft-Brutales anhaftet. Alles Leute, die ihr halbes Leben in Schanghai oder Valparaiso verbracht haben, ohne auch nur den winzigsten Zug davon in ihren ausdruckslosen Gesichtern zurückbehalten zu haben. Aus der Vielheit der exotischen Einflüsse und internationalen Verbindungen scheint eine ganz besondere Farblosigkeit und Gleichgültigkeit zu resultieren. Bei anderen Kaufmannsvölkern, Engländern und Holländern, würde ich gewiß Ähnliches feststellen müssen. Mein sonst immer reges soziologisches und anthropogeographisches Interesse stößt hier auf eine Gleichförmigkeit der Gesichter, Gestalten, der Sprache und Mimik, die es erlahmen macht; ich bin irgendwie über die Grenzen meiner Seelenlandschaft hinausgeraten. Dazu das schreckliche Gefühl vom glanzlosen Absinken dieser ganzen Schicht, die schrecklichen Schnabelhiebe des Pleitegeiers nach allen Seiten. Antibürgerliche Gefühle [...] lassen mich hier gar nicht mehr los.«¹⁴

Eine bremische Prägung erfuhr der in der Wesermetropole auf »wenig Gefühlswerte« kommende Felix Hartlaub offenbar nicht, zudem spiegeln seine

12 <http://www.dnb.de>

13 Felix Hartlaub, Das Gesamtwerk, hrsg. von Geno Hartlaub, Frankfurt/M. 1955.

14 Zit. n. Erna Krauss / G. F. Hartlaub, Felix Hartlaub in seinen Briefen, Tübingen 1958, S. 149.

fern des Rolands entstandenen literarischen Arbeiten keine Bezüge zu seiner Geburtsstadt. Meines Erachtens war er – leider – kein Bremer Autor.

Alexander Weiss (1924 Bremen – 1987 Stockholm), der jüngere Bruder des Bremer Literaturpreisträgers Peter Weiss, wuchs zwar in seinen ersten sechs Lebensjahren in Horn und dann im Bahnhofsviertel auf, bis seine jüdische Familie 1929 die Hansestadt gen Berlin verließ und 1934 aus Deutschland emigrierte. Als Schriftsteller reüssierte und publizierte aber auch dieser großartige Literat weit entfernt vom Rhododendronpark – ab 1964 in Stockholm und in schwedischer Sprache. Von seinem umfangreichen Werk wurde eine schmale Textauswahl ins Deutsche übersetzt. Sie enthält auf gut zwei Seiten Kindheitserinnerungen, die mit den Sätzen anheben:

»Ich wurde in der Hansestadt Bremen geboren, wo mein Vater gemeinsam mit einem Kompagnon eine Firma betrieb. Während meiner ersten sechs Lebensjahre, der Zeit in Bremen, zogen wir dreimal um. Aufbruch gehört zu meinen frühesten Erinnerungen und ist mir durch die Jahre gefolgt.«¹⁵

Der gebürtige Bremer Alexander Weiss verstand sich – auch aufgrund der durch die Nazis erfolgten deutschen »Entwurzelung« – ausdrücklich nicht als Bremer Autor und ist auch nie als ein solcher wahrgenommen worden.

Gefühlt Bremer Autor?

Peter Weiss (1916 Nowawes – 1982 Stockholm), der ältere Bruder von Alexander, kam als Zweijähriger in die Hansestadt und lebte hier bis zu seinem 14. Lebensjahr. Anlässlich der Verleihung des Bremer Literaturpreises für sein dreibändiges Werk »Ästhetik des Widerstands« machte der Schriftsteller, Maler und Filmregisseur 1982 im Rathaus deutlich:

»Ich habe meine ganzen Kinderjahre hier in Bremen erlebt, ich kam hierher, noch ehe ich gehen konnte. Ich habe hier Gehen gelernt. Sprechen gelernt, Schreiben gelernt, hab' hier meine ersten Freunde gehabt; mein allererster Freund hieß Berthold Merz, das war unser Nachbar in der Grünenstraße. Ich habe hier die ersten menschlichen Kontakte gehabt. Ich habe erlebt, was Beziehungen zwischen Menschen sind, und ich hab' auch damals noch ganz unbewußt erlebt, was in einer Stadt enthalten ist an Klassenkräften. [...] Meine ersten Schreibversuche machte ich auch auf einem Fabrikhof in der Neustadt mit Berthold Merz in einem Schuppen; da lagen Schiefertafeln, und da haben wir mit Nägeln noch vor der Schulzeit unsere Namen hineingekratzt. Das Schreiben war ein körperhafter, zielbarer Vorgang, es war nicht das

15 Alexander Weiss, Bericht aus der Klinik und andere Fragmente. Übersetzt aus dem Schwedischen von W. Butt und L. Fischer, Frankfurt/M. 1978, S. 11; vgl. »Aufbruch gehört zu meinen frühesten Erinnerungen«, in: Johann-Günther König, Kinner mit'n Willen kriegt wat vör de Billen. Bremer Kindheiten, Bremen 1989, S. 279–282.

gewohnte Schreiben [...]. Das war die Entdeckung des jungen, sogenannten primitiven, aber im Grunde noch mit der Natur verbundenen Menschen, der seine ersten Zeichen setzt für sein eigenes Ich. So ist auch die Sprache natürlich hier entstanden und auch – wie an dem Roland zum Beispiel – die Poesie zu diesen ganz einfachen Gedichten, die man als Kind so herleierte: ›Roland der Riese vorm Rathaus zu Bremen‹ bis ›Heini, Fiedi von der Gasanstalt, de het 'ne Bux, wo de Wind dörgeiht‹. Das sind Dinge, die ich dann später schon sagen kann, da sind die Wurzeln zu einem Stück wie ›Marat‹, das ist der Rhythmus der Sprache, und diese einfachen Moritaten sind mir jedes Jahr, wenn der Freimarkt kam, im Zirkus, in den Buden, in den Schaubuden, bei den Moritatenängern wieder begegnet; das war ja noch eine Welt, die überhaupt nicht kommerzialisiert war wie heute...«¹⁶

Peter Weiss' Verbundenheit mit Bremen schlägt sich in mehreren seiner Werke und zumal in seiner »Ästhetik des Widerstands« nieder.¹⁷ In einem Text betont er:

»Die Stadt war mir fremd und trotzdem war es meine Heimatstadt. Die Straße war mir fremd und trotzdem wohnte ich hier irgendwo.«¹⁸

Dennoch hat sich der von den Nazis vertriebene Künstler, der 1945 die schwedische Staatsbürgerschaft erhalten hatte, nicht als Bremer Autor bezeichnet. Er ist als solcher auch nicht in die (Literatur-)Geschichte eingegangen.

Zu den bedeutenden deutschen Autoren des 20. Jahrhunderts gehört *Rudolf Lorenzen* (1922 Lübeck – 2013 Berlin). Er kam in Lübeck zur Welt, wuchs in Bremen auf und begann nach dem Schulbesuch eine Ausbildung zum Schiffsmakler. Während des Zweiten Weltkriegs wurde er fern der Hansestadt eingesetzt, anschließend studierte er an der Kunstschule Bremen. Von 1955 bis zu seinem Tod lebte der »Erzähler von europäischem Rang« (FAZ) als freier Autor in Berlin. 1959 erschien sein erstes Buch »Alles andere als ein Held«. Das beeindruckende Werk, das Krieg, Nachkriegszeit und Wiederaufrüstung detailliert beschreibt, schildert das Leben eines Bremer Jungen aus bescheidenen Verhältnissen, der nach Schule, Hitlerjugend und Ausbildung zum Schiffsmakler in den Krieg ziehen muss.¹⁹ In Bremen stieß es bei einigen Journalisten freilich auf scharfe Kritik, und im »Weser-Kurier« stand sibyllinisch zu lesen:

16 Zit. n.: Wolfgang Emmerich (Hrsg.), *Der Bremer Literaturpreis 1954 – 1998. Eine Dokumentation.* edition die horen, Bremerhaven 1999, S. 281 – 284.

17 Siehe: Peter Weiss, *Abschied von den Eltern*, Frankfurt/M. 1961; ders., *Fluchtpunkt*, Frankfurt/M. 1962; vgl. Michael Töteberg, »Späte Rückkehr nach Bremen. Peter Weiss und die Stadt seiner Kindheit«, in: *die horen*, Nr. 125, H. 1, 1982, S. 113 – 122.

18 Peter Weiss, *Die Besiegten*, Frankfurt/M. 1985, S. 26.

19 Rudolf Lorenzen, *Alles andere als ein Held*, Berlin 1959; mehrere Neuauflagen, zuletzt Berlin 2013 mit einem Nachwort von Lothar Müller.

»Das zur Rede stehende Buch ist, obwohl in ihm offenbar manche eigenen Erlebnisse verarbeitet sind, vom Autor nicht gerade mit seinem Herzblut geschrieben worden. [...] Möglicherweise bringt er es fertig, manchen kritischen Leser mit manchen ›kritischen‹ Passagen zu versöhnen. Vielleicht auch mit der Tatsache, daß das literarische Niveau des Buches im Durchschnitt nicht übermäßig hoch ist. Womit nicht gesagt sein soll, daß es besonders niedrig wäre. Das Werk hat eine eigene Note.«²⁰

War Rudolf Lorenzen ein Bremer Autor? Fest steht: die längste Zeit seines Lebens war er fest in den Berliner Kulturbetrieb integriert (wie sein vielfältiges Werk belegt). Fest steht allerdings auch, dass er die entscheidenden Anstöße zum Schreiben in den ersten Nachkriegsjahren von Horst Keller, dem damaligen Kustos der Bremer Kunsthalle, empfangen hatte. Lorenzen berichtet:

»...zu Beginn des Wintersemesters genügten Dr. Keller nicht die Berichte über meine Studien, er oktroyierte mir und der Kommilitonin einen umfassenden Lichtbildvortrag auf. Zwei seiner Unterrichtsstunden an der Kunstschule opferte er uns. Mit diesem Auftrag war ich gezwungen, erstmals ein spezielles, selber recherchiertes Thema auszuarbeiten und vorzutragen. Im Rückblick war dies der Beginn meiner schriftstellerischen Laufbahn und eine Übung für spätere Dokumentarfilme im Fernsehen, für etliche Hörspieldokumentationen und Sachbücher.«²¹

Gefühlt war Lorenzen gewiss ein Bremer – nüchtern betrachtet freilich ein Berliner Autor. In der Hauptstadt genoss der erfolgreiche Publizist jedenfalls eine Art Kultstatus. So wie heute der 1961 in Bremen geborene und aufgewachsene erfolgreiche Musiker und Autor *Sven Regener*. Er verzog bereits im Alter von 20 Jahren nach Berlin, wo er sich seitdem künstlerisch weiterentwickelt.²² Der Mitbegründer der Kultband *Element Of Crime*, der u. a. den Bestseller »Neue Vahr Süd« (2004) schrieb, würde allerdings nie behaupten, dass er ein Berliner sei:

»Ich habe mich immer als Bremer gesehen, der in Berlin wohnt. Den Bremer kriegt man nicht raus. Ich würde sogar so weit gehen, dass man Bremen-Ost nicht herauskriegt.«²³

Kein Sinn für Kunst und Poesie

Bremen, das im zehnten Jahrhundert zum »Rom des Nordens« avancierte, stieg im Laufe der Zeit zu einer weltweit bekannten Hanse- und Hafenstadt

20 »Rudolf Lorenzens neuer Roman ›Alles andere als ein Held‹. Ein Buch, das in Bremen spielt«, in: WK, 1. 10. 1959.

21 Rudolf Lorenzen, »Beim Speckstein fing es an«, in: Radek Krolcyk und Jörg Sundermeier (Hrsg.), *Bremenbuch*, Berlin 2008, S. 19–26, hier S. 25.

22 Vgl. <https://www.svenregener.de/vita> (Mai 2018)

23 Zit. n. »Bremer Köpfe: Sven Regener im Interview«, in: *Stadtmagazin Bremen*, 5. 11. 2017.

mit einträchtigem Handel auf und machte sich nach der Gründung Bremerhavens weithin einen Namen als Auswandererzentrum. Warum sich gleichsam »hinter Rolands Rücken«²⁴ keine große Anziehungskraft für viel versprechende Autorinnen und Autoren entfaltete, vermittelten im 19. Jahrhundert gleich zwei Autoren. Den Anfang machte *Eduard Beurmann* (1804 Bremen – 1883 Berlin), der nach dem Jurastudium die Schauspielerin Therese Böttiger geheiratet und mangels Geld das Bürgerrecht und die Chance auf die Tätigkeit als Advokat verloren hatte. 1832 verzog er nach Frankfurt am Main und widmete sich fortan der Schriftstellerei. Sein 1836 erschienenes Buch »Skizzen aus den Hansestädten« entfachte umgehend einen Skandal. Jedenfalls beklagten damals zwei Bremer »Doctoren«, dass »unsere gute Stadt Bremen ihr eigenthümliches Seyn und Wesen als Karrikatur vor dem literarischen Deutschland hingestellt sehen, und ihr Bild in einem Zerrspiegel erblicken mußte.«²⁵ Die »Skizzen«, mit denen Beurmann diesen kleinen Sturm im Wasserglas entfachte, waren sozusagen die Rache eines vom bremischen Bürgertum verschmähten, begabten Literaten:

»Es herrscht in Bremen im Ganzen kein Sinn für Kunst und Poesie und die Wissenschaft ist Einzelgut. [...] Es findet sich in Bremen keine Kunstanstalt von Bedeutung, und das Museum ist mehr für die Unterhaltung, als für die Musen. [...] Jetzt soll Professor Weber daselbst über Ästhetik und Literatur lesen, blühend und lebenskräftig, frühlingsduftig. Die Bremer Juristen und Kaufleute werden sich die Sache mit anhören, und jene werden an die Prozesse, diese an Tabak und Zucker denken, und an Wein. Wein, Tabak, Zucker, Kaffee, Getreide sind die hauptsächlichen Handelsartikel der Bremer, und die Ästhetik des Bremer Kaufmanns besteht in einer guten Tabaksnase und in seinem Weingeschmack, zur Weinprobe; Literatur aber und Poesie gehören nicht zu den Kolonialwaaren.«²⁶

Der erwähnte Professor *Wilhelm Ernst Weber* (1790 Weimar – 1850 Bremen) war auf Veranlassung von Bürgermeister Smidt 1829 an die Gelehrtenschule berufen worden und hatte keinen leichten Stand in der Hansestadt. Obwohl er mit seinen Übersetzungen antiker Autoren durchaus einen Namen errang und in vielen Vorträgen glänzte, schnitten ihn die Bremer; dass er sich gegen Beurmann und das Junge Deutschland stellte, wurde freilich begrüßt.²⁷ Immerhin widmete Hermann Entholt ihm einen Beitrag in der »Bremischen Biographie«, Eduard Beurmann hingegen, der mit seinem originellen Stil das Kleinstädtisch-Butzenscheibenhafte der deutschen Restaurationszeit einfing, suchen

24 Karl Lerbs, *Hinter Rolands Rücken*, Bremen 1953.

25 Karl Theodor Oelrichs / Herm. Daniel Watermeyer, *Über die Skizzen aus den Hansestädten von Eduard Beurmann in Bezug auf Bremen*, in: *Bremische Blätter*, 2. Heft, Bremen 1836, zit. n. Hans Kasten, *Bremen in der Erzählung*, Bremen 1946, S. 170.

26 Eduard Beurmann, *Skizzen aus den Hanse-Städten*, Hanau 1836, S. 96.

27 Siehe die Werkübersicht in der Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Ernst_Weber

wir in diesem Werk vergebens.²⁸ Seine Skizzen hatten die Bremer am Nerv getroffen – und das offenbar nachhaltig. Auch der Korrespondentenbericht eines Friedrich Oswald ließ 1840 in Cottas legendärem »Morgenblatt für gebildete Leser« die Hansestadt nicht gerade verlockend erscheinen. Da heißt es u. a.:

»Im Uebrigen ist das hiesige Leben ziemlich einförmig und kleinstädtisch; die haute volée, d. h. die Familien der Patrizier und Geldaristokraten, sind den Sommer über auf ihren Landgütern, die Damen der mittlern Stände können sich auch in der schönen Jahreszeit nicht von ihren Theekränzchen, wo Karten gespielt und die Zunge geübt wird, losreißen, und die Kaufleute besuchen Tag für Tag das Museum, die Börsenhalle oder die Union, um über Kaffee- und Tabakspreise, und den Stand der Unterhandlungen mit dem Zollverband zu sprechen; das Theater wird wenig besucht. – Eine Theilnahme an der fortlaufenden Literatur des Gesamtvaterlandes findet hier nicht Statt; man ist so ziemlich der Ansicht, daß mit Goethe und Schiller die Schlußsteine in das Gewölbe der deutschen Literatur gelegt seyn, und läßt allenfalls die Romantiker noch für später angebrachte Verzierungen gelten. Man ist in einem Lesezirkel abonniert, theils der Mode halber, theils um bei einem Journal bequemer Sieste halten zu können; aber Interesse erregt nur der Skandal und Alles, was etwa über Bremen in den Blättern gesagt wird. Bei vielen der Gebildeten mag diese Apathie freilich in dem Mangel an Muße begründet seyn, denn besonders der Kaufmann ist hier gezwungen, sein Geschäft stets im Kopfe zu behalten, und den etwaigen Rest der Zeit nimmt die Etikette unter der meist sehr zahlreichen Verwandtschaft, Besuche etc. in Anspruch.«²⁹

Dass die auch als »Pfeffersäcke« verschrienen Bremer Kaufleute ihr »Geschäft« und die »Etikette« mehr als alles andere »stets im Kopfe« behielten, wusste Friedrich Oswald nur zu gut. Sein Klarname laute schließlich *Friedrich Engels* (1820 Barmen – 1895 London), und dieser inzwischen weltberühmte Mann kam im August 1838 auf Wunsch seines Vaters nach Bremen, um kaufmännisch ausgebildet zu werden. Als er die Stadt Ende März 1841 wieder verließ, hatte der 20-Jährige den Grundstein für sein umfangreiches Werk und die spätere Zusammenarbeit mit Karl Marx gelegt. Was Engels in Bremen erlebte, geht aus den überlieferten Briefen an die Schwester Marie und einige Jugendfreunde hervor. Vor allem aber verfasste er unter dem Pseudonym Friedrich Oswald zahlreiche Essays und Artikel für führende deutsche Zeitungen. Seine Texte zeugen von einer für sein junges Alter erstaunlichen Qualität und Weitsicht.³⁰

28 Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts, hrsg. von der Historischen Gesellschaft des Künstlervereins, Bremen 1912, S. 511–513.

29 Friedrich Oswald, »Literatur«, Morgenblatt für gebildete Leser, 31. Juli 1840; Kopie in: Johann-Günther König, Friedrich Engels. Die Bremer Jahre 1838 bis 1841, Bremen 2008, S. 408–410.

30 Vgl. König, Friedrich Engels (wie Anm. 29). Das Buch enthält sämtliche der in die MEGA aufgenommenen Schriften, die Engels in Bremen verfasste.

Dass Bremen auch im 20. Jahrhundert nicht entfernt den Rang einer literarischen Metropole oder wenigstens einer Art norddeutschen Musenhofes erlangt, nährte gleichsam den Export eingeborener Autorinnen und Autoren. *Josef Kastein* zum Beispiel (eigentl. Julius Katzenstein; 1890 Bremen – 1946 Haifa) verließ seine Geburtsstadt genau zu dem Zeitpunkt, als er sich als zionistischer Autor wirklich durchsetzen wollte. Er zog nach Ascona in die Schweiz und verfasste dort jene zahl- und erfolgreichen Monographien, die ihn gerade im Jahrzehnt des etablierten Nationalsozialismus zu einem interkontinental bekannten Publizisten machten: »Sabbatai Zewi. Der Messias von Ismir«, »Eine Geschichte der Juden«, »Uriel da Costa oder Die Tragödie der Gesinnung« und andere mehr. Sie erschienen im Verlag des gebürtigen Bremers Ernst Rowohlt und wurden zumeist ins Englische, Hebräische und Spanische übersetzt. Als Josef Kastein 1927 der Hansestadt und seiner Mutter Lina ade sagte,³¹ ließ er sozusagen eine Bremensie zurück, die Ende des Jahres im Friesen Verlag erschien: »Melchior. Ein hanseatischer Kaufmannsroman«. Darin findet sich gewiss nicht zufällig die Warnung an den bremischen Protagonisten:

»Werden Sie kein Dichter [...] Oder wenn Sie es unbedingt werden müssen, dann bleiben Sie nicht hier. Hier gedeihen keine Dichter. Das Land trägt sie nicht. Es hat zu wenig Blut und Wärme. Und die Menschen tragen sie nicht. Sie haben zu wenig offenes und bereites Gefühl. Wenn Sie einmal ein großer Mann sind, wird man in die Halemsche Buchhandlung kommen und eine Rezitation von Ihnen anhören. Man wird beurteilen, wie Ihr Frack gegessen hat und was für einen Eindruck Sie persönlich gemacht haben. Dann bekommen Sie eine gute Kritik in der Zeitung, eine objektive und wohlwollende, von einem Oberlehrer geschrieben. Aber es wird keine Leidenschaft geben, die für oder gegen Sie Partei nimmt. Sie sind eine Abendunterhaltung. Sie sind keine Notwendigkeit für das geistige Dasein dieser Stadt. Hier gedeiht nur der Ordentliche, der Solide, der Tüchtige. Aber nicht der, den es drängt, Gottes Mauern mit dem Willen zu einer neuen Schöpfung einzureißen. Sie können sich hier Freunde erwerben, aber keine Gemeinde. Werden Sie kein Dichter...«³²

Josef Kastein ist in der Stadt seiner Kindheit und Jugend bis heute weitgehend unbekannt geblieben. Nicht einmal eine Straße ist bislang nach dem erfolgreichen Autor benannt. Dabei hatte sein Biograph *Alfred Dreyer* (1912 Bremen – 1993 Bremen) im »Bremischen Jahrbuch« von 1980 ausführlich über die »Bremer Jahre« berichtet und wurde seither in diversen Publikationen und im Funk nachdrücklich an ihn erinnert.³³

31 Lina Katzenstein, geb. Aschenberg, wurde am 23. Juli 1942 von Bremen nach Theresienstadt deportiert und dort am 20. August ermordet.

32 Josef Kastein, *Melchior. Ein hanseatischer Kaufmannsroman*. Hrsg. von Jürgen Dierking und Johann-Günther König, Bremen 1997, S. 67.

33 Alfred Dreyer, »Josef Kastein – ein jüdischer Schriftsteller. Die Bremer Jahre«, in: *Brem. Jb.* 1980, Bd. 58, S. 93–144; Alfred Dreyer, *Kleine Verhältnisse: Erinne-*

Zu den namhaften Autoren, die ihre Geburtsstadt Bremen verließen, um ihr Glück in der jeweils präferierten Wahlheimat zu suchen, gehören nicht zuletzt *Detmar Heinrich Sarnetzki* (1878 Bremen – 1961 Bremen), der später das Rheinland als seine geistige und literarische Heimat bezeichnete;³⁴ der Dichter und Verfasser geistlicher Dramen *Gottfried Hasenkamp* (Pseudonym: Gottfried Johannes Gerhart; 1902 Bremen – 1990 Münster), der sich als Münsteraner fühlte;³⁵ der Gruppe 47-Teilnehmer *Walter Alexander Bauer* (1921 Bremen – 2011 Hamburg), der lange als Kultur- und Literaturredakteur für die Deutsche Presse-Agentur in Hamburg arbeitete und viele seiner Werke in Worpswede verfasste, wo er auch begraben liegt,³⁶ sowie der mit zahlreichen Grimme- und anderen Preisen geehrte Drehbuchautor, Texter, Fernseh- und Theaterregisseur *Horst Königstein* (1945 Bremen – 2013 Hamburg), der für Peter Gabriel und Udo Lindenberg Liedtexte verfasste und 2013 vom NDR als »richtungsweisender Autor« eben keiner Bremer, sondern »einer Neuen Hamburger Schule« geadelt wurde.³⁷

Hier gelt ich nix, und würde gern was gelten...

... beginnt das legendäre Gedicht von Joachim Ringelnatz über die Hansestadt, in der er 1924 zu Gast gewesen war. Dreißig Jahre zuvor hatte der Lehrer und Schriftsteller *Franziskus Hähnel* (1864 Hamburg – 1929 Wellingbüttel) in seinem Werk über Bremer Dichter und Schriftsteller erhell:

»Daß der Dichter und Schriftsteller da oft recht, recht wenig gilt, wo er geboren ist, wo er wirkt, läßt sich aus den Schwächen der Menschen psychologisch leicht erklären und begründen. Es wird auch nie anders werden, so lange dem deutschen Volke ein gewisses Banausentum nicht abhanden kommt, das bei ihm fast charakteristisch geworden ist. Es wird noch lange weit mehr Menschen geben, die alles besser wissen und machen wollen, als solche, die es wirklich können. Die Nörgelei der Gegenwart hat sich selbst auf die litterarischen Erzeugnisse erstreckt. Viele lesen nur, um zu kritisieren und kritisieren sich so um jeden Genuß. [...] Ich will nicht sagen, wie es in dieser Hinsicht in Bremen ist;

rungen an eine Kindheit in Bremen, Bremen 1997; vgl. Josef Kastein, Was es heißt, Jude zu sein. Eine Kindheit in Bremen. Hrsg. von Jürgen Dierking und Johann-Günther König für »Erinnern für die Zukunft e.V.«, Bremen 2004; Josef Kastein, Pik Adam. Hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Johann-Günther König, Bremen 2017.

34 Vgl. Literatur-Archiv-NRW: http://www.literatur-archiv-nrw.de/sonderausstellung/Beiden_Rheinufern_angehörig/Susanne_Schwabach_Albrecht__Hermann_Hesse_und_die_Kölnische_Zeitung_/seite_1.html (Mai 2018)

35 Siehe den Wikipedia-Eintrag: https://de.wikipedia.org/wiki/Gottfried_Hasenkamp (Mai 2018)

36 Siehe den Wikipedia-Eintrag: https://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Alexander_Bauer (Mai 2018)

37 Vgl. https://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/geschichte/koenigstein103_page-2.html (Mai 2018)

es ist eben gerade so wie in vielen andern Orten [...]. Selten findet auch hier ein geistig Schaffender die Anerkennung und Beachtung, die zu einem gewissen freudigen, glücklichen Wirken die anspornende Grundlage bildet, wenn er sich nicht aus eigener Kraft zu einer gewissen Höhe emporschwang, selten nicht eher, als bis Bremen Ursache hatte, auf einen solchen Mitbürger stolz zu sein.«³⁸

Stolz waren die tonangebenden Köpfe der Hansestadt in den vergangenen 200 Jahren vor allem auf all diejenigen, deren Leistungen deutlich über Bremen hinaus anerkannt waren. Allerdings blieb der Stolz all denjenigen verwehrt, die gewissen bürgerlichen Erwartungshaltungen vor allem aus politischen, sexuellen und sozialen Gründen nicht entsprachen. Das gilt für den Historiker, Publizisten und Friedensnobelpreisträger von 1927 *Ludwig Quidde* (1858 Bremen – 1941 Genf),³⁹ für die Pazifistin und Publizistin *Auguste Kirchhoff* (1867 Asbach – 1940 Bremen),⁴⁰ für die Reformpädagogin und Schriftstellerin *Tami Oelfken* (eigentlich Marie Wilhelmine, 1888 Bremen – 1957 München)⁴¹ und für den Verlagslektor und Schriftsteller *Friedo Lampe* (1899 Bremen – 1945 Kleinmachnow). Zur Erinnerung: Kurz nach dem Erscheinen seines Kurzromans »Am Rande der Nacht« bekannte Lampe in einem Brief: »Hab' viel Kummer wegen meines Romans und bin oft ganz bedrückt. In Bremen peinliche Gespräche und Nichtverstehen. Allgemeines Kopfschütteln.«⁴² Es bedurfte doch einiger Anstöße, bis diesen vier außergewöhnlichen Persönlichkeiten in der jüngeren Vergangenheit dann die Aufmerksamkeit zukam, die ihnen gebührt.⁴³

38 Franziskus Hähnel, *Die Bremischen Dichter* (wie Anm. 6), S. 6 ff.

39 Vgl. Karl Holl, *Ludwig Quidde (1858–1941). Eine Biografie*, Düsseldorf 2007; Torsten Quidde, *Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde. Ein Leben für Frieden und Freiheit*, Berlin 2003.

40 Vgl. »Auguste Kirchhoff«, in: Johann-Günther König, *Die streitbaren Bremerinnen*, Bremen 1981, S. 107–185; Hannelore Cyrus / Verena Steinecke, *Ein Weib wie wir?! Auguste Kirchhoff*, Bremen 1989; Henriette Wottrich, *Auguste Kirchhoff. Eine Biographie*, Bremen 1990; Hannelore Cyrus »Auguste Kirchhoff: »Mensch sein, heißt Kämpfer sein««, in: Verena Behrens / Gisela Menger (Hrsg.), *Starke Frauen. Radikal und demokratisch*, Bremen 2014, S. 179–198.

41 Ihr Nachlass im StAB unter 7, 231. Vgl. auch Helga Fuhrmann, »Oelfken, Maria Wilhelmine, gen. Tami«, in: Bremer Frauenmuseum e.V., Regina Contzen, Edith Laudowicz, Romina Schmitter (Hrsg.), *Frauen Geschichte(n). Biografien und FrauenOrte aus Bremen und Bremerhaven*, Bremen 2016; Brigitte Röttgers, »Tami Oelfken«, in: VS – Verband deutscher Schriftsteller (Hrsg.), *Verbrannt. Vergessen?* Berlin 2007, S. 42–44; Ursel Habermann, »Tami Oelfken. Lebensgeschichte – Zeitgeschichte«, in: *Schriftreihe der Wissenschaftlichen Einheit. Frauenstudien und Frauenforschung an der Hochschule Bremen*, Bd. 3, 1991, S. 141–162.

42 Friedo Lampe an Johannes Pfeiffer (10. 12. 1933); zit. n. Thomas Ehrsam (Hrsg.), *Friedo Lampe. Briefe und Zeugnisse*, Bd. 1, Göttingen 2018, S. 260 f.

43 Ihre bio- und bibliografischen Daten sind sämtlich zugänglich durch die Deutsche Biografie: <https://www.deutsche-biographie.de>

Zu den bedeutenden Autorinnen und Autoren sowie Übersetzern, auf die vor hundert und mehr Jahren jeweils zumindest eine Weile stolz verwiesen wurde, gehören der Reiseschriftsteller, Geograph und Bremer Stadtbibliothekar *Johann Georg Kohl* (1808 Bremen – 1878 Bremen),⁴⁴ der Anglist und Shakespeare-Forscher *Nikolaus Delius* (1813 Bremen – 1888 Bonn),⁴⁵ der Afrikaforscher *Gerhard Rohlfs* (1831 Bremen – 1896 Rüngsdorf),⁴⁶ der Theaterkritiker, Vortragsreisende und Stadtbibliothekar *Heinrich Bulhaupt* (1849 Bremen – 1905 Bremen)⁴⁷ und der Übersetzer von Robert Burns und Robert Browning, *Edmund Ruete* (1858 Bremen – 1910 Bremen).⁴⁸ Sie sind im Übrigen sämtlich – auch – in die »Bremische Biographie« aufgenommen worden.

Ganz herausragend und bis heute mit Strahlkraft versehen ist die Leistung von *Otto Gildemeister* (1823 Bremen – 1902 Bremen). Er war einer der bedeutendsten bremischen Staatsmänner des 19. Jahrhunderts und der großen Welt bekannter politischer Essayist und »Übersetzer Gilde«-Meister.⁴⁹ Der Sohn eines hochgebildeten Vaters hatte sich schon als Schüler an Übersetzungen versucht und reüssierte schließlich als kongenialer Übersetzer von Lord Byrons Werken, dessen Gesamtwerk er 1864 in einer sechsbändigen Ausgabe in Übersetzung herausgab, sowie durch die Beteiligung an der ab 1867 durch F. von Bodenstedt besorgten großen Shakespeare Ausgabe, für die er zwölf Stücke übersetzte. Die schwierig zu übersetzenden Shakespearschen Sonette ließ Gildemeister 1871 gesondert erscheinen. Am bekanntesten ist er als Übersetzer von Ariosts »Rasendem Roland« (4 Bände) und von Dantes »Göttlicher Komödie« geworden. Nachdem Gildemeister 1850 die Hauptschriftleitung der liberalen Bremer »Weser-Zeitung«, übernommen hatte, schrieb er für sie trotz seiner Tätigkeit als Übersetzer, langjähriger Senator und ab 1871 als Bremer Bürgermeister mehr als 5000 Artikel. Zahlreiche seiner Essays gehören zu den Besten dieser Gattung.⁵⁰

44 Vgl. Thomas Elsmann, *Johann Georg Kohl: Ein Leben zwischen der Alten und der Neuen Welt*, Bremen 2010.

45 Vgl. Wolfgang Clemen, »Delius, Nicolaus« in: *Neue Deutsche Biographie* 3 (1957), S. 585–586.

46 Vgl. Horst Gnettner, *Der Bremer Afrikaforscher Gerhard Rohlfs. Vom Aussteiger zum Generalkonsul. Eine Biographie*, Bremen 2005.

47 Vgl. Marlies Hassmann, *Heinrich Bulhaupt. Eine Personalbibliographie*, Staatsbibliothek Bremen 1969.

48 Ruete verdeutlicht: »Die Überzeugung, daß Robert Browning neben Alfred Tennyson die bedeutendste und originalste dichterische Persönlichkeit ist, die das England unserer Tage hervorgebracht, hat in der Heimat der beiden Dichter einen augenfälligen Ausdruck dadurch gefunden, daß man Browning sowohl wie Tennyson eine Ruhestatt in dem berühmten Poetenwinkel der Westminsterabtei, und zwar unmittelbar neben einander, angewiesen hat.« In: *Ausgewählte Gedichte von Robert Browning. Uebersetzt von Edmund Ruete*, Bremen 1894, S. 3.

49 Vgl. Friedrich Prüser, »Gildemeister, Otto« in: *Neue Deutsche Biographie* 6 (1964), S. 395 f.

50 Vgl. Otto Gildemeister, *Allerhand Nörgeleien. Essays*, Berlin 1991; Lissy Susemihl-Gildemeister (Hrsg.), *Briefe von Otto Gildemeister*, Leipzig 1922; eine Bibliographie findet sich in: *Deutsche Essays. Prosa aus zwei Jahrhunderten*, Bd. 3, München 1972, S. 321.

Glanz kann abblättern

Im 20. Jahrhundert glänzten eine Weile die überregional bekannten pädagogischen Schriftsteller *Friedrich (Fritz) Gansberg* (1871 Bremen – 1950 in Bremen) und *Heinrich Scharrelmann* (1871 Bremen – 1940 Leipzig), der Lehrer und Schriftsteller *Wilhelm Scharrelmann* (1875 Bremen – 1950 Worpswede), die Schriftstellerin *Marga Berck* (bürgerlich Magdalene Pauli; 1875 Bremen – 1970 Hamburg), der Lyriker, Verleger und Mitherausgeber der bibliophilen Zeitschrift »Die Insel« *Alfred Walter Heymel* (1878 Dresden – 1914 Berlin; eigentlich Walter Hayes Misch) sowie der Schriftsteller und Laienprediger *Manfred Hausmann* (1898 Kassel – 1986 Bremen). Sie alle wurden Ende 1960 – soweit bereits verstorben – in die »Bremische Biographie« aufgenommen. Nicht zu vergessen den früher sogenannten »großen alten Mann der deutschen Literatur«. Anlässlich der 50-Jahr-Feier des Bremer Literaturpreises verdeutlichte der Literaturwissenschaftler Wolfgang Emmerich:

»[W]äre Rudolf Alexander Schröder nicht im Jahre 1878 in Bremen geboren – die Stadt hätte wohl weiterhin den Musen ferngestanden. 1911 setzte Schröder die schöne Bremer Presse ins Werk und wirkte über die Jahrzehnte hin als Dichter, Übersetzer, Innenarchitekt und Maler, dessen Namen man immer auch mit Bremen verband. 1953 ließ er sich, nachdem schon ein langes und erfolgreiches Leben hinter ihm lag und er 1949 Ehrenpräsident der Darmstädter Akademie für Sprache und Dichtung geworden war, gern als Vorsitzender einer Jury gewinnen, die im Auftrag einer zu diesem Zweck gegründeten Stiftung den ›Literaturpreis der Freien Hansestadt Bremen‹ vergeben sollte. Die Initiatoren waren einige bremische Freidemokraten und Sozialdemokraten, die der ›Unsinnigkeit der Legende, daß Bremen eine amusische Stadt der Pfeffersäcke sei‹, bezeugen wollten.«⁵¹

Rudolf Alexander Schröder (1878 Bremen – 1962 Bremen) gehörte im frühen 20. Jahrhundert zu den Mitbegründern eines Lesekreises, der »das geistige Niveau der Gesellschaft« heben sollte und dem er (nach Goethes Tasso) den poetischen Namen »Die goldene Wolke« gab. Magdalene Pauli⁵² alias *Marga Berck*, die spätestens seit der Verfilmung ihres bittersüßen Liebesromans »Sommer in Lesmona« einem größeren Publikum bekannt geworden ist, hat ausführlich überliefert, wie es zur Gründung des Lesekreises kam.⁵³

51 Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung, »Der Bremer Literaturpreis 1954 – 2004: Ein Lehrstück zur deutschen (Literatur-)Geschichte.« Festvortrag von Prof. Dr. Wolfgang Emmerich / Universität Bremen, gehalten am 26. 1. 2004.

52 Sie war die Ehefrau des langjährigen Direktors der Bremer Kunsthalle, Gustav Pauli (1866 – 1938).

53 Marga Berck, *Sommer in Lesmona*, Reinbek 1986 (24. Aufl.); der Film lief zuerst als sechsteilige Serie 1987 in den Vorabendprogrammen der ARD. Regie führte der – kurz nach den Dreharbeiten verstorbene – Regisseur Peter Beauvais, das Drehbuch schrieb Reinhard Baumgart. Vgl. Bernd W. Seiler, *Es begann in Lesmona. Auf den Spuren einer Bremer Liebesgeschichte*, Bremen 1993 (3. erg. Aufl.).

Er rekrutierte sich aus angesehenen Bremer Bürgerfamilien (z.B. von Kapff, Segnitz, Gildemeister, Crüsemann), war entsprechend klein und fein und wurde für einige Jahre zu einer Art elitär-kulturellem Zentrum für bremische Bildungsbürger.⁵⁴

Rudolf Alexander Schröder, der sich 1935 nach Bergen am Chiemsee zurückgezogen hatte, gerierte sich ab 1946 nach seiner Rückkehr als Vertreter der vermeintlich unpolitischen inneren Emigration. Für ihn, erhellen Hans Braam und Lutz Hagedstedt, »fiel das Ende des Krieges mit dem Ende seiner Autorschaft zusammen – für das Wiederaufleben des Geisteslebens, auch der christlichen Neuorientierung, hat er nach der Kapitulation keine Rolle mehr gespielt [...]: der jungen Generation hatte er nichts mehr zu sagen...«⁵⁵ Schlimmer noch: nachdem 1953 zu Ehren seines 75. Geburtstags der zunächst sogenannte »Rudolf-Alexander-Schröder-Preis für Literatur« gestiftet worden war, verhinderte er als Jury-Vorsitzender die Wahl so manches grandiosen Werks (etwa Koepfens »Tauben im Gras«). Wolfgang Emmerich hat die Geschehnisse minutiös aufgezeichnet.⁵⁶ Zu den Vertretern der inneren Emigration gehörten nicht zuletzt Manfred Hausmann und Wilhelm Scharrelmann. Es gibt Kritiker, die sie als Mitläufer des NS-Regimes bezeichnen.⁵⁷ Übrigens wurde nach dem Zweiten Weltkrieg, als zahlreiche Autorinnen und Autoren eine neue Heimat suchten, das kulturelle Leben in der Wesermetropole kaum zusätzlich befruchtet. So zog der viel gelesene Schriftsteller und »innere Emigrant« Frank Thiess (1890 Eluisenstein – 1977 Darmstadt), der sich 1945 in Oberneuland angesiedelt hatte und zunächst viel beachtet wurde – die Theater führten seine Stücke »Heiliger Dämon« und »Der tödliche Karneval« auf – bereits 1952 nach Darmstadt weiter. Thiess war ein Neubürger zum Schamen. 1946 befeuerte er in der Auseinandersetzung über die äußere und innere Emigration mit seinem Beitrag »Abschied von Thomas Mann« eine unsägliche Kampagne gegen den Romancier.⁵⁸

54 Vgl. Marga Berck, *Die goldene Wolke. Eine verklungene Melodie*, Bremen 1977 (3. Aufl.).

55 Hans Braam und Lutz Hagedstedt, »Freilich vor einer Pleite schauerlichster Art stehen wir alle«. Schröders Korrespondenz mit christlichen Autoren der »Inneren Emigration«, in: Hans-Albrecht Koch (Hrsg.), *Rudolf Alexander Schröder (1878–1962)*, Frankfurt/M. 2013, S. 361–440, hier S. 395.

56 Wolfgang Emmerich (Hrsg.), *Der Bremer Literaturpreis 1954–1998* (wie Anm. 16).

57 Arn Strohmeyer, *Der Mitläufer. Manfred Hausmann und der Nationalsozialismus*, Bremen 1999; zu Scharrelmann: Ferdinand Krogmann, »Schriftsteller in Worpswede während des »Dritten Reiches« im Spiegel der Presse und eigener Werke, in: Arn Strohmeyer / Kai Artinger / Ferdinand Krogmann: *Landschaft, Licht und Niederdeutscher Mythos. Die Worpsweder Kunst und der Nationalsozialismus*, Weimar 2000, S. 229–237; vgl. Johann-Günther König, »Versuch über Wilhelm Scharrelmann (1875–1950)«, in: Wilhelm Scharrelmann, *Antlitz der Freundschaft*, hrsg. v. Johann-Günther König und mit einem Geleitwort von Anka Hüchting, Bremen 2000, S. 16–88 (einschl. Werk- und Literaturverz.).

58 Vgl. Werner von Bergen, *Der lange Weg aus dem Exil. Die Diskussion um die Heimkehr aus dem Exil am Beispiel Thomas Manns und des Streites zwischen »innerer« und »äußerer« Emigration* (Mag.-Arb.), Frankfurt/M. 1984.

Als Dichter einst gerühmt

Wenn es nach den veröffentlichten Darstellungen über »Bremer Dichter« ginge, dann gelten als solche insbesondere: Hermann Allmers, Heinrich Bulthaupt, Arthur Fitger, Alma Rogge sowie die bereits erwähnten Otto Gildemeister, Manfred Hausmann, Tami Oelfken und Rudolf Alexander Schröder.⁵⁹ Der »Marschendichter« *Hermann Allmers* (1821–1902) war in der Tat im späten 19. Jahrhundert wegen seiner Dichtungen wie »Feldeinsamkeit« (vertont von Johannes Brahms) und dem »Marschenbuch« ein in Deutschland bekannter Schriftsteller. Heute wäre der nur bedingt als Bremer Autor zu bezeichnende Mann wohl völlig vergessen, wenn nicht die Hermann-Allmers-Gesellschaft und ihre Hermann-Allmers-Stiftung sein Haus in Rechtenfleth als Identifikationsort pflegen und betreiben würden.⁶⁰ Ihn ehrt das von ihm gestiftete Medaillon, das seit 1864 am Uferweg der Kleinen Weser an Johann Gottfried Seume erinnert: »1783 wurde der Dichter auf seiner Flucht von Bremer Bürgern gerettet.« Der gebürtige Bremer *Heinrich Bulthaupt* (1848–1905), der zunächst als Rechtsanwalt wirkte und ab 1879 als Leiter der Stadtbibliothek deren Bestände systematisch erweiterte, war als begnadeter Vortragsredner und Publizist ein belebender Akteur des kulturellen Lebens; seine theoretischen Schriften über das Theater brachten ihm 1892 den Titel Professor ein. Er gehört inzwischen zu den Vergessenen. Edmund Ruete verwies in der 1912 erschienenen »Bremischen Biographie« in einer gut 14 Seiten langen Würdigung bereits auf die Auslöser dafür:

»B. gehörte nicht zu den Bahnbrechern der deutschen Literatur [...]; als Dichter hat er wohl nach neuen Problemen getastet, aber es fehlte ihm die Kraft, ihnen zum Siege zu verhelfen [...]. Sein Name wird mit dem geistigen Leben Bremens in den achtziger und neunziger Jahren des vergangenen [19.] Jahrhunderts unauflösbar verknüpft bleiben.«⁶¹

59 Vgl. Adolf Peter Paul, »Bremen im deutschen Schrifttum«, in: Der Schlüssel. Bremer Beiträge zur Deutschen Kultur und Wirtschaft, 3. Jg., Bremen 1938; Kurd Schulz, »Dichtung und Heimatschrifttum«, in: Hinrich Knittermeyer, Diedrich Steilen (Hrsg.), Bremen. Lebenskreis einer Hansestadt, Bremen (NS Gauverlag Weser-Ems) 1942, S. 175–201 (Kurd Schulz, der bis 1945 die ab 1933 sogenannte Volksbücherei Bremen leitete – entstanden aus der »Gleichschaltung« von Lesehalle, Arbeiterzentralbibliothek der Gewerkschaften und der Bücherei des Winterhilfswerks – betrieb engagiert die faschistische »Säuberung« der Bibliotheksbestände.); »Literarisches«, in: Verkehrsverein der Hansestadt Bremen, Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Bremen (Hrsg.), Bremen – Frankfurt/M. 1952, S. 238–241; Kurt Roselius, »Bremer Dichter in der deutschen Literatur«, in: Alfred Faust, Geistiges Bremen, Bremen 1960, S. 207–224; Ulf Fiedler, Dichter an Strom und Deich, Bremen 1995.

60 Hermann Allmers, Marschenbuch. Land- und Volksbilder aus den Marschen der Weser und Elbe. Hrsg. und mit einer Einleitung versehen von Bernd Ulrich Hucker, Osnabrück 1979 (Nachdruck der Ausgabe Gotha 1858); vgl. Bernd-Ulrich Hucker, Hermann Allmers und sein Marschenhof – die Geschichte des Osterstader Dorfes Rechtenfleth in Beziehung zu Leben und Werk des Patrioten, Dichters und Gelehrten, Oldenburg 1981; siehe: <http://hermann-allmers.de/aktuelles> (Mai 2018).

Ein Schicksal, dass auch den einst sogenannten »Dichter-Maler« *Arthur Fitger* (1840–1909) ereilte. Der gebürtige Delmenhorster schrieb einige viel gespielte Stücke und gefiel sich zunehmend – auch als Vorsitzender des Kunstvereins – als machtvoll-polemischer, erzkonservativer Kritiker des bremischen Kunstgeschehens.⁶² Insbesondere bei Anhängern der plattdeutschen Sprache noch nicht vergessen ist die Wahlbremerin *Alma Rogge* (1894 Brunswarden – 1969 Bremen).⁶³ Sie beherrschte das Hoch- und Plattdeutsch in Hörspielen und Erzählungen literarisch ausgezeichnet, leitete nach dem Studium ab 1927 die Monatsschrift »Niedersachsen« und arbeitete ab 1932 als freie Autorin. Als sie 1936 für ihre Erzählungen aus ihrer heimatlichen Marsch- und Moorlandschaft zusammen mit Wilhelm Scharrelmann und Moritz Jahn den Literaturpreis der Stadt Hannover erhielt, hieß das auch, dass sie vom NS-Regime nichts zu befürchten hatte. Ab 1940 publizierte sie kaum zufällig als freie Mitarbeiterin in der Zeitschrift »Niedersachsen«, von 1949 bis 1968 führte sie die Zeitschrift erneut als Schriftleiterin. Obwohl Alma Rogge 1964 der Quickborn-Preis für ihr Werk verliehen wurde, sollte nicht übersehen werden, dass sie der NS-Ideologie nahestand. Wie ihr Nachlass belegt, hatte sie bereits in den 1920er Jahren eine antisemitische und rassistische Haltung. Frank Hethey vermerkt: »Noch in einem unveröffentlichten Manuskript aus den Jahren um 1960 zieht sie gegen die ›jüdische Rasse‹ vom Leder. Eine echte Integrationschance spricht sie den Juden rundheraus ab. Auch wenn sie schon seit Generationen im Lande wohnten, ›so wirken doch von der Überlieferung, vom Glauben und von ererbten, unbewussten Wesenheiten her die Grundlagen einer anderen Rasse in ihnen weiter.«⁶⁴ Alma Rogge war eine beliebte Schriftstellerin; vorbildlich war sie nicht.

Platt geschrieben

Platt schnackten die meisten Bremerinnen und Bremer schon vor hundert Jahren nicht mehr. Den Wechsel zum Hochdeutschen, der mit vielfältigen sozioökonomischen Veränderungen einherging, spiegelte der erblindete Korbmacher und Schriftsteller *Georg Droste* (1866 Bremen – 1935 Bremen) meisterhaft in seiner Romantrilogie »Ottjen Alldag«. Das auf Bremer Niederdeutsch verfasste Werk wird zwar heute kaum mehr gelesen; aufgrund seiner sprach-

61 Vgl. Franz Stuckert, »Bulthaupt, Heinrich Alfred«, in: *Neue Deutsche Biographie* 3, Berlin 1957; Edmund Ruete: »Bulthaupt«, in: *Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts* (wie Anm. 28), S. 79–92; hier S. 91 f.

62 Vgl. Adalbert Elschenbroich, »Fitger, Arthur Heinrich Wilhelm«, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 5, Berlin 1961; Hermann Tardel, »Fitger, Arthur«, in: *Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts* (wie Anm. 28), S. 133–145.

63 Vgl. »Plattdeutsche Bibliographie und Biographie«, <http://www.ins-bremen.de/de/recherche/plattdueuetsche-landkoort.html>; Hannelore Cyrus, »Rogge, Marie Metta Friederike, geb. Koch (30. 12. 1818 – 5. 10. 1908)«, in: »Bremer Frauen Geschichte« von Edith Laudowicz = <http://www.bremerfrauengeschichte.de>; Helga Fuhrmann, »Rogge, Alma« in: *Frauen Geschichte(n)* (wie Anm. 41), S. 362–364.

64 Frank Hethey, »Die andere Wahrheit über Alma Rogge«, in: *Kurier am Sonntag*, 6. 3. 2016.

geschichtlichen Bedeutung gehört es jedoch zum Bleibenden der Bremer Literatur. Es liegt inzwischen auch in einer hochdeutschen Übertragung vor.⁶⁵ Georg Droste, dessen plattdeutsche Texte ab 1960 aus den Schulbüchern verschwanden, ist jüngeren Leute kein Begriff mehr. Sein anschauliches Bremer Platt und sein feiner Humor aber bleiben.⁶⁶ Die nach »Ottjen Alldag« von Radio Bremen zwischen 1954 bis 1956 ausgestrahlte Hörfunkreihe hatte mit *Heinrich Schmidt-Barrien* (eigentl. Heinrich Adolf Schmidt; 1902 Uthlede – 1996 Lilienthal) einen in Bremen ausgebildeten und u. a. mit dem Bremer Literaturpreis und der Senatsmedaille für Kunst und Wissenschaft ausgezeichneten Autor, der für mich ein niedersächsischer war. Schmidt-Barrien schrieb Texte in niederdeutscher und hochdeutscher Sprache. Sein Gesamtwerk umfasst fünf Bände.⁶⁷ Unter den plattdeutschen Autoren hatte einst *Wilhelm Rocco* (1819 Bremen – 1897 Halle) einen guten Ruf. Der auch als Schauspieler und später Tanzlehrer tätige Waise schrieb nach seinem Weggang aus der Hansestadt 1838 zahlreiche einst hochgeschätzte und in mehreren Auflagen publizierte Erzählungen, die fast sämtlich in seiner Heimatstadt spielen – etwa »Kinner un ohle Lüde«.⁶⁸ Nachgerade populär war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der »Volksschriftsteller«, Theaterdirektor und Gastwirt *Gottlob Bünthe* (1840 Bremen – 1907 Bremen). Er verfasste 88 Volksstücke in hoch- und in plattdeutscher Sprache, die jedoch nicht gedruckt wurden. Sie wurden zunächst im Tivoli am Weidedamm aufgeführt, später im von Bünthe gegründeten »Bremer Volkstheater«. Seine Dramatisierung von Roccas Erzählung »Vor veertig Jahr« erzielte bis 1906 immerhin 50 Aufführungen. Auf Papier kamen einige seiner plattdeutschen Erzählungen, die in der Neustadt spielen.⁶⁹ Der hauptberufliche Lehrer *Johann Beyer* (1861

65 Georg Droste, *Ottjen Alldag un sien Kaperstreiche. Een plattdütsch Kinnerleben an'r Waterkante. Ottjen Alldag erobert seine Welt, Kindheit am Wasser. Auf Nieder- und Hochdeutsch. Übersetzt von Rita Schloendorff. Nachdruck und Neubearbeitung*, Bremen 2012.

66 Vgl. Gustav Dehning, »Droste, Georg Ludwig«, in: *Historische Gesellschaft zu Bremen / Staatsarchiv Bremen (Hrsg.), Bremische Biographie 1912–1962. In Verbindung mit Fritz Peters und Karl H. Schwebel bearbeitet von Wilhelm Lührs*, Bremen 1969, S. 120–122; *Plattdeutsche Bibliographie und Biographie*, <http://www.ins-bremen.de/nc/de/recherche/pub-20.html>; Johann-Günther König, *Der Osterdeich: Geschichte und Geschichten (mit Exkurs »Achter Diek« von Georg Droste)*, Bremen 2016.

67 Heinrich Schmidt-Barrien, *Werke in 6 Bde.*, Bremen 1975–1980; vgl. Irene Grotefend und Wilhelm Dehlwes (Hrsg.), *Heinrich Schmidt-Barrien. 1902–1996. Texte und Bilder zu Leben und Werk*, Lilienthal 1999.

68 Wilhelm Rocco, *Kinner un ohle Lüde*, Bremen 1882; vgl. H. Seedorf, »Rocco, Friedrich Wilhelm«, in: »*Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts (wie Anm. 28)*, S. 409 f.; *Plattdeutsche Bibliographie und Biographie*, <http://www.ins-bremen.de/nc/de/recherche/pub-20.html>

69 Gottlob Bünthe: *Plattdeutsche Erzählungen*, Bremen 1884 (3. Aufl. 1890); vgl. Tardel, »Bünthe Gottlob«, in: »*Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts (wie Anm. 28)*, S. 92 f.; *Plattdeutsche Bibliographie und Biographie*, <http://www.ins-bremen.de/nc/de/recherche/pub-20.html>

in Bremen – 1923 Bremen) erzielte in Norddeutschland einen großen Erfolg mit seinem plattdeutschen Gedicht *Sunnerklaus* – kurz: »Kiek ins, wat lett de Himmel so rot!«⁷⁰ Beyer's »Bilder aus der Geschichte Bremens« sind nach wie vor eine interessante Quelle.⁷¹

Während der länger in Bremen lebende »Heidedichter« *August Freudenthal* (1851 Fallingb. – 1898 Bremen), der 1895 mit seinem Bruder die Zeitschrift »Niedersachsen« begründete, nur ein Buch in plattdeutscher Sprache mit dem bezeichnenden Titel: »Heidekern – Düt und Dat in Nordhannoversche Platt« veröffentlichte,⁷² verfasste *Walter Arthur Kreye* (1911 Oldenburg – 1991 Bremen) zahlreiche niederdeutsche Schau- und Hörspiele sowie Gedichte und Geschichten. Der langjährige Leiter des Heimatfunks von Radio Bremen führte häufig Regie und wirkte als Sprecher mit – etwa in seiner »Fidelen Weltgeschichte«.⁷³ Unvergessen ist sein mit den Zeichnungen von Volker Ernsting ausgestattetes Buch: »Was'n in Bremen so sacht, un wo ein fein auf hören muß«.⁷⁴ Als ein hervorragender Sprecher in plattdeutschen Sendungen erwies sich *Christian Holsten* bzw. Krüschan Holschen (1922 Otterstedt – 1993 Bremen). Nach dem Studium der Germanistik und Philosophie in Hamburg hatte es ihn in den 1950er Jahren nach Bremen gezogen. Krüschan veröffentlichte erfolgreiche Lyrik- und Prosabände und bleibt als einer der Klassiker moderner niederdeutscher Literatur in bester Erinnerung. *Carl Valentin Scholz* (1927 Bremen – 2009 Bremen) weer ok en plattdüütschen Schriever. Nach verschiedenen beruflichen Stationen und dem Abendstudium in Maschinenbau und Betriebswirtschaft wirkte er ab 1987 als freier Schriftsteller. Der Mitgründer des »Schriewerkrings Weser-Ems« verfasste eigene Texte und übertrug sowohl das Märchen von den Bremer Stadtmusikanten wie auch die Bremer Landesverfassung – »Landesverfaten vun de Free Hansestadt Bremen« ins Plattdeutsche.⁷⁵ 2006 erhielt Scholz das Bundesverdienstkreuz am Bande für Verdienste um die plattdeutsche Sprache.⁷⁶ Nicht unerwähnt bleiben darf mit *Ludwig Hackerott* (1906 in Bremen – 1997 Bremen) der Mitarbeiter einer Bremer Anwalts- und Notarkanzlei, der diverse

70 Johann Beyer, *Gedichte*, Bremen 1913.

71 Johann Beyer, *Bilder aus der Geschichte Bremens im 19. Jahrhundert*, Bremen 1903.

72 Vgl. H. Seedorf, »Freudenthal, Heinrich Friedrich Christian August«, in: »Bremsche Biographie des 19. Jahrhunderts (wie Anm. 28), S. 161–164; *Plattdeutsche Bibliographie und Biographie*, unter: <http://www.ins-bremen.de/nc/de/recherche/pbub-20.html>; <http://www.freudenthal-gesellschaft.de> (Mai 2015).

73 Vgl. *Plattdeutsche Bibliographie und Biographie*, <http://www.ins-bremen.de/nc/de/recherche/pbub-20.html>

74 Walter A. Kreye, *Was'n in Bremen so sacht*, Bremen 1973.

75 *De Bremer Stadtmuskanten = Die Bremer Stadtmusikanten. Ein Märchen der Gebrüder Grimm. Ill. von Eva Maria Johannsen. Übers. ins Plattdt. von Carl Scholz*, Bremen 1998; *Landesverfaten vun de Free Hansestadt Bremen*, hrsg. von der Bremischen Bürgerschaft. Plattdt. übertr. von Carl V. Scholz. Jur. Beratung: Ruprecht Großmann, Leer 2004.

76 Vgl. *Plattdeutsche Bibliographie und Biographie*, <http://www.ins-bremen.de/nc/de/recherche/pbub-20.html>.

Erzählungen und Gedichte in niederdeutscher Sprache veröffentlichte. Sein Hörspiel »Die Nacht in der Wasserreihe« wurde mehrfach gesendet.⁷⁷

'n Büld von Missingsch

Als Meisterin des Bremer Missingsch gilt *Ada Halenza* (Pseudonym; verh. Magda Koch-Riehl; 1900 Bremen – 1990 Bremen). Sie schrieb ab 1947 für das Feuilleton des »Weser-Kurier« und publizierte laufend Erzählungen und Kommentare, in denen die beiden Bremerinnen Madda und Kede aus der Humboldtstraße zu Wort kommen:

»Madda, ich bin dja vollständig vonne Socken! Ich binner hingewesen, nach die Horoskop-Tante! Also, da kann sich kein Mensch 'n Büld von machen, was die ein'n alles so batz auf'n Kopf zusagen tut. Bist schön dumm, daßde nich mitgegangen bist. Ich weiß nu djedenfalls von allen Bescheid und was in Djahr Neunzehnhunnertfuffzich los is. Ich kann dir sagen, das war mich der Dahler wert.« »Mensch, Kede, geh mich doch auf'n Puckel sitzen mit deine Sternkuckerei. Ischa alles Keese.«⁷⁸

Viel gelesen wurde Halenzas Roman »Seiner Zeit ... zu meiner Zeit«. Die Familiengeschichte, in der sie das Bild der bremischen Kaufmannswelt vor dem Ersten Weltkrieg ausmalt, erschien 1949 zunächst als Fortsetzungsroman im »Weser-Kurier« und bald darauf als – dann mehrmals aufgelegtes – Buch.⁷⁹

Missingsch ist eine Mischsprache. Sie entstand, als niederdeutsche Muttersprachler Hochdeutsch zu sprechen versuchten. Merkmale sind die Beibehaltung des niederdeutschen Satzbaus und volkstümliche Lehnübersetzungen niederdeutscher Wendungen. In den kleinen »Dialektproben« des unvergessenen Bremer Anekdotenerzählers, Drehbuchverfassers und Übersetzers *Karl Lerbs* (1893 Bremen – 1946 Hindelang) heißt es:

»An'n Tage«, sagte die alte Dame in der Straßenbahn, »da hat'n denn dscha ümmer genug rumzupüstern; da kömmt denn dscha auch ümmer mal wer, oder man geht mal zu wen. Aber abends, da is es denn dscha manchmal so'n büschen einsam. Und ümmer, wenn'n das mal so merkt, denn kömmt dscha keinein. Aber denn hab ich dscha meinen Radio: denn stell' dich denn dscha ümmer an. Manchmal schlaf' ich 'r denn dscha über ein; aber morgens, denn is 'r denn dscha wieder was in.«⁸⁰

77 Ludwig Hackerott, *Die Nacht in der Wasserreihe*. Ein kleines Gedankenspiel um Theodor Storms Märchen *Bulemanns Haus*, 1957; vgl. den Eintrag »Hackerott« in: *plattbiblio* – Website für niederdeutsche Literatur.

78 Ada Halenza, *Glauben anner Menschheit is hin ... und andere Erkenntnisse von Madda & Kede*, Bremen 1980, S. 36.

79 Vgl. Edith Laudowicz, »Halenza, Magda, Ada«, in: *Frauen Geschichte(n)* (wie Anm. 41), S. 156; sowie: http://www.bremerfrauengeschichte.de/2_Biografien/halenza.html (Mai 2005).

80 Karl Lerbs, *Die besten Bremischen Anekdoten mit einer Auskunft über Karl Lerbs von Jürgen Dierking*, Bremen 1993, S. 129.

Aufsehen erregende Autorinnen

Zu den ungewöhnlichen Autorinnen der Hansestadt gehört *Hedwig M. Hülle* (Pseudonym Ludwig März; 1794 in Ovelgönne i.O. – 1861 in Varel i.O.). Sie war 1815 hier ansässig geworden und begann mit ihrer literarischen Arbeit um 1822, drei Jahre bevor sie erblindete. Ihre freie Nachdichtung der »Odyssee« von Homer sorgte – bis hin zu Goethe – für einiges Aufsehen und teils geharnischte Kritik.⁸¹ Hülles 1830 erschieener Liebesroman in Briefen »Seraphine« spielt übrigens in Bremen und London.⁸² Ebenso ungewöhnlich war Marie Mindermann (1808 Bremen – 1882 Bremen), die sich mit anonym veröffentlichten Schriften in der Revolutionszeit für die demokratische Sache engagierte. Über sie liegen mehrere vertiefende Arbeiten vor.⁸³ Eine Erinnerung wert ist *Sophie Dorothea Gallwitz* (1864 Wernigerode – 1948 Fischerhude). Die ausgebildete Opernsängerin lebte seit 1900 in Bremen, wo sie sich als Musikkritikerin und Sachbuchautorin hervortat. Sie verfasste drei gut lesbare, wenn auch historisch nicht ganz genaue Bücher über Bremen und veröffentlichte 1913, sechs Jahre nach Paula Modersohn-Beckers Tod, deren Briefe und Tagebucheintragungen.⁸⁴ Sie war es, die die Künstlerin nachhaltig in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rückte. Zu ihrem umfangreichen literarischen Schaffen gehört eine Vielzahl von die Emanzipation einklagenden Artikeln zur Frauenfrage, gehören die Biografien über Betty Gleim und Cosima Wagner. Sophie Dorothea Gallwitz war während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine herausragende, stimulierende Persönlichkeit des bremischen Kulturlebens.⁸⁵

Aufsehen erregende Autoren

Heute wirkt und spielt in der Hansestadt die weltbekannte »Bremer Shakespeare Company«, früher sorgte der aus Bremen gebürtige Anglist und Shakes-

81 Hedwig Hülle, *Irrfahrten des Odysseus. Nachdichtung der Odyssee*, Bremen 1826; vgl. Edith Laudowicz, »Hülle, Margarethe Hedwig«, in: *Frauen Geschichte(n)* (wie Anm. 41), S. 183–186.

82 Vgl. H. Seedorf, »Hülle«, in: *Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts* (wie Anm. 28), S. 230 f.

83 Vgl. u. a. Johann-Günther König, »Marie Christine Mindermann«, in: ders., *Die streitbaren Bremerinnen*, Bremen 1981, S. 13–54; Truxi Knierim, *Die Revolution von Fräulein Mindermann. Ein historischer Roman*, Bremen 1998; Christine Holzner-Rabe, »Mindermann, Marie Christine«, in: *Frauen Geschichte(n)* (wie Anm. 41), S. 281.

84 Sophie D. Gallwitz, *Briefe und Tagebuchblätter von Paula Modersohn-Becker*, Hannover 1917.

85 Vgl. Johann-Günter König, »Sophie Dorothea Gallwitz«, in: ders., *Die streitbaren Bremerinnen*, Bremen 1981, S. 55–106; Bremer Frauenmuseum e.V. (Hrsg.), *Marie Mindermann und die Revolution 1848 in Bremen* (zu einer Ausstellung im Staatsarchiv), Bremen 1998; Christine Holzner-Rabe, »Gallwitz, Sophie Dorothee«, in: *Frauen Geschichte(n)* (wie Anm. 41), S. 133 f.; Edith Laudowicz über Gallwitz: http://www.bremerfrauengeschichte.de/2_Biografien/Gallwitz.html (Mai 2018).

peare-Forscher *Nikolaus Delius* (1813 Bremen – 1888 Bonn) sozusagen erst einmal für die Grundlagen dafür. Delius wuchs in Bremen auf, studierte, schrieb zwischen 1844 und 46 u. a. für die »Weser-Zeitung« und ging dann als Privatdozent nach Bonn. Schlagartig bekannt wurde er durch seine ab 1854 veröffentlichte Shakespeare-Ausgabe. Er erhielt prompt den ersten deutschen Lehrstuhl für Anglistik, wurde Mitbegründer und Vorsitzender der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft und verfasste zahlreiche Arbeiten und Übersetzungen. Seine wertvolle Shakespearesammlung stiftete er der Stadtbibliothek Bremen.⁸⁶ Ach ja, über die grandiose Fälschung einer Handschrift des Philologen *Friedrich Wagenfeld* (1810 Bremen – 1846 Bremen), die das Werk des phönizischen Geschichtsschreibers Sanchuniathon sein sollte, verrate ich nichts. Schließlich geht auf ihn auch die Geschichte der »Sieben Faulen« zurück.⁸⁷

Schon einmal von *Albert Hermann von Post* (1838 Bremen – 1895 Bremen) gehört? Er zählt zu dem illustren Kreis der Bremerinnen und Bremer, die in den vergangenen Jahrhunderten zwar vieles geleistet oder sogar bewegt haben, heute aber bestenfalls in Fußnoten von Lehrbüchern vorkommen. 1866 veröffentlichte Post den ersten Band des Entwurfs eines gemeinen deutschen und hansestadt-bremischen Privatrechts auf Grundlage der modernen Volkswirtschaft, dem bis 1871 zwei weitere und 1887 ein vierter Ergänzungsband folgten. Dieses Werk war die erste zusammenhängende Darstellung des damaligen bremischen Privatrechts mit reichhaltiger Präjudiziensammlung überhaupt.⁸⁸ Neben seiner Arbeit fand der Jurist ausreichend Zeit, zu dichten, zu lustwandeln und Konzerte zu besuchen. Und das hatte 1872 in anonym publizierten Versen Folgen:

»Mühsam lassen sie das Plappern, / Bis der letzte Ton vorbei ist, / Und man sieht's an den Gesichtern / Daß es Alles einerlei ist. / Doch kommt eine Harfenistin, / Jung und etwas ausgeschnitten, / Ei! Das ist schon etwas Andres, / Die ist immer gern gelitten ...«⁸⁹

Zu den wahrlich vergessenen, aber durchaus weiterhin literarisches Interesse verdienenden Autoren gehört *Gerhard Ouckama Knoop* (1861 Bremen –

86 Vgl. Wolfgang Clemen, »Delius, Nicolaus« in: *Neue Deutsche Biographie*, Band 3, Berlin 1957, S. 585 f.; Hermann Tardel »Delius, Nikolaus« in: *Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts* (wie Anm. 28), S. 105–108.

87 Vgl. Wilhelm von Bippen, »Wagenfeld, Friedrich« in: *Allgemeine Deutsche Biographie*, Band 40, Leipzig 1896, S. 476 f.; Wagenfeld verfasste auch: *Skizzen aus dem Bremer Volksleben*, Bremen 1845, sowie *Bremen's Volkssagen* (in der Neuauflage erläutert und kommentiert von Bernd Ulrich Hucker), Bremen 1996.

88 Vgl. A. Kühtmann, »Post, Albert Hermann«, in: *Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts* (wie Anm. 28), S. 392–395; A. Kühtmann: »Albert Hermann Post, geb. 8. Oktober 1839, gest. 25. August 1895«, in: *Brem. Jb.* 25, 1914, S. 167–183; Johann-Günther König, *An der trüben gelben Weser. Der Bremer Wissenschaftler und Dichter Albert H. Post*, Radio Bremen 1990.

89 *Bremer Leben. Satirische Gedichte* (Als Manuskript gedruckt.), Bremen 1872, S. 39.

1913 Innsbruck).⁹⁰ Er begann nach einer Tätigkeit als Chemiker ab 1893 zu schreiben und pflegte fernab in München Kontakte zu Rainer Maria Rilke, Ricarda Huch, Thomas Mann und Frank Wedekind. Im ersten Band seines Werks »Die Grenzen« – er trägt den Titel »Sebald Soekers Pilgerfahrt« – kommt kaum zufällig die vom Jugendstil geprägte bremische Gruppe der »Goldenen Wolke« zur Sprache.⁹¹ Ouckama Knoop's 1904 erschie- nener Roman »Hermann Osleb« spielt ganz offenbar in seiner Geburtsstadt. Die Titelfigur Hermann Osleb streift durch die Bremer Altstadt und hadert mit dem Gedanken, es nicht weit zu bringen:

»Er dachte an seine Brüder, die in England ein in raschem Aufsteigen begriffenes Geschäft hatten und ihn schon öfter wollten kommen lassen. Eine Art von Neid erfaßte ihn, aber dann ein Schrecken vor der Auswanderung. Er hätte wohl zu seinem Vergnügen reisen mögen; doch als rühriger Eindringling unter mißgünstigen Einheimischen zu leben, denen er das Brot wegnahm, und die von ihm sich hochmütig zurückzogen: das ging ihm wider den unbewußten, kindlichen, ererbten Stolz, der doch ein Grundzug in dem Wesen dieser äußerlich so schüchternen jungen Menschen bildete.«⁹²

Zu den ganz außergewöhnlichen und schillernden Persönlichkeiten im Bremer Kulturleben zählte in der Nachkriegszeit *Ken Kaska* (eigtl. Ernst Adolph Fuhlendorf; 1914 Itzehoe – 1978 Bremen). Als mit allen Wassern gewaschener Autor garantierte Kaska nachgerade, dass sich die Hörer Radio Bremens nie langweilen mussten. Insbesondere seine Hörspiele gewannen ihm eine treu ergebene Gemeinde, die er mit immer neuen formalen und inhaltlichen Ideen überraschte. Ganz zu schweigen von seinen Aphorismen, die allerdings überwiegend längst im Kneipengelächter verhallt sind. Oder doch nicht? – »Hüte dich vor dem goldenen Mittelweg, er tötet ein Leben lang.«⁹³

Bestseller aus Bremen

Auch wenn es in der Hansestadt nicht auffiel und von der Presse nicht gewürdigt wurde – aus Bremen gebürtige oder wahlbremische Autorinnen und Autoren, die mit ihren Werken höhere Auflagen erzielten, gab es durchaus. Zum Beispiel *Emma (Emmy) von Winterfeld* (1861 Bremen – 1937 Eberswalde).

90 Vgl. Franz Menges, »Knoop, Gerhard Ouckama«, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 12, Berlin 1980, S. 211 f.

91 Gerhard Ouckama Knoop, Die Grenzen. Bd. 1: Sebald Soekers Pilgerfahrt, Leipzig 1903; Bd. 2: Sebald Soekers Vollendung, Leipzig 1905.

92 Gerhard Ouckama Knoop, Herman Osleb, Berlin 1904, S. 17.

93 Vgl. Johann-Günther König, »Noch grau unser Tag. Ken Kaska – Leben und Werk«, in: die horen, Zeitschrift für Literatur, Kunst und Kritik, Nr. 173, 39. Jahrg., Bd. 1/1994; Johann-Günther König, Von Schwabing nach Bremen: Ken Kaska, Feature, Radio Bremen 1991; Wenn man es glaubt ist es noch schöner. Aphorismen, Gedanken & Gedichte von Ken Kaska (mit Lichtbildern von Jürgen Dewet Schmidt), Bremen 1979; erweiterte Neuauflage 1995.

Sie absolvierte die Höhere Töchterschule in Bremen, lebte ab 1888 mit ihrem Ehemann in Pommern. Ihre unterhaltenden Frauenromane und Jugendbücher erreichten teils hohe Auflagen und erschienen auch in Zeitungen. Lektüretipp: »Das Sticktüchlein der Renette Holle. Alt-Bremer Roman«. ⁹⁴ Die Enkelin von Bürgermeister Johann Smidt, *Bernhardine Schulze-Schmidt* (Pseudonym Ernst Oswald; 1846 Gut Dungen bei Bremen – 1920 Bremen) schrieb, zunächst unter dem männlichen Pseudonym, in der biedermeierlichen Zeit spielende und in der Hansestadt angesiedelte Romane, deren historisierender Ton heute keinen Anklang mehr findet. Darüber hinaus verfasste sie teils vielverkaufte (Backfisch-)Romane. ⁹⁵ Gute Erfolge auf dem Buchmarkt erzielte der Theologe und pazifistische Politiker *Emil Felden* (1874 Montigny – 1959 Bremen). Er veröffentlichte Erzählungen und Romane, die teils zahlreiche Auflagen hatten. 1907 wurde er zum Pfarrer der St. Martini Gemeinde berufen und lag fortan im ständigen Streit mit konservativen und einigen liberalen Pastoren. Emil Felden setzte sich in Wort und Schrift für die Rechte der Frauen ein und kämpfte gegen den Antisemitismus – 1921 zum Beispiel in seinem Roman »Die Sünde wider das Volk«. Nach einem mehrjährigen Zwischenspiel für die SPD in der Bremer Bürgerschaft und im Reichstag zog er sich aus der Parteipolitik zurück; 1927 erschien sein Friedrich-Ebert-Roman: »Eines Menschen Weg«. Gleich zu Beginn der NS-Diktatur wurde Felden aus dem Amt entlassen, bald darauf seine Bücher verbrannt. ⁹⁶ Wie schrieb er nicht gleich über die Menschen »im gewöhnlichen Leben«:

»Spielt da nicht jeder einzelne eine Rolle? Trägt nicht ein jeder eine Maske? Bald feiner, bald plumper? Je nach dem Persönlichkeitswerte des Maskenträgers. Bald ist diese Maske ein armseliges Stück Pappe, bald ein feines Seidenlärvchen. Immer aber verhüllt sie das Gesicht des Trägers, so daß es total verschwindet. Nur die Maske grinst uns entgegen oder lächelt uns an mit blöder Süßlichkeit. – Doch es gibt auch Ausnahmen. Es gibt Menschen – so selten sie auch anzutreffen sind – die wirklich Persönlichkeiten sind. Man erkennt sie daran, daß sie den Mut und die Kraft haben, auf diese plumpen Täuschungsmittel zu verzichten.« ⁹⁷

Der gebürtige Bremer *Otto Nebelthau* (1894 Bremen – 1943 Kaukasus) hinterließ ein vielschichtiges schriftstellerisches Werk, das auch fünf Romane umfasst, die gute Kritiken und hohe Auflagen erlebten. Allerdings verließ er

94 Emmy von Winterfeld, *Das Sticktüchlein der Renette Holle. Alt-Bremer Roman*, Band 95 von Ensslins Romane, Reutlingen 1926; vgl. Edith Laudowicz, »Winterfeld-Warnow«, in: *Frauen Geschichte(n)* (wie Anm. 41), S. 478–480.

95 Vgl. Käthe Stricker, »Schulze-Smidt, Bernhardine Cornelia Wilhelmine«, in: *Bremische Biographie 1912–1962* (wie Anm. 66), S. 474 f.; Edith Laudowicz, »Schulze-Smidt«, in: *Frauen Geschichte(n)* (wie Anm. 41), S. 400–403.

96 Vgl. Georg Huntemann, »Felden, Emil Jakob«, in: *Bremische Biographie 1912–1962* (wie Anm. 66), S. 144–147.

97 Emil Felden: *Königskinder. Briefe aus schwerer Trennungszeit einer Ehe*, Leipzig 1914 (15. Aufl.), S. 7 f.

Bremen bereits nach dem Abitur, und verfasste die meisten seiner Bücher in Süddeutschland. Immerhin widmete er der Vaterstadt einen »Bremer Kaufmannsroman«. ⁹⁸ Zu den von Bremen hervorgebrachten produktiven und erfolgreichen Autoren gehören immerhin vier, die in ihren Arbeiten prononciert nationalsozialistisches und völkisches Ideologegut propagierten: *Heinrich Christian Binder* (1880 Bremen – ca. 1948 Berlin), ⁹⁹ *Friedrich Forster-Burggraf* (1895 Bremen – 1958 Bremen), ¹⁰⁰ *Franz Fromme* (1880 Bremen – 1960 Bremen) ¹⁰¹ und *Friedrich Lindemann* (1898 Bremen – 1950 Bremen). ¹⁰²

Viel gelesene Pädagogen

Unter den Lehrern und insbesondere Reformpädagogen, die in Bremen im frühen 20. Jahrhundert wirkten, stechen mehrere auch als zu jener Zeit weit- hin bekannte Autoren heraus. *Carl Dantz* (1884 Oldenburg – 1967 Bremen) zum Beispiel, ¹⁰³ dessen 1925 erschienener autobiografischer Roman »Peter Stoll« sechs Auflagen erfuhr und ins Russische übersetzt wurde. 1930 erschien als Fortsetzung »Peter Scholl, der Lehrling«. Dantz schrieb zahlreiche Artikel über Schul- und Erziehungsprobleme sowie Gedichte und Schulspiele. ¹⁰⁴ Zu *Heinrich Scharrelmann* (1871 Bremen – 1940 Leipzig), dessen schulreform- erische Schriften und Vorträge ihn nach 1900 in ganz Deutschland bekannt

- 98 Otto Nebelthau, *Die Stadt der Wolken und Winde. Ein Bremer Kaufmannsroman*, Hamburg, Berlin, Leipzig 1928; vgl. Johann-Günther König, *Für Hobbyköche und Gartenfreunde: Otto Nebelthau*, Radio Bremen 1990.
- 99 Binder war ab den 1930er Jahren ein cleverer Vermarkter seines Talents, der vielfältige Beziehungen zu Nazis und Militärs pflegte. Der Schönemann-Verlag war deshalb nach dem Krieg nicht bereit, über ihn ein Leumundszeugnis abzugeben; vgl. Johann-Günther König, *Der Heini von Bremen: Heinrich Binder*, Radio Bremen 1997.
- 100 Über Forster-Burggraf heißt es im *Killy Literaturlexikon*, Berlin 2008 (2. Aufl.), S. 505: »Viele seiner Dramen – bes. aus der Zeit seiner Intendanz in München – zeigen in Sprache u. Thematik eine starke Affinität zur nationalsozialist. Ideologie.«
- 101 Über den in der Niederdeutschen Bewegung aktiven Franz Fromme hat Claus Schuppenhauer aufgeklärt. »Auch Eulenspiegel hat Zeit und Ort. Notizen über Erich Klahn und die »niederdeutsche Idee«, in: Erich Klahns *Ulenspiegel. Illustrationsfolgen zu Charles de Costers Roman, Wolfenbüttel 1986*, S. 13–26, hier: S. 17 ff.; vgl. Johann-Günther König, »Den kennen wir nicht nur, den lieben wir alle ...«, F. Fromme, Radio Bremen 1993.
- 102 Über den sehr NS-affinen Lindemann vgl. Johann-Günther König, »Sohn seiner Firma. Der Bremer Schriftsteller Friedrich Lindemann«, Radio Bremen 1991.
- 103 Vgl. Herbert Schwarzwälder, *Das Große Bremen-Lexikon*, Bremen 2003; im Sommer 2017 gab es in der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen die Ausstellung: »Carl Dantz – Schulreformer und Kinderbuchautor. Eine Würdigung des Bremer Reformpädagogen zum 50. Todestag.«
- 104 Carl Dantz, *Peter Scholl, ein Kinderleben. Zeichnungen von Max Graeser*, Berlin 1925; ders., *Vom glückhaften Stern. Geschichten und Verse aus Kinderland. Illustriert von Max Schwimmer*, Berlin 1927 (Büchergilde Gutenberg); ders., *Peter Scholl der Lehrling*, Bremen 1930.

machten, möchte ich nur anmerken, dass er im Frühjahr 1933 als nationalsozialistischer Fachberater für das Volksschulwesen an der »ideologischen Säuberung« der Schulbibliotheken beteiligt war.¹⁰⁵ *Konrad Weichberger* (1877 Weimar – 1948 Weimar) bereicherte das Bremer Leben mit ungewöhnlichen Lehrmethoden und erwies sich zugleich als bemerkenswerter Autor. Nachdem er 1903 Lehrer an der Oberrealschule an der Dechanatstraße geworden war, legte er bereits 1908 eine Sammlung von literarischen Texten unter dem einladenden Titel »Das Bremer Gastbett« vor.¹⁰⁶ Er wurde zwei Jahre lang Mitherausgeber der Bremer Literaturzeitschrift »Die Guldenkammer« und gab 1928 die sich ein Jahr haltende Kulturzeitschrift »Die Welle« heraus. 1930 wurde er vorzeitig in den Ruhestand entlassen. Seine vielfältigen und teils sehr lesenswerten Schriften wurden ab 1990 wieder neu aufgelegt.¹⁰⁷ *Emmy Tegtmeyer* (eigentl. Leopoldine Emilie Ernestine; 1827 Hornsmühlen – 1903 Bremen) war eine Pädagogin, die im Bremer Adressbuch erst ab 1902 als »Schriftstellerin« bezeichnet wurde. Sie schrieb historische Romane wie etwa »Die Tochter des Bürgermeisters. Eine Erzählung aus der bremischen Vergangenheit«.¹⁰⁸ Die Lehrerin *Elisabeth Segelken* (1888 Bremen – 1965 Bremen) publizierte ein Jahr vor ihrer Pensionierung das Bändchen: »Aus dem Kinderland einer Bremerin«, in dem ihre Kindheit in Grambke auflebt. »Ja, diese Segelschiffe, die so lautlos und still von der Decke im dunklen Dielenraum hingen, wie stark sind sie später beladen mit Erzählungen und Erlebnissen ganz anderer Art.«¹⁰⁹ In ihrem dritten Buch »Eine Fahrt in die Vergangenheit« finden sich detaillierte »Geschichten aus dem alten Schwachhausen«.¹¹⁰ Zu den Lehrern, die in bremischen Landen erfolgreich als Kinder- und Jugendbuchautor tätig waren, gehörte in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts *Werner Schrader* (1928 in Bremen-Aumund – 2007 Bremen).¹¹¹

105 Vgl. Susanne Enders, »Scharrelmann, Heinrich« in: *Neue Deutsche Biographie* 22 (2005), S. 579 f.; Archivmaterialien: StA Bremen 4,111 sowie »Graue Mappe«.

106 *Konrad Weichberger, Das Bremer Gastbett. Altes und Neues, Bremen 1908 u. 1990.*

107 *Konrad Weichberger, Gesammelte Schriften in Einzelausgaben, Bände 1–8.* Hrsg. von Jan Osmers, Bremen 1990–1993; vgl. die Biografie: Jan Osmers: *Konrad Weichberger – Auf ganz eigenen Wegen, Bremen 2001.*

108 Vgl. Edith Laudowicz, »Tegtmeyer, Leopoldine Ernestine (Emmy)«, in: *Frauen Geschichte(n)* (wie Anm. 41), S. 443 f.; H. Seedorf, in: *Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts* (wie Anm. 28), S. 486–488.

109 *Elisabeth Segelken, Aus dem Kinderland einer Bremerin, Bremen 1952, S. 31.*

110 *Elisabeth Segelken, Eine Fahrt in die Vergangenheit – Geschichten aus dem alten Schwachhausen, Bremen 1959; vgl. Edith Laudowicz, »Segelken«, unter: http://www.bremerfrauengeschichte.de/2_Biografien/Segelken.html*

111 Vgl. den Wikipedia-Eintrag: [https://de.wikipedia.org/wiki/Werner_Schrader_\(Autor\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Werner_Schrader_(Autor)); Michael Nagel hat die »Geschichte der Kinder- und Jugendlektüre in Bremen« umfassend erforscht, Bremen 1993.

Heimat verschriftlichen

Bemerkenswerte Autorinnen und Autoren, die in der Heimatforschung engagiert waren, hat Bremen in den vergangenen 200 Jahren immer wieder hervorgebracht. *Lüder Halenbeck* (1841 Vegesack – 1895 Bremen) begründete sie für Bremen-Nord 1874 mit seinem »Beitrag zur Heimathkunde«: »Zur Geschichte der Stadt Vegesack«. Das Werk wurde 1979 erneut aufgelegt.¹¹² Die zunächst in den »Bremer Nachrichten« publizierten volkskundlichen Skizzen des Literaten *Heinrich Helmers* (1847 Bremen – 1908 Bremen) sind nach wie vor die Lektüre wert.¹¹³ *Heinrich Hoops* (1867 Bremen – 1946 Bremen) – im Hauptberuf Pastor – sind die ersten Studien zur »Geschichte der Gemeinden Grambke und Büren«, der »Börde Lesum« und des »Bremer Blocklandes« zu verdanken.¹¹⁴ *Heinrich Tiedemann* (1878 Berlin – 1952 Bremen) studierte Germanistik und Geschichte und wurde 1909 Studienrat an der Oberrealschule Dechanatstraße. Er verfasste grundlegende Werke über die Zensur in Bremen, über Wilhelm Hauff und den Theologen und Revolutionär Rudolph Dulon.¹¹⁵ *Hanna Lampe* (eigentl. Johanne Wilhelmine; 1897 Bremen – 1996 Bremen) begann 1950 mit der Veröffentlichung profunder Aufsätze über heimatkundliche Themen (zumeist im »Bremischen Jahrbuch«) – zum Beispiel über die »Pagentorner Bauernschaft«, der »Aufruhr der Schneidergesellen in Bremen und ihre Flucht nach Hastedt« und die »Geschichte des St. Rembertistiftes«. 1979 erhielt sie für ihre langjährigen Forschungsarbeiten über »Die Dörfer Hastedt und Schwachhausen« den Bremer Preis für Heimatforschung.¹¹⁶

Über Bremer Persönlichkeiten und das parlamentarische Gebaren publizierte der Senatspressesprecher der 1960er und 70er Jahre, *Horst Adamietz* (1916 Berlin – 1985 Berlin), wichtige Arbeiten: »Das erste Kapitel. Bremische

112 Lüder Halenbeck, Zur Geschichte der Stadt Vegesack. Ein Beitrag zur Heimathkunde«, Vegesack 1874, Nachdruck Bremen 1979; Blumenthal und Schönebeck. Ein Beitrag zur bremischen Geschichte, Vegesack 1878; vgl. Alfred Kühtmann, »Halenbeck, Lüder« in: Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts (wie Anm. 28), S. 199 f. Nachlass Lüder Halenbeck im StAB unter 7, 287 – Lüder Halenbeck, Schriftsteller und Pädagoge.

113 Zusammengefasst in den beiden Bänden: Heinrich Helmers, Bremer Land und Leute. Kulturhistorische Bilder, Bremen 1904; ders., Bremer Leben, Bremen 1906; vgl. H. Seedorf, »Helmers, Heinrich« in: Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts (wie Anm. 28), S. 211 f.

114 Heinrich Hoops, Geschichte der Gemeinden Grambke und Büren, Bremen 1905; ders., Geschichte der Börde Lesum, Bremen 1909; ders., Geschichte des Bremer Blocklandes, Bremen 1927; vgl. die Grambker Enzyklopädie: <https://bremen-grambke.de/Heinrich+Hoops>; Johannes Hägermann, »Hoops, Heinrich« in: Bremische Biographie 1912 – 1962 (wie Anm. 66), S. 241 f.

115 Vgl. Friedrich Prüser, »Tiedemann, Heinrich«, in: Bremische Biographie 1912 – 1962 (wie Anm. 66), S. 522 f.

116 Hanna Lampe, Die Dörfer Hastedt und Schwachhausen. Monographien der Wittheit zu Bremen, Bd. 14, Bremen 1981; vgl. Ute Domdey »Hanna Lampe« unter: <http://bremer-frauenmuseum.de/2017/03/22/lampe-johanne-wilhelmine-genannt-hanna/>.

Bürgerschaft«, »Die fünfziger Jahre. Bremer Parlamentarier 1951–1959« und »Freiheit und Bindung. Adolf Ehlers«. ¹¹⁷ Eine Art Sonderrolle spielt *Hermann Gutmann* (1930 Bremerhaven – 2013 Bremen). Der im bremischen Raum populäre Autor verfasste ab 1985 zahlreiche Bücher bzw. »Geschichten« über Bremen und Norddeutschland. Dass seine anekdotische Erzählweise den historischen Wahrheiten tatsächlich immer sehr nahe kommt, darf bezweifelt werden. Ungemein fleißig war Gutmann – sein Eintrag bei der Deutschen Nationalbibliothek umfasst über 120 Veröffentlichungen. ¹¹⁸

Meister des Übersetzens

Übersetzer gehören zu Bremen wie der vermutlich bretonische Paladin Roland, den *Karl Lerbs* gern als Titelfigur seiner Anekdoten nutzte – im Übrigen übertrug er Werke von Oscar Wilde ins Deutsche. Von den beiden großen Übersetzern *Otto Gildemeister* und *Rudolf Alexander Schröder* war bereits die Rede – aber nur am Rande von einem auch hervorragenden Vertreter dieser Zunft: *Edmund Ruete* (1858 Bremen – 1910 Bremen). Nachdem er in Bonn und Straßburg klassische Philologie und Geschichte studiert hatte, legte er 1883 seine Staatsprüfung ab und begann bald darauf die Lehrtätigkeit am Bremer Gymnasium. ¹¹⁹ Ruete, der über die Korrespondenz Ciceros promovierte, ist vor allem als Übersetzer von Robert Burns (1890) und Robert Browning (1894) hervorgetreten. Hier eine Kostprobe aus seiner Übertragung von Brownings »Rattenfänger von Hameln«:

»II. Ratzen! / Sie jagten die Hunde und fraßen die Katzen / Und bissen die Kinderlein in der Wiegen / Und stahlen die Suppe, frech wie die Spatzen / Dem Koch aus dem Löffel, kein Käse blieb liegen.« ¹²⁰

Als ebenso bedeutender Übersetzer trat *Georg Ludwig Wolde* (genannt Lutz; 1884 Bremen – 1949 Ebenhausen) hervor. ¹²¹ Der vielseitig begabte Künstler gründete mit Willy Wiegand die – in München ansässige – legendäre »Bremer

117 Horst Adamietz, *Das erste Kapitel. Bremische Bürgerschaft*, Bremen 1975, ders., *Die fünfziger Jahre. Bremer Parlamentarier 1951–1959*, Bremen 1978; ders., *Freiheit und Bindung. Adolf Ehlers*, Bremen 1978; vgl. den Eintrag in wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Horst_Adamietz.

118 Siehe: <http://www.dnb.de>; vgl. den wikipedia-Eintrag: https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Gutmann

119 Vgl. Franz Brümmer, *Lexikon der deutschen Dichter und Prosaisten vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart*. Bd. 6, 6. Aufl. Leipzig 1913, S. 90; *Die Correspondenz Ciceros in den Jahren 44 und 43. Historische Dissertation zur Erlangung der Doctorwürde bei der Philosophischen Facultät der Kaiser-Wilhelms-Universität Strassburg*. Eingereicht von Edmund Ruete (Classic Reprint; Forgotten Books) 2018.

120 *Ausgewählte Gedichte von Robert Browning*. Übersetzt von Edmund Ruete, Bremen 1894 (Nachdruck durch Historical Print Editions der British Library), S. 15.

121 Vgl. Hans-Jürgen Seekamp: »Wolde, Georg Ludwig«, in: *Bremische Biographie 1912 – 1962* (wie Anm. 66), S. 120–122.

Presse«¹²² und schrieb einige Romane und Gedichte (den Nachdruck seiner Lyrik untersagte er testamentarisch). Vor allem aber übertrug er antike Texte von Aischylos, Pindar, Euripide sowie Arbeiten der italienischen Schriftsteller Leopardi und Pirandello.

Zu den hervorragenden Übersetzern des 20. Jahrhunderts gehört *Hans Jürgen Schütz* (1936 Wilhelmshaven – 2004 Bremen). Er arbeitete nach dem Studium der Germanistik und Anglistik als Buchhändler und von 1972 bis 1975 als Verlagslektor. Seit 1976 war er als freier Schriftsteller, Publizist und Übersetzer tätig. Der Wahlbremer erarbeitete für mehrere namhafte Verlage mehr als dreißig Übersetzungen aus dem Englischen – zum Beispiel von den Autoren Philip Kerr, Tad Williams, J. R. R. Tolkien und Patricia A. McKillip. Neben Margaret Carroux und Wolfgang Krege zählte Schütz zum »Dreigestirn der großen deutschen Tolkien-Übersetzer«.¹²³ Er machte sich zudem einen Namen als Verfasser von Sachbüchern wie »Ein deutscher Dichter bin ich einst gewesen. Vergessene und verkannte Autoren des 20. Jahrhunderts« und »Juden in der deutschen Literatur. Eine deutsch-jüdische Literaturgeschichte im Überblick«.¹²⁴

Als Übersetzer wirkte nicht zuletzt der auch als Vorleser und Essayist geschätzte *Jürgen Dierking* (1946 Bremen – 2016 Bremen).¹²⁵ Er gründete 1994 den »Treff Bremer ÜbersetzerInnen«. Dierking war seit den 1970er Jahren eine feste Größe im Bremer Kulturleben – sowohl als Mitarbeiter des »Bremer Literaturkontors« wie auch als Mitbegründer der Zeitschrift für Literatur »Stint« und der Friedo-Lampe-Gesellschaft. Er übersetzte vor allem Werke von Sherwood Anderson, Sujata Bhatt und Charles Baxter.¹²⁶

Aktiv in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Der Autor *Hans Meier* (1914 Bremen – 2000 Bremen) war der Sohn eines Maurers. Er wurde Mitglied der KPD, beteiligte sich 1933 am Untergrundkampf gegen den Nationalsozialismus, kam in Haft und entdeckte dort seine

122 Vgl. Josef Lehnacker, *Die Bremer Presse. Königin der deutschen Privatpressen*, München 1964.

123 Vgl. Ardapedia, die offene Tolkien-Enzyklopädie, http://ardapedia.herr-der-ringe-film.de/index.php/Hans_J._Schütz (Mai 2018).

124 Hans J. Schütz, *Ein deutscher Dichter bin ich einst gewesen. Vergessene und verkannte Autoren des 20. Jahrhunderts*, München 1988; ders., *Verbotene Bücher. Eine Geschichte der Zensur von Homer bis Henry Miller*, München 1990; ders., *Juden in der deutschen Literatur. Eine deutsch-jüdische Literaturgeschichte im Überblick*, München 1992; vgl. die Biobibliographie unter: <http://www.dnb.de/>

125 Vgl. den Eintrag: <http://www.literaturhaus-bremen.de/autor/jurgen-dierking> (Mai 2018). Der Nachlass Jürgen Dierking befindet sich im StAB unter 7,279 – Dierking, Jürgen, Schriftsteller und Übersetzer.

126 Vgl. Katalog der Deutschen Nationalbibliothek; Johann-Günther König, »Die Augen voll Traum und Schlaf«. Nachruf auf Jürgen Dierking (1. 9. 1946 – 14. 6. 2016), <https://nds-bremen.verdi.de/++file.../Nachruf%20JürgenDierking%20Juni%202016.pdf> (Mai 2018).

Liebe zur Literatur. Nach Kriegsende nahm er seine politische Tätigkeit wieder auf, beteiligte sich an der Gründung der »Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus« und engagierte sich gewerkschaftlich. Seine Reportagen und Kurzgeschichten, die zeitlich in der Kriegs- und Nachkriegszeit angesiedelt sind, lohnen die Lektüre.¹²⁷ *Otmar Leist* (1921 Bremen – 2012 Bremen) fand mit seinen Gedichten nachhaltig in der Friedensbewegung Gehör und stimulierte das Bremer Kulturleben über dreißig Jahre lang mit dem »Literatref« im Wiener Hofcafé. Einer seiner zahlreichen Gedichtbände trägt den wegweisenden Titel »Die Stadt für uns«.¹²⁸ *Henning Grunwald* (eigentlich Hans-Henning Glade; 1942 Bremen – 2009 Bremen) wurde von Adolf Muschg gefördert und verfasste Romane, Essays und Gedichte. Zur 450-Jahr-Feier des Alten Gymnasiums steuerte er den Essay bei: »Im Garten der Bibliothek von Alexandria«.¹²⁹ Zu den letzten eigenständigen Veröffentlichungen des seelisch schwer erkrankten Autors gehörte der Gedichtband »Der Narr wirds schon reimen«.¹³⁰ 1969 zog mit *Rüdiger Kremer* (1942 Schwerte – 1999 Bremen) ein Autor von Hör- und Fernsehspielen, Lyrik- und Prosabänden in die Hansestadt, der bald darauf als Leiter der Hörspielabteilung von Radio Bremen den »Bremer Stil« mitprägte. »Aber das bleibt unter uns«, pflegte Kremer zu sagen, wenn er einmal wieder ein mit Preisen ausgezeichnetes Hörspieltalent entdeckt hatte.¹³¹ Die Schauspielerin und Lyrikerin *Brigitte Röttgers* (1943 Köln – 2014 Berlin) bereicherte jahrzehntelang das bremische Kulturleben – auf der Bühne und im Rahmen literarischer Veranstaltungen, im Kolleginnen- und Kollegenkreis. Seit Beginn der 1980er Jahre engagierte sie sich sowohl im von ihr mitbegründeten Bremer Literaturkontor als auch im Verband deutscher Schriftsteller (VS).¹³² *Detlef Wolff* (1934 Thale – 2004 Bremen) erwies sich als bremischer Großmeister des Kriminalromans. Zwischen 1978 und 1995 veröffentlichte der langjährige Kulturredakteur des »Weser-Kuriers« vierzehn Krimis mit dem Helden Gernot Katenkamp im Rowohlt Verlag.¹³³

127 Hans Meier, *Kolonie Raffgier*, illustriert von Nico Timm und einem Nachwort von Thomas Metscher, Fischerhude 1976; ders., *Damals im April. Alltagsgeschichten von kleinen und großen Gaunern, von Krieg und Frieden und vom Widerstand*. Mit 12 Illustrationen von Niko Timm. Hrsg. vom Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Köln 1990; vgl. die Kurzbiobib unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Meier.

128 Otmar Leist, *Die Stadt für uns*, Fischerhude 1981; vgl. die Kurzbiobib unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Otmar_Leist

129 Henning Grunwald, »Im Garten der Bibliothek von Alexandria«, in: *450 Jahre Altes Gymnasium zu Bremen. 1528–1978*, Bremen 1978, S. 183–190.

130 Henning Grundwald, *Der Narr wirds schon reimen*, Stuttgart 1982; vgl. die Kurzbiobib unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Henning_Grunwald

131 Vgl. Nachruf: »Radio-Bremen-Hörspielchef Rüdiger Kremer ist tot, TAZ, 2. 11. 1999.

132 Vgl. Johann-Günther König, »Röttgers, Brigitte Maria«, in: *Frauen Geschichte(n)*, <http://bremer-frauenmuseum.de/2017/03/24/roettgers-brigitte-maria/> (Mai 2018).

133 Vgl. den Eintrag im Krimi-Lexikon: <http://www.krimilexikon.de/wolffd.htm> (Mai 2018).

Hans-Peter Mester (1954 Bremen – 2016 Bremen), der vielen als Ortsamtsleiter für die Stadtteile Findorff, Gröpelingen und Walle ein Begriff war, verfasste in seinen letzten Lebensjahren in der Hansestadt spielende Kriminalgeschichten mit der Hauptfigur »Franziska«. ¹³⁴

Buten winnen

Viele namhafte Bremer Autorinnen und Autoren haben ihre Werke nicht in der Hansestadt, sondern andernorts verfasst. So auch *Friedo Lampe* (Bremen 1899 – 1945 Kleinmachnow). Er gehört zu den bedeutendsten Schriftstellern, die Bremen je hervorgebracht hat. Nach dem Studium der Kunstgeschichte, Philologie und Philosophie arbeitete er bis Anfang der 1930er-Jahre als Redakteur im Schünemann-Verlag. Dann verließ er die Hansestadt, ließ sich in Stettin zum Volksbibliothekar ausbilden und arbeitete ab 1932 bei den Hamburger Öffentlichen Bücherhallen. 1934 zog Friedo Lampe nach Berlin, wo er als Lektor tätig wurde. Sein erster Roman »Am Rande der Nacht« erschien im Oktober 1933 bei Rowohlt. Kurz danach wurde er von den Nazis beschlagnahmt, weil er mit homosexuellen und anderen Anspielungen gegen die faschistische Doktrin verstieß. 1937 folgte der von der Zensur unbehelligte Roman »Septembergewitter«. Friedo Lampe, der im Krieg seine große Bibliothek verlor, wurde sechs Tage vor der Kapitulation wohl irrtümlich von einem Soldaten der Roten Armee erschossen. Sein in der Nachkriegszeit (verstümmelt) publiziertes Gesamtwerk stieß zunächst »nur« bei namhaften Autoren auf großes Interesse. ¹³⁵ Inzwischen ist auch das akademische und allgemeine Interesse an Lampe stetig gestiegen, liegen mehrere Übersetzungen in andere Sprachen und der erhaltene Briefwechsel vor und besteht die Hoffnung, dass der Autor, dessen beide Romane Bremen spiegeln, noch lange in bester Erinnerung bleibt. ¹³⁶

Zum wahrlich bemerkenswerten literaturaffinen Exporterfolg der Hansestadt trugen in den vergangenen Jahrhunderten zudem vier Persönlichkeiten bei, deren Namen in der Geschichte des deutschen Buchhandels ganz oben an

134 Vgl. Kriminetz: <https://www.kriminetz.de/personen/hans-peter-mester> (Mai 2018).

135 Friedo Lampe, *Das Gesamtwerk*, hrsg. von Johannes Pfeiffer, Hamburg 1955; erneut Reinbek 1986, mit einem Nachwort von Jürgen Dierking und Johann-Günther König.

136 Friedo Lampe, *Am Rande der Nacht*, Berlin 1934; Göttingen 1999, hrsg. von Johannes Graf. Ders., *Septembergewitter*, Berlin 1937; Göttingen 2001, hrsg. von Jürgen Dierking. Ders., *Von Tür zu Tür*, Hamburg 1946; Göttingen 2002, hrsg. von Johann-Günther König. Friedo Lampe. *Das Gesamtwerk*, Hamburg 1955, hrsg. von Johannes Pfeiffer; Reinbek 1986, mit einem Nachwort von Jürgen Dierking und Johann-Günther König. Friedo Lampe. *Briefe und Zeugnisse*, 2 Bde., hrsg. von Thomas Ehrsam, Göttingen 2018. Vgl. Friedo-Lampe-Gesellschaft (Hrsg.), *Ein Autor wird wiederentdeckt*, mit Beiträgen von Jürgen Dierking, Elisabeth Emter, Johannes Graf und Johann-Günther König, Göttingen 1999; Hans Dieter Schäfer, *Moderne im dritten Reich. Kultur der Intimität bei Oskar Loerke, Friedo Lampe und Helmut Käutner*, Mainz 2003.

stehen: *Georg Joachim Göschen* (1752 Bremen – 1828 Grimma), der Verleger von Friedrich Schiller, Johann Wolfgang von Goethe, Christoph Martin Wieland und Friedrich Gottlieb Klopstock;¹³⁷ *Ernst Rowohlt* (1887 Bremen – 1960 Hamburg), der Verleger internationaler Belletristik, von zahlreichen berühmten Autoren wie Tucholsky, Fallada und Josef Kastein;¹³⁸ *Otto von Halem* (1867 Bremen – 1914 Stuttgart), der 1907 zum Generaldirektor der angesehenen Deutschen Verlagsanstalt berufen wurde und in der Folgezeit mehrere Verlage betrieb,¹³⁹ und *Anton Kippenberg* (1874 Bremen – 1950 Luzern), der neben dem großartigen Insel-Verlag zu Leipzig auch eine berühmte Goethe-Sammlung aufbaute.¹⁴⁰ Nachdem die Töchter des 1949 zum Bremer Ehrenbürger ernannten Verlegers 1953 die Anton-und-Katharina-Kippenberg-Stiftung gegründet hatten, in die die 13000 Stücke umfassende Goethe-Sammlung einging, bekundete der Bremer Senat sein Interesse am Aufbau eines Goethe-Museums. Bezeichnenderweise erhielt jedoch Düsseldorf den Zuschlag für ein Museum mit Kippenbergs Sammlung und nicht das vom Verleger in seinen »Geschichten aus einer alten Hansestadt« gewürdigte Bremen.¹⁴¹ Seine Erben ließen den Senat wissen, die Hansestadt liege viel zu abseits vom großen Verkehr.¹⁴² Wie ärgerlich. Schließlich hatte die Wesermetropole mit *Nikolaus Meyer* (1775 Bremen – 1855 Minden) einen literarisch interessierten Arzt hervorgebracht, der um 1800 zeitweise bei der Familie Goethe in Weimar gewohnt und später von Bremen aus einen umfangreichen Briefwechsel mit ihr geführt hatte.¹⁴³ »Goethe-Meyer« verzog übrigens 1809 nicht wie zunächst geplant nach Weimar, sondern einige Jahre später nach Minden, wo er von 1817 bis 1853 das »Mindener Sonntagsblatt« herausgab und die »Westphälische Gesellschaft zur Beförderung vaterländischer Cultur« leitete.¹⁴⁴

137 Vgl. Stephan Füssel, *Georg Joachim Göschen (1752–1828) – ein Verleger der Spätaufklärung und der Klassik*, Berlin 1999.

138 Vgl. Ernst Rowohlt, *Ernst Rowohlt zum Gedächtnis*, 1. Dezember 1961. (Den Freunden Ernst Rowohlts und seines Verlages zugeeignet.) Reinbek bei Hamburg 1961.

139 Otto von Halem verfasste auch eine Monographie: *Stahlland Amerika*, Berlin 1931.

140 Vgl. Siegfried Unseld, *Anton Kippenberg: »Den Besten unserer Zeit genug thun«*, Frankfurt/M. 1999.

141 Anton Kippenberg, *Geschichten aus einer alten Hansestadt*, Leipzig 1941.

142 Vgl. den bremisch-literarischen, kritischen Blog »silvae«: <https://loomings-jay.blogspot.de>; Goethe-Museum Düsseldorf – Anton-und-Katharina-Kippenberg-Stiftung, unter: <http://www.aski.org/f-1-11-192-aski-goethe-museum-duessel-dorf.html> (Mai 2018).

143 Vgl. Hans Kasten, *Goethes Bremer Freund Nicolaus Meyer: Briefwechsel mit Goethe und dem Weimarer Kreis*, Hamburg 2014. Nicolaus Meyer veröffentlichte während seiner Bremer Jahre die Werke: *Kalloterpe. Ein polemisches Drama*, Bremen 1804; *Blüthen. Briefe und Gedichte*, 2 Bde., Bremen 1804/1814; *Schillers Todtenfeier. Auf dem Theater zu Bremen*, Bremen 1806; *Hennink der Hahn*, frei übersetzt nach dem altdeutschen Original, Bremen 1814.

144 Vgl. Bernhard Gleim / Johann-Günther König, *Goethe und die Heringe aus Bremen. Neue Geschichten aus einer alten Hansestadt*, Bremen 1989, S. 11–13.

Binnen wagen

Und wenn sie nicht gestorben wären, dann lebten sie noch heute... Auf der weitläufigen Anlage des 1872 eröffneten Riensberger Friedhofs, der nach den Worten des damaligen Planers C. Janecke »neue Hoffnung in uns wecken« soll, warten zum Beispiel Auguste Kirchhoff, Magdalena Pauli alias Marga Berck, Rudolf Alexander Schröder und Otto Gildemeister auf Besuch.¹⁴⁵ Um die hier behandelten Autorinnen und Autoren gleichsam nicht nur auf Papier und Grabsteinen verewigt zu wissen, sollte Bremen die in anderen Städten üblichen informativen Plaketten an Geburtshäusern bzw. Wirkungsstätten anbringen lassen. Und wie steht es um die noch Lebenden aus dem 20. Jahrhundert? Der von Otto Gildemeister ersonnene plattdeutsche Wahlspruch BUTEN UN BINNEN, WAGEN UN WINNEN beflügelt offenbar immer mehr mit Bremen in Verbindung gebrachte Literaten wie etwa Jürgen Alberts (1946), Michael Augustin (1953), Sven Regener (1961), David Safier (1966), Christian Schünemann (1968), Malin Schwerdtfeger (1972), Benjamin von Stuckrad-Barre (1975), Nora Bossong (1982) und nicht zuletzt Julia Engelmann (1992).

145 Vgl. Johann-Günther König, *Bremen. Literarische Spaziergänge*, Frankfurt/M. 2000, S. 206–210.

**Wasser für die Stadt am Wasser.
Zum Bau der längsten Wasserleitung Europas,
der Harzwasserleitung
zur Versorgung Bremens 1933/34**

Von Horst A. Wessel

»Trinkwasser gehört zu den elementaren Voraussetzungen für das Bestehen und die Entwicklung der Menschen«, heißt es im Geleitwort der Publikation »Die Wasserversorgung der Freien Hansestadt Bremen« aus dem Jahre 1973.¹ Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen. Nicht immer aber ist Wasser in ausreichender Menge und Qualität dort vorhanden, wo es benötigt wird. Nicht allein der Handel, insbesondere der Fernhandel mit Gütern der gewerblichen Produktion, ist ein Beleg dafür, dass Erzeugung bzw. Vorkommen auf der einen sowie Verbrauch auf der anderen Seite räumlich oft getrennt sind. Das gilt in nicht geringerem Maße auch für die Gewinnung und den Verbrauch von Wasser und Energie.

Bereits in der Antike sind erstaunliche Ingenieurleistungen vollbracht worden, um die Versorgung mit dem lebensnotwendigen Wasser sicherzustellen, denn Wasser genießbarer Qualität war die unabdingbare Voraussetzung für das Zusammenleben von Menschen in größeren geschlossenen Siedlungen. Wo dieses nicht vorhanden, jedoch die Gründung und der Fortbestand einer Siedlung aus strategischen, wirtschaftlichen oder anderen Gründen geboten war, musste in näherer oder weiterer Entfernung Wasser gewonnen sowie zu Fuß, mit Tragtieren, Fahrzeugen oder mit Hilfe entsprechender Anlagen zugeführt werden.² Als das wirtschaftlichste und insbesondere nach der Erfindung eines Verfahrens zur industriellen Fertigung von Stahlrohren erfolgreichste Mittel, Wasser aus Überschussgebieten dorthin zu transportieren, wo es dringend benötigt wurde, erwiesen sich Fernleitungen.

Bereits in der Antike wurde in den Mittelmeerländern sehr viel Wasser gebraucht, wer damals »der Bevölkerung genügend Wasser zur Verfügung

1 Alfred Ohl, Die Wasserversorgung der Freien Hansestadt Bremen. 100 Jahre zentrale Wasserversorgung 1873 bis 1973, Bremen 1973, S. 9.

2 Gerhard Eggers, Wasserversorgung im Altertum, in: Technikgeschichte. Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie, Band 25, Berlin 1936, S. 1–12; Mannesmann AG (Hrsg.), Wasser braucht man überall, Düsseldorf 1968, S. 2–37; Horst A. Wessel, Die Geschichte des Rohres, insbesondere des Mannesmannrohres, und seine Bedeutung für die moderne Wasserversorgung, in: Schriftenreihe der Frontinus-Gesellschaft, Heft 10: Symposium Entwicklung der Rohre und Rohrwerkstoffe zum zehnjährigen Bestehen der Frontinus-Gesellschaft, Köln 1986, Bergisch Gladbach 1987, S. 91–120.

stellte, machte sich sehr beliebt.«³ Auch nördlich der Alpen wurden bereits in der Antike enorme Anstrengungen unternommen, um große Städte mit Trink- und Brauchwasser zu versorgen. Ein herausragendes Beispiel ist die 13 Kilometer lange Wasserleitung aus dem Tal der Ruwer, einem kleinen Nebenfluss der Mosel, die trotz des nur 7,40 m betragenden Höhenunterschieds öffentliche Bäder, öffentliche und private Brunnen sowie die Behälter der zahlreichen Handwerksbetriebe der kaiserlichen Residenz Trier, als »Augusta Treverorum«, zuverlässig mit 30.000 Kubikmeter Wasser pro Tag speiste.⁴ Vor allem steht dafür das mit 100 Kilometern Länge größte römische Bauwerk auf deutschem Boden, nämlich der »Römerkanal« aus der Eifel nach Köln, dem wichtigen Militärstützpunkt und Handelsplatz »Colonia Agrippinensis«.⁵

Die Anfang der 1880er Jahre im Hinblick auf die Versorgung mit Trinkwasser ausgeprägten Notstandsgebiet Schwäbische Alb gebaute Alb-Wasser-Versorgung in Schwaben ist ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit. Mensch und Vieh litten auf dem Hochplateau der Schwäbischen Alb regelmäßig unter Wassermangel, weil die Niederschläge zum größten Teil im zerklüfteten Stein versickerten. Regenwasser wurde in Zisternen für den menschlichen Verzehr und in meist provisorisch gefassten Erdlöchern für die Viehtränke gesammelt – wie schlecht schließlich die Wasserversorgung war, veranschaulicht die Einschätzung eines Schultheißen: »Für uns wäre es schon noch recht; aber das Vieh will's halt nicht mehr saufen.« Das Wasser musste in der Folge aus den tieferen Tälern mühsam in Fässern hinauf transportiert werden.⁶

Die erste moderne und damals bei weitem größte Trinkwasserfernleitung Europas entstand vor etwas über 80 Jahren. Es ist die mehr als 200 Kilometer lange Harzwasserleitung, die aus der Nähe von Osterode im Harz über Hildesheim und Nienburg an der Weser nach Bremen führt. Abzweigungen von 250 km Gesamtlänge versorgten Landgemeinden und Städte sowie Gewerbebetriebe unterwegs. Bremen hatte vorher das benötigte Wasser Grundwasserbrunnen und vor allem der Weser entnommen. Letzteres war, von Hochwasserzeiten abgesehen, ursprünglich klar, farb- und geruchslos und weich, daher als Trink- und Brauchwasser sehr geschätzt.⁷ Das Wasser der städtischen und privaten Zieh- und Schöpfbrunnen war, wie der Beschreibung

3 Victor Duruy, *Die Welt der Römer*, Genf 1972, S. 44.

4 Mannesmann AG, *Wasser* (wie Anm. 2), S. 22–23.

5 Ernst Samesreuther, *Römische Wasserleitungen in den Rheinlanden*, Dr.-Ing. Diss. der Architektur-Abt. an der TH Darmstadt, 1937; Klaus Grewe, *Neue Befunde zu den römischen Wasserleitungen nach Köln. Nachträge und Ergänzungen zum »Atlas der römischen Wasserleitungen nach Köln*, in: *Bonner Jahrbuch* 191 (1991), S. 385–422; ders., *Wasser für Roms Städte. Neue Forschungsergebnisse zum römischen Aquäduktbau*, in: *Ferrum. Nachrichten aus der Eisenbibliothek »Wasserversorgung«*, Schlatt/Schweiz 2012, S. 7–15.

6 *Festschrift des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Bayerischen Riesgruppe*, Nördlingen 1963; Mannesmann AG, *Wasser* (wie Anm. 2), S. 46–50.

7 Ohl, *Die Wasserversorgung* (wie Anm. 1), S. 15.

von Merian aus dem Jahre 1653 zu entnehmen ist, »nicht so süß und bequem zum brawen⁸ und kochen.«⁹

Die Entnahme des Wassers erfolgte seit 1394 durch ein Schöpfrad unterhalb des Brückentores auf der rechten Weserseite. Es wurde durch die Strömung der Weser betrieben und hob das Wasser in einen Behälter, der sich etwa acht Meter über dem normalen Wasserstand des Flusses befand. Von dort aus wurde es in unterirdisch verlegte Holz- und Blei-, später Gussrohre eingespeist und den Abnehmern zugeleitet. Das »künstliche¹⁰ Wasserrad« hatte wegen seiner Größe¹¹ und Beschaffenheit sowie seiner Leistung von bis zu »10.000 Tonnen¹² Wasser« bereits die Aufmerksamkeit von Merian gefunden. Der Mechanikus und Technik-Autor Jacob Leupold (1674–1727) widmete dem »Großen Bremer Wasserrad« in seinem 1724 erschienenen Werk mit Beispielen herausragender Wasserbauten mehrere Seiten.¹³

Als das Wasserrad in Betrieb genommen wurde, zählte die Stadt etwa 20.000 Einwohner mit etwa 2.000 Anwesen. Davon wurden nur 212 (knapp 11%), fast ausschließlich in der Altstadt, mit Weserwasser mittels Schöpfanlage versorgt. Bis 1744 war die Bevölkerung auf etwa 28.000 Einwohner angestiegen und die Zahl der Anwesen auf knapp 4.780 angewachsen. 1800 hatte man dann etwa 30.000 Einwohner und 4.000 Anwesen gezählt. Davon waren gut 12 % an die Versorgung mit Weserwasser angeschlossen. Das bedeutet, dass immer noch der mit großem Abstand überwiegende Teil der Bevölkerung auf die privaten oder die über die Stadt verteilten öffentlichen Brunnen angewiesen war.¹⁴

Weil sich nun das Bevölkerungswachstum enorm beschleunigte, nämlich von 30.000 im Jahre 1800 auf 200.000 im Jahre 1900, musste die Versorgung mit Trinkwasser den rasch zunehmenden Bedürfnissen angepasst werden. Dass man bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts zumindest zeitweise und vor allem in einigen der Stadtteile Bremens einen Mangel hatte, hatte die im Jahre 1802 vorgelegte Denkschrift gezeigt: »Durch die Hülfe des Wasserrades und vermittels der 18 öffentlichen Pumpereyen wird... nur ein verhältnismäßig kleiner Theil der Stadt, und auch nicht dieser hinreichend, mit Weserwasser versorgt; der übrige größere Theil muß dasselbe mit beträchtlichen Kosten fahren oder tragen lassen... (außerdem ist – d. Verf.) das Wasser

8 Gemeint ist das Brauen von Bier. Das Brauen konnte nur mit sauberem Wasser gelingen, weshalb Bier Kranken als Getränk verabreicht wurde.

9 Ohl, Die Wasserversorgung (wie Anm. 1), S. 16.

10 Im Sinne von technisch kunstvoll.

11 In den Quellen wird es 40 Fuß hoch und drei Ellen breit geschätzt; das wären etwas mehr als 12 m hoch und etwas mehr als 1,70 m breit.

12 Ein Hohlmaß, dessen Größe örtlich stark schwankte; Ohl nimmt es mit 166 Liter die Tonne, also 1.660 cbm in 24 Stunden, an, in der Regel wurden meist erheblich weniger gefördert; Ohl, Die Wasserversorgung (wie Anm. 1), S. 47 u. 62.

13 Jacob Leupold, *Theatrum Machinarum Hydraulicarum. Oder Schauplatz der Wasserkünste*, Teil 1, Leipzig 1724, S. 47–50; abgebildet in: Ohl, Die Wasserversorgung (wie Anm. 1), S. 47–49.

14 Ohl, Die Wasserversorgung (wie Anm. 1), S. 21–22 u. 28.

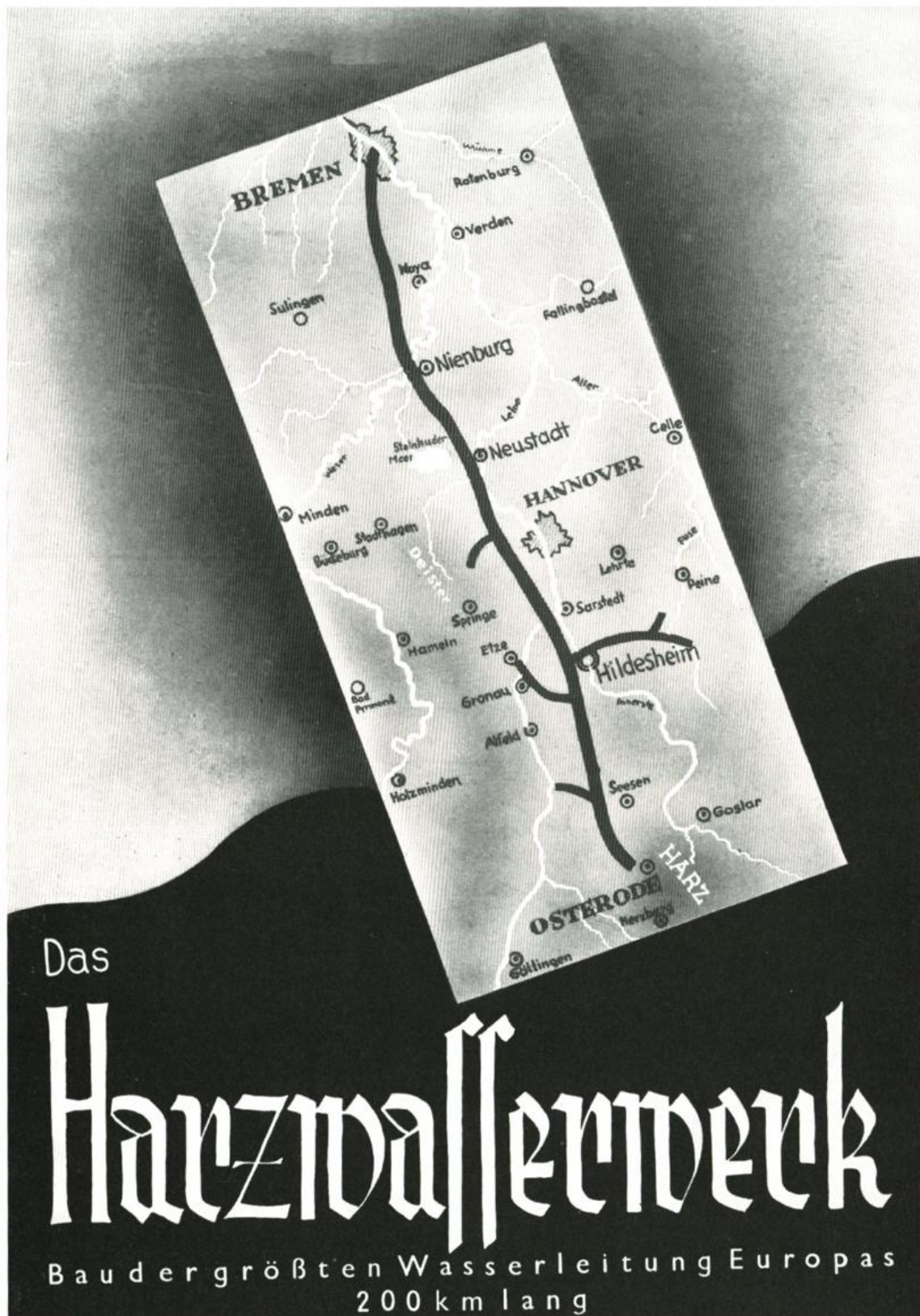


Abb. 1: Titelblatt »Das Harzwasserwerk«. Druck 1934. Mannesmann-Archiv

durch hineingeschütteten Unrath mehr oder weniger trübe geworden und zu manchem Gebrauch bereits verdorben.«¹⁵

Hinzu kam, dass das Wasserrad, weil stark witterungsabhängig, oft monatelang zeitweilig oder ganz ausfiel. Außerdem war die Anlage in die Jahre gekommen und trotz wiederholter Instandsetzung sowie einer Totalerneuerung im Jahre 1781 baufällig geworden.¹⁶ »In den letzten Jahrzehnten konnten die Interessenten nicht einmal sieben bis acht Monate im Jahr, sondern höchstens vier Monate beliefert werden...«¹⁷ Deshalb schlug der Verfasser der Denkschrift von 1802 vor, die Kosten für ein neues Wasserrad in Höhe von 7.000 Reichstalern in die Anschaffung einer Dampfmaschine zur Wasserhebung zu investieren.¹⁸ Der Wasserbedarf wurde mit im Durchschnitt 30 Eimern à 12 Liter, also mit insgesamt 48.000 Litern pro Tag, veranschlagt.¹⁹

Obwohl ein Gutachter die Ergebnisse der Denkschrift bestätigte und sich gleichfalls für eine Umstellung auf Dampfbetrieb und eine zentrale Versorgung aussprach, kam es nicht zu der befürworteten Neuinvestition – zuviele berechnete Interessen waren zu berücksichtigen und ggf. zu entschädigen. Als das Wasserrad 1822 abgebrochen werden musste, wurde es durch eine von einem Pferdegöpel betriebene Kolbenpumpe²⁰ ersetzt. Erst 1847 baute man eine neue Pumpenanlage mit Dampftrieb; auf der linken Seite oberhalb der Brücke. Auch jetzt noch wurden nicht mehr als 500 Haushalte mit Weserwasser beliefert. Bis in die erste Hälfte der 1870er Jahre handelte es sich nicht um eine staatliche, sondern um eine privatwirtschaftlich organisierte Wasserversorgung, die ohne Staatszuschüsse arbeitete.²¹ Sie versorgte nach wie vor einen örtlich und zahlenmäßig kleinen Kreis von Interessenten.

Wichtiger für die allgemeine Bedarfsdeckung mit Wasser waren immer noch die mehr als 900 (1828) öffentlichen und privaten Pump- und Ziehbrunnen. Deren Qualität war durch neue, tiefere Schächte und durch die Einführung einer geregelten Abfuhr von Unrat sowie durch den Bau einer Kanalisation verbessert worden. Aber die mit dieser Art der Versorgung verbundenen Unzulänglichkeiten, die Belastung des Grundwassers mit Chlorid und Eisen und insbesondere die durch verunreinigtes Trinkwasser fast regelmäßig auftretenden Seuchen mahnten dringend die Errichtung einer zeitgemäßen zentralen Wasserversorgung an. In Bremen waren 1834 221 Einwohner an der Cholera erkrankt und 161 von ihnen verstorben; 1848 waren es 142 erkrankte Einwohner gewesen, von denen 86 verstarben, 1866 schließlich 19, von denen zehn die Krankheit nicht überstanden. Die Ursache war in allen diesen Fällen verseuchtes Trinkwasser aus den Brunnen gewesen.²²

15 Ohl, Die Wasserversorgung (wie Anm. 1), S. 25.

16 Ebd., S. 56–58.

17 Ebd., S. 27.

18 Ebd.

19 Ebd., S. 28.

20 Auch als »Rosskunst« bezeichnet; ebd., S. 64–65.

21 Ebd., S. 28–35.

22 Ebd., S. 26–27 u. 37.

In einem Bericht aus dem Jahre 1868 wurde die Verseuchung der Brunnen in der Stadt durch Fäkalien und durch ausströmendes Gas aus den in den Straßen verlegten Gasrohrleitungen besonders hervorgehoben. »Es unterliegt bei dem jetzigen Stande der ärztlichen Wissenschaften keinem Zweifel mehr, dass in der schlechten Beschaffenheit des zur Zeit gebotenen Trink- und Nutzwassers... die Ursache vieler Krankheiten, des Typhus in seinen vielen Gestalten, der Ruhr und der Cholera, zu suchen ist.«²³

Auf Antrag der Bürgerschaft beschloss der Senat, die Planung einer zentralen Wasserversorgung, einer »Wasserkunst«²⁴, in Angriff zu nehmen. Dazu wurden Erfahrungen genutzt, die man mit derartigen Anlagen in England und auch in Hamburg gemacht hatte. Man ging von einer Verwendung von Wasser aus der Weser aus, das jedoch mittels Kies und Sand gefiltert und auf diesem Weg von den »mechanisch beigemengten Stoffen gereinigt« werden sollte. Die Anlage sollte »auf einen reichlichen Verbrauch« ausgerichtet werden, »da erfahrungsgemäß mit der leichteren und bequemeren Erlangung auch die Ansprüche an häusliche Reinlichkeit und damit der Wasserverbrauch bedeutend wachsen.« Der Abgabepreis sollte für die Privathaushalte möglichst niedrig gehalten werden, »da die Vorteile, welche dem Gemeinwesen aus größerer Reinlichkeit und vermehrter Sicherheit gegen Feuergesfahr erwachsen, reichlichen Ersatz für die im Anfang mangelnde Verzinsung des Anlagekapitals bieten²⁵, wogegen teure Preise die Minderbegüterten von der Benutzung der Anstalt abhalten, also die gemeinnützigen Vorteile verlieren lassen.«²⁶

Anfang 1866 erstattete die Deputation zur Errichtung der Wasserleitung einen ausführlichen Bericht und mahnte, die Anlage nicht hinauszuzögern, »Bremen dürfe hinter anderen Städten nicht zurückstehen²⁷. Eine allgemeine Wasserleitung sei von größter Bedeutung für die Gesundheit der Bevölkerung,

23 Ebd., S. 79.

24 Der Begriff ist alt und wurde bereits im Mittelalter für das Heben von Wasser durch mit Wasser- oder Muskelkraft betriebene Pumpen verwendet, die Erbauer hießen »Kunstmeister«; G. Ehlers, Die Wasserversorgung der deutschen Städte im Mittelalter, in: Technikgeschichte (wie Anm. 2), S. 17 u. 23.

25 Man ging von einer Verzinsung von 4 % und einer Amortisation von 1 % aus, die man aus den Einkünften aufbringen wollte; ebd., S. 75.

26 Diese von dem englischen Wasserbaufachmann W. Lindley angestellten Ausgangsüberlegungen werden zit. ebd., S. 66–67.

27 In Hamburg war 1848 eine derartige Anlage in Betrieb gegangen; in den 1850er Jahren waren Berlin (1856), Würzburg (1856), Magdeburg (1859) und Altona (1859) gefolgt; 17 weitere deutsche Städte, darunter Braunschweig (1865), Breslau (1871), Essen (1864), Frankfurt am Main (1873), Halle (1869), Leipzig (1866), Lübeck (1867), Mainz (1863), München (1864), Stettin (1865), waren in der Umsetzung derartiger Projekte; Karl Wahl, Entwicklung der Wasserversorgung seit Einführung der Dampfmaschine, in: Technikgeschichte (wie Anm. 2), S. 27; Horst A. Wessel, Die Versorgung von Kommunen mit Wasser, Gas und elektrischer Energie von etwa 1850 bis 1914, in: Josef Wysocki (Hrsg.), Kommunalisierung im Spannungsfeld von Regulierung und Deregulierung im 19. und 20. Jahrhundert (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 240), Berlin 1995, S. 49–89, hier S. 51–65.

für die schnelle Beseitigung einer Feuersgefahr, für die Reinigung der Kanäle, für Wasch- und Badeanstalten, für die Kräne in den Häfen²⁸ und für mancherlei sonstige Zwecke.«²⁹ Das Wasserwerk sollte wie die Gasanstalt als selbständige kommunale Einrichtung der Stadt Bremen errichtet werden. Das Anlagekapital sollte auf dem Wege einer Anleihe beschafft und die Betriebskosten durch eine zu erhebende Wassersteuer sowie durch einen pauschalen und ggf. einen verbrauchabhängigen Betrag aufgebracht werden.³⁰

Ein Brand in der Altstadt, der, weil nicht genug Wasser zur Verfügung stand, mehr als 30 Gebäude zerstörte, mahnte zur baldigen Realisierung der Wasserversorgungsanlage. Im Dezember 1870 genehmigte der Senat 700.000 Reichsthaler für den Bau der Wasserkunst. Mit der Ausführung wurden Unternehmen aus Berlin und Bremen betraut. Am 26. November 1873 wurde das neue Wasserwerk samt Verteilungsanlage in Betrieb genommen.³¹ Nun konnte nach und nach die gesamte Stadt mit einwandfreiem Wasser versorgt werden. Das wirkte sich positiv auf den Gesundheitszustand seiner Einwohner aus und es kam der weiteren, nun noch rascheren Entwicklung der Stadt zugute. 1882 hatte Bremen mehr als 112.000 Einwohner, war also Großstadt. Anlässlich der Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte im Jahre 1890 wurde festgestellt, dass sich »das Wasser der Leitung des 1873 in Betrieb genommenen Wasserwerkes ... durch große Reinheit und Schmackhaftigkeit« auszeichnet...³²

Im Jahre 1899 lieferte das Flusswasserwerk knapp 6 Mio. cbm Wasser, maximal 28.000 cbm pro Tag; versorgt wurden 167.000 Einwohner. 1905, nach fast 30-jährigem Betrieb, stellte man fest, dass »aus einem Rohwasser, ... das vier Mal im Jahre und öfter ganz undurchsichtig lehmig und sehr bakterienreich ist, das zu anderen Zeiten moorigbraun die Stadt passiert, oftmals durch enormen Algengehalt die Filtration erschwert«, ein tadelloses Trinkwasser hergestellt wird.³³ Durch die Eingemeindung von elf Ortschaften sowie die obligatorische Einführung von Spülwasserklosetts erreichte die Wasserabgabe einen neuen Höhepunkt. 1900 waren 6,3 Mio. cbm Wasser abgegeben worden, 1907 dagegen 16,1 Mio. cbm. Dazu hatten alle Anlagenteile großzügig erweitert werden müssen.³⁴

Der zunehmende, vor allem motorisierte Schiffsverkehr sowie die Industrialisierung (Kalifabriken) mit der einhergehenden dichten Besiedlung hatten jedoch zu einer Verschmutzung geführt, die den Genuss des Flusswassers selbst im abgekochten Zustand zunehmend beeinträchtigte und die gewerb-

28 Die wie in London und Liverpool mit Druckwasser betrieben werden sollten; Ohl, Die Wasserversorgung (wie Anm. 1), S. 75.

29 Ebd., S. 75–76.

30 Ebd., S. 76.

31 Ebd., S. 80–103.

32 Festschrift der 63. Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte im Jahre 1890 in der Hansestadt Bremen; zit. nach Ohl, Die Wasserversorgung (wie Anm. 1), S. 109.

33 Ohl, Wasserversorgung (wie Anm. 1), S. 127.

34 Ebd., S. 128.

liche Nutzung verwehrte. Man war sich durchaus im Klaren darüber, dass die Filterwerke keinen absoluten, sondern nur einen relativen Schutz gegen das Eindringen von Krankheitserregern boten. 1905 war die als zulässig ange-sehene Keimzahl an 99 Tagen, und zwar nicht selten beträchtlich, überschrit-ten worden und hatte die Anwendung von chemischen Klärmitteln erforderlich gemacht. Dennoch wurde weiter im großen Umfang Flusswasser verwendet. Um den Verbrauch zu reduzieren, wurde eine verbrauchsabhängige Bezah-lung eingeführt und zu diesem Zweck Wasserzähler installiert.³⁵

Die Versuche, in der Umgebung Grundwasservorkommen zu erschließen, und wie eine Reihe von anderen Städten, wie Hamburg, Berlin, Oldenburg, Wilhelmshaven, Leer und Emden, die Versorgung von Fluss- auf Grundwasser umzustellen, schlugen fehl, weil das Wasser, wie nicht nur die vielen Tee-liebhaber feststellen mussten, stark salzhaltig war; außerdem waren die Vor-kommen nicht ergiebig genug, und sie lagen auf preußischem Territorium. Auch die landeinwärts gelegenen Gemeinden und Städte in Heide, Moor und Sumpf litten wie Bremen unter einer unzureichenden Versorgung mit Trinkwasser; hier waren die Qualität gleichfalls unbefriedigend und die Men-gen nicht ergiebig genug.³⁶

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg war das Weserwasser durch die Einlei-tung der Abwässer der Kalifabriken in Niedersachsen und Thüringen so mit Chloriden belastet, dass man ernste Sorgen um das Bremer Trinkwasser ha-ben musste und die Vertreter der Stadt sich gezwungen sahen, gegen die Verursacher wirksam, auch rechtlich, vorzugehen. Es kam zu jahrelangen Auseinandersetzungen und schließlich zur Festlegung von – keine Seite zu-frieden stellenden – Höchstgrenzen für die Versalzung³⁷ des Weserwassers; außerdem verpflichtete sich die Stadt, eine von der Weser unabhängige Zu-satzwasserversorgung einzurichten. Dadurch sollten mindestens 40 % des auf 60.000 cbm festgesetzten Tagesbedarfs beschafft werden.³⁸

Eine Gewinnung von Grundwasser im Wesertal schied wegen der genann-ten Gründe aus. Dagegen verfügte man im allerdings entfernt liegenden Harz über viel mehr Wasser, als dort benötigt wurde. Im Gegenteil, im Harzvorland war es immer wieder zu Überschwemmungen mit einer Verseuchung der Brunnen und dem Ausbruch von Typhusepidemien gekommen. Deshalb hatte man bereits Anfang des 17. Jahrhunderts mit Regulierungsarbeiten be-gonnen, um Überschwemmungen zu vermeiden. Auch die in den Jahren von 1928 bis 1931 von der 1928 gegründeten Harzwasserversorgung der Provinz Hannover mit einem Aufwand von 14,7 Mio. RM gebaute Sösetalsperre bei Osterode, damals mit 25 Mio. cbm Fassungsvermögen die größte Trinkwas-sertalsperre Deutschlands, sowie später die von drei weiteren an Oker, Oder und Ecker, die gemeinsam für die Harzwasserleitung von herausragender

35 Ebd., S. 137 u. 140.

36 Mannesmann AG, Wasser (wie Anm. 2), S. 51–52.

37 Nach dem Zweiten Weltkrieg ist die in den 1920er Jahren gefundene Kompro-misslösung – 320 mg Chloride in einem Liter Wasser – in den entsprechenden Richtlinien der WHO als »Bremer Zahl« verwendet worden; ebd., S. 151.

38 Ebd., S. 143–145 u. 150.

Bedeutung werden sollten, dienten – neben der Wasserversorgung entfernterer Regionen – zunächst einmal dem Hochwasserschutz bzw. der Wasserregulierung; später kamen Stromerzeugung, schließlich auch touristische Zwecke (Wandern, Camping und Angeln) hinzu.

Jedenfalls war das dort gewonnene Wasser in hygienischer und geschmacklicher Hinsicht hervorragend. In den Berichten über den erfolgreichen Abschluss des Projekts wurden die besonderen Vorteile der Versorgung aus dem Harz hervorgehoben: »Die Entnahme erfolgt etwa 50 m unter dem Sperrenspiegel und etwa 20 m über der Sperrensohle, so dass nur kühles und klares Wasser in die Leitung gelangen kann. Durch moderne Schnellfilter und durch einen geringen Zusatz von Kalkwasser – zur Bindung der freien Kohlensäure³⁹ – erhält das Sperrenwasser eine in gesundheitlicher Hinsicht hervorragende Form. Die große Weichheit des Wassers – etwa 2° Härte – bedeutet einen beachtenswerten Vorteil nicht nur für die gewerbliche und industrielle Verwendung, sondern auch für das Wirtschaften im Haushalt, dessen Etat es durch Seifen-, Wäsche- und Brennstoffersparnis nicht unwesentlich zu entlasten vermag. Alles in allem kann das Sösewasser als qualitativ geradezu ideal angesprochen werden...«⁴⁰

Was wie eine Notstandsarbeit während der Weltwirtschaftskrise erscheint und dann von den Nationalsozialisten als ihr Erfolg propagandistisch ausgeschlachtet wurde, war lange, bevor daran zu denken gewesen war, vorbereitet, geplant und beschlossen worden. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Realisierung während der Krise fortgesetzt und nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten fertiggestellt wurde. Die ersten vom Röhrenwerk der Vereinigte Stahlwerke AG in Mülheim an der Ruhr gelieferten Rohre trugen die Aufschrift »Erster Wagen zum Bau der Fernwasserleitung der Harzwasserwerke. Arbeit und Brot durch Hitler!«

Wie bereits ausgeführt, waren die Harzwasserwerke der preußischen Provinz Hannover mit Sitz in Hildesheim 1927 gegründet und die Sösetalsperre in den Jahren 1928 bis 1931 gebaut worden. 1930 hatte Bremen die Verhandlungen über eine Teilversorgung der Stadt mit den Harzwasserwerken aufgenommen. Sie waren zunächst an den unerfüllbaren Forderungen des Wasserlieferanten gescheitert. 1933 wurde dann der Lieferungsvertrag abgeschlossen. Die Trinkwassertalsperre und die mehr als 200 km lange Fernleitung waren zusammen geplant worden. Dass sich die Verhandlungen über Letztere über Jahre hingezogen hatten, ist verständlich. Zum einen ging es um viel Geld, zum anderen waren zahlreiche Interessen in verschiedenen Territorien zu berücksichtigen. Mit dem Bau der Fernleitung, die wegen ihrer Länge und ihres beachtlichen Höhenunterschieds auch eine technische Herausforderung darstellte, hatte verständlicherweise erst nach Vertragsabschluss begonnen werden können.

Schwierigkeiten hatte nicht zuletzt die Finanzierung bereitet, obwohl die Rentabilität der Anlage wegen des hohen Wasserbedarfs der Stadt Bremen

39 Die die Rostbildung und damit eine Braunfärbung des Wassers und letztlich die Zerstörung der Rohre zur Folge hat.

40 Zit. in Mannesmann AG, Wasser (wie Anm. 2), S. 53.



Abb. 2: Propagandawagen mit den ersten Rohren der Fernwasserleitung. Foto: 1934. Mannesmann-Archiv

von täglich rund 14.000 cbm und der Trinkwassernot der inmitten von Heide, Sumpf und Moor liegenden Städte und Dörfer außer Zweifel stand. Die Weltwirtschaftskrise hatte mit ihrer hohen Arbeitslosigkeit und den dadurch notwendig gewordenen hohen Sozialaufwendungen andere Prioritäten gesetzt; die kommunalen und staatlichen Kassen waren leer. Schließlich wurden die für den Bau der größten europäischen Trinkwasserzuführungsleitung veranschlagten 16,5 Mio. RM zu etwa zwei Dritteln wegen der hohen Bedeutung im Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung durch »Öffa-Darlehen« der 1930 gegründeten staatlichen Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG⁴¹, die auch den Bau der Reichsautobahnen finanzierte, zur Verfügung gestellt; weitere rd. 1,5 Mio. RM kamen aus der sogenannten Grundförderung; der Rest wurde aus Mitteln einer früheren USA-Anleihe aufgebracht.⁴²

Der Bau der Harzwasserleitung stellte eine technische, wirtschaftliche und organisatorische Herausforderung dar. Die Leitung in einem einzigen Strang war erst möglich geworden, nachdem man zuverlässige Stahlrohre großen Durchmessers mit einem Schutz gegen aggressive Wässer herstellen konnte – gerade die von den Wasserverkäufern als großen Vorteil hervorgehobene

41 Hyeoung-Jin Kwon, Deutsche Arbeitsbeschaffungs- und Konjunkturpolitik in der Weltwirtschaftskrise. Die »Deutsche Gesellschaft für Öffentliche Arbeiten AG (Öffa)« als Instrument der Konjunkturpolitik von 1930 bis 1937, Phil. Diss. Osnabrück 2002.

42 Ohl, Die Wasserversorgung (wie Anm. 1), S. 152.

Weichheit des Sösewassers stellte an die Innenisolierung besondere Ansprüche. Hier ging es nicht allein darum, eine glatte, glänzende, geschmacks- und geruchsneutrale, sondern eine Innenauskleidung zu schaffen, die gegenüber dem stark aggressiven, von jedem Wasserwerksfachmann gefürchteten weichen Wasser völlig immun war. Die teilweise erheblichen Höhenunterschiede erforderten hohe Betriebsdrücke, auf die bei den Rohren und insbesondere den Rohrverbindungen zu achten war.

Weitere Schwierigkeiten bestanden in der außergewöhnlichen Länge der Leitung sowie in der Beschaffenheit des Geländes; denn wenn man große Umwege vermeiden wollte, dann musste diese nicht allein durch stark hügeliges Gelände, sondern streckenweise auch durch Sumpf und Moor verlegt werden. Das stellte eine besondere Herausforderung für die Verlegemannschaften dar, erforderte jedoch auch einen entsprechenden Außenschutz der in diesem Boden verlegten Rohre und der Schweißnähte. Einen beachtlichen organisatorischen Aufwand bedeutete die Abstimmung mit den Gemeinden, durch deren Gebiet die Leitung verlegt wurde, insbesondere dann, wenn diese auch noch an die Versorgung angeschlossen wurden.

Die topographischen Gegebenheiten sowie die Beschaffenheit der Böden und des über weite Strecken zu transportierenden Wassers, nicht zuletzt die durch den Bau einer Versuchsstrecke gewonnenen Ergebnisse sprachen ausnahmslos für die Verwendung von Stahlrohren, entweder mit Wassergas überlappt geschweißt oder nahtlos. Nicht nur, dass dieser Werkstoff durch seine Festigkeit, Zähigkeit und Elastizität allen anderen überlegen und auch in schwierigem Gelände bruchstabil zu verlegen war und auf Dauer größere Betriebsbeanspruchungen störungsfrei aufnehmen konnte, waren die Muffenverbindungen, die Außen- und Innenisolierungen so durchgebildet, dass sie allen Anforderungen gerecht wurden, eine Gefährdung des Werkstoffes und so der Leitung nicht zu befürchten war.⁴³

Die Sösetalsperre liegt 273 m über dem Meeresspiegel, Bremen etwa 5 m. Das stark hügelige Gelände ließ es nicht zu, für diese lange Leitung allein das natürliche Gefälle zu nutzen. Neben Hochbehältern, die gleichzeitig zum Ausgleich und zur Absenkung des statischen Drucks dienten, mussten zur Überwindung der örtlich bedeutenden Höhenunterschiede verhältnismäßig hohe, für Stahlrohre unbedenkliche, Betriebsdrücke in Kauf genommen werden. Die Verlegearbeiten wurden begünstigt und die Kosten wesentlich reduziert durch den Umstand, dass der größte Teil der zur Verwendung kommenden Stahlrohre mit 16 m doppelt so lang war wie beispielsweise die von Gussrohren; die ohnehin viel schwerer und außerdem druck- und stoßgefährdet waren. Kleinere Dimensionen wurden sogar bis zu 30 m Länge nahtlos geliefert; sie fanden insbesondere bei der Unterdükerung von Eisenbahnlinien sowie von Leine und Weser Verwendung. Sie wurden hydraulisch durch das Erdreich gepresst, ohne den Verkehr zu hemmen oder zu behindern.⁴⁴

43 Salzgitter AG - Konzernarchiv / Mannesmann-Archiv, Bestand V=Röhrenverband, Großrohr-Verband, Projekt Harzwasserleitung.

44 Ebd.

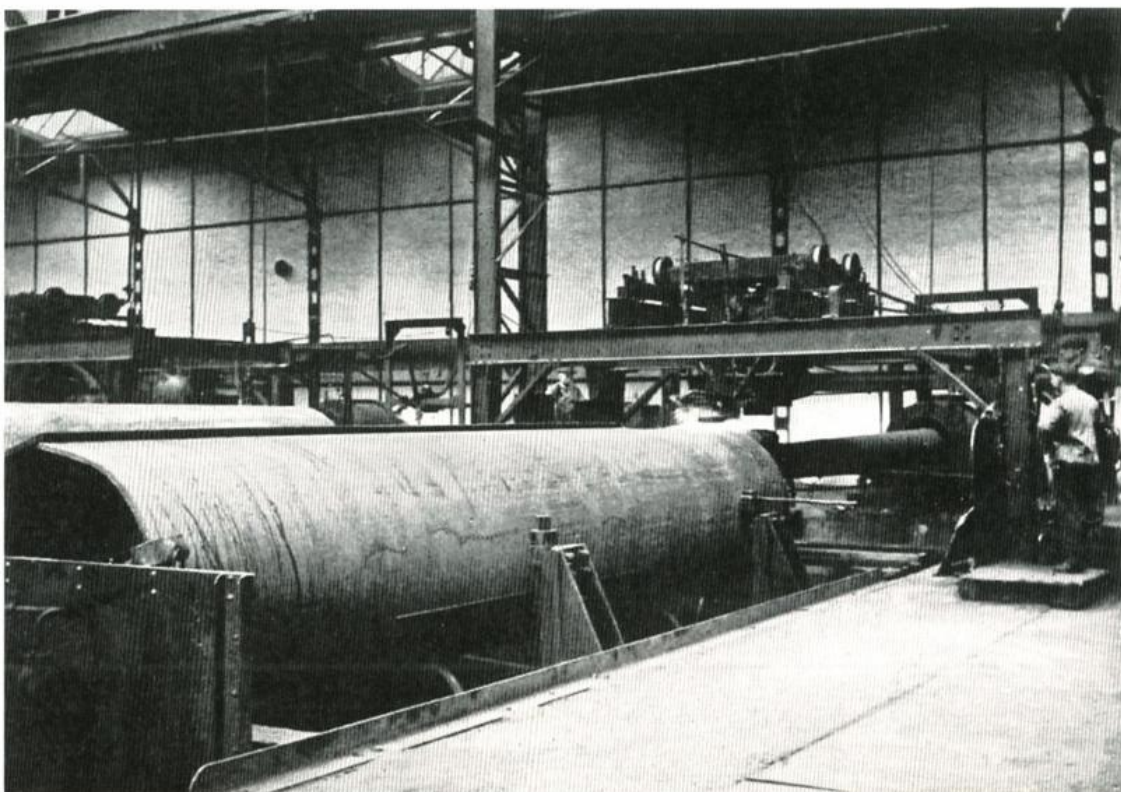


Abb. 3: Schweißen von Stahlrohren. Foto: 1934. Mannesmann-Archiv

Die Rohre lieferte offiziell die Großrohr-Verband GmbH bzw. die Röhren-Verband GmbH, beide in Düsseldorf, die Syndikate der deutschen Stahlrohrwerke; tatsächlich kamen jedoch wegen der geforderten Durchmesser und der sonstigen Bedingungen nur zwei Hersteller in Betracht, nämlich die Deutsche Röhrenwerke AG der Vereinigte Stahlwerke AG, Düsseldorf, mit ihrem Werk in Mülheim an der Ruhr sowie die Mannesmannröhren-Werke AG, Düsseldorf, mit ihrem Werk in Düsseldorf-Rath. Die Röhrenwerke hatten während der Wirtschaftskrise große Auftragseinbußen hinnehmen müssen und waren daher an größeren Lieferungen nachdrücklich interessiert. Dem Geschäftsbericht der Deutschen Röhrenwerke für das Geschäftsjahr für das Jahr 1932 ist zu entnehmen, dass die Röhrenerzeugung nur noch 70 % der des Jahres von 1910 entsprochen hatte und der Auftragsbestand nur geringfügig höher als 1931 gewesen war.⁴⁵ 1933 stieg der Röhrenumsatz um knapp 20 %; der Auftragsbestand Ende des genannten Jahre war viermal so groß wie zu Beginn des Jahres. Allerdings sah man sich »noch weit von einer ›Konjunktur‹ entfernt«. Immerhin schien die Industrie, »ihre Lebensgrundlage wiedergewonnen« zu haben. Sie war »auch als Auftraggeberin großen Stils wieder in den Wirtschaftskreislauf eingetreten.«⁴⁶

45 Ebd., Bestand R=Deutsche Röhrenwerke, Geschäftsbericht für 1932.

46 Ebd., Geschäftsbericht für 1933.

Allerdings, und daran ließ man keine Zweifel, reichten einige große Inlandsaufträge bei weitem nicht aus. Insbesondere die deutsche Stahlrohrindustrie war in hohem Maße auf Exportaufträge angewiesen. Im kontinentalen Röhrenkartell entfiel auf die deutsche Gruppe eine Quote von mehr als 50%.⁴⁷ Daher mahnte das Unternehmen: »Was fehlt, ist dasjenige Volumen an Ausfuhr, dessen das deutsche Volk und seine hochentwickelte Industrie nicht dauernd entraten können, um als Kulturnation mit und unter den anderen Völkern zu leben...« Das richtete sich nicht zuletzt gegen die von der nationalsozialistischen Regierung proklamierte Autarkiepolitik.⁴⁸ Bereits im Bericht für das Vorjahr, der nach dem Machtwechsel veröffentlicht worden war, hatte man darauf aufmerksam gemacht: »Keine noch so gebesserte Kaufkraft des Inlandes vermag den Ausfall an Arbeitsmöglichkeit auszugleichen, der für zahlreiche Industriezweige entstehen würde, wenn der Güteraustausch Deutschlands mit der übrigen Welt zum Erliegen käme.«⁴⁹ Der Reichsaußenminister hatte im April in einer Rede in Hamburg versucht gegenzusteuern: »... das Schlagwort der Autarkie, das im Ausland zu manchen Missdeutungen Anlass gegeben hat, ist heute in allen maßgebenden Kreisen überwunden, und niemand in der Reichsregierung glaubt, dass Deutschland wirtschaftlich vom Ausland isoliert werden soll und kann.«⁵⁰ Dass genau das Gegenteil der Fall war, sollte sich schon bald zeigen.

Während die Deutschen Röhrenwerke ihre vorhandene Anlage zur Herstellung von mit Wassergas überlappt geschweißten Großrohren nutzten, also keine Neuinvestition vornahmen, machte Mannesmann, obwohl im Hüttenwerk Huckingen eine nicht weniger leistungsfähige Anlage für überlappt geschweißte Rohre vorhanden war, energische Versuche, auch diese Rohre nun nahtlos herzustellen. Bereits früher hatte man den Bau einer entsprechenden Anlage geprüft, jedoch wegen des nicht wirtschaftlichen Betriebs davon Abstand genommen. Nun aber schien die Konkurrenz sich gleichfalls damit zu befassen, was Vorstand und Aufsichtsrat gegen den Rat des Werksleiters bewog, die Gelder für den Bau einer Anlage für nahtlose Rohre bis 1.500 mm Durchmesser in Düsseldorf-Rath durch die konzerneigene Maschinenfabrik Meer in Mönchengladbach zu bewilligen.

Obwohl das das Dreifache dessen war, was man bisher hatte nahtlos walzen können, konnte das neue Werk nach rd. zweijähriger Planungs- und Bauzeit Anfang 1933, also noch gerade rechtzeitig, in Betrieb genommen werden. Die Anlaufschwierigkeiten waren bald überwunden und die Rohre für die Harzwasserleitung wurden fristgerecht geliefert. Allerdings fertigte auch Mannesmann nahtlos nur bis 600 mm Durchmesser und die größeren, 700 und 800 mm, wie die Deutschen Röhrenwerke überlappt geschweißt; die

47 Horst A. Wessel, Europäische Kooperationen. Die Kartelle der Elektrotechnischen Industrie sowie der Eisen- und Stahlindustrie vor 1945, in: Hein Hoebing (Hrsg.), Europa um 1900/Europa um 2000, Düsseldorf 2015, S. 39–88, hier 72–78.

48 Wie Anm. 46.

49 Wie Anm. 45.

50 Reden des Reichsministers des Auswärtigen (Konstantin Hermann Karl von Neurath), Berlin 1934.



Abb. 4: Transport von Rohren zur Verlegung. Foto 1934. Mannesmann-Archiv

Rohrlängen betragen bei den großen nahtlosen Rohren keine 16, sondern lediglich 14 m.⁵¹ Weitere Aufträge auf großdimensionierte nahtlose Rohre, die man sich auf der Grundlage des Referenzprojekts versprochen hatte, gingen in nur höchst unzureichendem Maße ein. Bereits im Jahr der hauptsächlichen Lieferungen für die Harzwasserleitung klagten die Röhrenwerke über den »Mangel an laufenden größeren Aufträgen für den Ausbau von Gas- und Wasserversorgungen...«⁵² Mannesmann hat die Anlage, die mit wesentlich höheren Selbstkosten arbeitete als die Schweißrohrwerke, später außer Betrieb gesetzt.

Weil es sich um eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme handelte, wurde ohne Rücksicht auf die für derartige Arbeiten ungünstige Witterung im November 1933 mit der Verlegung begonnen. Es galt, möglichst umgehend neue Arbeitsplätze zu schaffen; daher wurde auch an mehreren Stellen gleichzeitig gearbeitet und zwar für die einfachen Arbeiten nach Möglichkeit unter Einsatz von Arbeitslosen aus der jeweiligen Region. Dabei wurde auf den Einsatz von großem Gerät weitgehend verzichtet. Zwar wurden die tonnenschweren Stahlrohre mit Spezialgeräten verladen und mit Raupen und Bulldozern, oft mit Vorspann, zur Baustelle gebracht, aber die Herstellung oder Befestigung und Erweiterung vieler Zufahrtsstraßen und Transportwege, das Ausheben

51 Salzgitter AG -Konzernarchiv / Mannesmann -Archiv, Bestand M 31, Fritz Rosdeck, Lebenserinnerungen (Ms) 1945, S. 97–99.

52 Ebd., M 13, Geschäftsbericht für 1934.

des Grabens und die Absetzung des Leitungsstrangs erfolgten von Hand mit Hilfe von Schaufel und Hacke bzw. Flaschenzügen, schiefen Ebenen und langen Haken.⁵³

In Bremen waren die Arbeiten von Anfang an mit großer Spannung und viel Interesse verfolgt worden. Noch vor Abschluss der Bauarbeiten im Jahre 1934, es war ein Trockenjahr, reiste eine große Abordnung des 1899 gegründeten Verbands Bremischer Bürgervereine am 3. Juni im Sonderzug nach Osterode und setzte am Ausgangspunkt der Transportleitung, am Unterwasserbecken der Talsperre, einen Gedenkstein »Zur Erinnerung an den Bau der Fernwasserleitung Osterode-Bremen 1934. Es sollen an die 500 Teilnehmer gewesen sein, die unter der Leitung des Bürgermeisters von Bremen und des Regierungspräsidenten von Hildesheim mit Instrumentalmusik und Gesang das wichtige Ereignis gefeiert haben. Außerdem hatten sie eine junge Eiche aus dem Bremischen Bürgerpark mitgebracht und eingepflanzt.⁵⁴

Eine Bremerin hat diesem Baum folgende Zeilen unter der Überschrift »Zur Weihe der Bremer Eiche an der Sösetalsperre« gewidmet:

»Aus unser'm lieben, alten Bremen
hast müssen Du Dich herbequemen.
Noch bist Du jung – doch werde stark
mach' Ehre unser'm Bürgerpark,
so stark wie's Werk hier an der Söse,
das nun – und ohne viel Getöse –
mit Wasser uns versorgen soll,
das weich und klar ist – wundervoll!
Zum Dank die alte Hansestadt
Dich hierher nun verpflanzt hat.
Steh' fest! Gewitterstürmen Du nicht weiche,
dem Vaterland symbolisch gleiche, ...«

(Henny Herr)⁵⁵

Bis heute hat sich nicht nur die damals gepflanzte und besungene Eiche zu einem mächtigen Baum weiterentwickelt, sondern auch die Harzwasserversorgung hat ihr Einzugsgebiet und die Zahl der versorgten Gemeinden und Städte noch wesentlich erweitert; sie ist mit 90 Mio. cbm jährlich aus drei Talsperren und vier Grundwasserwerken der größte Wasserversorger in Niedersachsen und gehört zu den zehn Größten in Deutschland. Die Bremer Bevölkerung, die ab 1934 einen großen Teil ihres Trinkwassers aus dem fernen Harz bezog, war nun ausreichend versorgt. Das Wasser wurde mit dem aufbereiteten Weserwasser gemischt und als von ausgezeichneter Qualität und sehr wohl schmeckend bezeichnet. Von 1935 bis 1939 kamen aus dem

53 Ebd., Bestand V=Röhrenverband, Großrohr-Verband, Bericht über das Projekt Harzwasserleitung.

54 Ohl, Die Wasserversorgung (wie Anm. 1), S. 152.

55 Abgedruckt in: H2W aktuell. Ein Informationsblatt für Kunden und Mitarbeiter der Harzwasserwerke GmbH, 5. Ausgabe 2010, S. 8.

Harz 5 Mio. cbm pro Jahr; von 1940 bis 1946 waren es sogar mehr als 6,5 cbm jährlich. Nach dem Zweiten Weltkrieg vermochten die Harzwasserwerke, den Bremer Trinkwasserbedürfnissen nur noch im immer geringer werdenden Umfang zu entsprechen; zu groß wurde trotz des Ausbaus der Gewinnungsanlagen die Nachfrage der Städte und Gemeinden im eigenen Land.⁵⁶

Ende der 1960er Jahre machte die Anlage noch einmal Schlagzeilen mit einer technischen Rekordleistung. Beim Bau der Grane-Talsperre machten es wasserwirtschaftliche Überlegungen notwendig, ihr aus der nahen Oker-Talsperre Wasser zuzuführen. Daher wurde die Oker etwa zwei Kilometer flussabwärts unterhalb der Oker-Staumauer angezapft und von diesem Punkt aus Okerwasser durch einen 7,5 Kilometer langen Tunnel in die Grane-Talsperre geleitet. Dieser Tunnel hat einen Durchmesser von mehr als drei Metern und führt durch Goslarer Schiefer und durch den außerordentlich harten und quarzreichen Kahlebergsandstein. Zum Auffahren kam eine vollmechanische Stollenvortriebsmaschine der DEMAG, 22 Meter lang und 105 Tonnen schwer, zum Einsatz. Bis zu dieser Zeit war noch kein Tunnel diesen Durchmessers in einem Hartgestein aufgeföhren worden, dessen Druckfestigkeit und dessen Quarzgehalt bei der des Kahlebergsandsteins lag.⁵⁷

Die Hansestadt wurde seit den 1950er Jahren zunehmend aus Grundwasservorkommen versorgt.⁵⁸ Anfang der 1970er Jahre stammten die 6,5 Mio. cbm zwar immer noch von den Harzwasserwerken und wurden auch über die Harzwasserfernleitung zugestellt, aber mehr als die Hälfte der Menge kam inzwischen aus niedersächsischen Grundwasserwerken. Es wurde gemischt mit dem Wasser aus eigenen kleineren Grundwasservorkommen und nach wie vor auch mit dem aufbereiteten Flusswasser. Letzteres war noch in den 1950er Jahren überwiegend, d. h. zu mehr als 70 %, verwendet worden.⁵⁹ Erst 1983 ist die Verwendung von aufbereitetem Flusswasser als Trinkwasser aufgegeben worden. Heute kommt das Bremer Trinkwasser zu etwa 80 % aus den niedersächsischen Grundwasserwerken, der übrige Teil aus dem eigenen Grundwasserwerk Blumenthal⁶⁰ in Bremen-Nord. Jedoch auch das heute von den Harzwasserwerken gelieferte Grundwasser fließt durch die vor mehr als 80 Jahren gebaute Harzwasserfernleitung nach Bremen.⁶¹

Schließen will ich mit dem humorvollen Gedicht, das Friedrich Bode dem Ursprung der Wasserversorgung, der Söse, gewidmet hat.⁶² Sie ist trotz zunehmender Grundwassereinspeisung nach wie vor die wichtigste Quelle der heutigen Harzwasserwerke GmbH in Hildesheim und damit der gesamten

56 Ohl, Die Wasserversorgung (wie Anm. 1), S. 152–155.

57 Harz-Talsperren, in: Demag-Nachrichten. Hausmitteilungen der DEMAG Aktiengesellschaft, Band 190 (1968), S. 37.

58 Wilhelm Wiederhold, Entwicklung und Bedeutung der Fernwasserversorgung Sösewerk, in: Wasserwirtschaft in Niedersachsen (1964), S. 104–108.

59 Ohl, Die Wasserversorgung (wie Anm. 1), S. 187–226.

60 Ebd., S. 197, 213–223.

61 Freundliche Auskunft der Stadtwerke der Hansestadt Bremen.

62 Abgedruckt in: H2W (wie Anm. 55), S. 9.

Region zwischen Harz und Bremen – mit Einschluss von Göttingen und der Stadt Braunschweig, deren Bürger sich 1882 gegen den Bau einer Harzwasserleitung entschieden hatten.

»Die Söse

Im Harzgebirge brockennah
entspringt das Flüsschen Söse;
wer sie nie in natura sah,
sei nicht dem Schicksal böse.

Kommst Du als Bremer nicht nach dort,
der Fluss kommt Dir entgegen,
man wird von jenem fernen Ort
ein Rohr nach Bremen legen.

Dann läuft der kleine Söse-Fluss
durch Wasserhahn und Brause;
ein wahrlich billiger Genuss:
Du hast den Harz im Hause.

Ich glaub', der kleine Söse-Fluss
ist nicht den Menschen böse
Einst war er eine Kleinheit nur,
Doch seines Wesens Reinheit pur
verdankt er künft'ge Größe!«

(Friedrich Bode)

Erneut vor Gericht: Das Devisenstrafverfahren gegen die Brüder Lahusen 1941

Von Harald Wixforth

I. Einleitung

Medien und Öffentlichkeit konnten im August 1933 einen spektakulären Prozess mitverfolgen. Angeklagt waren einer der prominenten Industriellen der Weimarer Republik, Georg Carl Lahusen, und sein Bruder Heinz. Den beiden »Bremer Wollbaronen«, Inhaber und Vorstandsmitglieder der im Sommer 1931 zusammengebrochenen Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei (Nordwolle) in Delmenhorst, warfen die Justizbehörden vor, sie hätten wissentlich die Bilanzen ihres Unternehmens gefälscht, um dessen Lage nach außen hin positiver darzustellen, als sie tatsächlich war. Sie hätten absichtlich gegen Bestimmungen des Handelsrechts verstoßen, um weitere Bankkredite zu erhalten, die ihren angeschlagenen Konzern vor dem finanziellen Zusammenbruch retten sollten. Die Verhaftung Georg Carl Lahusens und seines Bruders sowie der gegen beide angestrebte Prozess war nicht nur der letzte Akt im Konkursverfahren gegen den einst größten europäischen Textilkonzern, sondern bedeutete auch das vorläufige Ende der vormals glanzvollen Unternehmerkarriere der Lahusens und beschleunigte ihren sozialen Abstieg.¹

Lange Zeit wurden die beiden Brüder in der Wirtschaftspresse als zukunftsorientierte und dynamische Unternehmer gefeiert, Georg Carl Ende der 1920er Jahre sogar zum Präsidenten der Bremer Handelskammer gewählt. Nicht nur durch dieses Amt, sondern auch durch den Lebensstil und Habitus wurde offenkundig, dass er und sein Bruder an der Spitze des Bremer Wirtschaftsbürgertums angekommen waren. Ihr Reichtum und Wohlstand rief aber auch Kritik und Neid hervor. Ihre Lebensführung galt als »unbremisch«

1 Zum Prozess gegen die Lahusens 1933 siehe Hans-Hermann Precht, Die Wollbarone vor Gericht. Der Prozess gegen die Gebrüder Lahusen im Spiegel der zeitgenössischen Presse, in: ders. (Hrsg.), Wirtschaftskrisen 1929 und 2009, Berlin 2015, S. 21–32. Zum Zusammenbruch des Nordwolle-Konzerns im Sommer 1931 siehe Otmar Escher, Die Wirtschafts- und Finanzkrise in Bremen 1931 und der Fall Schröderbank, Frankfurt/M. 1988, S. 101–130, S. 138–151; Karl Marten Barfuss, Die Wirtschafts- und Finanzkrise in Bremen, in: Bremisches Jahrbuch, Bd. 69, 1990, S. 283–296; sowie unlängst erschienen: Harald Wixforth, Die Beziehungen der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei zu den Banken, in: IBF-Paper Series 04 - 2017, S. 1–35.

und parvenuehaft, was sich als Belastung für ihre soziale Reputation während der Wirtschafts- und Bankenkrise erweisen sollte. Nach ihrer Verhaftung und zu Beginn des Prozesses sahen sie sich mit Häme und Kritik konfrontiert, ihre unternehmerische Leistung wurde in Frage gestellt, ihre soziale Stellung und ihr Habitus waren diskreditiert.²

Anfang 1941 stand Georg Carl Lahusen erneut vor Gericht – wieder zusammen mit seinem Bruder Heinz. Im Vergleich zu dem Aufsehen erregenden Prozess nach dem Konkurs des Nordwolle-Konzerns war dieses Verfahren erheblich weniger medienwirksam. Zudem lassen sich weitere Unterschiede feststellen. Erstens waren die beiden Brüder Lahusen nicht alleine angeklagt, ja nicht einmal die Hauptbeschuldigten. Zweitens resultierten die gegen sie vorgebrachten Vorwürfe aus der spezifischen Devisen- und Währungspolitik während des NS-Regimes. Schließlich wurde das Strafverfahren gegen die Lahusens aus dem Jahre 1941 von der Forschung bisher kaum beachtet, wofür zwei Gründe maßgeblich sind. Außer dem verblüffenden Desinteresse der Historiographie am weiteren Lebensweg der ehemals schillernden »Konzernherren« nach ihrer Haft wurde die Rechtsetzung und -sprechung während des NS-Regimes bisher sträflich vernachlässigt.³

Dazu gehört auch die Wirkungsweise des während der NS-Herrschaft geltenden Devisenrechts, seine Rolle als Diskriminierungs- und Beraubungsinstrument sowie die Folgen von Verstößen gegen dessen Bestimmungen. Sowohl die Genese der einzelnen Gesetze als auch ihre Anwendungsmöglichkeiten während der nationalsozialistischen Diktatur waren aufgrund ihrer vielfach komplexen Materie bisher in erster Linie für Juristen, Rechtshistoriker und sogar einige wenige Ökonomen von Interesse. Die wirtschafts- und unternehmenshistorische Forschung musste sich mit dieser Thematik zum ersten Mal intensiv beschäftigen, als im Zusammenhang mit den in Amerika gegen deutsche Banken ab Mitte der 1990er Jahre eingereichten Sammelklagen der Devisengesetzgebung als Beraubungsinstrument eine zentrale Rolle zugewiesen wurde.⁴ Erstaunt musste die Forschung nicht nur

2 Dazu vor allem Dietmar van Reeken, *Lahusen. Eine Bremer Unternehmersdynastie 1816–1933*, Bremen 1996. Zum Verhaltenskodex der Kaufmannschaft siehe Ludwig Beutin, *Bremisches Bank- und Börsenwesen seit dem XVII. Jahrhundert. Von der Wirtschaftsgesinnung einer Stadt*, Bremen 1937; Andreas Schulz, *Vormundschaft und Protektion. Eliten und Bürger in Bremen 1750–1880*, München 2002.

3 Johannes Bähr und Ralf Banken, *Ausbeutung durch Recht? Einleitende Bemerkungen zum Einsatz des Wirtschaftsrechts in der deutschen Besatzungspolitik, 1939–1945*, in: dies. (Hrsg.), *Das Europa des »Dritten Reichs«. Recht, Wirtschaft, Besatzung*, Frankfurt/M. 2005, S. 1–30; sowie einzelne Aufsätze in diesem Band. Vergleichend und synthetisierend: Marcel Boldorf, *Neue Wege zur Erforschung der Wirtschaftsgeschichte Europas unter nationalsozialistischer Hegemonie*, in: ders. und Christoph Buchheim (Hrsg.), *Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie, 1938–1945*, München 2012, S. 1–25.

4 Harald Wixforth, *Die Banken in den abhängigen und besetzten Gebieten Europas 1938–1945. Instrumente der deutschen Hegemonie?*, in: Boldorf/Buchheim (Hrsg.), *Europäische Volkswirtschaften* (wie Anm. 3), vor allem S. 192–97; ders.,

die Existenz bisher fast unbekannter Parallelwährungen in Deutschland und ihre Rolle bei der Ausplünderung der besetzten Gebiete durch das NS-Regime zur Kenntnis nehmen, sondern sich auch mit dem Verhalten prominenter Bankiers und Unternehmer auseinandersetzen, die angeblich gegen die geltenden Devisengesetze verstoßen hatten und dafür von der NS-Justiz mit aller Härte belangt wurden.⁵

Bei den gegen Georg Carl Lahusen und seinen Bruder erhobenen Beschuldigungen handelte es sich keineswegs um einen Einzelfall, sondern um die vom NS-Herrschaftsapparat immer wieder vorexerzierte Anwendung der Devisengesetze als Diskriminierungs- und Beraubungsinstrument. Dies wirft Fragen auf, etwa ob der Tatbestand des Devisenvergehens von der nationalsozialistische Rechtsprechung nur in ihrem Sinne konstruiert wurde, um bestimmte, dem Regime unliebsame Personen gezielt zu kriminalisieren und sie damit als Akteure in Wirtschaft und Politik auszuschalten. Eine genaue Rekonstruktion der Vorwürfe und des ihnen zugrunde liegenden Sachverhalts ist daher notwendig, um das – vielleicht vermeintliche – Devisenvergehen zu beurteilen. Dies gilt auch für den Prozess gegen Georg Carl und Heinz Lahusen aus dem Jahre 1941. Dies ist umso mehr geboten, da Georg Carl Lahusen das zweite gegen ihn angestrengte Verfahren nutzte, um sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs als Opfer des Nationalsozialismus zu stilisieren, später auf Entschädigung und Wiedergutmachung zu klagen. Da er in dem Prozess nicht rechtskräftig verurteilt wurde, hielt er diese Einschätzung für gerechtfertigt. Inwieweit sie tatsächlich zutrifft, ist jedoch zu klären. Der folgende Beitrag setzt sich das Ziel, das zweite Verfahren gegen die Lahusens zu rekonstruieren und auf dieser Grundlage zu beurteilen, ob Georg Carl Lahusen und sein Bruder tatsächlich Opfer der NS-Justiz wurden.

II. Das Devisenrecht als Diskriminierungs- und Beraubungsinstrument

Die deutsche Banken- und Finanzkrise im Sommer 1931 bedeutete auch für das bisher geltende Devisenrechts eine einschneidende Zäsur. Durch die zunehmende Destabilisierung des Bankensystems und die zunehmende Kapitalflucht aus Deutschland drohte der Devisenverkehr zusammenzu-

Bankengeschichte in der Erweiterung – mit Risiken und Nebenwirkungen, in: Michael Jurk und Katrin Lege (Hrsg.), *Die Garage des Zühlener Pfarrers. Beiträge zur Geschichte und Struktur der Dresdner Bank-Überlieferung im Historischen Archiv der Commerzbank*, Dresden 2014, S. 45–60.

- 5 Vgl. dazu Ralf Banken, »Hiergegen kann nur mit freier Fahndung eingeschritten werden«. Die Arbeit der deutschen Devisenschutzkommandos 1938–1944, in: Hartmut Berghoff, Jürgen Kocka und Dieter Ziegler (Hrsg.), *Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Deutschlands und Österreichs*, München 2010, S. 377–391; Bernhard Gotto, *Adaption und Kooperation. Neue Geschäftspraktiken im »Dritten Reich«*, in: ders., Johannes Bähr und Axel Drecol, *Der Flick-Konzern im Dritten Reich*, München 2008, vor allem S. 322–371.

brechen.⁶ Daher beschloss die Regierung unter Reichskanzler Heinrich Brüning kurz nach dem Kollaps des Bankensystems, einschneidende Maßnahmen im Devisenverkehr einzuführen. Per Notverordnung vom 15. Juli 1931 durften nur noch die Reichsbank oder von ihr autorisierte Institutionen ausländische Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung erwerben, so dass der Devisenverkehr bei der Reichsbank de facto monopolisiert wurde.⁷ Mit einer weiteren Notverordnung vom 18. Juli 1931 wurde diese Regelung noch verstärkt. Diese sah vor, dass alle ausländischen Zahlungsmittel und jede Forderung in ausländischer Währung der Reichsbank anzubieten waren, das heißt bei ihr angezeigt werden mussten, sofern sie nach dem 13. Juli 1931 erworben worden waren, also nach dem Kollaps des deutschen Finanzsystems. Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen drohten zum Teil drakonische Strafen, in schweren Fällen sogar bis zu zehn Jahren Gefängnis oder Zuchthaus.⁸

Ende Juli musste die Reichsregierung jedoch feststellen, dass der Devisenabfluss anhielt. Mit Wirkung vom 1. August 1931 wurde daher eine weitere Verordnung erlassen, die den Devisenverkehr noch mehr einschränkte, zudem wurde damit ein Wechsel im Handelsverkehr sowie in der Geldpolitik eingeleitet. Zielten die ersten Maßnahmen darauf ab, möglichst rasch die Krisensymptome zu bekämpfen und das deutsche Währungssystem wieder zu stabilisieren, so begann jetzt eine Periode einer stringenten staatlichen Devisenbewirtschaftung, die bis in die 1950er Jahre andauerte. Der Kapitalverkehr mit dem Ausland wurde nun umfassend überwacht. Die Disposition und die Verfügungsmöglichkeit über Devisen sollten von staatlichen Stellen

6 Zur Bankenkrise von 1931 siehe Johannes Bähr, Die deutsche Bankenkrise 1931, in: ders. und Bernd Rudolph, 1931 – Finanzkrisen – 2008, München 2011, vor allem S. 31–78; Harald James, Die mitteleuropäische Bankenkrise von 1931 im Lichte der sich wandelnden Gegenwart, in: Berghoff/Kocka/Ziegler (Hrsg.), Wirtschaft (wie Anm. 5), S. 226–244; Harald Wixforth, Nichts gelernt? Banken in der Kritik 1931/32 und 2011/2012, in: ders. (Hrsg.), Finanzinstitutionen in der Theorielandschaft. Geld und Kapital, Bd. 11, Stuttgart 2013, S. 173–210.

7 RGBl. I 1931, S. 366, Verordnung des Reichspräsidenten über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 15. Juli 1931; Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BAB), R 8136/3798, Maßnahmen zum Devisenverkehr und zur Devisenkontrolle in Deutschland 1931 bis 1942. Ausarbeitung der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichs-Kredit-Gesellschaft, ohne Datum; Ralf Banken, Das nationalsozialistische Devisenrecht als Steuerungs- und Diskriminierungsinstrument 1933–1945, in: ders. und Johannes Bähr (Hrsg.), Wirtschaftssteuerung durch Recht im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 2006, S. 125; Hans Baldewein, Von der Notverordnung zum Außenwirtschaftsgesetz. Gestalt und Wandel der deutschen Devisenwirtschaft im Lichte der Tätigkeit einer Industrie- und Handelskammer, Duisburg 1956, S. 12/13.

8 RGBl. I 1931, S. 373, Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Kapital- und Steuerflucht vom 18. Juli 1931; RGBl. I, 1931, S. 376, Verordnung des Reichspräsidenten über die Erhebung einer Gebühr bei Auslandsreisen vom 18. Juli 1931; BAB, R 8136/3798, Maßnahmen zum Devisenverkehr und zur Devisenkontrolle in Deutschland 1931 bis 1942. Vgl. auch Banken, Das nationalsozialistische Devisenrecht (wie Anm. 7), S. 126/127.

gesteuert werden. Die hieß konkret, dass neben den bereits erlassenen Regelungen durch eine strikte Kontrolle des Zahlungsverkehrs jeglicher Transfer von Devisen ins Ausland untersagt wurde. Zudem schuf diese Verordnung die rechtliche Grundlage dafür, dass die Reichsregierung und die Reichsbank die Mittel für »Devisenaufrufe« in die Hand bekamen. Dies hieß, sollten deutsche Staatsbürger Devisenguthaben im Ausland besitzen, so mussten diese »angezeigt«, das heißt gemeldet werden. Unterhielt ein im internationalen Warenverkehr engagiertes Unternehmen, etwa die Nordwolle, bei ausländischen, hier vor allem niederländischen Banken, umfangreiche Devisenkonto, so mussten die hier verbuchten Beträge der Reichsbank gemeldet werden. Eine Unterlassung war dagegen strafbar.⁹

Mit den Verordnungen und Gesetzen zur Devisenbewirtschaftung vom Sommer und Herbst 1931 wollte der Weimarer Interventionsstaat seine dramatische Haushalts- und Finanzlage vor weiteren Gefahren schützen und einen drohenden Staatsbankrott vermeiden. Prekär war nur, dass diese Regelungen in Kraft blieben, als sich die Lage auf den Devisenmärkten und in der deutschen Kreditwirtschaft während des Jahres 1932 stabilisierte. Für die neuen nationalsozialistischen Machthaber boten die Bestimmungen zur Devisenbewirtschaftung zum einen ein willkommenes Instrument zur Abschreckung vor einem freizügigen Verkehr in Devisen und Transaktionen in ausländischer Valuta, zum anderen bildeten sie das geeignete Vehikel, um Zuwiderhandlungen – auch vermeintliche – drakonisch zu sanktionieren.¹⁰ Eine weitere Verschärfung der Rechtslage trat im Juni 1933 mit der Verabschiedung des Volksverratsgesetzes ein. Dieses bestimmte, dass jeder Staatsbürger, der mehr als 200 RM an Devisen besaß, diese »anzeigen« und bei der Reichsbank oder einer der Devisenstellen abgeben musste. Unternehmen, die im Ausland auf Devisenkonto über ein Vermögen von mehr als 1.000 RM verfügten, waren ebenfalls verpflichtet, dies zu melden. Unterlassungen waren in beiden Fällen strafbar. Ein Zugriff auf diese Vermögenswerte im Ausland war zunächst nicht möglich.¹¹

In der ersten Phase ihrer Herrschaft beschränkten sich die nationalsozialistischen Machthaber darauf, auf der Grundlage der geltenden Gesetze neue Institutionen zur Devisenbewirtschaftung zu errichten. Hierzu gehörte vor allem die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, die im Dezember 1933

9) RGBI I, 1931, S. 421–425, Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung vom 1. August 1931. Vgl. auch Banken, Das nationalsozialistische Devisenrecht (wie Anm. 7), S. 127.

10) Banken, Das nationalsozialistische Devisenrecht (wie Anm. 7), S. 130/31; Baldewein, Von der Notverordnung (wie Anm. 7), S. 15–19; Franz Pietzuch, Die Probleme der deutschen Devisenbewirtschaftung mit besonderer Berücksichtigung auf die auswärtige Handelspolitik, Greifswald 1937, S. 19/20; Dörte Döring, Deutsche Außenwirtschaftspolitik 1933–1935. Die Gleichschaltung der Außenwirtschaft in der Frühphase des nationalsozialistischen Regimes, Diss. Berlin 1969, S. 58.

11) RGBI I, 1933, S. 360, Gesetz gegen den Verrat der Volkswirtschaft vom 12. Juni 1933; Banken, Das nationalsozialistische Devisenrecht (wie Anm. 7), S. 148/49; ders., Devisenschutzkommandos (wie Anm. 5), S. 378–380.

gegründet wurde. Das Reichswirtschaftsministerium übertrug seine Kompetenzen in der Devisenbewirtschaftung sowie seine Kontroll- und Zugriffsrechte auf die neue Behörde, der zudem alle bereits bestehenden Devisenstellen unterstellt wurden. Durch diesen Schritt wollte man die Schlagkraft bei der Devisenbewirtschaftung bündeln und die Zugriffsmöglichkeiten auf eventuell vorhandene Devisenbestände erhöhen.¹² Damit war absehbar, dass die Nationalsozialisten keineswegs daran dachten, die Devisenbewirtschaftung aufzuheben und zu einem freien Waren- und Geldverkehr zurückzukehren, sondern dass sie darin einen integralen Bestandteil ihrer »neuen« und auf Autarkie zielenden Wirtschaftspolitik sahen. Aus einem Maßnahmenbündel zur Krisenintervention am Ende der Weimarer Republik wurde ein Dauerzustand.¹³

Die nationalsozialistischen Machthaber glaubten, effiziente Instrumente zu besitzen, um das Devisenrecht gezielt im Sinne ihrer Wirtschaftspolitik anzuwenden. Zudem verschärften sie durch neu erlassene Durchführungsbestimmungen den Straftatbestand des Devisenvergehens, indem auch der Transfer von geringen Geldbeträgen ins Ausland, sogar in kleinen Scheidemünzen, unter Strafe gestellt wurde. Zudem senkte man die Grenze für den Besitz an Devisen, der anzuzeigen war, von 200 RM auf 50 RM, später sogar auf 10 RM bzw. null RM (!) ab. Nun konnte sogar im äußersten Fall die Todesstrafe verhängt werden, sofern man gegen die Gesetze zur Devisenbewirtschaftung verstoßen hatte.¹⁴

Ebenso wichtig waren Veränderungen in der institutionellen Zuordnung der Devisenbewirtschaftung bzw. der Verfolgung von Devisenvergehen. Angesichts einer anhaltenden Devisenkrise bestimmte Hitler per Führererlass vom 4. April 1936 bzw. 2. Juli 1936 Hermann Göring dazu, alle erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Rohstoff- und der Devisenlage zu ergreifen. Dieser errichtete ein reichszentrales Devisenfahndungsamt und ernannte Reinhard Heydrich, Leiter des Sicherheitsdienstes der SS, zu seinem Leiter. Die dem Reichswirtschaftsministerium untergeordnete Reichsstelle für die Devisenbewirtschaftung wurde aufgelöst.¹⁵ Die Gründung des Devisenfahndungsamtes leitete auch die Instrumentalisierung des Devisenrechts

12 RGBl. I, 1933, S. 1079, Gesetz über die Errichtung einer Reichsstelle für die Devisenbewirtschaftung; Banken, Das nationalsozialistische Devisenrecht (wie Anm. 7), S. 150; Döring, Deutsche Außenwirtschaftspolitik (wie Anm. 10), S. 59/60.

13 Banken, Das nationalsozialistische Devisenrecht (wie Anm. 7), S. 174. Auf die inzwischen angeschwollene Literatur zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik kann hier nicht näher eingegangen werden. Siehe die Synthese in: Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, Berlin 2006, vor allem S. 167–199.

14 RGBl. I, 1935, S. 105, Bekanntmachung des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung und der Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Devisenbewirtschaftung vom 4. Februar 1935. Vgl. auch Banken, Das nationalsozialistische Devisenrecht (wie Anm. 7), S. 170.

15 Banken, Devisenschutzkommandos (wie Anm. 5), S. 180–184.

bei der Konfiskation jüdischer Vermögen ein. Noch vor der Reichsprogromnacht konnten Göring und Heydrich darauf verweisen, dass erhebliche Summen an Gold, Goldmünzen, Devisen und an ausländischen Wertpapieren, die bisher bei der Reichsbank und der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung nicht angezeigt worden waren, von der neuen Behörde beschlagnahmt und dem Reichshaushalt »zugeführt« worden seien. Zudem sahen sich Juden, die auswandern wollten, einer besonders rigiden Kontrolle bei ihrer Abreise ausgesetzt, um den wachsenden Schmuggel von Wertgegenständen zu unterbinden.¹⁶ Nach der Reichsprogromnacht und den danach erlassenen Gesetzen erreichte die systematische Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung sowohl im alten Reichsgebiet als auch in den inzwischen »angeschlossenen« und annektierten Territorien eine neue Dimension. Die Reichsfluchtsteuer und die »Sühneabgabe« zielten generell auf jegliche Form von Vermögenswerten in jüdischem Besitz. Zusammen mit neu errichteten Institutionen wie der Zentralstelle für jüdische Auswanderung fungierte das Devisenrecht fortan als integraler Bestandteil des Instrumentariums zur Ausplünderung und Beraubung der jüdischen Bevölkerung.¹⁷

Die Sperrmark: Entstehung und Verwendung

Die Ursprünge der Sperrmark sind ebenfalls in der Devisengesetzgebung nach dem Kollaps des deutschen Finanzsystems 1931 zu suchen. Zahlreiche deutsche Kreditnehmer hatten in den Jahren vor der Bankenkrise umfangreiche Mittel von ausländischen Gläubigern in Anspruch genommen. Diese forderten ihre Gelder nach Ablauf der Bankfeiertage Mitte Juli 1931 natürlich zurück. Die Reichsregierung untersagte jedoch mit einer Verordnung vom 20. Juli jeglichen Transfer dieser Gelder ins Ausland. Stattdessen zahlte der deutsche Schuldner bei Fälligkeit seines Kredits die anfallende Summe auf ein in Reichsmark fakturiertes Konto, das bei einer deutschen Devisenbank¹⁸ eingerichtet wurde. Die auf diesem Konto auflaufenden Beträge waren jedoch »gesperrt«, das heißt der ausländische Gläubiger konnte nicht wie gewünscht darüber verfügen. Zunächst wurde nur erlaubt, die auf einem »Sperrmarkkonto« angesammelten Gelder in Aktien und Obligationen deutscher Unternehmen und Korporationen zu investieren. Anfang 1932 gestattete

16 Jaromir Balcar, Vom Schuldigen zum Schuldner. Zur Rolle der bremischen Finanzverwaltung bei der finanziellen Ausplünderung der Juden und in der Wiedergutmachung, in: ders. (Hrsg.), Raub von Amts wegen, Bremen 2014, S. 20–38.

17 Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998; Ingo Köhler, Werten und Bewerten. Die kalte Technik der »Arisierung« 1933 bis 1938, in: Berghoff/Kocka/Ziegler (Hrsg.), Wirtschaft (wie Anm. 5), S. 316–336.

18 Unter einer Devisenbank verstand man ein Kreditinstitut, das mit besonderer Genehmigung der Reichsbank nach der Bankenkrise 1931 noch Überweisungen im internationalen Kapitalverkehr vornahm und Konten unterhielt, auf denen Beträge in Devisen verbucht wurden, so dass ein Kapitaltransfer ins Ausland möglich war.

die Reichsbankleitung jedoch, Importe aus Deutschland in andere Länder mit Sperrmark zu bezahlen.¹⁹ Dies hieß konkret, dass ausländische Gläubiger, die über ein Sperrmarkkonto in Deutschland verfügten, die hier deponierten Gelder zur Bezahlung von Importen verwenden konnten. Durch diese Regelung entstand schrittweise ein Markt für Sperrmark im Ausland. Da es sich hier nicht um eine gültige und vollkonvertible Währung handelte, wurde diese an den ausländischen Finanzmärkten mit einem Abschlag (Disagio) gehandelt, der zum Teil deutlich ausfiel. Ausländische Gläubiger bzw. Inhaber von Sperrmarkkonten standen somit vor dem Problem, bei dieser Regelung des Devisenverkehrs zu akzeptieren, dass ihre Gelder entweder in Deutschland auf einem Konto bei einer Devisenbank blockiert blieben oder als Sperrmark bei der Finanzierung von Importen ins Ausland mit einem deutlichen Abschlag transferiert wurden.²⁰

Mit der Akzentverschiebung im Devisen- und Warenverkehr nach der nationalsozialistischen Machergreifung und dem Ziel, eine möglichst umfassende Drosselung des Warenhandels zu erreichen, verlor die Sperrmark in der Mitte der 1930er Jahre an Bedeutung. Im Zuge der steigenden Repressionen gegen die jüdische Bevölkerung änderte sich dies jedoch grundlegend, vor allem nach der Reichsprogromnacht am 9. November 1938. Juden, die auswandern wollten, mussten zum einen die Reichsfluchtsteuer entrichten, zum anderen wurden ihre Guthaben bei deutschen und ausländischen Banken gesperrt. Sie konnten über die hier verbuchten Beträge nicht mehr frei disponieren. Ihre in Reichsmark denominierten Guthaben wurden zu Sperrmark. Je mehr Juden das Land verlassen wollten, desto größer wurde das Volumen der auf Sperrmark lautenden Beträge, aber auch das Disagio zwischen den Kursen der »offiziellen« Reichsmark und der Sperrmark. Zeitweilig wurden diese mit einem Abschlag von bis zu 80% zur Reichsmark gehandelt. Das heißt, wer auswandern wollte und bei den zuständigen Reichsbankstellen oder den Landesfinanzämtern den Antrag auf »Entsperrung« seines Guthabens stellte, musste damit rechnen, nur noch bis zu 20% des ursprünglichen Wertes zu erhalten. Dieser wurde an die zur Auswanderung gezwungenen Juden in RM ausgezahlt, der Rest fiel zugunsten der Reichskasse.²¹ Über das Volumen der auf Bankkonten verbuchten Sperrmarkbeträge wird heute in der Forschung ebenso diskutiert wie über die Höhe der Gewinne, die dem Reich durch die Deklaration von Reichsmark- in Sperrmarkbeträge zufließen. Auch die Sperrmark mutierte im Zuge der Verschärfung der Devisengesetzgebung von einem Instrument zur Krisenintervention und zur Sicherung der Reichsfinanzen am Ende der Weimarer Republik zu einem der wirkungsvollsten Mittel des NS-Regimes, sich in den Besitz großer Vermögenswerte zu bringen. Die Dimensionen dieser Beraubungsmethode sind bis

19 Walter Lückefahr, Sperrmark und Registermark. Ihre Entstehung, Verwendung und Liquidation, Diss., Köln 1958, S. 16–21.

20 Ebd., S. 16–22; Döring, Deutsche Außenwirtschaftspolitik (wie Anm. 10), S. 59–61.

21 Lückefahr, Sperrmark (wie Anm. 19), S. 84–89; Carl-Hermann Müller, Grundriss der Devisenbewirtschaftung, Berlin 1939, S. 167, S. 232–240.

heute noch nicht gründlich erforscht, ebenso wenig die Möglichkeiten, inwieweit Finanzinstitutionen und Privatpersonen durch ihre Anwendung davon profitierten.²²

III. Das Devisenstrafverfahren

1. Die Angeklagten

Das NS-Regime zeigte wenig Skrupel, die Bestimmungen des Devisenrechts auch gegen prominente Unternehmer und Bankiers anzuwenden, sofern die Aussicht bestand, damit die Kontrolle über ihr Vermögen zu erhalten. Das Regime ging auch gegen sie rücksichtslos vor, um ihren Besitz zu konfiszieren und ihn auf Reichsbehörden oder reichseigene Unternehmen »überzuleiten«. Dies traf auch für Georg Carl und Heinz Lahusen zu, auch wenn sie nach dem Nordwolle-Konkurs einen großen Teil ihres Vermögens verloren hatten. Zudem war ihre unternehmerische Karriere im Nationalsozialismus eher sprunghaft verlaufen. Zwar hatten sie versucht, bei ihren geschäftlichen Aktivitäten sich in die »Arisierung« jüdischer Vermögen einzuschalten, doch gelang dies nicht in dem Ausmaß und derart skrupellos, wie dies von anderen Unternehmern praktiziert worden war, etwa von Friedrich Flick oder Günther Quandt.²³

Im Gegensatz zu dem Aufsehen erregenden Prozess nach dem Zusammenbruch des Nordwolle-Konzerns richtete sich das Interesse der Justiz 1941 nicht primär gegen die beiden Brüder Lahusen, sondern gegen den Außenhandelskaufmann Johannes Waldemar Thomas und den Bankier Hans Adolf Bartram, den Inhaber des Bankhauses Hartog & Co. in Berlin. Vor allem ihm wurden gravierende Verstöße gegen das geltende Devisenrecht zur Last gelegt. Bartram zählte offenbar zur Gruppe der ehrgeizigen und dynamischen, aber auch besonders rücksichtslosen Bankiers, die darauf hofften, durch vielfach heikle Geschäftstransaktionen große Vorteile für ihr Bankinstitut und sich selber zu verschaffen, um sich persönlich zu bereichern.²⁴ 1896 in Neumünster geboren, erhielt er nach seiner Ausbildung 1926 sofort eine Stelle bei der staatseigenen Reichs-Kredit-Gesellschaft. Drei Jahre später zog es ihn ins Ausland, wo er im Iran die Leitung einer Niederlassung der Persischen Staatsbank übernahm. Interessanterweise kehrte er kurz vor Eskalation der Finanz- und Bankenkrise nach Deutschland zurück und trat erneut in den Dienst der Reichs-Kredit-Gesellschaft ein, bei der er in der Kreditabteilung

22 Müller, Grundriss der Devisenbewirtschaftung (wie Anm. 21), S. 232–240.

23 Zu Flick: Kim Christian Priemel, Flick. Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Göttingen 2007; Norbert Frei, Ralf Ahrens, Jörg Osterloh und Tim Schanetzky, Flick. Der Konzern – die Familie – die Macht, Göttingen/München 2009, vor allem S. 209–227. Zu Günther Quandt: Joachim Scholtyseck, Der Aufstieg der Quandts. Eine deutsche Unternehmerfamilie, München 2011.

24 Staatsarchiv Bremen (StAB), 4,54 - E 2227, Urteil in der Strafsache gegen den Bankier Hans Adolf Bartram, den Kaufmann Georg Carl Lahusen, den Diplom-Ingenieur Heinz Lahusen und den Kaufmann Benignus Julius Waldemar Thomas.

zum Büroleiter aufstieg. Angesichts der Verwerfungen in der deutschen Finanzwirtschaft nach der Bankenkrise und der dadurch hervorgerufenen Entlassungen zahlreicher Mitarbeiter im Sommer 1931 war dies für Bartram sicherlich ein Glücksfall.²⁵

Trotz der zu diesem Zeitpunkt eher schlechten Auspizien für eine steile Karriere im deutschen Bankwesen wollte Bartram mehr. Er verfolgte die Absicht, sich als Bankier selbständig zu machen. Die Gelegenheit dafür bot sich, als er im Juli 1934 persönlich haftender Gesellschafter des relativ kleinen Berliner Privatbankhauses Hartog & Co. wurde. Dessen jüdischer Inhaber, Paul Hartog, suchte angesichts der ersten, nach der Machtergreifung eingeleiteten Diskriminierungs- und Verfolgungswelle gegen Juden einen »arischen« Teilhaber, um sein Bankhaus vor Übergriffen der NSDAP und ihrer Organe zu schützen. Diese Strategie wählten in dieser Zeit zahlreiche Inhaber von jüdischen Privatbankhäusern.²⁶ Auch in den kommenden Monaten folgte Hartog dem Beispiel anderer prominenter jüdischer Privatbankiers. Er verkaufte seine Firma komplett an Bartram, der dafür einen Preis von etwas mehr als eine Million RM bezahlte. Ob diese Summe dem tatsächlichen Geschäftswert des Bankhauses entsprach oder ob Bartram bei dieser »Arisierung« Hartog den von ihm geforderten Preis diktierte, lässt sich dem Quellenmaterial nicht entnehmen.²⁷

Bartram konnte die Berliner Privatbank vollständig übernehmen, wandelte diese in eine offene Handelsgesellschaft um, nahm zudem zusätzliche Kapitalgeber und Anteilseigner auf. So erhielt das Münchener Privatbankhaus Martin & Co. eine Kommanditeinlage. Sein Leiter Heinz Martin genoss sowohl in der Münchener Wirtschaft als auch in der dortigen Führungsriege der NSDAP einen guten Ruf, der nicht zuletzt darauf basierte, dass neben Martin noch Wilhelm Ley, der Bruder des Chefs der deutschen Arbeitsfront (DAF), Robert Ley, zu den Vorstandsmitgliedern gehörte und dafür sorgte, dass Martin & Co. einen engen Kontakt zum »Braunen Haus« in München besaß, der Parteizentrale der NSDAP. Dies wusste auch Bartram, so dass er darauf drängte, dass sich die Münchener Privatbank an dem »entjudeten« Bankhaus Hartog beteiligte und Martin dort einen Vorstandsposten erhielt.²⁸

Nach diesen Maßnahmen konnte Bartram zunächst einige lukrative Geschäftstransaktionen für sein Institut akquirieren. Zusammen mit Martin gelang es ihm, ein Konsortium zu bilden, das 1936 das Aktienkapital einer vergleichsweise großen Regionalbank, der Deutschen Effekten- und Wechselbank in Frankfurt, von dessen jüdischem Inhaber Albert Ludwig Hahn übernahm. Dieser sah sich genötigt, seine Anteile aufgrund zunehmender antijüdischer

25 StAB 4,54 -E 2227. Urteil.

26 Dazu vor allem Ingo Köhler, Die »Arisierung« der Privatbanken im Dritten Reich. Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung, München 2005, vor allem S. 84–102.

27 Zu dem Problem, bei einer »Arisierung« einen halbwegs fairen Kaufpreis zu errechnen, siehe Köhler, Werten und Bewerten (wie Anm. 17), S. 322–326.

28 StAB 4,54 E 2227. Urteil, Vgl. auch Köhler »Arisierung« (wie Anm. 26), S. 295; ders., Werten und Bewerten (wie Anm. 17), S. 323–326.

Maßnahmen unter Wert abzustoßen.²⁹ Kurze Zeit später tauchten erste Gerüchte auf, das Bankhaus Hartog & Co. sei in unerlaubte Spermarktgeschäfte verwickelt. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, da Bartram mit seinem Antrag bei der Reichsbank erfolgreich gewesen war, den Status einer Devisenbank für sein Institut zu erhalten, das heißt, es konnte ausländische Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung für eigene Rechnung und Rechnung der Reichsbank erwerben und veräußern. Auch mit einem zweiten Schachzug wollte Bartram das Geschäftsvolumen seines Instituts steigern und dessen »standing« in der Finanzwelt verbessern. Zusammen mit holländischen Partnern, darunter ein alter Jugendfreund, eröffnete er in Den Haag eine Dependance, deren Geschäftszweck in erster Linie darin bestehen sollte, den Handel zwischen deutschen und niederländischen Firmen zu erleichtern, indem sie Forderungen im Clearingverkehr gegeneinander abrechnete. Dafür wollte sie Provisionen kassieren. Erst nach einem längeren Genehmigungsverfahren erlaubte die Devisenstelle Berlin die Gründung einer solchen Firma, jedoch unter folgenden Voraussetzungen: 1. Sie durfte weder in den Niederlanden noch in anderen europäischen Staaten direkte Kapitalinvestitionen vornehmen. Offenbar befürchtete die Behörde, dass Hartog & Co. mit ihrer Dependance in Den Haag ihrer Kundschaft, darunter auch jüdischen Auswanderern, die Möglichkeit eröffnen wollte, Gelder aus Deutschland abzurufen, ins Ausland zu transferieren und dort in langfristige Investitionsprojekte zu investieren, so dass sie vor dem Zugriff deutscher Stellen geschützt waren. 2. Jegliche Geschäftstransaktionen zwischen dem Bankhaus Hartog & Co. und ihrer niederländischen Dependance wurden zunächst untersagt bzw. bedurften der Genehmigung deutscher Behörden. 3. Hartog & Co. musste der Devisenstelle in Berlin vierteljährlich über ihre Umsätze und ihre Provisionen im Devisenverkehr Bericht erstatten. Unter diesen Bedingungen und nach dem Plazet der deutsch-niederländischen Handelskammer in Den Haag zugunsten von Hartog & Co. erteilten die Devisenstelle und der Reichskommissar für das Bankgewerbe schließlich im Sommer 1935 die Genehmigung für die Gründung der niederländischen Dependance, deren Kapitalbasis durch die Aufnahme niederländischer Kommanditisten in den folgenden Monaten verbreitert wurde.³⁰

Neben Bartram wurde in diesem Verfahren auch der Exportkaufmann Julius Waldemar Thomas angeklagt, der hier jedoch nur eine untergeordnete Rolle spielte. Nach Schulausbildung und Lehre hatte dieser 1905 eine Firma für den Exporthandel in Hamburg gegründet, die ihre Aktivitäten vor allem auf das Ostasiengeschäft konzentrierte und rasch expandierte. Während der Nachkriegsinflation errichtete Thomas ebenfalls eine Zweigstelle in den Niederlanden, um von hier aus in Gulden fakturierte Geschäfte zu organisieren und damit Zugriff auf eine feste Valuta zu bekommen. Mit der Stabilisierung der Mark im Frühjahr 1924 gingen die Erlöse der von Thomas geleiteten Firmen zurück, da es ihm offenbar nicht gelang, neue Absatzmärkte zu erschließen. In den spezifischen Bedingungen im deutschen Finanzsystem mit der Einführung

29 Köhler »Arisierung« (wie Anm. 26), S. 295.

30 StAB 4,54 -E 2227. Urteil,

der Sperrmark sah Thomas die Chance gekommen, seine beruflichen Aktivitäten durch heikle Geschäfte in dieser Ersatzwährung zu diversifizieren.³¹

Schließlich mussten sich 1941 auch die beiden Brüder Lahusen erneut vor Gericht verantworten. Nach dem Zusammenbruch der Nordwolle und der Eröffnung des Konkursverfahrens mussten sie akzeptieren, dass auch ihr persönliches Vermögen in die Konkursmasse einfluss, um die Forderungen von Gläubigern zu begleichen. Dazu zählte auch der Grundbesitz von Georg Carl und Heinz Lahusen. Dieser musste seine Villa in der Bremer Marcus-Allee an die Darmstädter und Nationalbank verpfänden,³² während der repräsentative Wohnsitz Georg Carls, das Gut Hohehorst, auf Betreiben der Bremer Hansa-Bank und der Dresdner Bank als Rechtsnachfolger der Darmstädter und Nationalbank zur Zwangsversteigerung ausgeschrieben wurde.³³ Nach ihrem Prozess und der Verbüßung ihrer Haftstrafe war die soziale Stellung der beiden Brüder im Bremer Wirtschaftsbürgertum zerstört, ihre finanziellen Verhältnisse ruiniert, wodurch die Wiederaufnahme einer unternehmerischen Tätigkeit deutlich erschwert wurde.³⁴ Zu allem Überfluss besaßen einige Banken noch immer offene Forderungen gegen die Lahusens. Zwar versuchten die beiden Brüder mit Nachdruck, eine Lösung des Problems zu erreichen, doch zeigten sich die Kreditinstitute kaum kompromissbereit. Dies galt vor allem für die Dresdner Bank. Nach der Bankenkrise von 1931 mit der Darmstädter und Nationalbank verschmolzen und unter neuer, von der Reichsregierung eingesetzten Führung, lehnte das Institut jegliche Bitten Georg Carl Lahusens und seines Bruders nach einer Umschuldung bzw. einer kulantanten Festlegung der Kreditlinien ab.³⁵

31 StAB 4,54 -E 2227, ebd.

32 Zur Verpfändung des Grundstücks Marcus-Allee 9 an die Darmstädter und Nationalbank siehe Historisches Archiv der Commerzbank AG (HAC), Akte 500/106251, Aufstellungen der Darmstädter und Nationalbank vom Juli und August 1931; HAC, Akte 500/106198, Briefe der Bremer Anwaltskanzlei Breyer, Lifschütz u. a. an die Darmstädter und Nationalbank vom 12. und 16. Juni 1931; sowie der Schriftverkehr in der Akte StAB 7,2132 - 730.

33 Nach der Eröffnung des Konkursverfahrens über die Nordwolle wurde der Bremer Hansa-Bank als einer der größten Gläubiger der Lahusens das Recht eingeräumt, die Zwangsversteigerung von Gut Hohehorst zu beantragen und das Verfahren zu betreiben. Andere Banken schlossen sich ihrem Vorgehen an. HAC, Akte 500/106250, Brief des Rechtsanwalts Arthur Schulze-Smidt an die Bremer Bank vom 7. September 1932; Brief des Amtsgerichts Bremen an die Bremer Bank vom 12. Dezember 1932. Die Bremer Hansa-Bank wurde 1927 mit dem Ziel gegründet, für den Bremer Senat Anleihen auf dem amerikanischen Kapitalmarkt zu emittieren und Kredite zu beschaffen. Vgl. dazu Escher, Wirtschafts- und Finanzkrise in Bremen (wie Anm. 1), vor allem S. 79–85.

34 Precht, Wollbarone vor Gericht (wie Anm. 1), S. 21–25. Zur Versteigerung von Gut Hohehorst siehe den intensiven Schriftverkehr in StAB 7,2132 - 734.

35 Die genaue Höhe der Forderungen der Dresdner Bank lässt sich nur schwer ermitteln, da die Angaben in den Quellen hier differieren. So ist sowohl von Forderungen in Höhe von fünf Millionen RM als auch von neun Millionen RM die Rede. HAC, Akte 500/106198, Schreiben der Dresdner Bank an Rechtsanwalt Dr. Schmidt vom 12. August 1936.

Den Versuch Georg Carl Lahusens, durch ein Engagement bei kleineren Berliner Textilunternehmen sich eine neue Existenz aufzubauen, wollte die Dresdner Bank jedoch nicht gänzlich torpedieren. Sie war bereit, von der schnellen Eintreibung ihrer Forderungen abzusehen, sollte Georg Carl bei einem zukünftigen Jahreseinkommen zwischen 12.000 und 20.000 RM 30 % der Summe an sie zurückzahlen, bei einem Einkommen über 20.000 RM sogar 50 %. Damit hatte Georg Carl zwar etwas Zeit gewonnen, seine finanziellen Verhältnisse blieben jedoch angespannt. Zudem stand er unter Druck, in seiner zweiten Karriere als Unternehmer ausreichende Gewinne zu erwirtschaften, um einerseits Mittel für die Lebensführung zur Verfügung zu haben, andererseits noch offene Forderungen bei Banken begleichen zu können.³⁶

Besonders schmerzlich empfand Georg Carl die Regelung, dass er gegenüber der Dresdner Bank am Ende jeden Jahres seine Vermögensverhältnisse offenlegen musste, damit diese prüfen konnte, wie hoch sein Verdienst tatsächlich gewesen war. Wirkliche Alternativen besaß Georg Carl jedoch nicht. Wollte er tatsächlich als Unternehmer wieder tätig sein, so brauchte er ein Zahlungsmoratorium, obwohl durch das mit der Dresdner Bank getroffene Arrangement seine eigene Kapitalbasis erheblich beeinträchtigt wurde.³⁷ Seine schwierige Lage hatte Georg Carl Lahusen durchaus erkannt, weshalb er sich bereits im Frühjahr 1937 darum bemühte, bei der Dresdner Bank eine Erleichterung der für ihn drückenden Zahlungsbedingungen zu erreichen. Dieser Vorstoß verfiel bei der Dresdner Bank jedoch nicht. Das Institut insistierte darauf, es bei der getroffenen Regelung zu belassen, so dass Georg Carls finanzielle Lage vorerst angespannt blieb. Sein Versuch, sich eine neue Existenz als Unternehmer in Berlin aufzubauen, stand keinesfalls unter guten Vorzeichen.³⁸

Dies galt umso mehr, als auch seine Versuche scheiterten, noch im Ausland, etwa in Argentinien liegende Vermögenswerte zu liquidieren und damit seine finanzielle Lage zu verbessern. Hier waren es vor allem die Bremer Hansa-Bank bzw. die Bremer Landesbank, die darauf drängten, dieses Vermögen in einem Syndikat unter ihrer Leitung zusammenzufassen und dann schrittweise nach Europa zu transferieren, sofern dies die geltenden Devisenbestimmungen zuließen. Damit wollten sie noch offenen Forderungen aus dem Konkursverfahren gegen die Nordwolle begleichen. Georg Carl Lahusen war auch aus diesem Grund zum Erfolg bei seinem unternehmerischen Neustart verdammt.³⁹

36 HAC, Akte 500/106198, ebd. Bei den Textilfirmen handelte sich vor allem um das Unternehmen Wimpel & Co.

37 HAC, Akte 500/106198, Brief der Dresdner Bank (Gustav Overbeck und Alfred Busch) an Georg Carl Lahusen vom 25. November 1936.

38 HAC, Akte 500/106251, Brief Georg Carl Lahusens an die Direktion der Dresdner Bank, z. Hd. Herrn Direktor Gustav Overbeck, vom 26. Februar 1937.

39 StAB 7, 2132-731, Aktennotiz Bedo Panners aus der Konsortialabteilung der Dresdner Bank vom 8. Juni 1937 betr. Lahusen; Aktennotiz über eine Besprechung über die Ansprüche aus dem Argentinien-Europäischen Syndikat am 7. Juli 1937; Brief des Rechtsanwalts Heinrich W. Müller an die Bremer Landesbank/Bremer Staatsbank vom 29. Juni 1937. Die Brüder Lahusen hatten Anfang

Angesichts der Haltung der Banken überrascht es nicht, dass die beiden Brüder Lahusen nach der Wiederaufnahme ihrer unternehmerischen Tätigkeit den Kontakt zu anderen Finanzintermediären suchten. An seinem neuen Wohnsitz Berlin stellte Georg Carl daher eine Geschäftsverbindung mit dem Bankhaus Hartog & Co. her, dessen Leiter Bartram ihn dazu animierte, gemeinsam Geschäfte in Angriff zu nehmen. Im Zuge der verschärften Maßnahmen gegen Juden, vor allem aufgrund der nach der Reichsprogromnacht erlassenen Bestimmungen, stieg das Volumen der auf Bankkonten deponierten Sperrmark ebenso deutlich an wie die Zahl der Sperrmarkgeschäfte. Dies führte zu starken Kurschwankungen der Sperrmark an den internationalen Finanzmärkten, wobei die Tendenz jedoch fallend war. An der Amsterdamer Devisenbörse, einer der wichtigsten Handelsplätze für Sperrmark vor dem Zweiten Weltkrieg, schwankte deren Kurs zum Beispiel zwischen 35 und 20 % des Nennwerts der regulären Reichsmark.⁴⁰ Solche Kursschwankungen eröffneten Möglichkeiten im sogenannten Arbitragehandel, bei dem Akteure auf den Finanzmärkten versuchen, die Kursschwankungen zu nutzen und auf steigende bzw. fallende Kurse zu spekulieren. Daher glaubten auch einige kleinere Banken, mit dieser Art von Handel für sich und ihre Kunden ein neues und lukratives Geschäftsfeld zu erschließen, das zudem auf den ersten Blick einen besonderen Reiz besaß: Der erforderliche Kapitaleinsatz war vergleichsweise gering, dagegen lockten schnelle und unter Umständen sogar ordentliche Gewinne. Lag hierin auch ein Reiz für die Brüder Lahusen?⁴¹

2. Der Straftatbestand

Bereits seit Mitte der 1930er Jahre bis zur Reichsprogromnacht im November 1938 nahm die Auswanderung von Juden aus Deutschland zu.⁴² Diese sahen sich in der Regel gezwungen, ihre Wertpapiere und Wertgegenstände zu veräußern, da ein Transfer ins Ausland untersagt war. Jüdische Auswanderer mussten den Verkaufserlös von Wertpapieren, ausländischer Valuta oder anderen Wertgegenständen auf ein Konto bei einer Devisenbank einzahlen. Hier wurden die entsprechenden Beträge zunächst gesperrt, das heißt die Guthaben wurden zu Sperrmark. Erst nach komplizierten und oft langwierigen Verfahren erteilten die zuständigen Devisenstellen in Abstimmung mit der Reichsbank die Genehmigung, die Beträge oder Teile davon zu »entsperren« und damit einen Transfer ins Ausland zu ermöglichen. Vordergründig diente dieses Verfahren noch immer dazu, die Stabilität der deutschen

der 1920er Jahre in Argentinien eine Tochtergesellschaft gegründet, die den Bezug von Wolle und anderen Rohstoffen regeln sollte. Dazu StAB 4, 75/5-2113, Geschäftsberichte der Nordwolle für 1920 bis 1922.

40 Vgl. Christoph Kreutzmüller, Händler und Handlungsgehilfen. Der Finanzplatz Amsterdam und die deutschen Großbanken 1918–1945, Stuttgart 2005.

41 Lückefahr, Sperrmark (wie Anm. 19), S. 16–22; Müller, Grundriss der Devisenbewirtschaftung (wie Anm. 21), S. 232–239.

42 Longerich, Politik der Vernichtung (wie Anm. 17), S. 121–134; Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. 1, Die Jahre der Verfolgung, 1933–1939, München 1998, S. 129–159.

Währung zu garantieren bzw. einen schnellen Kapitalabfluss zu verhindern. De facto wurden diese Maßnahmen und Bestimmungen zu dem Instrument, das dem Reich und seinen Organen den direkten Zugriff auf jüdische Vermögen erlaubte.⁴³

Von der zunehmenden jüdischen Auswanderung und dadurch hervorgerufenen Möglichkeiten im internationalen Devisenverkehr versuchte auch das Bankhaus Hartog & Co. zu profitieren. Der Anteil von Sperrmarkttransaktionen am operativen Geschäft stieg ebenso rapide an wie das Volumen der hier verbuchten Sperrmarkbeträge. Lagen diese Mitte 1934 noch bei zu vernachlässigenden 43.500 RM, so wuchsen sie rasch bis auf 1,6 Millionen RM Ende 1936, um danach bis Mitte 1937 auf 21,2 Millionen RM geradezu zu explodieren. Offenbar war es Bartram gelungen, eine erhebliche Zahl jüdischer Auswanderer davon zu überzeugen, den möglichen Transfer von Verkaufserlösen ins Ausland über sein Bankhaus laufen zu lassen.⁴⁴ Hier witterte Bartram das große Geschäft. Über die Dependance seines Bankhauses in Den Haag verfügte er über ausländische Devisen, die sowohl aus dem Clearing im deutsch-niederländischen Handel als auch aus den Erlösen niederländischer Firmen aus Geschäften in Deutschland stammten. Mit Hilfe dieser Devisen kaufte Hartog & Co. in wachsendem Umfang die Sperrmarkbeträge an, die auf den Konten seiner – vielfach jüdischen – Kunden deponiert worden waren. Dafür benötigte die Bank eine deutlich geringere Summe als beim Erwerb der entsprechenden Beträge in Reichsmark, da der Kurs der Sperrmark beständig sank. Nach Umwandlung der Sperrmark in »offizielle« Reichsmark konnte Hartog & Co. das Agio – also den Aufschlag – als deutlichen Gewinn für sich verbuchen. Auch die Kundschaft war mit dieser Praxis mehr oder weniger zufrieden, selbst zur Auswanderung gezwungene Juden. Sie konnten über Devisen disponieren, wenn auch bei weitem nicht in dem Umfang wie beim Umtausch zum »offiziellen« Kurs. Wären die für die Transaktionen erforderlichen Devisen an die Reichsbank abgeführt worden, so hätte Hartog & Co. zwar gegen die bei der Gründung der niederländischen Dependance gemachten Auflagen verstoßen, doch hätte das permanent unter Devisenmangel leidende Reich mit seinen Behörden Nachsicht geübt. Das Bankhaus leitete die Devisen jedoch nicht weiter, sondern versuchte, die Reichsbank und die Devisenstellen aus seinen Geschäften herauszuhalten. Damit machten sich Hartog & Co. sowie Bartram natürlich strafbar, verstießen sie doch zum einen gegen geltende Bestimmungen im Devisenverkehr, zum anderen gegen die im Sommer 1935 fixierten Bedingungen zur Gründung einer Tochtergesellschaft in den Niederlanden. Gegenüber der Reichsbank und den Devisenstellen wählte Bartram eine besondere Strategie, um diese Geschäftspraxis zu verschleiern. So stellte sein Bankhaus deutschen Kunden, die im Exporthandel tätig waren, für eine gewisse Zeit in Devisen fakturierte

43 Banken, Das nationalsozialistische Devisenrecht (wie Anm. 7), S. 184–204; ders., Devisenschutzkommandos (wie Anm. 5), S. 237–241; Müller, Grundriss der Devisenbewirtschaftung (wie Anm. 21), S. 232–240.

44 Zahlen nach StAB 4, 54 -E 2227, Urteil. Zahlen zu anderen Sparten des operativen Geschäfts des Bankhauses Hartog & Co. sind leider nicht bekannt.

Kredite zur Verfügung, allerdings unter der Auflage, einen Teilbetrag davon neu zu deklarieren und für Rechnung des Bankhauses Hartog & Co. an die Reichsbank abzuführen. Diese sollte glauben, sie erhielte dadurch die Erlöse aus dessen Devisengeschäften. Dies war natürlich nicht der Fall, da die Gelder von dessen Kundschaft stammten, der bei Gewährung der Kredite zugesichert wurde, bei deren Fälligkeit Sperrmarkbeträge zu erhalten, die dann in Reichsmark umzuwandeln waren.⁴⁵

Eine Reihe von Firmen, die sich Mitte der 1930er Jahre offenbar mit erheblichen finanziellen Problemen konfrontiert sahen, gingen auf das von Bartram vorgeschlagene Verfahren ein. Die Lederwarenfabrik Gröger & Söhne aus dem oberschlesischen Neustadt im Riesengebirge wandte sich daher an Bartram mit der Bitte um Hilfe. Dieser sagte einen Sperrmarkkredit in Höhe von 500.000 RM zu, der jedoch drei Jahre später in gültiger Reichsmark und zu einem Betrag von 300.000 RM zurückzuzahlen war. Zudem sollten die Lederwerke das Geld nicht vom Bankhaus Hartog & Co. allein erhalten, sondern auch von einer »befreundeten« Gesellschaft aus Paris bekommen, mit der sie eine gemeinsame Tochterfirma gründen sollten. Deren Gewinne sollten in erster Linie dem Berliner Bankhaus und nicht der Firma aus dem Riesengebirge zukommen. Dennoch erteilte die zuständige Devisenstelle in Breslau zunächst die Genehmigung für die Transaktion. Gröger war zunächst froh, doch noch einen Kredit zu bekommen.⁴⁶

In der Lederwarenfabrik reagierte man entsetzt, als Bartram im Mai 1935 eine Generalvollmacht für deren Leitung forderte. Zudem verlangte er, für die Dauer von sechs Jahren an möglichen Gewinnen des Unternehmens beteiligt zu sein. Sollte sich deren Inhaber nicht darauf einlassen, so drohte Bartram damit, den in Aussicht gestellten Kredit zu verweigern. Die Lederwerke wären in einem solchen Fall innerhalb kurzer Zeit pleite gewesen und befanden sich in einer akuten Zwangslage, die Bartram rücksichtslos ausnutzte. Diese rigiden Geschäftspraktiken wandte er offenbar nicht nur beim Inhaber der Lederwarenfabrik aus dem Riesengebirge, sondern auch bei anderen Kunden an. Interessanterweise stand ein großer Teil von ihnen mit Gröger in Geschäftsbeziehung und sah sich ähnlich wie die Lederwarenfabrik mit erheblichen finanziellen Problemen konfrontiert. Zu vermuten ist daher, dass sie sich ähnlich wie Gröger auf die von Bartram diktierten Konditionen einließen, um einem raschen Konkurs zu entgehen. Andererseits handelte es sich bei diesen Firmen um »arische Betriebe«, die von »deutschen Volksgenossen« geleitet wurden. Die von Bartram gegen sie angewandten Praktiken wurden daher als besonders »schändlich« eingestuft. Das Gericht sah in ihm nicht nur einen skrupellosen Bankier, der gegen geltende gesetzliche Bestimmungen verstoßen hatte, sondern auch einen »Volksschädling«, der auch aus diesem Grund ein hohes Strafmaß verdient hatte.⁴⁷

45 Zahlen nach StAB 4, 54 -E 2227, Urteil.

46 StAB 4, 54 -E 2227, Urteil.

47 StAB 4, 54 -E 2227, Urteil.

Als sich die Gerüchte verdichteten, Bartram würde mit derart rüden Methoden seine Geschäfte machen, sein Bankaus Hartog & Co. würde gegen verschiedene Bestimmungen im Devisenverkehr verstoßen, mussten die Behörden handeln. Der nach der Bankenkrise von 1931 eingesetzte Reichskommissar für das Bankwesen, Friedrich Ernst, entzog dem Institut 1938 aus »bankpolizeilichen Gründen« die Lizenz zur Fortführung des Geschäftsbetriebs. Kurze Zeit später nahmen die zuständigen Devisenstellen ihre Ermittlungen gegen Bartram auf, dem vorgeworfen wurde, er habe Sperrmarkgeschäfte mit jüdischen Geschäftspartnern im Ausland durchgeführt. Diese Ermittlungen brachten zunächst kein konkretes Ergebnis und zogen sich daher eine Zeit lang hin, bis es zur Anklageerhebung und Eröffnung eines Prozesses kam.⁴⁸ Bartram nutzte das Intermezzo und verlegte seine geschäftlichen Aktivitäten in das vom NS-Regime besetzte Polen. Über seine Machenschaften in Litzmannstadt, dem früheren Lodz, sind wir nur spärlich unterrichtet. Dennoch ist davon auszugehen, dass Bartram zu den skrupellosen und ohne moralische Bedenken handelnden Unternehmern und Bankiers gehörte, die mit dem Herrschaftsapparat unmittelbar und massiv kooperierten, mit diesem enge Allianzen eingingen und damit an den Verbrechen des Regimes gegenüber der jüdischen und polnischen Bevölkerung beteiligt waren. Zu diesem Personenkreis zählen auch der Bremer Kaufmann und Kaffeehändler Hans Biebow als Leiter der Ghettoverwaltung in Lodz, Hugo Ratzmann als Leiter der Treuhandstelle Ost, Treuhandstelle Posen, sowie Josef Neckermann, der mit seinem Unternehmen Zentrallagergemeinschaft die »Weiterverwertung« von Textilien und Hausrat von ghettoisierten und später deportierten Juden übernommen hatte. Die konkreten Aktivitäten dieses Personenkreises sind bis heute ein Desiderat der Forschung. Daher lässt sich auch nicht klären, inwieweit dieser ein festes personelles Netzwerk bildete, das zusammen geschäftliche Aktivitäten betrieb.⁴⁹

Die Vorwürfe gegen den Mitangeklagten Thomes waren wesentlich weniger gravierend. Ihm wurde zur Last gelegt, sich an Sperrmarkgeschäften beteiligt zu haben, indem er dazu seine Verbindungen zur niederländischen Geschäftswelt nutzte. Andererseits sahen die Strafbehörden in ihm eher eine Art von »Trittbettfahrer«, der zwar die Möglichkeiten des Devisenverkehrs genutzt habe, dabei auch gegen geltende Bestimmungen verstoßen hatte, doch galt er in den Augen der Behörden eher als ein Instrument für die Machenschaften Bartrams und weniger als der eigentliche Drahtzieher der in Rede stehenden Sperrmarktransaktionen. Die hauptsächliche Verantwortung für die strafbaren Geschäfte trug daher dieser und sein Bankhaus und nicht

48 Köhler, »Arisierung« (wie Anm. 26), S. 296.

49 Zu Biebow siehe Andrea Löw, *Juden im Ghetto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten*, Göttingen 2006. Zu Ratzmann siehe Harald Wixforth, *Ein Bankier während und nach dem Holocaust. Die wechselvolle Karriere des Hugo Ratzmann*, in: ders. und Jörg Osterloh (Hrsg.), *Unternehmer und NS-Verbrechen. Wirtschaftseliten im Dritten Reich und in der frühen Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 2014, S. 269–297. Zu Neckermann: Patricia Wiede, *Josef Neckermann*, Berlin 1999.

Thomas mit seiner Handelsfirma.⁵⁰ Als noch weniger belastet stuften die Strafverfolgungsbehörden schließlich und nach gründlicher Prüfung der Sachlage die beiden Brüder Lahusen ein. Sie hatten auf Sperrmarkbeträge zur Finanzierung von Geschäftstransaktionen zurückgegriffen, die ihnen von Bartram angeboten worden waren. Georg Carl Lahusen hatte diese Methode angewandt in dem Glauben, dadurch sich günstig die Mittel beschaffen zu können, die er für sein Engagement als Unternehmer bei kleineren Berliner Textilfirmen benötigte. Angesichts seiner finanziellen Verhältnisse kam ihm das Angebot Bartrams offenbar sehr gelegen, um seine Lage zu verbessern. Daher dürfte er auch nicht reflektiert haben, von wem und woher die Sperrmark kamen, dass es sich hier um Vermögenswerte auswanderungswilliger Juden handelte. Zudem konnte er darauf verweisen, dass sich andere Unternehmer und Firmenbesitzer ähnlich verhalten hatten. Schließlich war der Besitz von Sperrmark allein keine Verfehlung. Voraussetzung dafür war allerdings, dass die Sperrmarkbeträge von der Reichsbank und den Devisenbehörden freigegeben, das heißt entsperrt worden waren.⁵¹

Gerade dies war bei den von den Lahusens verwandten Sperrmark nicht der Fall. Die Behörden deckten diesen Sachverhalt auf und vermuteten ein großes Netzwerk von Personen, die sich an heiklen und nicht genehmigten Sperrmarkgeschäften beteiligen würden. Die Lahusens rechneten sie dazu. Mehr noch: Zunächst vermuteten sie in ihnen sogar das »Zentrum« des Netzwerks, offenbar in Kenntnis ihrer Verurteilung 1933 und ihrer finanziellen Lage nach Verbüßung der Haft. Im Zuge der Ermittlungen wurde allerdings deutlich, dass sie zwar die von ihnen verwandten Sperrmark nicht auf gültige Genehmigungen der Devisenbehörden geprüft hatten, doch war dies im Vertrauen geschehen, dass das Bankhaus Hartog bzw. Bartram diese bereits eingeholt habe. Ein wissentlicher und willentlicher Verstoß gegen die geltenden Devisenbestimmungen wurde ihnen daher im Zuge der Ermittlungen nicht mehr zur Last gelegt. Die Behörden gingen davon aus, dass der eigentliche Drahtzieher Bartram war, die Lahusens eher Mitläufer, gegebenenfalls sogar Geschädigte durch die Geschäftspraxis des Bankiers. Damit wurde deutlich, dass das gegen die beiden Brüder Lahusen angestrebte Verfahren in erster Linie eines gegen Bartram und seine Geschäftsmethoden in einem von ihm als lukrativ eingestuften, aber ausgesprochen heiklen Geschäftsfeld war, das angesichts der Praxis der Judenverfolgung in Deutschland vor allem ab 1936 massiv an Bedeutung gewann.⁵²

50 StAB 4, 54 -E 2227, Urteil.

51 Auch die Dresdner Bank und die Deutsche Bank griffen zur Finanzierung ihrer geschäftlichen Expansion in das Sudetenland auf umfangreiche Sperrmarkbeträge zurück, für deren Verwendung allerdings eine Genehmigung seitens der Behörden vorlag. Dazu: Harald Wixforth, Auftakt zur Ostexpansion. Die Dresdner Bank und die Umgestaltung des Bankwesens im Sudetenland 1938/39, Dresden 2001.

52 StAB 4, 54 -E 2227, Urteil.

3. Das Urteil

Nach der Hauptverhandlung im Oktober und November 1941 verkündete die 4. Strafkammer des Landgerichts Berlin am 18. November 1941 in der Devisenstrafsache ihr Urteil: Wegen fortgesetzter Verstöße gegen die geltenden Devisenbestimmungen wurde Bartram zu einer Strafe von drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Zudem musste er eine Geldstrafe von insgesamt 2,54 Millionen RM entrichten. Bartram war damit der einzige Angeklagte, der in diesem Verfahren tatsächlich belangt wurde. Die beiden Brüder Lahusen wurden freigesprochen, Thomas wurde aufgrund der Geringfügigkeit seiner Verstrickung in den Straftatbestand nicht verurteilt. Bartram musste dagegen alle Kosten des Verfahrens tragen, zudem musste das Bankhaus Hartog & Co. für die pünktliche Zahlung der Geldstrafe haften, sollte Bartram dazu nicht in der Lage sein.⁵³ Das Gericht sah damit in Bartram den alleinigen Verantwortlichen für die Vergehen gegen die Devisenbestimmungen. Diese Einschätzung kann nicht überraschen, da Bartram nicht nur gegen die Devisengesetze verstoßen hatte, sondern auch Geschäftspartner unter Druck gesetzt und sogar erpresst hatte. Die beiden Brüder Lahusen waren in diesem Verfahren bestenfalls Mitläufer und keineswegs die Initiatoren für die inkriminierten Vergehen. Das Gericht stellte sich mit seinem Urteil auf den Standpunkt, dass dieses Devisenstrafverfahren in erster Linie ein »Fall Bartram« war, und weniger ein zweiter »Fall Lahusen«.

4. Das Nachspiel

Das Urteil wurde von Georg Carl Lahusen als willkommenes Instrument angesehen, um nach dem Ende des NS-Regimes Entschädigungsansprüche geltend zu machen. Zum einen wurde ihm dadurch attestiert, dass er sich während des Nationalsozialismus nichts hatte zu Schulden kommen lassen, zum anderen erlaubte das Verfahren gegen ihn, sich als Verfolgten des Regimes zu stilisieren. Diese Chance ließ sich Georg Carl Lahusen nicht entgehen, er ging sogar noch einen Schritt weiter. Sein Argument war, dass er durch die erneute Anklage und das gegen ihn angestrebte Verfahren nicht in der Lage gewesen sei, eine erfolgreiche Tätigkeit als Textilunternehmer in Berlin aufzunehmen. Er habe im Fokus der Ermittlungsbehörden gestanden, so dass er stets unter besonderer Beobachtung von NSDAP-Organen und sogar der SS gewesen sei, weshalb ein störungsfreies unternehmerisches Engagement nicht möglich gewesen sei. In den angeblich wiederholten Behinderungen durch die Behörden sah Georg Carl Lahusen die Fortführung einer von der NSDAP initiierten Kampagne gegen seine Person, die bereits bei Eröffnung des Konkursverfahrens gegen die Nordwolle begonnen habe. Mit dieser Interpretation machte er sich natürlich zum Opfer des NS-Regimes, ja er sah sich sogar als Widerstandskämpfer, dem Gerechtigkeit widerfahren müsse. Er verlangte eine finanzielle Wiedergutmachung für erlittenen finanziellen Schaden, aber auch für eine bewusste Rufschädigung durch das

53 StAB 4, 54 -E 2227, Urteil.

NS-Regime und seine Organe. Mit dieser Sichtweise schlug Georg Carl Lahusen das nächste Kapitel seines wechselvollen Lebens auf.⁵⁴

Ende September 1954 meldete er, inzwischen nach München verzogen, seinen Anspruch auf Entschädigung und Wiedergutmachung beim dortigen Landesentschädigungsamt an. Eine konkrete Summe nannte Georg Carl Lahusen nicht, wohl aber legte er in umfangreichen Dossiers seine Sicht der Dinge dar. Zudem schaltete er prominente Anwälte ein, die sein Anliegen bei den bayerischen Behörden unterstützen sollten. Diese prüften in einem langwierigen Verfahren die vorgebrachten Argumente, meldeten aber sogleich Bedenken gegen deren Stichhaltigkeit an.⁵⁵ Da Georg Carl Lahusen diese Sichtweise nicht akzeptieren wollte, begann eine über zehn Jahre dauernde Auseinandersetzung über seine Wiedergutmachungsansprüche. Im November 1964 wurde schließlich entschieden, dass Georg Carl Lahusen kein Geschädigter des NS-Regimes gewesen sei. Weder durch seine Verurteilung 1933 noch durch das gegen ihn angestrebte Devisenstrafverfahren 1941 habe er einen derartigen finanziellen Schaden erlitten, der eine Wiedergutmachung rechtfertigen würde. Damit musste Georg Carl Lahusen am Abend seines Lebens erneut eine persönliche Niederlage hinnehmen. Dies war für ihn nur schwer zu akzeptieren. Er emigrierte im hohen Alter in die USA, wo er im August 1973 als gebrochener Mensch verstarb.⁵⁶

IV. Fazit

Der Prozess gegen Georg Carl und Heinz Lahusen aus dem Jahr 1941 reiht sich in die Kette von Devisenstrafverfahren ein, die von Instanzen des NS-Herrschaftsapparats, vor allem den Oberfinanzdirektionen und den Devisenbehörden, gegen prominente Mitglieder der wirtschaftsbürgerlichen Elite seit 1938 in Gang gesetzt wurden. Ein Kennzeichen war, dass das seit 1931 geltende und eigentlich seitdem nicht sonderlich verschärfte Devisenrecht vom Regime gezielt als Diskriminierungs- und Beraubungsinstrument eingesetzt wurde. Das Verfahren gegen die Lahusens weist gegenüber ähnlich gelagerten Fällen jedoch einen großen Unterschied auf, der auf den ersten Blick verblüfft. Ihr Freispruch dokumentiert, dass die NS-Justiz das Devisenrecht keineswegs einheitlich und holzschnittartig anwandte, sondern durchaus den Rechtsgrundsatz »*in dubio pro reo*« zur Geltung brachte, sofern die Rechtslage dies zwingend nahe legte.

54 Dies war nach Gründung der Bundesrepublik und bei der ersten zaghaften Aufarbeitung der NS-Herrschaft ein von vielen Unternehmern praktiziertes Verfahren, um ihre Verstrickung mit dem Regime zu bagatellisieren. Dazu Jörg Osterloh und Harald Wixforth, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), *Unternehmer und NS-Verbrechen* (wie Anm. 49), S. 9–31.

55 StAB 4,54 -E 2227, Brief des Rechtsanwalts Josef Lösch an das Landesentschädigungsamt München vom 20. September 1954 wegen Anmeldung eines Entschädigungsanspruches des Herrn Georg Carl Lahusen; Anlagen zu den Abschnitten V, 4 und VI des Antrags.

56 StAB 4,54 -E 2227, Aktenvermerke des Amtsgerichts Bremens vom 10. November bzw. 25. November 1964 betr. Entschädigungssache Georg Carl Lahusen.

Aufgrund der Quellenlage zu einzelnen Devisenverfahren ist allerdings schwer abzuschätzen, inwieweit es sich bei dem Urteil gegen die Lahusens um eine Ausnahme handelte, während die Justiz in allen anderen Fällen mit großer Härte gegen die Angeklagten vorging. Sollte dies zutreffen, so drängt sich die Frage auf, ob es neben der Rechtslage noch andere Gründe für ein solches Urteil gab. Der Verdacht, dies könne durch die soziale und politische Stellung der beiden Brüder beeinflusst sein, ist allerdings kaum überzeugend. Beide mussten zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung auf eine gebrochene, wenn nicht gescheiterte unternehmerische Karriere zurückblicken, so dass ihre soziale Stellung nicht im Entferntesten mit der vor dem spektakulären Nordwolle-Prozess zu vergleichen war. Eher drängt sich der Eindruck auf, die NS-Justiz habe in erster Linie an dem Bankier Bartram als Initiator und Profiteur der heiklen Devisengeschäfte ein Exempel statuieren wollen. Seine Verurteilung sollte abschreckend für seine Standesgenossen wirken, die möglicherweise mit ihren Instituten in ähnliche Transaktionen verwickelt waren. Dieser Effekt wurde wahrscheinlich erzielt, allerdings liegen zu Reaktionen auf das Urteil gegen Bartram und das Bankhaus Hartog & Co. innerhalb der Standesvertretung, etwa der Reichsgruppe Banken, keine Informationen vor. Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass mit der Verurteilung Bartrams die NS-Justiz ihr Ziel erreicht sah, eine abschreckende Wirkung bei anderen Bankiers zu erzielen. Die Gebrüder Lahusens spielten in diesem Kalkül wohl nur eine untergeordnete Rolle.

Die frühen Jahre von Radio Bremen und die Rundfunkpolitik von Wilhelm Kaisen *

Von Peter von Rüdén

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war nicht nur die staatliche Existenz Bremens als Land, sondern auch die Existenzberechtigung eines eigenen Rundfunksenders zunächst höchst umstritten. Die Rundfunkkonzepte der westlichen Besatzungsmächte waren nicht deckungsgleich und die neuen deutschen Instanzen, die Regierungen, Parlamente und Parteien im Bund und in den Ländern beteiligten sich mit jeweils sehr eigenen Interessen an der Gestaltung des Nachkriegsrundfunks, selten mit dem Ziel, die von Briten und Amerikanern geschaffenen freiheitlichen und staatsfernen Regelungen zu erhalten. Bremen war ein zentraler Schauplatz dieser Auseinandersetzungen. Mit Wilhelm Kaisen als Bremer Bürgermeister und Präsident des Senats gab es in Bremen ab August 1945 eine Persönlichkeit, die aus eigener beruflicher Erfahrung die Bedeutung der Medien für die öffentliche Meinung und die politische Kultur eines Gemeinwesens kannte. Er war ab 1922 Chefredakteur der »Bremer Volkszeitung«, dem Organ der vereinigten SPD und USPD.¹ Kaisen kämpfte entschieden für Bremens Selbstständigkeit und eine eigene Rundfunkanstalt. Ein Sender war für ihn Ausweis und Stärkung einer Bremer Landesidentität und -realität. Für diesen Kampf hatte er, wie wir sehen werden, außer der amerikanischen Militärverwaltung wenig Verbündete. Als Regierungschef des kleinsten und in seiner Existenz zunächst nicht gesicherten Landes war er nicht wählerisch bei der Suche nach Partnern für Allianzen, aber nicht ohne Erfolg.

Die deutsche Rundfunklandschaft musste nach dem Zweiten Weltkrieg neugestaltet werden: Zumindest in den westlichen Besatzungszonen sollten nach dem Willen der Alliierten demokratische, nicht staats- und parteienabhängige Anstalten geschaffen werden. Der neue Rundfunk sollte einen entscheidenden Beitrag zur Etablierung einer Demokratie leisten. An die Tradition des Rundfunks in der Weimarer Republik konnten und wollten die Besatzungsmächte nicht anknüpfen. Denn es war ein Rundfunk in staatlicher Abhängigkeit:

- * Für den Druck erweiterte und mit Anmerkungen versehene Fassung des als Kaisen-Lesung der Wilhelm und Helene Kaisen-Stiftung am 22. Mai 2018 im Bremer Rathaus gehaltenen Vortrags.

Abkürzungen: DRA = Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt und Potsdam; StAB = Staatsarchiv Bremen; StA HH = Staatsarchiv Hamburg; FGRN = Forschungsstelle zur Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland, Universität Hamburg.

1 Vgl. zu ihm Karl-Ludwig Sommer, Wilhelm Kaisen. Eine politische Biographie. 2. Auflage, Bonn 2000, S. 84.

Die Sendeanlagen gehörten der Reichspost, die Funkhäuser der Reichsrundfunkgesellschaft, die wiederum vom Reichspostministerium beherrscht wurde. Leitende Funktionen in den Sendegesellschaften und die Vertreter in den Überwachungsausschüssen konnten nur mit Zustimmung der Regierungen der Länder oder des Reiches besetzt werden.² Der Weimarer Rundfunk war an der Verteidigung der Demokratie nicht beteiligt. Die Überleitung eines so organisierten Staatsrundfunks in das wichtigste Propagandainstrument der Nationalsozialisten war sehr einfach.

Lucius D. Clay, von 1947 bis 1949 Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, beschreibt den Auftrag des neuen Rundfunks so: »Nur die ständig wiederholte Wahrheit konnte den Zynismus eines von Goebbels vererbten Publikums überwinden³«. Wie genau diese neuen Sender nach dem Ende des Krieges aussehen und für welche Gebiete sie senden sollten, dazu hatten Amerikaner, Briten und Franzosen eigene Vorstellungen, die sie in ihren jeweiligen Besatzungszonen realisieren wollten.

Der mühsame Weg zum Land Bremen

Die Alliierten hatten sich auf der Konferenz von Jalta darauf verständigt, dass ganz Nordwestdeutschland britische Besatzungszone werden sollte. Als amerikanische Besatzungszone war Süddeutschland vorgesehen. Allerdings wünschten die Amerikaner zur Versorgung ihrer Truppen einen eigenen Hafen. So entstand im August 1945 in der großen britischen Besatzungszone die »Enklave Bremen«. Sie umfasste nicht nur das heutige Gebiet des Landes Bremen, sondern auch die Landkreise links und rechts der Weser zwischen Bremen und Bremerhaven. Dieses Gebiet »sollte unter amerikanischer Kontrolle stehen, jedoch Teil der britischen Besatzungszone bleiben«. ⁴ Die Existenz eines unabhängigen Landes Bremen war keineswegs sicher. In den britischen Plänen war Bremen als Teil Niedersachsens vorgesehen. ⁵ Bereits nach vier Monaten wurde diese Enklave Bremen wieder aufgelöst und nur die Stadt Bremen und die zu Bremen gehörenden Häfen in Bremerhaven blieben unter amerikanischer Verwaltung. Die Trennung des Unterwesergebietes vom jeweiligen Hinterland hatte sich bei zunächst undurchlässigen Zonengrenzen als problematisch erwiesen, zu eng waren die Verflechtungen mit dem Oldenburger Land und dem Regierungsbezirk Stade. Der Rückzug der Amerikaner aus dem Unterwesergebiet und der Zwitterstatus als Teil zweier Besatzungszonen sollte sich in der Folgezeit als großes Problem bei der Finanzsicherung eines Bremer Rundfunksenders erweisen.

2 Vgl. Hans Bausch (Hrsg.), Rundfunk in Deutschland, Band 3, Rundfunkpolitik nach 1945, Erster Teil, München 1980, S. 9 f.

3 Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt/M. 1950, S. 315.

4 Konrad Elmshäuser, Geschichte Bremens, München 2007, S. 102.

5 Vgl. ebd. S. 103; Sommer, Wilhelm Kaisen (wie Anm. 1), S. 180 f.

Ein eigener Rundfunksender für Bremen?

Erste Überlegungen für einen eigenen Rundfunksender in Bremen gab es seit August 1923.⁶ Zum Ärger der NORAG, der Norddeutschen-Rundfunk AG in Hamburg, die in einem Schreiben an die Oberpostdirektion Bremen 1924 Pläne für einen eigenständigen Bremer Sender »Unfug« nannte, dem man »schnell den Garaus machen« müsse.⁷ Die NORAG hielt einen eigenständigen Bremer Sender für unrentabel. Sie gründete allerdings dann in Bremen einen Zwischensender, der in der Zeit des Nationalsozialismus ein Nebensender des Reichssenders Hamburg wurde.

Nach Kriegsende wurden die Pläne für einen eigenen Sender reaktiviert. Bremer Politiker, aber auch die amerikanischen Besatzungsoffiziere waren an einem eigenen Sender interessiert. Mit ihm wollte man Informationen an die Bevölkerung vermitteln und das planmäßige Laden der Schiffe in den bremischen Häfen verbessern. So lautete jedenfalls die offizielle Begründung, aber auch die Ansichten und politischen Ziele der Militärverwaltung sollten verbreitet werden.⁸ In Frankfurt, Stuttgart und München sendeten bereits Stationen der Militärverwaltung in der amerikanischen Zone. Radio Frankfurt war die Hauptstation in diesem Sendernetz. Gespeist wurden diese Programme mit Material und Nachrichten eines eigenen Dienstes, der von der Armeeabteilung des Kriegsministeriums und des Außenministeriums eingerichtet worden war. Aber auch Programme der »Stimme Amerikas« wurden übernommen.⁹

Was geschah in Bremen? Sergeant Edward E. Harriman bezog bereits im Oktober 1945 eine beschlagnahmte Villa an der Schwachhauser Heerstraße 363, um darin einen Sender aufzubauen. Eine erste Versuchssendung war am 20. November 1945. Der offizielle Sendestart von Radio Bremen war am 23. Dezember 1945. Dies geschah gegen erhebliche Bedenken der britischen Militärregierung.

Die Briten verfolgten die Entwicklung in Bremen sehr aufmerksam und keineswegs wohlwollend.¹⁰ Sie versuchten schon den Sendestart eines eigenen Senders in Bremen durch Interventionen bei der amerikanischen Militärverwaltung zu verhindern. Für ihre Besatzungszone hatten die Briten einen zentralen Sender nach dem Vorbild der British Broadcasting Corporation (BBC) mit dem Hauptsitz in Hamburg, den Nordwestdeutschen Rundfunk, gegründet. Die amerikanische Besatzungsmacht entschied sich mit ihren Sendergründungen in München, Stuttgart, Frankfurt und Bremen für eine

6 Vgl. Liselotte von Reinken, *Rundfunk in Bremen 1924 – 1974*, herausgegeben von Radio Bremen, Bremen 1975, S. 1 ff.; Zur Geschichte der NORAG: Horst O. Halefeldt, Ein Sender für acht Länder: Die NORAG, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 41 (2001), S. 145–170.

7 NORAG an Oberpostdirektion Bremen, 7. 5. 1924, StAB 5,1-B III g 22q Bd. 1.

8 Vgl. Reinken, *Rundfunk* (wie Anm. 6), S. 61 f.

9 Vgl. Clay, *Entscheidung* (wie Anm. 3), S. 316 f.

10 Vgl. dazu ausführlich: Peter von Rügen, *Existenzkampf im Norden: Radio Bremen und der NWDR*, in: Peter von Rügen/Hans Ulrich Wagner (Hrsg.) *Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks*, Hamburg 2005, S. 158 ff.

regionale Lösung. Mit der Gründung von Radio Bremen durch die amerikanische Besatzungsmacht war innerhalb des Sendegebietes des größten deutschen Nachkriegssenders, dem NWDR, der kleinste entstanden. Das Größenverhältnis NWDR zu Radio Bremen: etwa 38 zu 1¹¹. Die Frage, ob und wenn ja wie, ein solcher Sender zu finanzieren war, musste beantwortet werden.

Amerikaner und Briten hatten sich darauf verständigt, einige zivile Behörden wie beispielsweise die Oberpostdirektionen in ganz Nordwestdeutschland der britischen Verwaltung zu unterstellen. Dies galt auch für die Oberpostdirektion Bremen. Ab 1. Juli 1945 zog diese wieder die monatlichen zwei Mark Rundfunkgebühren ein. Es stellte sich nun die Frage, welchen Anteil der Rundfunkgebühren dem amerikanischen Bremer Sender zur Verfügung gestellt werden sollten. Sollte es sich um die Gebühren aus der gesamten Enklave Bremen handeln, die bis zum 10. Dezember bestand – oder nur aus dem Kern des historischen Landes Bremen? Sollte zudem ein Anteil von der Post einbehalten werden? Die britische Anweisung aus dem Oktober 1945 an die Reichspost war eindeutig: Zahlungen an die neue Anstalt Radio Bremen sollten zunächst nicht geleistet werden. Die Oberpostdirektion überwies das Gebührenaufkommen aus der Enklave Bremen nach Hamburg. Wenn überhaupt, sollte Radio Bremen aus dem Haushaltsplan des NWDR finanzielle Zuweisungen bekommen. Schätzte die britische Verwaltung die Kosten des Senders auf 100.000 Reichsmark im Monat, kalkulierte die amerikanische Militäradministration die Kosten auf 450.000 Reichsmark. Das Gebührenaufkommen aus Bremen und Bremerhaven lag bei etwa 180.000 Reichsmark¹². Die Amerikaner wollten einen Sender mit Programm, die Briten – wenn überhaupt – nur eine Station für amtliche Durchsagen der Militärverwaltung.

Die Verhandlungen zwischen Briten und Amerikanern über die Regelung der Verteilung der Rundfunkgebühren zog sich weiter durch das Jahr 1945, ohne dass es zu einer Lösung kam, die Radio Bremen auf eine sichere finanzielle Grundlage gestellt hätte.

Im August 1945 wurde Wilhelm Kaisen von der amerikanischen Militärverwaltung zum Bürgermeister bestellt. Er nannte sich wieder »Präsident des Senats«, war aber im Gegensatz zum früheren Kollegialprinzip gegenüber der Militärregierung verantwortlicher »Vorgesetzter« der anderen Senatoren¹³. Kaum im Amt kümmerte er sich um die Zukunft des Bremer Senders.

11 Jahreseinnahmen des NWDR in 1949/50 und 1954/55: 66,45 Mill. DM und 114,5 Mill. DM (Vgl. NWDR – Ein Rückblick, Hamburg o. J. (1956), S. 87). Jahreseinnahmen von Radio Bremen inkl. Enklave ca. 3 Mill. DM, geschätzt auf der Basis von Angaben Liselotte von Reinkens, Rundfunk (wie Anm. 6), S. 130. Vgl. auch Walter Dierks, Um Ordnung und Freiheit im Rundfunk, Frankfurter Hefte, H. 12/1952, S. 912 ff.

12 Vgl. Reinken, Rundfunk (wie Anm. 6), S. 84 ff.

13 Sommer, Wilhelm Kaisen (wie Anm. 1), S. 147.

Als die Oberpostdirektion Bremen mit Hinweis auf den NWDR Zahlungen aus der Rundfunkgebühr an Radio Bremen verweigerte, entschied Kaisen noch vor Aufnahme des regelmäßigen Programmbetriebs, die erforderlichen Beträge für den neuen Sender »im Wege eines Vorschusses durch die Stadt... auszuzahlen«¹⁴. Aber auch die amerikanische Administration unterstützte die Pläne für eine unabhängige Radiostation in Bremen. Um den Betrieb von Radio Bremen aufrecht zu erhalten, wurden Überschüsse aus der von den Amerikanern gegründeten Zeitschrift »Heute« und der »Neuen Zeitung« verwendet. Selbst, als sich im Mai 1947 die Alliierten darauf verständigten, dass alle Hörergebühren, soweit sie nicht bei der Post verblieben, an den NWDR abzuführen seien und dieser wiederum Radio Bremen den Betrag erstatte, der dem Hörergebührenaufkommen der zunächst größeren Enklave Bremens entsprach, konnte dies die Finanzierung des Senders nicht sicherstellen. Aber immerhin hatte man sich zunächst die Rundfunkgebühren aus der ehemaligen Enklave gesichert, aber den 220.000 Reichsmark Einnahmen standen immer noch monatliche Ausgaben von 400.000 Reichsmark gegenüber. Der Bremer Senat, die amerikanische Militärregierung und die Leitung von Radio Bremen argumentierten nun mit der technischen Empfangbarkeit und Reichweite von Radio Bremen und beanspruchten die Rundfunkgebühren aus ganz Nordwestniedersachsen – eine Forderung, die weder bei den Briten noch beim NWDR in Hamburg durchzusetzen war. NWDR-Generaldirektor Hugh Carleton Greene wies noch im August 1948 gegenüber dem Intendanten von Radio Bremen den Anspruch auf Gebühren außerhalb der Enklave Bremen und einer Ausweitung des Einzugsbereichs auf den gesamten Postbezirk Bremen mit dem Hinweis auf die ursprüngliche Einrichtung Radio Bremens als bloßes Verlautbarungsorgan der Militärverwaltung barsch zurück.¹⁵ Die von Kaisen und dem Bremer Senat unterstützte Forderung nach der Ausweitung des Gebühreneinzugsgebietes auf einen Postbezirk war chancenlos und schon deshalb untauglich, weil ein Postbezirk keine Organisationseinheit für einen öffentlich-rechtlichen Sender sein konnte. Es fehlte die demokratisch legitimierte Regelungsinstanz für die gesetzliche Grundlage und die gesellschaftliche Kontrolle. Greene, in dieser Phase sowohl Generaldirektor des NWDR wie auch Vertreter auf britischer Seite bei den Verhandlungen mit den Amerikanern, bestritt die Existenzberechtigung von Radio Bremen grundsätzlich. Der kleine, auch im Bremer Umland und in großen Teilen Nordwestniedersachsens gut zu empfangene Sender Radio Bremen konnte allein durch seine Existenz das britische zentralistische Rundfunkmodell nach dem Vorbild der BBC in Schwierigkeiten bringen. Wenn sich im kleinen Bundesland Bremen ein eigener Sender behaupten könne, so die britische Argumentation, würden dann nicht auch die Länder im NWDR-Sendegebiet wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen und sogar Städte in der britischen Zone, größer als Bremen, eine eigene Sendeanstalt fordern? Allerdings einen Trumpf hatte Radio Bremen: Die Versorgung des Unterweser-

14 Rüdén, Existenzkampf (wie Anm. 10), S. 160.

15 Greene an Gerdes, 25. 8. 1948, in: StA HH 621-1 NDR-Depositum, Akten der NWDR-Generaldirektion.



Abb. 1: Weihnachtsansprache von Bürgermeister Wilhelm Kaisen mit Vertretern der Militärregierung auf dem Balkon des Rathauses am 23. Dezember 1945, zugleich Beginn des Sendebetriebs von Radio Bremen. Foto: StAB

gebietes mit dem NWDR-Programm aus Hamburg war technisch schlecht, und es wurde hauptsächlich Radio Bremen gehört.¹⁶ Kaisen kannte dieses Problem. An den Kollegen Max Brauer, Hamburgs ersten Bürgermeister schrieb er: »Wenn Radio Bremen in Folge seiner finanziellen Lage die Rundfunkversorgung der Umgebung, insbesondere des oldenburgischen Gebietes aufgeben muss, so kann der NWDR hierfür keinen Ersatz bieten, weil er einfach die notwendige Welle nicht besitzt«.¹⁷

Das Ende von Radio Bremen schien dennoch im August des Jahres 1948 besiegelt zu sein: Die britische Militärverwaltung verwies in ihren Verhandlungen mit den Amerikanern nun auf die neuen Zuständigkeiten nach der Überführung des NWDR mit der Verordnung 118 in eine deutsche öffentlich-rechtliche Körperschaft. Hier hätten nun die Gremien des NWDR zu entscheiden – und nicht die britische Militärverwaltung. Die bisherige Absprache

16 Viele positive Zuschriften und Sympathiebekundungen von Institutionen und Einzelpersonlichkeiten aus dem Raum Oldenburg für Radio Bremen, in: Akten der RB-Intendanz, Amtszeit Geerdes. Entsprechende Petitionen wurden auch an den NWDR gerichtet, Vgl. StA HH.621-1 NDR-Depositum. Vgl. auch: Gerhard Schäfer im Gespräch mit Peter von Rügen, 26. 6. 2001. FGRN Hamburg, als Tondokument im NDR-Schallarchiv.

17 Kaisen an Brauer, 20. 10. 1948. StAB 3-T.2. Nr. 303.

zwischen den Militärverwaltungen sei damit hinfällig und somit auch die Ansprüche an die Rundfunkgebühren aus der ehemaligen Enklave Bremen. Der NWDR, so ein Beschluss seines Verwaltungsrats, sah »keine Notwendigkeit, dass in Bremen ein eigenes Programm läuft. Er ist nicht bereit, den Bremer Sender weiter zu subventionieren, ist jedoch damit einverstanden, die technischen Anlagen von Bremen zu übernehmen.«¹⁸ Der NWDR wollte die Sendeanlagen zur besseren Versorgung von Nordwest-Niedersachsen. Radio-Bremen-Intendant Geerdes reagiert in dieser Situation mit der vorsorglichen Kündigung von 83 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum 1. Oktober 1948.

Die amerikanische Position für eine eigenständige Sendeanstalt in Bremen wurde in den Gesprächen mit den Briten ständig erneuert und bekräftigt. Sie drängten, ohne dass die Finanzierung gesichert war, den Bremer Senat auf Vorlage eines Rundfunkgesetzes, um Radio Bremen einen legalen deutschen Status zu verschaffen.

Wilhelm Kaisen und das Radio-Bremen-Gesetz von 1948

Erste Planungen der amerikanischen Militärregierung für die Überleitung der Rundfunksender in ihrer Zone in deutsches Recht wurden bereits 1946 gemacht.¹⁹ Anders als die Briten, die diesen Schritt durch die Verordnung 118 für den NWDR als zentraler Anstalt für alle Länder ihrer Besatzungszone am 1. 1. 1948 vollzogen, sah das amerikanische Konzept Rundfunkanstalten für jedes Land ihrer Zone vor. Die Rechtsgrundlagen sollten die Landesparlamente nach grundsätzlichen Vorgaben der Militärregierung schaffen. Wie die britische Militärregierung waren auch die Amerikaner der Auffassung, dass der Rundfunk staats-, regierungs- und parteienfern sein sollte.²⁰

Das war ein Rundfunkmodell, für das es auch aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus kein Vorbild gab, es musste gegen große Widerstände implantiert werden.²¹ Wie verlief die entsprechende rundfunkpolitische Debatte in Bremen? Über die Frage, nach welcher Rechtsform der deutsche Nachkriegsrundfunk organisiert werden sollte, gab es im Mai 1947 eine Aussprache in der Direktoriumssitzung des Länderrats. Bremen war auf dieser Sitzung durch Dr. Curt Friese vertreten. Er war ein enger Mitarbeiter Kaisens als Regierungsdirektor in der Bremischen Senatskanzlei. Friese referierte im Senat über diese Beratungen und regte an, die Frage nach der Rechts- und Organisationsform auch für Radio Bremen zu prüfen. Über den Verlauf der Aussprache über diesen Bericht im Bremer Senat informiert das Protokoll nur sehr kurz: Bildungssenator Christian Paulmann (SPD) »trat für die Gründung einer Gesellschaft, über die der Staat die Aufsicht führe, ein.« Der Senator

18 Protokoll der 4. Sitzung des NWDR-Verwaltungsrats, 13. 8. 1948. NDR Hamburg, Gremienbüro.

19 Vgl. Clay, Entscheidung (wie Anm. 3), S. 321.

20 Vgl. ebd.

21 Vgl. Friedrich P. Kahlenberg, Rundfunkfreiheit im Verständnis der Parteien während der Nachkriegszeit – Ein schwieriger Lernprozess. In: Studienkreis Rundfunk und Geschichte, Mitteilungen 4 (1981) S. 206 ff.

für Wohnungsbau und Sozialwesen, Willy Evert, wie Paulmann Sozialdemokrat, »vertrat die Auffassung, daß eine stärkere Einflußnahme des Staates erforderlich sei«. Meinungen, die an die Rundfunkorganisation der Weimarer Republik erinnern und mit den Grundsätzen der amerikanischen Rundfunkpolitik nicht kompatibel waren. Kaisen in Kenntnis der Rundfunkpolitik der amerikanischen Militärregierung²² »erklärte, daß der Rundfunk unparteiisch sein und die Bevölkerung in weitgehendem Umfang mitwirken solle. Er solle nicht staatlich sein. Der Senat schloß sich dieser Auffassung an.«²³

Mit der Zustimmung des Senats zur Position von Wilhelm Kaisen war eine Grundentscheidung für das erste Radio-Bremen-Gesetz herbeigeführt. Die Alternative, eine Verstaatlichung des Senders, hätte die amerikanische Militäradministration auch nicht akzeptiert. Die Herren Clark (Leiter der Zivilverwaltung), Mc. Bryde (Direktor der Information Control Division) und Citron (Kontrolloffizier bei Radio Bremen) hatten dem zuständigen Senator Paulmann die amerikanische Position am 9. August 1948 erläutert. »Mr. Citron erwähnte ferner«, so steht es in einem Protokoll der Besprechung, »daß (...) der Senat an sich bereit sein würde, Radio Bremen finanziell zu unterstützen (...) Der Sender müsse vollkommen unabhängig sein und auch die Möglichkeit haben den Senat anzugreifen.«²⁴ Deshalb dürfe der Sender auch nicht staatlich finanziert sein.

Citron meinte aber auch, dass »Bremen sich eigentlich einen unabhängigen Sender nicht leisten könne«. Es müssten Rundfunkgebühren »auch von außerhalb der Enklave Bremen kommen«.²⁵ Das sei aber schwer bei der britischen Seite durchzusetzen, man müsse aber den Versuch machen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird ein Briefwechsel abgestimmt. Kaisen holt sich damit selbst den Auftrag zur Überführung von Radio Bremen in deutsches Recht bei der amerikanischen Militärverwaltung ab. Danach könne die amerikanische mit der britischen Verwaltung mit dem Ziel verhandeln, Rundfunkgebühren aus dem Bremer Umland zu erhalten. Auch in Oldenburg solle dafür Stimmung gemacht werden.²⁶ Der Vorgang belegt, wie eng Kaisen mit der amerikanischen Militärverwaltung in Bremen zusammenarbeitete.

Der erste Gesetzentwurf kam dann vom Intendanten von Radio Bremen, Walter Geerdes, Anfang September 1948. Senat, Bürgerschaft und Militärverwaltung haben ihn behandelt. Er folgt den Vorgaben der Militärregierung für einen regierungsunabhängigen Rundfunk ohne Vertretung von Sonderinteressen, mit Überwachung durch Vertretungskörperschaften und dem Verbot der Kontrolle durch die Regierung, auch nicht indirekt über die Mitbestimmung oder Kontrolle über den Haushalt.²⁷ Zwei Korrekturen erfolgten

22 Nachweisbar dokumentengestützt spätestens ab 6. 10. 1948. Vgl. Reinken, Rundfunk (wie Anm. 6), S. 106.

23 StAB 3-T.2.303; vgl. auch: Reinken, Rundfunk (wie Anm. 6), S. 105.

24 StAB 4,111/8 - 2089 Akten Senator Paulmann.

25 Ebd.

26 Vgl. ebd

27 Vgl. Reinken, Rundfunk (wie Anm. 6), S. 104. Dort auch Abdruck des Entwurfs und der verabschiedeten Fassung. Anlage I und II, S. 486 - 496.

nach Einspruch der Militärverwaltung. Der Intendant hatte die Berufung der Rundfunkratsmitglieder der Landesorganisationen durch den Senator für Schulen und Erziehung vorgesehen. Die Amerikaner bestanden jedoch auf der Entsendung durch die Organisationen selbst. Auch die im Entwurf vorgesehene Möglichkeit, steuerfreie öffentliche Sendungen gegen Entgelt auszustrahlen, musste gestrichen werden.²⁸

Die Bürgerschaft verabschiedete das Gesetz am 22. November 1948 einstimmig, obwohl KPD und CDU Bedenken gegen eine Anstalt des öffentlichen Rechts formulierten. Der KPD-Abgeordnete Rudolf Rafoth bedauerte in der kurzen Debatte, dass das Gesetz den »Wünschen und Empfehlungen« der amerikanischen Militärregierung folge, die »Radio Bremen von einseitiger, politischer, staatlicher und religiöser Beeinflussung freihalten wolle«. Als Begründung dafür sei der Missbrauch des Rundfunks in der Nazizeit »nicht stichhaltig«. Die folgende Begründung von Rafoth war prototypisch für die Einstellung auch in weiten Teilen von CDU und SPD. Dass nämlich eine »missbräuchliche Benutzung des Rundfunks« von vornherein ausgeschlossen sei, »da eine parlamentarische Körperschaft zur Kontrolle des Rundfunks bereitsteht«²⁹. Für die Sozialdemokraten erklärte Arthur Haupt, dass man das Gesetz nach den Vorgaben der amerikanischen Verwaltung verabschieden solle, da es sonst nicht in Kraft gesetzt werde. Nachbesserungen könne man in der Zukunft diskutieren³⁰. Ein Bekenntnis zu einem staatsfernen, unabhängigen Rundfunk formuliert Haupt für die SPD nicht.

Ein Gesetz schafft noch keine gesicherte Finanzgrundlage. Die Überleitung des Senders der amerikanischen Militärverwaltung in eine deutsche öffentlich-rechtliche Anstalt wurde deshalb zunächst zurückgestellt. Ende 1948 und Anfang 1949 stellte der NWDR für Radio Bremen zeitlich befristete Zuwendungen zum Ausgleich des Gebührenanteils aus der Bremer Enklave an die Post zur Verfügung, bestritt aber grundsätzlich einen Anspruch auf Mittel außerhalb des Gebührenaufkommens des Landes Bremen. Immerhin hatte der NWDR ein Interesse daran, die Sendeanlagen in Bremen zu übernehmen, um seine Versorgungslücke im Nordwesten Niedersachsens schließen zu können. Adolf Grimme, Generaldirektor des NWDR, formuliert klar, was er will. Er schrieb an den Bremer Senator Paulmann, Vorsitzender des RB-Rundfunkrats: »Radio Bremen wird unter Aufgabe seiner Selbstständigkeit – ohne Übernahme einer Rechtsnachfolgeschaft – eine Nebenstelle des Funkhauses Hamburg (...) und übernimmt die NWDR-Sendungen in ihrer Gesamtheit«.³¹

Ein starker Verbündeter von Radio Bremen blieb weiterhin die US-amerikanische Militärverwaltung, diese war entschieden gegen die Übernahme von Radio Bremen durch den NWDR. Als mit einer amerikanischen Ermäch-

28 Vgl. ebd., S. 108 f.

29 Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1948, Sitzung 1–25, S. 434 f., StAB Bibliothek.

30 Vgl. ebd.

31 Grimme an Paulmann, 26. 4. 1949, DRA Potsdam, SFB-Depositum, Büro Dovifat, Bei Einsichtnahme unverzeichnet.

tigungsurkunde das Radio-Bremen-Gesetz der Bremer Bürgerschaft in Kraft getreten war, verwies die Militärverwaltung darauf, »daß der Sinn der Übergabe von Radio Bremen in deutsche Hände verloren geht, wenn RB zu einer Zweigstelle von NWDR wird. Die Selbstständigkeit der Station dokumentiert sich in ihrem lokal ausgestatteten Programm und dessen Einheitlichkeit.«³² Hier wird noch einmal das amerikanische Rundfunkkonzept von dezentralen, in Regionen verankerten Rundfunkanstalten im Gegensatz zum zentralen, überregionalen NWDR-Anstaltsmodell nach dem Vorbild der BBC formuliert.

Ein Rechtsstreit, ein Schiedsspruch und eine politische Empfehlung

Eine rechtliche Frage musste dringend geklärt werden, wenn die Existenz von Radio Bremen gesichert werden sollte: Galt die britisch-amerikanische Vereinbarung aus dem Mai 1947 noch? Hatte Radio Bremen einen Anspruch auf die Hörergebühren aus der ehemaligen Bremer Enklave, einschließlich der Landbrücke zwischen Bremen und Bremerhaven beiderseits der Weser? Radio Bremen, der Bremer Senat und die Amerikaner bestanden auf diesem Abkommen. Der NWDR bezweifelte, ob dieses Abkommen noch gültig sei, da der NWDR das Funkmonopol und damit auch den Anspruch auf die Gebühren aus den Ländern seines Sendegebiets habe. Ein Gerichtsprozess sollte vermieden werden. Man einigte sich auf die Einrichtung eines Schiedsgerichts, dessen Vorsitzender war Hans Bredow, in der Weimarer Zeit Staatssekretär für Rundfunkfragen im Reichspostministerium. Die Schiedskommission kam zu dem Ergebnis, dass die Rechtsposition des NWDR richtig sei. Radio Bremen könne aus dem Abkommen der amerikanischen und britischen Militärregierung keinen Rechtsanspruch auf die in der früheren Enklave anfallenden Hörergebühren herleiten.³³ Allerdings ergänzte Bredow die Rechtsdarstellung mit einer dringenden Empfehlung: Der NWDR solle die gezahlten Beträge weiter an Radio Bremen abführen. Denn er, Bredow, sei der Auffassung, »dass eine andere Politik in Zukunft den Interessen des NWDR nicht zuträglich sein würde.«³⁴ Bredow argumentierte rundfunkpolitisch und nicht juristisch. Der NWDR akzeptierte die rechtlichen Ausführungen des Schiedsspruchs, aber keineswegs die Empfehlung zur Weiterzahlung der Gebühren aus der ehemaligen Enklave.

Weitere Ausgleichzahlungen an Radio Bremen scheiterten auch am nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Arnold, Mitglied des Hauptausschusses des NWDR, der auf den unzureichenden Ausbau des Kölner Funkhauses hinwies und in dieser Situation Zahlungen an Radio Bremen nicht zu verantworten seien. Im NWDR hatte sich mittlerweile ein Gremium etabliert, das in der Verordnung 118 nicht vorgesehen war: Es bestand aus den Ministerpräsidenten der Länder im Sendegebiet des NWDR. Sie maßen sich die

32 Citron an Geerdes, 11. 5. 1949, Radio Bremen, Akten der Intendanz, Aktenvorgang RB/NWDR.

33 Urteil der Schiedskommission vom 2. 9. 1950, StA HH 621-1, Akten der NWDR-Generaldirektion, zum Zeitpunkt der Einsichtnahme unverzeichnet.

34 Bredow an den NWDR-Justitiar Brack, 13. 9. 1950, StA HH 621-1.

Entscheidung über die Verwendung der NWDR-Rundfunkgebühren mit dem Argument an, dass die Überschüsse aus den Rundfunkgebühren des NWDR an die Kulturfonds der Länder fallen und sie deshalb zu entscheiden hätten, ob Zahlungen an Radio Bremen zu leisten seien. Das Ende von Radio Bremen schien – wieder einmal – kurz bevorzustehen. In dieser verzweifelten Lage kündigte Radio-Bremen-Intendant Geerdes im Januar 1951 weiteren 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Radio Bremen. Seit der Währungsreform hatte sich das Personal des Senders bereits von 370 auf 225 verringert.

In dieser Situation versuchten Bremens Bürgermeister Kaisen und Radio-Bremen-Intendant Geerdes mit vertraulichen und öffentlichen Initiativen Radio Bremen zu retten, bestehende Bündnispartner zu mobilisieren und neue Allianzen aufzubauen.

Beim amerikanischen Hochkommissar hatten sie Erfolg. Er setzte noch einmal ein deutliches Signal der Unterstützung für Radio Bremen mit einer einmaligen Zahlung von 1.176.450 DM. Offiziell wurde diese Zahlung nachträglich als »Spende des amerikanischen Volkes« deklariert, das den Bremern ein neues Funkhaus stiftete. Bei der Übernahme des neuen Funkhauses im Juli 1950 war diese amerikanische Spende aber noch keineswegs sicher.³⁵ Der Bau sollte aus den Einnahmen des Werbefunks finanziert werden. Die im Haushaltsplan eingestellten Mittel wurden durch die amerikanische Spende für andere Ausgaben frei. Die Zuwendungen der Amerikaner lagen auch deutlich über den tatsächlichen Funkhauskosten von 750.000 DM. Radio Bremen nutzte die großzügige finanzielle Zuwendung des amerikanischen Hochkommissars, um seine technischen Anlagen zu modernisieren und die Reichweite seiner Mittelwellenfrequenz durch Erhöhung der Senderleistung beträchtlich zu erweitern. Einem so starken Sender – so die Bremer Überlegung – kann der NWDR das Recht nicht bestreiten, die Teilnehmergebühren aus einem größeren Umkreis als bisher zu erhalten.³⁶ Zur Eröffnung des Funkhauses sprach selbstverständlich Wilhelm Kaisen. Unter den Gästen des Festakts war Hermann Ehlers (CDU), Präsident des Deutschen Bundestags aus Oldenburg, mit Sicherheit ein demonstratives Zeichen der Sympathie für Radio Bremen.

Neue Geldquelle: Finanzausgleich

In Bremen suchte man aber auch nach einer anderen, neuen Geldquelle – dem Finanzausgleich, nicht nur unter den Ländern, sondern auch unter den Sendern.³⁷ Als es bereits Anfang 1949 erste Überlegungen für einen Finanzausgleich unter den Ländern der britischen und amerikanischen Besatzungszone gab, stellte sich heraus, dass Bremen bei diesen Überlegungen ein Geberland mit Transfers von 24,32 Millionen DM und Niedersachsen ein

35 Bericht von Geerdes an RB-Rundfunkrat, 3. 10. 1950, Radio Bremen, Akten der Intendanz, Amtszeit Walter Geerdes.

36 Vgl. Kilowatt-Krieg: McCloy für Bremen, in: Der Spiegel, 22. 11. 1950, S. 41.

37 Memorandum von Walter Geerdes vom 9. 2. 1949, Finanzausgleich – dann auch für den Rundfunk, Radio Bremen, Akten der Intendanz, Vorgänge RB/NWDR.

Nehmerland mit einem Zuschuss von 27,94 Millionen DM werden sollte. Wilhelm Kaisen erkannte die Chance und drohte mit der Kürzung der Bremer Zahlungen zum Länderfinanzausgleich, wenn dem NWDR nicht ein Finanzausgleich mit Radio Bremen gestattet werde. Als Sozialdemokrat schreibt Kaisen an den NWDR-Generaldirektor und SPD-Genossen Grimme: »Ihr seid ja von allen Göttern verlassen gewesen, als Ihr beschlossen habt, den anti-bremerischen Ministerpräsidenten den Rundfunk auszuliefern.«³⁸ Bremen gedenke von seinem Notwehrrecht Gebrauch zu machen, wenn es zu keiner Lösung der Finanzierung des Bremer Senders komme. Kaisen an Grimme: »Letzten Endes würde der Weg bleiben, Abzüge von den Zuschüssen aus dem Finanzausgleich an Schleswig-Holstein zu machen.« Und: »Ich sehe nicht ein, dass der Bremer Sender verschwinden soll, weil das Kieler Theater seine Subventionen braucht.«³⁹ Kaisen schreibt auch einen Brief an die Mitglieder des NWDR-Hauptausschusses, dem die Ministerpräsidenten und der Hamburger Bürgermeister angehörten. Etwas verbindlicher im Ton, aber in der Sache klar: Wenn es zu keiner Einigung mit dem NWDR komme, dann sei der Länderfinanzausgleich gefährdet.

ARD für Transferzahlungen an Radio Bremen

Auch die 1950 in Bremen gegründete ARD beschäftigte sich mit der desolaten Finanzlage des kleinen Bremer Senders. Auf einer Sitzung im Februar 1951 appellierte der ARD-Vorsitzende und Intendant des Bayerischen Rundfunks, von Scholtz, an den NWDR, den Fortbestand von Radio Bremen möglichst durch zusätzliche Transferzahlungen zu sichern.⁴⁰ Für diesen Appell gab es gute medienpolitische Gründe, beschäftigte sich doch die Bundesregierung mit eigenen Rundfunkplänen – Arbeiten an einem Bundesrundfunkgesetz hatten begonnen. Die westdeutschen Nachkriegsanstalten sahen durch diese Planungen ihre Existenz in ihrer Gesamtheit bedroht und wollten den Status Quo sichern, um gemeinsam ihre Interessen nach außen vertreten zu können. Ein interner Streit und das Ende von Radio Bremen schien von Scholtz in dieser Situation nicht klug zu sein. Unterstützung für den Bremer Sender kam aber auch von der Bundes-SPD. Der rundfunkpolitische Referent beim SPD-Bundesvorstand, Jürgen F. Warner, schrieb Anfang 1951 an alle Genossen im Hauptausschuss des NWDR mit Durchschrift an den »Genossen Kaisen«, dass es nicht im politischen Interesse der SPD sei, Radio Bremen zu schwächen oder die Existenz des Senders zu gefährden. »Eine Einstellung der Zahlungen an Bremen würde, gerade im gegenwärtigen Augenblick, in dem dem NWDR durch 700.000 neue Hörer erhebliche Mehreinnahmen erwachsen sind, in der Öffentlichkeit nicht verstanden werden.«⁴¹

38 Kaisen an Grimme. Brief vom 28. 2. 1951. StAB 3 -T.2.Nr. 303.

39 Ebd.

40 Vgl. Protokoll der Tagung der Intendanten und Vorsitzenden der Aufsichtsorgane der westdeutschen Rundfunkanstalten in München am 3. 2. 1951, DRA-ARD-Depositum.

41 Brief vom 3. 7. 1951, in: StAB 3 - T.2.Nr. 303.

Bürgermeister Kaisen steigerte den politischen Druck: Wenn der NWDR die Zuschüsse an Radio Bremen nicht bereit sei zu zahlen, würde er nicht nur den Länderfinanzausgleich in Frage stellen, sondern darüber hinaus eine grundsätzliche Änderung der nach 1945 entstandenen Rundfunklandschaft und des Finanzierungssystems anstreben. Man müsse dann die Zuteilung des Gebührenaufkommens an die Rundfunkgesellschaften von den Wünschen der Rundfunkhörer abhängig machen. Kaisen wendete sich direkt an Bundeskanzler Adenauer. Das Protokoll der Sondersenatssitzung vom 3. 3. 1951 vermerkt: »Herr Präsident, Bürgermeister Kaisen, berichtete (...) zunächst über eine Besprechung, die er mit dem Bundeskanzler Dr. Adenauer am 1. 3. 1951 gehabt habe (...) Zum Schluß habe er, Herr Präsident Kaisen, den Bundeskanzler gebeten, die Angelegenheit wegen der Zuschüsse für Radio Bremen im Bundeskabinett zur Sprache zu bringen, damit der NWDR ersucht wird, bis zum Inkrafttreten des Rundfunkgesetzes die Zahlungen weiter zu leisten« Kaisen berichtete weiter, dass er auch mit Bundesinnenminister Dr. Lehr gesprochen habe, »der schließlich zugesagt habe, sie (*die Zahlungen an Radio Bremen*) im Kabinett vorzutragen«. ⁴² Adenauer erschien Kaisen zur Sicherung von Radio Bremen ein geeigneter Bündnispartner zu sein. Adenauers tief empfundene Abneigung gegen den »Rotfunk« aus Hamburg mit seinem Bonner Studio war bekannt. Karl Carstens, der Bremer Bevollmächtigte beim Bund, hielt in einem Vermerk für Kaisen vom 25. 2. 1951 fest, der NWDR habe im Bundeskabinett keinen einzigen Freund ⁴³. Das machte aber weder Adenauer, noch seinen Innenminister zu einem Freund eines eigenständigen Senders in Bremen. Genauere Informationen über die Rundfunkpläne der Bundesregierung waren zur Zeit der Intervention Kaisens bei Adenauer nicht bekannt. Man hätte aber wissen können, dass die von den Besatzungsmächten und den Ländern geschaffene Ordnung des Rundfunks grundsätzlich verändert werden sollte, ⁴⁴ und Radio Bremen war Teil dieser Nachkriegsordnung. Insofern war die Bundesregierung ein problematischer Bündnispartner. Die Neue Zeitung veröffentlichte am 20. Oktober 1952 Auszüge aus einem internen Gesetzentwurf des Bundesinnenministers: Teilung des NWDR in zwei Senderketten, Auflösung des Südwestfunks, Ausdehnung des Hessenfunks auf Rheinland-Pfalz, des SDR auf Baden, Berlin noch im NWDR-Verbund, sollte ein eigenes Sendegebiet werden. Radio Bremen sollte verschwinden. ⁴⁵ Nur der Bayerische Rundfunk sollte unverändert bestehen bleiben. Walter Dirks, einer der profiliertesten Publizisten der frühen Nachkriegsjahre, verknüpfte die Pläne der Regierung Adenauer zur Neuordnung des Rundfunks mit der Diskussion über die Neuordnung der Bundesländer. Er fragte, ob Rheinland-Pfalz bestehen bleiben könne, wenn zusammen mit

42 StAB 3-T.2.418; Bundesinnenminister Lehr arbeitete an einem Bundesrundfunkgesetz. Die ausschließliche Kompetenz der Länder in Rundfunkfragen wurde erst durch das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts 1961 festgestellt.

43 StAB 3-T.2. Nr. 303.

44 Vgl. Deutschland-Union-Dienst, Nr. 89, 10. 5. 1951, S. 3.

45 Vgl. Walter Dirks, Um Ordnung und Freiheit im Rundfunk, in: Frankfurter Hefte. H 12/1952, S. 912–916.

Hessen ein neues Sendegebiet entstehe⁴⁶. Aus der Neugliederung des Rundfunks ergebe sich zwangsläufig die Diskussion über die Neugliederung der Länder. Der Plan der Bundesregierung zur Schaffung von einer norddeutschen Senderkette mit Bremen hätte bei seiner Realisierung die Diskussion über die Sinnhaftigkeit der staatlichen Existenz Bremens wiederbelebt. Teil der Planungen von Bundesinnenminister Lehr im Auftrag von Adenauer war die Schaffung eines »Deutschen Rundfunks« als »bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts« für die »die Bundesregierung die Satzungen erläßt«.⁴⁷ Staats- und Regierungsfunk war geplant.

Die Unterstützung der Bundesregierung zur Rettung von Radio Bremen war denn auch bescheidener Art. Innenminister Lehr war sowohl von Radio Bremen wie auch vom NWDR um einen Vermittlungsvorschlag zur Frage der Zuschüsse für Radio Bremen gebeten worden. Der Vorschlag aus dem Innenministerium, 60.000 DM monatlich, sicherte die Existenz von Radio Bremen nicht wirklich. Der Hauptausschuss des NWDR mit den vier Regierungschefs stimmte dem Vergleich zu. Aber auch die Umsetzung dieses Beschlusses wurde zunächst wieder vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold blockiert. Er fordert: Die Zahlung der Zuschüsse dürfe nur vorübergehend sein, und es müsse »vorher vertraglich vereinbart« werden, »daß mit dem 1. Januar 1952 Radio Bremen im Nordwestdeutschen Rundfunk aufgeht«.⁴⁸ Wenn Arnold bei dieser Haltung geblieben wäre, gäbe eine eigenständige Bremer Rundfunkanstalt nicht mehr.

*Positionswechsel eines Ministerpräsidenten –
Karl Arnold passt die Existenz von Radio Bremen in den Plan
für eine eigene Landesrundfunkanstalt in NRW*

Bürgermeister Kaisen war nicht bereit, sich dem Diktat von Arnold zu beugen und versuchte zunächst zu verhindern, dass die anderen Regierungschefs der NWDR-Länder sich den Bedingungen Arnolds anschließen. Kaisen telegraphierte an NWDR-Generaldirektor Grimme: »Ich habe bei Ministerpräsident Arnold Protest gegen die Bedingungen betreffend Radio Bremen eingelegt. Erwarte, dass bis zur Entscheidung durch Ministerpräsident Arnold keine Beschlüsse gefasst werden.«⁴⁹ Als in Düsseldorf wenig später der Beschluss für eine eigene nordrhein-westfälische Sendeanstalt intern gefallen war, änderte Arnold seine Strategie, verbündete sich mit Kaisen und wurde nun zum Fürsprecher einer großzügigen Regelung zwischen NWDR und Radio Bremen: Wenn Bremen schon einen Anspruch auf einen eigenen Sender habe, so sei dies unbestreitbar auch das Recht des Landes Nordrhein-Westfalen. Ministerpräsident Arnold drängte nun NWDR-Generaldirektor Grimme, mit Radio Bremen zu einer Lösung zu kommen. Radio Bremen und der NWDR

46 Vgl. ebd., S. 912.

47 Ebd., S. 915.

48 Arnold an Schleswig-Holsteins Ministerpräsidenten Bartram, 5. 4. 1951, in: StA HH 621-1, NDR-Depositum.

49 Kaisen an Arnold am 28. 4. 1951, StAB 3-T.2. Nr. 303.

einigten sich in einem Abkommen, das im Dezember 1951 in Kraft trat. Auch der NWDR änderte seine Strategie von einer Konfrontation zu dem Versuch einer langsamen Vereinnahmung von Radio Bremen durch Kooperation. Klaglos akzeptierte der NWDR die Radio-Bremen-Forderung von 125.000 DM zusätzlichen Zahlungen im Monat. Einsprüche der Ministerpräsidenten von Niedersachsen oder Schleswig-Holstein sind nicht überliefert. Kaisens Hinweis auf die Zahlungen Bremens zum Länderfinanzausgleich zeigten offenbar Wirkung.

Die Funkhaus-Intendanten – so sah es das Abkommen vor – sollten in Zukunft die Gestaltung der Programme beider Rundfunkanstalten besprechen. Eine Produktionsgemeinschaft NWDR/Radio Bremen für die Landkreise Norden, Wittmund, Aurich, Leer, Friesland, Wilhelmshaven, Ammerland, Oldenburg, Cloppenburg, Vechta, Diepholz, Hoya, Wesermarsch, Verden, Rothenburg, Osterholz, Bremervörde und Wesermünde wurde beschlossen. Modalitäten der Übernahme von Programmen durch den jeweils anderen Sender wurden ausgehandelt. Teile des NWDR-Programms sollten über die Mittelwellenfrequenzen von Radio Bremen, aber auch über die Bremer UKW-Welle verbreitet werden.

Dieses Abkommen selbst hatte aber, wie wir noch sehen werden, nur eine kurze Lebensdauer und nur wenige praktische Konsequenzen, sieht man von den Gemeinschaftssendungen der beiden niederdeutschen Redaktionen in Hamburg und Bremen ab.

Absicherung des Senders durch Kurz- und Langwellenprogramme

Kaisen und der Bremer Senat verfolgten zur Sicherung von Radio Bremen auch die Pläne für einen Kurz- und Langwellensender mit dem Ziel, einen oder beide Sender in Bremen anzusiedeln, Radio Bremen also durch zusätzliche Aufgaben mit einer Bundesfinanzierung zu sichern. Kaisen bedauert in einer Rede zur Vollendung des Sendesaals und des UKW-Studios am 23. 12. 1952, dass »die Pläne, Radio Bremen die deutschen Auslandssendungen auf der Kurzwelle zu übertragen, sich trotz der Vorstellungen des Senats bei der Bundesregierung offenbar nicht verwirklichen. Denn gerade Bremen wäre dank seiner Weltverbundenheit ein gegebener Standort für diese Sendungen gewesen. Umso mehr glaube ich, der Erwartung Ausdruck geben zu dürfen, daß unsere Rundfunkanstalt bei dem Plan der Bundesregierung für die Einrichtung eines Langwellensenders Berücksichtigung findet.«⁵⁰ Aber auch dieser Plan scheiterte. Der NWDR bot Standorte in Köln und Hannover an und war auch bereit, die Einrichtungskosten zu übernehmen. Bremens Beauftragter beim Bund Karl Carstens berichtete an Kaisen und fragte an, ob »Bremen bereit wäre, einen Beitrag zu den Einrichtungskosten zu leisten«⁵¹. Geschätzte Kosten »höchstens 500 000 DM.« Aber so war das Geschäft nicht gedacht. Bremen wollte nicht zahlen, sondern Radio Bremen sollte durch zusätzliche Aufgaben finanziell saniert werden. Intendant Geerdes gab den

50 Typoskript der Rede Kaisens, in: StAB 7,97/0-3.

51 Carstens Brief an Kaisen vom 15. 5. 1952, StAB 3-T 2.303.

Plan 1955 endgültig auf mit der Begründung, die Basis von Radio Bremen könne man so nicht verbreitern.⁵²

Vom Anfang und vorläufigen Ende eines ARD-Finanzausgleichs

Die Pläne der Bundesregierung für einen »Deutschen Rundfunk« bedrohten den Status Quo des Nachkriegsrundfunks. Grund für interne Beratungen der ARD zur Lösung von Fragen, deren Beantwortung nicht einer Bundesgesetzgebung überlassen werden sollte. Schon die Gründungsintendanten der ARD hatten im November 1951 festgestellt, dass »gemeinschaftliche Aufgaben« zu finanzieren waren und dass es »ausschließlich Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten«⁵³ sei, einen Finanzausgleich intern zu regeln. Die finanzielle Unterstützung für Radio Bremen war nur ein Punkt in dieser Debatte. Zur Abwehr der im Bundesgesetzentwurf vorgesehenen Regelung für gemeinschaftliche Aufgaben beschloss die ARD im April 1954 den ersten Finanzausgleich. Die zwei »Gebenden Anstalten« waren NWDR und Bayerischer Rundfunk, Vier Fünftel der Ausgleichsmasse sollte vom NWDR und ein Fünftel vom Bayerischen Rundfunk kommen. Die im Abkommen zwischen dem NWDR und Radio Bremen vorgesehenen jährlichen Zahlungen von 1,62 Millionen DM wurden nun aus dem ARD Finanzausgleich gezahlt und die jährlichen Zahlungen an Radio Bremen um weitere 712.500 DM erhöht. War Radio Bremens Existenz nun langfristig abgesichert? So war es nicht, wie wir sehen werden. Die Auflösung des großen und finanzkräftigen NWDR brachte Radio Bremen die nächste Existenzbedrohung.

Das Abkommen aus dem Dezember 1951 zwischen den beiden Anstalten NWDR und Radio Bremen war zumindest in seinem finanziellen Teil ab 1954 durch den neuen ARD-Finanzausgleich erledigt. Der NWDR kündigte folgerichtig den entsprechenden Teil des Abkommens mit Radio Bremen mit Inkrafttreten des ARD-Finanzausgleichs im Juli 1954. Der Generaldirektor des NWDR, Adolf Grimme, kündigte aber auch bereits nach zehn Monaten, am 28. 3. 1955, den gerade beschlossenen ARD-Finanzausgleich mit dem Hinweis auf die absehbare Auflösung des NWDR. Das Kündigungsschreiben des Bayerischen Rundfunks folgte am 20. 4. 1955.⁵⁴ Nach Trennung des NWDR in NDR und WDR müsse neu verhandelt werden.

Rundfunkpolitisch war zu klären, ob und wenn ja mit welcher Zielsetzung Bremen sich an den Gesprächen für eine Neuordnung des Rundfunks in Norddeutschland beteiligen sollte. NWDR-Generaldirektor Grimme schlug Radio-Bremen-Intendant Geerdes vor, doch dem Staatsvertrag über den NDR beizutreten; Radio Bremen solle im neuen Norddeutschen Rundfunk aufgehen. Keine gute Idee aus Bremer Sicht, aber was gab es für Alternativen?

52 Vermerk von Staatsrat Dr. Arendt (Senatskanzlei) vom 5. 1. 1955 über ein Telefongespräch mit Walter Geerdes, StAB 3.T.2.- 418.

53 DRA-ARD-Depositum 3-1 (5) Vgl. auch zum Thema Finanzausgleich: Bausch, Rundfunkpolitik (wie Anm. 2), S. 287 ff.

54 DRA-ARD-Depositum 4 - 2413.

Sollte man mit Niedersachsen auch die Teilung der norddeutschen Reste des NWDR in zwei Senderketten, eine für Niedersachsen und Bremen, die andere für Hamburg und Schleswig-Holstein anstreben? Den Plan für eine niedersächsisch-bremische Sendeanstalt hatten Niedersachsens Ministerpräsident Kopf und Kaisen bereits 1950 ohne Ergebnis erörtert⁵⁵. Diese Idee wurde mit der bevorstehenden Auflösung des NWDR wieder aktuell. Kaisen war nun, anders als 1950, der Meinung, der NWDR solle erhalten bleiben. Er schrieb am 4. Januar 1954 an Willi Eichler, einem führenden Theoretiker der Nachkriegs-SPD: Bei einer Teilung »würde im Nordwestdeutschen Raum kein leistungsfähiger Sender mehr vorhanden sein, der imstande wäre, dem technischen Fortschritt zu folgen. Es müsste die Aufgabe der SPD sein, einen leistungsfähigen, zentralen Sender anzustreben. Unter Beibehaltung der kleineren Landessender könnte dieser zentrale Sender dann die Aufgaben erfüllen, die früher dem Deutschlandsender zugefallen sind«. Er verweist auf eine mögliche »Vereinigung mit der Ostzone«. Man solle die Rundfunkneuordnung vorläufig zurückstellen. Ohne große finanzkräftige Rundfunkanstalten wären die kleineren wie Radio Bremen nicht über einen Finanzausgleich zu finanzieren⁵⁶. Aber die Auflösung des NWDR konnte Kaisen nicht aufhalten. Karl Arnold und die CDU wollten für Nordrhein-Westfalen einen eigenen Sender. Im Februar 1954 hatte der Landtag in Düsseldorf mit Zustimmung der SPD-Fraktion die Gründung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt für Nordrhein-Westfalen beschlossen. Radio-Bremen-Intendant Geerdes erneuert in dieser Situation den Plan für eine niedersächsisch-bremische Rundfunkanstalt. Geerdes nennt die geplante Anstalt »Niederdeutscher Rundfunk« mit den gleichberechtigten Standorten Hannover und Bremen.⁵⁷ Diese Pläne waren offensichtlich nicht mit Kaisen abgestimmt. In einer Besprechung über Rundfunkfragen im Juli 1954 im Bremer Rathaus teilte Bremens Bildungssenator Willy Dehmkamp mit, der niedersächsische Kultusminister Richard Voigt habe ihm angeboten, gemeinsam die künftige Gestalt des NWDR zu erörtern und gefragt, ob Bremen nicht mit Niedersachsen zusammengehen wolle.⁵⁸ Kaisen beauftragte den Bremer Bevollmächtigte beim Bund, Karl Carstens, mit dem niedersächsischen Staatssekretär Justus Danckwerts über den Stand der Verhandlungen zur zukünftigen Rundfunkorganisation für Norddeutschland zu sprechen. Danckwerts war Vorsitzender der Verhandlungskommission der vier am NWDR beteiligten Länder. Der Auftrag zur Auslotung der Möglichkeiten für eine niedersächsisch-bremische Anstalt wurde von Kaisen ausdrücklich nicht erteilt. Carstens berichtete schon drei Tage später, die niedersächsische Position sei wie folgt: Nach dem Ausscheiden von Nordrhein-Westfalen aus dem NWDR-Verbund hielten es die verbliebenden Länder nicht für sinnvoll, »Bremen zur Teilnahme aufzufordern,

55 Kopf an Kaisen, 27. 12. 1950. StAB 3-T.2.303.

56 Zitiert nach Reinken, Rundfunk (wie Anm. 6), S. 229.

57 Walter Geerdes, Gedanken und Vorschläge zur Neuordnung des Rundfunks im norddeutschen Raum, ohne Datum, Radio Bremen, Akten der Intendanz, Amtszeit Walter Geerdes, Akte vertraulich.

58 StAB 3-T.2.303; vgl. auch: Reinken, Rundfunk (wie Anm. 6), S. 229 f.

denn durch die Einbeziehung Bremens würde eine weitere finanzielle Einbuße entstehen«. ⁵⁹ Was im Klartext bedeutete, Rundfunkgebühren aus Niedersachsen sollten nicht zur Sanierung von Radio Bremen verwendet werden. Regierungsrat Schröder, der Mann sollte später mal Radio-Bremen-Intendant werden, soll die Haltung der niedersächsischen Regierung so geschildert haben: Nach Auflösung des NWDR solle ein möglichst großer Anteil der Rundfunksendungen in Hannover produziert werden. »Noch wichtiger aber sei es, bis zu diesem Zeitpunkt Hannover baulich und technisch in die Lage zu versetzen, die erweiterten Aufgaben unverzüglich übernehmen zu können. Es müssten ja etliche Abteilungen nach Hannover kommen«, man wolle »Herrn Geerdes und Bremen ruhig einmal eine Weile zappeln lassen« ⁶⁰. Niedersachsens Kultusminister Voigt ergänzt: »Grundsätzlich aber müsse sich Bremen seiner Auffassung nach seiner Größe entsprechend bescheiden.« Voigt war auch nicht an den Bremer Sendeanlagen und der Mittelwellenfrequenz interessiert. Die Bremer Welle sei für die Versorgung Niedersachsens unbrauchbar, »schon, weil sie von den Amerikanern schwarz besorgt sei« ⁶¹. Auf der Kopenhagener Konferenz zur Neuverteilung der Mittelwellenfrequenzen 1949 war die Welle, auf der Radio Bremen sendete, vertraglich Albanien zugeteilt worden. Die amerikanische Militärverwaltung ignorierte die Kopenhagener Beschlüsse für die Sender in ihrer Besatzungszone.

Kaisen wusste nun, dass man in Hannover nicht ernsthaft daran interessiert war, Radio Bremens Finanzprobleme zu lösen. Aber er war auch nicht wirklich an einem gemeinsamen Sender mit Niedersachsen interessiert, mit einer solche Anstalt konnte erneut die Frage nach der Länderneuordnung in Norddeutschland und damit der Verlust der staatlichen Unabhängigkeit Bremens zur Debatte stehen. Der Bremer Senat hatte das Thema am 14. 9. 1954 beraten. Kaisen empfahl auf eventuelle Anfragen nach einer möglichen Zusammenarbeit mit Niedersachsen folgendes zu antworten: Bremen sei »jederzeit bereit zu einer Zusammenarbeit mit Nachbarländern«. Aber: »Bremen hat seit jeher (!) einen selbstständigen Sender und hat von sich aus keine weiteren Wünsche«. ⁶²

Radio-Bremen-Intendant Geerdes verfolgte eine andere Strategie, offensichtlich vertraulich und ohne Kaisen einzubinden. Er paktierte mit der Deutschen Partei (DP), ⁶³ für die der NWDR in Hamburg ein Hort »Sozialistischer Inzucht« ⁶⁴ war. Die DP, im Landtag von Hannover in einer Fraktionsgemeinschaft mit der CDU, brachte den von Geerdes entwickelten Plan für eine

59 Zitiert nach Reinken, Rundfunk (wie Anm. 6), S. 233.

60 Aktennotiz zu Gesprächen am 7. 10. 1954 im niedersächsischen Landtag. Ohne Verfasserangaben und Unterschrift. Aktenbestand Senator Dehnkamp. StAB 3.T.2-418.

61 Ebd. Ausführlich dazu: Die Situation nach Kopenhagen. In: Funk-Fachhändler 2/1950, Heft 4, April 1950, S. 59 f., und Hannoversche Presse, 14. 3. 1950, S. 1; vgl. Rüden, Existenzkampf (wie Anm. 10), S. 167.

62 Senatsprotokoll vom 14. September 1954, S. 113 f., StAB 3.-T.2.418.

63 Vgl. Rüden, Existenzkampf (wie Anm. 10), S. 183.

64 In: DP Dienst, Nachrichten aus der Bundestagsfraktion der Deutschen Partei, Ausgabe vom 17. 4. 1951, S. 2 f.

weitere Aufteilung des NWDR und Gründung einer niedersächsisch-bremischen Rundfunkanstalt als Antrag im Landtag ein, der darüber am 7. Oktober 1954 diskutierte.⁶⁵ Der Antrag war chancenlos, die landespolitischen Interessen der SPD/BHE-Koalition und der Landesregierung waren andere. Es gab bereits einen internen SPD-Entwurf für den NDR-Staatsvertrag, der vorsah, die Staats- und Parteienferne der britischen Verordnung für den NWDR zu korrigieren, der Landtag in Hannover sollte 11 von 21 Rundfunkratsmitgliedern wählen.⁶⁶ Der Einfluss Niedersachsens im NDR war mit mindestens der Hälfte aller Gremiensitze gesichert. Auch ein Beitritt des Landes Bremen zum NDR-Staatsvertrag war nicht im niedersächsischen Interesse, Gremienvertreter aus Bremen hätten die sich abzeichnende Parität zwischen Niedersachsen auf der einen und Hamburg/Schleswig-Holstein auf der anderen Seite zu Ungunsten Niedersachsens verändert.

Übergangslösung und ARD-Finanzausgleich Teil 2

Nach der Kündigung des Finanzausgleichs durch NWDR und BR waren für 1956 als Übergangslösung Zahlungen durch NDR, WDR und BR in der bisherigen Höhe vorgesehen. Die Zuwendungen sollten aber 1957 ersatzlos entfallen. Die ARD betrachtete nun die Unterstützung von Radio Bremen als Aufgabe der neuen Anstalt NDR. Das Angebot des NDR war aber eine deutliche Verschlechterung. Es lautete: Jährlich 500.000 DM für weitere fünf Jahre bei einer jährlichen Reduzierung um zehn Prozent, mit einer einmaligen Übergangszahlung in Höhe von 1,345 Millionen DM. Zum Jahresende 1956 kündigte Radio Bremen einem Viertel seines Personals zum 1. April 1957 und beschloss, sein Orchester aufzulösen. Kaisen, vom Radio-Bremen-Betriebsrat gebeten, das Orchester durch Land oder Stadt zu übernehmen, verwies auf die »bekannte Haushaltssituation der Stadt und des Landes Bremen« und hielt auch die Rettung des Orchesters und die Sanierung von Radio Bremen durch die ARD für aussichtslos. Er schrieb an den Betriebsrat, er bedauere es, dass »meine und alle anderen Bemühungen vergeblich geblieben sind und es nicht gelungen ist, mit den anderen Rundfunkanstalten (...) zu einem tragbaren Ergebnis zu kommen«. Er sehe »zur Zeit keine Möglichkeit für weitere Bemühungen meinerseits«.⁶⁷

Die Rettung des Senders kam wieder einmal als Nebeneffekt einer anderen politischen Entwicklung, das Saarland und damit auch der dortige Sender waren in die Bundesrepublik einzufügen.

65 Vgl. Archiv des niedersächsischen Landtags, Stenographischer Bericht über die 80. Sitzung am 7. 10. 1954 in Hannover, S. 5256 ff. Vgl. auch: Peter von Rüden, Ein Sender für Niedersachsen und Bremen: Planspiel für eine Aufspaltung des NWDR, in: Rüden/Wagner, Die Geschichte des NWDR (wie Anm. 10), S. 384 ff.

66 Der Entwurf mit dem Vermerk »für die internen Beratungen in der SPD« ist undatiert. In: Radio Bremen, Akten der Intendanz, Amtszeit Walter Geerdes, Akte vertraulich.

67 Kaisen an den Betriebsrat von Radio Bremen am 14. 3. 1957, in: StAB 3.T.2.-303.

Auch der aus dem Berliner Teil des NWDR gebildete Sender Freies Berlin war auf Zahlungen aus dem Verbund angewiesen. Der ARD-Finanzausgleich musste erneuert werden. Die Lösung für Radio Bremen sah vor, dass zu den Zuwendungen des NDR in den Jahren 1959, 1960 und 1961 jeweils eine weitere Million DM an Radio Bremen aus dem ARD-Finanzausgleich zu transferieren war. Damit war Radio Bremen ab Ende des Jahres 1958 finanziell einigermaßen solide finanziert.

Kaisens Rundfunkpolitik – Schlussbemerkungen

Wilhelm Kaisen hat kein rundfunkpolitisches Grundsatzpapier hinterlassen. Seine frühe Festlegung auf ein staatsfernes Rundfunkmodell war in seiner Zeit aber ungewöhnlich. Der führende SPD-Medienpolitiker Fritz Heine forderte die Abbildung der Wahlergebnisse in den Gremien der Rundfunkanstalten. Parteien und Regierungen sollten direkt vertreten sein.⁶⁸ Besonders ausfallend gegen einen partei- und regierungsfernen Rundfunk polemisierte die SPD-Zeitung »Hamburger Echo«. Ein Beitrag, gezeichnet mit dem Kürzel H.W., unterstellte dem NWDR eine »Brutstätte antidemokratischer Hetze«⁶⁹ zu sein. H.W. ist mit großer Wahrscheinlichkeit Herbert Wehner, der stärkeren Einfluss der Parteien auf den Rundfunk forderte. Auch der Hamburger Bürgermeister Brauer wollte mehr Einfluss auf den Rundfunk. So schilderte es Hugh Carleton Greene in einem Beitrag im NDR-Hörfunk.⁷⁰ Auch der liberale Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Dr. Reinhold Maier war, so berichtete und bewertete es Lucius D. Clay, »blind für die Wichtigkeit einer freien Presse und eines freien Rundfunks«.⁷¹ Maier wollte, dass die Rundfunkverantwortung das zuständige Staatsministerium trägt und eine »zentrale(n) Überwachung eingerichtet« wird.⁷² Der Medienwissenschaftler Rüdiger Steinmetz kommt zusammenfassend zu dem Urteil, dass die meisten maßgeblichen Nachkriegspolitiker »Eingriffe in den Prozess der öffentlichen Meinungsbildung für völlig legitim« hielten.⁷³

Lucius D. Clay urteilt hart, wenn er schreibt: »Die deutsche Unfähigkeit, demokratische Freiheit wirklich zu erfassen, hat sich wohl auf keinem anderen Gebiet, außer vielleicht in der Schulreform, so deutlich gezeigt. (...) Nur in Bremen und in Württemberg-Baden wurden Gesetze erlassen, die der

68 Vgl. Peter von Rügen, Ein neuer Rundfunk – Alliierte Absichten und deutsche Strategien in der Gründungsphase des NWDR, in: Ludwig Fischer (Hrsg.), Programm und Programmatik – Kultur- und medienwissenschaftliche Analysen, Konstanz 2005, S. 283–298.

69 Hamburger Echo, Ausgabe vom 20. 6. 1947.

70 Vgl. NDR 2, Kurier am Morgen, vom 7. 12. 1977. Manuskript in: StA HH 621-1-NWDR-NDR-Depositum 1258.

71 Clay, Entscheidung (wie Anm. 3), S. 321. Vgl. auch Bausch, Rundfunkpolitik (wie Anm. 2), S. 64 f.

72 Zitiert nach Bausch, Rundfunkpolitik (wie Anm. 2), S. 69 f.

73 Rüdiger Steinmetz, Dauerhafte Lernprozesse: Die Bundesregierung und der NWDR, in: Rügen / Wagner, Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks (wie Anm. 10), S. 322 ff., Zitat S. 325.

Pressefreiheit, wie sie in Amerika verstanden wird, ungefähr nahekamen ...⁷⁴
In allen Ländern der amerikanischen Zone, mit Ausnahme von Bremen, gab es heftige Auseinandersetzungen über die zukünftige Verfassung des Rundfunks.⁷⁵

Schon das erste Radio-Bremen-Gesetz war ein gelungener Versuch, den Rundfunk vor direktem Einfluss von Regierung und Parteien zu schützen. Kaisen hatte mit seiner frühen Festlegung auf einen staatsfernen, unabhängigen Rundfunk die Richtung vorgegeben. Die Frage, ob Kaisen aus grundsätzlichen oder nur aus taktisch-strategischen Gründen für ein solches Rundfunkmodell eingetreten ist, lässt sich nicht beantworten. Dazu fehlt es an überlieferten Quellen. Er wusste aber, dass nur so ein eigener Bremer Sender die Zustimmung der Militärregierung erreichen und die Existenzgefährdungen der frühen Nachkriegsjahre überleben konnte.

Auch die Frage der Existenz von Radio Bremen war und bleibt weiter eng verbunden mit der staatlichen Eigenständigkeit des Landes Bremen. Walter Dirks schrieb 1952 in den Frankfurter Heften über die Gründe für dem Fortbestand von Radio Bremen: »Selbst mit dem Sender Bremen, mag er auch seine Existenz der heute gleichgültigen Tatsache verdanken, daß die amerikanische Armee 1945 einen Hafen brauchte, kann man nicht so umspringen, als wäre er nichts und als wäre nichts aufgebaut worden, und wäre der NWDR noch viel mehr als 38mal so groß als dieser kleine aber tüchtige Sender.«⁷⁶ Diese Feststellung ist nach wie vor zutreffend, für den Sender und das Land Bremen!

74 Clay, Entscheidung (wie Anm. 3), S. 321.

75 Vgl. Hans Bausch, Rundfunkpolitik (wie Anm. 2): Hessen (HR) S. 77 ff., Württemberg-Baden (SDR) S. 93 ff., Bayern (BR) S. 106 ff.

76 Walter Dirks, Ordnung (wie Anm. 11), S. 912 f.

Thomas Francis Dunn – Vom Handelsagenten zum Direktor der amerikanischen Militärregierung in Bremen

Von Heiko Herold

Britisch-kanadische Truppen befreiten Bremen am 27. April 1945 von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, zehn Tage später auch Wesermünde und Bremerhaven. Gemäß den alliierten Vereinbarungen wurde die Unterweserregion mit dem Land Bremen und den Landkreisen Wesermarsch, Osterholz und Wesermünde am 20. Mai 1945 der amerikanischen Militärregierung unterstellt, sollte aber Teil der britischen Besatzungszone bleiben. Dadurch stand Bremen zunächst »in einer im Besatzungsdeutschland einmaligen Doppelrolle, (...) es war sowohl in britischen wie auch in amerikanischen Besatzungsgremien vertreten«¹. Über die *American Enclave Bremen* organisierten die Amerikaner die Versorgung der Truppen, die in ihrer Besatzungszone in Süddeutschland stationiert waren. Sie war ein künstliches Gebilde und verwaltungstechnisch schwer zu erfassen, was schließlich dazu führte, dass die drei Landkreise Wesermarsch, Osterholz und Wesermünde im Dezember 1945 vollständig der britischen Militärregierung unterstellt wurden. Im Laufe des Jahres 1946 fand sich in Verhandlungen zwischen den Amerikanern und Briten auch eine Lösung für den Status des Landes Bremen und der Stadt Wesermünde, die im Januar 1947 aus der britischen Zone herausgelöst und der alleinigen Verwaltung der amerikanischen Militärregierung unterstellt wurden. Hierbei spielten auch die Bemühungen des Bremer Senats um den Bürgermeister Wilhelm Kaisen eine Rolle, der einer Eingliederung Bremens in das im November 1946 neugegründete Land Niedersachsen ablehnend gegenüberstand. Die Stadt Wesermünde wurde am 7. Februar 1947 in das Land Bremen eingegliedert und auf Beschluss der Stadtverordneten in Bremerhaven umbenannt. »Seit dem Ende des Krieges ist nichts geschehen«, proklamierte der örtliche Militärgouverneur Thomas F. Dunn, »was eine größere Bedeutung für die Bewohner von Bremen und Wesermünde hätte, als die Errichtung des Landes Bremen«². Letztlich waren die Amerikaner die Geburtshelfer des heutigen Bundeslandes Bremen, an

1 Konrad Elmshäuser, *Geschichte Bremens*, München 2007, S. 103.

2 Direktor Mr. Thomas F. Dunn erklärt, in: *Weser-Kurier*, Sonderausgabe, 23.1.1947, abgedruckt in: *Occupation – Enclave – State, Die Wiederbegründung des Landes Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg, Dokumente zu Politik und Alltag* (Kleine Schriften des Staatsarchivs Bremen, Heft 39), hrsg. v. Hartmut Müller und Konrad Elmshäuser, 2. Aufl., Bremen 2007, S. 83.

dessen territorialem Zuschnitt sich seit der Landesgründung nichts geändert hat.³

Die Verwaltung der deutschen Gebiete, die von US-amerikanischen Truppen ab September 1944 befreit wurden, und der späteren amerikanischen Besatzungszone wurde zunächst der *U.S. Group Control Council (USGCC)* übertragen, die wenige Monate nach Kriegsende, am 29. September 1945, in *Office of Military Government for Germany (OMGUS)* umbenannt wurde. Die amerikanische Militärregierung endete mit dem Inkrafttreten des westalliierten Besatzungsstatuts für die Bundesrepublik Deutschland am 21. September 1949.⁴ Neben dem Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone gab es fünf weitere regionale Direktoren der amerikanischen Militärregierung, die für die Länder Bremen, Bayern, Hessen, Württemberg-Baden und den amerikanischen Sektor in Berlin zuständig waren. In Bremen amtierten von September 1945 bis September 1949 vier OMGUS-Direktoren:

- 3 Zur Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der amerikanischen Enklave Bremen bis September 1949 siehe u. a.: Karl Marten Barfuß, Hartmut Müller u. Daniel Tilgner (Hrsg.), *Die Geschichte der Freien Hansestadt Bremen von 1945–2005*, 3 Bde., Bremen 2008–2010, hier Bd. 1, S. 10–215; Müller/Elmshäuser, *Occupation – Enclave – State* (wie Anm. 2); Anna-Maria Pedron, *Amerikaner vor Ort. Besatzer und Besetzte in der Enklave Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg* (VStAB Bd. 70), Bremen 2010; Rüdiger Ritter, *Vorort von New York? Die Amerikaner in Bremerhaven* (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bremerhaven, Bd. 19), Bremerhaven 2010, passim; Andreas Röpcke, *Entstehung, Status und Verwaltung der amerikanischen Enklave Bremen*, in: *Brem. Jb.* 66, 1988, S. 423–452; Andreas Röpcke, *Office of Military Government for Bremen*, in: *OMGUS Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949*, hrsg. v. Christoph Weisz, München 1994, S. 597–670; Karl-Ludwig Sommer, *Die »Enclave Bremen« und die humanitäre Hilfe aus den USA nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Bremen und Amerika, Die Verbindungen der Hansestadt mit den Vereinigten Staaten*, Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 2008/2009, hrsg. v. Lars U. Scholl, Bremen 2010, S. 148–157; siehe auch: Hans G. Jansen, Renate Meyer-Braun, *Bremen in der Nachkriegszeit, 1945–1949, Politik – Wirtschaft – Gesellschaft* (Bremen im 20. Jahrhundert), Bremen 1990. Zur britischen Besatzungsherrschaft, auch in Bremen, siehe neuerdings: Siegfried Großekathöfer, *Besatzungsherrschaft und Wiederaufbau, Staatliche Strukturen in der britischen Zone 1945–1949* (Beiträge zu Grundfragen des Rechts, Bd. 20), Göttingen 2016.
- 4 Zur Geschichte der amerikanischen Militärregierung in Deutschland siehe u. a.: John Gimbel, *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949*, Frankfurt/M. 1971; Walter M. Hudson, *Army Diplomacy, American Military Occupation and Foreign Policy after World War II (Battles and Campaigns)*, Lexington 2015, S. 157–200; Conrad F. Latour, Thilo Vogelsang, *Okkupation und Wiederaufbau, Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 5), Stuttgart 1973; Christoph Weisz (Hrsg.), *OMGUS Handbuch* (wie Anm. 3); Earl F. Ziemke, *The U. S. Army in the Occupation of Germany 1944–1946*, Washington, D. C. 1975.

1. Colonel Bion C. Welker, 29. 9. 1945 – 19. 9. 1946
2. Lieutenant-Colonel Gordon W. Browning, 20. 9.– 9. 12. 1946
3. Thomas F. Dunn, 10. 12. 1946 – 29. 11. 1948
4. Captain (Navy) Charles R. Jeffs, 30. 11. 1948 – 21. 9. 1949⁵

Einer dieser Direktoren sticht auf den ersten Blick heraus: Thomas Francis Dunn war der einzige Zivilist in diesem Amt, und er hatte es länger inne, als die anderen drei zusammengerechnet.

Keiner der vier Direktoren hat bislang seinen Biografen gefunden. Von Welker gibt es einen Nachlass im *U.S. Army Military History Institute* in Carlisle, Pennsylvania, den Anna-Maria Pedron für ihre Dissertation »Amerikaner vor Ort. Besatzer und Besetzte in der Enklave Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg« ausgewertet hat⁶. Zu Gordon Browning gibt es einige Studien und Kurzbiografien, außerdem einen autobiografischen Bericht, der im Rahmen eines *Oral History*-Projekts entstand, die sich alle jedoch primär auf seine Zeit als Gouverneur des US-Bundestaates Tennessee (1937–1939 und 1949–1953) beziehen⁷. Über Jeffs erschienen Kurzbiografien im »Internationalen Biographischen Archiv« und der »Bremischen Biographie«, außerdem gibt es einen Wikipedia-Artikel⁸. Zu Dunn hingegen gibt es bislang

- 5 Jeffs blieb noch bis Ende Juni 1952 Landeskommissar der amerikanischen Besatzungsmacht in Bremen. Nach seinem Ausscheiden aus der US-Marine blieb er dort, heiratete 1953 in dritter Ehe die Bremer Kriegswitwe Therese Bauer und arbeitete bis zu seinem Tod im Oktober 1959 als Vertreter für ein amerikanisches Unternehmen. Vgl. Röpcke, Office of Military Government for Bremen (wie Anm. 3), S. 640; Herbert Schwarzwälder, Das große Bremen-Lexikon, 3 Bde., 2. Aufl., Bremen 2003–2008, hier Bd. 1, S. 437.
- 6 Siehe dazu die Angaben im Quellen- und Literaturverzeichnis von Pedrons Studie. Vgl. Pedron, Amerikaner vor Ort (wie Anm. 3), S. 384.
- 7 Vgl. u. a. Mae M. Bronaugh, *The Crump-Browning Political Feud 1937–1938*, (Diss.) Memphis 1959; Gordon Browning, *An Oral Memoir*, Glen Rock 1977; William R. Majors, *The End of Arcadia, Gordon Browning and Tennessee Politics*, (Diss.) Memphis 1982; Governor Gordon Browning, in: *The National Governors Association Governors Database*, https://www.nga.org/cms/home/governors/past-governors-bios/page_tennessee/col2-content/main-content-list/title_browning_gordon.html [6. 6. 2018]; Gordon Weaver Browning, in: *Tennessee Encyclopedia*, <https://tennesseencyclopedia.net/entries/gordon-weaver-browning> [6. 6. 2018]; Browning, Gordon Weaver (1889–1976), in: *Biographical Directory of the United States Congress*, <http://bioguide.congress.gov/scripts/biodisplay.pl?index=B000959> [6. 6. 2018]; Gordon Browning, in: *Wikipedia*, https://en.wikipedia.org/wiki/Gordon_Browning (Englisch) und https://de.wikipedia.org/wiki/Gordon_Browning (Deutsch) [6. 6. 2018].
- 8 Jeffs, Charles R., in: *Internationales Biographisches Archiv, Personen aktuell*, 20, 1953, auch abrufbar im Internet unter: <https://www.munzinger.de/search/go/document.jsp?id=00000005295> [6. 6. 2018]; Jeffs, Charles Richardson, in: *Bremische Biographie 1912–1962*, hrsg. v. Fritz Peters u. Karl H. Schwebel, bearb. von Wilhelm Lührs, Bremen 1969, S. 260 f.; Charles Richardson Jeffs, in: *Wikipedia*, https://de.wikipedia.org/wiki/Charles_Richardson_Jeffs [6. 6. 2018].

keine biografische Studie, ja nicht einmal einen Wikipedia-Artikel, auch ist in öffentlichen Archiven kein Nachlass überliefert⁹. In Herbert Schwarzwälders Bremen-Lexikon finden sich kurze Einträge zu Welker, Dunn und Jeffs¹⁰. Über Dunn schreibt er: »Militärgouverneur, *1903, † 1964. Er war bis 1946 Mitglied der Tripartite Merchant Marine Commission, die die deutsche Handelsflotte unter die Siegermächte aufteilen sollte. Dezember 1946 bis November 1948 Militärgouverneur bzw. Direktor der Militärregierung in Bremen«¹¹. Viel mehr ist über Dunn im öffentlichen Gedächtnis des Bundeslandes Bremen nicht präsent. Wer war dieser Mann, der die Geschicke Bremens und Bremerhavens in der frühen Nachkriegszeit lenkte und wichtige Weichen für deren Nachkriegsentwicklung stellte?

Thomas Francis Dunn III wurde am 27. Mai 1903 im New Yorker Stadtteil Brooklyn geboren. Von dort stammten auch seine Eltern Thomas Francis Dunn II und Catherine, geborene Huck.¹² Mit 14 Jahren trat er seine erste Stelle bei der international tätigen Speditionsfirma *Caldwell an*, wo er von 1917 bis 1922 das Handwerk eines Speditionskaufmanns lernte. Anschließend war er als Direktor für die in New York City ansässige *Netherlands Corporation for Overseas Trade* tätig, die hauptsächlich mit Rohkautschuk, Kapok, Reis, Kaffee, Zucker und Gewürzen handelte¹³, und fuhr einige Monate zur See.¹⁴

Am 8. November 1925 heiratete er die 23-jährige Eleanora Schaefer in New York City. Mit ihr zeugte er zwei Söhne: Thomas Francis IV, der am 16. Juli 1927 in Ridgewood zur Welt kam, und Robert Edward, der am 14. Juli 1930 in Brooklyn geboren wurde, beides Stadtteile von New York City.¹⁵

- 9 Nach schriftlicher Auskunft von Mike P. Dunn, eines Enkels von Thomas F. Dunn III, vom 6. Juni 2018 gibt es auch keinen Nachlass in Familienbesitz. Er vermutet, dass einige Dokumente seines Großvaters im Nachlass seines 2014 verstorbenen Onkels, Robert E. Dunn, überliefert sein könnten, der sich bei ihm zu Hause in Wisconsin befindet. Leider konnten die vier Kisten mit Erinnerungstücken an seinen Onkel für diesen Beitrag nicht ausgewertet werden.
- 10 Schwarzwälder, Das große Bremen-Lexikon (wie Anm. 5), Bd. 1, S. 215, 437 u. Bd. 2, S. 142.
- 11 Ebd., Bd. 1, S. 215. Im Handbuch zum Friedhof Riensberg, in dem rund 200 dort bestattete Persönlichkeiten mit Kurzbiografien verzeichnet sind, fehlt ein Eintrag zu Thomas F. Dunn, was im Falle einer weiteren Neuauflage hoffentlich korrigiert wird. Vgl. Gerda Engelbracht, Andrea Hauser, Der Friedhof Riensberg, Ein Handbuch von A bis Z, 2. Aufl., Bremen 2015.
- 12 Thomas Francis Dunn, Einwohnermeldekartei, StAB; Meldekarte Thomas F. Dunn, StA HH 741-4 K 5408.
- 13 Alphabetical List of Trade-Mark Applicants, Published for Opposition, in: Official Gazette of the United States Patent Office, 311, 1923, S. VI.
- 14 Thomas Dunn mit 61 Jahren gestorben, in: Weser Kurier, 29.10.1964, in: StAB 9, S3 Dunn, Thomas F.
- 15 Eleanora Dunn wurde am 24. Juni 1905 in Brooklyn geboren. Ihr Vater, Harry Laramie Schaefer, stammte ebenfalls von dort, während ihre Mutter, Ida Konrad, eine gebürtige Deutsche aus Pforzheim war. Vgl. Meldekarte Eleanora

Im Jahre 1925 begann auch Dunns internationale Karriere als Handelsagent der New Yorker Firma *Bull West African Line* in der französischen Kolonie Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste). Ob seine Ehefrau ihn zumindest zeitweise dorthin begleitete, ließ sich nicht ermitteln. Die von Archibald Hilton Bull geführte Schifffahrtsgesellschaft hatte vier Jahre zuvor als erstes US-amerikanisches Unternehmen einen regelmäßigen Dampferverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Westafrika eingerichtet¹⁶. Dort muss Dunn sich rasch einen guten Namen gemacht haben, denn schon 1926 ernannte ihn der Präsident Liberias Charles King zum liberianischen Konsul für die



Dunn (geb. Schaefer) und Thomas F. Dunn, Stadtarchiv Bremerhaven; Thomas Francis Dunn, Einwohnermeldekartei, StAB; Meldekarte Thomas F. Dunn, StA HH 741-4 K 5408.

Abb. 1: Thomas F. Dunn als Direktor der Militärregierung in Bremen im Juni 1948. Foto: Heute, Die amerikanisch-deutsche Illustrierte, 61, 1. 6. 1948, S. 6

Thomas Francis IV verstarb am 13. September 2007 in Arlington, Texas. Er hinterließ mehrere Kinder und Enkelkinder. Sein Bruder Robert Edward starb kinderlos sechseinhalb Jahre später, am 25. Februar 2014, ebenfalls in Arlington, Texas. Vgl. Obituary for Thomas Francis Dunn IV, July 16, 1927 – September 13, 2007, <https://www.legacy.com/obituaries/name/thomas-dunn-obituary?pid=94849657> [6. 6. 2018]; Obituary for Robert Edward Dunn, July 14, 1930 – February 25, 2014, <https://www.dignitymemorial.com/obituaries/arlington-tx/robert-dunn-5871910> [6. 6. 2018].

16 Bull Line, in: Kenneth J. Blume, *Historical Dictionary of the U.S. Maritime Industry* (Historical Dictionaries of Professions and Industries), Lanham u. a. 2012, S. 82 f.; Peter Duignan, Lewis H. Gann, *The United States and Africa, A History*, Cambridge u. a. 1984, S. 206.

ivorische Hafenstadt Grand Bassam. Dieses Amt bekleidete er mindestens bis 1927¹⁷.

Als die New Yorker Firma *Barber Lines* 1928 die Westafrika-Linie von *Bull* übernahm, blieb Dunn zunächst in Grand Bassam und wechselte als Handelsagent zur *Wishnick-Tumpeer Incorporated*, die Rohstoffe aus Westafrika für die Kautschukindustrie zur Herstellung von Asphaltprodukten in die USA importierte¹⁸. Inmitten der Weltwirtschaftskrise, die das Chicagoer Unternehmen durch geschicktes Management des russischstämmigen Firmengründers Robert Wishnick gut überstand, wurde Dunn 1930 zum Direktor der Auslandsabteilung befördert, die ihren Sitz in seiner Heimatstadt New York City hatte. In dieser Funktion unternahm er mehrere Dienstreisen nach Europa. Anfang 1935 war er maßgeblich an der Gründung der ersten Auslandsniederlassung des Unternehmens in London beteiligt, die unter dem Namen *Witco Limited* firmierte und dessen Leitung er übernahm. In einem Bericht des *The India-Rubber Journal* vom April 1935 ist vermerkt:

»Mr. T. F. Dunn, formerly manager of the foreign division of Wishnick-Tumpeer, Inc., in New York, and Mr. C. C. Hallett, who have been identified with the chemical industry in London for some years, are respectively managing director and sales manager of a new company, Witco, Ltd., which is associated with Wishnick-Tumpeer, Inc., and, with offices at Bush House, London, will specialize in American gas carbon black and other chemicals.«¹⁹

Kurz nach ihrer Gründung übernahm die *Witco Limited* die britische *Harold A. Wilson & Company*, die Pigmente für den US-amerikanischen Markt produzierte. Dunn zog 1935 mit seiner Familie nach London. Kurz vor Beginn

17 Peter J. Murdza, *The Tricolor and the Lone Star, A History of Franco-Liberian Relations 1847–1930*, (Diss.) Ann Arbor 1979, S. 64; *Gothaisches Jahrbuch für Diplomatie, Verwaltung und Wirtschaft*, Gotha 1927, S. 556. In einigen Artikeln heißt es irrtümlich, Dunn sei zum amerikanischen Konsul in Grand Bassam ernannt worden. Vgl. Thomas Dunn mit 61 Jahren gestorben, in: *Weser Kurier*, 29. 10. 1964, in: *StAB 9, S3 Dunn, Thomas F.; Commerce in Germany*, Official Publication of the American Chamber of Commerce in Germany, 126, 1964, S. 123. Leider ließ sich nicht ermitteln, in welchem Zeitraum genau Dunn das Amt des liberianischen Konsuls in Grand Bassam innehatte. Entsprechende Anfragen an das *Center for National Documents and Records* in Monrovia, die *Archives Nationales de Côte d'Ivoire* in Abidjan, die *Archives Nationales d'Outre Mer* in Aix-en-Provence und das *Centre des Archives Diplomatiques* in Paris blieben bis zur Drucklegung unbeantwortet.

18 Zum Importgeschäft der Firma aus Grand Bassam siehe u. a.: *Import Manifests, Fine Chemicals, Drugs, Spices, Essential Oils, etc. Imports at New York, July 22 to Aug. 4*, in: *Drug Markets*, 9. 8. 1927, S. 166. Zur Firmengeschichte der *Wishnick-Tumpeer Incorporated* allgemein siehe: *Wishnick-Tumpeer Chemical Co.*, in: *International Directory of Company Histories*, 200 Bde., Chicago u. a. 1988–2018, hier Bd. 1: *Advertising – Drugs*, hrsg. v. Thomas Derdak, Chicago u. a. 1988, S. 403 ff.; *William Wishnick, The Witco Story*, New York 1976.

19 *The India-Rubber Journal*, 89, 20. 4. 1935, S. 457.

des Zweiten Weltkriegs reisten seine Ehefrau und seine beiden Söhne zurück nach Nordamerika. Als die deutsche Wehrmacht im Mai 1940 Frankreich überfiel, war Dunn gerade geschäftlich dort, »but was soon able to reunite with the family and settle them in Flushing, New York«²⁰. Er beendete seine Tätigkeit als Direktor der *Witco Limited* 1941 und ging zurück in die Vereinigten Staaten.²¹

Nach seiner Rückkehr in die USA nahm Dunn eine leitende Stellung bei der *War Shipping Administration* an. Diese Behörde war am 7. Februar 1942 durch eine Verfügung des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt gegründet worden. Sie war damit beauftragt, für den notwendigen Ausbau und die optimale Nutzung der amerikanischen Handelsflotte und ihrer Transportkapazitäten im Rahmen der Kriegsführung zu sorgen. Ihre Leitung übernahm US-Vizeadmiral Emroy S. Land, dem gleichzeitig die *United States Maritime Commission* unterstellt war. Schließlich kehrte Dunn als Direktor der *War Shipping Administration* für Großbritannien, Frankreich und Deutschland nach Europa zurück, »where he managed the merchant fleet that supported the allied invasion of the continent in June 1944«²². In dieser Funktion traf er Anfang Juni 1945 in Bremen ein, wo er die *War Shipping Administration* in bilateralen Sitzungen vertrat, die sich mit der Zukunft der Bremer Reedereien und Werften befassten.²³

Im August 1945 wurde Dunn als Mitglied in die sechsköpfige *Tripartite Merchant Marine Commission* berufen. Der zweite amerikanische Vertreter in diesem Gremium war Vizeadmiral Robert L. Ghormley. Von September bis Dezember 1945 inventarisierte die Kommission die Reste der deutsche Handelsflotte und erarbeitete gemäß der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz Empfehlungen, wie diese am Besten zu gleichen Teilen unter den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion aufgeteilt werden könne. Sie präsentierte ihre Ergebnisse in einem ersten Bericht vom 7. Dezember 1945, der einige Wochen später mit nachträglichen Ergänzungen von den drei alliierten Regierungen bewilligt wurde. Am 4. Dezember 1947 legte das Gremium einen zweiten und letzten Bericht vor, den die US-Regierung jedoch

20 Obituary for Robert Edward Dunn (wie Anm. 15).

21 Ebd.; Thomas Dunn mit 61 Jahren gestorben, in: *Weser Kurier*, 29. 10. 1964, in: StAB 9, S3 Dunn, Thomas F.; Names in the News, in: *The Rubber Age*, 27, 10. 7. 1930, S. 377.

22 Obituary for Robert Edward Dunn (wie Anm. 15).

23 Ebd.; Notes of the Ship Owners Conference and the Shipbuilders Conference held at Bremen Port Command Headquarters, 4. 6. 1945, StAB 4,116-6, Nr. 1 u. 2; Thomas Dunn mit 61 Jahren gestorben, in: *Weser Kurier*, 29. 10. 1964, in: StAB 9, S3 Dunn, Thomas F.; Pedron, Amerikaner vor Ort (wie Anm. 3), S. 162; Röpcke, Office of Military Government for Bremen (wie Anm. 3), S. 639 f. Zur Geschichte der *War Shipping Administration* und der *United States Maritime Commission* siehe u. a.: Emroy S. Land, *The United States Merchant Marine at War, Report of the War Shipping Administrator to the President*, Washington, D. C. 1946; Frederic C. Lane, *Ships for Victory. A History of Shipbuilding under the U.S. Maritime Commission in World War II*, 2. Aufl., Baltimore 2001.

nicht bewilligte.²⁴ Unterm Strich verblieb in Deutschland »lediglich eine beschränkte Anzahl kleiner Schiffe für den Verkehr an der deutschen Küste«, wie Heinrich Riensberg, Vorsitzender des Verbandes deutscher Reeder, im Mai 1949 konstatierte. »Die auf diese Weise verbliebene deutsche Flotte«, resümierte er, »besteht aus rund 140 Dampfern von weniger als je 1.500 BRT mit einem Durchschnittsalter von 44 Jahren und insgesamt etwa 95.000 BRT, sowie rund 300 Motorseglern mit etwa 35.000 BRT.«²⁵

Unterdessen erreichte die Karriere von Thomas F. Dunn ihren Höhepunkt: Drei Monate nach Auflösung der *War Shipping Administration* wurde er am 1. Dezember 1946 zum stellvertretenden Direktor der US-Militärregierung für Bremen ernannt²⁶, und bereits neun Tage später, am 10. Dezember, löste er den bisherigen Direktor Lieutenant-Colonel Gordon Browning ab, der ein Richteramt in den USA übernahm. Als Experte für Schifffahrt und Logistik war er der geeignete Mann, um den Wiederaufbau der Hafen- und Verkehrsinfrastruktur in Bremen und Bremerhaven zu koordinieren und damit den Nachschub der Truppen in der amerikanischen Besatzungszone sicherzustellen.²⁷

24 Thomas Dunn mit 61 Jahren gestorben, in: *Weser Kurier*, 29.10.1964, in: StAB 9, S3 Dunn, Thomas F.; Report of the Tripartite Merchant Marine Commission to the Governments of Soviet Russia, the United Kingdom, and the United States, Recommending the Allocation of Merchant Vessels of the German Merchant Marine, 7.12.1945, in: *Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, 1945, European Advisory Commission, Austria, Germany*, Bd. 3, hrsg. v. William Slany u. a., Washington, D. C. 1968, S. 1513–1519; Editorial Note [on the Tripartite Merchant Marine Commission], in: *Foreign Relations of the United States, 1951, Europe, Political and Economic Developments*, Bd. IV, Teil 2, hrsg. v. William Slany u. a., Washington, D. C. 1985, S. 1621 f.; Peter Kuckuk, *Die A.G. »Weser« in der Nachkriegszeit 1945–1953* (Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, Heft 24), Bremen 2005, S. 232; Chris Madsen, *The Royal Navy and German Naval Disarmament, 1942–1947* (Cass Series, Naval Policy and History, Bd. 4), London u. Portland 1998, S. 101–126.

25 Heinrich Riensberg, *Wiederbeginn deutscher Schifffahrt*, in: *Die Zeit*, 5. 5. 1949.

26 Duns Ernennung zum stellvertretenden Direktor der US-Militärregierung für Bremen erfolgte am 9. Dezember rückwirkend zum 1. Dezember 1946. In dem entsprechenden Sonderbefehl der US-Militärregierung für Bremen hieß es: »Mr. Thomas F. Dunn, US civilian, having reported this station for duty in accordance with VOEG OMGUS [Verbal Order of Commanding General Office of Military Government for Germany], is appointed Deputy Director with effect from 1 December 1946.« Zitat aus: Special Order No. 88, Office of Military Government for Bremen Enclave, 9.12.1946, StAB 16, 1/2 6/2-3/4, o. P. Als Zivilangestellter der US-Militärregierung für Bremen wurde Dunn bereits ab dem 30. November 1946 geführt, in der zweithöchsten Besoldungsklasse CAF-14, was einem Jahresgehalt von bis zu 8.500 US-Dollar und dem militärischen Rang eines Lieutenant-Colonel entsprach. Vgl. *Functional History of Military Government in the Bremen Enclave, 1. 9. – 31. 12. 1946, Part II: Appendices, Appendix No. 1 b: List of US Civilians entered on duty or separating OMGBE (US) between 1 Sept and 31 Dec 1946*, StAB 16, 1/2, 6/49-1/2, o. P.

27 Ebd.; General Order No. 6: Assumption of Command, Office of Military Government for Bremen Enclave, 10. 12. 1946, StAB 16, 1/2 6/2-3/4, o. P.; *Functional History of Military Government in Land Bremen, 1 July 1946 – 30 June 1947*,

Die Tätigkeit der amerikanischen Militärregierung in Bremen ist gut dokumentiert und in mehreren Studien wissenschaftlich aufgearbeitet worden²⁸. In Dunns knapp zweijährige Amtszeit fallen viele wichtige Weichenstellungen, die für die Nachkriegsentwicklung Bremens und Bremerhavens von Bedeutung sind. An deren Zustandekommen und Umsetzung hatte er seinen Anteil. Sie können hier nur schlaglichtartig dargestellt werden.

Es war ein historischer Glücksfall für Bremen, dass es mit Dunn einen pragmatischen und wohlgesinnten Militärgouverneur bekam, der sich offenkundig den Grundsätzen der sogenannten Hoffnungsrede von US-Außenminister James F. Byrnes vom 6. September 1946 verpflichtet fühlte, die den Deutschen in der US-Zone eine Liberalisierung der Besatzungspolitik, erweiterte Selbstverwaltung, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und perspektivisch die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung in Aussicht stellte²⁹. Später profitierte Bremen auch von Krediten des *European Recovery Program* (ERP), besser bekannt als *Marshall Plan*, das im April 1948 aufgelegt wurde. Nutznießer waren vor allem die Schifffahrt und der Wohnungsbau.

»Ich kann hier nicht die einzelnen Mitglieder der Militärregierung namentlich aufführen und ihre Verdienste würdigen«, schrieb Wilhelm Kaisen 1967 in seinen Memoiren. »Übergehen kann ich allerdings nicht die beiden Chefs der Militärregierung, Mr. Dunn und [dessen Nachfolger] Admiral Jeffs, die nacheinander hier tätig waren. Beide sind leider inzwischen verstorben. Sie beide blieben bis zuletzt eng mit Bremen verbunden. Beide waren von Haus aus Kaufleute, und beide haben in ihrer Stellung als Direktor der Militärregierung ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in den Dienste des Wiederaufbaus der Häfen, der Schifffahrt und des Großhandels gestellt. Sie walteten ihres Amtes, ohne viel Aufhebens davon zu machen. ›Wie können wir Ihnen nützlich sein?‹ war ihre ständige Begrüßungsformel, wenn ich sie aufsuchen mußte, um diese oder jene Angelegenheit mit ihnen zu erörtern. Sie arbeiteten hart, wenn es darauf ankam, und erwarteten das gleiche von ihren Mitarbeitern. Sie bereiteten Bremer Anliegen einen Weg nach oben hin ins Haupt-

Part I: Narrative, S. 1, StAB 16, 1/2 6/50-2/1, o. P.; Röpcke, Office of Military Government for Bremen (wie Anm. 3), S. 639 f. Vermutlich hat Dunn vor seiner Ankunft in Bremen im Juni 1945 einen der mehrwöchigen Vorbereitungskurse für leitendes Besatzungspersonal an der *School of Military Government* an der *University of Virginia* in Charlottesville oder an einer der anderen *Civil Affairs Training Schools* in den USA oder Großbritannien absolviert, allerdings ließ sich dafür kein Nachweis finden.

28 Siehe Anm. 3. Ergänzend dazu siehe: Andreas Röpcke, Dienstberichte der Besatzungsmacht, Die zentralen Berichtsserien der amerikanischen Militärregierung in Bremen (1945–1949) als historische Quelle, in: Brem. Jb. 57, 1979, S. 289–316.

29 Address by Secretary of State Byrnes on United States Policy Regarding Germany, Stuttgart, September 6, 1947, abgedruckt in: Documents on Germany 1944–1985, hrsg. v. United States Department of State, Washington, D. C. o. J. [1985], S. 91–99. Siehe dazu: John Gimbel, Byrnes' Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1, 1972, S. 39–62.

quartier; es kam kaum vor, daß ein von ihnen befürwortetes Anliegen an höherer Stelle abgelehnt wurde. Bremen verdankt den beiden sehr viel, auch manche finanzielle Zuwendung, die Bremens Institute brauchen konnten.«³⁰

Dunn übernahm das Amt als Direktor der Militärregierung in Bremen zu einem schwierigen Zeitpunkt, mitten im »Hungerwinter« 1946/47. Zwei Monate Dauerfrost bei Wohnungs-, Kohlen- und Nahrungsmangel bedeuteten erhebliche Strapazen für die ohnehin ausgezehrtc Bevölkerung. Die Bremer und andere deutsche Landesregierungen waren mit der Situation überfordert und baten die Militärregierungen um Unterstützung. »Es war deprimierend für die Ministerpräsidenten«, erinnerte sich Wilhelm Kaisen später, »die Besatzungsmacht um Hilfe bitten zu müssen.«³¹ Viele Menschen, vor allem Kinder in Deutschland überlebten den »Hungerwinter« nur aufgrund internationaler Lebensmittelhilfslieferungen, darunter die sogenannten Schweden- und Hoover-Speisungen. Bei akuten Engpässen half die Militärregierung in Bremen unmittelbar: »Sie öffnete ihre Proviantämter und füllte die Lücken auf«³². In seiner Weihnachtsansprache an Heiligabend 1946 machte Dunn den Bremern Mut: »Die negative Periode der Besatzung kommt allmählich zum Ende«, zitierte ihn ein Zeitungsbericht, »jetzt beginnt der positive Abschnitt.«³³ Doch als im Frühjahr das Eis zu schmelzen begann, kam für Bremen die nächste Katastrophe: Am 18. März 1947 zerstörten Eismassen, Hochwasser, führerlose Schiffe und anderes Treibgut in kurzer Zeit sämtliche städtischen Brücken über die Weser.

Dunns Hauptaugenmerk galt von Anfang an dem Wiederaufbau der zerstörten Wohnungen, Verkehrsinfrastruktur und Industrieanlagen. Besonders wichtig waren – neben der Wiedererrichtung der Weserbrücken³⁴ – die Instandsetzung und der Ausbau der bremischen Häfen, über die der Nachschub für die amerikanischen Besatzungstruppen und umfangreiche Hilfslieferungen für die deutsche Zivilbevölkerung, darunter Millionen von CARE-Paketen, abwickelt wurden³⁵. Im Zuge dieser Maßnahmen entstand im Frühjahr 1947 auch der *Bremerhaven Port of Embarkation*, wo in den folgenden zehn Jahren etwa 3,5 Millionen US-Soldaten und deren Familienangehörige sowie 10 Millionen Tonnen militärisches Gerät angelandet wurden³⁶. Den Amerikanern

30 Wilhelm Kaisen, *Meine Arbeit, mein Leben*, München 1967, S. 206 f.

31 Ebd., S. 189.

32 Ebd., S. 191.

33 Amerikas Wünsche für Bremen. Eine Radio-Botschaft des Direktors Thomas F. Dunn, in: *Weser Kurier*, 28. 12. 1948.

34 Vermerke über Besprechungen zwischen Dunn und Kaisen am 19. 3. 1947 und 26. 3. 1947, StAB 3-R.1.m. Nr. 117, o. P.

35 Zur humanitären Hilfe der Amerikaner für die deutsche Bevölkerung in den ersten Nachkriegsjahren siehe ausführlich: Karl-Ludwig Sommer, *Humanitäre Auslandshilfe als Brücke zu atlantischer Partnerschaft, CARE, CRALOG und die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach Ende des Zweiten Weltkrieges* (VStAB 63), Bremen 1999.

36 Jansen/Meyer-Braun, *Bremen in der Nachkriegszeit* (wie Anm. 3), S. 98.

war es wichtig, dass die Deutschen beim Wiederaufbau soviel Eigenverantwortung wie möglich übernahmen: »Considerable authority has been placed in the hands of competent and trustworthy Germans« ist in einem Bericht der Militärregierung vom Sommer 1947 über den Wiederaufbau des stadtbremischen Hafens vermerkt. »Military Government has given all possible assistance by creating better working conditions and by showing a sincere attitude of cooperation.« Diese Strategie zahlte sich aus: »The Germans have responded to this attitude by showing that they could achieve almost a pre-war accomplishment.«³⁷ Im Nachkriegsbericht der Handelskammer Bremen von 1948 heißt es anerkennend: »Das Verständnis der Militärregierung für bremische Hafenbelange und die erwiesene Bereitwilligkeit, die bremische Verkehrswirtschaft möglichst frei arbeiten zu lassen, haben zur Überwindung der schweren Krise des bedrohten Hafens wesentlich beigetragen«³⁸.

Nachdem das Land Bremen Anfang 1947 in die US-Zone integriert worden war, wurde gemäß der amerikanischen Besatzungsdirektiven eine Landesverfassung ausgearbeitet, deren Ziel »die Form der Selbstregierung« mit »gewisse[n] Einschränkungen«³⁹ war. Diese Aufgabe übernahm – wie schon 1920 – eine Verfassungsdeputation unter der Leitung von Theodor Spitta. Das war keine leichte Aufgabe, zumal die Verfassung »im Schnelltempo hergestellt werden muß«⁴⁰, wie Spitta am 22. Februar 1947 in sein Tagebuch notierte. Für die Amerikaner war es wichtig, dass die Verfassung in »einer Atmosphäre der Freiheit von amerikanischer Einmischung«⁴¹ erarbeitet wird, wie der stellvertretende Militärgouverneur in Deutschland General Lucius D. Clay konstatierte, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Nachdem der Verfassungsentwurf von den Amerikanern und durch eine Volksabstimmung gebilligt worden war, trat die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen am 21. Oktober 1947 in Kraft. Sie ist bis heute gültig.

In der Enklave Bremen hatte am 13. Oktober 1946 die erste Bürgerschaftswahl nach dem Zweiten Weltkrieg stattgefunden, aus der die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Wilhelm Kaisen mit 47,6 % klar als Sieger hervorging. Infolge der Gründung des Landes Bremen, das aus der britischen Zone herausgelöst und in die US-Zone integriert wurde, war in Dunns erstem Amtsjahr eine weitere Bürgerschaftswahl notwendig, die parallel mit der Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf am 12. Oktober 1947 stattfand.

37 Zitate aus: *Functional History of Military Government in Land Bremen*, 1 July 1946 – 30 June 1947, Part I: Narrative, S. 233, StAB 16, 1/2 6/50-2/1, o. P.

38 Nachkriegsbericht der Handelskammer Bremen über die Jahre 1945–1947, Bremen o. J. (1948), S. 32.

39 OMGUS, APO 742 (German Translation): Beziehungen zwischen der Militärregierung und der Zivilverwaltung in der amerikanischen Zone nach Inkrafttreten der Länderverfassungen, 30. 9. 1946, StAB 3-R.1. m Nr. 117, o. P.

40 Tagebucheintrag von Theodor Spitta, 22. 2. 1947, in: *Neuanfang auf Trümmern, Die Tagebücher des Bremer Bürgermeisters Theodor Spitta 1945–1947* (Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Bd. 13), hrsg. v. Ursula Büttner u. Angelika Voß-Louis, München 1992, S. 450.

41 Zit. in: Jansen / Meyer-Braun, Bremen in der Nachkriegszeit (wie Anm. 3), S. 129.

Auch diese Wahl gewann die SPD unter Wilhelm Kaisers Führung deutlich mit 41,7%. Allerdings war die Wahlbeteiligung 1947 deutlich geringer als im Jahr zuvor, was unter anderem daran lag, dass nun nicht nur ehemalige NSDAP-Mitglieder, die vor dem 1. Mai 1933, sondern auch jene, die vor dem 1. Mai 1937 in die Partei eingetreten waren, von der Wahl ausgeschlossen wurden.

Ein letzter Bereich sei hier noch genannt, auf dem weniger Erfolge zu verzeichnen waren: die Entnazifizierung⁴². Anfangs lag die Federführung hier bei der amerikanischen Besatzungsmacht. Bis März 1946 wurden hunderte führende Vertreter des NS-Regimes in Bremen interniert und fast 3.400 Staatsbedienstete vom Dienst suspendiert, was rund 40% der am 1. April 1945 beschäftigten Bremer Beamten und Regierungsangestellten entsprach. Zwei Jahre nach Kriegsende, in Dunns Amtszeit als Direktor der Militärregierung, übergaben die Amerikaner die Entnazifizierung in Bremen größtenteils in deutsche Verantwortung. Die Grundlage dafür bildete das *Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (BefrG)*. In den anderen deutschen Ländern der US-Zone galt das Gesetz bereits seit März 1946. In Bremen, das erst im Januar 1947 vollständig in die US-Zone integriert worden war, verkündete es der Senat am 9. Mai 1947. Daraufhin wurden 14 Spruchkammern und ein neues Senatsressort für politische Befreiung eingerichtet. Doch schon einen Monat nach seinem Amtsantritt äußerte sich der Bremer Chefankläger Heinrich Hollmann resigniert gegenüber dem Leiter des Nachrichtendienstes der US-Militärregierung: »Die Schuld der Nationalsozialisten wird heute anders gesehen wie noch vor 2 Jahren«, konstatierte er. »Überzeugt vom Antifaschismus ist heute kaum noch einer. Das ist der tiefere Sinn, daß wir versagen müssen«, und weiter: »Wir kriegen nur Entlastungen, aber keine Belastungen«⁴³. Tatsächlich wurde im Zuge der Entnazifizierung die überwiegende Mehrheit der betroffenen Bevölkerung in Bremen, aber auch in den anderen westdeutschen Ländern, entlastet und amnestiert. In Bremen stuften die Spruchkammern nur wenige hundert Personen als »Hauptschuldige« und »Belastete« ein. »Werden diese beiden Schuldkategorien zusammen betrachtet«, konstatiert Hans Hesse, »dann kristallisiert sich ein bestimmtes NS-Täterbild heraus, das über Jahrzehnte bestimmend blieb. Demnach war eine kleine Clique von KZ-Schlägern, Judenmördern, einigen wenigen Gestapobeamteten, soweit sie Misshandlungen begingen, Denunzianten und hohen formal-belasteten Personen, wenn sie sich ›unanständig‹ oder brutal gezeigt hatten, verantwortlich für die NS-Verbrechen«⁴⁴. Dunn hatte im Februar 1948 klargestellt, dass es ihm nicht möglich sei, »sich ein demokratisches Deutschland vorzustellen, in dem die Elemente, die noch vor kurzer Zeit im Sinne des Nationalsozialismus und des Militarismus tätig waren, in einfluss-

42 Siehe dazu die für Bremen und Bremerhaven maßgebliche Studie von Hans Hesse: Hans Hesse, Konstruktionen der Unschuld, Die Entnazifizierung am Beispiel von Bremen und Bremerhaven 1945–1953 (VStAB Bd. 67), Bremen 2005.

43 Zit. nach: Jansen / Meyer-Braun, Bremen in der Nachkriegszeit (wie Anm. 3), S. 143 f.

44 Hesse, Konstruktionen der Unschuld (wie Anm. 42), S. 480.

reichen Stellungen bleiben dürfen«⁴⁵, aber angesichts des beginnenden Kalten Krieges und der Sorge, der Kommunismus könne auf Westdeutschland und schließlich Westeuropa übergreifen, »erschien auch großen Teilen der amerikanischen Besatzungsbehörde eine konsequente Umsetzung des BefrG nicht mehr opportun«⁴⁶. Die Amerikaner setzen nun vor allem auf *Reeducation* und *Reorientation*, wofür in Bremen primär das im April 1947 eingerichtete *U.S. Information Center* bzw. Amerika-Haus zuständig war⁴⁷. Kurz vor der Auflösung der amerikanischen *Denazification Division* in Bremen zog dessen Leiter, Joseph F. Napoli, im Sommer 1949 eine frustrierte Bilanz: »Die Entnazifizierung – ein Begriff, der zunächst die Ausrottung des Nationalsozialismus in Deutschland bedeutete, ist allmählich dahin entartet, daß unter ihm die Reinwaschung von Nationalsozialisten zu verstehen ist.«⁴⁸ Am 17. Mai 1950 trat schließlich das sogenannte Abschlussgesetz in Kraft, das die Entnazifizierung in Bremen auf Grundlage des Befreiungsgesetzes offiziell beendete.

In einem kurzen Interview, das Dunn im Juni 1948 für das illustrierte Wochenmagazin »Heute« der amerikanischen Militärregierung gab, zog er eine Zwischenbilanz seiner Arbeit:

»Das Wichtigste für die Militärregierung Bremen während der letzten drei Jahre war die Wiederbelebung des Hafenbetriebes zum Vorteil des ganzen deutschen Volkes und seiner Nachbarländer. Gleichzeitig wurde in zunehmendem Maße die Verantwortung den deutschen Behörden überlassen, so daß jetzt nur noch zwei Amerikaner – und nur in beratender Funktion – mit dem Hafenbetrieb zu tun haben. Die wichtigste Aufgabe in der Zukunft liegt darin, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß jeder einzelne von ihnen seine Stimme in der Regierung des Landes hat, die er zu Gehör bringen muß, daß die ›Militärregierung‹ nicht ›seine‹ Regierung ist, und daß es Sache jedes einzelnen ist, dem anderen zu helfen, damit das deutsche Volk sich durch Zusammenarbeit wieder eine wirkliche Grundlage zu schaffen vermag, die von der

45 Zit. in: Ebd., S. 117.

46 Jansen/Meyer-Braun, Bremen in der Nachkriegszeit (wie Anm. 3), S. 146.

47 Siehe dazu u. a.: Rebecca Boehling, U.S. Cultural Policy and German Culture During the American Occupation, in: *The United States and Germany in the Era of the Cold War, 1945–1990, A Handbook*, hrsg. v. Detlef Junker, 2 Bde., Washington, D. C. u. a. 2004, hier Bd. 1, S. 388–393; Maritta Hein-Kremer, Die amerikanische Kulturoffensive, Gründung und Entwicklung der amerikanischen Information Centers in Westdeutschland und West-Berlin 1945–1955 (Beiträge zur Geschichte der Kulturpolitik, Bd. 6), Köln u. a. 1996; Pedron, Amerikaner vor Ort (wie Anm. 3), S. 255–293.

48 Joseph F. Napoli, Die Entnazifizierung vom Standpunkt eines Amerikaners, in: »Denazification«, Zur Entnazifizierung in Bremen (Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, Bd. 13), hrsg. v. Wiltrud Ulrike Drechsel und Andreas Röpcke, Bremen 1992, S. 66–78, hier S. 66. Napolis Artikel erschien erstmals im Juli 1949 in der Zeitschrift *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* in Philadelphia.

Welt in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht angenommen werden kann.«⁴⁹

Am 29. November 1948 trat Dunn schließlich auf eigenen Wunsch von seinem Amt als Direktor der Militärregierung zurück, »to adopt a position in private industry«⁵⁰. Sein Nachfolger im Amt war sein bisheriger Stellvertreter, Captain (Navy) Charles Richardson Jeffs. Der Bremer Senat verabschiedete sich von Dunn mit einem Abendessen im Kaminsaal des Rathauses am 27. November. Bei dieser Gelegenheit trugen sich Dunn und Jeffs auch in das neue Goldene Buch der Stadt ein⁵¹. Bürgermeister Kaisen schenkte Dunn eine große Radierung des Bremer Rolands von Sepp Frank und schrieb ihm einen Abschiedsbrief, der eine ehrliche Wertschätzung zum Ausdruck bringt:

»Jeder, der hier die schweren Nachkriegsjahre miterlebt hat, fühlt, dass Bremen sich nicht ohne die Hilfe, die es durch Sie von der Militärregierung erfahren hat, aus den Trümmern, welche Bremens Existenzgrundlagen verschüttet hatten, zu neuer Hoffnung und zu neuem Leben wieder hätte erheben können. Ist es die Aufgabe der Militärregierung als höchste Autorität, den Willen der Besatzungsmacht zu verkörpern, so haben Sie Ihr schweres und verantwortungsvolles Amt im Geiste des Verstehens, der Versöhnung und des Helfens geübt; der Verbreitung demokratischer Gesinnung in unserer Stadt als wahrer Freund seiner notleidenden Bevölkerung gedient. So sind die ersten Jahre unseres Wiederaufbaus von Ihrem Namen nicht zu trennen. Auch in kritischen Lagen, wie in dem Hungerwinter 1946/47, erschlossen Ihre Erfahrung und Ihre Tatkraft immer wieder den rettenden Weg. [...] Im Rückblick auf Ihr grosses Wirkungsfeld als Direktor der Militärregierung sowie auf die reichen Früchte Ihrer unermüdlichen, von warmen menschlichem Empfinden getragenen Arbeit drängt es mich beim Schreiben dieser Abschiedszeilen, Ihnen zu sagen, dass Bremen Ihnen viel schuldet und

49 Heute-Interview mit den fünf Länderdirektoren der Amerikanischen Militärregierung, in: Heute, Die amerikanisch-deutsche Illustrierte, 61, 1. 6. 1948, S. 6 f., hier S. 6.

50 Functional History of Military Government in Land Bremen, Jan – Dec 1948, Part I: Narrative, S. 10, StAB 16, 1/2 6/51-2/9, o. P.

51 Unter der Überschrift »Thomas F. Dunn, Direktor der Militärregierung« in goldgeprägten Lettern trugen sich neben Dunn noch drei weitere Repräsentanten der Militärregierung in das Goldene Buch ein: Charles R. Jeffs, sein Stellvertreter und Amtsnachfolger, Edward E. Sinclair, Chief Rail Branch, Bipartite Control Office (BICO), und Melba M. Foltz, Public Welfare Advisor. Vor ihnen trugen sich nur vier weitere Personen in das zweite Goldene Buch der Stadt Bremen ein, das im Januar 1948 aufgelegt wurde. Die bislang fünf Goldenen Bücher befinden sich nicht im Staatsarchiv, sondern werden von der Senatskanzlei Bremen verwahrt. Vgl. Eintrag von Thomas F. Dunn, Direktor der Militärregierung, Goldenes Buch der Stadt Bremen, 27. 11. 1948, Senatskanzlei Bremen; Einträge in das Goldene Buch der Stadt Bremen seit 1926 bis zum 14. 03. 2016, http://www.rathaus.bremen.de/sixcms/media.php/13/Goldemes_Buch_1926-2016.pdf [6. 6. 2018].

dass seine Dankbarkeit und seine Wünsche für Ihr Wohlergehen Sie begleiten werden.«⁵²

In seiner Abschiedsrede dankte Dunn Kaisen und dem Senat für die gute Zusammenarbeit:

»Durch Mühsal und harte Arbeit sind Sie seit Mai 1945 ein großes Stück vorwärts gekommen, und ich bin stolz darauf, daß ich in diesem großen Kampf mit Ihnen verbunden sein konnte. Es bleibt jedoch noch vieles zu tun, und ich bin sicher, daß auch vieles noch künftig getan werden wird, um die materiellen und kulturellen Bedürfnisse Ihres Volkes zu verbessern. Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um Ihnen, Herr Kaisen, und Ihnen, den Herren des Senats, und durch Sie wiederum dem ganzen Volk von Land Bremen meinen aufrichtigen Dank auszudrücken für die gute Mitarbeit, die Sie mir entgegengebracht haben. Diese Mitarbeit hat den Weg für mich bedeutend geebnet und hat mir das Gefühl gegeben, als sei ich einer von Ihnen.«⁵³

Nach einem »ausgedehnten Erholungsurlaub«⁵⁴ übernahm Dunn im Frühjahr 1949 als Direktor der amerikanischen Frachtreederei *States Marine Corporation* bzw. *States Marine Lines* »die Organisation der Reederei in Europa und Afrika«⁵⁵. Sein Dienstsitz war Rotterdam⁵⁶. Sechs Jahre später wurde er zum Vizepräsidenten des Unternehmens befördert und zog mit seiner Familie nach London⁵⁷. Dort residierte er in einem Apartment an der Park Lane 55 im noblen Stadtteil Mayfair mit Blick auf den Hyde Park. Während seiner Zeit in London übernahm die *States Marine Lines* im März 1956 die *Isthmian Steamship Company* von der *United States Steel Corporation (U.S. Steel)* und avancierte dadurch zur zweitgrößten Reederei unter US-Flagge⁵⁸. Neben seiner beruflichen Tätigkeit engagierte sich Dunn ehrenamtlich im *Propeller Club of the United States*, einer gemeinnützigen US-amerikanischen Organisation, die sich bis heute weltweit für die Förderung handelsmaritimer Angelegenheiten einsetzt. 1956/57 war er Vizepräsident des *Port of London Chapter*.⁵⁹

52 Kaisen an Dunn, 27. 11. 1948, StAB 3-R.1.m. Nr. 117, o. P.

53 Bremens Dank an Thomas F. Dunn, in: Bremer Nachrichten, 29. 11. 1948, StAB 9, S 9-7 - F.I.2., o. P.

54 Capt. Jeffs neuer Direktor der Militärregierung, in: Weser Kurier, 19. 11. 1948, in: StAB 3-R.1.m. Nr. 117, o. P.

55 Thomas Dunn mit 61 Jahren gestorben, in: Weser Kurier, 29. 10. 1964, in: StAB 9, S3 Dunn, Thomas F.

56 Kaisen, Meine Arbeit, mein Leben (wie Anm. 30), S. 308.

57 Ebd. Das genaue Datum, wann Dunn nach London zog, ließ sich nicht ermitteln. Er hat sich nicht beim *Overseas Visitors Records Office* in London registriert. Für diese Information danke ich Rob Gumbrell, Deputy Manager des *Overseas Visitors Records Office* in London.

58 John Atherton, Imperial Steel. The History of the Isthmian Steamship Company 1910-1956, Bloomington 1999, S. 407-416; States Marine Co., in: Blume, Historical Dictionary of the U. S. Maritime Industry (wie Anm. 16), S. 462.

59 Meldekarte Thomas F. Dunn, StA HH 741-4 K 5408; Thomas Dunn mit 61 Jahren gestorben, in: Weser Kurier, 29. 10. 1964, in: StAB 9, S3 Dunn, Thomas F.;

Am 31. Oktober 1957 kehrte Dunn mit seiner Frau zurück nach Deutschland und mietete sich in die Villa an der Bellevue 25 in Hamburg-Winterhude ein. Sein prominenter Nachbar an der Außenalster war der *Opal-»Strumpfkönig«* Peter Margaritoff⁶⁰. Am gleichen Tag, als er seinen neuen Wohnsitz in Hamburg anmeldete, gründete Dunn mit einem Grundkapital von 20.000 D-Mark die *Maritime Cargo Agency G.m.b.H.*, ein Unternehmen zum »Betrieb von Schiffsagenten- und Schiffsmakler-Geschäften«⁶¹. Dunn wurde auch Mitglied in der *American Chamber of Commerce in Germany*.⁶²

Die *Maritime Cargo Agency G.m.b.H.* fungierte primär als europäische Frachtagentur für die *States Marine Lines* und die mit ihr assoziierte *Bloomfield Steamship Corporation*. Ein Gerichtsverfahren, das *Bloomfield* 1964 gegen die Vereinigten Staaten zwecks Haftungsausschluss gegen Schadensersatzforderungen für überhöhte Frachtgebühren für staatlich finanzierte Getreidelieferungen führte, gibt Einblicke in Dunns Tätigkeit Ende der 1950er Jahre:

»Both parties propounded certain interrogatories to Thomas F. Dunn, principal owner and manager of the Maritime Cargo Agency G.m.b.H., Hamburg, Germany, in 1958 and 1959. At that time Maritime Cargo Agency G.m.b.H. were European freight agents for States Marine Lines of New York, Bloomfield's agents. Maritime Cargo Agency G.m.b.H. therefore acted in 1958 and 1959 as broker for Bloomfield in the German trade. Dunn, in his capacities with that agency, supervised the negotiation of shipping terms for Bloomfield grain shipments to Germany, both commercial and government-financed, personally handling most of the negotiations. Those negotiations were conducted with representatives of Frachten-Treuhand G.m.b.H., Hamburg, who were the chartering agents for various German grain importers. Each parcel of grain was dealt with separately, and the rate for each parcel, whether of commercial or government-sponsored grain, was separately negotiated in each instance. When Dunn and Frachten-Treuhand would, after extensive negotiation, come to terms on a given shipment, the proposed arrangement would be submitted to the principals of each for confirmation. After that confirmation had been received, Dunn prepared the booking note, signed it,

The Propeller Club, Port of London-Port, in: *The Anglo-American Year Book, Directory and Guide to London, with which is Incorporated Americans with British Titles and the Anglo-American Who's who*, London 1957, S. 84; Propeller Club of London, Objectives and Declaration of Policy, <http://www.propellerclublondon.org.uk/objectives.html> [6. 6. 2018].

60 Peter Margaritoff wohnte in der Villa an der Bellevue 24. Vgl. Peter Margaritoff, in: *Wer ist wer. Das deutsche Who's who*, hrsg. von Walter Habel, Berlin (West) 1962, S. 964.

61 StA HH 231 Amtsgericht Hamburg – Handels- und Genossenschaftsregister, A 2 Band 113, Bl. 1888 (HRB 8321).

62 Meldekarte Thomas F. Dunn, StA HH 741-4 K 5408; *Commerce in Germany*, Official Publication of the American Chamber of Commerce in Germany, 126, 1964, S. 123.

and presented it to Frachten-Treuhand for signature, after which it was returned to Dunn.«⁶³

Im September 1958 stellte Dunn die Einzelprokuristin Ilse Hasse ein. Deren Prokura erlosch sechs Jahre später am 16. September 1964, als er die Gesellschaft auflöste und abwickelte. Am 5. Januar 1966 wurde das Unternehmen aus dem Handelsregister Hamburg gelöscht. Sämtliche Akten wurden 19 Jahre später, nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist, vernichtet.⁶⁴

Am 11. Januar 1960 gründete Dunn eine zweite *Maritime Cargo Agency G.m.b.H.* in Bremen, gemeinsam mit seinem Sohn Robert Edward⁶⁵. Die Gesellschaft hatte ihren Sitz in der Birkenstraße 47/48, wo sich heute die Firmenzentrale des Bremer Traditionsunternehmens *Wilhelm August Fritze G.m.b.H & Co. K.G.* von 1796 befindet. Ihr Stammkapital betrug 50.000 D-Mark und wurde zu 80 % von Thomas F. Dunn III eingebracht. Zwei Monate später bekam Ilse Hasse, die von Hamburg nach Bremen umgezogen war, auch Einzelprokura für die Bremer Gesellschaft. Ebenso wie in Hamburg war deren Zweck »der Betrieb von Schiffsagenten- und Schiffsmaklergeschäften, sowie aller mittelbar oder unmittelbar damit in Zusammenhang stehender Geschäfte.«⁶⁶ Sie fungierte ebenfalls primär als europäische Frachtagentur für die *States Marine Lines*⁶⁷. 1963 versuchte Dunn vergeblich, Mitglied in der *Pacific Coast European Conference* zu werden, »an association of shipping lines with routes between the Pacific Coast of the United States and Western Europe«⁶⁸. Im gleichen Jahr verlor er seinen Hauptkunden an Ernst Glässel⁶⁹, einen

63 Bloomfield Steamship Co. vs. United States, Memorandum Opinion and Order, 258 F. Supp. 891 (1964), auch abrufbar im Internet unter: <https://www.leagle.com/decision/19641149258 fsupp8911993> [6. 6. 2018].

64 StA HH 231 Amtsgericht Hamburg – Handels- und Genossenschaftsregister, A 2 Band 113, Bl. 1888 (HRB 8321); Meldekarte Thomas F. Dunn, StA HH 741-4 K 5408.

65 Vom 11. März bis 30. Juni 1960 wurde Dunns zweiter Sohn Thomas Francis IV als weiterer Geschäftsführer der Bremer Gesellschaft bestellt. Dieser hielt sich im März 1960 in Bremen auf, lebte aber noch mit seiner Frau und seinen vier Söhnen in Panama. Erst im Mai 1960 registrierte er sich und seine Familie mit Wohnsitz in Bremen, doch nur zwei Monate später zogen sie schon weiter nach Houston, Texas. Einige Nachkommen von Thomas F. Dunn IV leben noch heute in Texas. Vgl. Thomas Francis Dunn IV, Einwohnermeldekartei, Staatsarchiv Bremen; RA Lohmann an das Amtsgericht Bremen, 22. 7. 1960, in: StAB 4,75/5 – Akz. 1 – HRB 1581 (Hauptband), Bl. 9; Urkundenrollen 41/1960, 42/1960 und 263/1960, in: StAB 4,75/5 – Akz. 1 – HRB 1581 (Sonderband), Bl. 7–11.

66 Gesellschaftsvertrag der *Maritime Cargo Agency G.m.b.H.*, Bremen, in: StAB 4,75:5 – Akz. 1 – HRB 1581 (Sonderband), Bl. 3–5, hier Bl. 3.

67 In den Jahren 1961 und 1962 prangte das Logo der *States Marine Lines* auf dem Briefkopf der Bremer *Maritime Cargo Agency G.m.b.H.* Vgl. Robert E. Dunn an das Amtsgericht Bremen, 2. 1. 1961, 2. 1. 1962 und 31. 12. 1962, in: StAB 4,75:5 – Akz. 1 – HRB 1581 (Sonderband), Bl. 13 ff.

68 *Pacific Coast European Conference*, in: Blume, *Historical Dictionary of the U. S. Maritime Industry* (wie Anm. 16), S. 376.

69 Ernst Edmund Glässel (1908–1975) war der einzige Sohn des bekannten Bremer Unternehmers Gustav Ernst Glässel (1878–1950), der von November 1931

Bremer Schiffsmakler, der seit 1947 in New York City lebte. Dessen Firmen in Deutschland, die *Ernst Glässel G.m.b.H.* in Bremen und die *Carl Wohlenberg G.m.b.H.* in Hamburg, übernahmen das Europa-Geschäft der *States Marine Lines*. Schließlich lösten Thomas Francis III und Robert Edward Dunn die Bremer Gesellschaft am 8. Juni 1964 auf. Eineinhalb Jahre später, am 25. Januar 1966, wurde sie aus dem Handelsregister gestrichen.⁷⁰

Einige Wochen nach der Firmengründung in Bremen zogen Dunn und seine Ehefrau im April 1960 von Hamburg nach Bremerhaven-Lehe, wo sie eine Wohnung in der Von-Glahn-Straße 26a mieteten, in unmittelbarer Nähe der amerikanischen Wohnanlage Am Blink und des Stadtparks Speckenbüttel. Schon ein halbes Jahr später zogen sie ein weiteres Mal um und mieteten eine Wohnung in der Bremer Innenstadt, auch hier in bester Lage, in der Contrescarpe 118 mit Blick auf den Stadtgraben und die Wallanlagen. Das Büro der *Maritime Cargo Agency G.m.b.H.* war fußläufig erreichbar, nur etwa 550 Meter von der Wohnung entfernt.

Im Laufe des Jahres 1963 verschlechterte sich Dunns Gesundheitszustand. »Mein lieber Freund Bill«, schrieb er Anfang Januar 1964 an Bürgermeister Kaisen, »aus gesundheitlichen Gründen muss ich die Wintermonate in einem wärmeren Klima verbringen, und Eleanora und ich kehrten gerade von den Bahamas zurück, wo wir einige Grundstücke besichtigen und eventuell eines kaufen werden«. Anschließend bat er Kaisen um einen Gefallen: »Bevor ich dort ein Grundstück erwerbe, muss ich natürlich die Gewissheit haben, dass ich eine Aufenthaltsgenehmigung für die Bahamas bekomme, und ich nehme mir die Freiheit Dich zu bitten, meinen Antrag durch eine Bürgschaft zu unterstützen«⁷¹. Kaisen tat ihm dem Gefallen und verfasste ein entsprechendes Schreiben an den *Chief Immigration Officer* in Nassau⁷². Doch zu dem Grundstückskauf auf den Bahamas sollte es nicht mehr kommen.

Thomas Francis Dunn III verstarb »ganz plötzlich und unerwartet«⁷³ am 26. Oktober 1964 auf einer Reise in Zürich infolge eines schweren Herzinfarkts

bis August 1932 Generaldirektor des *Norddeutschen Lloyds* und von 1945–1949 Vizepräsident der Handelskammer Bremen war. Vgl. Rolf Engelsing, Glässel, Gustav Ernst, in: *Neue Deutsche Biographie*, 26 Bde., Berlin 1953–2016, hier Bd. 6, Berlin 1964, S. 422; 40. Berufsjubiläum (Ernst Edmund Glässel), in: *Hansa, Zeitschrift für Schifffahrt, Schiffbau, Hafen*, 14, 1967, S. 1286.

70 Direktor der Militärregierung kam als Schiffsmakler wieder, in: *Bremer Nachrichten*, 4. 2. 1960, in: StAB 3-R.1.m Nr. 338; Thomas Dunn mit 61 Jahren gestorben, in: *Weser Kurier*, 29. 10. 1964, in: StAB 9, S3 Dunn, Thomas F.; *Hansa, Zeitschrift für Schifffahrt, Schiffbau, Hafen*, 10/11, 1960, S. 571, 9, 1963, S. 950 und 14, 1967, S. 1286; *Pacific Shipper*, 8. – 29. 7. 1963, passim. Anders als in Hamburg wurden die Akten der *Maritime Cargo Agency G.m.b.H.* in Bremen nach der Übergabe vom Amtsgericht ans Staatsarchiv nicht vernichtet und sind vollständig erhalten. Vgl. StAB 4,75:5 – Akz. 1 – HRB 1581 (Hauptband, Sonderband).

71 Thomas F. Dunn an Kaisen, 3. 1. 1964, StAB 3-R.1.m. Nr. 117, o. P.

72 Kaisen an den Chief Immigration Officer in Nassau, Bahamas, 7. 1. 1964, StAB 3-R.1.m. Nr. 117, o. P.

73 Todesanzeige für Thomas F. Dunn, in: *Bremer Nachrichten*, 28. 10. 1964, in: StAB 3-R.1.m. Nr. 117, o. P.



Abb. 2: Grabstein von Thomas Francis und Eleanora Dunn, geb. Schaefer, auf dem Friedhof Riensberg in Bremen im Mai 2018. Foto: Dr. Heiko Herold

im Alter von nur 61 Jahren. Das feierliche Requiem fand vier Tage später in der katholischen Propsteikirche St. Johann in Bremen statt, anschließend wurde er auf dem Friedhof Riensberg beigesetzt⁷⁴. Bürgermeister Kaisen nahm an der Trauerfeier teil und würdigte den Verstorbenen in einer kurzen Ansprache. Eleanora Dunn starb am 27. August 1992 und wurde neben ihrem Ehemann zur letzten Ruhe gebettet⁷⁵. Ihr gemeinsames Grab befindet sich noch heute

74 Ebd.; Einladung zum Trauergottesdienst für Thomas F. Dunn auf dem Friedhof Riensberg am 30.10.1964, in: StAB 3-R.1.m. Nr. 117, o. P.

75 Eleanora Dunn zog im Frühjahr 1965 zu ihrem Sohn Robert Edward nach Bremerhaven-Lehe, der für den dortigen Stab des *U.S. Army Terminal Command Europe (USATCEUR)* arbeitete. Im Mai 1967 wurde sie »von Amts wegen« nach Mannheim gebracht, wo ihr Sohn Robert Edward inzwischen als Rechtsberater für einen Logistikstab der US-Armee tätig war. Beim Mannheimer Einwohnermeldeamt hat sie sich nicht registriert, was darauf schließen lässt, dass sie auf dem Gelände des örtlichen US-Militärstützpunktes wohnte. Ihre weiteren Aufenthaltsorte bis zu ihrem Tod ließen sich nicht ermitteln. Vgl. Meldekarte Eleanora Dunn (geb. Schaefer) und Thomas F. Dunn, Stadtarchiv Bremerhaven; Robert E. Dunn an Kaisen, 5. 11. 1964, StAB 3-R.1.m. Nr. 117, o. P.; Obituary for Robert Edward Dunn (wie Anm. 15). Ich danke Oliver Grimm, Sachbearbeiter

auf dem Friedhof Riensberg im Bremer Stadtteil Schwachhausen⁷⁶. Der Nachwelt bleibt es hoffentlich erhalten, denn Thomas Francis Dunn III hat sich als Direktor der amerikanischen Militärregierung nach dem Zweiten Weltkrieg in besonderem Maße um Bremen und Bremerhaven verdient gemacht.⁷⁷

im Fachbereich Bürgerdienste der Stadt Mannheim, für seine Recherchen im Mannheimer Einwohnermelderegister und seinen Hinweis, dass Angehörige von US-Militärpersonal, die auf dem örtlichen Stützpunkt wohnten, sich nicht bei den deutschen Behörden registrieren mussten.

76 Grabstein von Thomas F. Dunn und Eleanora Dunn, geb. Schaefer, Nummer D0008 im Riensberger Friedhofsplan. Siehe <http://grabsteine.genealogy.net/tomb.php?cem=135&tomb=6120&b=D> [6. 6. 2018].

77 Thomas Dunn mit 61 Jahren gestorben, in: Weser Kurier, 29. 10. 1964, in: StAB 9, S3 Dunn, Thomas F.; Thomas Francis Dunn, Einwohnermeldekartei, StAB; Meldekarte Eleanora Dunn (geb. Schaefer) und Thomas F. Dunn, Stadtarchiv Bremerhaven; Meldekarte Thomas F. Dunn, StA HH 741-4 K 5408; Hartmut Müller (Hrsg.), Begegnungen mit Wilhelm Kaisen, Bremen 1980, S. 183.

»Auf bremisches Ersuchen begnadigt« Der Senat Kaisen IV und die Begnadigung des SS-Brigadeführers Generalmajor Erwin Schulz

Von Hans Wrobel

Ein Gnadengesuch des Senats

Erwin Schulz,¹ Polizeihauptmann und SS-Hauptsturmführer, führte von 1933 bis 1939 die Gestapostelle Bremen. Bei Kriegsende war er Generalmajor der Polizei und SS-Brigadeführer. Im April 1948 sprach das US-Militärtribunal Nr. 2 in Nürnberg ihn im »Einsatzgruppenprozess«² wegen der Tötung von etwa 100 Menschen in Russland als Kriegsverbrecher schuldig. Die Strafe: 20 Jahre Haft. Im Januar 1954 hat der US-Hochkommissar ihn begnadigt – nach Herbert Schwarzwälder »auf bremisches Ersuchen.«³ Der »Weser-Kurier« schrieb am 12. Januar 1954, entscheidend sei die Fürsprache »maßgeblicher bremischer Politiker« gewesen.

In der Tat unterstützte Bürgermeister Wilhelm Kaisen, Präsident des von SPD, CDU und FDP getragenen Senats Kaisen IV (1951–1955), am 20. November 1952 ein Gnadengesuch Schulzes »ohne Bedenken«. Er schrieb dem Hochkommissar: Schulz habe von 1926 bis 1940 der Bremischen Polizei angehört und »immer ein Verhalten gezeigt, das ihn eines Gnadenerweises würdig erscheinen lässt. Eine Befragung von Personen, die ihn während seiner Tätigkeit in Bremen gekannt haben und dienstlich mit ihm in Berührung

- 1 Erwin Schulz, geboren am 27. November 1900 (Berlin), gestorben am 11. November 1981 (Bremen). Umfassende Angaben bei Karl Schneider, *Auswärts eingesetzt. Bremer Polizeibataillone und der Holocaust*. Essen 2011, S. 669–703, und bei Michael Wildt, *Generation des Unbedingten – Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg, 2. Auflage 2008, S. 562 ff., Erwin Wilhelm Schulz. SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei, in: *Deutschlands Generale und Admirale*. Bd. 5, Schulz, Andreas u. Dieter Zinke: *Die Generale der Waffen-SS und der Polizei*, Bissendorf 2011, S. 199–209.
- 2 Es handelt sich um einen der zwölf Prozesse vor US-Tribunalen nach dem Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. Den 24 Angeklagten lag zur Last, nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 in Einsatzgruppen und Einsatzkommandos der SS über 500 000 Menschen ermordet zu haben. 14 wurden zum Tode verurteilt. Vgl. Ralf Ogorreck / Volker Rieß, Fall 9: Der Einsatzgruppenprozess in: *Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.), Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952*, Frankfurt/M., 3. Auflage 2008, S. 164 ff.
- 3 Herbert Schwarzwälder, *Geschichte der Freien Hansestadt Bremen*, Band 4: *Bremen in der NS-Zeit (1933–1945)*, Hamburg 1985, S. 298.

gekommen sind, hat übereinstimmend ergeben, dass er stets eine Haltung gezeigt hat, die auch dem damaligen Staatsgegner gegenüber ausgesprochen menschlich war. Diese Feststellung hat besonderes Gewicht, weil zwei Herren, die dem Bremer Senat angehören, Herr Senator Adolf Ehlers und Herr Senator Emil Theil, sie aus eigener Kenntnis und eigenem Erleben bestätigen. Ein dritter Zeuge, der sich mit Nachdruck ebenso geäußert hat, ist der Pressechef des Senats, Herr Alfred Faust. Alle drei haben die menschliche Haltung von Erwin Schulz erfahren und sie in dankbarer Erinnerung behalten.« Schulz sei eine Persönlichkeit, die sich von anderen Polizeiführern des NS-Regimes wesentlich unterscheide. »Das hat auch das Nürnberger Gericht anerkannt, das ihm bei der Behandlung der Vorgänge in Russland, die die Hinschlachtung ganzer Gruppen der Bevölkerung zum Gegenstand hatten, bescheinigt hat, er habe, als er sich einer unerträglichen Situation gegenüber sah, versucht, etwas dagegen zu tun.« Seines Wissens sei eine solche Feststellung in Urteilen der US-Militärgerichte selten. »Ich kann Sie darum mit gutem Gewissen bitten, seinen Fall einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen.«⁴ Der Hochkommissar antwortete am 29. Dezember 1952, dass er Kaisens »Empfehlung« ernsthaft berücksichtigen werde.⁵

Der Einsatz des Senats gerade für Schulz erstaunt. Die meisten seiner Mitglieder waren nach 1933 Opfer des Nationalsozialismus gewesen – teils unter Schulzes Verantwortung. Zu nennen sind Wilhelm Kaisen: 1933 Schutzhaft; Emil Theil: Schutzhaft, Strafhaft, KZ, Arbeitserziehungslager; Adolf Ehlers: bis 1938 mit Arbeitsverboten belegt; Hermann Wolters: 1933 Zuchthaus, anschließend Gestapoaufsicht; Gerhard van Heukelum: mehrfach inhaftiert; Willy Dehnkamp: Schutzhaft, Strafhaft; Annemarie Mevissen: Verbot, Lehrerin zu werden; Wilhelm Nolting-Hauff: 1933 Verlust der Zulassung als Rechtsanwalt, 1944 erneut rassistisch verfolgt⁶; Helmut Yström: 1937 Entfernung aus der Polizei als früherer Freimaurer; Hermann Apelt: aus öffentlichen Ämtern entlassen; Bürgermeister Theodor Spitta war selbst nicht verfolgt, wohl aber – wegen kommunistischer Betätigung – drei seiner Schwiegersöhne⁷; Pressechef Alfred Faust: vor 1933 Mitglied der Bürgerschaft und des Reichstags, Redakteur der bremischen SPD-Presse, 1933/34 Schutzhaft, Ausweisung nach Berlin und dort unter Gestapoaufsicht. Fausts Ehefrau Jenny war jüdischer

4 StAB 3 - B.10.b., Nr. 23 (143).

5 StAB 4,13/1 - P.1.c.1. No. 7.

6 Nolting-Hauff galt nach den Nürnberger Gesetzen als Judenmischling 1. Grades (IMI). Vgl. zu Einzelheiten dessen Buch »IMI'S«. Chronik einer Verbannung, Bremen 1946.

7 Drei der neun Kinder Spittas waren verheiratet mit Söhnen von Dr. med. Bücking und dessen Ehefrau Marie: Klaus Bücking, * 1908: 1933 Schutzhaft, 9 Jahre Zuchthaus. Im Januar 1945 Heirat mit Spittas Tochter Eva. Hans Bücking, * 1910, mit Spittas Tochter Margarete verheiratet: 1934/35 4 Jahre Zuchthaus. Kam in dem Strafbataillon 999 um. Lutz Bücking, * 1917, 1934: 4 Jahre Jugendstrafe. Verheiratet mit Paula Spitta. Vgl. Ursula Büttner/Angelika Voß-Louis (Hrsg.), Neuanfang auf Trümmern. Die Tagebücher des Bremer Bürgermeisters Theodor Spitta 1945–1947, München 1991, S. 35, 47, 53, 237.

Abstammung;⁸ in den Kategorien der Nürnberger Gesetze von 1935 lebten die Fausts in einer »Rassenmischehe« unter dem Druck rassistischer Verfolgung. Nicht zu vergessen: Die Senatoren Ehlers, Theil und Wolters hatten im Mai 1945 die »Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KGF)« mitgegründet.⁹ Ehlers hatte den Auftrag, in Bremen eine auf die Demokratie verpflichtete Polizei aufzubauen – sein Einsatz für Schulz, einen hohen Polizeiführer des NS-Staates, versteht sich nicht von selbst. Schließlich: Bürgermeister Kaisen hatte bei der Eröffnung der Bürgerschaft am 18. April 1946 u. a. von den Opfern »in den Kerkern der Gestapo« gesprochen, von den über »1100 unbescholtenen Personen, die in Bremen aus politischen Gründen verhaftet« worden waren. Er hatte der Opfer der politischen Justiz gedacht, der in die Konzentrationslager verschleppten und dort ermordeten Leidensgenossen, der deportierten und ermordeten Juden. Er hatte an Haussuchungen und Quälereien der Gestapo erinnert, die jedes Maß überschritten.¹⁰ Und überhaupt: Die Schöpfer der Landesverfassung vom Oktober 1947 hatten auch die Gestapo im Blick, als sie Achtung der persönlichen Freiheit und der Würde des Menschen durch die künftige Polizei in die Verfassung schrieben und justitielle Grundrechte verankerten. Wem also half der Senat? Und warum tat er das?

Erwin Schulz – ein besonders bewährter Gestapo-Chef

Erwin Schulz, 1923 in Bremens Polizei eingetreten, 1926 zum Leutnant ernannt, bearbeitete seit Dezember 1930 in der Zentralstelle (»Z-Stelle«) des Polizeipräsidenten politische Sachen.¹¹ 1931, jetzt Oberleutnant, wandte er sich verkappt der NSDAP zu und rühmte sich eines »besonderen Vertrauensverhältnisses zur SS und zur Kreisleitung der NSDAP.«¹² Im August 1932 trat er der NS-Beamten-Arbeitsgemeinschaft bei,¹³ im Mai 1933 der NSDAP.¹⁴ Dass er dies nicht früher getan habe, habe einem Wunsch der Bremer Nationalsozialisten Löblich und Wegener¹⁵ entsprochen. Am 16. Juni 1933 errichtete

8 Jenny Faust war die Tochter des Hugo Herrmann Lazarus und der Erdmuthe Guge, Bremische Biographien 1912–1962, Bremen 1969.

9 Dazu Heinz-Gerd Hofschien, Bremer Antifaschisten und der Neuaufbau 1945 in: Hartmut Müller/Günther Rohdenburg (Hrsg.), Kriegsende in Bremen, Bremen 1995, S. 161 ff.

10 Vgl. Wilhelm Kaisen, Meine Arbeit, mein Leben, München, 2. Auflage 1969, 215 ff.; Der Senator für Inneres (Hrsg.), BÜRGER.POLIZEI. Bremens Polizei 1945 bis heute, Bremen 2011, S. 35 f.

11 Zur Z-Stelle vgl. Der Senator für Inneres (Hrsg.), POLIZEI.GEWALT. Bremens Polizei im Nationalsozialismus, Bremen 2011, S. 21.

12 Personalbogen, Stand 22. März 1942 in der Akte 10 a Js 101/58 der Staatsanwaltschaft Bremen (StAB 4,89/3-707).

13 Wildt (wie Anm. 1), S. 564.

14 Akte des Senators für politische Befreiung, StAB 4,66 - I. 252/48.

15 Otto Löblich, * 1899, Kriminalbeamter. NSDAP 1923, SA 1929, 1933 SA-Sturm-bannführer. Mitglied der Bremischen Bürgerschaft; Paul Wegener, * 1908, Kaufmann. 1932 Führer der SA-Standarte 75 Bremen. 1942 Gauleiter Weser-Ems, Reichsstatthalter in Oldenburg und Bremen. Vgl. Michael Rademacher, Wer war wer im Gau Weser-Ems, Norderstedt 2005.

Bremens neuer Innensenator und Polizeiherr Theodor Laue die Geheime Staatspolizei. Die Z-Stelle samt Personal ging darin auf. Seit dem 13. November 1933 war Schulz kommissarisch¹⁶ und ab 1. Februar 1934 regulär Chef der Gestapo.¹⁷ Im April 1935 wurde er – jetzt Hauptmann – als Hauptsturmführer Mitglied der SS und des SD (Sicherheitsdienst). Er unterstand Heinrich Himmler, der das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin führte¹⁸ und dem der Senat im Dezember 1933 den Befehl über Bremens Gestapo übertragen hatte. Das »Geheime Staatspolizeiamt Bremen« residierte Am Wall 199. Im Oktober 1935 führte Schulz hier 44 Beamte und Angestellte,¹⁹ bis 1939 rund 100.

Schulz bewährte sich. Auch wenn er stets eine Haltung gezeigt haben sollte, die dem damaligen Staatsgegner gegenüber ausgesprochen menschlich war, so war er doch im Niedermachen der antifaschistischen Opposition erfolgreich. 1933 meldete die Gestapo dem Regierenden Bürgermeister: 450 Personen festgenommen wegen Verdacht des Hochverrats. Den Gerichten zugeführt 260. 1400 in Schutzhaft, 950 Haussuchungen.²⁰ 1937 wird nach Berlin berichtet: Schon vor 1937 sei es gelungen, »die illegalen kommunistischen und marxistischen Organisationen weitgehend aufzurollen und zu zerschlagen. Infolgedessen befanden sich im Jahre 1937 die aktiven Elemente der illegalen Organisationen in Haft, sodass der Zusammenhang der Organisationen in weitgehendem Maße gestört worden ist.«²¹ In einer Beurteilung vom 20. April 1937 sagte Bremens Polizeipräsident, Schulz habe sich als Leiter der Geheimen Staatspolizei besonders bewährt; in der Handhabung seiner Dienstgeschäfte sei er äußerst gewandt.²² Zum 1. März 1938 wurde er auf einer Planstelle des Geheimen Staatspolizeiamts Berlin zum Regierungsrat befördert.

Schulz wird Generalmajor der Polizei und SS-Brigadeführer

Nach dem »Anschluss« Österreichs am 13. März 1938 nach Graz abgeordnet, organisierte Schulz dort die Gestapo, was er seit Oktober 1938 auch in Olmütz²³ im besetzten Sudetenland tat. 1939 stieg er, aus Bremen versetzt,

16 Akte des Senators für politische Befreiung, StAB 4,66 - I. 252/48.

17 Nach Schneider (wie Anm. 1), S. 679; Mitteilung des Kommandos der Schutzpolizei Bremen vom 22. Januar 1948: Danach ist Schulz Hauptmann seit 1. Februar 1934, Entnazifizierungsakte Schulz, StAB 4,66 - I. 10156.

18 Näheres zur Verreichlichung der Polizei bei POLIZEI.GEWALT. (wie Anm. 11), S. 67.

19 Ein Organisationsschema nach dem Stand von 1935 findet sich bei Inge Marßolek/Rene Ott, Bremen im 3. Reich, Bremen 1986, S. 179.

20 POLIZEI.GEWALT. (wie Anm. 11), S. 50.

21 POLIZEI.GEWALT. (wie Anm. 11), S. 56. Weitere Hinweise auf Schulzes Tätigkeit als Gestapo-Chef finden sich bei Marßolek/Ott (wie Anm. 19), S. 170, 173, bei Schwarzwälder (wie Anm. 3), S. 111 und bei Karl Schneider, Von der Sicherheitspolizei zum Polizeibataillon 105, Bremen 2010, S. 624 ff.

22 Beurteilung durch Polizeipräsident Dr. Pott vom 20. April 1937, StAB 3-P.1.b. Nr. 150 [5].

23 Zu diesen Aktivitäten Schulzes vgl. Schneider (wie Anm. 21), S. 674 ff.

zum Chef der Kriminalpolizei und Inspekteur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes im »Reichsgau Sudetenland« auf. Über Hamburg kam er am 1. März 1941 an das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin, wo er im Bereich Erziehung und Schulung²⁴ wirkte. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 war er Führer eines zur Einsatzgruppe C gehörenden Einsatzkommandos. Der Auftrag lautete: Mitglieder der »jüdisch-bolschewistischen Intelligenzschicht«, kommunistische Funktionäre, Gegner der deutschen Besatzung töten sowie anti-jüdische Pogrome der einheimischen Bevölkerung unterstützen.²⁵ Im August 1941 erging die Weisung, »unterschiedslos die Juden im ... Okkupationsraum« zu töten.²⁶ Im September 1941 kehrte Schulz in das RSHA zurück und wurde zum SS-Oberführer ernannt – »wegen besonderer Verdienste im Einsatz« in Russland.²⁷ Seit November 1942 war er Generalmajor der Polizei und SS-Brigadeführer, Träger des SS-Totenkopfrings und des SS-Ehrendegens.²⁸ Er galt als sehr guter Menschenführer, charakterlich einwandfrei, weltanschaulich gefestigt und Vorbild seiner Untergebenen.²⁹ Seit Februar 1943 war er Chef des Amts I (Schulung und Ausbildung) des RSHA und ab Mai 1944 Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Salzburg, wo er im April 1945 in amerikanische Gefangenschaft geriet.

Schulz vor dem US-Militärtribunal

Die Anklage vom 25. Juli 1947 lautete auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und auf Zugehörigkeit zu SS, SD und Gestapo.³⁰ Schulzes Verteidiger Dr. Durchholz³¹ stellte seinen Mandanten dar als nicht schuldigen, tüchtigen, rücksichtsvollen, höflichen und menschlichen Polizeioffizier. Zum Beweis legte er mehrere der im US-Strafprozess üblichen eidesstattlichen Erklärungen vor. Mindestens drei Bremer, die unter der Verantwortung von Schulz verfolgt worden waren, gaben solche Erklärungen ab: Klaus Bücking³²,

24 StAB 4,13/1 - P.1. c.1. Nr. 7.

25 Vgl. Ogorreck / Rieß (wie Anm. 2), S. 168.

26 Vgl. speziell Wildt (wie Anm. 1), S. 561 »Erwin Schulz und das Einsatzkommando 5«.

27 Fotokopie des Ernennungsschreibens in den Akten der Staatsanwaltschaft Bremen, 10 a Js 101/58 (StAB 4,89/3-707). Aus einer an gleicher Stelle verwahrten Kopie eines Schriftsatzes der Anklage vom 1. Dezember 1947, S. 3, heißt es: Man habe Schulz mit dem Ernennungsschreiben konfrontiert. Er »musste zugeben, dass er wegen besonderer Verdienste bei den Einsatzgruppen in Russland befördert worden war.«

28 Vgl. Schneider (wie Anm. 1), S. 678; StAB 4,89/3-707, Bl. 68/69.

29 Personalbogen der SS, Stand: 22. März 1943, enthalten in der Akte der Staatsanwaltschaft Bremen 10 a Js 1010/58 (StAB 4,89/3-707).

30 Diese Organisationen waren im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher für verbrecherisch erklärt worden.

31 Ernst Durchholz war später stellvertretender Generalstaatsanwalt in Nürnberg.

32 Es handelt sich um einen der erwähnten Schwiegersöhne Spittas.

Oskar Drees³³ und Alfred Faust³⁴; letzterer wird im Gnadengesuch des Senats als besonderer Fürsprecher Schulzes auftreten.

Klaus Bücking erklärte, 1937 sei er aus dem Zuchthaus bei Schulz vorgeführt worden, wo er seine Eltern und seinen Bruder Hans³⁵ traf, der eben eine Strafe wegen kommunistischer Tätigkeit verbüßt hatte. Hans, sagte Schulz, habe sich nach Meinung der Strafanstalt nicht gebessert, was an sich Schutzhaft in einem KZ bedeutet habe – trotzdem habe er ihn in einer »feierlichen Entlassung« auf freien Fuß gesetzt und betont, er erwarte, »dass wir keine kommunistische Propaganda mehr betreiben würden.« Oskar Drees erklärte dem Tribunal, er sei dank Schulzes persönlicher telefonischer Rücksprache mit der Werftleitung bei der AG Weser als Nachkalkulator angestellt worden. Faust erklärte: Er kenne Schulz aus der Zeit seiner politischen Tätigkeit in Bremen (vor 1933), aber nicht als Nazi, sondern eher als den Typ des anständigen deutschen Offiziers, der nach 1918 in der Polizei Unterkunft fand. Lange vor 1933 sei er Beamter der politischen Polizei gewesen, danach automatisch in die (neue) politische Polizei übernommen und nach einigen Monaten mit deren Leitung betraut worden. Solange Schulz die Leitung hatte und er, Faust, in Schutzhaft »weilte«, habe er sich über ihn nie zu beklagen gehabt. Alles, was er als Erleichterung empfand, sei Schulz zu verdanken gewesen. Das habe viel zu sagen, da er, Faust, der »verhassteste« Häftling war. Für Schulz habe viel »Zivilcourage« dazugehört, sich gegen den Hass der unteren Organe zu stemmen. Er habe jene »Burschen« der SA gemaßregelt, die ihn, Faust, schwer misshandelt hatten. Gegenüber Frau Faust habe er sich korrekt und entgegenkommend gezeigt und ihr mit Rat zur Seite gestanden bei den Versuchen, ihren Mann freizubekommen. Er habe ihr in trostloser und verzweifelter Lage Mut zugesprochen und einmal sein Offiziersehrenwort verpfändet, er werde in absehbarer Zeit für Fausts Entlassung sorgen. Er habe Fausts Verlegung aus dem KZ Ochtumsand in das Polizeihaus Oster tor »gegen starken Widerstand« durchgesetzt und ihn persönlich dorthin gebracht. Er verdanke Schulz seine Entlassung aus der Haft, denn dieser habe in Verhandlungen mit Ludwig Roselius³⁶ dafür gesorgt, dass Faust in Berlin Wohnung und Anstellung fand. 1935 habe Schulz ihn erneut gerettet,

33 Oscar Drees, Lehrer. SPD. 1928–1933 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Führend im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (»Reichsbannergeneral Drees«) und in Sportorganisationen. 1933 entlassen. Nach 1945 wieder im Schuldienst. Die Erklärungen Bücking und Drees sind in den Dokumenten der Verteidigung in StAB 4,66-I.6466.

34 Alfred Faust, SPD, 1883–1961. Maßgeblicher Redakteur der sozialdemokratischen Bremer Presse. Vor 1933 MdBB und MdR. Pressechef des Senats seit 1950.

35 Es handelt sich um Spittas Schwiegersohn Hans Bücking, 1910–1945, der 1934/35 zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

36 Ludwig Roselius, 1874–1943, hatte den aus dem Elsass stammenden Faust 1909 als Reklamechef für sein Kaffee-Unternehmen (»Kaffee HAG«) engagiert. Faust leitete zudem die literarische Abteilung von Kaffee HAG und redigierte die von Roselius herausgegebene Zeitschrift »Güldenammer.« Roselius lebte seit 1912 in Berlin. Ob Roselius mit Schulz wegen der Freilassung Fausts verhandelt hat, ist ungewiss: Die Entscheidungen traf Schulzes Chef, Polizeiherr Laue, in

denn der Leiter der Terrorabteilung der Gestapo in Berlin – ein ehemaliger Bremer – habe Fausts »Brotlosmachung« verlangt, was Schulz zurückgewiesen habe. Er denke mit Respekt und Dankbarkeit an ihn zurück. In der ganzen Zeit seiner Bremer Tätigkeit sei er ihm gegenüber stets korrekt verfahren und er habe nichts zu verzeichnen, was ihm ein Recht gäbe, gegen Schulz Vorwürfe und Anklagen zu erheben.

Das Gericht sprach Schulz der Tötung von 90 bis 100 Menschen in und um Lemberg und wegen Zugehörigkeit zu verbrecherischen Organisationen schuldig und verurteilte ihn zu 20 Jahren Haft. Die eidesstattlichen Erklärungen ließ das Urteil nicht gelten. Es führte aus: »Dass er »ein Mensch mit angeborener Höflichkeit ist, ist im Gerichtssaal augenscheinlich geworden, aber

die Frage hier ist, ob er dem Völkerrecht gehorchte.« Schulz habe weder dem Völkerrecht entsprochen noch den Verpflichtungen, die ihm der Begriff des Rechts auferlegte – und darüber habe er sich als langjähriger Polizeioffizier nicht im Unklaren sein können. Es hielt ihm jedoch zugute, »dass er, als er sich einer unerträglichen Situation gegenüber sah, versuchte, etwas dagegen zu tun.«³⁷ Damit würdigte es Schulzes Verteidigung, er habe sich »in moralischer Aufwallung« und erfolgreich um die Ablösung von seinem Kommando bemüht, als er Anfang August 1941 erfahren habe, es sollten ausnahmslos alle Juden und demnach auch Kinder und Frauen erschossen werden. Er sei deswegen persönlich im Reichssicherheitshauptamt vorstellig geworden. Im September 1941 habe man ihn dorthin zurückbeordert. Das Gericht ließ offen, ob Schulz tatsächlich wegen eines solchen Protests

Abstimmung mit dem Senat und wahrscheinlich auch in Abstimmung mit Himmlers Staatspolizeiamt in Berlin.

37 Urteilsauszug, S. 161. Vgl. zu der Art und den Gründen der Versuche Schulzes, »etwas dagegen zu tun« bei Wildt (wie Anm. 1), S. 574 f.



Abb. 1: Erwin Schulz vor dem Nürnberger Militärtribunal beim Einsatzgruppen-Prozess 1948. Foto: Wikipedia

abgelöst wurde; zudem hielt es fest, Schulzes Einsatzkommando habe aufgrund von Befehlen, die Schulz vor der Reise nach Berlin erteilt habe, weiter gemordet.³⁸ Schulz sass im US War Criminal Prison No. I Landsberg am Lech ein. Im Januar 1951 reduzierte der US-Hochkommissar die Strafe auf 15 Jahre.

Der Strahfthätling Schulz und seine Kontakte nach Bremen

Der Prozess in Nürnberg hatte noch nicht begonnen, als Schulz sich ohne Umschweife an Bürgermeister Kaisen persönlich wandte. Im August 1947³⁹ bat er ihn um Intervention in einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bremen gegen Schulzes einstige Untergebene Friede Frieden und Heinrich Herrlein.⁴⁰ Diese sollten bei Verhaftungen und Vernehmungen vielfach Körperverletzung begangen und Aussagen erpresst haben. Schulzes Wunsch: Kaisen solle der Staatsanwaltschaft und dem Gericht Schulzes Aufenthalt nennen und sie anweisen, die Verteidiger auf die Möglichkeit einer Besprechung mit ihm aufmerksam zu machen und einen Vertreter des Gerichts nach Nürnberg schicken, »damit ich ihn unterrichten kann.« Es ist nicht klar, was Schulz sich von einem solchen Schritt des Bürgermeisters versprach. An sich musste er wissen, dass der Bürgermeister eine solche Intervention in einen Strafprozess niemals auch nur erwägen konnte. Zudem war sie prozessual nicht nötig. Die Beschuldigten hätten sich selbst an die Staatsanwaltschaft wenden und Schulz als Zeugen benennen können. Um so rätselhafter ist der Brief an Kaisen. Die Intervention Schulzes war wohl vergeblich: Weder in den Gerichtsakten noch in den Handakten der Staatsanwaltschaft findet sich ein Hinweis auf eine Aktion der Senatskanzlei.

Auch an anderer Stelle befasste Strahfthätling Schulz Bürgermeister Kaisen mit seinen Problemen. Er muss gefürchtet haben, ihm würden im Zuge seiner Entnazifizierung beamtenrechtliche Versorgungsansprüche aberkannt werden und beantragte 1951 beim Amt für politische Befreiung in Bremen ein Spruchkammerverfahren gegen sich. Das erstaunt insofern, als der zuvor zuständige Senator für die politische Befreiung ein solches Verfahren eingeleitet, aber nicht abgeschlossen hatte. Den Bürgermeister ließ Schulz wissen: Das Amt benötige die Akten des Einsatzgruppenprozesses; Kaisen möge sie beim US-Hochkommissar erbitten. Das tat Kaisen – die Gründe liegen im Dunkeln. Wenn das Amt die Akten benötigt hätte, wäre es dessen Sache gewesen, sie von Amts wegen auf dem Dienstweg zu beschaffen. Die Angelegenheit verlief im Sande. Erstens waren die Akten nach Washington abgegeben und

38 Urteilsauszug, S. 162. Näheres bei Wildt (wie Anm. 1), S. 574 f.

39 Schreiben Schulz an Kaisen vom 22. August 1947, StAB 4,66 -I.10156 (Entnazifizierungsakte Erwin Schulz).

40 Staatsanwaltschaft Bremen 3 Js 3605/46, StAB 4,89/2 450. Frieden * 1900, Herrlein * 1894. Herrlein, nach 1919 Freikorpskämpfer, war Mitglied der NSDAP und SS. Er hatte wie Schulz schon vor 1933 der politischen Polizei angehört; in der Gestapo war er zuständig für Kommunisten und Marxisten (i. e. die Sozialdemokratie); vgl. Marßolek / Ott (wie Anm. 19), S. 182.

zweitens war die Entnazifizierung 1951 beendet. Schulz unterlag unter Aspekten der Entnazifizierung keiner Beschränkung wirtschaftlicher Art.⁴¹

1952: Schulz, das Gnadengesuch und das Rathaus

Am 15. März 1952 bat Schulz den US-Hochkommissar in Bonn um Begnadigung. Am 22. Juli 1952 wandte sich sein Rechtsanwalt Dr. Laue aus Rosenheim⁴² an Bürgermeister Kaisen. Später wird er in einem Brief vom 28. Oktober 1952⁴³ an Senator Ehlers behaupten, er habe sich »über Herrn Faust an den Herrn Senatspräsidenten gewandt.« Laue fragte, ob die »bremische Regierung« erklären könne, gegen einen Gnadenakt für Schulz bestünden keine Bedenken »oder – was ich natürlich noch mehr begrüßen würde – dass ein solcher Gnadenakt befürwortet wird.« Schulzes Verhalten sei stets »einwandfrei« gewesen und durch »zahllose Zeugenaussagen und eidesstattliche Erklärungen« belegt, die seitens der Verteidigung in Nürnberg übergeben worden seien. Ausdrücklich habe das Gericht anerkannt, dass Schulz seine Ablösung aus dem Einsatzkommando betrieben und auch erreicht habe, nachdem ihm die Einsatzbefehle erteilt worden waren – und das bedürfe bei der Berücksichtigung der »damaligen Mentalität« besonderer Hervorhebung. Das Gericht habe festgestellt, zu Schulzes Gunsten »kann gesagt werden, dass, als er sich einer unerträglichen Situation gegenüber sah, er versuchte, etwas dagegen zu tun.«

Die Anfrage Dr. Laues wurde von Oberregierungsrat (ORR) Peimann⁴⁴ zum Geschäftsgang verfügt und an Innensenator Ehlers weitergeleitet, der das Landesamt für Verfassungsschutz befragte. Dieses berichtete am 9. August⁴⁵ und noch einmal am 3. September 1952:⁴⁶ Personalunterlagen über Schulz seien nicht vorhanden. Nach der Auskunft von Personen, die ihn »aus seiner Tätigkeit bei der Bremer Polizei von vor 1933 und der Gestapo kurz nach 1933 kennen«, war er sympathisch, korrekt, sehr geschätzt, ein intelligenter Mensch und sauberer Beamter. Niemals habe er Handlungen verlangt oder Befehle gegeben, die nicht mit den bestehenden Gesetzen zu vereinbaren gewesen wären; in seinen Handlungen gegenüber den Bürgern der Stadt Bremen war er nicht anzutasten. Erkenntnisse zu seinen Tätigkeiten und seiner Haltung nach 1933 habe man nicht. Ein früherer Kollege meinte: Schulz könne keine Taten begangen haben, die mit Zuchthaus geahndet würden und müsste längst frei sein. Der verfolgte ehemalige Kommunist und jetzige

41 So Schulz in einem Schreiben an den Bundesminister des Inneren vom 11. August 1953, StAB 3 - B.10.b. Nr. 23 [143].

42 Eine Verwandtschaft des Rechtsanwalts Laue mit Innensenator Theodor Laue, dem früheren Vorgesetzten Schulzes besteht nach bisherigen Erkenntnissen nicht.

43 StAB 3-B.10.b Nr. 23 [143].

44 Peimann war im Februar 1948 von Kaisen in die Präsidialabteilung im Rathaus berufen worden, deren stv. Leiter er war. ORR seit 11. September 1951, PA Peimann, StAB 4,10 -Akz. 38 – 19.

45 Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz vom 3. September 1952, Anschreiben vom 4. September 1952, StAB 4,13/1 - P.1.c.1. Nr. 7.

46 StAB 3-B.10.b.Nr. 23 [143].

SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Georg Buckendahl⁴⁷ erklärte: Er habe mit Schulz vor und nach 1933 oft zu tun gehabt, sei immer einwandfrei behandelt worden und könne ihm keine Handlungen nachsagen, die nicht mit den bestehenden Gesetzen in Einklang zu bringen gewesen wären. Er habe aber auch seine Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen gewusst. Das Landesamt für Verfassungsschutz resümierte: Die Suche nach Personen, die Schulz belasten könnten, weil er sich unkorrekt oder nicht im Rahmen der Gesetze verhalten habe, sei erfolglos geblieben.

Neben diesem offiziellen Geschäftsgang des Rathauses entwickelte sich ein Geschäftsgang »in den Kulissen«, als dessen Protagonisten Senats-Presseschef Faust und Senator Ehlers auf der einen Seite und Erwin Schulz und Rechtsanwalt Dr. Laue auf der anderen Seite auszumachen sind. Schulz schrieb am 3. August 1952⁴⁸ an Faust (offenbar in Beantwortung einer vorhergehenden Korrespondenz): Er habe gefürchtet, Faust, um Hilfe bei der Begnadigung gebeten⁴⁹, könne denken, Schulz erstrebe eine »Gegenleistung« für eine Tat, die für ihn selbstverständlich gewesen sei. Jetzt erkenne er seinen Irrtum. Niemals im Leben werde er vergessen, wie »mannhaft und aufrecht« Faust in Nürnberg zu ihm gestanden sei, als »selbst so genannte Freunde ... feige kniffen oder sich nicht mehr erinnern konnten. Er dankte ihm für alles, was »Sie bereits für mich und meine Frau getan haben.« Er schloss: »Und übermitteln Sie bitte meinen gleichen Dank und meine Verehrung auch Ihrer Frau Gemahlin. Da ich sie aus mancherlei Gesprächen kenne, so glaube ich zu wissen, dass auch sie wohlwollend meiner gedacht hat und überzeugt ist, dass ich »damals« nicht nur aus Zweckmäßigkeit gehandelt habe. Ihre lieben Grüße erwidere ich auf das herzlichste.« Faust, in Glotterbad im Schwarzwald kurend, reichte den Brief an Bürgermeister Kaisen weiter mit dem Bemerkungen »wir müssen« für »Schulz, unseren Staatspolizeimajor 33/34« etwas tun.« Dieser habe sich ihm gegenüber, als er in den Lagern gewesen sei, »hochanständig benommen und deshalb habe er ihm durch Gutachten, freundliche Worte und Hilfe an seine Frau geholfen.«⁵⁰ Belastet sei Schulz,

47 Georg Buckendahl, vor 1933 Vorstandsmitglied der KPD. Schutzhaft im KZ Missler. Nach Entlassung weiter neben Gustav Böhrnsen und Klaus Bücking im Widerstand aktiv. Im Januar 1935 zusammen mit über 100 Kommunisten aus Bremen verhaftet und zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Siehe Marbolek/Ott (wie Anm. 19), S. 259, 261; Horst Adamietz, Das erste Kapitel, Bremen 1975, S. 51 f. 1945 in der Führung der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus. Trat später zur SPD über. MdBB von 1951 bis zu seinem Tod 1958. Er sah sich nach seinem Parteiwechsel dem aus Kreisen der KPD geäußerten Verdacht ausgesetzt, Agent der Gestapo gewesen zu sein; StAB 4,54 -E 181/E. Vgl. auch Hof-schen (wie Anm. 9), S. 174 bei Note 2 a. E.

48 StAB 4,13/1-P.1. c.1 Nr. 7.

49 Worin diese Bitte Schulzes um Hilfe bestanden haben und wie Faust ihr entsprochen haben könnte, ist aus dem durchgesehenen Schriftwechsel nicht zu erkennen.

50 Eine Konkretisierung möglicher Hilfen für Margarete Schulz, fehlt. Sie war nach der Verhaftung ihres Mannes nach Bremen gekommen und wohnte u. a. im Haus Georg-Gröning-Straße 12.

»weil er von Bremen nach Graz und von Graz nach Polen versetzt wurde, wo gerade die Judenmetzeleien im Gange waren.« Faust schließt: »Es liegen Aktenstücke über Schulz vor. Peimann muss sie kennen. Kürzlich kam ein Brief von seinem Rechtsanwalt Dr. Laue ... der zunächst an die innere Verwaltung ging. Adolf (Ehlers) ist im Bilde. Du kannst ihm auch diesen Brief von Schulz aushändigen.«⁵¹ Nähere Angaben zu dem, was sich hinter Schulzes Worten von »Gegenleistung« und »damals« obwaltender »Zweckmäßigkeit« verbergen könnte, machte Faust nicht und auch die »lieben Grüße« von Frau Faust an Schulz blieben unerklärt.

Bürgermeister Kaisen reichte den Brief an Senator Ehlers weiter, der in der Tat »im Bilde« war. Am 20. August schrieb Ehlers an Faust nach Glotterbad⁵²: Er habe die Sache in der Senatskommission für das Personalwesen – der er vorstand – angesprochen.⁵³ Akten der Gestapo seien nicht mehr vorhanden. Leute von der Kriminalpolizei hätten sich, »was das menschliche Verhalten von Schulz anbelangt, positiv für ihn ausgesprochen.« In der Sitzung habe Senator Theil (SPD) sich positiv an eine persönliche Begegnung mit Schulz erinnert.⁵⁴ Auch Senator Yström (CDU)⁵⁵ habe sich zustimmend geäußert. Er, Ehlers, habe selber »einige Begegnungen mit Schulz erlebt, die für Deine Beurteilung der Angelegenheit sprechen.« Die Frage sei nur, wie man die einzelnen Äußerungen zusammenfasse, um eine Stellungnahme »möglichst durch den Präsidenten des Senats« abgeben zu lassen.« Er fände es am besten, wenn die Sache mit dem Rechtsanwalt selbst besprochen würde, denn dieser »wird ja auch sicherlich bestimmte Richtlinien von Schulz haben, die man nach meiner Ansicht einhalten muss, wenn man nicht gegen seine sehr ausgeprägten Auffassungen über bestimmte Dinge verstoßen will.« Nähere Hinweise zur Deutung dieses Rätselwortes enthält der Brief nicht. Faust solle dies dem Rechtsanwalt nahe bringen. Ehlers abschließend: »Ich persönlich glaube, dass man für den Mann was tun muss. Aus dem an Dich gerichteten Brief (vom 3. August) geht doch eine Auffassung hervor, die mir einen großen Respekt abfordert.«

Einzelheiten der Meinungsbildung zu der Anfrage Dr. Laues sind weder offenen noch vertraulichen Protokollen des Senats zu entnehmen. Eine Senatsbefassung wäre allerdings nicht nur wegen des Adressaten des Gesuchs, sondern auch wegen seines Gegenstandes zu erwarten gewesen. Fassbar wird ein Resultat der Überlegungen erst in einer Mitteilung von ORR Peimann vom 22. August 1952 an Dr. Laue: Seinem Ersuchen um Unterstützung des Gnadengesuchs werde »gern entsprochen.« Aktenmäßige Unterlagen

51 StAB 4,13/1-P.1.c.1. Nr. 7.

52 StAB 4,13/1-P.1.c.1. Nr. 7.

53 Es handelt sich um die Sitzung der Senatskommission vom 18. August 1952, deren Protokoll wohl nicht mehr vorhanden ist.

54 Die angesprochene »persönliche Begegnung« Theil/Schulz konnte nicht präzisiert werden.

55 Helmut Yström, CDU, war Senator für Ernährung und Landwirtschaft; auch seine Erfahrung mit Schulz ist nicht zu fassen; beide waren bis 1937 Kollegen in Bremens Polizei; Yström wurde als gewesener Freimaurer entlassen.

über Schulzes Tätigkeit nach 1933 seien leider nicht mehr vorhanden – weshalb Pressechef Faust sich mit Dr. Laue in Verbindung setzen werde: »Herr Faust wurde 1933 in Haft genommen und ist über die Person und die Tätigkeit von Herrn Schulz in der damaligen Zeit unterrichtet.«⁵⁶ Faust trat an Dr. Laue heran und empfahl, Kontakt mit Senator Ehlers aufzunehmen.⁵⁷ Dr. Laue kündigte Peimann am 13. September 1952 an, er wolle »nach Fühlungnahme mit meinem Mandanten Herrn Faust Antwort zugehen lassen.«

Die Vorstellungen von Schulz und Dr. Laue vom Inhalt eines Gnadengesuchs des Senats

Schulz selbst schrieb am 21. September 1952 an Senator Ehlers:⁵⁸ Ihm sei, als werde es nun nach einer »unvergleichlich langen Nacht Tag, heller lichter Tag.« Das Wort »Die Polizei, Dein Freund und Helfer« habe er nicht als Phrase betrachtet. Er habe geholfen, wo er nur helfen konnte. Dass die Akten vernichtet seien, die darüber Auskunft geben könnten, müsse er sehr bedauern. Und vernichtet seien auch die an ihn persönlich gerichteten weit über 100 Dankesbriefe – vernichtet von ihm selbst, als er Bremen habe verlassen müssen. »Bis dahin hatte ich sie als wertvolle Bekenntnisse menschlichen Fühlens gehütet, die mich beglückten, wenn mich die Härte der Zeit bedrückte.« Vernichtet habe er die Briefe, »weil sie mir irgendwie gefährlich werden und mein Tun beeinträchtigen konnten.« Er bedaure die Vernichtung nicht, »denn ich würde mich schämen, diese Bekenntnisse menschlichen Fühlens als Dokumente für die Verbesserung meiner eigenen Notlage zu benutzen. Ich weiß heute nicht einmal mehr die Namen der Vielen, denen ich helfend zur Seite stand. Ich habe sie nicht aufgezeichnet, weil mir Hilfe Selbstverständlichkeit war und kein Geschäft.« Sein Brief endet: Bremen, »meiner Heimatstadt, habe ich nie und nirgends Schande bereitet.« Und nichts mehr solle ihn »niederdrücken und verbittern, seitdem ich weiß, dass meine Heimatstadt Bremen mich nicht aufgegeben und den Glauben an mein gutes Wollen nicht verloren hat.« Dann ließ er Ehlers Unterlagen der Verteidigung aus dem Einsatzgruppenprozess zukommen: »Sie werden wohl zwei Stunden Ihrer kostbaren Zeit opfern müssen.«

Am 28. Oktober 1952⁵⁹ wandte auch Rechtsanwalt Dr. Laue sich an Senator Ehlers. »Nachdem mich der Pressechef Faust ... aufgefordert hat, mich ... mit Ihnen unmittelbar in Verbindung zu setzen ... habe ich Herrn Schulz um Stellungnahme gebeten.« Er bezog sich auf dessen eben erwähnten Brief an Ehlers vom 21. September 1952 und erklärte: Dieser Brief zeige, in welchem Rahmen er, Laue, sich bei seinen Bemühungen bewegen solle. Sein Mandant sei ein »sehr eigenwilliger Mensch, der nicht zu bewegen ist, andere in eine vermeintliche Gefahr zu bringen, um sein eigenes Los zu verbessern. Er verzichtet auf jegliche Hilfeleistung, die nicht aus freien Stücken kommt.

56 StAB 3 - B.10.b. Nr.23 [143].

57 Das ergibt sich aus einem Schreiben Dr. Laues an Peimann vom 13. September 1952.

58 StAB 4,13/1-P.1.c.1. Nr. 7.

59 StAB 3 - B.10.b Nr. 23 [143].

Ist auch nur andeutungsweise zu befürchten, dass eine inzwischen wieder gesicherte Existenz, an der sogar Frau und Kinder hängen, dadurch gefährdet wird, dass etwas vielleicht »verheimlichtes« geöffnet werden müsste, dann lehnt er solche Hilfe sofort ab.« Dr. Laue weiter: »Es ist mir erst vor kurzem gelungen, meine Vollmachten etwas zu erweitern. Und im Rahmen dieser Vollmachten habe ich mich über Herrn Faust an den Herrn Senatspräsidenten gewandt. Und ich bin nun, wie Herr Schulz aufrichtig dankbar, hier so wohlwollende und starke Helfer zu finden.«

Nach diesen Hinweisen teilte Dr. Laue dem Senator Schulzes Vorstellungen zum Gnadengesuch mit: Es sei überflüssig, dass der Senatspräsident auf die Vorgänge in Russland eingehe. Es reiche völlig aus, wenn er in seinem und des Bremer Senats Namen zum Ausdruck bringe, Schulz habe in seiner langjährigen Tätigkeit in Bremen ein Verhalten gezeigt, das ihn eines Gnadenbeweises würdig erscheinen lasse. Eine Einzelbefragung von Personen mit Vernehmungsprotokollen und Erklärungen erübrige sich, es reiche aus zu sagen, eine Befragung von Polizeibeamten und anderen Personen habe ergeben, dass Schulz gegenüber dem damaligen Staatsgegner stets eine menschliche und ritterliche Haltung gezeigt habe – vor allem dann, wenn noch hinzugefügt werde, dass einige Herren des Bremer Senats aus eigener Kenntnis und eigenem Erleben dieses bestätigen können.« Sollte die Stellungnahme des Senats nicht genügen, wäre zu »weiteren Überlegungen« immer noch Zeit.

Wie Senator Ehlers auf dieses Schreiben reagiert hat, lässt sich nicht feststellen. Am 12. November 1952 übergab Frau Schulz dem Senator weitere Unterlagen aus dem Einsatzgruppenprozess. Tags darauf schrieb Ehlers an Schulz: Das Material, das Rechtsanwalt Dr. Laue »uns zur Kenntnis und zur Durchsicht überlassen hat,« sei geprüft worden und auch er selbst habe es gelesen. Er sei »sehr zuversichtlich, was eine ernsthafte Initiative und Intervention des Senats bzw. des Senatspräsidenten ... anbelangt. (...) Ich kann Ihnen versichern, dass nicht einzelne, sondern wahrscheinlich alle Mitglieder des Senats von der Notwendigkeit eines auch rechtlich fundierten Schritts überzeugt werden können. Ich fühle heraus, wie sehr Ihnen gerade daran liegt, dass die Initiatoren zu diesem Schritte nicht aus Sentiments, sondern aus der Überzeugung heraus handeln, dass dem Recht Gewalt angetan wurde. Ich drücke Ihnen die Hand.«⁶⁰ In seiner Antwort vom 21. November 1952 sagte Schulz, er habe den Brief mit »zitternden Händen« gelesen und lobte die »wohlthuende Ehrlichkeit der Sprache.« Der Händedruck habe ihn »beglückt« und er erwidere ihn »aufrichtig und fest.«⁶¹

Senator Spitta entwirft ein Gnadengesuch des Senats

Am 14. November 1952 leitete Senator Ehlers den Brief Dr. Laues vom 28. Oktober an ORR Peimann weiter, fügte Durchschrift seines »Händedruck-Schreibens« an Schulz vom 13. November 1952 bei und übergab die Unterlagen, die

60 StAB 3-B.10.b. Nr.23 [143]; StAB 4,13/1 - P.1.c.1. Nr. 7.

61 StAB 4,13/1-P.1.c.1. Nr. 7.

Frau Schulz ihm überbracht hatte. ORR Peimann bat Senator Spitta, »ein Gnadengesuch des Senats zu entwerfen.«⁶² Dokumente zur vorhergehenden Meinungsbildung im Senat gibt es allem Anschein nach nicht. Am 20. November 1952 legte Spitta seinen Text vor. Er setzte die Vorstellungen um, die Dr. Laue am 22. Juli und 28. Oktober 1952 vorgetragen hatte und berief sich auf das Zeugnis von Polizeibeamten und »einigen Herren des Bremer Senats«. Aus welchen Gründen gerade die Herren Ehlers, Theil und Faust als Zeugen für Schulzes Gnadenwürdigkeit benannt wurden, ist aus Dokumenten nicht zu erkennen. Spittas Entwurf zeigte auch eigene Züge – indem er etwa Schulzes Verhalten gegenüber Staatsgegnern nicht als »ritterlich« bezeichnete oder dort, wo er entgegen dem Wunsch Dr. Laues die Vorfälle in Russland ansprach.

Spitta wählte die sprachlich und protokollarisch auffällige »Ich-Form«. Der Text enthält keine Formulierung, die klar darauf hindeuten würde, hier liege ein von allen Mitgliedern des Senats getragenes Gesuch vor (so, wie Senator Ehlers es gegenüber Schulz hoffend angedeutet hatte). Nicht klären lässt sich, ob eine Mehrheitsentscheidung vorliegt oder ob Mitglieder des Senats sich dem Anliegen von Senator Ehlers oder Pressechef Faust, »etwas für unseren Polizeimajor« zu tun, jedenfalls nicht entgegenstellen wollten. Aussagekräftige Dokumente fehlen, aber vage Hinweise zur Meinungsbildung ergeben sich aus einem Brief, der nach Schulzes Freilassung im Rathaus einlief. Am 16. Februar 1954 fragte das Personalamt Hamburg an:⁶³ Dort betreibe ein Mediziner, der im Nürnberger Ärzteprozess von einem US-Tribunal⁶⁴ verurteilt worden war, seine Begnadigung. Wie sei Bremen mit der vergleichbaren Sache Schulz umgegangen? Die Antwort hob ab auf drei Punkte: Erstens habe das US-Tribunal Schulz bescheinigt, versucht zu haben, etwas gegen den Befehl zur Tötung von Frauen und Kindern zu unternehmen. Eine solche Feststellung sei in Urteilen der US-Militärgerichte selten. Zweitens sei Schulz 17 Jahre in Bremens Polizei (auch in der politischen Polizei) gewesen, und allgemein werde diesem sympathischen, korrekten und geschätzten Kollegen ein stets einwandfreies und mit den bestehenden Gesetzen übereinstimmendes dienstliches Verhalten attestiert. Hinzugekommen sei drittens, dass »zu den Personen, die (Schulz) als Gestapo-Beamten kennengelernt haben, auch die Senatoren Theil und Ehlers und Pressechef Faust gehören, die für ihn sprachen. Das Studium der von Rechtsanwalt Dr. Laue übergebenen Akten habe nichts ergeben, »was die Geneigtheit unserer Herren zu helfen, erschüttern konnte.« Und von nun an habe der Präsident des Senats sich an den US-Hochkommissar und an die Rechtsschutzstelle der Bundesregierung gewandt. Unterschrieben hat der Direktor der Senatskanzlei Johann Osterloh; auch dieser SPD-Politiker hatte seine Erfahrungen mit der NS-Gewaltherrschaft gemacht.⁶⁵ Seine Schilderung klingt dem ministeriell geschulten

62 StAB 3-B.10.b.Nr. 23 [143].

63 StAB 3-B.10.b.Nr. 23 [143].

64 Zum Nürnberger Ärzteprozess (Fall 1) vgl. Ueberschär (wie Anm. 2), S. 73.

65 Johann Osterloh, * 1888, Lehrer, engagiert in Berufsverbänden, MdBB (1931 deren Präsident). 1933 aus dem Schuldienst entfernt. Vom 18. April bis 31. Mai 1933

Ohr wie eine im Anfang sanfte, im Fortgang aber immer bitterer schmeckende Kommentierung der »unerschütterlichen Geneigtheit unserer Herren zu helfen.« Und sie klingt so, als habe sich ein Opfer der Verfolgung von jener Geneigtheit distanzieren wollen. Bürgermeister Kaisen unterschrieb Spittas Entwurfs unverändert. Das Gesuch ging ab. Schulz dankte Kaisen: Er wolle sich des Vertrauens stets würdig zeigen.⁶⁶

Nach Abgang des Gesuchs: weitere Hilfe aus Bremen

Nach Abgang des Gesuchs wies das Rathaus den Leiter der Landesvertretung Bremen in Bonn, Dr. Karl Carstens⁶⁷, an, bei der Zentralen Rechtsschutzstelle der Bundesregierung vorstellig zu werden.⁶⁸ Diese Stelle betreute einsitzende Deutsche, die von alliierten Gerichten wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden waren – in deutscher Diktion: Kriegsverurteilte. ORR Peimann setzte Dr. Carstens ins Bild: Nicht nur die Herren Ehlers, Theil und Faust »stellen Schulz das denkbar beste Zeugnis aus, sondern alle Angehörigen der Polizei, die Herrn Schulz noch kennen, stimmen darin überein, dass es sich (bei ihm) um einen Menschen handelt, der auch in der Zeit des Nationalsozialismus politisch Andersdenkende stets menschlich und ritterlich behandelt hat und dessen Handlungen stets von absoluter Rechtlichkeit bestimmt gewesen sind. Aus den Unterlagen, die der Rechtsanwalt ... zur Verfügung gestellt hat, ergeben sich nur positive Beurteilungen und zwar in außerordentlich großer Zahl. Es herrscht hier bei allen, die mit der Angelegenheit befasst worden sind, das einmütige Urteil, dass Herr Schulz es verdient, dass man sich ohne Vorbehalte für ihn einsetzt.« Dr. Carstens wurde bei der Rechtsschutzstelle vorstellig und meldete dem Rathaus, der für Schulz zuständige Amtsgerichtsrat Klinnert kenne den Fall gut, denn er habe am Einsatzgruppenprozess als Verteidiger mitgewirkt.⁶⁹ Er, Carstens, werde darauf achten, dass die amerikanische Seite das Gesuch »mit tunlichster Beschleunigung« bearbeite.⁷⁰

Den Regeln einer geordneten Bürokratie gemäß erhielt Dr. Laue von ORR Peimann eine Durchschrift von Kaisens Gesuch mit dem Zusatz. »Ob und was von Bremen aus in dieser Sache noch getan werden kann, wollen Sie

in Schutzhaft. Danach Handelsvertreter; 1940 Nachkalkulator auf der AG Weser. Wegen Lehrermangels im Oktober 1942 wieder im Schuldienst. Im August 1945 Schulrat für Volksschulen; im März 1946 von Wilhelm Kaisen zum Direktor der Regierungskanzlei und des Personalamtes berufen. Vgl. Personalakte StAB 4,10-Akz 18 – 16; Nachlass Johann Osterloh, StAB 7,80-2,1; StAB 4,54-E 4366, Bl. 3, 5, 11.

66 Schreiben Schulz an Kaisen vom 5. Dezember 1952, StAB 4,13/1-P.1.c.1. Nr. 7.

67 Es handelt sich um den nachmaligen Bundespräsidenten.

68 Schreiben Peimann an die Landesvertretung vom 4. Dezember 1952, StAB 4,13/1-P.1.c.1. Nr. 7.

69 Schreiben Landesvertretung an Senatskanzlei vom 10. Dezember 1952, StAB 4,13/1-P.1.c.1.Nr. 7.

70 Bericht der Landesvertretung vom 4. August 1953 (möglicherweise falsch datiert, Eingang bei Senatskanzlei 5. September 1953), StAB 3-B.10.b. Nr. 23 [143].

mich bitte zur gegebenen Zeit wissen lassen.«⁷¹ Dr. Laue bat mehrfach um Intervention und Dr. Carstens fasste des öfteren bei der Rechtsschutzstelle und den US-Behörden nach. Als im März 1953 der neue US-Hochkommissar Conant Bremen besuchte, sprach Bürgermeister Kaisen den Fall Schulz an. Conant wollte der Sache nachgehen.⁷² Frau Schulz konnte dem Gast eine Bittschrift überreichen lassen. Erwin Schulz meinte, Senator Ehlers habe als »Mittler« den Bürgermeister veranlasst, die Sache bei Conant vorzutragen.⁷³ Nach zwei Monaten kam eine Reaktion: Die Untersuchung gehe dem Ende entgegen. Aber nichts geschah. Das Rathaus beauftragte die Landesvertretung, direkt mit dem Hochkommissar zu verhandeln – ohne Ergebnis.⁷⁴ Als Dr. Laue fürchtete, Schulz werde Weihnachten 1953 im Gefängnis verbringen müssen, bat er die Senatskanzlei um Klärung, ob noch vorher mit einer positiven Entscheidung zu rechnen sei. Sofort richtete ORR Peimann ein Fernschreiben – die damals höchste Form der Beschleunigung administrativer Vorgänge – an die Landesvertretung. Deren Antwort kam fernschriftlich ebenso flink: Alle Beteiligten sind zu strengster Geheimhaltung verpflichtet. Dr. Laue bekam eine Kopie, und Schulz verbrachte das Fest in Landsberg.

Der Strafhäftling Schulz dachte auch jetzt an seine pekuniären Verhältnisse in Freiheit und schaltete wieder hilfesuchend das Rathaus ein. Denn das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (kurz: G 131)⁷⁵ beließ Ex-Gestapoleuten wie Schulz zwar ihre Versorgungsansprüche, wenn sie »von Amts wegen« zur Gestapo versetzt worden waren. Allerdings richtete sich ihr »Rechtsstand« nach dem Rang, den sie am Tag ihrer Versetzung innegehabt hatten. Schulz, am Ende seiner Karriere Generalmajor der Polizei, musste also damit rechnen, beamtenrechtlich und vor allem versorgungsrechtlich als 1933 zur Gestapo versetzter Oberleutnant behandelt zu werden. Das G 131 öffnete aber eine Hintertür: Der Bundesminister des Innern konnte Dienstzeiten und Beförderungen *nach* der Versetzung zur Gestapo anerkennen. Am 11. August 1953 wandte Schulz sich an den Minister⁷⁶ und bat, »eine Prüfung meines dienstlichen Werdeganges und meiner persönlichen Haltung im Rahmen meiner dienstlichen Verwendungen zwecks Anrechnung meiner Dienstjahre und meiner Beförderungen ... vornehmen zu wollen.« Schulz sandte sein Gesuch

71 Schreiben vom 26. November 1952, StAB 4,13/1-P.1. c.1. Nr. 7.

72 StAB 3-B.10.b. Nr. 23 [143].

73 Schreiben Schulz an Senator Ehlers vom 14. April 1953, StAB 4,13/1 - P.1. c.1. Nr. 7.

74 Vermerk ORR Peimann auf der Rückseite eines Schreibens von Schulz an Senator Ehlers, StAB 4,13/1-P.1. c.1. Nr. 7.

75 Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung vom 1. September 1953 (BGBl. I S. 1288). Unter Art. 131 GG fielen Personen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen und aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht in ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden; deren Stellung war durch Bundesgesetz zu regeln. Zur Praxis des Gesetzes vgl. Wildt (wie Anm. 1), S. 767 f.

76 Schreiben vom 11. August 1953, StAB 3-B.10.b. Nr. 23 [143].

nicht unmittelbar nach Bonn – was er hätte tun können –, sondern leitete es dem Präsidenten des Senats zu mit der Bitte um Kenntnisnahme und Weiterleitung an den Bundesminister. »Da Herr Senatspräsident Kaisen und die Bremische Regierung sich in so hochherziger Weise meines Schicksals angenommen haben, fühle ich mich verpflichtet, meinen Antrag über die Bremische Regierung an Sie (i. e. der BMI) weiterzuleiten, da ich ohne ihre (i. e. die bremische Regierung) Kenntnis keine Schritte unternehmen möchte.« Weiter teilte Schulz mit: Seine Frau beziehe seit November 1951 eine Rente »als Witwe des Hauptmanns der Schutzpolizei Erwin Schulz« von anfänglich 161 DM – inzwischen sei sie nach Maßgabe des Gesetzes gestiegen. Er, Schulz, sei »der Bremischen Regierung zutiefst verbunden, weil sie ihr möglichstes getan hat, meiner Frau zu helfen. Infolge der gesetzlichen Bestimmungen betr. Zugehörigkeit zur Staatspolizei konnte sie nicht mehr tun, da hier die höchste Behörde zu entscheiden hat.«

Kaisen leitete den Brief am 1. September 1953 »befürwortend« und mit dem Bemerken nach Bonn weiter, über die Anrechnung von Schulzes Dienstzeiten in der Sicherheitspolizei könne nur der Bundesminister als oberste Dienstbehörde entscheiden. Von Bremen aus werde schon seit längerer Zeit »das Mögliche« getan, die Begnadigung Schulzes zu erreichen, »denn von hier angestellte Ermittlungen haben ergeben, dass die Haltung von Herrn Schulz während seiner Tätigkeit in Bremen auch dem damaligen Staatsgegner gegenüber so ausgesprochen menschlich war, dass sich viele Bremer, darunter einige Herren des Senats, die der Verfolgung durch die nationalsozialistischen Gewalthaber ausgesetzt waren, seiner mit Hochachtung und Dankbarkeit erinnern.« Der Entwurf dieser Bemerkung Kaisens stammte von ORR Peimann. Eine Anerkennungsentscheidung des BMI spielte bei der weiteren Behandlung der Versorgungsfrage keine Rolle.

Das Ende der Haft zeichnet sich ab

Aus vielen Gründen lag den westlichen Alliierten zu Beginn der 1950er Jahre daran, den Strafvollzug an deutschen Kriegsverbrechern zu Ende zu bringen.⁷⁷ Dies traf sich mit Bestrebungen westdeutscher politischer, gesellschaftlicher – auch kirchlicher – Kreise, die häufig zu Opfern einer Unrechtsprechung der Sieger erklärten »Kriegsverurteilten« freizulassen. Auch die USA waren bereit, von ihren Tribunalen Verurteilte »auf Parole« zu entlassen. Die Entlassung »Auf Parole« ist keine Begnadigung im deutschen Verständnis, sondern eine dem amerikanischen Recht entstammende überwachte Fortsetzung der Strafvollstreckung außerhalb des Gefängnisses. Der Freizulassende muss Leumundszeugen präsentieren. Die Freilassung wird mit einer »Parolefrist« verbunden und mit der Anordnung von Geboten, Verboten und Auflagen, und sie wird von Parole-Betreuern überwacht.⁷⁸ Die Entscheidung über die

77 Dazu umfassend Thomas Alan Schwartz, Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. John J. McCloy und die Häftlinge von Landsberg, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 39 (1990), S. 375 ff.

78 Vgl. Ogorreck / Rieß (wie Anm. 2), S. 171.

Freilassung sollte von einem »Interim Mixed Parole and Clemency Board«⁷⁹ vorbereitet werden, dem auch Deutsche angehörten. Die Bundesregierung und die Landesregierungen sollten erklären, bei der Durchführung der Parolebedingungen mitwirken zu wollen, unter denen Gefangene frei gelassen würden. In der Sitzung des Senats vom 11. September 1953⁸⁰ sprachen sich Senator Ehlers und Bürgermeister Spitta für die Abgabe der Erklärung aus, denn es müsse alles dafür getan werden, die Kriegsverurteilten frei zu bekommen. Der Senat stimmte zu und wies Dr. Carstens an, gegenüber den deutschen Mitgliedern des Interimsausschusses tätig zu werden – was er tat.⁸¹ Zudem ließ er ihnen weiteres Material *pro* Schulz zukommen.⁸²

Der Hochkommissar verlangte die Benennung von drei Leumundszeugen, die Schulz mehr als 10 Jahre gekannt haben mussten. Schulz wandte sich deswegen am 23. Oktober 1953⁸³ an den »sehr verehrten, lieben Herrn Faust.« Immer, wenn er nicht wisse, was er tun und welchen Weg er beschreiten solle, sei Faust sein »Retter aus der Not«, bei dem er sich mit »meinem Anliegen wohl geborgen« fühlte. Als Leumundszeugen denke er sich ihn, Wilhelm Kaisen und Emil Theil. Denn sämtliche Herren hätten bereits ein Leumundszeugnis für ihn erteilt. Aus den Akten ergibt sich nichts Näheres dazu oder zur Reaktion und Berufung der so Geehrten. Schließlich musste Schulz einen »Parolebetreuer« benennen, der ihm während der Parolefrist zur Seite stehen sollte. Er trug Senator Ehlers diese Aufgabe an:⁸⁴ Erstens wegen seines unbedingten Vertrauens zu Ehlers »als Mensch«, das fest gegründet sei, weil Ehlers ihm und seiner Frau ritterlich zur Seite stand, wenn sie Rat und Hilfe suchten. Der zweite Grund liege auf »fachlicher Ebene«: Wegen seiner »innegehabten Dienststellung« (in der Polizei des NS-Staates) könnte man gegen ihn »Misstrauen« hegen; dem wolle er durch die Benennung eines Parolebetreuers begegnen, der in Bremen »die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit trägt.« Ehlers übernahm das Amt und schrieb am 4. November 1953 an Schulz: »Nun halte ich Ihnen beide Daumen, damit Sie nach langer Trennung bald nach Bremen kommen, dieser Stadt, in der Sie so lange gewirkt haben, wo Sie sicher den Anfang zu einem neuen Beginnen finden.«⁸⁵

Das ging nicht so geschwind. Am 12. November 1953 ließ der Hochkommissar anfragen, ob Schulz zur Sicherung seiner materiellen Existenz eine »pension« erhalte. Die Senatskommission für das Personalwesen, vom Rathaus

79 Vgl. die Anordnung betreffend interimistischer Parole- und Gnadenausschuss vom 31. August 1953, Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland – Amerikanische Zone – vom 4. September 1953, S. 2655.

80 Protokolle des Senats, S. 1149.

81 Schreiben der Landesvertretung Bremen an die deutschen Mitglieder vom 23. Oktober 1953, StAB 3-B.10.b. Nr.23 [143].

82 Bericht der Landesvertretung Bremen an die Senatskanzlei vom 9. November 1953, StAB 3-B. 10.b.Nr. 23 [143].

83 StAB 4,13/1-P.1. c.1. Nr. 7.

84 Schreiben Schulz an Ehlers vom 27. Oktober 1953, StAB 4,13/1-P.1. c.1. Nr. 7.

85 Schreiben Ehlers an Schulz vom 4. November 1953, StAB 4,13/1-P.1. c.1. Nr. 7.

befragt, erklärte am 24. November 1953: Schulz falle unter das G 131. Wenn er aus »politischem Gewahrsam« entlassen werde, habe er Anspruch auf Dienstbezüge, die er aus dem Rechtsstand vor seiner Versetzung zur Gestapo als Oberleutnant der Schutzpolizei gehabt habe. Das seien z. Zt. 417,76 DM. Diese würden ihm 12 Monate lang als Übergangsgehalt gezahlt. An sich habe er auch Anspruch auf Ruhegehalt aus diesem Amt – das aber erst, wenn er das 65. Lebensjahr vollendet habe oder auf Dauer dienstunfähig sei. Bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres werde er ein Übergangsgehalt erhalten, das sich z. Zt. auf mindestens 250 DM belaufe.⁸⁶ Die SKP fügte hinzu: Frau Schulz beziehe seit 1. April 1951 eine jederzeit widerrufliche Versorgung von gegenwärtig 417,76 DM – was derjenigen eines Oberleutnants entsprach. Dies teilte Bürgermeister Kaisen dem Hochkommissar unter dem 25. November 1953 mit. Der Hochkommissar, noch nicht zufrieden, verlangte den Nachweis eines regelmäßigen zusätzlichen Einkommens. Frau Schulz schloss »einen Vertrag bei einer mit ihr befreundeten Kaffeefirma über eine Aufnahme ihres Mannes in das Geschäft ab.«⁸⁷

Schulz kam am 9. Januar 1954 frei, in Bremen⁸⁸ von seiner Gattin erwartet. Ein »Parolebefehl« vom gleichen Tag listete die Auflagen und Bedingungen auf – wie Melde- und Berichtspflichten, das Verbot, ohne Genehmigung Bremen zu verlassen, Verbot politischer Betätigung zum Nachteil der westlichen Besatzungsmächte oder der Bundesrepublik, Verbot, mit verurteilten Kriegsverbrechern Kontakt zu suchen, ohne Genehmigung Memoiren zu verfassen oder sich zu politischen oder militärischen Themen zu äußern etc.. Er musste versprechen, sich als guter Staatsbürger zu führen. Ein Justizoberinspektor des Landgerichts wurde als »Parole-Überwacher« benannt.⁸⁹ Schulz meldete sich parolegemäß am 20. Januar 1954 bei seinem Betreuer Senator Ehlers. Er etablierte sich zügig. Am 3. Mai 1954 ließ er Ehlers wissen, er beziehe nunmehr eine Wohnung in der Hamburger Straße 151. Am 27. Mai 1954 erfuhr Ehlers: Schulz habe seine Kriegsgefangenenentschädigung⁹⁰ erhalten und »als ich sie in Empfang nahm, hatte ich das Gefühl, in allem Ihre helfende Hand zu spüren.«⁹¹ Ehlers dankte am 14. Juni 1954. Er freute sich mit ihm über den

86 Vermerk der Senatskommission für das Personalwesen vom 21. November 1953, StAB 3-B.10.b. Nr. 23 [143].

87 StAB 3-B.10.b. Nr. 23 [143]. Näheres ist bisher nicht festgestellt.

88 Das Melderegister führt Schulz als »Generalmajor a. D.«, der am 11. Januar 1954 aus Landsberg zugezogen ist. Die Chronik von Fritz Peters meldet: »Der frühere Polizeimajor Erwin Schulz, von 1923 bis 1939 im Dienst der Hansestadt tätig, kehrt ... aus der Festungshaft in Landsberg zurück.« Das verfälscht den Sachverhalt. Schulz verbüßte eine Kriminalstrafe in einem alliierten Gefängnis für Kriegsverbrecher und mitnichten eine nicht entehrende Festungshaft nach deutschem Recht, die sich auf Freiheitsentziehung mit Beaufsichtigung der Lebensweise und Beschäftigung der Gefangenen beschränkte.

89 Der Parolebefehl befindet sich in StAB 4,13/1-P.1.c.1. Nr. 7. Ein US-Beamter war als weiterer Parole-Überwacher eingesetzt.

90 Grundlage war das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz vom 30. Januar 1954, BGBl. I S. 5.

91 StAB 4,3/1-P.1.c.1. Nr. 7.

»guten Fortgang des neuen Anfangs; dass Schulz ihn daran teilhaben lasse, sei ihm ein »schöner Beweis Ihres Vertrauens« und freue sich ehrlich über alles, »was für Sie Erleichterung und steigende Lebensfreude bedeutet.«⁹² Seiner »helfenden Hand« hätte es freilich nicht bedurft: Das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz 1954 bedachte auch heimgekehrte verurteilte Kriegsverbrecher. Die ersten 24 Monate im »ausländischen Gewahrsam« wurden mit je 30 DM entschädigt, die weiteren mit je 60 DM. Die Bürgerschaft forderte, diese Entschädigungen auszuzahlen – und zwar schnell.⁹³ Schulz muss rund 4300 DM erhalten haben.⁹⁴ An Bürgermeister Kaisen schrieb er, man habe Möbel gekauft und bezahlt, »so dass meine Frau und ich nun ein gemütliches Heim ohne einen Pfennig Schulden haben. Da Sie an den trüben Tagen meines Lebens so ritterlichen Anteil nahmen, ist es mir ein Bedürfnis, Sie auch an den frohen Stunden teilnehmen zu lassen. Meine Frau und ich danken Ihnen, dass wir nun mit frohem Mut auf einer geordneten Grundlage in die Zukunft blicken können.«⁹⁵ Die »Parolefrist« endete am 7. Mai 1960.

Es scheint, als sei Schulz auch von anderen erwartet worden. Kaum heimgekehrt, sah er sich auf den 8. Mai 1954 zu einem »Treffen der alten Kameraden« in der Polizei eingeladen. »Generalmajor a. D. der Polizei« Schulz bat trotz großer Freude über die Einladung um Verständnis für sein Fernbleiben: Seine Anwesenheit könnte Anlass zu Diskussionen geben, die das Fest unharmonisch störten.⁹⁶

Schulz und die Versorgung: Oberleutnant, Hauptmann oder Generalmajor der Polizei?

Jetzt war über Schulzes Ansprüche nach den Regeln des G 131 zu entscheiden. Danach hatte er drei Optionen: Einen Anspruch auf Wiederverwendung im öffentlichen Dienst mit entsprechenden Dienstbezügen nach seinem »Rechtsstand« vom Tag seiner Versetzung von Amts wegen zur Gestapo. Oder die Erwartung des Pensionsalters mit einem bis dahin zu zahlenden Übergangsgeld. Schließlich: Pensionierung und Versorgung wegen dauernder Dienstunfähigkeit. Am 3. September 1954 traf Schulz seinen Betreuer Senator Ehlers, der auch Vorsitzender der Senatskommission für das Personalwesen war. Dessen Gesprächsvermerk⁹⁷ ergibt: Schulz habe zwar einen Anspruch auf Wiederverwendung im öffentlichen Dienst, wolle davon aber wegen seiner Vergan- genheit an führender Stelle der Gestapo keinen Gebrauch machen.

92 StAB 4,3/1-P.1. c.1. Nr. 7.

93 Vgl. Protokoll der Sitzung vom 28. April 1954, S. 99, StAB 3/3-92.

94 Genaues lässt sich mangels Akten für Schulz nicht angeben. Ein Dokument des Magistrats der Stadt Bremerhaven, das die Entschädigung eines von den Briten als Kriegsverbrecher verurteilten SS-Mannes betrifft, findet sich in: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), Die Hamburger Curiohaus-Prozesse. NS-Kriegsverbrechen vor britischen Militärgerichten, Hamburg 2017, S. 64 f.

95 Schreiben Schulz an Kaisen vom 27. Mai 1954, StAB 3-B.10.b. Nr. 23 [143].

96 StAB 4,13/1-P. 1. c.1. Nr. 7.

97 Vermerk vom 3. September 1954, StAB 4,13/1-P. 1. c.1. Nr. 7.

Dazu erklärte Ehlers meisterlich ministeriell formuliert: Gegenwärtig werde Bürgermeister Kaisen und er selbst zwar »keinen Versuch unterlassen, eine Wiederverwendung zu erwägen.« Aber die objektiven Schwierigkeiten, die einer solchen Lösung entgegenstünden, »wären zur Zeit nicht zu übersehen.« Kaisen und Ehlers wollten Schulz im aktiven öffentlichen Dienst also nicht wiedersehen – was sich freilich mit dessen Plänen deckte. Ehlers notierte: Schulz denke an einen Antrag auf Pensionierung. Das hatte er schon vor seiner Entlassung aus Landsberg gegenüber Alfred Faust angedeutet: Er wolle auf Wiederverwendung verzichten, rechne auf eine Pension und wolle sich »still und bescheiden in irgendeinen Winkel zurückziehen«.⁹⁸ Ehlers hielt Pensionierung für einen »guten Gedanken.« Später könne man Schulz immer noch bestimmte Funktionen übertragen, die mit seiner Qualifikation »in Einklang ständen.«

Der Senator vermittelte Schulz einen Termin bei dem Leitendem Regierungsdirektor Blase von der Senatskommission für das Personalwesen, um zu besprechen, wie die Pensionierung »formgerecht« zu beantragen wäre.⁹⁹ Das Gespräch Blase/Schulz vom 7. September 1954 war aus Akten nicht zu rekonstruieren. Schulz hat – so lässt sich aus dem Fortgang erschließen – seine Pensionierung erreicht. Da er die Altersgrenze von 65 Jahren nicht erreicht hatte (er war 1900 geboren), müsste er mit einer geeigneten Begründung für dauernd dienstunfähig befunden worden sein. Einzelheiten waren aus Akten nicht nachzuzeichnen.

Jetzt ging es um die Festsetzung der Versorgungsbezüge. Die Senatskommission hatte sich auf Arbeitsebene bei der Frage des Hochkommissars nach der Zahlung einer »pension« geäußert: Schulz war als Oberleutnant zur Gestapo versetzt worden, war also als Oberleutnant zu versorgen. Das Optimum aus Schulzes Sicht wäre indes eine Versorgung als Generalmajor gewesen. Nach dem G 131 waren aber die nach der Versetzung zur Gestapo zurückgelegten Dienstzeiten und Beförderungen Schulzes »nur in Ausnahmefällen ruhegehaltsfähig« und nur dann, wenn der Bundesminister des Innern dies genehmigt hätte. Schon von Landsberg aus hatte Schulz – wie berichtet – den Minister um diese Genehmigung gebeten – offenbar vergeblich. Für die Entscheidung der Senatskommission in der Versorgungsfrage zuständig war Hans Koschnick.¹⁰⁰ Karla Müller-Tupath berichtet in ihrer Koschnick-Biografie: Schulz »war in der Nazizeit zum Generalmajor avanciert und forderte nun die entsprechenden Bezüge. Der Senat ist gewillt, sie ihm wenigstens zum Teil zu gewähren. Der junge, gerade erst eingestellte Hans Koschnick ist nicht einverstanden, legt sich prompt mit dem Senat an und bleibt standhaft. Unterstützung erfährt er dabei durch den Finanzsenator Wilhelm Nolting-Hauff (FDP), der Respekt vor dem Mut des jungen Mannes bekundet.«¹⁰¹ Hier bricht die Darstellung von Karla Müller-Tupath ab. Dass gerade Senator Nolting-Hauff für Koschnick sprach, erstaunt nicht: Im Mai 1952 hatte der Senat

98 Schreiben vom 23. Oktober 1953 an Alfred Faust, StAB 4,13/1-P.1.c.1. Nr. 7.

99 Schneider (wie Anm. 1), S. 699.

100 Es handelt sich um den nachmaligen Bürgermeister und Präsidenten des Senats.

101 Karla Müller-Tupath, Hans Koschnick. Trennendes überwinden, Berlin 2009, S. 40.

zu entscheiden gehabt, ob neben anderen Ex-Gestapomännern auch Schulzes Mitarbeiter Herrlein die bei der Entnazifizierung aberkannten Versorgungsansprüche gnadenhalber wieder bekommen sollte. Nolting-Hauff hatte dagegen votiert, denn es sei »nicht vertretbar, dass Aktivisten schlimmster Sorte eine Pension vom Staat erhielten, während Leute, die durch sie ins Unglück gekommen seien, auf Versorgung warteten.«¹⁰² Näheres zu Schulzes Forderungen und den Beratungen im Senat lässt sich aus dessen Protokollen nicht entnehmen.

Bemerkenswert ist, dass der Senat sich überhaupt mit der Sache befasst hat. Denn die Anwendung des G 131 oblag der Verwaltung, Entscheidungen des Senats waren in der Sache eigentlich nicht gefragt, bis sich im September 1953 die Rechtslage im Punkt »Anrechnung von Dienstzeiten und Beförderungen nach der Versetzung zur Gestapo« änderte.¹⁰³ Die Zuständigkeit des Bundesministers des Innern war entfallen; jetzt konnte der Senat entscheiden. Unter dieser Prämisse wäre zu verstehen, dass der Senat wegen der Versorgung von Schulz zusammentrat – nach mündlicher Überlieferung drei Mal. Dann müsste aber auch Schulz eine derartige Anerkennung beantragt haben; nur durch eine positive Entscheidung hätte der Senat eine über die Versorgung als Oberleutnant hinausgehende Versorgung gewähren können, ohne eigentlich über große Spielräume zu verfügen. Selbst wenn man bedenkt, dass die westdeutsche Praxis der Anrechnung von Dienstzeiten und Beförderungen nach der Versetzung zur Gestapo im Lauf der Jahre großzügiger wurde, so blieb doch eine Grenze: Wer sich »persönliche Verfehlungen oder Verbrechen hatte zu Schulden kommen lassen«¹⁰⁴, blieb ausgeschlossen. Schulz war als Kriegsverbrecher und Mitglied von Gestapo, SS und SD verurteilt worden. Er stand unter »Parole.« Sein Rechtsstand müsste demnach unverrückbar der eines Oberleutnants gewesen sein. Ob Schulz versucht hat, Dienstzeiten und Beförderungen – auch als bremischer Gestapochef – anrechnen zu lassen, die er bis zu seiner Kommandierung nach Russland 1941 zurückgelegt hatte, ist nicht zu sagen.

Allerdings ist ein Weg denkbar, der es ermöglicht hätte, Schulz mindestens als Hauptmann zu versorgen – und das ohne förmliche Anerkennung seiner späteren Dienstzeiten und Beförderungen durch den Senat. Man hätte das Datum seines Übertritts von der Schutzpolizei in die Gestapo vom Frühjahr 1933 in die Zeit *nach* seiner Ernennung zum Hauptmann am 1. Februar 1934 verschieben müssen – konkret: Auf das Datum seiner Beförderung zum Regierungsrat des Reichssicherheitshauptamts 1938. Sein Rechtsstand wäre dann der eines Hauptmanns gewesen. Schulz hatte die Überlegungen schon

102 Niederschrift über die Sitzung des Senats vom 27. Mai 1952, S. 705 ff. (Abschluss der Entnazifizierung), StAB 3/3-86. Nolting-Hauffs strenge Auffassungen sind des öfteren im Protokoll des Senats festgehalten.

103 § 60 Abs. 1 Satz 2 G 131 in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1953 (BGBl. I S. 1287) i. V. mit Art. 118 der Landesverfassung.

104 Vgl. Carsten Dams / Michael Stolle, *Die Gestapo-Herrschaft und Terror im Dritten Reich*, 4. Auflage 2017, S. 192.

früh in diese Richtung gelenkt. In Vernehmungen vor seinem Prozess¹⁰⁵ behauptete er, er sei 1933 »zur Staatspolizeistelle *ernannt*« worden, »ohne Staatspolizei zu sein.« Bis Ende Februar 1938 habe er eine Planstelle der bremischen *Ordnungspolizei* (Schutzpolizei) innegehabt und keineswegs eine Planstelle der *Sicherheitspolizei* (Geheime Staatspolizei).¹⁰⁶ Bremens Gestapo hatte zur fraglichen Zeit keinen eigenen Personalhaushalt; ihre Beamten waren aus der Kripo oder Schupo abgeordnet. Nach Schulzes Logik wäre er zwar funktional »Staatspolizei« gewesen – aber nicht beamtenrechtlich. Zur Gestapo übergetreten wäre er erst mit seiner Beförderung zum Regierungsrat 1938. Folglich wäre sein Rechtsstand der eines Hauptmanns der Schutzpolizei gewesen. Ein schwaches Indiz dafür, dass diese Überlegung eine Rolle spielte, ergibt sich aus der erwähnten Mitteilung Schulzes an den Bundesinnenminister vom 11. August 1953, wonach seine Frau eine bremische Versorgung wie die Witwe des »Hauptmanns« Schulz beziehe. Das steht allerdings im Widerspruch zur Feststellung der Senatskommission vom 24. November 1953, wonach Frau Schulz wie die Witwe eines Oberleutnants versorgt werde.

Ob und welche Entscheidung der Senat traf, ist nicht zu sagen. Protokolle und Dokumente fehlen, Beteiligte haben nichts Zitierbares hinterlassen, Versorgungsakten waren nicht aufzutun. Senator Ehlers brachte eine knappe Schlussverfügung zu seinen Akten: »1.) Die Sache ist erledigt 2.) Ablegen. 31. Januar 1955.« Erwin Schulz lebte mit Frau Margarete in Bremen und arbeitete bei jener »befreundeten« Kaffeefirma, obwohl er – so vertraute er Senator Ehlers an – nicht glaube, es noch zu einem »versierten Kaffeekaufmann« zu bringen.¹⁰⁷ Gelegentlich war er Zeuge in Verfahren gegen Angehörige der Einsatzgruppen.¹⁰⁸ Auch gegen ihn wurde ermittelt.¹⁰⁹ Er starb am 11. November 1981. Seine Todesanzeige nennt ihn »Generalmajor der Polizei a. D.« Sein letzter Wohnsitz war Bremen, Parkallee 217.¹¹⁰ Unterzeichnet hat die Anzeige die Familie Henry-M. von Schack, der das Grundstück Parkallee 217 gehörte. Die Urne wurde auf dem Riensberger Friedhof beigesetzt (CC 322).

Sozialdemokratische Amnesie oder Ausblendung eigener Gewalterfahrungen?

Was können Gründe für die Geneigtheit »unserer Herren« gewesen sein, Erwin Schulz zu helfen? Das Handeln des Senats fällt zum Teil zusammen mit den zu Beginn der 1950er Jahre geführten Diskussionen um eine Wieder-

105 Eine Kopie dieser Aussage Schulzes im Zusammenhang mit dem Einsatzgruppenprozess vom 4. April 1947 – Interrogation No. 1006 – A, findet sich als Fotokopie in den Akten der Staatsanwaltschaft Bremen 10 a Js 110/60 (StAB 4,89/3-708).

106 Schneider (wie Anm. 1), S. 624.

107 Aktenvermerk zum Gespräch Senator Ehlers mit Erwin Schulz vom 3. September 1954, StAB 4,13/1-P.1. c.1. Nr. 7.

108 Nachweise bei Ogorreck/Rieß (wie Anm. 2), S. 168.

109 Nachweise bei Schneider (wie Anm. 1), S. 700 ff.

110 Todesanzeige, Weser-Kurier vom 20. November 1981; Mitteilungen aus dem Standesamt, Weser-Kurier vom 19. November 1981.

bewaffnung der Bundesrepublik. Ein Argument dagegen lautete: Vor einer Freilassung der »Kriegsverurteilten« kommt dieser »Wehrbeitrag« nicht in Frage. Dies verlangten nicht zuletzt Sozialdemokraten.¹¹¹ Umfang, Tiefe und Dauer des Engagements pro Schulz werden damit aber nicht vollständig erfasst.

Michael Wildt fragt, wie es möglich gewesen sei, dass sich selbst sozialdemokratische Politiker in der frühen Bundesrepublik für einen verurteilten Massenmörder wie Erwin Schulz einsetzten.¹¹² Wildt sieht einen auf Schulz bezogenen Grund im »kurze(n) Gedächtnis der Bremer Sozialdemokratie«. Schulzes Taten seien als »situativ bedingte Handlungen« und als »Folge von Versetzungen in bereits bestehende kriminelle Verhältnisse« erschienen. Die Verbrechen der Einsatzgruppen und mit ihnen die Taten Schulzes seien ausgeblendet worden, was zeige, »wie kurz und verkürzend das sozialdemokratische Gedächtnis war ... Mit dieser Ausblendung der Massenverbrechen konnte jemand wie Erwin Schulz als Gegner aus längst vergangenen Tagen erscheinen, der ... den staatlichen Auftrag zur Verfolgung der Sozialdemokratie gewissenhaft befolgte, aber in der Behandlung seiner Opfer ›hochanständig‹ geblieben war – und dem deswegen Straferlass zustehe.« Aber: Das Bild von partieller sozialdemokratischer Amnesie will sich nicht runden. Schulzes Verbrechen in Russland ausgeblendet hat der Senat nicht. Faust hatte an Kaisen geschrieben, Schulz sei aus Graz nach Polen versetzt worden, als dort die »Judenmetzeleien« bereits im Gange waren. Das Gnadengesuch selbst spricht – entgegen den Anweisungen von Dr. Laue – die »Hinschlachtung« ganzer Gruppen der Bevölkerung an. Der Versuch, Schulz darzustellen als einen Besonderen unter den nationalsozialistischen Polizeiführern basiert auf einer Interpretation von dessen Verteidigung, er habe etwas gegen die befohlene Tötung auch von jüdischen Frauen und Kindern getan.

Allerdings blendeten Schulzes Helfer eines aus – nämlich ihre eigenen Erfahrungen mit der uneingeschränkten Polizeigewalt der Gestapo. Opfer menschlich zu behandeln, gehörte nicht zum polizeilichen Auftrag und prägte nicht die Praxis der Gestapo. Menschlichkeit kann ihr nur attestieren, wer ihren Gewaltcharakter negiert. Das Bild vom »menschlich« agierenden Gestapomann Schulz ist strukturell notwendig unvollständig und nicht geeignet, die Wahrheit zu beschreiben. Und doch haben Opfer der Polizeigewalt nach 1945 am Bild vom menschlichen Polizisten Schulz gemalt. Das freilich ist absolut nicht singulär. Dasselbe haben Opfer von Schulzes Untergebenen nach dem Krieg getan – sogar vor Gericht.

Ein instruktiver Parallelfall: der Gestapo-Beamte Heinrich Herrlein

Zurückzukommen ist auf den weiter oben erwähnten Prozess vor dem Landgericht Bremen aus dem Jahr 1950, der sich unter anderem gegen mehrere frühere Untergebene Schulzes richtete – unter ihnen Heinrich Herrlein.

111 Vgl. dazu Kristina Meyer, *Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990*, Göttingen 2015, S. 134 ff.

112 Wildt (wie Anm. 1), S. 780 f.

Ihnen lag Aussagenerpressung und Körperverletzung zum Nachteil politisch Verfolgter zur Last.¹¹³ Das Gericht vernahm Zeugen. Dass frühere Kollegen aus der Polizei den Angeklagten Herrlein vor dem Schwurgericht entlasteten, ist weiter nicht bemerkenswert. Sehr bemerkenswert sind dagegen die Zeugnisse verfolgter Sozialdemokraten und Kommunisten: Klaus Bücking, der Schulz 1947 schon in Nürnberg mit einer eidesstattlichen Erklärung unterstützt hatte, sagte jetzt aus, Herrlein habe ihn nach Verbüßung seiner Zuchthausstrafe nicht in Schutzhaft gebracht – auf eigene Verantwortung.¹¹⁴ Nach anderen Aussagen hat Herrlein sich für eine vorzeitige Entlassung Gefangener eingesetzt und Vernehmungsprotokollen eine den Verhafteten günstige Fassung gegeben.¹¹⁵ Nach einem anderen Zeugen habe er bei dessen Entlassung aus der Haft »großes Entgegenkommen« gezeigt.¹¹⁶ Hermann Osterloh,¹¹⁷ 1935 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 8 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus verurteilt, sollte nach Verbüßung seiner Strafe in ein KZ »überführt« werden. Herrlein selbst erklärte dem Gericht, er habe Osterloh beim Reichssicherheitshauptamt in Berlin erfolgreich als V-Mann für Bremen reklamiert und bei der AG Weser untergebracht.¹¹⁸ Osterloh sagte dazu: Er habe sich jeden Mittwoch bei Herrlein melden müssen. An anderer Stelle – nicht vor dem Schwurgericht – wurde er genauer: Herrlein habe ihn »des öfteren nach der politischen Einstellung der Werftarbeiter und meiner Bekannten und Freunde befragt. Ich gab immer unbefriedigende Antworten.«¹¹⁹ Senator Hermann Wolters¹²⁰ bezeugte: Nach Verbüßung von zehn Jahren Zuchthaus 1943 bei Borgward angestellt, musste er sich länger bei Herrlein melden, der sein »Betreuer« gewesen sei, damit er sich nicht wieder illegal betätige.

Das Gericht sprach Herrlein frei. Er habe nach 1933 seine sachliche und zuvorkommende Art der Vernehmung von Häftlingen und des Umgangs mit ihren Angehörigen im Wesentlichen beibehalten. Dies bekundeten nicht nur frühere Kollegen aus der Polizei, sondern auch zahlreiche Verfolgte, die sich positiv geäußert und einen guten und glaubwürdigen Eindruck gemacht hätten. Besonders bedeutsam seien Aussagen einstiger politischer Häftlinge.

113 Landgericht Bremen, 3 KLS 1/50, StAB 4,89/3-5. Es handelt sich um jenes oben erwähnte Verfahren, auf das Schulz von Nürnberg aus durch Einschaltung Kaisers Einfluss hatte nehmen wollen.

114 Zeugnis Bücking, Protokoll der Hauptverhandlung, Bl. 369, StAB 4,89/3-5.

115 Bl. 13 des Urteils, StAB 4,89/3-5.

116 Protokoll der Hauptverhandlung, Bl. 371, StAB 4,89/3-5.

117 Hermann Osterloh, * 1886, Dreher. 1908 SPD, 1920 KPD und MdBB, 1930 wieder SPD. 1945 Leiter der Hilfsstelle für KZ-Entlassene. Vorsteher des Ortsamtes Hemelingen von 1945 bis 1954, MdBB 1947 bis 1951.

118 Erklärung Herrlein, Protokoll der Hauptverhandlung, Bl. 370, StAB 4,89/3-5.

119 Schreiben Osterloh an Spruchkammer Bremen vom 24. November 1947 im Entnazifizierungsverfahren Herrlein, StAB 4,66-I. 4470.

120 Hermann Wolters, * 1910, 1928 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes, 1929 der KPD. 1933 u. a. wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Mitbegründer der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus. Im Juni 1945 Senator. Mai 1946 Übertritt zur SPD. November 1946 bis Dezember 1958 Senator für die Wirtschaft.

Ein Teil von ihnen stehe an herausragender Stelle im öffentlichen Leben und sei schon deswegen über den Verdacht erhaben, wider besseres Wissen für Herrlein günstige Aussagen zu machen. Auch hätten fast alle Zeugen langjährige Freiheitsstrafen verbüßt. Dazu habe Herrlein beigetragen. Wenn die Zeugen ihm dies nicht nachtragen, sondern mit warmen Worten für ihn eingetreten sind, so meine das Schwurgericht hieraus schließen zu können, dass Herrlein ihnen gegenüber sich stets als sachlicher Beamter gezeigt hat und auch sonst als solcher bekannt gewesen ist.¹²¹

Eine strenge rechtliche Betrachtung könnte sich an die Weimarer Jahre erinnern fühlen, als eine republikfeindliche Strafjustiz die Versuche unterließ, die Republik durch Strafrecht zu schützen. Gustav Radbruch hatte damals davon gesprochen, republikfeindliche Richter hätten sich bei der Anwendung des Republikenschutzgesetzes auf festgestellte anti-republikanische Aktionen »dumm gestellt« oder sich als »reine Toren« gebärdet.¹²² Immerhin wusste das Sondergericht Bremen und die ihm zugeordnete Anklagebehörde schon 1941, dass Beamte der Gestapo erpresserische Vernehmungsmethoden anwandten – die Staatsanwaltschaft ermittelte damals sogar wegen Körperverletzung im Amt und Geständniserpressung.¹²³ Gegen das »sich dumm stellen« des törichten Gerichts spricht aber schlagend die Vermutung, die Zeugen hätten ihm nicht alle Aspekte ihrer Verfolgung dargestellt oder das Gericht habe Aussagen nicht allzu scharf hinterfragt oder analysiert. Denn diese sind erkennbar unvollständig und nicht schlüssig.

V-Leute und Quellen der Gestapo

Die Aussagen im Herrlein-Prozess lenken den Blick auf die Praxis der Gestapo, bei der Beschaffung von Nachrichten häufig auf V-Leute zurückzugreifen. Bei ihnen handelte es sich »um umgedrehte Illegale, angeworbene oder erpresste Diversanten,« »die in dem aufzuhellenden Umfeld beheimatet waren, dort Ansehen genossen.« Und: »Unter den V-Leuten gab es Freiwillige und Erpresste, die von der Gestapo durch psychischen und physischen Druck »umgedreht« oder bei der Entlassung aus Straf- oder Schutzhaft rekrutiert« wurden.¹²⁴ Herbert Schwarzwälder spricht im Blick auf Bremen von Gestapo-Spitzeln, bei denen es sich »bisweilen um politisch Belastete handelte, die unter Druck ihre ehemaligen Gesinnungsgenossen unterwanderten und

121 Vgl. Urteil, Bl. 14, StAB 4,89/3-5.

122 Zu Radbruch vgl. Hans de With, Gustav Radbruch – Reichsminister der Justiz, Köln 1978. Zu den erwähnten Prinzipien als Methode der juristischen Auslegung in politischen Strafsachen vgl. ebd., S. 46.

123 Vgl. Der Senator für Justiz und Verfassung der Freien Hansestadt Bremen (Hrsg.), Strafjustiz im totalen Krieg – Aus den Akten des Sondergerichts Bremen 1940–1945. Band 3, S. 266 ff. (268). Das angesprochene Verfahren KLs 2/41 endete mit einem Freispruch; der Staatsanwalt vermerkte, er sei »fest davon überzeugt, dass der Angeklagte durch die Methoden des verstorbenen N.N. zur Ablegung eines falschen Geständnisses erpresst worden ist.«

124 Dams/Stolle (wie Anm. 104).

denunzierten, z. T. auch dafür bezahlt wurden.« Sie boten einen »Querschnitt durch die gesamte Bevölkerung«; unter ihnen befanden sich auch »einige recht angesehene Persönlichkeiten.«¹²⁵

Einer der Beamten, die politisch Verfolgte in Bremen als V-Leute in Dienste der Gestapo pressten und führten, war Heinrich Herrlein. Im Entnazifizierungsverfahren erklärte er seinem amerikanischen Investigator, Agenten hätten ihm teils gegen Bezahlung Nachrichten über die »Linksopposition« übermittelt. »Die Personen, die für mich als Agenten oder Informanten gearbeitet haben, möchte ich nicht namhaft machen und verweigere darüber die Aussage. Es trifft allerdings zu, dass Frau N. N. und ihr Ehemann für mich gearbeitet haben. Sie sind jedoch nicht freiwillig dazu gekommen, sondern von mir dazu veranlasst worden.« ... »Ebenso wurde die 1944 ebenfalls in Haft befindliche N. N. aus W. von mir veranlasst, Agentendienst für uns zu leisten und wurde daraufhin aus der Haft entlassen.«¹²⁶ Der US-Investigator bilanzierte: Herrlein habe mit brutalster Gewalt Menschen, die auf Grund ihrer politischen Einstellung verhaftet waren, in Agentendienst für die Gestapo gezwungen, indem er sie vor die Alternative Haft, KZ oder Spitzeldienst für die Gestapo stellte.«¹²⁷ Die Militärregierung nannte Herrlein an anderer Stelle einen V-Mann-Führer, der Kommunisten und Sozialdemokraten leitete; einen Prozess gegen Kommunisten habe er durch einen kommunistischen V-Mann aufge-
rollt.¹²⁸

Im Licht dieses Zusammenhangs werfen die Aussagen vor dem Landgericht ergänzende Fragen auf. Dass Herrlein Bücking nach Verbüßung der Zuchthausstrafe »auf eigene Verantwortung« – also ohne Rücksprache mit dem Reichssicherheitshauptamt – freigelassen habe, dürfte dessen Kompetenzen überschritten haben. Zudem müsste unter dem Gesichtspunkt erklärt werden, ob das Amt die Freilassung mit Bedingungen verbunden hat. Immerhin hat Herrlein im Fall Osterloh die Zustimmung des Amtes zu dessen Freilassung und Einsatz als V-Mann gesucht und erhalten. Die anderen wiedergegebenen Aussagen werfen die Frage nach dem Preis für Herrleins Wohlwollen bei der Entlassung und der Manipulation von Protokollen auf. Dass Herrlein den von ihm als V-Mann rekrutierten Hermann Osterloh nach der politischen Einstellung der Werftarbeiter und seiner Bekannten und Freunde befragt habe, ist schlüssig. Osterlohs Behauptung, er habe »immer unbefriedigende Antworten«¹²⁹ gegeben, ist es dagegen nicht. Herrleins Auftrag hieß: Opposition und Obstruktion in Rüstungsbetrieben zu erkennen und abzuwehren.¹³⁰

125 Schwarzwälder (wie Anm. 3), S. 405, 409, 464.

126 Aussage Herrlein, 21. Juli 1948, Office of Military Government for Bremen, Denazification Division, StAB 4,66 - I. 4470.

127 Office of Military Government for Bremen, Denazification Division. Bericht des Investigators vom 21. Juli 1948, Entnazifizierungsakte Herrlein, StAB 4,66 - I. 4470.

128 StAB 16,1/2 - V 11.

129 Schreiben Osterloh an Spruchkammer Bremen vom 24. November 1947 im Entnazifizierungsverfahren Herrlein, StAB 4,66 - I. 4470.

130 Vgl. dazu Marßolek / Ott (wie Anm. 19), S. 386.

Durch unbefriedigende Antworten hätte er sich kaum länger hinhalten lassen. Nicht schlüssig und unvollständig ist auch Wolters' Aussage, Herrlein habe den Auftrag gehabt, ihn als sein »Betreuer« von weiteren Straftaten abzuhalten, denn die Gestapo war keine Einrichtung der Bewährungshilfe.

Schlüssig werden solche Aussagen, wenn man für möglich hält, dass die Zeugen bei Meidung ihrer erneuten Verhaftung der Gestapo Informationen aus ihren Betrieben liefern sollten. Mochte Herrlein auch Namen von Auskunftspersonen verschwiegen haben, so kannte er sie, und diese Personen wussten genau dies. Damit hatte Herrlein sie auch nach dem Krieg in der Hand, denn das Bekanntwerden selbst erpresserisch erzwungener Kollaboration konnte gerade den wieder im öffentlichen Leben stehenden Zeugen schaden. Das mag erklären, weshalb sie dem Schwurgericht Herrlein als sachlichen, zuvorkommenden Polizisten geschildert haben, dem irgendetwas nachzutragen sie keinen Anlass hatten – gleichsam als ein Schweigen auf Gegenseitigkeit. Freilich muss offen bleiben, ob die Bremer Öffentlichkeit den Aussagen Herrleins Glauben geschenkt oder sich überhaupt dafür interessiert hätte.

Eine mögliche Erklärung: gegenseitige Verpflichtungen, alte Kompromitate?

Auch Schulzes Fürsprecher betonen seine menschlichen Züge. Briefe Fausts aus der Schutzhaft¹³¹ und seine Erklärung für das Tribunal in Nürnberg zeigen ein Bild von Schulz, das von Dankbarkeit für als menschlich empfundene Hilfe geprägt ist. So rechnete Faust Schulz z. B. hoch an, dass er ihn in der Schutzhaft vor den Angriffen der SA-Hilfspolizei bewahrt und aus dem KZ Ochtumsand persönlich in das Polizeigefängnis am Wall gebracht habe. Schwer beeindruckte ihn, dass zu seinem Geburtstag 1933 als »große Überraschung« ein Oberwachtmeister von der Staatspolizei erschien, Post und ein Päckchen brachte und gratulierte. Faust schrieb seiner Frau:¹³² »*So etwas vergisst man nicht.* [Im Original unterstrichen.] Es zeigt Verständnis und Menschlichkeit und söhnt mit allem aus.« Selbstverständlich ist dies so gezeichnete Bild eines von zwischenmenschlichen Motiven erfüllten Gestapo-Beamten kritisch zu hinterfragen. Anders gewendet: Ist auch ein Nützlichkeitskalkül für die Gestapo und für Schulz persönlich denkbar, schonend mit Faust umzugehen? Schon die Freilassung des späteren Senats-Pressechefs aus der Schutzhaft könnte ihren Preis und ihren Zweck gehabt haben, wie Schulz in einem Brief an Faust vom 3. August 1952 andeutete, denn er, Schulz, habe »damals« – gemeint ist die Ausweisung nach Berlin 1934 – »nicht nur aus Zweckmäßigkeit« gehandelt. Nicht nur – aber auch? Lag der Ausweisung Fausts nach Berlin in den Umkreis von Ludwig Roselius¹³³ – der den Nationalsozialisten suspekt war – eine polizeiliche Zweckmäßigkeit zugrunde?

131 Eine umfangreiche Korrespondenz findet sich in StAB 7,94.

132 Brief an Frau Faust vom 15. Dezember 1933, StAB 7,94.

133 Vgl. Marbolek/Ott (wie Anm. 19), S. 139, wo allerdings unter Hinweis auf ein Zeugnis von Ella Ehlers dargelegt wird, es sei Roselius gewesen, der Faust die Stelle in Berlin verschafft habe, »wo Faust bis 1945 überwinterte«.

Was meint Schulz, wenn er von der »Gegenleistung« Fausts für eine Tat spricht, die für ihn, Schulz, selbstverständlich gewesen sei?

Aus polizeilichen Dokumenten zu konkretisieren ist nichts, doch nach dem Krieg entstandene Akten ergeben, dass Faust in Berlin die Kontakte zur Gestapo nicht los war. Er informierte Schulz, wenn er nach Bremen kam.¹³⁴ Gründe oder Einzelheiten dieser Kontakte nannte er nicht. An anderer Stelle sprach er von »Vernehmungen durch die Gestapo.«¹³⁵ 1951 präzisierte er: »Ausweisung aus Bremen Ende März 1934. Unter Gestapo-Aufsicht in Berlin Tätigkeit als Verlagsvertreter für Angelsachsen-Verlag Bremen,«¹³⁶ den Ludwig Roselius im Herbst 1935 gegründet hatte.¹³⁷ Faust reiste nach eigenem Zeugnis in einem Wagen des Verlags mehrere Zig-Tausend Kilometer durch ganz Deutschland¹³⁸ und nutzte seine Reisen zu Kontakten mit Genossen, namentlich »Wilhelm Leuschner, Julius Leber, Carlo Mierendorff, Paul Löbe usw.« und auch Louise Schröder.¹³⁹ Bürgermeister Kaisen hat diese Reisen beim Staatsakt in der Oberen Rathaushalle für den 1961 verstorbenen Alfred Faust gewürdigt: Faust »beteiligte sich an den Widerstandsgruppen und war einer der bekanntesten Verbindungsmänner zwischen den Zusammenkünften von Sozialdemokraten an den verschiedensten Orten in stets wechselnden Privatwohnungen. Er nahm als Reisevertreter des Angelsachsen-Verlags die Gelegenheit wahr ... alte Bekannte und Parteifreunde zu besuchen und zwischen ihnen die Verbindung aufrecht zu erhalten. Hierbei

134 So sagte Faust vom 28. Februar 1950 im Entnazifizierungsverfahren gegen Laue aus, StAB 4,66 - I. 6459 bis 6468.

135 Angaben nach einem Fragebogen zur Erlangung eines Ausweises für politisch, rassistisch und religiös durch den Nationalsozialismus Verfolgte, StAB 4,54 - E 1313/4.

136 Bl. 1 R in der Akte Landesamt für Wiedergutmachung (StAB 4,54 - E 1313/4); ebenso der Bescheid über die Gewährung von Entschädigungsansprüchen nach §§ 1 und 6 des Entschädigungsgesetzes (StAB 4,54 - E 1313), also von Rente. Zuvor war Faust in anderen Unternehmungen des Roselius-Konzerns tätig. Zu Einzelheiten der Aufsicht der Gestapo fehlen Angaben.

135 Der Verlag schloss im Zuge der »totalen Mobilmachung« im September 1944. Faust, beurlaubt, ging in seine elsässische Heimat nach Gebweiler, wo seine kranke Frau schon »weilte«. Zahlungen des Verlags erreichten ihn bis November 1944. Seit August 1945 Tätigkeit als Journalist in Mulhouse. Oktober 1949 wieder in Bremen. Mit einer Lizenz der US-Militärregierung gründete er den Angelsachsen-Verlag neu und führte von der Böttcherstraße 7 aus dessen Geschäfte. Am 11. Juli 1950 übernahm er auf Kaisens Bitte die Leitung der Pressestelle des Senats. Pressechef bis 14. Juni 1961.

138 Schreiben Alfred Faust an den Senator für das Bauwesen, Referat Kraftfahrwesen vom 6. Juni 1955, StAB 4,10 - Akz. 64 - 77.

139 Angabe nach StAB 4,54 - E 1313; Antrag Faust auf Ausstellung eines Ausweises für politisch, rassistisch und religiös durch den Nazismus Verfolgte vom 9. September 1947. Louise Schroeder aus Hamburg, die von 1920 bis 1933 Mitglied der SPD-Reichstagsfraktion gewesen war, zog nach Berlin und wurde, ausgebombt, in Fausts Wohnung aufgenommen. Nach dem Krieg war sie von Mai 1947 bis Dezember 1948 amtierende Oberbürgermeisterin von Berlin; danach Bürgermeisterin bis Januar 1951.

erwies sich Alfred Faust als der treueste Freund unter vielen.«¹⁴⁰ Ob und wie die Gestapo diese Besuche überwachte, ob und wie die Geheimpolizei von ihren Inhalten erfuhr – dies muss offen bleiben. Unplausibel erscheint jedenfalls, dass die Gestapo nicht den Versuch unternommen haben sollte, Faust zumindest wegen seiner beruflichen Nähe zu Ludwig Roselius »abzuschöpfen«.

Auch das Verhältnis Adolf Ehlers und Schulz wirft die Frage auf, ob Ehlers tatsächlich die Verurteilung Schulzes für Unrecht gehalten haben könnte. Immerhin sprach er im Brief an Schulz vom 13. November 1952 die Hoffnung aus, die Mitglieder des Senats würden aus der Überzeugung heraus handeln, dass »dem Recht Gewalt angetan wurde.« Damit kann nur die Verurteilung Schulzes als Kriegsverbrecher gemeint sein, und dies könnte auch Ehlers' Bereitschaft erklären, sich als Parolebetreuer zur Verfügung zu stellen.

Ehlers, ein profiliertes Antifaschist, blieb nach 1933 von Schutzhaft und justizieller Verfolgung verschont. Kontakte mit Schulz, die sich mit denen Fausts vergleichen ließen, sind nicht zu belegen – bis auf eine Begegnung mit Schulz nach den Märzahlen 1933: Damals entdeckte die Polizei eine Versammlung der von Ehlers geleiteten SAP und nahm ihn fest. Schulz habe ihn »gewarnt«: »Herr Ehlers, das ist keine Revolution wie 1918/19, das ist etwas ganz anderes.«¹⁴¹ Nicht zu präzisieren sind Einzelheiten der Begegnungen, die Ehlers 1938/1939 nach eigenem Zeugnis »mit Schulz erlebt« hat. Ehlers war mit Beschäftigungsverboten in bestimmten Betrieben belegt und lange arbeitslos. Im November 1938 – Schulz hatte Bremen verlassen – stellte die AG Weser ihn wieder ein. Er hatte dort schon 1920–1923 gearbeitet und war Mitglied des Betriebsrats gewesen.¹⁴² Dass er in der Werft »Kristallisationspunkt für illegale Gruppen«¹⁴³ war, kann für die Gestapo von Interesse gewesen sein, aber aus Dokumenten zu klären ist nichts.

Gleichwohl fallen Formulierungen in der Nachkriegs-Korrespondenz Schulz / Ehlers auf, die nach Interpretation verlangen. So erklärte Schulz dem Senator, er habe sich immer von dem Wort »Die Polizei, Dein Freund und Helfer« leiten lassen, und er erwähnt seine stete Hilfsbereitschaft. Ausdrücklich sprach der ehemalige Gestapo-Beamte von zahlreichen Dankesbriefen derer, denen er habe helfen können – Briefe, die er beim Abgang aus Bremen vernichtet habe, weil sie ihm hätten gefährlich werden können, und auch die Namen der Absender seien vergessen. Wenn man sich die Brutalität der Gestapo und des

140 Zitiert nach Kaisens Redemanuskript; vgl. auch Bremer Nachrichten vom 15. Juni 1961, beides StAB 7,97-12.

141 MarBolek/Ott (wie Anm. 19), S. 230, unter Bezugnahme auf eine Mitteilung von Ella Ehlers; diese ist festgehalten in einem Interview mit Ella Ehlers vom 2. Januar 1984, StAB 9 S 9–17–20.

142 MarBolek/Ott (wie Anm. 19), S. 231.

143 MarBolek/Ott (wie Anm. 19), S. 231. Zur Arbeiteropposition auf der Werft vgl. Peter Kuckuk/Hartmut Pophausen, Die AG Weser von 1933 bis 1945: Handels- und Kriegsschiffbau im 3. Reich, in: Peter Kuckuk (Hrsg.), Bremer Großwerften im Dritten Reich (Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, Bd. 15), S. 101 ff.

NS-Regimes vor Augen hält, erscheint eine solche Selbstcharakterisierung grotesk und fabelhaft. Oder wollte der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter dem amtierenden Senator signalisieren, dass die Akten vernichtet, die Namen vergessen seien? Zusätzlich ließ sein Rechtsanwalt am 28. Oktober 1952 den Senator wissen, Schulz verzichte auf jede Hilfeleistung, die nicht aus freien Stücken komme. Sei auch nur andeutungsweise zu befürchten, dass eine wieder gesicherte Existenz, an der sogar Frau und Kinder hängen, dadurch gefährdet wird, dass etwas vielleicht ›Verheimlichtes‹ geöffnet werden müsste, dann lehnt er solche Hilfe sofort ab.« Worauf Schulz anspielte, bleibt unklar. Lag noch kompromittierendes Material aus der NS-Zeit vor? Gleich, ob das Anfang der 50er-Jahre noch Geheime wahr wäre oder erfunden – bei einer Veröffentlichung hätte es die Reputation Betroffener schwer schädigen können.

Fazit

Es lässt sich nicht belegen, weshalb Alfred Faust und Adolf Ehlers meinten, sich für ihren »Polizeimajor 33/34« zu verwenden und wie sie dies dem Senat nahe brachten. Festhalten lässt sich aber: Es geht nicht um die Ausblendung von Schulzes Verbrechen in Russland; so gesehen unterlag die Bremer SPD keiner kollektiven Amnesie. Vielmehr sollte in eine andere Richtung gedacht werden: Die unerschütterlich zur Hilfe geneigten einzelnen Fürsprecher haben ihre gemeinsame Vergangenheit mit Erwin Schulz sicherlich nicht vergessen. Wenn sie die unangenehmen Erfahrungen nach dem Krieg partiell ausblendeten und verschwiegen, stattdessen einseitig die Menschlichkeit eines ehemaligen Gestapo-Beamten und verurteilten Kriegsverbrechers lobten und in den Vordergrund schoben, so können dafür mutmaßlich eine Reihe von Gründen ausschlaggebend sein: vielleicht die Nachwirkung eines geschickten manipulativen Umgangs Schulzes mit seinen damaligen politischen Gegnern, vielleicht eine so wahrgenommene fortwährende gegenseitige Verpflichtung und vielleicht auch die Sorge davor, kompromittiert zu werden.

Die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP)
Gustav Heinemanns in Bremen:
»Mit Rüstung fängt ein Krieg stets an,
wer Frieden will, wählt Heinemann!«

Von Christoph Stamm

In der Sitzung des Bremischen Senats am 20. Mai 1970 warb dessen Präsident Hans Koschnick dafür, Orden an verdienstvolle Bürger Bremens zu verleihen. Er schlug als ersten potentiellen Auszeichnungsträger einen Kandidaten vor, dessen politisches Schaffen, vor allem aber ehrenamtliches und gesellschaftliches Engagement in seinen Augen für eine solche Würdigung geradezu prädestiniert erschien. Sein Name war Conrad Ordemann. Koschnick führte vor den Senatsmitgliedern aus, Ordemann habe im Februar 1953 den Landesverband einer Partei gegründet, die zwar heute nicht mehr existiere, »die aber der große Blutspender der SPD geworden sei.«¹ Diese Partei, deren Bremer Landesverband Conrad Ordemann mit Gleichgesinnten aus der Taufe hob, nannte sich Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) und ihr führender Kopf war Ordemanns Schwager, der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann.²

- 1 Niederschrift über die Senatssitzung vom 20. 5. 1970; StAB 3/3-1970, S. 190. Koschnicks Antrag auf Ordensbeschaffung und Ordensverleihung wurde vom Senat mit 5 gegen 4 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Ein Grund mag die nach Peter Galperin traditionelle »hanseatische Ordensverpönung« gewesen sein. Peter Galperin, Die Ehrenzeichen der Freien Hansestadt Bremen, Frankfurt/M. 1979, S. 12.
- 2 Die GVP ist bereits wiederholt Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen, siehe: Peter Molt, Die neutralistische Opposition. Bedingungen und Voraussetzungen der neutralistischen Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem der Gesamtdeutschen Volkspartei 1949–1954, Phil. Diss. Heidelberg 1955; Barbara Jobke, Aufstieg und Fall einer wertorientierten Bewegung. Dargestellt am Beispiel der Gesamtdeutschen Volkspartei, Phil. Diss. Tübingen 1974; Siegfried Heimann, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Opladen 1986, S. 1478–1508; Josef Müller, Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 92), Düsseldorf 1990; Uwe Schütz, Gustav Heinemann und das Problem des Friedens im Nachkriegsdeutschland, Münster 1993, S. 124–189; Michael Klein, Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963 (Beiträge zur historischen Theologie, Bd. 129), Tübingen 2005, S. 264–291.

Gustav Heinemanns Ministerrücktritt im Herbst 1950

Die Vorgeschichte der GVP reicht zurück bis in den Sommer 1950, als Bundeskanzler Konrad Adenauer deutsche Truppenverbände im Rahmen einer europäischen Armee anbot, ohne dies vorher mit seinem Kabinett abgesprochen zu haben. Anlass bot der Ausbruch des Korea-Krieges, der bei den Westmächten zu einer neuen Einschätzung der militärischen Bedrohung führte. Gustav Heinemann lehnte als damaliger Bundesinnenminister den Vorstoß des Kanzlers bei den Alliierten ab und trat Anfang Oktober 1950 von seinem Amt zurück.³ Die beabsichtigte deutsche Wiederbewaffnung – so Heinemanns Begründung – gefährde den Frieden und mache die angestrebte Wiedervereinigung ebenso unmöglich wie eine Verständigung zwischen Ost und West.⁴ Mit den Verhandlungen über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) unter Einbeziehung westdeutscher Soldaten nahm Adenauers Angebot im Folgejahr konkrete Gestalt an. Viele Zeitgenossen vermuteten, Heinemann, der »gleichsam über Nacht [...] zum politischen Außenseiter«

Bis auf kurze Zeitzeugenberichte existieren allerdings bislang keine Studien, die sich mit regionalen Verbänden der GVP beschäftigt haben. Möglicherweise mag das der schlechten Überlieferungssituation der nachgeordneten Parteigliederungen der Gesamtdeutschen Volkspartei geschuldet sein.

Über die GVP in Bremen liegen zwei knappe Berichte des langjährigen Landesgeschäftsführers Waldemar Klischies (1929–2013) vor: Waldemar Klischies, Neutralität statt Remilitarisierung. Die Gesamtdeutsche Volkspartei in Bremen, in: Heinz-Gerd Hofschien/Almut Schwerdt (Hrsg.), Zeitzeugen berichten: Die Bremer Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren, Marburg 1989, S. 147–151; ders., Die GVP – mit Gustav Heinemann für Frieden und Wiedervereinigung statt Wiederaufrüstung, in: Christoph Butterwegge/Adolf Brock/Jochen Dressel/Ulla Voigt (Hrsg.), Bremen im Kalten Krieg. Zeitzeug(inn)en berichten aus den 50er und 60er Jahren: Westintegration – Wiederbewaffnung – Friedensbewegung, Bremen 1991, S. 128–132. Zentrale Quellenbasis dieses Beitrags ist neben der Auswertung von Unterlagen aus verschiedenen Archiven, vor allem aus den im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn gesicherten Nachlässe führender GVP-Politiker (Gustav Heinemann, Helene Wessel, Adolf Scheu, Erhard Eppler), ein Ordner mit Unterlagen des GVP-Landesverbandes Bremen, den mir Waldemar Klischies freundlicherweise überließ. Herzlich bedanken möchte ich mich bei Klara Stoevesandt, Bremen, und Wolfgang Gurland, Bonn, die mir jeweils Unterlagen aus der politischen Arbeit ihrer Väter Karl Stoevesandt und Gottfried Gurland überließen. Ebenfalls herzlich bedanken möchte ich mich bei Dr. Diether Koch, Bremen, der mir bereitwillig Einsichtnahme in sein Privatarchiv gewährte.

- 3 Diether Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972, S. 159 ff.; Hans-Erich Volkmann, Gustav W. Heinemann und Konrad Adenauer. Anatomie eines politischen Zerwürfnisses, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 38. Jg., 12, 1987, S. 10–32; Thomas Flemming, Gustav W. Heinemann. Ein deutscher Citoyen. Biographie, Essen 2014, S. 218 ff.
- 4 »Deutsche Sicherheit. Warum ich zurückgetreten bin«, 13. 10. 1950, in: Gustav W. Heinemann, Deutsche Friedenspolitik. Reden und Aufsätze, hrsg. vom Verlag »Stimme der Gemeinde«, Darmstadt 1952, S. 5 ff.

wurde⁵, würde sich der SPD anschließen oder eine neue Partei aus der Taufe heben – beides lehnte er jedoch ab. Ihm schwebte vielmehr die Gründung einer überparteilichen Gruppierung vor, die auf die im Bundestag vertretenen Parteien Einfluss nehmen und möglichst viele Parlamentarier zur Ablehnung einer westdeutschen Wiederbewaffnung bewegen sollte.

Im November 1951 rief Heinemann mit der damaligen Vorsitzenden der Zentrumspartei, Helene Wessel, und wenigen Gleichgesinnten die ›Notgemeinschaft für den Frieden Europas‹ (NG) ins Leben. Sie sollte »das Sammelbecken aller gegen die Remilitarisierung auftretenden Kräfte« sein⁶ und »unabhängig von allen politischen, konfessionellen und wirtschaftlichen Einflüssen« agieren.⁷ »Der Erfolg all unserer Bemühungen« – so Heinemann – »wird u. a. davon abhängen, dass der Widerspruch gegen die Bonner Außenpolitik tief in die Reihen der Wähler der Bonner Regierungsparteien hineingetragen wird.«⁸ Die Notgemeinschaft trat auf verschiedene Weise an die Öffentlichkeit: mit einem ›Aufruf an das deutsche Volk‹, unter dem Unterschriften bekannter Persönlichkeiten aus allen politischen Lagern erbeten wurden; mit Publikationen und mit einer Petition an den Deutschen Bundestag versuchte sie als überparteiliche Sammlungsbewegung die Bevölkerung für das Konzept eines ›dritten Weges‹ zwischen Ost und West zu mobilisieren und zusätzlichen Druck auf die Entscheidungsträger in den Parteien auszuüben.⁹ Vor allem sollten bundesweit stattfindende Kundgebungen mit Heinemann und Wessel die politischen Vorstellungen der Notgemeinschaft bekannt machen.

Die Notgemeinschaft für den Frieden Europas in Bremen

Zu Beginn des Jahres 1952 wurde von der NG-Führung festgelegt, bei der Kundgebungsreihe im norddeutschen Raum am Abend des 20. Januar auch eine Veranstaltung in Bremen durchzuführen. Die organisatorische Vorbereitung übernahm zunächst der Landesverband der Deutschen Friedensgesell-

5 Karl-Ludwig Sommer, Die politische Tätigkeit Gustav Heinemanns und der Wandel parteipolitischer Grundpositionen in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre, in: Ernst-Otto Bräuche / Hermann Hierry (Hrsg.), Geschichte als Verantwortung. Festschrift für Hans Fenske zum 60. Geburtstag, Karlsruhe 1996, S. 147.

6 Gustav Heinemann an Martha Hommes, 3. 1. 1952; Privatarchiv (PA) Christoph Stamm, Berlin, Sammlung Gesamtdeutsche Volkspartei (Slg. GVP).

7 »Aufruf zur Notgemeinschaft für den Frieden Europas«, hrsg. von Helene Wessel, Gustav Heinemann, Ludwig Stummel, Essen 1951; PA Stamm Slg. GVP.

8 Gustav Heinemann an Max Stierwald, 12. 1. 1952; Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (AdsD) Nachlass (NL) Max Stierwald, vorl. Mappe 1.

9 Zur Notgemeinschaft für den Frieden Europas: Müller, Gesamtdeutsche Volkspartei (wie Anm. 2), S. 116 ff.; Jobke, Aufstieg und Fall (wie Anm. 2), S. 71 ff.; Elisabeth Friese, Helene Wessel (1898–1969). Von der Zentrumspartei zur Sozialdemokratie, Essen 1993, S. 207 ff.; Schütz, Gustav Heinemann (wie Anm. 2), S. 124 ff.

schaft (DFG)¹⁰, dessen Geschäftsführer Hans Beyer bei der Senatskanzlei »höflichst um die Überlassung des FestsaaIs des Rathauses« bat.¹¹ Innensenator Adolf Ehlers unterrichtete in der Sitzung am 11. Januar den Senat, dass sich Helene Wessel und Gustav Heinemann »zu einer Friedenskundgebung in Bremen angesagt hätten« und äußerte hinsichtlich der Nutzung des FestsaaIs durch die Notgemeinschaft, »keine Bedenken«, so dass der Senat seinem Votum zustimmte.¹² Der Sozialdemokrat Adolf Ehlers lehnte die seitens der Bundesregierung beschlossene Wiederbewaffung ebenfalls ab. Unmittelbar nach Heinemanns Rücktritt vom Amt des Bundesinnenministers ließ er ein führendes Mitglied der Bremischen Evangelischen Kirche wissen, er teile »alle Bedenken [...] gegen die Aufstellung einer deutschen Armee« und Heinemann habe »durchaus recht in der Feststellung, dass die ganze Frage der äußeren Sicherheit einen Tenor gefunden« habe, »der leicht als Angriffsabsichten ausgelegt werden« könne.¹³

In die weiteren Vorbereitungen schaltete sich auf Wunsch von Heinemann¹⁴ sein in Bremen lebender Schwager Conrad Ordemann¹⁵ ein. Wie bereits vor dem Zweiten Weltkrieg hatte sich Ordemann auch nach 1945 parteipolitisch zunächst nicht engagiert. Nach der Demission seines Schwagers im Herbst 1950 informierte er allerdings seine Schwester darüber, dass er »grundsätzlich mit in der Linie« stehe und gab ihr den Rat, Heinemann solle »nur nicht

10 Darauf hatten sich die das Anliegen der Notgemeinschaft in der Hansestadt unterstützenden Gruppierungen intern verständigt. Zu ihnen zählten neben der DFG die ›Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit‹ (IFFF), die Bremer Ortsgruppe des ›Internationalen Versöhnungsbundes‹ sowie der Landesverband der ›Frei-Sozialen Union‹ (FSU). Siehe: DFG-Landesverband Bremen, Hans Beyer, an die Notgemeinschaft für den Frieden Europas, Diether Posser, 6. 1. 1952; AdsD NL Gustav Heinemann I, Nr. 42.

11 DFG-Landesverband Bremen, Hans Beyer, an die Regierungskanzlei des Senats, 5. 1. 1952; StAB 3-G.7. Nr. 140 [49].

12 Niederschrift über die Senatssitzung vom 11. 1. 1952; StAB 3/3-1952, S. 36 f.

13 Adolf Ehlers an Karl Stoevesandt, 2. 11. 1950; PA Stamm Slg. Karl Stoevesandt.

14 Heinemann hatte die Verantwortlichen der Deutschen Friedensgesellschaft in Bremen frühzeitig gebeten, bei den anstehenden Planungen mit seinem Schwager »enge Fühlungnahme« zu halten. Gustav Heinemann an DFG-Landesgeschäftsführer Hans Beyer, 10. 1. 1952; AdsD NL Heinemann I, Nr. 42.

15 Conrad Ordemann (1900–1980) war nach einer kaufmännischen Lehre von 1927 bis 1938 als selbständiger Getreide- und Futtermittelmakler in Bremen tätig. Im Jahre 1938 übernahm er das von Friedrich Pfeiffer 1880 gegründete Malz- und Kornkaffeewerk Pfeiffer & Co, wurde im Sommer des Folgejahres zur Wehrmacht eingezogen, im März 1940 allerdings für die Ernährungsindustrie wieder freigestellt. Im Juli 1944 zerstörten alliierte Bomber bei einem Luftangriff alle Gebäude von Ordemanns Firma am Bremer Doventorsteinweg. Nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem nach der 1948 eingeleiteten Währungsreform, baute er seine Firma zu einem Handelsunternehmen der Genussmittelbranche aus und vertrieb schwerpunktmäßig Kaffee. Christian Ordemann an den Verfasser, Brief vom 24. 7. 2009; Conrad Ordemann an die Bundesgeschäftsstelle der GVP, 7. 1. 1953; PA Stamm; Sammlung ›Landesverband Bremen der Gesamtdeutschen Volkspartei‹ (Slg. GVP-LV Bremen).

den Gekränkten spielen und keinesfalls schon jetzt selbst in ein anderes Lager hinübertreten.«¹⁶ Dem Vorhaben der Notgemeinschaft stand Ordemann von Beginn an positiv gegenüber. Er war im Vorfeld der Senatssitzung, auf der über die Bereitstellung des Rathaus-Saales für die Notgemeinschaft entschieden werden sollte, bei Innensenator Ehlers vorstellig geworden, um ihm das Anliegen von Heinemann und Wessel sowie den Zweck der Kundgebung zu erläutern.¹⁷ Ordemann ließ dem Senatspräsidenten Wilhelm Kaisen zehn Ehrenkarten für die Veranstaltung der Notgemeinschaft zukommen, die in der Senatssitzung am 18. Januar 1952 an interessierte Senatoren verteilt wurden.¹⁸

Inwieweit Heinemanns Wunsch nach einer »vielschichtige[n] Hörerschaft«¹⁹ in Bremen realisiert wurde, lässt sich schwer beurteilen. Der Festsaal des Rathauses war jedenfalls am Abend des 20. Januar bis auf den letzten Platz besetzt. Helene Wessel wandte sich in ihren Ausführungen entschieden gegen die Diffamierungen derjenigen, die in der Bundesrepublik die Zivilcourage besäßen, in der Sorge um die Erhaltung des Friedens ihre Stimme gegen die militärische Aufrüstung zu erheben. Heinemann forderte in seiner Rede von einer deutschen Politik glaubhafte Bemühungen um die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, bevor der Weg der Aufrüstung als letzte Lösung beschritten werde. Die Ziele, über die in allen ernst zu nehmenden politischen Lagern Einigkeit bestehe, seien die Erhaltung des Friedens, die Befreiung der Sowjetzone vom Totalitarismus und die Vereinigung des zweigeteilten Deutschlands. Mit einer westdeutschen Aufrüstung komme man diesen Zielen jedoch nicht näher, da sie weder die erhofften Vorteile einer echten Souveränität mit sich brächten, noch Russland davon abhielten, in einer die Spannungen noch verstärkenden Weise zu reagieren. Zur Arbeit der Notgemeinschaft erklärte Heinemann, ihre Tätigkeit sei als Signal gedacht, dass es bei der geplanten Wiederaufrüstung Deutschlands um eine Lebensfrage gehe, zu der die gesamte Bevölkerung gehört werden müsse.²⁰

Mit ihren Kundgebungen in verschiedenen deutschen Großstädten versuchten die führenden Repräsentanten der Notgemeinschaft ein loses organisatorisches Gerüst aufzubauen. In Bremen war ihrer Ansicht nach ein hoffnungsvoller Anfang gemacht worden. Heinemann bilanzierte: »Die norddeutsche Rundreise ist nun zu Ende. Bremen und Braunschweig waren noch außerordentlich gut besuchte Kundgebungen. In beiden Orten haben sich sofort Aktionsgruppen gebildet, welche die Unterschriftensammlung [für die Petition] betreiben.«²¹

16 Conrad Ordemann an Hilda Heinemann, 17. 10. 1950; AdsD NL Heinemann I, Nr. 34.

17 Aktennotiz der Regierungskanzlei vom 15. 1. 1952 auf dem Brief des DFG-Landesverbandes an die Regierungskanzlei des Senats, 5. 1. 1952; StAB 3 -G.7 Nr. 140 [49].

18 Conrad Ordemann an Wilhelm Kaisen, 15. 1. 1952; StAB 3 -V.2.Nr. 2842. Jeweils drei Karten gingen an die Senatoren Wolters und Dehnekamp, jeweils zwei an van Heukelum und Mevissen. Aktennotiz vom 19. 1. 1952 für Staatsrat Dr. Arndt; ebd.

19 Conrad Ordemann an Friedrich Lahusen, 15. 1. 1952; AdsD NL Heinemann I, Nr. 42.

20 »Verhandeln soll Schießen verhindern« und »Wiederbewaffnung kein Beitrag zum Frieden«, in: Weser-Kurier, 21. 1. 1952, S. 1 und S. 2.

21 Gustav Heinemann an Max Stierwald, 23. 1. 1952; PA Stefan Appelius, Berlin.

Der politische Gegenwind blies den Verantwortlichen der Notgemeinschaft jedoch heftig ins Gesicht. Adenauer erklärte zu den Plänen seines ehemaligen Innenministers und dessen Sympathisanten, er habe »selten so etwas Irreales, etwas so an der Realität der Dinge Vorbeigehendes gesehen als das, was diese Herrschaften dem deutschem Publikum vorsetzen.«²² Der CDU-Pressedienst hatte bereits unmittelbar nach Gründung der Notgemeinschaft erklärt: »Stärker als die Sorge um die Sicherheit Deutschlands« sei Heinemanns »Vertrauen in die Friedensliebe des Kreml.«²³ Seinen früheren Kabinettskollegen Jakob Kaiser ließ Heinemann wissen, dass »die politischen Kampfmethoden gegen Opponenten der Bundesregierung nachgerade sehr bedenkliche Formen annehmen.«²⁴ Trotz aller Bekundungen der Notgemeinschaft, sich gegenüber linksradikalen Strömungen abzugrenzen, wurde ihnen vom politischen Gegner unverantwortliche Vertrauensseligkeit gegenüber dem Osten vorgeworfen, die zwangsläufig unter ein kommunistisches Joch führe. Diese antikommunistischen Ressentiments waren ein bestimmender Faktor der ersten bundesrepublikanischen Jahrzehnte und wirkten als »konsensfähige Integrationsideologie«²⁵ der Nachkriegszeit.

Auch bei einem Gemeindeabend der Evangelischen Bremer St. Stephani-Gemeinde zum Thema Wiederaufrüstung bemerkte ein Teilnehmer, Heinemann und Wessel seien »Stalins christliche Bundesgenossen«, die gewollt oder ungewollt »der Sache des Bolschewismus [...] dienen« würden.²⁶ Für diese Äußerung erfuhr er aus dem Kreis der Diskutanten heftigen Widerspruch, zumal es – so die Erinnerung Hans Koschnicks – »in den bremischen protestantischen Kreisen eine hohe Sympathie für Gustav Heinemann und seine Anhänger« gab.²⁷ Als Präses der EKD-Synode übte er seit 1949 das höchste Laienamnt im deutschen Protestantismus aus.²⁸ Seit Beginn der Debatte um die Wiederbewaffnung wurde in einigen evangelischen Kirchengemeinden der Hansestadt intensiv über das politische Engagement von Christen diskutiert worden. Sowohl in der Gemeinde Unser Lieben Frauen als auch in der Neustädter Zionsgemeinde um Pastor Friedrich Gerlach sammelten sich Gruppen von engagierten Gegnern einer Remilitarisierung der Bundesrepublik.²⁹

22 Rede Konrad Adenauers vor dem Landesparteitag der niedersächsischen CDU am 9. 3. 1952; Archiv des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Berlin (AdBPA) Adenauer-Reden, MF 6973.

23 Deutschland-Union-Dienst, 5. Jg., Nr. 225 vom 22. 11. 1952, S. 5.

24 Gustav Heinemann an Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 10. 5. 1952; Bundesarchiv (BArch) NL Jakob Kaiser, N 1018/460, Bl. 36.

25 Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1991, S. 255.

26 »Gespräch am Gemeindeabend von St. Stephani am 3. Februar 1952« (Protokoll); Archiv der Evangelischen Stephani-Gemeinde, Bremen (AdStG).

27 Hans Koschnick an den Verfasser, E-Mail vom 21. 9. 2009.

28 Flemming, Gustav W. Heinemann (wie Anm. 3), S. 243 ff.;

29 Diether Koch, Christen lernen zu widersprechen, in: Butterwegge / Brock / Dresel / Voigt (Hrsg.), Bremen im Kalten Krieg (wie Anm. 2), S. 85.

Zu den vehementesten Kritikern der außen- und sicherheitspolitischen Pläne der Bundesregierung zählte ein Großteil der St. Stephani-Gemeinde im Westen Bremens, die während der nationalsozialistischen Diktatur ein Zentrum der Bekennenden Kirche und des protestantischen Widerstands gegen das NS-Regime in der Hansestadt gewesen war.³⁰ Auch nach dem Zweiten Weltkrieg – so die rückblickende Einschätzung des langjährigen Gemeindepfarrers Wilhelm Garlipp – habe die Gemeinde bei existentiellen, das Gemeinwohl betreffenden Fragen Wert darauf gelegt, »ihre Stimme laut und deutlich zu erheben.«³¹ Am 26. September 1950 verabschiedete der Gemeindegemeinderat Friedensleitsätze, in denen Aufrüstung und Krieg als Sünde gegen Gott und den Menschen abgelehnt wurden.³² Pastor Gustav Greiffenhagen, bereits seit 1931 in St. Stephani tätig, wandte sich Anfang Dezember 1951 bei einer DFG-Kundgebung entschieden gegen »alle Diffamierungen [...] des aus Gewissensgründen zurückgetretenen Innenministers Heinemann« und forderte seine Zuhörer auf, mit einem die Wiederaufrüstung ablehnenden Schreiben an den Bundestagspräsidenten ihren Widerstand gegen den Regierungskurs zu bekunden.³³

Dies war auch die Intention des Aufrufs der wenige Tage zuvor gegründeten Notgemeinschaft für den Frieden Europas. Da nach Ansicht ihrer Verantwortlichen eine Remilitarisierung die Kriegsgefahr erhöhe und eine »friedliche Befreiung der Sowjetzone« unmöglich mache, wurde der Bundestag aufgefordert, »die geplante Aufrüstung abzulehnen und die Bundesregierung zu veranlassen, eine Politik redlicher Verständigung und glaubhafter Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands unter einer gesamtdeutschen Regierung zu führen.«³⁴

Die Petition nahm die Bremer Stephani-Gemeinde zum Anlass, sich erstmalig an einer politischen Aktion zu beteiligen. So hieß es in ihrem Mitteilungsblatt vom Februar 1952: »Wir sind der Meinung, dass Bundesminister a. D. Dr. Heinemann mit der Gründung der Notgemeinschaft für den Frieden

30 Almuth Meyer-Zollitsch, *Nationalsozialismus und Evangelische Kirche in Bremen* (VStAB Bd. 51), Bremen 1985; Diether Koch, *Zur Erinnerung an Magdalene Thieme (1880–1951)*, in: *Brem. Jb.* 71, 1992, S. 123–189.

31 Wilhelm Garlipp, *Die Stephani-Gemeinde nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *850 Jahre St. Stephani-Gemeinde*, Bremen 1990, S. 193.

32 »Ein Wort des Konvents von St. Stephani Bremen zur gegenwärtigen Lage«, in: *Mitteilungen der Stephani-Gemeinde Bremen*, Nr. 55, November 1950; AdStG. Abgedruckt in: *Kuratorium des Bildungswerks evangelischer Kirchen im Lande Bremen* (Hrsg.), »Es geht ums Leben!« *Abrüstungsbemühungen und Aufrüstungspolitik 1945–1981. Eine kommentierte Dokumentation*, Bremen 1982, S. 37.

33 »Wir sind dagegen!« *Manuskript der Rede von Gustav Greiffenhagen auf einer Kundgebung des DFG-Landesverbandes Bremen in der Aula der Hermann-Böse-Schule*, 7. 12. 1951; AdStG.

34 »Aufruf zur Unterschriftensammlung« und »Petition an den Herrn Präsidenten des Bundestages, überreicht durch die Notgemeinschaft für den Frieden Europas« (Flugschrift), o.D. [1951]; PA Stamm Slg. GVP. Abgedruckt in: *Kuratorium des Bildungswerks evangelischer Kirchen im Lande Bremen* (Hrsg.), »Es geht ums Leben!« (wie Anm. 32), S. 40.

Europas dem deutschen Volk einen guten Dienst tut [und haben] ein gutes Gewissen, Euch zur Unterschrift der nachstehenden Bittschrift einzuladen.«³⁵ Im Gemeindebüro lagen Unterschriftenlisten für die Petition aus und Pastor Greiffenhagen warb Anfang Januar 1952 in der Sitzung des Gemeindevorstandes für die anstehende Bremer Kundgebung der Notgemeinschaft mit Heinemann und Wessel.³⁶

Zweifellos gehörten neben den beiden Pastoren Greiffenhagen und Garlipp auch der Großteil des Vorstands und Konvents der Stephani-Gemeinde zum Umkreis der Notgemeinschaft in Bremen, deren weiteres Umfeld nach Ansicht des später in der GVP Aktiven Diether Koch »schwer zu bestimmen« ist.³⁷ Außer Frage steht, dass die pazifistischen Organisationen das Anliegen und die Aktionen der Notgemeinschaft unterstützten, allen voran die Deutschen Friedensgesellschaft. Auch sie gab Unterschriftenlisten für die Petition heraus und hielt ihre Mitglieder an, die »Nachrichten der Notgemeinschaft für den Frieden Europas« zu lesen, die im April 1952 erstmals erschienen.³⁸ In dieser ersten Ausgabe wurde der Gründungsauftrag erneut abgedruckt und von bekannten Persönlichkeiten unterzeichnet, »um ihm größeres Gewicht und weitere Wirkungsmöglichkeiten zu geben.«³⁹ Aus Bremen gaben der Vorsitzende der Ärztekammer, Karl Stoevesandt⁴⁰, der nach Ansicht des langjährigen Innensenators Ehlers »entscheidend [...] an der geistigen und sittlichen Wiedergeburt Bremens« beteiligt gewesen war⁴¹, sowie Generalstaatsanwalt Arno Heitzer bereitwillig ihre Unterschriften.⁴² Heitzers Unterschrift war insofern bemerkenswert, weil er Mitglied der SPD war, die zwar

35 Mitteilungsblatt der St. Stephani-Gemeinde, Nr. 70, Februar 1952; AdStG.

36 Niederschrift der 56. Sitzung des Gemeindevorstandes der St. Stephani-Gemeinde, 9.1.1952; AdStG.

37 Diether Koch an den Verfasser, Brief vom 12.1.2009.

38 Rundbrief der Deutschen Friedensgesellschaft – Landesverband Bremen, 21.5.1952; StAB 3-V.12, Nr. 1. Zur bundesweiten Unterstützung der Notgemeinschaft durch die DFG: Stefan Appellius, Pazifismus in Westdeutschland. Die Deutsche Friedensgesellschaft 1945–1968, Bd. 1, Aachen 1991, S. 296 ff.

39 Diether Posser an Arno Heitzer, 31.1.1952; AdsD NL Heinemann II, Nr. 641.

40 Karl Stoevesandt (1882–1977) praktizierte von 1913 bis ins hohe Alter als niedergelassener Arzt in der Bremer Kohlhöckerstraße. Als gläubiger Protestant engagierte er sich in der Gemeinde Unser Lieben Frauen. In seinem Haus wurde im Jahre 1934 die bekennende Gemeinde Bremens gegründet und als Vorsitzender des Landesbruderrates hielt ihn das NS-Regime für einen ihrer gefährlichsten Gegner in der Bremischen Evangelischen Kirche. Nach 1945 amtierte er als Vorsitzender der Stiftung Bremer Heimstätten, des Landesvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose sowie als Vorsitzender der Ärztekammer. Von 1945 bis 1961 war er Vertreter Bremens in der EKD-Synode. Politisch eher konservativ, wandte er sich entschieden gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und sympathisierte aus diesem Grunde auch mit der Notgemeinschaft. Gespräch des Verfassers mit Klara Stoevesandt am 20.8.2009 in Bremen.

41 Adolf Ehlers an Hinrich Stoevesandt, Februar 1978; StAB 7,144-15.

42 Nachrichten der Notgemeinschaft für den Frieden Europas, Nr. 1/1952; StAB 3-V.12, Nr. 1.

auch den von Adenauer eingeschlagenen Kurs der strikten Westbindung bekämpfte, den Aktionen der Notgemeinschaft jedoch ablehnend gegenüberstand. Die SPD-Führung war der Ansicht, eine Petition habe keine praktische Durchschlagskraft, und die Notgemeinschaft könne sich zudem nicht hinreichend gegenüber kommunistischen Einflüssen abgrenzen. Die von Heinemann und Wessel erhoffte Unterstützung ihrer Aktionen lehnten die Sozialdemokraten ab und erklärten sogar eine Mitarbeit in der Notgemeinschaft für unvereinbar mit der SPD-Mitgliedschaft.⁴³ Der NG gelang es somit nicht, einen signifikanten Teil der Mitglieder in den etablierten Parteien anzusprechen, obwohl Heinemann wiederholt beteuerte, »davon überzeugt« zu sein, »dass wir uns gegen Unterwanderung und ungute Beeinflussung« sowie »falsche Abhängigkeit [...] zu wehren wissen.«⁴⁴ Diese Vorsicht war durchaus geboten, denn in der Tat versuchten die Verantwortlichen in der DDR, im Rahmen ihrer ›Westarbeit‹, den sich in der Bundesrepublik regenden Protest gegen die Regierungspolitik vor ihren Karren zu spannen.

Die Aktivitäten der Notgemeinschaft im Visier der Kommunisten

Trotz späterer Modifikationen der Westarbeit der SED, die sich an den jeweiligen politischen Handlungsspielräumen orientierten⁴⁵, sah die deutschlandpolitische Position der Einheitspartei vor, dass eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten ausschließlich unter sozialistischen Vorzeichen realisiert werden könne. Gleichwohl die Leitlinien der Westarbeit durch die Sowjetunion vorgegeben wurden, trug die SED die politische Verantwortung für deren praktische Verwirklichung. Für die operative Umsetzung ihrer politischen Ziele in der Bundesrepublik verfügte sie über einen umfangreichen eigenen Apparat und leitete zudem die westdeutsche Kommunistische Partei Deutschlands an.⁴⁶ Als der Ausbruch des Korea-Krieges im Westen eine Diskussion über einen bundesdeutschen Beitrag zur westeuropäischen Verteidigung in Gang setzte, sah die DDR-Führung in der Ablehnung einer westdeutschen Wiederbewaffnung durch die Bevölkerungsmehrheit einen günstigen Ansatzpunkt für ihr Wirken in der Bundesrepublik. (Abb. 1) Obwohl sich Gustav Heinemann stets als Gegner des Kommunismus und vor allem als Kritiker der kirchenfeindlichen Strömungen in der SED zu erkennen gegeben hatte, wollte die Ost-Berliner Führung nichts unversucht lassen, einen der »profilertesten Sprecher der Oppositionsbewegung gegen die Wiederbewaffnung«⁴⁷

43 Müller, Gesamtdeutsche Volkspartei (wie Anm. 2), S. 141 f.; Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage (wie Anm. 3), S. 287 ff.

44 Pressekonferenz von Gustav Heinemann und Helene Wessel im Bonner Bundsratsaal nach Gründung der Notgemeinschaft, 22. 11. 1951; AdBPA, Pressekonferenzen 1951, F 30.

45 Vgl.: Michael Lemke, Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961 (Zeithistorische Studien, Bd. 17), Köln u. a. 2001.

46 Heike Amos, Die West-Arbeit der SED 1948/49–1961. ›Arbeit nach Westdeutschland‹ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999.

47 Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung (wie Anm. 25), S. 232.

auf ihre Seite zu ziehen. Da die Notgemeinschaft für den Frieden jedoch sorgsam auf ihre Unabhängigkeit bedacht war, gab es für die SED und die mit ihr kooperierenden Parteien und Organisationen kaum Anknüpfungspunkte. Vielmehr sorgte die Haltung der Heinemann/Wessel-Gruppierung für Unruhe in der DDR. Auf der einen Seite war bekannt, »dass Heinemann der Deutschen Demokratischen Republik keinesfalls freundlich gesonnen ist«⁴⁸, auf der anderen Seite wurden »die patriotischen Initiativen«⁴⁹ der Notgemeinschaft im Kampf gegen das »Adenauer-Regime« propagandistisch herausgestellt, da man aufgrund des Bekanntheitsgrades des ehemaligen Bundesinnenministers auf eine größere Massenmobilisierung hoffte. In einem internen Bericht der KPD wurde Anfang 1952 vermerkt, die Petition der Notgemeinschaft habe »in der Partei eine gewisse Verwirrung hervorgerufen« und zahlreichen Organisationseinheiten sei es unklar, »wie man sich [...] zur »Notgemeinschaft« verhalten soll.«⁵⁰

Auch in Bremen, wo das Verhältnis der Kommunisten zu pazifistischen Kreisen ebenfalls »völlig ungeklärt« war⁵¹, wurde zunächst im Organ der



Abb. 1: Plakat der Gesamtdeutschen Volkspartei zur Bundestagswahl 1953. StAB 9, P (1953) / Fb 740-1072

48 »Ein Bericht Heinemanns über die DDR«, in: Neues Deutschland, 21. 11. 1951, S. 2; Pressedokumentation des Deutschen Bundestages, Berlin, Personenordner »Gustav Heinemann«.

49 »Breite Solidarität mit Wirth, Niemöller, Heinemann«, in: Tribüne der Demokratie, Nr. 7, 9. 1. 1952, S. 2.

50 »Zur Lage in Westdeutschland und der Politik der Partei« [Februar 1952]; BArch Bestand Kommunistische Partei Deutschlands, BY 1/473, Bl. 181.

51 So die rückblickende Einschätzung des ehemaligen Bremer KPD-Sekretärs Hermann Gautier, zit. nach: Christoph Butterwegge, Friedenspolitik in Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg, Bremen 1989, S. 61. Vgl. auch: Hendrik Bunke, Die KPD in Bremen 1945-1968, Köln 2001, S. 149 ff.

KPD-Landesleitung der Petitionstext der Notgemeinschaft abgedruckt⁵² und für die Ende Januar 1952 im Rathaus stattfindende Kundgebung mit Heinemann und Wessel, den »beiden bekannten Vorkämpfern für Frieden und Verständigung«⁵³, geworben. Das SED-Politbüro gab ebenfalls im Februar 1952 die Direktive aus, »die Petitionsaktion« von Heinemann und Wessel »zu unterstützen«, gleichwohl sich die KPD »von den falschen Formulierungen abgrenzen« sollte.⁵⁴ Die Tatsache, dass in der Petition explizit von der »friedlichen Befreiung der Sowjetzone« gesprochen wurde, führte zu heftigem Unmut bei den kommunistischen Führungskadern. »Eine solche Formulierung« – so KPD-Vorstandsmitglied Oskar Neumann – sei und bleibe »unannehmbar.«⁵⁵ Und auch Ulrich Konetzka, der zweite Landessekretär der Bremer KPD, betonte, es könne »nicht unsere Aufgabe sein, Unterschriften für die Petition zu sammeln.«⁵⁶ SED-Generalsekretär Walter Ulbricht machte vor führenden Vertretern der Einheitspartei aus seiner Ablehnung der Positionen der Notgemeinschaft keinen Hehl: »Wenn jedoch Herr Dr. Heinemann glaubt, sich von der Politik der Deutschen Demokratischen Republik abgrenzen zu müssen, dann ist er inkonsequent und zeigt, dass er noch zwischen der Demokratie und der reaktionären Politik Adenauers schwankt.«⁵⁷ Die grundsätzliche Befürwortung der Anliegen westdeutscher in Opposition zu Adenauers Regierungspolitik stehender Kreise fand in Ost-Berlin ihre Grenze, wenn diese Gruppierungen sich nicht bereit erklärten, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten und letztlich deren Führungsanspruch zu akzeptieren. Gleichwohl sich die Notgemeinschaft aufgrund ihrer ablehnenden Haltung gegenüber kommunistischen Avancen den Unmut der SED- und KPD-Führung zugezogen hatte, wurden ihre weiteren Aktivitäten sorgsam verfolgt. In einem vertraulichen Bericht eines SED-Instrukteurs an die Berliner Zentrale heißt es Anfang Oktober 1952: »Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass in den Kreisen der Notgemeinschaft eine starke Stimmung vorhanden ist für eine neue Parteibildung, um im Parlament als geschlossene Kraft vertreten zu sein.«⁵⁸ In der Tat waren verstärkte Anzeichen dieser Stimmung im Sommer 1952 aufgetreten.

52 »Deutschland darf nicht Schauplatz eines neuen Krieges werden. Petition der Notgemeinschaft für den Frieden«, in: Tribüne der Demokratie, Nr. 7, 9. 1. 1952, S. 4.

53 »Frau Wessel und Dr. Heinemann sprechen in Bremen«, in: Tribüne der Demokratie, Nr. 13, 16. 1. 1952, S. 5.

54 Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 5. 2. 1952; BArch Bestand Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, DY 30 IV 2/2/191, Bl. 5.

55 Auszug aus einem Artikel Oskar Neumanns mit dem Titel »Ein Wort zur »Notgemeinschaft« und ihrer Petition«, in: Freies Volk, 4. 2. 1952 (Hektographie); PA Stamm Slg. GVP.

56 Protokoll der Sekretariatssitzung der KPD-Landesleitung Bremen, 14. 2. 1952; BArch BY 1/862, Bl. 72 f.

57 Stenographische Niederschrift der 8. Tagung des ZK der SED, 21. 2. 1952; in: BArch DY 30/40627, Bl. 38.

58 Bericht von Gerhard Danelius an das Arbeitsbüro des ZK der SED, [Okt. 1952]; BArch BY 1/473, Bl. 149.

Die Parteigründung in Bremen

Obwohl die Einflussnahmeversuche der DDR auf Aktionsgruppen der Notgemeinschaft nicht zum Erfolg führten und die Stellungnahmen der Heinemann/Wessel-Gruppierung gegen die Wiederaufrüstung Ausdruck einer durchaus verbreiteten Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung war, blieb die Notgemeinschaft aufgrund ihrer auch nach Osten hin verständigungsbereiten Positionen in der politischen Landschaft der Bundesrepublik weitgehend isoliert.

Nach Unterzeichnung der Westverträge im Mai 1952, die zunächst sowohl den deutschlandpolitischen Status quo zwischen der Bundesrepublik und den westlichen Alliierten als auch die bundesdeutsche Wiederbewaffnung im Rahmen der EVG festschrieb⁵⁹, wurde den Vertretern der Notgemeinschaft vor Augen geführt, wie folgenlos ihre Bemühungen geblieben waren. Es setzte sich die Erkenntnis durch, dass trotz gutbesuchter Kundgebungen die außerparlamentarischen Initiativen keine Erfolge nach sich zogen. Das Ergebnis ihrer Mobilisierungskampagnen – etwa die Petition an den Deutschen Bundestag⁶⁰ – blieb bescheiden und die Wirkung der Notgemeinschaft insgesamt gering.

Im Hinblick auf die im Folgejahr anstehenden Bundestagswahlen wurden innerhalb der Notgemeinschaft vermehrt Stimmen laut, den Protest gegen die von Adenauer befürwortete ›Politik der Stärke‹ in andere organisatorische Bahnen zu lenken, um »von außerparlamentarischen Bemühungen zur parlamentarischen Wirklichkeit zu gelangen.«⁶¹ Erhard Eppler, der junge schwäbische Aktivist der Notgemeinschaft, bemerkte im Juli 1952, »die Frage einer Parteigründung« beschäftigte ihn »im Augenblick sehr stark.« Wenn sie erfolgen sollte, müsse »dies bald geschehen und zwar nach einem sehr ausgeklügelten Feldzugsplan.«⁶² Für diesen Plan fühlte sich der Wuppertaler Industrieberater Adolf Scheu zuständig, der nach Epplers Erinnerungen mit seiner »unwiderstehlichen Dynamik den eher skeptischen Heinemann für das Abenteuer einer Parteigründung gewann.«⁶³ Scheu wandte sich im Juli 1952 in einem vertraulichen Rundschreiben an 80 Persönlichkeiten aus dem Umfeld der Notgemeinschaft und erbat Rückmeldungen zu dem Vorschlag der seiner Ansicht nach notwendigen Gründung »einer neuen politischen Kraft in Deutschland.«⁶⁴ Auf einer Klausurtagung, die Mitte Oktober

59 Hanns Jürgen Küsters, *Der Integrationsfriede. Viermächteverhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990* (Dokumente zur Deutschlandpolitik, Studien Bd. 9), München 2000, S. 554 ff.

60 Trotz regionaler Erfolge konnte die Notgemeinschaft bis September 1952 lediglich 148.000 Unterschriften sammeln. Müller, *Gesamtdeutsche Volkspartei* (wie Anm. 2), S. 148.

61 Protokoll einer Zusammenkunft von Vertretern der Notgemeinschaft am 6./7. 9. 1952 in Wuppertal; AdsD NL Helene Wessel, Nr. 211. An diesem Treffen nahmen NG-Vertreter aus Nordrhein-Westfalen und Hessen teil.

62 Erhard Eppler an Adolf Scheu, 30. 7. 1952; AdsD Depositum Erhard Eppler, Nr. 6.

63 Erhard Eppler, »Mir graut davor...«, in: *Die Zeit*, Nr. 44/91, 25. 10. 1991, S. 53.

64 Adolf Scheu an Nikolaus Ehlen, 10. 7. 1952; Landesarchiv Nordrhein-Westfalen (LA NRW), Abteilung Rheinland NL Nikolaus Ehlen, RWN 215-34, Bl. 105.

in Mühlheim / Ruhr stattfand, wurden sich die knapp 60 Teilnehmer im Laufe der Beratungen darüber einig, Vorbereitungen zur Konstituierung einer Partei zu treffen.⁶⁵

Am 29./30. November 1952 wurde in Frankfurt am Main die Gesamtdeutsche Volkspartei aus der Taufe gehoben.⁶⁶ Gustav Heinemann, der erst zu Beginn des Monats aus der CDU ausgetreten war⁶⁷ und ohne Zweifel der führende Repräsentant der neuen Partei war, lehnte den Vorschlag einer alleinigen Übernahme des Vorsitzes ab. Stattdessen wurde ein vierköpfiges Präsidium gebildet, dem neben Heinemann und Helene Wessel der »Parteiorganisator« Adolf Scheu sowie Robert Scholl, der Vater der 1943 hingerichteten Geschwister Scholl, angehörten. Generalsekretär wurde Hans Bodensteiner, der nach seinem Austritt aus der CSU fraktionsloser Abgeordneter des Deutschen Bundestages war. Analog zu den Konzeptionen der Notgemeinschaft lag der programmatische Schwerpunkt der GVP in der Außen- und Deutschlandpolitik. Die Verhinderung der Wiederbewaffnung Deutschlands, die Anerkennung sowjetischer Sicherheitsinteressen sowie die Aufnahme von konstruktiven Gesprächen zwischen den Regierungen in Bonn und Ost-Berlin und eine Ausklammerung Deutschlands aus den Machtblöcken zwischen Ost und West sollten dem vorrangigen Parteiziel dienen, die Wiedervereinigung zu erreichen und den Frieden zu sichern. Gleichwohl nach Ansicht der GVP-Verantwortlichen Tendenzen beständen, »in totalitäre Regierungsformen zurückzufallen«⁶⁸, wurden auf innenpolitischem Gebiet die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht in Frage gestellt. Allerdings wandte man sich entschieden gegen »die Verfälschung des Christentums in ein politisches Zweckinstrument sowie jede Frontbildung von Christen gegen andere Teile unseres Volkes.«⁶⁹ Im Gegensatz zu den ausführlich formulierten außenpolitischen Zielsetzungen wurden die sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen im Gründungsmanifest lediglich cursorisch behandelt. Grundsätzlich bekannte sich die GVP zur westlichen Kultur und propagierte eine sozial abgesicherte Marktwirtschaft.

Die Sympathisanten der Heinemann / Wessel-Bewegung in Bremen beurteilten die innerhalb der Notgemeinschaft im Sommer 1952 diskutierte Frage einer Parteinuugründung mehrheitlich skeptisch. Adolf Scheu richtete sein Rundschreiben vom Juli, in dem er um Stellungnahme zur Bildung einer

65 »Mühlheim, 18./19. 10. 1952« (Protokoll); AdsD NL Adolf Scheu, Nr. 352; siehe auch: Müller, Gesamtdeutsche Volkspartei (wie Anm. 2), S. 232 ff.

66 Zur Diskussion über den endgültigen Parteinamen siehe: Protokoll der Gründungsversammlung, Frankfurt/M., 29. November 1952, Lokal »Feste Burg«; AdsD NL Heinemann II, Nr. 648.

67 Jörg Treffke, Gustav Heinemann. Wanderer zwischen den Parteien. Eine politische Biographie, Paderborn 2009, S. 115 f.

68 Gesamtdeutsche Volkspartei. Der Aufbruch des neuen politischen Willens. Manifest und Gründungskundgebung, verantwortlich Hans Bodensteiner, Bonn 1953, S. 3; PA Stamm Slg. GVP. Das Manifest ist abgedruckt in: Wolfgang Treue, Deutsche Parteiprogramme 1861–1961, Göttingen u. a. 1961, S. 305 ff.

69 Ebd., S. 5.

neuen politischen Kraft bat, an drei Persönlichkeiten aus Bremen, an Conrad Ordemann, Karl Stoevesandt und Karl Tegtmeier.⁷⁰

Der Umwandlung der Notgemeinschaft in eine Partei begegnete Tegtmeier mit einigen Bedenken. Adolf Scheu ließ er wissen, es seien in Bremen zwar Personen vorhanden, die »aus tiefster Verantwortung« die Forderungen der Notgemeinschaft bejahen, aber nur wenige würden »willens und in der Lage« sein, »sich aktiv um den Aufbau einer solchen Gruppierung zu kümmern.« Eine »bedeutungslose Splitterpartei zu gründen« – so führte Tegtmeier weiter aus –, »die nur mit großen Geldmitteln und beamteten Kräften ausgebaut werden könnte, dürfte nicht Ihre und unsere Absicht sein.«⁷¹ Von Karl Stoevesandt konnte eine Stellungnahme zu den Plänen einer Parteigründung nicht ermittelt werden.⁷²

Conrad Ordemann teilte Adolf Scheu mit, dass durch die Rückmeldung Tegtmeiers »die hiesige Auffassung ziemlich geklärt sein dürfte.« Der Schwager Heinemanns betonte, Scheus Anstoß habe die Bremer Aktionsgruppe der Notgemeinschaft »zu sehr eindringlichen und detaillierten Erwägungen gezwungen« und er stehe »im Gegensatz zu meinen hiesigen Freunden [...] grundsätzlich [...] positiver zu Deiner Anregung.« Zwar war auch Ordemann der Ansicht, Bremen sei »kein Pflaster für politische Neubetätigung«, begrüßte es aber dennoch, »wenn der Versuch zu einer politischen Konstituierung gewagt würde.«⁷³

Diese Feststellung deckte sich mit den Beobachtungen von Karl-Gustav Arndt, einem engen Vertrauten von Helene Wessel, der in ihrem Auftrag im Sommer 1952 durch Sondierungsgespräche in einzelnen Bundesländern die Perspektive einer Parteineugründung ausloten sollte. Nach Arndts Beobachtung war »das Land Bremen [...] für jede neue Sache ein schwieriger Boden«. Außer dem Fabrikanten Ordemann und einigen Pfarrern der Bekennenden Kirche – so heißt es in seinem Bericht – gebe es »keine Persönlichkeiten, die im Bremischen die Arbeit einer neuen politischen Kraft tragen könnten.« Mitarbeiter seien »in diesem stockkonservativen Stadtstaat nicht zu finden« und man könne nur Boden gewinnen, »wenn man jahrelang unermüdliche Kleinarbeit« leiste, »ingesessene Familien fördernd zur Seite« stünden und

70 »Empfänger des politischen Briefes Juli 1952«; AdsD NL Scheu, Nr. 352. Tegtmeier war ab 1934 in der Bekennenden Kirche aktiv und nach 1945 kurze Zeit Mitglied der FDP. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs war er als Prokurist mitverantwortlich für den Wiederaufbau des Bremer Druck- und Verlagshauses Schünemann. Vgl.: Lydia Niehoff, 200 Jahre Schünemann. Die Geschichte des Bremer Druck- und Verlagshauses Carl Ed. Schünemann KG 1810–2010, Bremen 2010, S. 150.

71 »Briefauszüge. Aus den Antworten zu dem Brief Scheu Juli 1952« (Tegtmeier); AdsD NL Scheu, Nr. 353.

72 Auf einem Glückwunschsreiben Heinemanns anlässlich des 70. Geburtstags von Karl Stoevesandt vermerkte Scheu handschriftlich: »Es wäre schön, wenn Sie den Brief von Herrn Adolf Scheu beantworten möchten.« Gustav Heinemann / Adolf Scheu an Karl Stoevesandt, 22. 8. 1952; PA Stamm Slg. Karl Stoevesandt.

73 Conrad Ordemann an Adolf Scheu, 11. 8. 1952; AdsD NL Scheu, Nr. 363.

eine politische Konzeption biete, »die selbst einen sturen Bremer« mitreißt. Sein Fazit lautete: »Politische Arbeit in Bremen braucht Zeit, viel Zeit.«⁷⁴ Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl im Folgejahr war die Zeit für den Aufbau einer neuen Partei allerdings knapp bemessen – nicht nur in Bremen.

Im Rahmen der Mühlheimer Tagung, auf der die Würfel zur Gründung der GVP gefallen waren, bemerkte Conrad Ordemann, er werde versuchen, die Bestrebungen von Heinemann und Wessel »in Bremen aktiv zu fördern.«⁷⁵ Vier Wochen später verschickte Ordemann im Namen der Bremer Aktionsgruppe der Notgemeinschaft für den Frieden Europas am 17. November 1952 einen Rundbrief an ausgewählte Persönlichkeiten der Hansestadt und erklärte, dass es auf Bundesebene zwischen verschiedenen Persönlichkeiten und Gruppen Gespräche gebe, um »in gemeinsamer Aktion die erforderlichen Maßnahmen« gegen die Westverträge zu treffen. Auch in Bremen habe die Notgemeinschaft die Absicht, mit Kreisen Fühlung zu nehmen, die bereit seien, eine solche Aktion zu unterstützen. »Vermutlich« – so Ordemanns Hinweis – »führen diese Besprechungen notwendigerweise zur Gründung einer neuen Partei, um wirkungsvoll Opposition gegen die Ratifizierung der Verträge treiben zu können.«⁷⁶

Die geplante Parteibildung gestaltete sich jedoch schwierig, zumal die bevorstehende Wahl zum Deutschen Bundestag nach den Erinnerungen des langjährigen GVP-Landesgeschäftsführers Waldemar Klischies⁷⁷ »eine ruhige und geordnete Gründungsphase« nicht zuließ.⁷⁸ Conrad Ordemann, der auf der Frankfurter Gründungsversammlung der GVP in den Bundesvorstand

74 »Erfahrungsbericht über meine, im Auftrage der Bundestagsabgeordneten Frau Helene Wessel unternommene politische Studienreise durch fast alle Länder der Bundesrepublik Deutschland im Sommer 1952« (Karl-Gustav Arndt), o.D.; AdsD NL Wessel, Nr. 21.

75 »Mühlheim, 18./19. 10. 1952« (Kurzvorstellung Ordemann, S. 7); AdsD NL Scheu, Nr. 352.

76 Rundbrief von Conrad Ordemann an verschiedene Bremer Persönlichkeiten zur Formierung einer Opposition gegen die Ratifizierung der Westverträge, [17. 11. 1952]; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen. Adressaten waren u. a. Dr. Walter Bornemann, Dr. Manfred Hausmann, Prof. Ernst Gorsemann, Dr. jur. Karl Kohl, Generalmusikdirektor Hellmut Schnackenburg, Dr. jur. Klaus Gätjen, Dr. jur. Bernhard Franke, Dr. jur. Nicolaus Schierloh, Hans Wiebe und Generalstaatsanwalt Arno Heitzer.

77 Waldemar Klischies (1929–2013) studierte Jura in Kiel und absolvierte von 1952–1954 sein Referendariat. Im Jahre 1953 zog er nach Bremen und stieß auf Vermittlung von Klaus Gätjen zum Gründerzirkel der GVP. Von 1955–1967 war Klischies als Richter tätig. Das Angebot Heinemanns, der ihn 1966 nach Übernahme des Justizministeriums als persönlichen Referenten nach Bonn holen wollte, lehnte er aus familiären Gründen ab. Von 1967–1971 arbeitete Klischies als Senatsdirektor beim Senator für Inneres und war anschließend in der Hansestadt als Rechtsanwalt und Notar tätig. Nach Auflösung der GVP schloss er sich der SPD an, war von 1975–1987 Mitglied des Landesvorstandes und von 1979–1983 Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft.

78 Waldemar Klischies, Neutralität statt Remilitarisierung (wie Anm. 2), S. 147.

gewählt worden war⁷⁹, erklärte Mitte Dezember 1952, in Bremen und Umgebung bestehe »im Augenblick erst ein loser Zusammenhang von Gleichgesinnten.« Die an der Gründung eines Landesverbandes Interessierten seien »arbeitsmäßig derart überlastet [...], dass für die erforderlichen Vorarbeiten kaum Zeit zu erübrigen« sei.⁸⁰ Adolf Scheu, dem Parteiorganisator auf Bundesebene, gestand Ordemann, er sei »stark bedrückt, dass hier bislang alles noch nicht über die Anfänge hinausgekommen« sei.⁸¹ Auch Gustav Heinemann forderte seinen Schwager auf, »schnellstens eine Mannschaft an die Arbeit [zu] bringen.«⁸² Am 12. Januar 1953 wies Ordemann in einem Rundschreiben darauf hin, dass nach Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei auf Bundesebene »interessierte Persönlichkeiten auch in Bremen einen Landesverband der GVP ins Leben rufen« möchten und warb um Mitwirkung sowie Teilnahme an einer Aussprache mit Heinemann, die dem Parteibildungsprozess in der Hansestadt einen An Schub geben sollte.⁸³

Am 26. Januar 1953 fand eine Arbeitsbesprechung des engeren Gründerkreises⁸⁴ statt, auf der erste organisatorische Maßnahmen zur Konstituierung eines Landesverbandes der GVP beschlossen wurden. Ein Aktivposten dieses Kreises war der Jurist Klaus Gätjen⁸⁵, in dessen Anwaltskanzlei an der ›Schlachte‹ zu Beginn des Jahres 1953 die ersten Besprechungen der Bremer GVP-Organisatoren stattfanden. Gätjen hatte Conrad Ordemann bereits Ende November 1952 von seinen Sympathien für die Heinemann/Wessel-Bewegung berichtet⁸⁶ und ihm nach der Frankfurter Parteigründung versichert, dass er »zur Mitarbeit bereit wäre.«⁸⁷ Als verantwortlicher Landesbeauftragter

79 »Protokoll über die Gründungsversammlung. Frankfurt/M., 29. November 1952, Lokal ›Feste Burg‹; AdsD NL Heinemann II, Nr. 648.

80 Conrad Ordemann an Klaus Kremkau, 12. 12. 1952; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

81 Conrad Ordemann an Adolf Scheu, 21. 12. 1952; AdsD NL Scheu, Nr. 101.

82 Gustav Heinemann an Conrad Ordemann, [Anfang Januar 1953]; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

83 Conrad Ordemann an Carl Katz, 12. 1. 1953; ebd. Gustav Heinemann hatte seinem Schwager den Vorschlag unterbreitet, »einen Kreis von prominenten Bremern auf lockerer Basis zusammenzubringen«. Gustav Heinemann an Conrad Ordemann, [Anfang Januar 1953]; ebd. Die Aussprache fand am Abend des 16. Januar in der Gaststätte St. Petrus in der Bremer Böttcherstraße statt. »Aussprache mit Parteifreunden in Bremen am Freitag, den 16. Januar 1953, von 20 bis 23 Uhr«. Aktennotiz von Gustav Heinemann, 19. 1. 1953; AdsD, NL Heinemann II, Nr. 658.

84 Teilnehmer der Sitzung waren Conrad Ordemann, Karl Tegtmeier, Pastor Wilhelm Garlipp von der Ev. Stephani-Gemeinde, Pastor Friedrich Gerlach von der Neustädter Zionsgemeinde, Dr. Klaus Gätjen sowie Paul Uhrmeister und Ernst-Wilfried Albert.

85 Klaus Gätjen (1926 – 2005) machte am Alten Gymnasium in Bremen Abitur, studierte ab 1945 Jura in Göttingen, absolvierte sein Referendariat wiederum in seiner Heimatstadt und trat anschließend in die Bremer Anwaltskanzlei seines Vaters Bernhard Gätjen ein.

86 Klaus Gätjen an Conrad Ordemann, 28. 11. 1952; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

87 Klaus Gätjen an Conrad Ordemann, 13. 12. 1952; ebd.

Gesamtdeutsche Volkspartei
G. V. P.

Land: Bremen
Kreis:
Ortsgruppe: Bremen - West

Mitglieds-Ausweis

№ 1

Name: Gurland, Gottfried
Wohnort: Bremen
Straße: Altenwall 28
Beruf: Jugendwart
geb. am 27.1.18 in

Partei-Eintritt am 18.1.53
Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP)
Landesverband Bremen
Bremen, Altenwall 28
G. Gurland
Der Vorsitzende

Abb. 2: Mitgliedsausweis von Gottfried Gurland (1918–2002), Vorsitzender des GVP-Kreisverbandes Bremen-West, Mitglied des Landesvorstandes. Nach Auflösung der GVP wurde er Mitglied der SPD und war 1970–1984 Oberbürgermeister von Wuppertal. Foto: PA Stamm

für die GVP in Bremen bestimmte Ordemann ihn sowie Pastor Friedrich Gerlach und Karl Tegtmeier zu seinem vorläufigen Landesbeirat.⁸⁸ Nach weiteren Vorgesprächen des Gründerkreises, denen als künftiger Landesgeschäftsführer auch der junge Jurist Waldemar Klischies beiwohnte, erfolgte am 27. Februar 1953 die Gründung des GVP-Landesverbandes Bremen.

An diesem Tage konstituierte sich zunächst der Kreisverband Bremen-Ost, zu dessen Vorsitzenden Heinrich Hambrock gewählt wurde, sowie der Kreisverband Bremen-West, dessen Vorsitz Gottfried Gurland⁸⁹ übernahm.⁹⁰ (Abb. 2) Gurland, der spätere langjährige Oberbürgermeister von Wuppertal, war bereits gemeinsam mit seiner Frau Margot in der Bremer Gruppe der Notgemeinschaft für den Frieden Europas tätig⁹¹ und zählte zu den Aktivposten des GVP-Landesverbandes. »Meine Intention in die Politik zu gehen« – so erklärte er in der Rückschau – »stammt aus der Kriegszeit. Ich

88 Protokoll der Arbeitsbesprechung des GVP-Gründungskreises in Bremen, 26. 1. 1953; ebd.

89 Gottfried Gurland (1918–2002), der einer evangelischen Pfarrersfamilie aus dem Baltikum entstammte, lebte nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst in Bremen und war dort als Jugendpfleger tätig. Im Herbst 1953 wurde er Geschäftsführer der Kirchlichen Hochschule in Wuppertal und siedelte im August 1954 endgültig mit seiner Familie ins Bergische Land über. Nach Auflösung der GVP trat er der SPD bei und zog für sie 1964 in den Stadtrat von Wuppertal ein. 1970 wurde er als Nachfolger von Johannes Rau zum Wuppertaler Oberbürgermeister gewählt und blieb bis 1984 im Amt.

90 »Kreisverbände der GVP gegründet«, in: Bremer Nachrichten, 2. 3. 1953.

91 Petition der Notgemeinschaft für den Frieden Europas an den Präsidenten des Deutschen Bundestages, unterzeichnet von Gottfried und Margot Gurland; PA Stamm Slg. Gottfried Gurland.

bin sechs Jahre Soldat gewesen und war zum Schluss auf den Rheinwiesen in den Hungerlagern und wollte verhindern, dass eine neue Generation ähnlich verführt wird, wie wir verführt worden waren.«⁹² Waldemar Klischies nennt rückblickend zwei Motivationsstränge, die Menschen zur GVP führten: »Einer war der nationale. Für mich war [...] die Wiedervereinigung ein unwahrscheinlich wichtiges Anliegen. Die Vorstellung, dass man ein getrenntes Deutschland behalten sollte, war für mich ungeheuer schmerzlich. Der andere Motivationsstrang war die Sorge vor Aufrüstung und dem, was darauf folgt.«⁹³ Nach Gründung der zwei Kreisverbände konstituierte sich der Bremer Landesverband der GVP.⁹⁴ Vorsitzender wurde Conrad Ordemann, der »trotz unendlicher Bauchschmerzen« bereit war, »das Aushängeschild zu geben.«⁹⁵ Unter dem Vorsitz des Lehrers und späteren Heimatforschers Harry Gabcke, den Heinemann bereits zu Jahresbeginn ermuntert hatte, »nun lebhaft an die Arbeit zu gehen [...] und eine tüchtige Gruppe zustande zu bringen«⁹⁶, wurde am 2. März 1953 in der Gaststätte ›Columbus‹ in Lehe der GVP-Kreisverband Bremerhaven gegründet.⁹⁷

In einem Werbeschreiben⁹⁸ unterstrich die Bremer GVP-Führung, dass die überparteilich angelegte Notgemeinschaft für den Frieden Europas »politisch nicht aktiv in den Ablauf der Dinge eingreifen« konnte und ihre Verantwortlichen »keinen anderen Weg« sahen, »als eine Partei zu gründen.« Die Gesamtdeutsche Volkspartei wende sich »gegen die unglückselige Politik, die bestehenden Gegensätze zwischen Ost und West täglich zu verschärfen«, und wolle »ihre Entscheidung frei von kommunistischen und amerikanischen Einflüssen auf Deutschland treffen.« Daher sei »für kommunistisch eingestellte Personen und Gruppen [...] in der GVP kein Raum.«⁹⁹ Die GVP in Bremen war sehr darauf bedacht, dem Vorwurf des politischen Gegners entgegenzutreten, sie sei eine kommunistische Tarnorganisation. Ordemann hatte bereits in der Gründungsphase des Landesverbandes gegenüber Helene Wessel betont, potentielle Mitstreiter hätten »in jeder Hinsicht ›sauber‹ zu sein. »Wir müssen uns auf diejenigen, die sich bereit erklären aktiv

92 Interview mit Gottfried Gurland aus dem Fernsehbeitrag ›Jahrhundertgeschichte Gesamtdeutsche Volkspartei‹ in der Lokalzeit Bergisch Land vom 7. 12. 1999; Archiv des Westdeutschen Rundfunks, Köln, Nr. 0285407.

93 So Klischies in einem Gespräch mit Christoph Butterwegge am 29. 8. 1988; zit. nach: Butterwegge, Friedenspolitik in Bremen (wie Anm. 51), S. 106.

94 Protokoll der Mitgliederversammlung der Gesamtdeutschen Volkspartei, Landesverband Bremen, 27. 2. 1953; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

95 So die rückblickende Einschätzung von Klischies, Die GVP (wie Anm. 2), S. 129. In den geschäftsführenden Vorstand wurden darüber hinaus Klaus Gätjen, Gottfried Gurland, Anneliese Tegtmeier und Harry Gabcke (Bremerhaven) gewählt.

96 Gustav Heinemann an Harry Gabcke, 19. 1. 1953; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

97 Protokoll über die Gründungsversammlung des Kreisverbandes Bremerhaven der Gesamtdeutschen Volkspartei am 2. 3. 1953; ebd.

98 Die Ausarbeitung stammte von Waldemar Klischies und Klaus Gätjen. Entwurf des Schreibens [o. D.]; ebd.

99 »Gesamtdeutsche Volkspartei – Landesverband Bremen, im Februar 1953«. Gedrucktes Werbeschreiben; ebd.

mitzuarbeiten, fest verlassen können.«¹⁰⁰ Da der Gründerzirkel den Beschluss gefasst hatte, »das Amt für Verfassungsschutz von der zu bildenden Organisation zu benachrichtigen«¹⁰¹, übernahmen Conrad Ordemann, Gottfried Gurland und Karl Tegtmeier die Aufgabe, »für eine ›staatstreue‹ Gründung der Partei in Bremen«¹⁰² zu sorgen. In einer gemeinsamen Vereinbarung mit dem Landesamt für Verfassungsschutz über eine »vertrauensvolle Zusammenarbeit« wurde festgehalten, dass die GVP das Amt laufend über ihre Tätigkeit unterrichtet sowie »Kenntnis von Personen und Vorgängen, die uns verdächtig erscheinen«, übermittelt. Das Landesamt wiederum war bereit, die Partei darüber aufzuklären, »ob gewisse Organisationen oder Personen kommunistisch verdächtig sind.«¹⁰³

Nach den Erinnerungen von Landesgeschäftsführer Klischies hat es »die in Aussicht genommenen Kontakte zwischen Verfassungsschutz und GVP [...] nicht gegeben.«¹⁰⁴ Von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit – so betont er – könne deshalb keine Rede sein. »Ständiges Thema unter denen, die aktiv in der GVP arbeiteten war demgegenüber die Frage: Wer ist unter den anwesenden Aktiven der V-Mann? Dass es einen gab, galt als sicher.«¹⁰⁵ Ob es – wie etwa auf Bundesebene und in anderen Bundesländern – auch in Bremen eine Überwachung der Gesamtdeutschen Volkspartei durch den Verfassungsschutz gegeben hat, lässt sich nicht mehr belegen¹⁰⁶, ist aber sehr wahrscheinlich. Klischies bemerkt rückblickend, das Landesamt für Verfassungsschutz habe »die politische Arbeit der GVP nicht beeinträchtigt.«¹⁰⁷

In Bremen wurde der Bundestagswahlkampf für die GVP Ende April 1953 mit einem Streitgespräch zwischen Gustav Heinemann und dem Bremer CDU-Bundestagsabgeordneten Ernst Müller-Hermann im Rathaussaal eingeläutet. Veranstalter war die ›Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise‹ (ADK), eine bundesweit agierende Organisation für politische Öffentlichkeitsarbeit. Zweck der 1951 von Adenauers Staatssekretär Otto Lenz ins Leben gerufenen ADK¹⁰⁸, war es letztlich, hinter der »Maske der staatsbürgerlichen Aufklärungsarbeit [...] die Politik des Bundeskanzlers jenseits des offenen Parteienwettbewerbes

100 Conrad Ordemann an Helene Wessel, 20. 1. 1953; AdsD NL Wessel, Nr. 227 I.

101 Protokoll der Arbeitsbesprechung des GVP-Gründungskreises in Bremen, 26. 1. 1953; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

102 So Waldemar Klischies, Die GVP (wie Anm. 2), S. 129.

103 »Niederschrift. Betr.: Gesamtdeutsche Volkspartei«, 3. 3. 1953; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

104 Waldemar Klischies an den Verfasser, Brief vom 1. 2. 2006.

105 Waldemar Klischies, Die GVP (wie Anm. 2), S. 130.

106 In einem Schreiben des Senators für Inneres vom 17. 9. 2009 wurde dem Verfasser mitgeteilt, die durchgeführte Recherche habe leider ergeben, dass weder beim Landesamt für Verfassungsschutz noch beim Senator für Inneres und Sport Unterlagen über die Gesamtdeutsche Volkspartei vorhanden seien.

107 Waldemar Klischies an den Verfasser, Brief vom 1. 2. 2006.

108 Siehe: Michael Kunczik, Verdeckte Öffentlichkeitsarbeit unter Adenauer: Die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Massenmedien und Zeitgeschichte, Konstanz 1999, S. 381–394; Stefan Stosch, Die Adenauer-Legion. Geheimauftrag Wiederbewaffnung, Konstanz 1994.

zu propagieren.«¹⁰⁹ Die ADK, deren Tätigkeit ohne parlamentarische Kontrolle mit verdeckten Mitteln aus dem Kanzleramt finanziert und vom Bundespresseamt koordiniert wurde, diente insbesondere dazu, diejenigen Kreise für den Adenauer-Kurs zu gewinnen, die durch ihre Ablehnung einer Wiederbewaffnung und den Wunsch nach rascher nationaler Einheit auf Distanz zu CDU geblieben waren.¹¹⁰ ADK-Geschäftsführer Hans Edgar Jahn hatte Adenauers Staatssekretär Lenz bereits unmittelbar nach Gründung der Notgemeinschaft für den Frieden Europas wissen lassen, man solle »die Aktion Heinemann-Wessel [...] nicht auf die leichte Schulter nehmen«, weil dadurch »das Vertrauen zu den demokratischen, staatstragenden Kräften weitgehend untergraben« werde.¹¹¹

Trotz Bedenken im Bremer GVP-Landesverband, dass Heinemann »natürlich der Saalfüller für die ADK« sei und ihr somit »ungewollt Auftrieb« geben würde¹¹², sagte man den Veranstaltern zu. Im überfüllten Bremer Rathaussaal nannte Müller-Hermann den politischen Weg Heinemanns eine Illusion, weil weder die Westmächte noch die Sowjetunion die echte Neutralisierung Deutschlands wollten. Er setzte den GVP-Vorschlägen den politischen Kurs der Bundesregierung entgegen, die aus der wachsenden Stärke des Westens heraus eine Verhandlungsbereitschaft des Ostens suche und dabei die Bundesrepublik durch das Vertragswerk in eine günstigere Verhandlungsposition bringen wolle. Heinemann wiederum nannte es eine Illusion zu glauben, die UdSSR werde die DDR, ihr deutsches Faustpfand, im Zuge von Verhandlungen aufgeben, wenn sie damit rechnen müsse, dass dieses Gebiet zur Aufrüstung gegen den Osten genutzt würde. Solange man die militärische Eingliederung eines wiedervereinigten Deutschlands in den Westen fordere, werde es keine Wiedervereinigung geben. Die einzige Schlussfolgerung könne nur sein, dass die deutsche Einheit lediglich außerhalb der großen Machtblöcke möglich sein werde. Heinemann empfahl daher die Ausklammerung des wiedervereinigten Deutschlands unter gewissen Garantien des Westens und der Vereinten Nationen. Rudolf Dahmen, der politische Korrespondent des Bremer Weser-Kuriers, bemerkte: »Die Ausführungen beider Redner [...] fanden in der Zuhörerschaft, die – was die Stärke des Beifalls anging – wohl überwiegend auf Seiten Heinemanns stand, starken Anklang, der sich zum Teil in massierten Zwischenrufen, zum Teil in lebhaftem Beifall Luft verschaffte.«¹¹³ Trotz dieses positiven Signals waren die Sorgen der jungen Gesamtdeutschen Volkspartei im Wahljahr nicht geringer geworden.

109 Bert-Oliver Manig, *Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik*, Göttingen 2004, S. 489 f.

110 Jörg Echternkamp, *Soldaten im Nachkrieg. Historische Deutungskonflikte und westdeutsche Demokratisierung 1945–1955* (Beiträge zu Militärgeschichte, Bd. 76), München 2014, S. 349.

111 Hans Edgar Jahn an Otto Lenz, 16. 1. 1952; BArch Bestand Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145/1030, o. Bl.

112 Conrad Ordemann an Gustav Heinemann, 10. 3. 1953; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

113 »Streitgespräche um die deutsche Einheit«, in: *Weser Kurier*, 29. 4. 1953.

Die GVP auf der Suche nach Bündnispartnern

Aufgrund der bevorstehenden Bundestagswahl befand sich die Gesamtdeutsche Volkspartei hinsichtlich ihres organisatorischen Aufbaus in großer Zeitnot. Anfang März 1953 hatten sich in den 242 Bundeswahlkreisen erst 61 Kreisverbände gebildet. In 84 Wahlkreisen waren einzelne Mitglieder mit dem Aufbau von Parteistrukturen befasst und in 97 Wahlkreisen hatte die GVP »überhaupt noch nicht Fuß gefasst.«¹¹⁴ Da sich zudem bereits eine Verschärfung des Wahlgesetzes durch die Einführung einer generellen Fünfprozent-Klausel für den Parlamentseinzug abzeichnete, war die GVP schon unmittelbar nach ihrer Gründung bestrebt, politisch gleichgesinnte Gruppierungen zu einem Wahlbündnis zu bewegen, gleichwohl Heinemann betonte, die Gesamtdeutsche Volkspartei werde »auf eigenständige politische Linie entschieden Wert legen.«¹¹⁵

Zu einer ersten bundesweiten Bündniszusammenarbeit kam es im April 1953 mit dem neutralistischen ›Block der Mitte / Freisoziale Union‹ (FSU).¹¹⁶ Aufgrund der weitgehenden Übereinstimmung in der Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik traten Bedenken hinsichtlich unterschiedlicher Ansichten in anderen Bereichen – vor allem in der Wirtschaftspolitik – in den Hintergrund. Das Bündnis sollte nach Ansicht des GVP-Präsidiums dazu dienen, »einer Zersplitterung unter Gruppen vorzubeugen, die im Wesentlichen, zumal in der Außenpolitik, eine gleiche Zielsetzung verfolgen.«¹¹⁷ Die Partei erhielt zwar im ersten Halbjahr 1953 weiteren Zuwachs, aber lediglich aus kleineren bzw. regional verankerten Organisationen¹¹⁸, so dass den GVP-Verantwortlichen durchaus bewusst war, dass diese ersten Wahlbündnisse keineswegs die notwendige Durchschlagskraft bringen würden.

Zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele war die GVP letztlich auf die SPD als größte deutsche Oppositionspartei angewiesen, allerdings hatte sie ein zwiespältiges Verhältnis zur Sozialdemokratie. Man trug ihr nach, die Notgemeinschaft so vehement bekämpft zu haben, und Gustav Heinemann erklärte Ende 1952 nicht ohne Bitterkeit, die SPD habe »manchen Dolchstoß

114 GVP-Bundesgeschäftsstelle an den Landesbeauftragten der GVP in Bremen, o.D. [März 1953]; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

115 Gustav Heinemann an Melitta Wiedemann, 11. 12. 1952 (Kopie); PA Stamm Slg. Arnold Haumann.

116 Siehe: Richard Stöss, Die Freisoziale Union, in: ders. (Hrsg.), Parteien-Handbuch (wie Anm. 2), S. 1397–1423; Alexander Gallus, Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschlands zwischen Ost und West, Düsseldorf 2001, S. 153 ff.

117 GVP-Präsidium an die Mitglieder des GVP-Bundesvorstandes, 13. 4. 1953; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

118 Im Februar 1953 schloss sich die ›Partei der Frauen‹ (PdF) der GVP an. Zudem stießen die Nürnberger Gruppe des ›Evangelischen Volksdienstes‹, der FDP-Kreisverband Viersen sowie die in einigen hessischen Städten aktive ›Nationale Partei Deutschlands‹ geschlossen zur GVP. Vgl.: Treffke, Gustav Heinemann (wie Anm. 67), S. 133; Müller, Gesamtdeutsche Volkspartei (wie Anm. 2), S. 278 f.

in unseren Rücken geführt.«¹¹⁹ Zudem beklagte die GVP-Führung die als inkonsequent empfundene Haltung der Sozialdemokraten in der Deutschland- und Sicherheitsfrage. Heinemann bemerkte, er könne »ihre Opposition gegen Adenauer nicht für echt halten«¹²⁰ und auch Helene Wessel vertrat nach Verabschiedung der Westverträge im Bundestag die Ansicht, die SPD sei »ebenso bereit zu einer Wiederaufrüstung [...] wie Adenauer, nur, dass ihr diese Verträge dafür nicht die nötige Basis« böten.¹²¹

Diese Einschätzung traf durchaus den Kern, denn die von Union und Sozialdemokraten heftig geführten Auseinandersetzungen richteten sich weniger gegen das Ziel als vielmehr gegen die Formen und Methoden einer bundesdeutschen Politik der Westintegration. Der GVP-Führung war allerdings klar, dass sie im Falle eines Erfolgs bei den zweiten Bundestagswahlen nur mit der SPD koalieren konnte und nicht wenige favorisierten ein enges Zusammenwirken mit den Sozialdemokraten. Erhard Eppler etwa hatte Heinemann bereits vor Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei darauf aufmerksam gemacht, dass »ein Burgfrieden mit der SPD [...] vermittelt werden« müsse.¹²²

Im Vorfeld der Bundestagswahl versuchten Gustav Heinemann und Helene Wessel, eine Wahlabsprache mit der SPD-Führung zu treffen. Die Sozialdemokraten sollten in einem für die GVP aussichtsreichen Wahlkreis auf ihren Kandidaten zugunsten eines Vertreters der Gesamtdeutschen Volkspartei verzichten. Auch außerhalb der GVP gab es Versuche, die SPD für einen solchen Plan zu gewinnen. »Damit [...] im Herbst eine linke Koalition möglich wird« – so ließ etwa der Publizist Kurt Hiller den sozialdemokratischen Bremer Innensenator Adolf Ehlers wissen – »sollte die SPD [...] den Heinemannern einen für diese aussichtsreichen Wahlkreis einräumen, d. h. dort keinen eigenen Kandidaten aufstellen.«¹²³ In Bremen machten sich die GVP-Verantwortlichen Gedanken, ob man für eine solche Kandidatur Karl Stoevesandt gewinnen könnte.¹²⁴ Bereits zu Beginn des Jahres 1953 hatte Conrad Ordemann den in der Hansestadt bekannten Arzt und aktiven Protestanten gefragt, ob er bereit wäre, im Landesvorstand der neugegründeten Partei mitzuarbeiten. Ordemann teilte Stoevesandt vertraulich mit, man benötige seinen Rat und erklärte unumwunden: »Wir brauchen sehr dringend [...] Deinen in Bremen sehr hochgeschätzten Namen – es ist ja nun einmal so in Bremen! –

119 »Gustav Heinemann geht einen schweren Gang«, in: Süddeutsche Zeitung, 4. 11. 1952; Pressedokumentation des Deutschen Bundestages, Berlin, Personenordner ›Gustav Heinemann‹.

120 Gustav Heinemann an Herrn Th. Winter, 28. 11. 1952 (Kopie); PA Stamm Slg. Arnold Haumann.

121 Helene Wessel an Max Stierwald, 21. 3. 1953; AdsD NL Max Stierwald, Nr. 5.

122 Erhard Eppler an Gustav Heinemann, 30. 7. 1952, AdsD Depositum Eppler, Nr. 6.

123 Kurt Hiller an Adolf Ehlers, 24. 7. 1953; StAB 7,144 - 3.

124 Diether Koch etwa bemühte sich über den ihm gut bekannten Hinrich Stoevesandt auf dessen Vater Karl »Einfluss zu nehmen« und ihn von einer seitens der Sozialdemokraten möglicherweise mitgetragenen Kandidatur zu überzeugen. Diether Koch an den Verfasser. Brief vom 12. 1. 2009.

um auch ›gesellschaftsfähig‹ dazustehen.«¹²⁵ Karl Stoevesandt erklärte sich zwar bereit, das im Februar 1953 veröffentlichte erste Werbeschreiben des Bremer GVP-Landesverbandes mitzuunterzeichnen, eine Tätigkeit im Vorstand der Partei lehnte er jedoch wegen Arbeitsüberlastung ebenso ab, wie eine mögliche Kandidatur zur Bundestagswahl.

Die SPD rückte jedoch von ihrem »Grundsatz, den Wahlkampf unabhängig zu führen« nicht ab, wie der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer vor dem Parteivorstand betonte.¹²⁶ Eine Zusammenarbeit im Sinne der GVP lehnte die Sozialdemokratische Partei somit kategorisch ab, so dass es auch in Bremen nicht zu Gesprächen zwischen beiden Landesverbänden kam.¹²⁷ Die Gesamtdeutsche Volkspartei war dennoch bemüht, ihre Gespräche um Wahlunterstützung mit anderen politischen Gruppen fortsetzen. Kontakte unterhielt sie zu diesem Zeitpunkt bereits zum ›Bund der Deutschen‹ (BdD).

Das Wahlabkommen mit dem Bund der Deutschen (BdD) und die Bundestagswahl 1953

Der am 10. Mai 1953 gegründete Bund der Deutschen, deren Vorsitzende der ehemalige Reichskanzler Joseph Wirth und der erste Mönchengladbacher Nachkriegs-Oberbürgermeister Wilhelm Elfes waren, ging auf die Ende Juni 1952 ins Leben gerufene ›Deutsche Sammlung‹ zurück, in der sich Gruppierungen zusammenfanden, die – analog zur Notgemeinschaft – den Westintegrationskurs Adenauers strikt ablehnten und für gesamtdeutsche Gespräche eintraten. Die politischen Vorstellungen und Lösungsansätze der Deutschen Sammlung ließen jedoch im Unterschied zur Heinemann/Wessel-Bewegung eine kritische Distanz zu den Positionen der Verantwortlichen in der DDR vermissen. Da eine grundsätzliche Zusammenarbeit mit Kommunisten aufgrund der propagierten Verständigungsbemühungen zwischen Ost und West ausdrücklich befürwortet wurde, war nur wenigen Aktivisten bekannt, dass der organisatorische Zusammenschluss zur Deutschen Sammlung auf Weisung des SED-Politbüros erfolgt und maßgeblich von Kadern der Kommunistischen Partei Deutschlands vorbereitet worden war.¹²⁸ Die KPD ließ keinen Zweifel daran, wer in dieser Sammlung das Sagen haben sollte. Der Bremer KPD-Landessekretär Ulrich Konezka betonte in einer internen Sitzung seiner Partei, die »Führung dieser patriotischen Bewegung im Land«

125 Conrad Ordemann an Karl Stoevesandt, 24. 1. 1953; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

126 Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes der SPD, 29. 6. 1953; AdsD Bestand SPD-Parteivorstand, Sitzungsprotokolle.

127 »GVP nicht mit SPD«, in: Weser-Kurier, 8. 7. 1953, S. 1.

128 Christoph Stamm, Der ›Bund der Deutschen – Partei für Einheit, Frieden und Freiheit‹ (BdD). Entstehung und Entwicklung einer ›bürgerlich-neutralistischen‹ Oppositionsgruppierung, Magisterarbeit, Bonn 1999, S. 37 ff.; Michael Werner, Die »Ohne mich«-Bewegung. Die bundesdeutsche Friedensbewegung im deutsch-deutschen Kalten Krieg (1949–1955), Münster 2006, S. 379 ff.

müsse, »in den Händen des Sekretariats liegen.«¹²⁹ Gleichwohl es zu Beginn des Jahres 1953 in den Reihen der Deutschen Sammlung Stimmen gab, die angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen eine wahlpolitische Alternative präsentieren wollten, entstammten auch die wesentlichen Impulse zur Parteigründung dem taktischen Kalkül der SED-Führung. Seit Anfang März beschäftigte sich das Politbüro in Ost-Berlin mit dem Vorgehen der Deutschen Sammlung bei der Bundestagswahl und fasste am 14. April den Beschluss zur Umwandlung der Sammlungsbewegung in eine politische Partei.¹³⁰ In seiner Gründungsproklamation formulierte der Bund der Deutschen folgende Programmpunkte: Verständigung zwischen den Deutschen in West und Ost sowie zwischen den vier Mächten unter Einbeziehung Deutschlands, Nichtigkeitserklärung der Westverträge, Abschluss eines Friedensvertrages, Abzug aller Besatzungstruppen und Aufhebung aller Handelssperren.¹³¹

Auch wenn den Verantwortlichen der GVP die tatsächlichen kommunistischen Abhängigkeiten der Deutschen Sammlung und des BdD nicht bekannt waren, schienen die Verdachtsmomente auszureichen, um zunächst eine kritische Distanz zu wahren. Helene Wessel hatte trotz persönlicher Bekanntschaft zu den vormals prominenten Zentrumspolitikern Wirth und Elfes bereits im Sommer 1952 ein Zusammenwirken der Notgemeinschaft mit der Deutschen Sammlung abgelehnt.¹³² Der Bremer GVP-Landesvorsitzende begründete die »argwöhnische Haltung« seiner Partei gegenüber der Wirth/Elfes-Gruppierung mit dem Hinweis, dass »die Deutsche Sammlung in der DDR eine so bereitwillige Presse« finde. Im Gegensatz dazu hätten bislang weder die Regierung der DDR noch die der Bundesrepublik »unseren Weg in die Aktivität mit Beifallklatschen begleitet. Das ist gut so und mag so bleiben.«¹³³ Aufgrund ihrer strikten Abgrenzung gegenüber kommunistischen Einflüssen standen die Verantwortlichen in Ost-Berlin der Gesamtdeutschen Volkspartei äußerst kritisch gegenüber. Im SED-Zentralorgan hieß es sogar, die GVP sei »ein totgeborenes Kind«, betreibe »objektiv die Spaltung der patriotischen Kräfte« und leiste »damit Adenauer und seinen Plänen Vorschub.«¹³⁴ Angesichts dieser Einschätzung aus der DDR war die Behauptung der bundesdeutschen Unionsparteien, »die Heinemann-Wessel-Partei« könne

129 Protokoll der Sekretariatssitzung der KPD-Landesleitung Bremen, 19. 6. 1952; BArch BY 1/862, Bl. 310.

130 Stamm, Der Bund der Deutschen (wie Anm. 128), S. 58 f. Siehe auch: Michael Lemke, Die infiltrierte Sammlung. Ziele, Methoden und Instrumente der SED zur Formierung einer bürgerlichen Opposition in der Bundesrepublik 1949–1957, in: Tilman Mayer (Hrsg.), Macht das Tor auf. Jakob Kaiser-Studien, Berlin 1996, S. 214 ff.

131 Proklamation, hrsg. vom Bund der Deutschen – Partei für Einheit, Frieden und Freiheit, 10. 5. 1953 (Flugschrift) S. 3; PA Stamm Slg. »Bund der Deutschen« (BdD).

132 Friese, Helene Wessel (wie Anm. 9), S. 237.

133 Conrad Ordemann an Walter Degenkolbe, o.D. [März 1953]; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen

134 »Eine notwendige Bemerkung zur Politik Dr. Heinemanns und seiner Gesinnungsfreunde«, in: Neues Deutschland, 22. 3. 1953, S. 2.

»sich nicht über Mangel an Zustimmung aus dem Osten beklagen«¹³⁵ reichlich verwegen. (Abb. 3)

Es deutete sich somit frühzeitig an, dass die GVP im Wahljahr keinen leichten Stand hatte. »Dass die Sache derart schwierig würde« – so der Landesvorsitzende Ordemann in einer vertraulichen Mitteilung an Präsidiumsmitglied Scheu – »habe selbst ich nicht angenommen. Wir haben uns alle in einen Wahn gewiegt, als warte man nur auf uns. Weit gefehlt: Die Indolenz ist viel weiter verbreitet, als man ahnen konnte.«¹³⁶

Die fortbestehenden organisatorischen Schwierigkeiten und fehlenden finanziellen Ressourcen der Gesamtdeutschen Volkspartei sowie ihre bislang erfolglos verlaufende Suche nach schlagkräftigen Bündnispartnern führte letztlich zu Sondierungen mit dem Bund der Deutschen. Vorbehalte gab es auf beiden Seiten. GVP-Bundesgeschäftsführer Hans Bodensteiner vermutete nach Gründung des BdD, die KPD wolle entweder aufgrund geringer Erfolgsaussichten nicht eigenständig an der Bundestagswahl teilnehmen und hoffe, »über Herrn Wirths neue Partei das Rennen [zu] machen« oder aber sie rechne mit ihrem Verbot und beabsichtige dann, den Bund der Deutschen »als Ersatzorganisation zu benutzen.«¹³⁷ Im Wahlprogramm des BdD hieß es wiederum, die GVP verneine die vorrangige Notwendigkeit der innerdeutschen Verständigung und beziehe »eine einseitige und feindselige Haltung gegen den Osten.«¹³⁸ Auf dem ersten Bundesparteitag des BdD erklärte der Vorsitzende Wilhelm Elfes, Heinemann sei »im Kommunistenschreck befangen.«¹³⁹

Für die GVP war es eine schwierige Entscheidung, ob sie im Sinne eines übergeordneten Wahlziels – die Ablösung der Regierung Adenauer – mit dem »nach links profilierten«¹⁴⁰ Bund der Deutschen zusammenarbeiten solle. Von manchen GVP-Mitgliedern wurde die Parteiführung aufgefordert, »ein zweckdienliches Verhältnis« zum BdD zu finden, um die »Voraussetzungen erfolgreicher Zusammenarbeit zu schaffen«¹⁴¹ und darüber hinaus keinen »Kommunisten-Komplex« [zu] pflegen, der in so lächerlicher Weise« wirke.¹⁴² Vor allem das kurz vor der parlamentarischen Verabschiedung stehende neue Wahlgesetz, welches neben der Festlegung der 5 %-Klausel auf das gesamte Bundesgebiet für den Parlamentseinzug die Erfordernis von

135 »Werbung für Dr. Wirth«, in: Deutschland Union Dienst, 20. 3. 1953.

136 Conrad Ordemann an Adolf Scheu, 22. 5. 1953; AdsD NL Scheu, Nr. 101.

137 Hans Bodensteiner an Franz Krenzer, 29. 5. 1953 (Kopie); PA Stamm Slg. Arnold Haumann.

138 Bund der Deutschen. Wahlprogramm und Satzungen [1953]; PA Stamm Slg. BdD.

139 Stenographisches Protokoll des 1. Parteitages des Bundes der Deutschen, 7. 6. 1953 in Köln, S. 27; BArch NL Josef Weber, N 1434/46, o. Bl.

140 Ulrike Hörster-Philipps, Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie. Paderborn u. a. 1998, S. 805.

141 Paul Debes und Nikolaus Koch an Gustav Heinemann, 5. 5. 1953; AdsD NL Scheu, Nr. 375.

142 Emma Schubmehl an Helene Wessel, 31. 5. 1953; AdsD NL Wessel, Nr. 233 II.

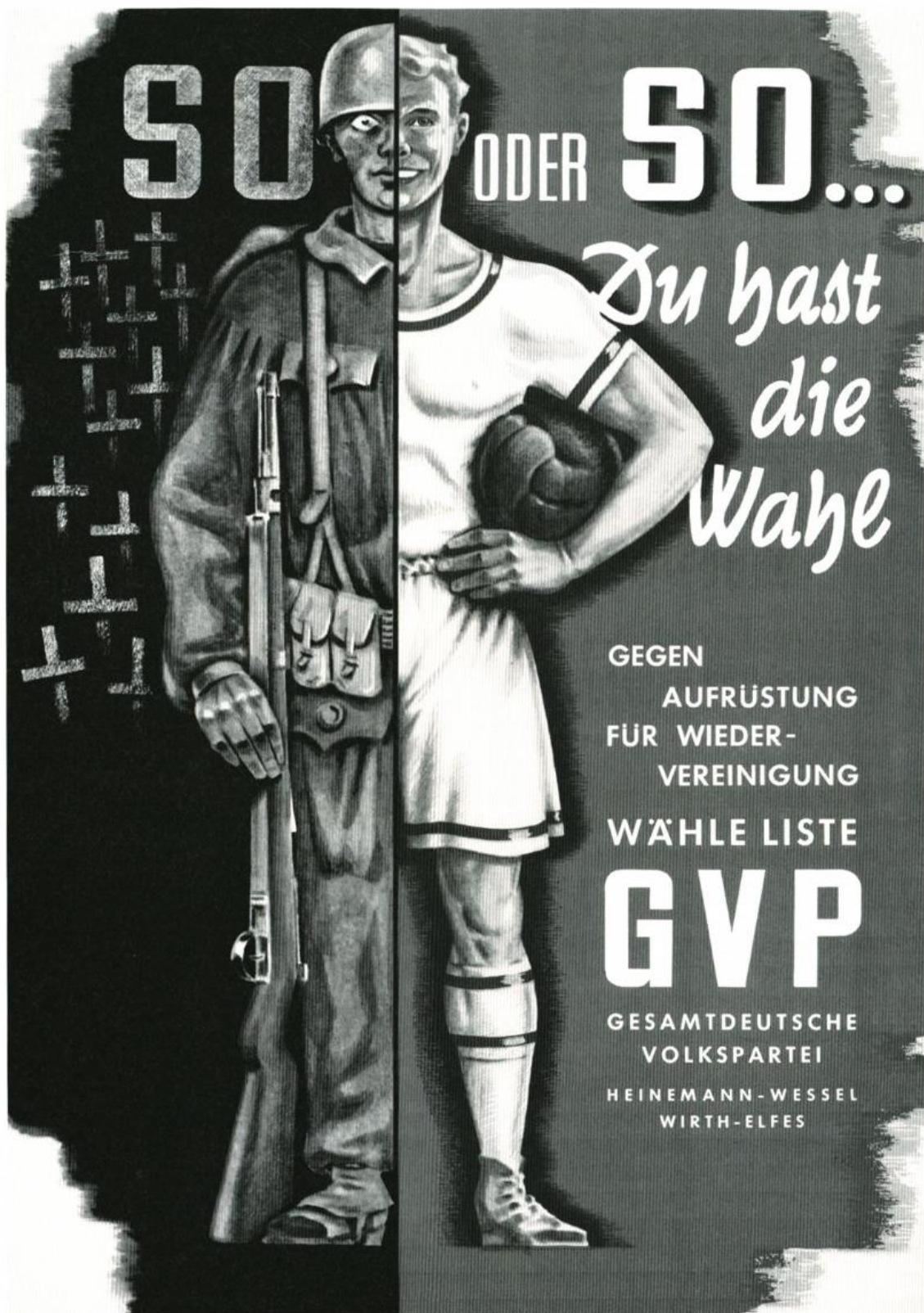


Abb. 3: GVP-Plakat zur Bundestagswahl 1953. StAB 9, P (1953) / Fb 740-1073

500 Unterschriften pro Wahlkreis für die Teilnahme neuer Parteien enthielt¹⁴³, beschleunigte letztlich die Annäherung von GVP und BdD.

Die Verhandlungsbemühungen beider Parteien wurden zudem durch einen äußeren Impuls des bei den Wiederbewaffnungsgegnern hoch angesehenen hessischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller gefördert, der am 15. Juli 1953 die Regierungspolitik öffentlich kritisierte und zum Zusammenschluss aller oppositionellen Kreise aufrief. Er forderte, »dass sich die verschiedenen politischen Gruppen zusammenfinden, die ohne einseitige – wirtschaftliche oder militärische – Bindung nach West und Ost eine deutsche Politik der Wiedervereinigung und des Friedens zu treiben entschlossen sind.«¹⁴⁴ Ohne konkrete Namen zu nennen, meinte Niemöller vor allem Heinemanns GVP und den BdD. Nach intensiven Verhandlungsrunden¹⁴⁵ beschlossen Delegationen beider Parteien am 19. Juli 1953 in Mannheim eine Wahlvereinbarung, die bewusst auf den Niemöller-Aufruf Bezug nahm und die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von GVP und BdD unterstrich.¹⁴⁶ Die Vereinbarung besagte in ihren Hauptpunkten, dass beide Parteien unter Beibehaltung der organisatorischen Eigenständigkeit den Bundestagswahlkampf unter dem Namen und der Programmatik der Gesamtdeutschen Volkspartei führen. Die Kandidaten des BdD sollten »in Anstrengung der Parität« auf den GVP-Landeslisten aufgestellt werden und mussten in einer Erklärung versichern, sich »jedem kommunistischen Regime in Deutschland« zu widersetzen.¹⁴⁷ Darüber hinaus sicherte der Bund der Deutschen neben organisatorischer Hilfe beim Aufbau von Untergliederungen der GVP auch finanzielle Wahlkampfhilfe zu.¹⁴⁸ Allerdings sollten »keine Gelder verwendet werden, an die irgendwelche politischen Bedingungen oder Bindungen geknüpft« seien.¹⁴⁹

143 Vgl.: Eckhard Jesse, *Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1963*, Düsseldorf 1985, S. 224 f.

144 »An die Deutschen«. Aufruf Martin Niemöllers vom 15. 7. 1953, hrsg. vom Bund der Deutschen und der Gesamtdeutschen Volkspartei (Flugblatt); StAB 7,1076/1–147.

145 Zu den einzelnen Verhandlungsetappen: Müller, *Gesamtdeutsche Volkspartei* (wie Anm. 2), S. 281 ff.; Albert Eßer, *Wilhelm Elfes 1884–1969. Arbeiterführer und Politiker*, Mainz 1990, S. 246 ff.; Hörster-Philipps, *Joseph Wirth* (wie Anm. 140), S. 804 ff.; Stamm, *Der Bund der Deutschen* (wie Anm. 128), S. 68 ff.

146 »Mannheimer Erklärung« der Bundesvorstände der Gesamtdeutschen Volkspartei und des Bundes der Deutschen, 19. 7. 1953; BArch ZSg. 1-9/2 (4). Abgedruckt in: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*, Bd. 2, Berlin 1963, S. 494 f.

147 Vgl.: »Ein Viertel vom Gehalt«, in: *Der Spiegel*, 12. 8. 1953, S. 6. <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/25657330> (Zugriff am 3. 4. 2018).

148 In einem am 4. 8. 1953 vereinbarten Abkommen zwischen beiden Parteien verpflichtete sich der Bund der Deutschen »gemäß Verabredung über die Kostendeckung des Wahlkampfes«, insgesamt 500.000 DM an die GVP zu zahlen; Finanzabkommen zwischen dem BdD und der GVP, 4. 8. 1953; BArch N 1434/96, o. Bl.

149 »Vereinbarung« zwischen dem Bund der Deutschen und der Gesamtdeutschen Volkspartei (Anlage zur Mannheimer Erklärung), 19. 7. 1953; BArch ZSg. 1-9/2 (4).

Am 3. August wurde das Bündnis von den zentralen Instanzen beider Parteien für verbindlich erklärt. In einem Aufruf unterstrichen GVP und BdD ihre Entschlossenheit, »im kommenden Bundestag an die Stelle der bisherigen Bonner Lippenbekenntnisse zur deutschen Einheit Taten treten zu lassen« und bekräftigten die Notwendigkeit einer »Verständigung der Deutschen in Ost und West.«¹⁵⁰

Die SED-Führung hatte noch nach Gründung des Bundes der Deutschen die Direktive ausgegeben, dass dieser sich »von der Heinemann-Partei [...] abgrenzen« müsse¹⁵¹, da sie fürchtete, die GVP könne zu starken antikommunistischen Einfluss auf die Wirth/Elfes-Partei ausüben. Um die Erfolgsaussichten des BdD bei einem Scheitern der Bündnisverhandlungen offenbar besorgt, konzidierten die Verantwortlichen in Ost-Berlin unmittelbar vor dem Abschluss der Wahlabsprache »als letzte Möglichkeit eine[r] Verständigung« schließlich sogar »den Zusammenschluss unter dem Namen GVP.«¹⁵² Die Bremer KPD-Führung bezeichnete das Wahlabkommen als »Vernunfttehe.«¹⁵³

Innerhalb der Gesamtdeutschen Volkspartei stieß das Wahlbündnis auf vielfache Kritik. Nicht wenige Mitglieder waren »entsetzt«¹⁵⁴ und sahen darin ein Überhandnehmen taktischer Erwägungen. Trotz der Wahlkampfführung unter dem eigenen Parteinamen und mit den eigenen programmatischen Kernpunkten vertraten zahlreiche Mitglieder die Einschätzungen der jungen GVP-Politiker Johannes Rau und Erhard Eppler, dass ihre Partei durch das Zusammengehen mit dem Bund der Deutschen »ihren untadeligen Schild« verloren habe¹⁵⁵ und »in Teufels Küche« gerate.¹⁵⁶ Für die beginnende intensive Wahlkampfphase sollte sich das Wahlbündnis für die Gesamtdeutsche Volkspartei als große Belastung erweisen.

Im Bremer Landesverband führte es in jedem Fall zu einer Krise. Ein Teil der Mitglieder lehnte die Zusammenarbeit mit der Wirth/Elfes-Gruppierung kategorisch ab und trat sogar aus der Partei aus. Der Kirchenjurist Walter Bornemann etwa hielt den BdD »nicht für einen bündnisfähigen Partner« und vertrat die Ansicht, dass die zur Wahlabsprache geführte »opportunistische

150 »Aufruf an die deutschen Wähler!«, hrsg. von GVP-Generalsekretär Hans Bodensteiner; StAB 9, F-547.

151 Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 26. 5. 1953; BArch DY 30 JIV 2/2/282, Bl. 2.

152 Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 18. 7. 1953; BArch DY 30 JIV 2/2/307, Bl. 3.

153 Protokoll der Landes-Sekretariatssitzung der KPD in Bremen, 18. 8. 1953; BArch BY 1/863, Bl. 162.

154 So Erhard Eppler in seinem rückblickenden Urteil, zit. nach: Erhard Eppler, Links leben. Erinnerungen eines Wertkonservativen, Berlin 2015, S. 86. Er habe damals »nicht widersprechen« können, »wenn man den BdD eine kommunistische Tarnorganisation nannte.« Erhard Eppler an den Verfasser, Brief vom 22. 3. 2002.

155 So Johannes Rau auf dem Parteitag des GVP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, 2. 8. 1953 in Herne, zit. nach: »GVP-Parteitag – Einige Diskussionsbeiträge«, S. 1; AdsD Depositum Alfred Willems, Nr. 11.

156 Erhard Eppler an Helene Wessel, 14. 8. 1953; AdsD NL Wessel, Nr. 233 I.

Anwendung die so unerlässliche Widerstandskraft gegenüber den Kräften schwächen« werde, von denen sich die GVP »bisher mit guten Gründen so deutlich distanziert hatte.« Sie werde zudem »mit dem Verlust des unersetzlichen Kreditwertes in urteilsfähigen Kreisen, dessen Reichweite [Heinemann] offenbar unterschätzt, viel zu teuer bezahlt.«¹⁵⁷ Auch Klaus Gätjen, ein besonderer Aktivposten in der Bremer GVP, verließ die Partei. Heinemann versuchte ihn in einem persönlichen Brief zur Umkehr zu bewegen und erklärte, auch ihm wäre es »lieber gewesen, wenn wir den Weg ohne den BdD hätten fortsetzen können.« Es werde nun darauf ankommen, »dass wir zunächst mit diesen Leuten den Ton und die Art des politischen Kampfes exerzieren, die wir uns insgesamt wünschen.« Heinemann bedauerte, dass Gätjen durch seinen Austritt die Möglichkeit derer schwäche, »die nun gerade auch unter erschwerten Umständen« den alten Kurs der GVP fortführen möchten und bat ihn – letztlich vergebens – um Überprüfung seines Entschlusses.¹⁵⁸ Der Bremer ADK-Sprecher und CDU-Politiker Friedrich Carl Marwede vermutete, dass »weitere Austritte« im GVP-Landesverband »zu erwarten« seien.¹⁵⁹ Conrad Ordemann beklagte sich darüber, dass die Parteiführung die GVP »so kurz vor unserer entscheidenden Aktivität einer solchen Zerreißprobe unterzogen« habe. »Ich bin hier eigentlich lahmgelegt« – wie er dem jungen Bundesvorstandsmitglied und erklärtem Bündnisgegner Erhard Eppler mitteilte –, »da ich jetzt ohne aktionsfähigen Geschäftsführenden Vorstand bin, weil die tüchtigsten und juristischen Herren aufgrund des beschlossenen Kurses bei uns ausgeschieden sind.«¹⁶⁰

Nach dem Bündnisabschluss auf Bundesebene berieten die Mitglieder der Bremer GVP Anfang August in einer »dramatischen Versammlung«¹⁶¹ im Gemeindesaal der Stephani-Gemeinde über die Zusammenarbeit mit dem BdD. Pastor Friedrich Gerlach gelang es letztlich, die noch verbliebenen aktiven Mitglieder des Landesverbandes mit dem Hinweis zu beruhigen, man sollte, da bis zur Wahl ohnehin nichts anderes übrig bleibe, aufgrund der »wenigen Kommunisten« im BdD, »die keinen bestimmenden Einfluss« auf die Tätigkeit der GVP nehmen könnten, die Parteiarbeit fortführen.¹⁶² Die Erklärungen der BdD-Vertreter über ihre üppigen finanziellen Möglichkeiten wurden seitens der GVP nicht ernst genommen. Der damalige Landesgeschäftsführer Waldemar Klischies erklärte rückblickend: »Einmal hatte ich ein Treffen mit einem BdD-Funktionär in einer Kneipe. Ich habe ihn eindringlich danach gefragt, woher sie das Geld hätten. Er hat mir dann die Geschichte von den Kaufleuten aus Bremerhaven erzählt, die sich einen intensiven Osthandel

157 Walter Bornemann an Conrad Ordemann [Ende Juli 1953]; PA Diether Koch, Bremen, Ordner GVP 1952–1957.

158 Gustav Heinemann an Klaus Gätjen, 27. 7. 1953; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

159 Friedrich Carl Marwede an Hans-Edgar Jahn, 27. 7. 1953; Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP) Bestand Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, 06-025/076/1.

160 Conrad Ordemann an Erhard Eppler, 23. 7. 1953; AdsD Depositum Eppler, Nr. 8.

161 Klischies, Die GVP (wie Anm. 2), S. 130.

162 Ebd., S. 131.

erhofften, wenn der BdD politischen Einfluss gewönne. Geglaubt hat das niemand von uns.«¹⁶³ Eine »wirkliche Zusammenarbeit mit dem BdD« habe es nicht gegeben¹⁶⁴, der gemeinsame Wahlkampf sei vielmehr »durch Misstrauen gekennzeichnet«¹⁶⁵ gewesen. »Ich erinnere mich allerdings daran« – so Klischies –, »dass wir vom BdD ein Fahrzeug erhielten, mit dem wir Fahrten durch die Stadt machen konnten und meine Frau mit dem Lautsprecher rief: ›Mit Rüstung fängt ein Krieg stets an, wer Frieden will, wählt Heinemann!‹«¹⁶⁶

Der stellvertretende Landesvorsitzende Gottfried Gurland informierte die Bonner Bundesgeschäftsstelle Ende August 1953, dass der BdD »in ausreichendem Maße [...] Propagandamaterial« zur Verfügung stelle, im Übrigen jedoch die GVP und der Bund der Deutschen in Bremen »getrennte Versammlungen« durchführten.¹⁶⁷ Waldemar Klischies fand die Plakate und Flugblätter allerdings »nicht immer sehr glücklich«, da sie »zu antiamerikanisch« seien.¹⁶⁸ Nach der ersten Wahlkundgebung am 3. Juli in der Aula der Hermann-Böse-Schule mit Pastor Friedrich Gerlach¹⁶⁹ folgten weitere 13 Veranstaltungen der Gesamtdeutschen Volkspartei in der Hansestadt, denen nach Berechnungen des SPD-Landesverbandes knapp 2000 Besucher beiwohnten.¹⁷⁰ In den drei Bremer Wahlkreisen kandidierten der Bremerhavener GVP-Kreisvorsitzende Harry Gabcke für Bremen-Ost, der BdD-Vertreter Wilhelm Wirth für den Wahlkreis Bremen-Nord und Margot Gurland für Bremen-West.¹⁷¹ Die erst 27-jährige Margot Gurland bemerkte rückblickend, sie sei damals »als Verlegenheitskandidatin« aufgestellt worden, da die meisten Mitglieder aufgrund ihrer beruflichen Stellung oder ihres kirchlichen Amtes eine Kandidatur abgelehnt hatten.¹⁷² Der außerordentliche GVP-Landesparteitag wählte am 2. August 1953 Gustav Heinemann auf Platz 1 der GVP-Landesliste, den BdD-Vorsitzenden Wilhelm Elfes auf Platz 2¹⁷³ und Harry Gabcke auf Platz 3.¹⁷⁴

163 Waldemar Klischies an den Verfasser, Brief vom 1. 2. 2006.

164 Ebd.

165 Klischies, Die GVP (wie Anm. 2), S. 131.

166 Waldemar Klischies an den Verfasser, Brief vom 1. 2. 2006.

167 Berichte der Landesverbände über die Zusammenarbeit GVP und BdD, 28. 8. 1953; AdsD NL Scheu, Nr. 375.

168 Waldemar Klischies an Diether Koch, 27. 8. 1953; PA Koch, Ordner GVP 1952–1957.

169 »Weg der GVP zur Wiedervereinigung«, in: Weser-Kurier, 4. 7. 1953, S. 10.

170 »Wahlversammlungen zum 6. September 1953«; AdsD SPD-Landesorganisation Bremen, Mappe 96.

171 »Bremer Bundestags-Kandidaten«, in: Weser-Kurier, 2. 9. 1953, S. 9.

172 Margot Gurland an den Verfasser, Postkarte vom 25. 4. 2009.

173 GVP-Landesverband, Gottfried Gurland, an Wilhelm Elfes, 3. 8. 1953; BArch N 1434/93, o. Bl.

174 Auf Platz 4 folgte Alois Kokaly (FSU), auf Platz 5 der Bremer BdD-Landesvorsitzende Paul Günzel, auf Platz 6 und 7 die GVP-Landesvorstandsmitglieder Gottfried Gurland und Pastor Friedrich Gerlach. Statistisches Bundesamt / Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), Die Wahlbewerber für die Wahl zum 2. Deutschen Bundestag, Wiesbaden 1953, S. 59.

Welchen schweren Stand die GVP im Wahlkampf hatte, zeigte eine Kundgebung der Gesamtdeutschen Volkspartei mit dem Bremer Direktkandidaten Harry Gabcke am 5. August in Cuxhaven. Als sich Gabcke kritisch zur Politik Adenauers äußerte, wurde die Kundgebung nach einer knappen halben Stunde polizeilich aufgelöst, der GVP-Politiker verhaftet und auf der Wache durchsucht. Zudem wurden sein Manuskript sowie Klebezettel der GVP-Kundgebung beschlagnahmt.¹⁷⁵ Begründet wurde die Maßnahme damit, dass der Redner »zum Nachteil der Allgemeinheit die Bundesregierung verunglimpft« habe. Auf einem Wahlflugblatt wehrte sich die GVP gegen die Unterdrückung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit und bilanzierte, es sei der Cuxhavener Polizei vorbehalten geblieben, »die erste Dienststelle in der Bundesrepublik zu sein, die eine Versammlung der Partei des ersten Bundesinnenministers auflöste!«¹⁷⁶

Das Medienecho auf den GVP-Wahlkampf, vor allem nach dem Bündnisabschluss mit dem BdD, war weitgehend negativ. Zudem brachten pressewirksame Erklärungen ehemaliger BdD-Funktionäre den Bund der Deutschen und mit ihm die GVP in den Ruf der Osthörigkeit.¹⁷⁷ Gustav Heinemann etwa wurde in seinem Wahlkreis vom Siegener Oberbürgermeister und CDU-Bundesschatzmeister Ernst Bach »zum bezahlten Sprecher Sowjetrusslands« erklärt.¹⁷⁸ In Heinemanns Essener Anwaltskanzlei wurde nach Auskunft seines langjährigen Kollegen und GVP-Mitstreiters Diether Posser »wiederholt [...] die Schelle [...] abgerissen oder mit dem Aufkleber versehen ›Von Moskau bezahlt.«¹⁷⁹ Bei einer am 27. August 1953 stattfindenden Pressekonferenz vor den Bonner Parlamentskorrespondenten schilderten zwei ehemalige SED-Funktionäre aus der Westabteilung des ›Nationalrates der Nationalen Front« und ein ehemaliges BdD-Vorstandsmitglied die Beeinflussung des Bundes der Deutschen durch die SED und KPD.¹⁸⁰ Gleichwohl die Auskünfte dieser ›Überläufer« in vielen Punkten den Tatsachen entsprachen, lässt die Einberufung der Pressekonferenz zehn Tage vor der Wahl vermuten, dass man nicht ausschließlich an der Wahrheitsfindung, sondern primär an einer Diskreditierung des politischen Gegners interessiert war. Gerade in den protestantischen Gebieten gab es in Unionskreisen Sorgen, dass man Wählerstimmen an die Heinemann-Partei verliere. Auch der Bremer ADK-Sprecher Marwede war der Ansicht, dass in der Hansestadt die »GVP gerade für die CDU« durchaus eine »Bedrohung« sei.¹⁸¹ »Es gehört zu den bedauerlichsten

175 Gesamtdeutsche Rundschau, 14. 8. 1953, S. 7.

176 »Polizeistaatmethoden in Cuxhaven«. Flugblatt der GVP [August 1953]; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

177 So etwa der »Offene Brief« von Dr. Dr. Hilarius Rady, 16. 7. 1953; AdsD NL Wesel Nr. 208.

178 Union in Deutschland. Informationsdienst der CDU und CSU, 7. Jg. Nr. 66, 26. 8. 1953, S. 5.

179 Diether Posser, Anwalt im Kalten Krieg. Deutsche Geschichte in politischen Prozessen 1951–1968, Bonn 2000, S. 17.

180 »GVP und BdD werden vom Osten gesteuert«, in: Bremer Nachrichten, 28. 8. 1953, S. 1; »BdD wird vom Osten bezahlt«, in: Weser-Kurier, 28. 8. 1953, S. 1.

181 Friedrich Carl Marwede an Hans-Edgar Jahn, 3. 7. 1953; ACDP 06-025/076/1.

Erscheinungen dieses Wahlkampfes« – so die damalige Beobachtung des stellvertretenden Bremer GVP-Landesvorsitzenden Gottfried Gurland –, »dass [...] die übelsten Lügen und Verleumdungen in die Welt gesetzt werden.«¹⁸² (Abb. 4)

Trotz aller Kritik betonte die GVP-Führung die Notwendigkeit des auch parteiintern umstrittenen Wahlbündnisses. Mit scharfer Formulierung erklärte das Parteipräsidium, »Vorspann der Adenauerschen Rüstungspolitik« sei »wieder einmal eine Mobilisierung des Antikommunismus mit weltanschaulicher, und zwar christlicher, Verbrämung, bis hinein in eine Kreuzzugs- und Erlösungsstimmung«, die sich längst nicht mehr scheue, »jeden des Kommunismus zu verdächtigen, der vor diesem Weg« warne. Es müsse jedoch »einmal eine Bresche in diese so kriegsträchtige Mentalität bürgerlicher Selbstgerechtigkeit geschlagen werden, deren eigentliche Weltanschauung nur aus einem Dreipunkte-Programm« bestehe: »Viel verdienen – Soldaten, die es verteidigen – und Kirchen, die beides segnen.«¹⁸³

Auf Wunsch des GVP-Landesverbandes druckten die Bremer Nachrichten eine Stellungnahme Heinemanns zum Vorwurf der Osthörigkeit seiner Partei. Die GVP sei wegen ihres Eintretens für ein »wiedervereinigtes Deutschland außerhalb der Machtblöcke [...] seit Jahr und Tag immer wieder als kommunistische Handlanger diffamiert worden.« Diejenigen, die diesen Vorwurf äußern, wollten sich einer sachlichen Auseinandersetzung entziehen. »Der Radau um unser Abkommen mit dem BdD« sei »nur ein Manöver, um die



Abb. 4: Plakat der Gesamtdeutschen Volkspartei zur Bundestagswahl 1953. StAB 9, P (1953) / Fb 740-1068

182 Gottfried Gurland an Elisabeth Weisser, 29. 8. 1953; PA Stamm Slg. Gurland.

183 »Mit verstärkter Kraft! Erklärung des GVP-Präsidiums zur Vereinbarung mit dem Bund der Deutschen«, 21. 7. 1953 (Flugschrift); PA Stamm Slg. GVP. Abgedruckt in: Gesamtdeutsche Rundschau, 31. 7. 1953, S. 10.

Wähler von klaren Erkenntnissen abzulenken.« Die GVP habe sich »nicht mit dem BdD verschmolzen« und habe keine BdD-Funktionäre in ihre Organe aufgenommen. Zudem seien die BdD-Kandidaten keine Kommunisten und hätten schriftlich erklärt, dass sie sich jedem kommunistischen System für Deutschland widersetzen. Entscheidend sei jedoch – so Heinemann –, »dass die GVP nach keiner Seite politische Bindungen übernommen« habe.¹⁸⁴

Wie vor ihr bereits die anderen bei der Bundestagswahl antretenden Parteien erhielt auch die GVP Anfang September im Weser-Kurier die Gelegenheit, ihre politischen Grundsätze darzulegen. Gustav Heinemann betonte in seinem Artikel, dass die Entscheidungsfrage über das Schicksal Deutschlands eindeutig gestellt sei. Sie laute: »Wiedervereinigung in Frieden mit allen Siegermächten oder Aufrüstung der deutschen Volksteile in Ost und West gegeneinander?« Er plädierte dafür, »dass auch mit den Sowjets verhandelt werden« müsse und erinnerte an die Vorschläge der UdSSR zu Viermächteverhandlungen über ein neutrales Gesamtdeutschland¹⁸⁵, die natürlich »ihren Belang und ihre Delikatesse« hätten.¹⁸⁶ Vor dem Hintergrund des brutalen Vorgehens der Sowjetunion am 17. Juni in Ost-Berlin stand die GVP mit ihrer verständigungspolitischen Programmatik auf verlorenem Posten. Der Bremer Landesverband hatte bereits Anfang Juli dazu aufgerufen, sich in Erkenntnis der »Verantwortung gegenüber den Menschen in der Ostzone und um der Erhaltung des Friedens willen hinter diejenigen zu stellen, die der verhängnisvollen Politik Adenauers in letzter Stunde Einheit zu gebieten versuchen. Nicht rüsten, sondern Verhandeln ist das Gebot dieser Tage.«¹⁸⁷

Diese Haltung unterstrich auch Diether Posser, der als engster Vertrauter Heinemanns am 1. September Hauptredner der Bremer GVP-Abschlusskundgebung im großen Glockensaal war. Drei Tage zuvor hatte Adenauer ebenfalls dort beim Wahlkampfabschluss seiner Partei gesprochen, die GVP in seiner Rede aber nicht erwähnt.¹⁸⁸ Der GVP-Landesverband warb auf seinen Flugblättern mit dem Slogan »Bremer Bürger, hört auch die andere Seite! Dr. Posser, engster Mitarbeiter von Dr. Dr. Gustav Heinemann, antwortet Dr. Adenauer.«¹⁸⁹ Die Stärke unseres Redners – so Ordemann in einem Rundbrief –, liege »in seiner mit feinem Humor gewürzten Sachlichkeit.« Er habe es bislang »trotz mancher organisierten Störversuche [...] bei allen Reden durch seine besonnene Art verstanden, viele seiner Zuhörer von der Durch-

184 »GVP will klären«, in: Bremer Nachrichten, 3. 9. 1953, S. 14.

185 Vgl. dazu: Gerhard Wettig, Bereitschaft zur Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945–1955, München 1999, S. 205 ff. und S. 268 f.; Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage (wie Anm. 3), S. 305 ff.

186 Gustav Heinemann, Wir wollen weder Krieg noch Spaltung, in: Weser-Kurier, 1. 9. 1953, S. 2.

187 Entschließung des GVP-Landesverbandes Bremen, in: Gesamtdeutsche Rundschau, 3. 7. 1953, S. 4.

188 »Adenauer in Bremen: SPD unterstützt Sowjetpolitik«, in: Bremer Nachrichten, 31. 8. 1953, S. 1 und 2.

189 Flugblatt zur GVP-Wahlkampfabschlusskundgebung in Bremen am 1. 9. 1953 im großen Glockensaal; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

Abb. 5: Flugblatt zur Bremer Abschlusskundgebung der GVP im Bundestagswahlkampf 1953. Der Hauptredner, Diether Posser (1922–2010) war damals Sozius in Heinemanns Essener Anwaltskanzlei. Er wurde 1955 Mitglied des GVP-Präsidiums und war nach seinem Übertritt zur SPD von 1968 bis 1988 in Nordrhein-Westfalen Landesminister in ver-

schiedenen Ressorts, u. a. Justiz- und Finanzminister. Von 1978 bis 1988 war er zudem stellvertretender Ministerpräsident. Foto: PA Stamm

Bremer Bürger, hört auch die andere Seite!

Dr. Posser GVP
engster Mitarbeiter von **Dr. Dr. Gustav Heinemann**

antwortet

am Dienstag, dem 1. September um 20 Uhr
im Großen Glockensaal **Dr. Adenauer CDU**

Gesamtdeutsche Volkspartei **GVP** **LISTE 8**

Für den Inhalt verantwortlich: H. J. Runler, Gesamtdeutsche Volkspartei, Bremen, Alten Wall 28

führbarkeit der von Dr. Heinemann verfolgten Politik zu überzeugen.«¹⁹⁰ Dennoch gab es intern Zweifel, ob genügend Bremer Bürger einer solchen Rede ihr Interesse schenken wollten. »Wir sind jetzt besorgt« – teilte Landesgeschäftsführer Klischies wenige Tage vor der Kundgebung vertraulich mit –, »wie wir den Saal füllen.«¹⁹¹ Ordemann rief die Mitglieder und Sympathisanten seiner Partei auf, »alles zu tun, um Ihre Bekannten zu dieser Veranstaltung einzuladen und mitzubringen.«¹⁹² Im letztlich gut gefüllten Glockensaal bekräftigte Posser, der von der Bundesregierung beabsichtigte »Westabmarsch« diene weder der Erhaltung des Friedens noch der Wiedervereinigung. Mit dem Zustand, dass sich mitten in Deutschland zwei hochgerüstete, verfeindete ausländische Mächte gegenüberständen, müsse so schnell wie möglich Schluss gemacht werden. Wer nicht schießen wolle, müsse verhandeln. Man solle die sowjetischen Angebote so schnell wie möglich auf ihre Ehrlichkeit hin prüfen. Zwar sei sich die GVP der Schwierigkeit solcher Verhandlungen bewusst, dennoch sei jeder Tag, an dem nicht verhandelt werde, ein verlorener Tag. Es sei das Ziel der GVP, weder mit dem Westen gegen den Osten, noch mit dem Osten gegen den Westen zu marschieren. Deutschland dürfe nicht Brückenkopf, sondern solle Brücke zwischen den Völkern werden.¹⁹³ (Abb. 5)

190 Rundschreiben Conrad Ordemanns an die Mitglieder des GVP-Landesverbandes Bremen, 28. 8. 1953; ebd.

191 Waldemar Klischies an Diether Koch, 27. 8. 1953; PA Koch, Ordner GVP 1952–1957.

192 Rundschreiben Conrad Ordemanns an die Mitglieder des GVP-Landesverbandes Bremen, 28. 8. 1953; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

193 »Nicht Brückenkopf, sondern Brücke. Wahlversammlung der Gesamtdeutschen Volkspartei«, in: Weser-Kurier, 2.9.1953.

In einem letzten Aufruf vor der Wahl unterstrich auch Heinemann, dass die GVP »in scharfem Gegensatz« zur »einseitigen Orientierung« des Bundeskanzlers »friedliche Beziehungen nach beiden Seiten« und eine »Wiedervereinigung Deutschlands außerhalb der militärischen Blöcke« anstrebe. »Militärische Lösungen aus unserer Bedrängnis können nur den Krieg ins deutsche Land bringen und unsere Wiedervereinigung im Massengrab bedeuten.«¹⁹⁴ In der Ausgabe der Bremer Nachrichten am Wahlwochenende erklärte der lokale Evangelische Arbeitskreis der CDU, er habe »mit größter Besorgnis den politischen Weg verfolgt, den Dr. Heinemann in den vergangenen Jahren beschritten« habe und halte es für »unverantwortlich«, der Bevölkerung »politische Möglichkeiten vorzuspielen, die sich als wirklichkeitsferne Utopien erwiesen« hätten. Zudem sah sich der Evangelische Arbeitskreis – ohnehin im Vorjahr als »Anti-Heinemann-Koalition für die Wiederbewaffnung«¹⁹⁵ ins Leben gerufen –, durch das Wahlbündnis der GVP mit dem BdD in seiner »Sorge bestätigt, dass Herr Dr. Heinemann und seine Anhänger bedenkenlos von der sowjetischen Politik missbraucht« würden.¹⁹⁶ In der vom damaligen CDU-Mitglied Gerd Bucerius herausgegebenen Wochenzeitung DIE ZEIT erschien drei Tage vor der Wahl ein Artikel, der ebenfalls die angebliche Verbindung Heinemanns und seiner Partei zur KPD beinhaltete.¹⁹⁷ Conrad Ordemann hatte die Mitglieder des Bremer Landesverbandes im Vorfeld aufgerufen, »sich weder durch undemokratische Methoden des Gegners, noch durch die mit fremden Millionen bezahlten Propagandalügen irre machen« zu lassen, denn »der Aufbruch einer echten Opposition gegen die Westverträge« sei »nicht mehr aufzuhalten.«¹⁹⁸ Auch Gottfried Gurland teilte den Optimismus des Landesvorsitzenden und war »der festen Überzeugung, dass trotz der ungeheuerlichen Wahllügen der letzten Tage die Fünf-Prozent-Klausel übersprungen« werde.¹⁹⁹ Die Ernüchterung war daher groß, als die GVP am Wahlabend lediglich 1,16 % der Stimmen auf sich vereinigte, während Adenauers Regierungskoalition einen hohen Sieg einfahren konnte. Heinemann erklärte im Rückblick, das Ergebnis habe »an Kläglichkeit nicht viel zu wünschen übrig« gelassen.²⁰⁰

194 Dr. Heinemann: Letztes Wort zur Wahl. Pressemitteilung der Nachrichtenzentrale des GVP-Präsidiums, 2. 9. 1953; StAB 9, F-547.

195 So Frank Bösch, Die Adenauer CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969, Stuttgart 2001, S. 330. Vgl. auch: Klein, Westdeutscher Protestantismus (wie Anm. 2), S. 233 f.

196 »Von den Sowjets missbraucht«. Erklärung des Evangelischen Arbeitskreis der CDU im Lande Bremen, in: Bremer Nachrichten, 5. / 6. 9. 1953, S. 7.

197 »Genosse Heinemann«, 3. 9. 1953; <http://www.zeit.de/1953/36/genosse-heinemann> (Zugriff am 6. 4. 2018).

198 Rundschreiben Conrad Ordemanns an die Mitglieder des GVP-Landesverbandes Bremen, 28. 8. 1953; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

199 Gottfried Gurland an »liebe Jutta« (?), 29. 8. 1953; PA Stamm Slg. Gurland.

200 Interview von Günter Gaus mit Gustav Heinemann, 3. 11. 1968, zit. nach: Günter Gaus, Was bleibt sind Fragen. Die klassischen Interviews, hrsg. von Hans-Dieter Schütt, Berlin 2001², S. 460.



Abb. 6: Wahlwerbung zur Bundestagswahl 1953 in Bremen. Die GVP war auf der Liste 8 vertreten. Es war die einzige Wahl in Bremen, an der die Gesamtdeutsche Volkspartei teilnahm. StAB 10, B 1953 - 001,002

In Bremen lag die GVP mit 1,6% der Stimmen über dem Bundesdurchschnitt.²⁰¹ Harry Gabcke erzielte mit 1,7% im Wahlkreis Bremen-Ost das beste Ergebnis der drei GVP-Direktkandidaten, gefolgt von Margot Gurland in Bremen West mit 1,4% und Wilhelm Wirth im Wahlkreis Bremerhaven/Bremen Nord mit 1,0%.²⁰² (Abb. 6)

Fortführung der politischen Arbeit

Ruth Achelis-Bezzel, GVP-Bundesvorstandsmitglied aus Berlin, kommentierte das Ergebnis mit folgenden Worten: »Der Gewinn aus den Wahlen vom 6. September ist für uns eine gründliche Endillusionierung. Wir haben unsere Aufgabe zu leicht, den Gegner nicht gefährlich genug und die Situation zu harmlos angesehen.«²⁰³ Die Gründe für das Wahldebakel waren vielfältig. Neben den organisatorischen Defiziten war es der GVP nicht gelungen, im

201 Auf sie entfielen 4.897 Erst- und 5.600 Zweitstimmen. »So wählte das Land Bremen«, in: Weser-Kurier, 7. 9. 1953, S. 1.

202 »Die Stimmen der Bremer Direktkandidaten«, in: Bremer Nachrichten, 7. 9. 1953, S. 2.

203 Ruth Achelis-Bezzel an das Präsidium der GVP, 9. 11. 1953 (Kopie); PA Stamm Slg. Ruth Achelis-Bezzel.

Parteienwettbewerb einen ausreichenden Bekanntheitsgrad zu erzielen. Nach einer Umfrage des Allensbach-Instituts vom Juli 1953 war lediglich fünf Prozent der Befragten der Name ›Gesamtdeutsche Volkspartei‹ geläufig.²⁰⁴ Zudem behielt die GVP ihren Charakter als »Ein-Zweck-Bündnis« und konnte den in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck, sie agiere wegen ihrer Konzentration auf die Außen- und Deutschlandpolitik nur als »halbe Partei« nicht aus der Welt schaffen.²⁰⁵ Darüber hinaus wirkte sich das Abkommen mit dem Bund der Deutschen, welches noch am Wahlabend sein Ende fand, verhängnisvoll auf das Ergebnis aus. Helene Wessel bemerkte, wäre der BdD nicht gegründet worden, »wäre uns mancher Ärger und manche Diffamierung erspart geblieben.«²⁰⁶ Ruth Achelis-Bezzel – ursprünglich eine Bündnisbefürworterin – erklärte nach der Wahl, ein »Abkommen mit einem Partner, der so wenig Substanz« besessen habe, sei »ein grober intellektueller Fehler« gewesen.²⁰⁷ GVP-Landesgeschäftsführer Klischies bemerkte sogar in der Rückschau, der BdD sei gegründet worden, »um die GVP zu schädigen und nicht, um eine parlamentarische Vertretung zu erringen.«²⁰⁸

Gleichwohl nach dem desaströsen Wahlausgang Stimmen in der Partei – wie etwa die von Erhard Eppler – »das Experiment GVP« als gescheitert betrachteten²⁰⁹ und bereits im Herbst 1953 »die Auflösung der GVP [...] ins Gespräch« brachten²¹⁰, setzte sich trotz aller Enttäuschung rasch die Meinung durch, »auf keinen Fall kapitulieren« zu dürfen.²¹¹ In einem Rundbrief des GVP-Landesvorstandes Bremen hieß es Ende September, man habe zwar »den Wahlkampf verloren« und die »verhängnisvolle Bonner Politik« könne fortgesetzt werden. Allerdings seien dem Bremer GVP-Landesverband und dem Präsidium trotz der »Welle der Verleumdung, die [...] auf unsere Partei herniederprasselte«, in den Tagen nach der Wahl viele Schreiben, Spenden und Aufnahme-Anträge zugegangen, die sie in dem Willen bestärkt hätten, »unabhängig vom Wahlausgang weiterzuarbeiten.« Die Bremer GVP-Verantwortlichen leitete dabei »die feste Überzeugung von der Richtigkeit unserer politischen Argumente.« Man werde auch »weiterhin politisch interessierte Menschen zur Diskussion über die Möglichkeiten gesamtdeutscher Politik rufen und unsere Verantwortung für unsere Brüder im Osten zu wecken suchen.« Davon werde die Partei »keine Verleumdung und kein Terror abhalten.«²¹²

204 Elisabeth Noelle / Erich-Peter Neumann, Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, Allensbach 1956, S. 271.

205 Heimann, Gesamtdeutsche Volkspartei (wie Anm. 2), S. 1505.

206 Helene Wessel an Josef Rüther, 1. 3. 1955; AdsD NL Wessel, Nr. 237.

207 Ruth Achelis Bezzel an Alfred von Martin, 12. 9. 1953 (Kopie); PA Stamm Slg. Ruth Achelis-Bezzel.

208 Waldemar Klischies an Gustav Heinemann, 20. 8. 1961; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

209 Erhard Eppler, »Reifa lassa.« Das Jahr 1954, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. 1. 2004, S. 6.

210 Erhard Eppler an den Verfasser, Brief vom 22. 3. 2002.

211 Helene Wessel an Ingeborg Küster, 5. 10. 1953; PA Stamm Slg. GVP.

212 Rundbrief des GVP-Landesvorstands an die Mitglieder und Freunde der GVP in Bremen, 22. 9. 1953; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

Der Bundesvorstand der GVP, der sich Mitte November 1953 erstmalig nach der Wahl in Darmstadt traf, beschloss nahezu einstimmig die Fortführung der Parteiarbeit, legte aber fest, dass die Beteiligung an Landtags- und Kommunalwahlen »weiterer Entscheidung vorbehalten« bleibe.²¹³ Die Organisationen in den einzelnen Landes- und Kreisverbänden der Partei waren allerdings derart desolat, dass sich die GVP an keiner der Landtagswahlen des Jahres 1954 beteiligte.²¹⁴ Nachdem die Berliner Viermächtekonferenz, auf welche die Gesamtdeutsche Volkspartei große Hoffnung gesetzt hatte²¹⁵, zu Beginn des Jahres 1954 ergebnislos gescheitert war²¹⁶, zeigten sich die Verantwortlichen der GVP maßlos enttäuscht. Heinemann beklagte den »so geringen Drang« der Westdeutschen zur Wiedervereinigung als »erschütterndste Begleiterscheinung« der Konferenz.²¹⁷ Resigniert bemerkte er Ende März 1954: »Wir alle stehen doch ständig vor der Frage, ob wir überhaupt noch durchhalten sollen?!«²¹⁸ Auch Adolf Scheu teilte dem Bremer Landesvorsitzenden vertraulich mit, dass ihm »die politischen Dinge [...] manches Kopfzerbrechen« bereiteten. »Mir ist völlig klar, dass unsere Aufgabe auf keinen Fall erledigt ist, aber ebenso klar ist mir, dass wir im Augenblick nicht so tun können, als ob die Niederlage vom 6. September nicht passiert wäre.« Die GVP habe momentan »keinen Auftrag, irgendetwas in breiter Öffentlichkeit zu tun« und könne lediglich »immer wieder« die Verantwortlichen in Bonn »dahingehend ermuntern, dass sie mal den Mut haben, sich mit den Ostzonenregierungsleuten zusammensetzen.«²¹⁹ Conrad Ordemann teilte diese Einschätzung und sah die »größte Schwierigkeit« darin, »das Interesse lebendig zu erhalten ›wenn nichts geschieht.« Und geschehen konnte seiner Ansicht nach »blitzwenig.« Ob man die Partei zusammenhalten könne erschien ihm »zum mindesten höchst zweifelhaft.«²²⁰ Waldemar Klischies bemerkte rückblickend, dass »nach einer Zeit der Resignation« die politische Arbeit des Bremer Landesverbandes dennoch fortgesetzt wurde.²²¹

Neuen Auftrieb bekamen die Gegner der Westintegrationspolitik und mit ihr die GVP nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in

213 Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes der GVP in Darmstadt, 14./15.11.1953; AdsD NL Heinemann II, Nr. 670.

214 Müller, Gesamtdeutsche Volkspartei (wie Anm. 2), S. 333 ff.

215 In einem Brief an den Bundeskanzler erklärte Heinemann, mit dieser Konferenz komme »die Politik, deretwegen wir uns im August 1950 entzweiten, zur kritischen Entscheidung.« Gustav Heinemann an Konrad Adenauer, 23.1.1954; BArch Bestand Bundeskanzleramt, B 136/2128, o. Bl.

216 Küsters, Integrationsfriede (wie Anm. 59), S. 657 ff.

217 Gustav Heinemann, Berliner Konferenz, in: ders., Verfehlte Deutschlandpolitik. Irreführung und Selbsttäuschung, Frankfurt/M. 1966, S. 67.

218 Gustav Heinemann an Ruth Achelis Bezzel, 24.3.1954 (Kopie); PA Stamm Slg. Ruth Achelis-Bezzel.

219 Adolf Scheu an Conrad Ordemann, 12.2.1954; AdsD NL Scheu, Nr. 101.

220 Conrad Ordemann an Adolf Scheu, 16.2.1954; ebd.

221 Waldemar Klischies, Neutralität statt Remilitarisierung (wie Anm. 2), S. 149.

der französischen Nationalversammlung.²²² Alle Anstrengungen Adenauers, durch den EVG- und den damit verbundenen Deutschlandvertrag eine schnellstmögliche Souveränität der Bundesrepublik zu erlangen – auch um den Preis heftiger innenpolitischer Kontroversen – schien vergebens. Gustav Heinemann erklärte, die »neue Lage« gebe seiner Partei neuen Auftrieb, und es gelte nun, »unsere politische Arbeit zu aktivieren.«²²³ Allerdings erwies sich die Einbindung der Bundesrepublik in die NATO für die Bundesregierung rasch als günstige Ersatzlösung.²²⁴ Nach Unterzeichnung der Pariser Verträge am 23. Oktober 1954 war die Bundesrepublik formell gleichberechtigter Partner des westlichen Verteidigungsbündnisses, durfte ihre nationale Armee unter Kontrolle der Westeuropäischen Union (WEU) aufstellen und wurde vom NATO-Rat als alleiniger Vertreter Deutschlands anerkannt. (Abb. 7)

Die »Paulskirchen-Aktion« und Bürgerschaftswahl 1955

Heinemann hoffte dennoch, die endgültige militärische Einbindung der Bundesrepublik in das Westbündnis noch stoppen zu können. Er bemühte sich »eine Gesamtdeutsche Aktion in überparteilicher Zusammenfassung gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge und mit dem Ziel ernster Verhandlungen um die Wiedervereinigung Deutschlands zustande zu bringen.«²²⁵ Dem Altreichskanzler Heinrich Brüning, der im Sommer 1954 seine Kritik an Adenauers Außenpolitik öffentlich gemacht hatte²²⁶, teilte er mit, eine solche Aktion »müsste sich oberhalb von allen Parteien, Konfessionen und wirtschafts- oder sozialpolitischen Differenzen auf breitester Grundlage, jedoch unter Ausschluss von KPD und BdD, sammeln und das Volk in Bewegung bringen.«²²⁷ Zwar sei ihm – wie Helene Wessel erfuhr – die Unterstützung der Aktion aus weiten Kreisen der evangelischen Gemeinden sicher, aber es

222 Klaus A. Maier, Die internationalen Auseinandersetzungen um die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und um ihre Bewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2: Die EVG-Phase, München 1990, S. 208 ff.

223 Rundschreiben des GVP-Präsidiums an die Landes- und Kreisverbände, 28. 9. 1954; PA Stamm, Slg. GVP.

224 Bruno Thoß, Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur WEU und NATO im Spannungsfeld von Blockbildung und Entspannung (1954–1956), in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3: Die NATO-Option, München 1993, S. 1 ff.

225 Gustav Heinemann an Karl Barth, 18. 11. 1954; AdsD NL Heinemann I, Nr. 48.

226 Rudolf Morsey, Brünings Kritik an Adenauers Westpolitik. Vorgeschichte und Folgen seines Vortrags am 2. Juni 1954, in: Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen/Hans Helmuth Knütter/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland. Festschrift für Karl-Dietrich Bracher, Bonn 1987, S. 349–364; Herbert Hömig, Brüning. Politiker ohne Auftrag, Paderborn 2005, S. 479 ff.

227 Gustav Heinemann an Heinrich Brüning, 12. 11. 1954; AdsD NL Heinemann I, Nr. 48.

komme letztlich »entscheidend auf SPD und Gewerkschaften an, wenn die Sache Stoßkraft haben soll.«²²⁸ Die Führung der Sozialdemokraten und ein Großteil der Gewerkschaften waren zu einer außerparlamentarischen Aktion bereit. Die gelungene Zusammenfassung der verschiedenen Gruppen bestärkte Heinemanns Eindruck, dass die GVP »eine neue Chance« habe.²²⁹

Ende Januar 1955 zählte er zu den Rednern einer Protestkundgebung in der Frankfurter Paulskirche, in der führende Vertreter der Gewerkschaften und Kirchen sowie der SPD-Vorsitzende Ollenhauer vor einem NATO-Beitritt der Bundesrepublik warnten, da mit diesem Schritt die Wiedervereinigung auf unabsehbare Zeit verhindert würde. Im verabschiedeten »Deutschen Manifest« erging ein Appell an den Bundestag und die Bundesregierung, »alle nur möglichen Anstrengungen

zu machen, damit die vier Besatzungsmächte dem Willen unseres Volkes zur Einheit Rechnung tragen.«²³⁰ Obwohl die Aktion der Paulskirchen-Bewegung mit zahlreichen bundesweiten Protestkundgebungen in der Öffentlichkeit einen breiten Anklang fand, ratifizierte der Bundestag im März 1955 die Pariser Verträge. Die Bewegung versandete bald wieder, aber durch die gemeinsame Aktion war erstmals deutlich geworden, dass SPD und GVP in zentralen deutschland- und sicherheitspolitischen Fragen an einem Strang zogen.

228 Gustav Heinemann an Helene Wessel, 18. 11. 1954; ebd.

229 Gustav Heinemann an Ruth Achelis-Bezzel 3. 1. 1955 (Kopie); PA Stamm, Slg. Ruth Achelis-Bezzel.

230 Deutsche Manifest, 29. 1. 1955 (Flugschrift); PA Stamm Slg. GVP. Abgedruckt in: Kuratorium des Bildungswerks evangelischen Kirchen im Lande Bremen (Hrsg.), »Es geht ums Leben!« (wie Anm. 32), S. 53.

Sie wollen nur unser Bestes...

so beteuern immer wieder Herr Dr. Adenauer und seine Bonner Regierungsparteien, um uns Deutschen den von den USA geforderten Generalvertrag und die EVG-Verträge schmackhaft zu machen. Sie wollen unser Bestes?

Sie wollen unsere Jugend! Zunächst sollen 500.000 deutsche Jungen rekrutiert, kaserniert und gedrillt ausländischen Generälen zur Verfügung gestellt werden.

Sie wollen unser Land! Weite Gebiete unserer Heimat sollen in Bomberstartbahnen, Manövergelände, Munitionslager und andere militärische Anlagen verwandelt werden.

Sie wollen unser Geld! Mehr als 10 Milliarden DM jährlich sollen wir für Rüstung aufbringen. Unsere Jugend, unser Land und unser Geld wollen sie – also unser Bestes!

Unser Bestes aber wollen wir für uns behalten!

Deshalb will unser Volk keine Militärpakte sondern durch Verständigung seine Einheit wiedererringen. Es fordert einen Friedensvertrag, den Abzug aller Besatzungstruppen und

**wählt daher die Liste
Gesamtdeutsche Volkspartei**
HEINEMANN, WESSEL — WIRTH, ELFES

Abb. 7: Plakat der Gesamtdeutschen Volkspartei zur Bundestagswahl 1953. StAB 9, P (1953) / Fb 740-1075

In Bremen hatte die St. Stephani-Gemeinde Kirchenvertreter aus dem nordwestdeutschen Raum zu einem Gemeindetag eingeladen, der am 5. Januar 1955 eine ›Bremer Erklärung‹ verabschiedete. Zum bevorstehenden NATO-Beitritt mit seinen deutschlandpolitischen Folgen hieß es: »Angesichts der gegenwärtigen politischen Lage unseres zerspaltenen Volkes rufen wir die Menschen im Westen und Osten unseres Vaterlandes auf, der Aufrüstung in beiden Teilen Deutschlands und der Einbeziehung der beiden deutschen Teilstaaten in gegeneinander gerichtete Militärbündnisse zu widerstehen. Es ist eine Illusion zu glauben, dass eine Wiedervereinigung unseres Volkes in Frieden und Freiheit auf diesem Wege zu erreichen ist.«²³¹ Auch führende Vertreter des GVP-Landesverbandes gehörten zu den Unterzeichnern dieser Bremer Erklärung²³², deren Aussagen ebenfalls die Zustimmung des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer fanden.²³³ Auf dem Landesparteitag, den die Bremer GVP Ende Januar 1955 abhielt, betonte Helene Wessel, die Sowjetunion werde niemals freiwillig aus Deutschland herausgehen, wenn das wiedervereinigte Deutschland sich mit dem Westen verbünde. Sie forderte, das Ziel deutscher Politik müsse auf ein unabhängiges befriedetes Europa hinwirken. Zudem müsse der Westen keine Ostwendung Deutschlands befürchten, da Deutschland »seiner ganzen Denkungsart nach zum Westen« gehöre.²³⁴

Zwar waren die GVP-Verantwortlichen in Bremen »froh [...], dass die Paulskirche überhaupt möglich war«²³⁵, im Gegensatz zu anderen Regionen in Deutschland, wo es im Zuge dieser Bewegung erstmalig zu einem Zusammenwirken von GVP- und die SPD-Gliederungen kam, wurde in Bremen allerdings kein Gesprächsfaden geknüpft.²³⁶ »Auf Anfragen zwecks Durchführung gemeinsamer Protestkundgebungen« – so teilte Ordemann den Teilnehmern einer Arbeitstagung der GVP in Essen mit –, »reagierte die SPD nicht.«²³⁷

231 »Bremer Erklärung« des »Gemeindetages unter dem Wort«, 5. 1. 1955; AdStG.

232 Die Erklärung unterzeichneten von Seiten der GVP u. a. Conrad Ordemann, Pastor Friedrich Gerlach, Waldemar Klischies und Magdalena Groot.

233 Der SPD Vorsitzende erklärte: »Für uns ist die Tatsache erfreulich, dass weit über den Rahmen unserer Partei hinaus weiteste Kreise der Bevölkerung – genau wie wir – die Gefahr, die durch die Ratifikation der Pariser Verträge für die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden entstehen wird, erkennt, und gerade aus dem protestantischen Lager viele führende Männer und Frauen ihre Meinung klar zum Ausdruck bringen.« Erich Ollenhauer an die St. Stephani-Gemeinde, 12. 2. 1955; AdStG.

234 »Koexistenz oder totaler Krieg«, in: Weser-Kurier, 28. 1. 1955, S. 7.

235 Conrad Ordemann an Gustav Heinemann, 3. 2. 1955; AdsD NL Heinemann I, Nr. 49.

236 Nach den Erinnerungen Waldemar Klischies' »gab es 1955 keine Gespräche mit der SPD.« Waldemar Klischies an den Verfasser, Brief vom 1. 11. 2008.

237 Protokoll über die Arbeitstagung am 26./27. 3. 1955 in Essen; AdsD NL Scheu, Nr. 356. Im Herbst 1955 erklärte Ordemann gegenüber Heinemann und Posser, er sei »seitens des Vorsitzenden der hiesigen SPD-Fraktion nicht einmal einer Antwort auf meinen seinerzeitigen Appell hinsichtlich Kundgebungen (Paulskirche) gewürdigt worden.« Conrad Ordemann an Gustav Heinemann und Diether Posser, 10. 10. 1955; AdsD NL Heinemann II, Nr. 695.

Aufgrund ihrer starken Stellung in Bremen, sahen die Sozialdemokraten offenbar keine Notwendigkeit für eine Zusammenarbeit mit der vergleichsweise »kleinen« Gesamtdeutschen Volkspartei. Die Veranstaltungen zur Paulskirchen-Kundgebung in der Hansestadt, etwa die Großkundgebung in der Sporthalle am 1. Februar 1955, wurden zudem primär von den Gewerkschaften getragen.²³⁸ In der Sitzung der Bürgerschaft am 9. Februar legte die sozialdemokratische Fraktion eine EntschlieÙung vor, in der sich die Bremer Parlamentarier mit dem Deutschen Manifest der letztlich von der GVP angestoßenen Paulskirchen-Kundgebung solidarisieren sollten.²³⁹ Da sich die bürgerlichen Bürgerschaftsfraktionen überrumpelt fühlten, kam es zum Eklat und die Vertreter der Regierungskoalitionen von CDU und FDP sowie die oppositionellen Abgeordneten der Deutschen Partei verließen den Plenarsaal, während die EntschlieÙung mit den Stimmen der SPD und KPD sowie eines DP-Abgeordneten angenommen wurde. Die damit ausgelöste Koalitionskrise zog sich noch bis in den Bürgerschaftswahlkampf des Spätsommers hin.²⁴⁰

In der Frage einer Teilnahme der GVP an dieser Wahl kam es zu Unstimmigkeiten zwischen dem Landesverband und der Parteiführung. Nach dem Landesparteitag bat Helene Wessel zu Jahresbeginn Magdalena Groot, die seit dem Wegzug von Margot Gurland nach Wuppertal²⁴¹ das Sekretariat der Landesgeschäftsstelle führte, »den Plan wegen der Wahlbeteiligung«, über den sie »auch mit Herrn Dr. Heinemann schon gesprochen« habe, »nicht aus den Augen zu verlieren.«²⁴² Auf einer Tagung der GVP in Essen teilte Ordemann der Parteiführung Ende März allerdings mit, dass »keine Aussicht auf Beteiligung bei den kommenden Bürgerschaftswahlen« bestehe. Zwar sind die Gründe für die Nichtteilnahme im überlieferten Protokoll dieser Arbeitstagung nicht aufgeführt, es dürften jedoch vor allem organisatorische Defizite und mangelnde personelle Ressourcen des Bremer Landesverbandes gewesen sein. »Hier ist es mittlerweile so« – hatte Ordemann bereits im September des Vorjahres vertraulich bemerkt –, »dass wir große Mühe haben,

238 »Pastor Dr. Wenzel warnt vor Krieg«, in: *Weser-Kurier*, 2. 2. 1955, S. 3. Siehe auch: Butterwegge, *Friedenspolitik in Bremen* (wie Anm. 51), S. 128 f.

239 In dem kurzfristig eingebrachten EntschlieÙungsantrag heißt es: »Die Bürgerschaft des Landes Bremen stellt sich hinsichtlich der Pariser Verträge hinter das in der Paulskirche zu Frankfurt/M. am 29. 1. 1955 beschlossene Deutsche Manifest«; *Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft*, Reihe A, Nr. 2, Sitzung vom 9. 2. 1955, S. 49.

240 Karl-Ludwig Sommer, *Wiederbewaffnung im Widerstreit von Landespolitik und Parteilinie: Senat, SPD und die Diskussion um die Wiederbewaffnung in Bremen und im Bundesrat 1948/49–1957/58*, Bremen 1988, S. 165 ff.

241 Der endgültige Umzug der Familie Gurland nach Wuppertal erfolgte am 23. August 1954 und war aufgrund der besonders aktiven Tätigkeit von Gottfried und Margot Gurland im Landesverband ein herber Verlust für die GVP in Bremen. Gottfried Gurland an Hermann Schlingensiepen, 28. 8. 1954; Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland, Düsseldorf (AEKR), NL Hermann Schlingensiepen, 07 NL 016.

242 Helene Wessel an Magdalena Groot, 4. 2. 1955; AdsD NL Wessel, Nr. 242.

weiterzukommen. An aktiven Mitgliedern ist kaum was da, alles mehr oder weniger Mitläufer oder bestenfalls Hörleute.«²⁴³ Der Bremer Landesvorsitzende konzidierte zwar im Sommer 1955, dass man bei einer Kandidatur von Karl Stoevesandt »einige Chancen« hätte, »sonst [aber] wohl kaum.«²⁴⁴ GVP-Präsidiumsmitglied Scheu unterstrich, er sei »nach wie vor« der Meinung, »dass Bremen eine gute Einstiegsmöglichkeit« für die GVP sein könnte und es trotz der knapp bemessenen Zeit bis zum Wahltermin, »noch zu schaffen sein« müsste. Auch für ihn war jedoch eine Kandidatur Stoevesandts entscheidend²⁴⁵, der sich aber erneut nicht zur Verfügung stellen wollte.

Nach dem fulminanten Wahlsieg der SPD, die mit 47,8 % der Stimmen die absolute Mehrheit der Bürgerschaftsmandate auf sich vereinigen konnte²⁴⁶, mehrte sich »mancherorts die Kritik an dem Beschluss des Landesverbandes Bremen der GVP, sich nicht selbständig an der Wahl« beteiligt zu haben, wie Ordemann in einer öffentlichen Stellungnahme betonte. Missfallen wurde vor allem darüber geäußert, dass die Gesamtdeutschen Volkspartei in der Hansestadt »ihre Stimme gratis und franko ›verschenkt‹« habe.²⁴⁷ Bereits am Tag nach der Bürgerschaftswahl hatte der Landesvorsitzende gegenüber Heinemann und Posser erklärt: »Wir brauchen uns keinen Vorwurf zu machen, dass die GVP hier i.[n] Bremen nicht angetreten ist, denn sie wäre nicht über die 5%-Klausel gekommen.«²⁴⁸ In seiner Stellungnahme betonte der Landesverband, die SPD habe zweifellos »von der ›Abstinenz‹ der GVP im Lande Bremen profitiert« und es werde Aufgabe der Partei sein, »diesen Tatbestand auch zum Bewusstsein der SPD in Bremen zu bringen.« Ordemann regte an, »das Verhältnis der Gesamtpartei zu dieser größten Oppositionspartei immer neu zu durchdenken und abzuwägen.«²⁴⁹ In seinem vertraulichen Schreiben an Heinemann und Posser wurde der Bremer Landesvorsitzende jedoch deutlicher und warb dafür, dass »die Frage unseres Verhältnisses zur SPD [...] vom Präsidium nochmals behandelt und zu einer letzten Entscheidung hinsichtlich unserer Selbständigkeit gebracht werden« sollte. Es sei schließlich »mühsam, in politischer Isolation zu leben« und er fürchte, »dass sich allzu viele unter uns noch Illusionen machen.«²⁵⁰

243 Conrad Ordemann an Adolf Scheu, 6. 9. 1954; AdsD NL Scheu, Nr. 363.

244 Conrad Ordemann an Adolf Scheu, 11. 7. 1955; AdsD NL Scheu, Nr. 101.

245 Adolf Scheu an Conrad Ordemann, 13. 7. 1955; ebd.

246 Sommer, *Wiederbewaffnung im Widerstreit* (wie Anm. 240), S. 181; Renate Meyer-Braun, *Die Bremer SPD 1949–1959. Eine lokal- und parteigeschichtliche Studie*, Frankfurt/M. u. a. 1982, S. 82 f.

247 »Eine Stellungnahme des Landesverbandes Bremen der GVP«, in: *Gesamtdeutsche Rundschau*, 21. 10. 1955, S. 4.

248 Conrad Ordemann an Gustav Heinemann und Diether Posser, 10. 10. 1955; AdsD NL Heinemann II, Nr. 695.

249 »Eine Stellungnahme des Landesverbandes Bremen der GVP«, in: *Gesamtdeutsche Rundschau*, 21. 10. 1955, S. 4.

250 Conrad Ordemann an Gustav Heinemann und Diether Posser, 10. 10. 1955; AdsD NL Heinemann II, Nr. 695.

Die Auflösung der Gesamtdeutschen Volkspartei

Gustav Heinemann, der sich im Vorjahr mit einem bei den reformorientierten Sozialdemokraten wohlwollend aufgenommenen Artikel mit der politischen und programmatischen Zukunft der SPD beschäftigt hatte²⁵¹, stand jedoch im Sommer 1955 noch auf dem Standpunkt, »dass die GVP ihren Weg fortsetzen« müsse.²⁵² Gleichwohl er im Oktober 1955 betonte, dass die Sozialdemokratie »entscheidend für das Gewicht der Opposition gegen die Bonner Politik« sei und die GVP insofern »alle Bemühungen« darauf richten müsse, »mit ihr in Kontakt zu kommen«²⁵³, war er der festen Überzeugung, mit einem Hinüberwechseln seiner Partei zur SPD eine Mehrheit jenseits der CDU noch nicht zu schaffen.

Nachdem die Gesamtdeutsche Volkspartei im Frühjahr 1956 auch bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg mit lediglich 1,5 Prozent der Stimmen kläglich gescheitert war²⁵⁴, setzte sich in der GVP-Spitze die Einsicht durch, dass es aussichtslos sei, noch einmal allein zur Wahl anzutreten. Adolf Scheu hatte dem Bremer Landesvorsitzenden bereits zu Jahresbeginn vertraulich mitgeteilt, er blase zwar »bei den offiziellen Parteiveranstaltungen immer sehr die optimistische Trompete«, sei aber »im tiefsten Grund [...] parteimüde geworden.«²⁵⁵ Angesichts der 1957 anstehenden Wahlen zum dritten Bundestag machte sich die GVP-Führung keine Illusionen über Plannungen, mit Hilfe eines Wahlbündnisses der kleinen Parteien wie Zentrum und Bayernpartei die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen und in den Bundestag einzuziehen. Denjenigen Kreisen inner- und außerhalb der GVP, die diesen Schritt favorisierten, hielt Präsidiumsmitglied Diether Posser entgegen, »zwei oder drei koalierte Schwächen« seien »noch keine Stärke.«²⁵⁶

Nach den programmatischen Annäherungen der letzten Monate kam es im Januar 1957 zu drei Gesprächen zwischen den Verantwortlichen der GVP und der sozialdemokratischen Parteispitze über ein Zusammenwirken bei der anstehenden Bundestagswahl.²⁵⁷ Heinemann versuchte vor allem, die SPD zur Abgabe von Wahlkreisen zu veranlassen, in denen die Gesamtdeutsche Volkspartei vermutlich erfolgreich abschneiden könne. Er bat den SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer »auch für Bremen [...] einen GVP-Wahlkreis

251 Gustav Heinemann, Der Weg der Sozialdemokratie, in: Die Neue Gesellschaft, 1. Jg., Heft 2/1954, S. 44–50.

252 Gustav Heinemann an Erhard Eppler, 19. 7. 1955; AdsD Depositum Eppler, Nr. 4.

253 Gustav Heinemann an Dr. Rebensburg, 5. 10. 1955; AdsD NL Heinemann II, Nr. 695.

254 Dazu ausführlich: Jobke, Aufstieg und Fall einer wertorientierten Bewegung (wie Anm. 2), S. 171 ff.

255 Adolf Scheu an Conrad Ordemann, 5. 1. 1956; AdsD NL Scheu, Nr. 101.

256 Diether Posser an Helmut Bausch, Ostern 1957; AdsD NL Heinemann I, Nr. 58.

257 Adolf Scheu, Von der GVP zur SPD 1956/1957 – Versuch einer Dokumentation, in: ders. (Hrsg.), Aus vergangenen Tagen. Unserem langjährigen verehrten Freund Gustav Heinemann zum 70. Geburtstag, unveröffentl. Privatdruck [1969], o. S.; PA Stamm Slg. GVP. Auch vorhanden in: AdsD, NL Scheu, Nr. 474.

ins Auge zu fassen« und schlug als Kandidaten Karl Stoevesandt vor, der in der Hansestadt »eine Person von besonderem Rang« sei. Als Mitglied der EKD-Synode würde er »für das Bewusstsein der Bremer Bürger und der evangelischen Öffentlichkeit in Deutschland ein überaus wertvoller Kandidat sein.«²⁵⁸ Im Gegensatz zur den vorherigen Wahlen hatte sich Stoevesandt offenbar diesmal von einer Kandidatur überzeugen lassen. Im Bremer Landesverband war – vermutlich aus der Feder von Waldemar Klischies²⁵⁹ – bereits im Frühjahr 1956 ein genauer Plan erarbeitet worden, in dem auf der Basis der Ergebnisse der letzten Bundestags- und Bürgerschaftswahl belegt werden sollte, dass »kein Wahlergebnis [...] denkbar« sei, welches »der SPD bei einer Wahlabsprache mit der GVP [...] Nachteile, d. h. Mandatsverluste bringen könnte.« Der Verzicht der Aufstellung eines SPD-Direktkandidaten zugunsten eines GVP-Kandidaten hätte für die Sozialdemokraten ein Überhangmandat bedeutet, so dass erneut drei Abgeordnete in den Bundestag entsandt worden wären. Die Bremer GVP betonte, »dass die SPD einen schwerwiegenden Fehler machen würde, wenn sich nicht von der Möglichkeit« durch das Wahlgesetz »die Stellung der jetzigen Opposition zu stärken, Gebrauch« mache.²⁶⁰ Der Vorschlag wurde dem Bremer SPD-Landesvorsitzenden Christian Paulmann unterbreitet und von ihm »mit Interesse entgegengenommen.«²⁶¹ Nach Beratungen in den Bremer SPD-Gremien wurde dem GVP-Landesverband allerdings mitgeteilt, der Vorschlag sei »nicht akzeptabel« und »den Sozialdemokraten nicht zu vermitteln gewesen.«²⁶² Die Änderung des Bundeswahlgesetzes, das nun für den Einzug in den Bundestag neben der 5%-Klausel drei Direktmandate statt einem vorsah, machte das Vorhaben der GVP nicht unmöglich, erschwerte es aber ungemein.

Immerhin war es 1956 aufgrund der »zunehmend größeren politischen Übereinstimmungen«²⁶³ erstmalig zu direkten Gesprächen zwischen der SPD und der Gesamtdeutschen Volkspartei in Bremen gekommen. In den Reihen der SPD war es vor allem der Bürgerschaftsabgeordnete Hans Koschnick, der den Kontakt zu GVP vermittelte. »Ich gehörte zu den jungen Aktiven in

258 Gustav Heinemann an Erich Ollenhauer, 5. 2. 1957; AdsD NL Wessel, Nr. 240. Carl Ordemann hatte Anfang Februar auf der Bundesvorstandssitzung der GVP erklärt, »es solle der SPD vorgeschlagen werden, einen der drei sicheren Wahlkreise in Bremen der GVP abzutreten für Prof. Stoevesandt [...], da dieser großes Ansehen genießt.« Protokoll über die Bundesvorstandssitzung am 2./3. 2. 1957 in Köln; ebd.

259 Nach Auskunft von Diether Koch war Klischies »der Spezialist für Berechnungen, wie man durch Wahlabsprache mit der SPD doch noch zu politischem Ergebnis kommen konnte.« Diether Koch an den Verfasser, Brief vom 12. 1. 2009.

260 »Welchen Einfluss hätte es auf die Verteilung der Bundestagsmandate, wenn die SPD in einem Wahlkreis des Landes Bremen zugunsten eines Kandidaten der GVP auf die Aufstellung eines eigenen verzichtet hätte bzw. verzichten würde?« Ausarbeitung des GVP-Landesverbandes Bremen [Waldemar Klischies, 1956]; PA Stamm Slg. GVP-LV Bremen.

261 Klischies, Neutralität statt Remilitarisierung (wie Anm. 2), S. 150.

262 Klischies, Die GVP (wie Anm. 2), S. 132.

263 Klischies, Neutralität statt Remilitarisierung (wie Anm. 2), S. 150.

der SPD, die in einer Frage prinzipieller als die Älteren sich gegen die beginnende Remilitarisierung wehrten und deswegen neben dem Engagement in der SPD sich stark in der Vereinigung der Kriegsdienstgegner betätigten. Was lag damals näher, als Kontakte zur GVP in Sonderheit zu Gustav Heinemann zu suchen und ihn in seinem Kampf gegen den geplanten Wehrbeitrag zu unterstützen.«²⁶⁴ Koschnick versuchte die Öffnung der SPD für bürgerliche Kreise voranzutreiben und bemühte sich »sehr um die Überwindung langjähriger Vorurteile in der bremischen SPD gegen kirchliche Bindungen bzw. in der Bremischen Evangelischen Kirche gegen eine enge Zusammenarbeit mit der SPD.«²⁶⁵ Der Wunsch nach einem gemeinsamen Zusammenwirken wurde zu Beginn des Wahljahres auch aus dem kirchlichen Raum in Bremen geäußert. In einem Schreiben an den GVP-Landesverband betonten 15 Pastoren und Missionsmitarbeiter, »dass der bestimmende Einfluss der CDU nach 8 Jahren ein Ende finden sollte.« Die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung habe Tatsachen geschaffen, die die Möglichkeit einer Wiedervereinigung nahezu ausschließe. Da »dieser verhängnisvollen Politik« durch die Bundestagswahl Einhalt geboten werden könnte, müsse »allen oppositionellen Kräften die Möglichkeit gegeben werden, durch die Abgabe ihrer Stimmzettel politisch wirksam zu werden.« Trotz des zu beobachteten Anwachsens der oppositionellen Kräfte in den Gemeinden waren die Kirchenvertreter besorgt, dass diese Kreise aus verschiedenen Gründen nicht die SPD wählen. Da viele von ihnen potentielle GVP-Wähler seien, aber Bedenken hätten, dass ihre Stimme bei einer entsprechenden Wahlentscheidung verloren sei, »werden viele gar nicht wählen oder gar wieder der CDU ihre Stimme geben«, was in jedem Fall »vermieden werden« müsse. Die Verantwortlichen der GVP wurden aufgefordert, »Wege zu suchen, die die sinnvolle Beteiligung dieser politischen Gruppe bei der Bundestagswahl ermöglichen« und boten ihre aktive Unterstützung an.²⁶⁶

Allerdings war nach einem Spitzentreffen beider Parteien am 11. Februar 1957 klar, dass »irgendeine Hereinnahme von GVP-Kandidaten in die SPD-Landeslisten [...] nicht infrage« komme.²⁶⁷ Der SPD-Vorstand erteilte somit den favorisierten GVP-Plänen eine Absage.

Die Führung der Bremer GVP legte dem Parteipräsidium nach entsprechender Aufforderung die Position des Landesverbandes zur weiteren Tätigkeit vor. Eine »selbständige Beteiligung am Wahlkampf« wurde »als ausgeschlossen angesehen und abgelehnt.« Falls der SPD-Parteivorstand noch einmal an die GVP herantreten sollte, müsse erwogen werden, ob die Auflösung der Partei angeboten werden soll, wenn Gewähr bestehe, »dass einige unserer prominenten Freunde durch Übertritt an gesicherter Stelle nominiert werden.«

264 Hans Koschnick an den Verfasser, E-Mail vom 21. 9. 2009.

265 Ebd.

266 15 Pfarrer und Missionsmitarbeiter an den Vorstand der Gesamtdeutschen Volkspartei Bremen, 2. 1. 1957; AdsD SPD-Landesorganisation Bremen, Mappe 27. Vgl. auch: Sommer, *Wiederbewaffnung im Widerstreit* (wie Anm. 240), S. 225.

267 Adolf Scheu, *Von der GVP zur SPD 1956/1957* (wie Anm. 257), o. S.

Wenn keine Anfrage der Sozialdemokraten erfolge, müsste ein Bundesparteitag der GVP entscheiden, ob die Partei der SPD selbst dieses Angebot unterbreitet. Wenn keine weiteren Gespräche mit der SPD zustande kämen, »müsste ein Bundesparteitag über Weiterbestehen oder Auflösung der Partei entscheiden.«²⁶⁸ Conrad Ordemann, der bereits im Vorjahr Adolf Scheu vertraulich mitgeteilt hatte, dass er »keinen Schwung mehr« habe²⁶⁹, forderte das Parteipräsidium im Namen des Landesvorstands nachdrücklich auf, »dass jeglicher illusionären Haltung bezüglich ›selbständigem Wahlgang‹ entschieden entgegengetreten werden sollte.«²⁷⁰ Der Bundesvorstand votierte am 23. Februar 1957 einstimmig gegen eine eigenständige Wahlbeteiligung, beschloss aber ebenso einmütig, dass »der politische Auftrag der GVP« weiterbestehe und ein außerordentlicher Bundesparteitag den weiteren Weg festlegen solle.²⁷¹

Vor allem Adolf Scheu und Diether Posser vertraten nun den Standpunkt, die GVP müsse sich auflösen und ihre Mitglieder müssten in der SPD weiterarbeiten. Scheu, der fünf Jahre zuvor maßgeblich die Parteigründung forciert hatte, bat die GVP-Spitze, dem wankelmütigen Heinemann zu helfen, »seine Treuekomplexe über Bord zu werfen« und einer Auflösung der GVP zuzustimmen. »Diese Partei« – so teilte er Helene Wessel mit – »ist nicht mehr zu retten.«²⁷²

Am 17. April 1957²⁷³ beriet die GVP in Bremen »in einer stürmisch verlaufenen Mitgliederversammlung« über die Auflösungs-Empfehlung Possers und Scheus', die schließlich »mit großer Mehrheit von den Mitgliedern akzeptiert« wurde.²⁷⁴

Am 18./19. Mai 1957 trat in Essen der letzte Bundesparteitag der GVP zusammen und beschloss mit einer Vier-Fünftel-Mehrheit die Auflösung der Gesamtdeutschen Volkspartei. Die Empfehlung des Präsidiums, den Schritt in die SPD zu wagen, wurde von den meisten Parteimitgliedern befolgt, zumal die SPD zugesichert hatte, auch auf unterer Ebene ehemalige GVP-Aktivisten in die Parteiarbeit einzubinden. Heinemann erklärte am Tag nach dem Auflösungsbeschluss, der Beitritt zur SPD sei ihm »nicht leicht gefallen.« Wenn es aber auf diese Weise gelänge, »die Wiedervereinigung unseres Volkes auf friedlichem Wege und in einer unseren Vorstellungen entsprechenden Ordnung zu fördern, sowie zur Überbrückung der alten Kluft zwischen SPD und evangelischer Kirche beizutragen«, so wolle er »darin gern den tieferen Sinn der Entwicklung sehen.« Er wisse zudem, »dass viele

268 Conrad Ordemann an das Präsidium der GVP, 16. 2. 1957; AdsD NL Wessel, Nr. 240.

269 Conrad Ordemann an Adolf Scheu, 15. 9. 1956; AdsD NL Scheu, Nr. 101.

270 Conrad Ordemann an das Präsidium der GVP, 21. 2. 1957; AdsD NL Heinemann I, Nr. 58.

271 Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes der GVP in Köln, 22./23. 2. 1957; AdsD NL Wessel, Nr. 240; Schütz, Gustav Heinemann (wie Anm. 2), S. 188.

272 Adolf Scheu an Helene Wessel, 5. 4. 1957; AdsD NL Wessel, Nr. 240.

273 Einladungsschreiben des GVP-Landesverbandes vom 11. 4. 1957 zur Mitgliederversammlung am 17. 4. 1957; PA Koch, Ordner GVP 1952–1957.

274 Klischies, Neutralität statt Remilitarisierung (wie Anm. 2), S. 151.

Freunde jetzt diesen Weg mit mir gehen.«²⁷⁵ Zu diesen Freunden zählten neben Erhard Eppler, der schon ein Jahr zuvor das sozialdemokratische Parteibuch in Empfang genommen hatte²⁷⁶, zahlreiche andere Weggefährten wie Helene Wessel, Adolf Scheu, Diether Posser und Johannes Rau. Der Bremer Landesvorsitzende Conrad Ordemann gehörte nicht dazu. Der Schwager Heinemanns kehrte der aktiven Parteipolitik den Rücken. »Politisch stand er der SPD sehr nah, ohne in diese einzutreten. Der Lebensweg sollte ohne Parteibuch sein.«²⁷⁷

In Bremen organisierte Landesgeschäftsführer Klischies die Überführung des GVP-Landesverbandes in die SPD. In einem Brief an den sozialdemokratischen Landesvorsitzenden Paulmann betonte er, »dass unsere Mitglieder und Anhänger vorwiegend aus kirchlichen Kreisen kommen« und man es daher »als besondere Aufgabe ansehen« werde, »zur Überwindung der weltanschaulichen Gräben, u. a. der Vorbehalte und Ressentiments kirchlicher Kreise gegenüber der SPD, beizutragen.« Ziel müsse es ein – so Klischies –, »möglichst weite Kreise aus dem Raum der evangelischen Kirche, die bisher den sog[enannten] bürgerlichen Parteien, insbesondere der CDU, nahestanden, zumindest zur Stimmabgabe für die SPD zu gewinnen.«²⁷⁸

Hans Koschnick, der bereits im Vorjahr durch sein Engagement für die Kriegsdienstverweigerung Kontakte zu Bremer GVP-Aktivisten besaß, war auf Seiten der SPD für die Aufnahme der Gesamtdeutschen zuständig und bemerkte rückblickend: »Mein Gesprächspartner für das politische Anliegen der GVP-Mitglieder war der damalige Geschäftsführer der GVP, Waldemar Klischies. Wir haben offen miteinander gesprochen. Nicht zuletzt auch die vorurteilsbelasteten Bedenken ausgetauscht und dann beide jeweils im eigenen Lager um neues Verständnis gerungen. Ich fand dieses bei den Jüngeren, die inzwischen in der bremischen SPD schon viele Positionen übernommen hatten und die Älteren haben uns dafür weitgehend freie Hand gegeben. Es gab deshalb auch keine grundsätzlichen Bedenken bei denen, die anfangs noch skeptisch gewesen waren. Umgekehrt gab es im Kreise der GVP, und das nicht nur bei Conrad Ordemann, zunehmend Sympathie für ein engeres Miteinander, auch wenn ein Teil der in der GVP Engagierten diesen Schritt nicht mitgehen wollten, weil sie eh skeptisch waren für ein parteipolitisches Engagement und sich lieber weiterhin in der evangelischen Kirche engagieren wollten.«²⁷⁹ Zu dieser Gruppe zählte auch Ordemann, »obwohl er gleichzeitig seinem Schwager Gustav Heinemann sehr zuredete, in der SPD zu wirken.«²⁸⁰

275 Gustav Heinemann an Helmut Gollwitzer, 20. 5. 1957; Evangelisches Zentralarchiv, Berlin (EZA) NL Helmut Gollwitzer, 686/7997.

276 Eppler, Links leben (wie Anm. 154), S. 93 f.

277 So Christian Ordemann, der Sohn Conrad Ordemanns, an den Verfasser, Brief vom 24. 7. 2009.

278 Waldemar Klischies an den Vorstand des Ortsvereins Bremen der SPD, Herrn Paulmann, 25. 5. 1957; AdsD SPD-Landesorganisation Bremen, Mappe 6.

279 Hans Koschnick an den Verfasser, E-Mail vom 21. 9. 2009.

280 Ebd.

Die SPD sah in dem Auflösungsbeschluss der GVP und der Empfehlung an ihre Mitglieder, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten eine »logische Folge des seit mehreren Jahren« von Heinemann unternommenen, »aber vergeblichen Versuchs, den Totalitätsanspruch der CDU in der deutschen Politik allein wirksam entgegenzutreten.« Die SPD begrüßte es, dass sich zahlreiche GVP-Aktivisten der »großen Gemeinschaft von Gleichgesinnten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Verfügung« stellen »und mit diesen gemeinsam und gestützt auf deren Erfahrungen den Kampf um die Wende in der deutschen Politik weiter[zu]führen.«²⁸¹ Diese Wende blieb bei den Wahlen zum dritten Deutschen Bundestag allerdings aus. Die Mehrheit der Westdeutschen wollte »Keine Experimente« – so der werbewirksame Slogan der Unionsparteien – und bescherten Bundeskanzler Konrad Adenauer eine absolute Mehrheit.

Immerhin war bereits im Wahlkampf deutlich geworden, dass eine Brücke zwischen der Sozialdemokratie und Teilen der Bremischen Evangelischen Kirche geschlagen worden war. Auf einer SPD-Wahlkundgebung mit Gustav Heinemann am 4. September 1957 in der ›Glocke‹ verlas der vormals in der GVP aktive Pastor Friedrich Gerlach eine Erklärung, in welcher der Übertritt Heinemanns zur Sozialdemokratie als Zeichen dafür begrüßt wurde, »dass ein Christ nicht nur die Politik der CDU ablehnen, sondern auch in einer anderen Partei seine politische Verantwortung wahrnehmen« könne.²⁸² Der SPD-Landesvorsitzende nahm den Ball auf und erklärte vor dem Landesvorstand seiner Partei, es müsse »baldigst [...] eine Klärung unseres Verhältnisses zur Kirche« erfolgen, zumal dafür »gerade in Bremen [...] gute Ansätze vorhanden« seien.²⁸³ Ohne konkret auf den Zuwachs durch die Gesamtdeutsche Volkspartei einzugehen, hieß es im Jahresbericht der sozialdemokratischen Landesorganisation, es sei »besonders erfreulich [...], dass bei den Neuaufnahmen hauptsächlich jüngere Jahrgänge zur Partei« gekommen und dass »alle Bevölkerungskreise vertreten« seien.²⁸⁴ Insgesamt war die Anzahl ehemaliger GVP-Aktivisten in der Bremer SPD zwar »äußerst gering«²⁸⁵, so dass sie in der Hansestadt quantitativ keinesfalls als ›große[r] Blutspender der SPD‹ gelten können, wie Hans Koschnick 1970 im Senat bemerkte. Allerdings entwickelten die früheren Mitglieder der Gesamtdeutschen Volkspartei auch in der Hansestadt »eine große politische Aktivität.«²⁸⁶ Der Befund des Politikwissenschaftlers Franz Walter, dass das »Experiment ›Gesamtdeutsche

281 »Ein folgerichtiger Schritt«, in: Bremer Bürgerzeitung, 69. Jg., Nr. 21, 25. 5. 1957, [S. 2].

282 »Evangelische Absage an die CDU«, in: Bremer Bürgerzeitung, 69. Jg., Nr. 36, 7. 9. 1957, [S. 4]. Zu den Unterzeichnern zählten u. a. Karl Stoevesandt und die Pastoren der Stephani-Gemeinde, Gustav Greiffenhagen und Wilhelm Garlipp. Vgl.: Butterwegge, Friedenspolitik in Bremen (wie Anm. 51), S. 160.

283 Protokoll über die Sitzung des SPD-Landesvorstandes, 23. 9. 1957; AdsD Landesorganisation Bremen, Mappe 27.

284 Jahresbericht 1957 der SPD-Landesorganisation Bremen 1957; AdsD SPD-Landesorganisation Bremen, Mappe 86.

285 Renate Meyer-Braun, Die Bremer SPD (wie Anm. 246), S. 168.

286 Ebd.

Volkspartei« nicht [...] folgenlos blieb«²⁸⁷ und »die ›Gesamtdeutschen‹ sich nicht spurlos im Fußvolk der SPD [...] verloren« oder mit hinteren Reihen der Parteihierarchie begnügten, sondern sich »prägende Rollen« aneigneten²⁸⁸, trifft mit Abstrichen auch auf Bremen zu. Waldemar Klischies, der sowohl der Bürgerschaft wie auch dem Landesvorstand der SPD angehörte, wurde der prominenteste Sozialdemokrat aus den Reihen der GVP. Im SPD-Ortsverein Schwachhausen waren die ehemaligen ›Gesamtdeutschen‹ – neben Klischies u. a. Diether Koch, Johannes Gildemeister und Peter Ziegert – mit der Zeit durchaus tonangebend.²⁸⁹ Aber auch für Henning Scherf, dem langjährigen Bürgermeister und Präsidenten des Bremischen Senats, dessen Vater in der Bremer GVP aktiv war, bot die Partei, für die er als Jugendlicher »Plakate geklebt« hatte,²⁹⁰ »eine politische Heimat.«²⁹¹ Er nennt Heinemann seine »große politische Orientierungsgestalt.«²⁹²

Nachdem Gustav Heinemann in der nächtlichen Bundestagssitzung am 23. Januar 1958 mit seiner Generalabrechnung über Adenauers Deutschland- und Sicherheitspolitik²⁹³ auf die bundespolitische Bühne zurückgekehrt war, die er im Jahre 1950 verlassen hatte, ließ Conrad Ordemann seinen ehemaligen GVP-Mitstreiter Adolf Scheu wissen: »Wie großartig, dass im Bundestag mal ein Paukenschlag erfolgte! Wie gut und richtig war doch unser Beschluss der Auflösung unserer politischen Hypotheken in Gestalt der Partei!«²⁹⁴

287 Franz Walter, Vom Milieu zum Parteienstaat. Lebenswelten, Leitfiguren und Politik im historischen Wandel, Wiesbaden 2010, S. 169.

288 Ebd., S. 173.

289 Renate Meyer-Braun, Die Bremer SPD (wie Anm. 246), S. 169.

290 Henning Scherf im Gespräch mit Dieter Lehner in der Sendung ›Alpha-Forum‹ des Bayerischen Rundfunks, 15. 12. 2009; <https://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/sendungen/alpha-forum/henning-scherf-sendung-100.html> (Zugriff am 6. 4. 2018).

291 Henning Scherf, Geleitwort, in: Detlef Bald (Hrsg.), Schwellen überschreiten. Friedensarbeit und Friedensforschung. Festschrift für Dirk Heinrichs (Beiträge zur Historischen Friedensforschung, Bd. 4), Essen 2005, S. 9.

292 Zit. nach: Volker Mauersberger, Henning Scherf. Zwischen Macht und Moral – eine politische Biografie, Bremen 2007, S. 105.

293 Otto Dann, Eine Sternstunde des Bundestages. Gustav Heinemanns Rede am 23. Januar 1958 (Reihe Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Heft 81), Bonn 2008.

294 Conrad Ordemann an Adolf Scheu, 5. 2. 1958; AdsD NL Scheu, Nr. 101.

Kurt Nemitz – Zeitzeuge der NS-Verfolgung, Wirtschaftspolitiker und »soziales Gewissen« der Deutschen Bundesbank

Von Karl Marten Barfuss

Überblick

Im Leben von Kurt Nemitz spiegelt sich die jüngere und jüngste deutsche Geschichte wie in kaum einer anderen bremischen Biographie: In Berlin zur Welt gekommen (1925) als Sohn eines jüdischen Vaters, des prominenten sozialdemokratischen Politikers Julius Moses, und einer politisch engagierten Mutter, Elfriede Nemitz, Tochter der Reichstagsabgeordneten Anna Nemitz, erlebte er die Verbrechen und persönlichen Demütigungen des Dritten Reichs ebenso unmittelbar wie den politischen und wirtschaftlichen Neuanfang und die Rückkehr zur Demokratie nach dem Kriege. Seine Tätigkeit in Bremen als Senatsdirektor im Ressort für Wirtschaft und Außenhandel (1964 bis 1976) und besonders danach als Präsident der Landeszentralbank Bremen (1976 bis 1992) verschafften ihm hohes Ansehen vor allem unter Fachleuten; und seine Leidenschaft bei der Erforschung der deutsch-jüdischen Vergangenheit, angeregt durch seine Familienbiographie, machten ihn auch unter Historikern und Judaisten weit über Bremen hinaus bekannt.

Kurt Nemitz steht nicht nur für seine eigenen Verdienste; er ist zudem Repräsentant einer politischen Ahnenreihe, die bis in das 19. Jahrhundert reicht. Sozialdemokratische Vorfahren mütterlicherseits haben ihn ebenso geprägt wie das Judentum väterlicherseits. Beides, Sozialdemokratie und Judentum verschmolzen zu einer Symbiose, in der sich die humanitären Traditionen der Weimarer Zeit und der Bundesrepublik vermischten mit dem Schrecken und der Tragödie des NS-Staates. Kurt Nemitz äußert sich dazu wie folgt: »Ich wurde in eine politische Familie hineingeboren. Vater und Großmutter waren Reichstagsabgeordnete, sie kämpften für Freiheit und Demokratie. Ihre Schicksale haben mich mitgeprägt.«¹

Der Vater Julius Moses – »Volksarzt« und Opfer der NS-Verfolgung

Kurt Nemitz' Vater, Julius Moses, »Volksarzt und Prophet des Schreckens« (Holger Böning)², wurde 1868 als Sohn eines jüdischen Handwerkers in

1 Kurt Nemitz, Bundesratufer – Erinnerungen; in: Oldenburgische Beiträge zu Jüdischen Studien, Bd. 16, hrsg. von Aron Bodenheimer, Michael Daxner, Kurt Nemitz, Alfred Paffenholz, Friedrich Wißmann, Oldenburg 2006, S. 16.

2 Holger Böning, Julius Moses – Volksarzt und Prophet des Schreckens, Ein jüdi-

Posen (heute Poznan, Polen) geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums und dem Medizinstudium an der Universität Greifswald ließ er sich 1893 als praktischer Arzt in Berlin nieder. Bereits wenig später wurde er politisch aktiv, u. a. für den Deutsch-Freisinnigen Arbeiterverein, und bekannte sich zu den Idealen der 1848er Revolution. Um die Jahrhundertwende widmete er sich in Vorträgen und Veröffentlichungen auch jüdischen Angelegenheiten. Sein Interesse galt dabei vor allem der Frage nach dem wirksamsten Weg zur Bekämpfung des Antisemitismus und dem Für und Wider der jüdischen Assimilation. Julius Moses wird Herausgeber von Zeitschriften und Sammelwerken; am bekanntesten war die Zeitschrift »Der Kassenarzt«, die von 1924 bis 1933 von ihm herausgegeben wurde und sich vor allem als Forum der Kritik an der konservativen ärztlichen Standespolitik verstand. Mit der Gründung (1902) und Herausgabe des »General-Anzeigers für die gesamten Interessen des Judentums« appellierte er an das Selbstbewusstsein der im Reich lebenden Juden; sie sollten ihr Judentum nicht länger verstecken und sich dazu bekennen.³

Nachdem sich Moses anfänglich als Anhänger liberaler Ideen und der »Freisinnigen« verstand, näherte er sich schon bald der Sozialdemokratie. Um 1910 wurde er, angeregt durch August Bebels berühmte Parteitagrede wider den Antisemitismus und die soziale Situation seiner überwiegend aus Arbeiterfamilien stammenden Patienten, für die SPD aktiv. Große Bekanntheit erlangte er 1912 durch sein Engagement in der sog. Gebärstreik-Debatte. Ausgelöst durch das soziale Elend von Arbeiterfamilien mit vielen Kindern warb er für die Anwendung empfängnisverhütender Mittel undklärte die Frauen über das »Recht auf den eigenen Leib« auf. Seine entschiedenen Gegner waren nicht nur konservative Kreise, u. a. die Repräsentanten des Militärs, sondern auch prominente Sozialdemokratinnen wie Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, die »vom hohen Kothurn der Parteileitung der SPD versuchten, die Thesen des unbotmäßigen Genossen Dr. Moses zu widerlegen.«⁴ Der Jammer der Junker und Pfaffen über den Geburtenrückgang sei, so Julius Moses, der beste Beweis dafür, dass der Gebärstreik nicht die einzige, aber eine besonders wirksame Waffe im Klassenkampf sei. Für Rosa Luxemburg hingegen war der große Beifall der Arbeiterfrauen für Moses »ein beschämendes Zeugnis für die Rückständigkeit und Oberflächlichkeit der Massen«. Moses hielt an seiner realitätsbezogenen Argumentation fest und ging, gestützt auf Ovationen in sozialdemokratischen Versammlungen, als Sieger aus der Gebärstreikdebatte hervor.⁵ Er bezeichnete Klara Zetkin ironisch als »Staatsanwalt«, weil sie sich unbarmherzig über die wirklichen Nöte der Frauen hinwegsetze. Unter seinen Zuhörern befand sich auch die

sches Leben in Deutschland, in: *Presse und Geschichte – Neue Beiträge*, hrsg. von Astrid Blome, Holger Böning und Michael Nagel, Bd. 100, Bremen 2016.

3 Böning, Julius Moses (wie Anm. 2), S. 69 ff.

4 Kurt Nemitz, Julius Moses: Arzt und Parlamentarier – Erinnerungen an den 1942 in Theresienstadt umgekommenen Berliner Stadtverordneten und Reichstagsabgeordneten, in: *Berlin in Geschichte und Gegenwart, Jahrbuch des Landesarchivs Berlin* (2007), S. 139 ff.

5 Böning, Julius Moses (wie Anm. 2), S. 137.

in der sozialdemokratischen Frauenbewegung aktive Anna Nemitz mit ihrer Tochter Elfriede, der Mutter von Kurt Nemitz.⁶

Von 1920 bis 1932 war Julius Moses Mitglied des Reichstags, zunächst für die von der SPD abgespaltene USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und von 1920 bis 1932 für die SPD. Er wurde zum Sprecher für Gesundheitspolitik und wirkte im Parteivorstand mit. Früh schon warnte er vor den Gefahren des Nationalsozialismus und geißelte die Hetze ärztlicher Standesorganisationen gegen jüdische Ärzte. Seine zukunftsweisen- den Verdienste lagen in der vorbeugenden Gesundheitspflege und Hygiene- erziehung, der institutionellen Verankerung der Gesundheitspolitik mit der Forderung nach einem selbständigen Gesundheitsministerium sowie der Abschaffung des Abtreibungsparagraphen 218 und der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten.⁷

1896 heiratete er die aus einer gutbürgerlich-jüdischen Familie stam- mende Gertrud Moritz. Nachdem sich die Ehe bald auseinander gelebt hatte⁸, lernte er 1913 bei politischen Veranstaltungen die engagierte Sozial- demokratin Anna Nemitz⁹ und ihre Tochter Elfriede kennen. Er verliebte sich in Elfriede; eine Heirat lag nahe, scheiterte aber an der fehlenden Be- reitschaft seiner Ehefrau Gertrud, sich scheiden zu lassen. Die Beziehung galt daher als illegal. 1920 wurde die Tochter Lotte geboren; 1925 folgte der Sohn Kurt in Berlin. Julius Moses und Elfriede Nemitz lebten bis zu den Nürnberger Rassegesetzen (1935) in eheähnlicher Gemeinschaft zusammen. Sie einte bis zum tragischen Ende von Julius Moses besonders auch die Zu- gehörigkeit zur SPD.

»Die zwölf Jahre, die Julius Moses im deutschen Reichstag wirkte, gehö- ren zur glücklichsten Zeit in seinem Leben nicht zuletzt durch das harmoni- sche Zusammenleben mit Elfriede Nemitz.«¹⁰ Julius Moses war im Reichstag nicht nur einer der prominentesten Vertreter einer sozialdemokratischen Sozial- und Gesundheitspolitik, sondern er war auch auf dem Gebiet der Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung aktiv. Seine den Holocaust überlebenden Kinder aus seiner Ehe mit Gertrud geb. Moritz, die 1942 in Theresienstadt umkam, wurden zu Säulen der engen Bindung von Kurt Ne- mitz an Israel und seines lebhaften Interesses an jüdischer Geschichte und der Politik Israels.

Die Nürnberger Gesetze hatten für Kurt Nemitz zur Folge, dass er als Sohn eines jüdischen Vaters und einer nicht-jüdischen Mutter als »Misch- ling ersten Grades« galt. Dieser Status war mit üblen Diskriminierungen verbunden, die den späteren Ökonomen und Historiker in seinen Einstellun- gen stark prägen sollten. Zum Schutz des Sohnes wurde die Lebenspartner- schaft zwischen Julius Moses und Elfriede Nemitz nach außen aufgehoben. Kurt Nemitz nahm, um sich gegen Verdächtigungen und Diskriminierungen

6 Böning, Julius Moses (wie Anm. 2), S. 136

7 Nemitz, Julius Moses (wie Anm. 4), S. 141 ff.

8 Böning, Julius Moses (wie Anm. 2), S. 49, 120.

9 Näheres zu Anne Nemitz, s. u.

10 Böning, Julius Moses (wie Anm. 2), S. 202.

zu schützen, den Familiennamen seiner Mutter an. Außerdem ließen die Eltern ihren Sohn taufen und konfirmieren. Mit dem Namen Nemitz wurde er auf Betreiben seines Schulleiters auch in die Schülerliste seines Gymnasiums eingetragen, so dass er von nun an antisemitischen Verunglimpfungen weitgehend entgehen konnte und nicht länger als »Judenbengel« beschimpft wurde.¹¹ 1935 verließ Julius Moses notgedrungen die gemeinsame Wohnung und zog in ein sog. »Judenhaus« in der Berliner Levetzow-Straße.¹² Kurt Nemitz lebte von nun an allein bei seiner Mutter in der alten Wohnung.¹³ Er pflegte den Kontakt zu seinem Vater vor allem durch rege Korrespondenz. Julius Moses unterschrieb seine Briefe zur Vermeidung seines jüdischen Namens mit »Onkel Julius«. Elfriede Nemitz hielt sich als Inhaberin eines Kurzwarenladens in Berlin über Wasser.

Die Diskriminierungen jüdischer Ärzte verschärften sich und führten 1938 zu einer Verordnung, die jüdischen Mediziner den Titel eines Arztes aberkannte und durch die herabsetzende Bezeichnung »Krankenbehandler« ersetzte. Das *Deutsche Ärzteblatt* gab mit Genugtuung bekannt, dass nahezu jedes Wirken als Arzt für Juden nunmehr in Deutschland beendet sei; lediglich die eigene Familie und jüdische Patienten durften noch von jüdischen Ärzten behandelt werden¹⁴, nicht aber (im Jargon der NS-Ideologie) *deutschblütige Menschen*. Einflussreiche Standesorganisationen der deutschen Ärzte huldigten derweil der von Moses gegeißelten rassistischen Ideologie des NS-Staats mit der Befürwortung von Massensterilisationen, Experimenten an Lebenden und der Euthanasie.¹⁵

Seinen siebzigjährigen Geburtstag beging Julius Moses allein; Elfriede mied den Besuch mit Rücksicht auf ihren gefährdeten Sohn und das Ansehen ihres Kurzwarengeschäfts. Sohn Kurt konnte dank ihm gewogener Lehrer das Gymnasium besuchen, wobei die Relegation stets wie ein Damoklesschwert über ihm schwebte.

Die Demütigungen durch den NS-Staat und seine Schergen hielten Julius Moses nicht davon ab, sich gleichermaßen als Jude und Deutscher zu verstehen. Dabei hat ihn die religiöse Seite trotz seiner konservativen Erziehung zunächst nicht sonderlich interessiert. Seine streitbare Gegnerschaft gegen den NS-Rassismus hatte vielmehr humanitäre Wurzeln und speiste sich aus der Bewunderung für die jüdische Geschichte. Aber auch die deutsche Geschichte und Kultur machte er sich mit großem Interesse zu eigen; so schrieb er seinem Sohn aus erster Ehe, Erwin, bereits im Zeichen schrecklicher Verfolgungen, nach Israel: »Ja, ich komme nun einmal nicht

11 Böning, Julius Moses (wie Anm. 2), S. 229.

12 Als *Judenhaus* wurden in der Behördensprache des nationalsozialistischen Deutschland Wohnhäuser aus (ehemals) jüdischem Eigentum bezeichnet, in die ausschließlich jüdische Mieter und Untermieter zwangsweise eingewiesen wurden.

13 Seine Schwester Lotte starb bereits 1929 an den Folgen einer Diphtherie-Erkrankung; Böning, Julius Moses (wie Anm. 2), S. 203.

14 Böning, Julius Moses (wie Anm. 2), S. 271 f.

15 Böning, Julius Moses (wie Anm. 2), S. 314.

los von der Freude am Studium der deutschen Geschichte, der deutschen Literatur und des allgemeinen öffentlichen Lebens«, um sogleich einzuschränken, dass seinen Enkeln sein Interesse an Deutschland womöglich kaum noch begreiflich zu machen sei.¹⁶ Kurt Nemitz erlebte die Qualen seines Vaters bis fast an dessen Lebensende hautnah; zugleich lernte er die noch lebende sozialdemokratische Prominenz kennen, darunter vor allem den ehemaligen Reichstagspräsidenten und engen Freund seines Vaters, Paul Löbe, mit dem Julius Moses sich bis zu seiner Deportation regelmäßig traf. Kurt Nemitz hat bis an sein Lebensende von seinen Erinnerungen gezehrt und sie in einer Fülle von Veröffentlichungen der Nachwelt weitergegeben.

Nachdem im Oktober 1941 in Berlin die Deportationen in den Osten begannen, wurde Julius Moses im Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert. Der sechzehnjährige Sohn Kurt half, zusammen mit seiner Großmutter Anna Nemitz und seiner Mutter Elfriede, dem Vater beim Packen des Rucksacks und begleitete ihn zum Bahnhof. Der Vater ließ sich keine Rührung anmerken. Es war das letzte Mal, dass Vater und Sohn einander sahen.¹⁷ Später berichtete ein Augenzeuge, er habe Julius Moses mit zehn anderen Männern gemeinsam auf dem Boden liegend, notdürftig zugedeckt mit einer leichten Decke, gesehen. Nach 79 Tagen, am 24. September 1942, verstarb Julius Moses in Theresienstadt unter menschenunwürdigen Bedingungen an den Folgen einer Lungenentzündung »als Opfer einer Mörderbande, vor der er früh und vergeblich gewarnt hatte.«¹⁸

Großmutter Anna und Mutter Elfriede Nemitz – Kämpferinnen für eine gerechtere Welt

Neben dem Vater Julius Moses und der Mutter Elfriede Nemitz spielte die Großmutter Anna Nemitz im Leben von Kurt Nemitz eine prägende Rolle. Sie wurde 1873 als Kind einer Arbeiterfamilie in Bromberg (heute Bydgoszcz; Polen) geboren; ihr Mann Carl war Marmorschleifer und bekennender Sozialdemokrat. Das soziale Elend und die Diskriminierung der Arbeiterschaft veranlassten auch Anna zum Eintritt in die SPD. Die Familie zog 1906 ins Ruhrgebiet (Bochum) um; hier engagierte sich Anna Nemitz im Kreisvorstand der SPD unter Berufung auf die erweiterten Frauenrechte durch das Reichsvereinsgesetz, das erstmalig die Aufnahme weiblicher Mitglieder in die Partei ermöglichte. 1911 zog die Familie nach Berlin. Anna Nemitz nahm aktiv mit eigenen Redebeiträgen an Massenkundgebungen und Streiks teil und schulte ihre agitatorischen Fähigkeiten. 1917 trat sie der neu entstandenen USPD bei und wurde 1918 als einzige Frau Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats in Charlottenburg. Nachdem sie weitere politische Ämter übernommen hatte, wurde sie 1920 für die USPD in den Reichstag gewählt, dem sie ununterbrochen bis 1933 angehörte. Nach der Vereinigung

16 Böning, Julius Moses (wie Anm. 2), S. 313 ff.

17 Böning, Julius Moses (wie (Anm. 2), S. 302 ff.; vgl. auch Kurt Nemitz, Bundesratufer (wie Anm. 1), S. 35 ff.

18 Böning, Julius Moses (wie Anm. 2), S. 310.

der USPD mit der SPD (1922) gehörte sie schließlich als Beisitzerin auch dem Parteivorstand der SPD an.

Als 1933 die Verfolgung von Sozialdemokraten durch die Nationalsozialisten einsetzte, entkam Anna Nemitz in Köpenick, ihrem Berliner Wohnort, den mörderischen Ausschreitungen der SA (»Köpenicker Blutwoche«), indem sie sich verbarg. Sie versteckte zugleich den umfangreichen Nachlass ihres Schwiegersohns, Julius Moses, und machte ihn später einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich. Außerdem nutzte sie die beschränkten Möglichkeiten, sich privat mit politisch Gleichgesinnten zu treffen und an der Bildung mehr oder minder geheimer Netzwerke mitzuwirken. Im Krieg verlor sie ihren Sohn Arthur, der von den Nationalsozialisten in den Selbstmord getrieben wurde; der zweite Sohn, Paul, erlitt schwere Verwundungen.¹⁹

1945 war Anna Nemitz, nunmehr 73 Jahre alt, maßgeblich an der Wiedergründung der SPD in Köpenick (Ostberlin) beteiligt. Sie widerstand den Verlockungen der neu gegründeten sozialistischen Einheitspartei SED und hielt der SPD die Treue, ungeachtet zunehmender Hetze gegen sie seitens der SED. Auch an ihrem Wohnsitz in Ostberlin hielt sie mutig fest.²⁰ Sie verlegte ihre Wohnung, so vermutete ihr Enkel Kurt Nemitz, auch deshalb nicht nach Westberlin, weil sie ihre Hoffnung auf die baldige Überwindung der Teilung Berlins und Deutschlands nie aufgegeben hat.²¹ Zu ihrem 80. Geburtstag, am 3. Januar 1953, wurde Anna Nemitz zur Stadtältesten von Berlin ernannt; der Regierende Bürgermeister, Ernst Reuter, überreichte ihr im Rathaus Schöneberg die Ernennungsurkunde. Fünf Jahre später, aus Anlass ihres 85. Geburtstags, fand ein Empfang durch den Regierenden Bürgermeister Willy Brandt im Schöneberger Rathaus statt. Anlässlich ihres Todes 1962 hielt Willy Brandt die Traueransprache. Anna Nemitz wurde in einem Ehrengrab beigesetzt. Vierzig Jahre später wurde eine neue Brücke über den Teltowkanal nach ihr benannt. Kurt Nemitz hat seine Großmutter Anna wegen ihres Muts in der Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten und später mit der SED im Osten der Stadt Berlin, ihrer Konsequenz und sozialen Gesinnung verehrt und bewundert.

Kurt Nemitz' Mutter, Elfriede, die mit ihrem Geschäftssinn in schweren Zeiten wesentlich zum Unterhalt der Familie beigetragen hatte, übernahm nach dem Kriege auf Drängen von Freunden ebenfalls ein politisches Mandat; 1946 ließ sie sich zum Mitglied der ersten konstituierenden Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg wählen.²²

19 Böning, Julius Moses (wie Anm. 2), S. 313.

20 Nemitz, Bundesratufer (wie Anm. 1), S. 28 f.

21 Kurt Nemitz, »Ein der Gerechtigkeit gewidmetes Leben«, Erinnerungen an die Reichstagsabgeordnete und Berliner Stadtälteste Anna Nemitz (1873–1962), in: Berlin in Geschichte und Gegenwart, Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 2004, hrsg. v. Klaus Dettmer, S. 162.

22 Böning, Julius Moses (wie Anm. 2), S. 312 ff.; Nemitz, Bundesratufer (wie Anm. 1), S. 25 ff.

Stationen eines bewegten Lebens:

Frühe Jahre – Jugend, Studium, Journalismus, Tätigkeit beim DGB

Kurt Nemitz überlebte den NS-Terror zunächst in der Obhut seiner Mutter und tauchte schließlich in Süddeutschland unter. Bei der 1942 anstehenden Musterung galt er zwar als kriegsverwendungsfähig, wurde aber aus »rassischen« Gründen nicht zum Militär eingezogen.²³ 1945 war er Praktikant in einer Galvanofabrik, die von Berlin nach Geislingen an der Steige verlagert worden war. Er wirkte dort vorübergehend als Chefredakteur der Geislinger Zeitung und erwarb zugleich erste Erfahrungen in der Lokalpolitik.²⁴ Gleich nach Kriegsende trat er auch der SPD bei und übernahm im Laufe der Zeit zahlreiche Ämter und Funktionen in der Partei. Die journalistische Tätigkeit wurde von nun an zu einem wichtigen Pfeiler seines Wirkens. 1946 zog er nach Berlin zurück. Von 1951 bis 1953 war Kurt Nemitz dann als Redakteur in Frankfurt tätig; im Jahre 1953 folgte der Sprung nach Bonn und damit in das politische Zentrum der Bundespolitik.

Nemitz studierte Volkswirtschaft in Berlin und Bonn sowie ein Jahr (1949/50) an der Graduate School of Public Policy der Harvard University, wo er sich u. a. mit der Theorie des bedeutenden britischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883–1946) auseinandersetzte. Keynes forderte, gestützt auf die Erfahrungen der großen Depression der 1930er Jahre, den Staat auf, bei Stagnation und Massenarbeitslosigkeit seine eigene Nachfrage durch Kreditaufnahme zu erhöhen (sog. deficit spending), um die Wirtschaft anzukurbeln. Nach Keynes versagen in der Krise die sog. Selbstheilungskräfte der Wirtschaft. Nemitz blieb zeit seines Lebens »Keynesianer«. In Harvard lernte er auch den ehemaligen Reichskanzler Heinrich Brüning²⁵ sowie den bedeutenden Ökonomen Joseph A. Schumpeter persönlich kennen²⁶ und verschaffte sich im Diskurs mit ihnen und anderen bekannten Ökonomen einen intensiven Überblick über das breite Spektrum der ökonomischen Theorie.

1959 promovierte er an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn zum Dr. rer. pol. mit einer Dissertation über »Die wirtschaftsordnungspolitische Konzeption der deutschen Sozialdemokratie«²⁷. Seiner journalistischen Tätigkeit blieb er während seines Studiums treu, und zwar auch dann noch, als er 1956 in die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf eintrat. Er wurde dort zunächst Landespressechef und danach engster Mitarbeiter des legendären Vorsitzenden des Deutschen

23 Vgl. Kurt Nemitz, Bundesratufer (wie Anm. 1), S. 96 f.

24 Vgl. Kurt Nemitz, Bundesratufer (wie Anm. 1), S. 109 ff.

25 Heinrich Brüning amtierte von 1930 bis 1932 als Reichskanzler. Er betrieb, ganz im Gegensatz zur keynesianischen Lehre, eine prozyklische Wirtschaftspolitik mit steigenden Steuern, sinkenden Staatseinnahmen und Lohnsenkungen mit der Konsequenz eines verstärkten Abschwungs.

26 Vgl. Kurt Nemitz, Bundesratufer (wie Anm. 1), S. 145 ff.

27 Die Dissertation wurde 1960 zur Grundlage seiner Veröffentlichung über die »Sozialistische Marktwirtschaft – Die wirtschaftsordnungspolitische Konzeption der deutschen Sozialdemokratie«, die Kurt Nemitz seinem Vater Julius Moses widmete, erschienen bei der Europäischen Verlagsanstalt.

Gewerkschaftsbundes DGB, Ludwig Rosenberg, der wie Kurt Nemitz einer Familie mit jüdischen Wurzeln entstammte.²⁸ Als »Weltmann im besten Sinne des Wortes, mehrsprachig, von scharfer Intelligenz, oft sarkastisch« und »als unübertroffener Erzähler jüdischer Witze« hat er Kurt Nemitz nachhaltig beeindruckt. Seine Vorgesetzten in der Landesregierung und beim DGB (Fritz Steinhoff, Heinz Kühn, Ludwig Rosenberg u. a.) kamen fast alle aus der Emigration und dem Widerstand gegen das NS-Regime. Für Rosenberg wirkte er maßgeblich als Referent für Grundsatzfragen am neuen DGB-Grundsatzprogramm mit. Zu seinen Aufgaben gehörte auch der Kontakt des DGB zu kulturellen Einrichtungen, Künstlern und Schriftstellern, die (u. a. Günther Grass, Martin Walser, Alexander Kluge) er zu einem Treffen mit dem DGB-Vorstand in Oberursel zusammenführte. Seit 1955 war er zugleich im Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks vertreten. 1959 nahm Kurt Nemitz die an ihn herangetragene Möglichkeit wahr, im Auftrag des Auswärtigen Amtes einige Monate für die Politik der Wiedervereinigung an der deutschen Botschaft in Bangkok zu werben.²⁹ Die Eindrücke in Bangkok, das Studium in Harvard und der Kontakt zu einer Vielzahl von Menschen unterschiedlicher nationaler und religiöser Herkunft sollten fortan seine beeindruckende Weltoffenheit und Weltläufigkeit prägen.

Senatsdirektor in Bremen (1964–1976)

1964 trat Kurt Nemitz auf eine Anfrage hin³⁰ in den Dienst der Freien Hansestadt Bremen, zunächst (1964) als Leitender Regierungsdirektor und ab 1965 als regulärer Senatsdirektor (heute Staatsrat) bis 1976. In seiner Funktion als Senatsdirektor war er zugleich Stellvertreter des Senators für Wirtschaft und Außenhandel während der Amtszeit der Senatoren Karl Eggers, Oskar Schulz, Karl-Heinz Jantzen und Dieter Tiedemann. Sein Respekt und seine Bewunderung galten in erster Linie dem legendären Bremer Bürgermeister und Senatspräsidenten Wilhelm Kaisen, der den Wiederaufbau der Stadt Bremen maßgeblich mitgestaltet hatte und 1965 aus seinem Amt verabschiedet wurde. Kaisen verkörperte als »roter Preuße« die Eigenschaften, die Nemitz besonders beeindruckten: Er verfügte über ein großes, fundiertes Wissen zur politischen Geschichte und Theorie, glänzende rhetorische Fähigkeiten und war überdies durch und durch Pragmatiker. Weil er viel »von wohlverstandenen preußischen Tugenden und dem alten Beamtenethos« hielt, wurde er 1966 – im Beisein von Kurt Nemitz – mit dem Hamburger Freiherr-vom-Stein-Preis ausgezeichnet.³¹ Wilhelm Kaisens Fähigkeit, klare und allgemein verständliche Reden zu halten und damit auch dem sog. »kleinen Mann« die komplexen Zusammenhänge der großen Politik und der politischen Notwendigkeiten schlüssig darzulegen, fanden bei Kurt Nemitz große Bewunderung.

28 Zu Ludwig Rosenberg vgl. Kurt Nemitz, Bundesratufer (wie Anm. 1), S. 173.

29 Nemitz, Bundesratufer (wie Anm. 1), S. 165 ff.

30 So Kurt Nemitz in seiner Abschiedsrede 1992 in Bremen.

31 Nemitz, Bundesratufer (wie Anm. 1), S. 184 f.

Die bremische Wirtschaftsentwicklung war während der Amtszeit von Kurt Nemitz zwischen 1964 und 1976 geprägt durch ein vergleichsweise hohes Wirtschaftswachstum und weitgehende Vollbeschäftigung. Solange die Wirtschaft im Zeichen des sog. »Wirtschaftswunders« boomte, sah die Politik, auch in Bremen, keinen nennenswerten wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf. Die Arbeitskräfte, die in Krisenbranchen ihren Arbeitsplatz verloren, wurden von wachsenden Branchen aufgenommen, so dass die Arbeitslosigkeit bis weit in die 1970er Jahre auf niedrigem Niveau (wenig mehr als 1%) verharrte, ungeachtet der Anwerbung Tausender von »Gastarbeitern«. Allerdings nahm die Inflationsrate mit über 5% p. a. im Laufe der Zeit bedrohliche Ausmaße an und stellte die Bundesbank als »Hüterin der Währung« vor entsprechende Herausforderungen. Der Senat sah seine Verantwortung vor allem in der Bereitstellung und Modernisierung der Infrastruktur (in Bremen traditionell der Häfen und ihrer Anlagen), weniger jedoch angesichts der guten Wirtschaftslage in der Förderung eines strukturellen Wandels. In Bremen war die Dominanz großer Betriebe, ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad der Beschäftigten (vor allem im Schiffbau sowie der Stahl-, Auto- und der Nahrungsmittelindustrie) und die enge personelle Vernetzung von Großbetrieben und Politik mehr als andernorts darauf angelegt, die vorhandenen Strukturen zu erhalten statt den Strukturwandel zu fördern. Diese Tendenz des Beharrens sorgte schließlich seit den späten 1970er Jahren dafür, dass sich Bremen vom wirtschaftlichen Trend in der Bundesrepublik abzukoppeln begann und in eine tiefgreifende, lang andauernde Krise geriet.³²

Symptomatisch für die verspätete Einsicht in die Notwendigkeit eines Strukturwandels und für die Beharrungstendenzen war der Widerstand von Kleingärtnern (die ihre Grundstücke durch die Werkserweiterung verloren), von Studenten, Umweltschützern und anderen Gruppierungen gegen die Ansiedlung eines neuen Mercedes Werks³³, als sich der Senat unter der Regie von Bürgermeister Hans Koschnick Mitte der 1970er Jahre den Herausforderungen an die Zukunft zu stellen begann. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit des Unternehmens mit dem Senat, der bremischen Wirtschaftsverwaltung unter Einbeziehung der Arbeiternehmerorganisationen und eine intensive Informationskampagne sorgten schließlich nach langen Auseinandersetzungen dafür, dass die Pläne realisiert werden konnten und damit ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel in Bremen eingeleitet wurde. Die Strategie eines breiten Konsenses gesellschaftlicher Gruppierungen zur Durchsetzung eines wirtschaftspolitischen Kurswechsels sollte Kurt Nemitz nach seinem Ausscheiden aus der Wirtschaftsverwaltung (1976) auch als Präsident der Landeszentralbank und Mitglied des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank auszeichnen³⁴.

32 Karl Marten Barfuß, Strukturkrise, Arbeitslosigkeit und Staatsfinanzen in Bremen von Mitte der 1970 Jahre bis zur Jahrtausendwende, in: Bremisches Jahrbuch, Bd. 95, Jg. 2016, S. 230–254.

33 Karl Marten Barfuß, Bremische Wirtschaft, in: Karl M. Barfuß, Hartmut Müller, Daniel Tilgner (Hrsg.), Geschichte der Freien Hansestadt Bremen von 1945 bis 2005; Bd. 2: 1970–1989, S. 198 ff.

Der Geldpolitiker Kurt Nemitz – Präsident der Landeszentralbank und Mitglied des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank (1976–1992)

Am 1. April 1976 trat Kurt Nemitz auf Vorschlag des Senats der Freien Hansestadt Bremen das Präsidentenamt der Landeszentralbank in Bremen (LZB Bremen) an und wurde damit zugleich Mitglied im Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank, dem von politischen Weisungen unabhängigen Entscheidungsorgan der Bundesbank für währungs- und kreditpolitische Maßnahmen. Sämtliche Mitglieder des Zentralbankrats – Präsident und Vizepräsident, die Mitglieder des Direktoriums der Bundesbank und die Präsidenten der Landeszentralbanken – hatten bei geld- und währungspolitischen Entscheidungen das gleiche Stimmgewicht und waren dem Wohl der gesamten Republik verpflichtet. Über den Präsidenten seiner LZB konnte Bremen, wenn auch eingeschränkt, Einfluss auf die Politik der Bundesbank nehmen. Länderinteressen spielten, z. B. bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs der regionalen Geschäftsbanken untereinander (Clearing), eine nachrangige Rolle. Nemitz' Amtsantritt fiel in eine Zeit großer wirtschaftlicher Verwerfungen: In der Bundesrepublik war das Inflationsniveau hoch; das Weltwährungssystem drohte zu kollabieren; der Ölpreis explodierte und die Realeinkommen begannen zu schrumpfen. Entsprechend hoch waren die Erwartungen an die Wirtschafts- und Geldpolitik.



Abb. 1: Prof. Dr. Kurt Nemitz, 1925–2015. Foto: privat

Nemitz' Nominierung erfolgte nicht einhellig; konservative Kreise sahen in ihm einen »Repräsentanten des Gewerkschaftslagers.«³⁵ Die Frankfurter Allgemeine Zeitung sah sogar die Unabhängigkeit der Bundesbank gefährdet

34 Kurt Nemitz hatte früher als andere den »Mangel an Wachstumsindustrien« und die »strukturellen Schwächen« der bremischen Wirtschaft beklagt. Zur Durchsetzung neuer Strategien war er jedoch auf eine breite Front mit anderen Akteuren angewiesen. StAB 7.208, AZ 2016/2.

35 DIE ZEIT Nr. 29 v. 9. 7. 1976. Kurt Nemitz war zwar Mitglied der Gewerkschaft ÖTV (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) und der SPD, aber ohne dezidierte Zugehörigkeit zu einem Flügel (rechts/links).

und forderte lapidar »Geld ohne Politik«. ³⁶ Von der Opposition in der bremischen Bürgerschaft kam der Vorwurf, die Nominierung von Nemitz sei symptomatisch für den politischen Filz in Bremen bei der Besetzung gut dotierter Stellen. ³⁷ In der Folgezeit konnte Kurt Nemitz diese Vorwürfe durch kompetentes Tun und Handeln entkräften. Er ließ sich nicht von einzelnen Interessengruppen vereinnahmen und erwarb durch seine ethischen Grundüberzeugungen und Fachkenntnisse über alle Grenzen hinweg hohes Ansehen.

Ein besonderes Anliegen war ihm zeitlebens der europäische Einigungsprozess, den er nicht nur als wirtschaftlichen Gewinn, sondern vor allem auch als Mittel der Friedenssicherung in Europa ansah. In seine Amtszeit fiel der »Europäische Gipfel« der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 6./7. Juli 1978 in Bremen. Die »Bremer Beschlüsse« wurden zur Grundlage des neuen »Europäischen Währungssystems« (EWS) ³⁸, das durch verstärkte währungspolitische Zusammenarbeit in Europa eine Zone »innerer Stabilität« (Geldwertstabilität) und »äußerer Stabilität« (Wechselkursstabilität) begründete und schließlich (1999) zur Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung, dem Euro, führte. Kurt Nemitz betonte, dass besonders auch die bremische Wirtschaft mit ihrer hohen Außenhandelsabhängigkeit von den Bremer Beschlüssen profitiere, und zwar vor allem durch stabile Wechselkurse. Zugleich vertrat er die Auffassung, dass eine gemeinsame europäische Währung nur bei gleichzeitiger Harmonisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten erfolgreich sein könne.

Kurt Nemitz übernahm als LZB-Präsident und Mitglied im Zentralbankrat eine Aufgabe, die seinen Interessen, Neigungen, seinem Wissen und seinen intellektuellen Fähigkeiten wohl mehr entsprach als die praktische Tätigkeit in der Wirtschaftsverwaltung. So ist es kein Zufall, dass von seinen zahlreichen Veröffentlichungen ³⁹ fast alle in den Zeitraum seiner Mitgliedschaft im Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank fallen. Für seine umfangreichen Aufgaben stand ihm u. a. mit Dr. Ludwig Stirnberg ein wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Verfügung, auf dessen Sachverstand und Rat er setzen konnte. ⁴⁰

36 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 17. 7. 1976.

37 Bürgerschaftssitzung am 25. 2. 1976.

38 Das EWS trat im März 1979 in Kraft.

39 Es handelt sich um mehrere Dutzend Beiträge in einer Vielzahl von Sammelbänden, darunter auch solche, die von Kurt Nemitz selbst herausgegeben wurden. Das Spektrum seiner Veröffentlichungen reicht von geldtheoretischen und geldpolitischen Beiträgen, ordnungs- und strukturpolitischen Fragen, den wirtschaftlichen Folgen der deutschen Einigung und des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus in Osteuropa bis zur Wirtschaftsethik. Einen umfassenden Überblick über die Veröffentlichungen von Kurt Nemitz verschafft die Broschüre »Marktwirtschaft in sozialer Verantwortung«, die im Jahre 2000 von der Landeszentralbank in der Freien Hansestadt Bremen, in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt herausgegeben wurde.

40 Im Vorwort zu »Marktwirtschaft in sozialer Verantwortung« dankt Kurt Nemitz

Fundament seines Handelns waren die ethische Basis der Wirtschafts- und Geldpolitik⁴¹ und die Suche nach einem *Konsens* bei der Entscheidungsfindung, den er in etlichen Beiträgen sogar als eigenständigen Produktionsfaktor qualifizierte. Er akzeptierte zwar die Geldwertstabilität als zentrales Gebot der Geldpolitik; zugleich sollte nach seiner Überzeugung die Geldpolitik aber auch zu einem hohen Beschäftigungsstand und einer gerechten Einkommensverteilung beitragen, was bei den Mitgliedern des Zentralbankrats umstritten war. So hat Nemitz manche Erhöhung des Leitzinses intern im Zentralbankrat abgelehnt, wenn sie nach seiner Einschätzung den Beschäftigungsstand bedrohte. Der seinerzeitige Präsident der Bundesbank, Karl Otto Pöhl, äußerte anlässlich des 60. Geburtstags von Kurt Nemitz sogar, dass er mit seinen sozialen Vorbehalten manchem »im Zentralbankrat auf die Nerven« gegangen sei. Nach außen hin hat Nemitz die Entscheidungen des Zentralbankrats jedoch stets loyal mitgetragen.⁴² Die ethische Verpflichtung der Geldpolitik trug ihm die Bezeichnung des *sozialen Gewissens* des Zentralbankrates ein. Er ließ sich bei alledem von einer optimistischen Grundeinstellung leiten und beklagte den realitätsfernen Pessimismus mancher Deutscher: »Ich finde es nicht gut, dass immer wieder eine Atmosphäre der weinerlichen Art aufkommt, die so gar nicht zu der Realität der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft passt.«⁴³

Zur Begründung seiner Argumente nahm Kurt Nemitz neben der ethischen Dimension immer wieder Bezug auf den ideengeschichtlichen Hintergrund der ökonomischen Theorien. Bereits in seiner Dissertation (1959) hatte er sich intensiv mit der Frage nach dem Spannungsfeld zwischen sozialistischer Dogmatik und einer sozial ausgerichteten Wirtschaftspolitik auseinandergesetzt. Dabei ließ er sich von der Überzeugung leiten, dass die zentrale sozialistische Forderung nach »Vergesellschaftung der Produktionsmittel« auf Grund ihres abstrakten Gehalts nicht Grundlage konkreter Politik sein könne. Vor dem Ersten Weltkrieg und der Weimarer Zeit war es ein entscheidendes Manko sozialdemokratischer Politik, dass ihr ein solches praxisbezogenes Fundament fehlte.

Daraus zog die Sozialdemokratie nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes seit ihrem Parteitag 1946 in Hannover Konsequenzen, indem sie den freien Wettbewerb (mit einer Kontrolle der Monopole), die freie Berufs- und

Ludwig Stirnberg ausdrücklich für die »langjährige wissenschaftliche Zusammenarbeit und die kritische Durchsicht des Manuskripts«.

41 Die Kernbotschaft der Wirtschaftsethik ist die Verbindung des »Sachgerechten« mit dem »Menschengerechten«. Kurt Nemitz: Wirtschaftsethik als gemeinsame Basis – Zur Diskussion über das Verhältnis von Wirtschaft und Moral, in: Oldenburgische Wirtschaft 7/1993. In zahlreichen Beiträgen berief sich Kurt Nemitz immer wieder auf die Enzykliken und Denkschriften der großen christlichen Kirchen zur Wirtschafts- und Gesellschaftsethik.

42 Frankfurter Allgemeine Zeitung am 30. 3. 1992. Das loyale Verhalten würdigte auch Bundesbankdirektor Karl Otto Pöhl in seiner Ansprache anlässlich des 60. Geburtstags von Kurt Nemitz.

43 Kurt Nemitz in einem Interview mit dem Weser-Kurier am 10. Oktober 1998.

Arbeitsplatzwahl und andere Freiheitspostulate grundsätzlich akzeptierte. Damit näherte sie sich der von Ludwig Erhard propagierten »sozialen Marktwirtschaft«, allerdings mit stärkerer Beachtung sozialer Gerechtigkeit, der Akzeptanz öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Unternehmen und der Möglichkeit staatlicher Eingriffe bei einem Versagen der Märkte. Im Godesberger Programm der SPD wurde das von Karl Schiller geprägte Leitbild der Wirtschaftspolitik 1959 auf die Formel »So viel Wettbewerb wie möglich, so viel Planung wie nötig«⁴⁴ gebracht.

Als Resümee einer fundierten Analyse⁴⁵ forderte Kurt Nemitz bereits in seiner Dissertation folgende Ordnungsprinzipien einer »sozialistischen Marktwirtschaft«: 1. Das Prinzip einer universellen Orientierung, das sich an der Gesamtheit aller gesellschaftlichen Aufgaben orientiert, 2. das Prinzip des sozialen Pluralismus, das die sozialistische Marktwirtschaft an eine gemischte Wirtschaftsordnung (Vielfalt von Unternehmenstypen, Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft) bindet, 3. das Prinzip der Minimalplanung, das grundsätzlich den Wettbewerb favorisiert und zentrale Planungselemente nur dort anwendet, wo der Wettbewerb seine Aufgaben nicht erfüllt, 4. das Prinzip des qualifizierten Eigentums, das das Privateigentum zu sozialem Gebrauch verpflichtet und den Missbrauch der gesellschaftlichen Kontrolle unterwirft und 5. das Prinzip einer ausgleichenden Verteilung, das die wirtschaftlich Schwächsten besonders stützt.

Ein Dilemma ökonomischer Theorie ist nach Auffassung von Kurt Nemitz der hohe Abstraktionsgrad ihrer Modelle und damit die Realitätsferne mancher zentraler Aussagen. Hiervon ist auch die Geldtheorie nicht frei. So vertraten die Repräsentanten einer keynesianisch beeinflussten »nachfrageorientierten« Geldpolitik die Meinung, dass geldpolitische Impulse (Geldmengenexpansion und Zinssenkungen) die Wirtschaft (Investitionen, Wachstum und Beschäftigung) positiv beeinflussen können, während die Vertreter einer »angebotsorientierten« Geldpolitik die Gefahr inflatorischer Wirkungen betonten und der Lohnpolitik die Verantwortung für die Sicherung der Vollbeschäftigung zuwiesen. Der Riss ging Ende der 1980er Jahre auch durch den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank, in dem der damalige Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl eine nachfrageorientierte Position vertrat, während der Vizepräsident und spätere Bundesbankpräsident Helmut Schlesinger als Vertreter einer streng angebotsorientierten Politik galt. Das ständige Bemühen von Kurt Nemitz um einen Brückenschlag würdigte der damalige Präsident der Landeszentralbank in Niedersachsen, Helmut Hesse, 1991 mit den Worten: »Innerhalb der Turbulenzen⁴⁶, die über die Bundesbank gekommen sind,

44 Kurt Nemitz: Der Entwurf eines Grundsatzprogramms, in: Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes: Gewerkschaftliche Monatshefte, 14. Jahr, September 1963, S. 516 ff. Ders., Markt und Plan – Zur Entwicklung sozialdemokratischer Konzeptionen von Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik; in: Horst Heimann (Hrsg.), Sozialdemokratische Traditionen und Demokratischer Sozialismus (Sonderdruck), Köln 1993, S. 44 ff.

45 Kurt Nemitz, Entwurf (wie Anm. 44), S. 62.

46 Im Zusammenhang mit dem deutschen Einigungsprozess.

haben Sie Ihre Ruhe und Standkraft nicht verloren und mich damit sehr beeindruckt. Sie haben ... sehr dazu beigetragen, dass der Zentralbankrat bei aller Gegensätzlichkeit der Meinungen nicht zu einem Streitclub entartet ist.«⁴⁷

Nemitz beklagte fast schon notorisch, dass Fragen der sozialen Akzeptanz »allzu oft aus dem fachökonomischen Kalkül ausgeklammert (werden). Das unbeeirrte Festhalten an der abstrakten Konstruktion des blutleeren *homo oeconomicus* macht dies möglich.«⁴⁸ Die Voraussetzung für einen Konsens zwischen der nachfrageorientierten Argumentation der Gewerkschaften einerseits und der Angebotsorientierung von Arbeitgebern, konservativen Regierungskreisen und Repräsentanten der Bundesbank andererseits erblickte Nemitz darin, dass sich beide Seiten aus ihrer dogmatischen Erstarrung zu befreien hätten: Die Gewerkschaften müssen die positiven Wirkungen einer restriktiven Geldpolitik auf die Inflationsbekämpfung (Sicherung der Kaufkraft, der Realeinkommen und der Ersparnisse) ebenso akzeptieren wie umgekehrt die Bundesbank eine maßvolle Expansion der Geldmenge zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung nicht tabuisieren darf.⁴⁹ Die Voraussetzung für einen Konsens liefere laut Nemitz das mittlerweile »recht gute Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Notenbank«⁵⁰. Der Umfang des Konsenspotentials bestimme sich dabei »in modernen Industriegesellschaften sicher auch wesentlich nach Gesichtspunkten der verteilungspolitischen Gerechtigkeit. Wer ... in einer Periode der Rezession die Gewerkschaften dazu zwingen wollte, den verteilungspolitischen Status quo als vorgegeben festzuschreiben oder wer gar ein teilweises Unterlaufen der Tariflöhne durch Arbeitslose fordert, der muss wissen, dass er den Prozess der Konsensbildung erschwert.«⁵¹

Einen Ansatz zum Konsens bei der Bemessung des Geldmengenziels erblickte Nemitz in der sog. »potentialorientierten Geldpolitik«, die den Akteuren bei der Bemessung des Geldmengenziels einen größeren Spielraum bis hin zur vollen Ausnutzung des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials einräumt. Erst wenn das Produktionspotential voll ausgelastet ist, sollte die Zentralbank bei der Bemessung des Geldmengenwachstums auf die Bremse treten, um inflatorische Wirkungen zu verhindern.

Bei seinen Warnungen vor einer restriktiven Geld- und Finanzpolitik im wirtschaftlichen Abschwung blickte Nemitz immer wieder auf die Geschichte zurück. Im Zentrum seiner Kritik standen die gravierenden Fehler von Reichskanzler Heinrich Brüning⁵² während der Weltwirtschaftskrise. Brüning

47 Staatsarchiv Bremen (StAB) 7,208 AZ 2016/8.

48 Vgl. Kurt Nemitz: Geldpolitik und Lohnpolitik – Möglichkeiten und Grenzen einer Konsensstrategie, in: Nemitz: Marktwirtschaft in sozialer Verantwortung (wie Anm. 39), S. 104.

49 Nemitz, Geldpolitik (wie Anm. 48), S. 106 f.

50 Nemitz, Geldpolitik (wie Anm. 48), S. 113.

51 Nemitz, Geldpolitik (wie Anm. 48); ders., Marktwirtschaft in sozialer Verantwortung (wie Anm. 39), S. 165.

52 Nemitz, Geldpolitik (wie Anm. 48), S. 110. Vgl. auch Anm. 25.

vertrat die Meinung, dass Kredit- und Geldschöpfung keine positiven Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung haben. Ansatzpunkte der Deflationspolitik von Brüning waren rigorose Sparprogramme der Regierung, die die Krise prozyklisch verstärkten.⁵³ Zur Durchsetzung seiner Politik machte Brüning von Notverordnungen Gebrauch, die den Parlamentarismus im Deutschen Reich schwächten. Kurt Nemitz äußerte sich hierzu anlässlich der Eröffnung der Ausstellung (1986) »Vom Taler zur Mark« im Staatsarchiv Bremen wie folgt: »Die Massenarbeitslosigkeit am Ende der Weimarer Republik hat schließlich zu einem erheblichen Teil den Weg für die Machtübernahme der Nationalsozialisten vorbereitet.«⁵⁴ Die SPD sei seinerzeit auf die ordnungspolitischen Herausforderungen der Nachkriegszeit »nur ungenügend vorbereitet« gewesen; die damit verbundene Unsicherheit sei letzten Endes die Ursache der Katastrophe von 1933 gewesen.⁵⁵ In einem Schreiben an Kurt Nemitz vom 30. Mai 1986 stimmte ihm Johannes Rau als stellvertretender Vorsitzender der SPD zu: »So teile ich ... Ihre Sorge um die politische Stabilität unseres Landes, wenn wir uns an Massenarbeitslosigkeit gewöhnen statt Millionen von Arbeitslosen wieder Beschäftigung zu geben. Ich bin ebenso wie Sie davon überzeugt, dass uns nicht der fruchtlose Streit der Dogmatiker und die simplen Rezepte bei der Lösung unserer wirtschaftlichen Probleme voranbringen. Wichtig ist vielmehr eine mittelfristig angelegte Politik, die konsensfähig ist« und den sozialen Frieden sichert.⁵⁶

In zahlreichen Beiträgen geißelte Nemitz das Fehlen einer anwendungsorientierten Theorie der Wirtschaftspolitik bei der SPD bis in die 1930er Jahre. »Das Fehlen eines einleuchtenden und mitreißenden Programms der Wirtschaftserneuerung⁵⁷ habe die Nationalsozialisten in die Lage versetzt, die antikapitalistische Sehnsucht der enteigneten Mittelschichten als Antrieb ihrer Bewegung auszunutzen zu können... Nach 1933 reifte dann unter der Erfahrung mit der totalitären Diktatur die elementare Erkenntnis für die Erneuerung des Demokratischen Sozialismus heran, dass das freiheitliche Element auch und gerade für den Sozialismus von lebenswichtiger und primärer Bedeutung sei.«⁵⁸ So wurde nach dem Zweiten Weltkrieg der Wettbewerb in der ordnungspolitischen Programmatik der SPD, vor allem im Godesberger Programm, in Kombination mit staatlicher Planung bei Marktversagen zur zentralen Botschaft. Hierzu hat Kurt Nemitz wegweisende Beiträge geleistet.

53 Im Gegensatz dazu forderte der englische Ökonom John Maynard Keynes in den 1930er Jahren ausdrücklich eine verstärkte staatliche Kreditaufnahme (sog. *deficit spending*) als Ausweg aus der Krise.

54 StAB Bremen 7,208, 2016/5.

55 Vortrag Kurt Nemitz (1991) »Wettbewerb und soziale Demokratie« an der Gustav-Heinemann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung; StAB 9.53 – Zeitungsausschnitte / Presseartikel.

56 Wie Anm. 55.

57 Gemeint ist: der deutschen Sozialdemokratie.

58 Nemitz, Geldpolitik (wie Anm. 48); ders., Marktwirtschaft in sozialer Verantwortung (wie Anm. 39), S. 192 ff.

Das Ende der Landeszentralbank in Bremen

Als 1990 im Zuge der deutschen Einigung eine Strukturreform der Bundesbank anstand, hat Kurt Nemitz unter Verweis auf verfassungsmäßige Vorgaben engagiert für den Erhalt der Landeszentralbank Bremen als selbständige Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank gekämpft; immerhin ging es um annähernd 300 Arbeitsplätze⁵⁹, das Ansehen Bremens und wichtige Funktionen vor Ort.⁶⁰ Die Landeszentralbank war vor allem zuständig für die Bargeldversorgung und die Kreditgeschäfte der Bundesbank mit den regionalen Kreditinstituten und öffentlichen Stellen, für Verwaltung und Vertrieb von öffentlichen Wertpapieren sowie für die Aufsicht über die lokalen Banken und das Sammeln von Informationen über die lokale Wirtschaft. Nemitz sah sich unterstützt vom Bundesrat und der Mehrheit des Zentralbankrats. Die Befürworter des Status quo konnten sich jedoch gegen die Bundesregierung⁶¹ und den Präsidenten der Bundesbank, Helmut Schlesinger, nicht durchsetzen. Die Landeszentralbanken von Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt wurden 1992 zu einer Landeszentralbank mit Hauptsitz in Hannover zusammengeschlossen, nachdem die LZB Bremen noch 1990 die »Patenschaft« für die neue Bundesbankfiliale in Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern übernommen hatte.

Ende März 1992 endete auch die Amtszeit von Kurt Nemitz und damit die geldpolitische Teilhabe Bremens. Der vom Senat als Nachfolger vorgesehene ehemalige Finanzsenator Claus Grobecker wurde das Opfer der Reorganisation der Bundesbank.⁶² Er hatte den Erhalt der LZB bis 1998 zur Bedingung für seine Kandidatur gemacht. Mit dem Inkrafttreten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und der Einführung des Euro übernahm 1999 die Europäische Zentralbank die Verantwortung für die Geldpolitik in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion; Bremens Bedeutung schrumpfte zur einfachen Filiale der Deutschen Bundesbank.

Am 30. September 2015 wurden die Geschäftsräume der Bremen mit den verbliebenen gut 45 Beschäftigten endgültig geschlossen.⁶³ Die Filiale

59 1989 beschäftigte die LZB Bremen noch 305 Mitarbeiter. Vgl. »Wirtschaftsbericht der LZB 1989«.

60 Am 29. 8. 1990 legte Kurt Nemitz dem Präsidium der Bundesbank ein Papier zur »Neuordnung der Bundesbankstruktur als Folge der deutschen Einigung und des europäischen Integrationsprozesses« vor, in dem er eine Erweiterung des LZB-Systems um die Etablierung von 5 Zentralbanken in den ostdeutschen Bundesländern vorschlug.

61 Zuständig war Finanzminister Theo Waigel.

62 Die Nachfolge durch Grobecker stieß vor allem bei der Opposition in der Bremischen Bürgerschaft auf heftige Kritik. Die Nominierung des in geldpolitischen Fragen unerfahrenen Claus Grobecker für den hoch dotierten Posten sei ein Musterbeispiel für »sozialdemokratischen Filz« in Bremen. Vgl. *Weser-Kurier* vom 28. 1. 1992. Kurt Nemitz hingegen verhielt sich gegenüber Senat und Bürgerschaft loyal und unterstützte die Nominierung Grobeckers.

63 Mit der Schließung verlor auch der am 2. März 1983 eingeweihte Neubau der LZB für damals 260 Mitarbeiter an der Kohlhöckerstraße seine ursprüngliche Funktion. Der dramatische Beschäftigtenabbau seit den 1990er Jahren ist

wurde mit der Begründung zu hoher Kosten des Standorts Bremen nach Oldenburg verlegt.⁶⁴ Damit endete die Mitwirkung Bremens an der deutschen und europäischen Geldpolitik. Die LZB Bremen war jahrzehntelang Teil deutscher Geldpolitik, Ort von Empfängen, Tagungen und Vorträgen, als Arbeitgeber für eine beachtliche Zahl qualifizierter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und verlängerter Arm der Bundesbank für die örtlichen Kreditinstitute gewesen; ihre Schließung stieß in der bremischen Öffentlichkeit auf heftige Kritik und löste eine kontroverse Diskussion über die schwindende Bedeutung Bremens als Standort von Unternehmenszentralen, vor allem im Bankenbereich, aus.

Aktionsfelder und Ehrungen

In Kurt Nemitz' Amtsperiode als LZB-Präsident (1976–1992) und des folgenden Ruhestands fielen u. a. die Ehrung mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (1992) anlässlich seiner Verabschiedung mit einem persönlichen Gratulationsschreiben von Bundeskanzler Helmut Kohl, die Ernennung zum Honorarprofessor am Fachbereich Wirtschaft der Hochschule Bremen (1988), die Tätigkeit als Lehrbeauftragter an der Universität Oldenburg (ab 1992) sowie der Vorsitz des Gemeinsamen Prüfungsausschusses der Länder Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein für Wirtschaftsprüfer. Außerdem war er Mitherausgeber der Schriftenreihe »Oldenburgische Beiträge zu Jüdischen Studien«, Vorstandsmitglied der Vereinigung »Gegen Vergessen – Für Demokratie« (Bonn/Berlin), Vorsitzender des Vorstands der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung, Initiator der Erforschung der deutsch-jüdischen Presse mit Schaffung eines entsprechenden Referats »Deutsch-jüdische Presse« am Institut für Deutsche Presseforschung der Universität Bremen und Mitglied weiterer Institutionen.

Kurt Nemitz und die Geschichte der Juden in Deutschland

Kurt Nemitz überlebte als Sohn eines prominenten jüdischen Vaters, Julius Moses, und seiner sozialdemokratisch geprägten Mutter, Elfriede Nemitz, den Terror der NS-Herrschaft nicht zuletzt dadurch, dass er seine jüdischen Wurzeln im NS-Staat verbergen konnte. Die Eltern trennten sich 1935 auf Grund der Nürnberger Rassegesetze im beiderseitigen Einvernehmen, vor allem auch um ihren Sohn zu schützen. Kurt Nemitz lebte fortan bei seiner Mutter. Unerkannt blieb er in ständigem Kontakt zu seinem Vater, der seine Wohnung aufgeben und in ein sog. »Judenhaus« ziehen musste und schließlich im KZ Theresienstadt umkam. Er wurde als Kind und Jugendlicher direkter

symptomatisch für den Bedeutungsverlust der ursprünglich auf Eigenständigkeit bedachten LZB in Bremen. Inzwischen (2018) stehen ein Umbau des repräsentativen Gebäudes und eine Umnutzung für anderen Zwecke zur Diskussion.

⁶⁴ Vgl. Weser-Kurier v. 30. 9. 2015. Es ging vor allem um die hohen Unterhaltskosten des Gebäudes der LZB an der Kohlhöckerstraße.

Zeuge der Demütigungen, Erniedrigungen, der Stigmatisierung seines Vaters durch den »Judenstern« und schließlich seines Abtransports in ein Konzentrationslager, wo er im September 1942 an Hunger und Entkräftung starb. Er lernte Freunde seines Vaters aus Politik und Religion kennen und schätzen, von denen ebenfalls viele ermordet wurden. Außerdem pflegte er die Verbindung zu seinen überlebenden Halbbrüdern aus Julius Moses erster Ehe und stand in engem Kontakt zu Israel. Das alles hat ihn von Kindheit an geprägt und wieder und wieder zu der Frage nach den historischen Hintergründen des mörderischen Nationalsozialismus veranlasst.

In seinem Aufsatz »Die Schatten der Vergangenheit – Zur Ideologie, Wirkung und Bewertung der Nürnberger Gesetze« bringt Nemitz die Fragen auf den Punkt: »Wo liegen die Gründe dafür, dass Zehntausende von Handlangern – Intellektuelle und Akademiker ebenso wie Beamte, kleine Angestellte, Techniker, Bewachungspersonal und Offiziere – bereitwillig den Henkern zuarbeiteten?... Diese und viele andere Fragen werfen ihre Schatten bis in die Gegenwart.«⁶⁵ In mehreren Beiträgen in dem Sammelband »Die Schatten der Vergangenheit« sowie in weiteren Reden und Aufsätzen geht Kurt Nemitz dieser Frage nach. Er beschreibt das Wirken »Jüdischer Parlamentarier in der Weimarer Republik«, den »Antisemitismus in der Wissenschaftspolitik der Weimarer Republik«, die Wirkungen der Nürnberger Gesetze, den jüdischen Alltag im NS-Staat, die Arisierung, Leben und Werk des jüdischen Ökonomen Fritz Naphtali, die Aktivitäten Jüdischer Widerstandsgruppen im Nationalsozialismus und die Leitideen des »Philosophen des Dialogs«, Martin Buber⁶⁶, den Kurt Nemitz sehr geschätzt hat.

Kurt Nemitz nennt in vielen seiner Beiträge den bereits im Mittelalter und im Kaiserreich wuchernden Antisemitismus als wesentliche Ursache für Rassenhass und Judenverfolgung in Deutschland. Als Resümee seiner wirtschafts- und sozialhistorischen Forschungen vertritt er aber zugleich die Auffassung, dass die in Deutschland besonders dramatisch wirkende Weltwirtschaftskrise mit sechs Millionen arbeits- und perspektivlosen Menschen, zusammen mit dem Antisemitismus, dem Nationalsozialismus den Boden bereitet hat. Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Geldpolitik hätte, gegründet auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens, vermutlich zur Vermeidung der Schreckensherrschaft des NS-Staats beitragen können. Das Leben von Kurt Nemitz war reich an Höhen und Tiefen. Knapp ein Jahr nach seinem Tod am 16. Februar 2015 starb am 2. Februar 2016 seine Ehefrau Rosmarie, die Kurt Nemitz während seiner Zeit als Journalist in den 1950er Jahren in Bonn kennengelernt hatte.⁶⁷

65 Vgl. Kurt Nemitz: Die Schatten der Vergangenheit, in: Oldenburgische Beiträge zu Jüdischen Studien; Bd. 7, Oldenburg 2000, S. 69.

66 http://www.deutschlandfunkkultur.de/50-todestag-martin-buber-der-philosoph-des-dialogs.1278.de.html?dram:article_id=322594.

67 Weser-Kurier vom 19. 9. 2016. Als promovierte Wirtschaftswissenschaftlerin stand sie ihrem Mann auch fachlich zur Seite. Sie war zudem zeitweise Vorsitzende des DBG-Frauenausschusses und wirkte lange Zeit in Bremen als Kreisvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, wo sie sich mit ihrem sozialen Engagement große Verdienste erwarb.

In seiner Biographie über Julius Moses zitiert Holger Böning die bewegenden Worte auf der Traueranzeige für Kurt Nemitz:

»Wer nicht dabei war, kann es nicht ermessen. Wer es erlebt hat, wird es nie vergessen.«⁶⁸

68 Böning: Julius Moses (wie Anm. 2), S. 313 ff.

Prof. Dr. Peter Kuckuk

9. 7. 1938 – 27. 8. 2018

Am 27. August 2018 verstarb in Bremen im Alter von 80 Jahren der Historiker, Autor und Herausgeber Prof. Dr. Peter Kuckuk.

Peter Kuckuk wurde am 9. Juli 1938 in Bremen geboren. Aus »kleinbürgerlich-bildungsferner Familie stammend« – so eine Selbstauskunft von ihm – schlug er eine akademische Laufbahn als Historiker ein, die ihn zu einem der gefragtesten und anerkanntesten Spezialisten in mehr als einem Bereich der bremischen Geschichte machte.

Auch wenn Peter Kuckuk einer Generation angehörte, die neue Horizonte suchte, so blieben doch zeitlebens Bremen und die bremische Geschichte im Zentrum seines wissenschaftlichen Interesses und seiner persönlichen Neigungen. Er war trotz aller professionell-kritischen Distanz von fester Zuneigung und Liebe zu seiner Heimatstadt und ihren Menschen geprägt. In seinen Arbeiten zeichnete er sich durch sichere Analysen und profunde Quellenkenntnis aus, im persönlichen Umgang durch große Verlässlichkeit, Humor und Gelassenheit.

Nach dem Abitur am Hermann-Böse-Gymnasium ergriff Peter Kuckuk das Studium der Fächer Geschichte und Germanistik und besuchte 1957–1966 die Universitäten München, Göttingen und Hamburg. Seine Kriegsdienstverweigerung 1958 – er war Mitbegründer des Internationalen studentischen Arbeitskreises der Kriegsdienstgegner (IAK) – und die frühe Anti-Atom-Bewegung wirkten prägend auf ihn. In politisch bewegtem Umfeld wurde er 1970 in Hamburg bei Prof. Fritz Fischer, an einem der profiliertesten historischen Lehrstühle jener Jahre mit einer Dissertation zur Frühgeschichte der Bremer KPD promoviert. Schon mit seiner Hamburger Examensarbeit hatte Peter Kuckuk 1964 zu einem Thema gefunden, das ihn zeitlebens nicht mehr loslassen sollte: Die Revolution 1918/19 und die Räterepublik in Bremen, mit deren emanzipatorischen Elementen er, wie er freimütig bekannte, sympathisierte. 1969 publizierte Kuckuk eine Edition von Dokumenten unter dem Titel »Revolution und Räterepublik in Bremen« als Band 367 der renommierten edition suhrkamp – unter Intellektuellen unbestritten der Olymp des kritischen Geistes jener Jahre. Das lindgrüne Buch, das 50 Jahre nach dem Ende der Räterepublik erschien, sollte lange die maßgebliche Quellensammlung und Darstellung zu den Ereignissen in Bremen bleiben. In den Jahren nach 1970 kamen zahlreiche Darstellungen, Aufsätze und Sammelbände aus Kuckuks Feder zu diesem Thema hinzu, von denen hier die zentrale Publikation »Bremen in der Deutschen Revolution 1918–1919« (1986) genannt sei, die 2017 im Vorfeld des 100-jährigen Erinnerns an die Novemberrevolution eine erweiterte Neuauflage erlebte. Biographisches zu Akteuren aus diesem Umfeld entstand auch gemeinsam mit seiner damaligen Frau Karin, die

ebenfalls im Jahr 2018 verstorben ist. Es berührt eigentümlich, dass sich die Biographie von Peter Kuckuk mit diesen historischen Daten so stark verschränkte und in diesem Jahr vollendete.

Beruflich hatte Peter Kuckuk in Bremen seinen festen Arbeitsmittelpunkt mit der Arbeit und Lehre an der Hochschule Bremen gefunden – zunächst als Dozent, dann als Hochschullehrer für Regionalgeschichte, Technikgeschichte und Industriekultur. Die Technik- und Sozialgeschichte der Bremer Großwerften AG Weser und Bremer Vulkan sowie Schifffahrt und Schiffbau in der Unterweserregion wurden dort zu seinem zweiten großen Arbeitsfeld.

Biographisch zog es Peter Kuckuk durchaus vor und auch nach seinem Studium zeitweise fort aus Bremen. Die schon im Vorkriegs-Wandervogel aktiven Eltern wirkten hier prägend auf den Jugendlichen, der 1949–1955 in der Bündischen Jugend eigene Eindrücke in der Ferne sammelte. Über einen bei einer Lapplandfahrt aufgestellten »Europarekord im Trampen« berichtete 1953 sogar die »Welt am Sonntag«. Ein Band zur »Bürgerlichen Jugendbewegung in Bremen« (2009 mit Klaus Auf dem Garten) ist eine späte – und äußerst qualitätsvolle – Frucht dieser Erfahrungen.

Ob Kuckuk zeitweilig auf einem Bauernhof im Bremer Umland oder im Innern der Insel Mallorca lebte – an seiner wissenschaftlichen Anbindung an die Hansestadt hat dies nichts geändert.

Peter Kuckuk hat nicht nur als Forscher und Autor, sondern auch als Herausgeber und Betreuer von Reihenwerken unermüdlich gewirkt und damit auch für Andere und Jüngere Publikationsräume geschaffen. Er war Redaktionsmitglied der Zeitschrift »Arbeiterbewegung und Regionalgeschichte« und vor allem ein engagierter Mitherausgeber der »Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens«. Mehrere Bände der Reihe gehen ganz oder ganz überwiegend auf seine Anregung, Redaktion und Autorenschaft zurück, ohne seinen Einsatz wären etliche Bände der Reihe nie erschienen. Die Stichworte Werften und Schiffbau, Schifffahrt, Räterepublik und Jugendbewegung mögen hier genügen.

Als Herausgeber und Mitautor hat Peter Kuckuk zudem Forschungen und Publikationen zu den Themenbereichen Bremen 1968 (1998), Norddeutscher Lloyd (2005) und zuletzt zur bremischen Luft- und Raumfahrt (2016) maßgeblich vorangebracht.

Als langjähriges Mitglied der Historischen Gesellschaft Bremen ist er der Redaktion des Bremischen Jahrbuchs als sachkundiger und stets fairer Rezensent zu den von ihm wissenschaftlich vertretenen Bereichen eng verbunden gewesen.

Als Wissenschaftler und Mensch wird er vielen fehlen.

Konrad Elmshäuser

Rezensionen und Hinweise

Begerow, Thomas, Keller, Volker und Lindemann, Ingbert (Hrsg.): 200 Jahre Evangelische Kirchengemeinde Vegesack 1817–2017. Bremen: Donat 2017. 256 S.

Ihren 200. Geburtstag hat die Kirchengemeinde Vegesack genutzt, um mit einer umfangreichen Publikation auf eine zwei Jahrhunderte umfassende Geschichte, aber auch auf ihr gemeindliches Selbstverständnis und auf die Aktivitäten der Kirchengemeinde hinzuweisen. Letzteres möge hier weniger interessieren, der Fokus soll auf den der Geschichte gewidmeten Teilen des Buches liegen, die immerhin gut 100 Seiten der Publikation einnehmen. Thomas Begerow, der mit der Vegesacker Geschichte bestens vertraute Historiker und Hauptautor hat dabei für neun Kapitel die Feder geführt, Ingbert Lindemann steuerte als Theologe acht Beiträge v. a. zur Nachkriegsgeschichte der Gemeinde bei.

Am 300. Jubeltag der Reformation, dem 31. Oktober 1817, hatten 94 Einwohner des Bremer Fleckens Vegesack die Gründungsurkunde der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Kirchengemeinde unterzeichnet und damit zugleich ein kirchenpolitisches Zeichen gesetzt, zu dem, wie man sich damals überzeugt gab, »freundlich der Zeitgeist Beyfall winket«: Unter den Kirchengemeinden im Bremer Landgebiet war Vegesack zwar ein spätes Kind, aber dennoch ein Pionier, denn sie war die erste unierte Gemeindegründung in Bremen und in ganz Nordwestdeutschland, die lutherische und reformierte Protestanten in sich vereinte! Dank tatkräftiger Hilfe der Anwohner Vegesacks, aber auch behördlicher Unterstützung in der Person des tüchtigen Amtmanns Dr. Christian Wilmans erfolgte 1819 die Grundsteinlegung zum Bau einer Kirche, die am 8. Juli 1821 eingeweiht werden konnte. Der zunächst nach reformiert holländischem Vorbild im Stil der Kirchen des Bremer Landgebiets errichtete Bau (dessen Baugeschichte ein eigenes Kapitel behandelt), wurde zum Zentrum einer Gemeinde, die sich wie das aufstrebende Hafenstädtchen Vegesack in der Folge positiv entwickelte. Bedeutende Pastoren des 19. Jahrhunderts wie C. H. G. Hasenkamp (1774–1834) und Heinrich F. Iken (1794–1853) stellt das Buch ebenso vor wie das Schicksal der Gemeinde in Kriegs- und Krisenzeiten im 20. Jahrhundert. Bilden zunächst die Amtsjahre der Pastoren den chronologischen Rahmen, so geben im 20. Jahrhundert sinnvollerweise die thematischen Schwerpunkte den Takt vor: Weltkrieg und Pazifismus, NS-Zeit, Judenverfolgung, die Rolle des Kirchenvorstands, Nachkriegsnöte und Wiederaufbau der Gemeindegemeinschaft.

Nicht selbstverständlich ist, dass auch die Gebäude der Gemeinde (bearb. von Torsten Kropp), aber vor allem der Kirchhof (reich bebildert) in separaten Kapiteln behandelt werden. Historiker wird der sachkundige Beitrag des Archivpflegers Begerow über Kirchenbücher und Gemeindegemeinschaftsarchiv besonders interessieren.

Wie bei einer solchen Publikation zu erwarten, werden Gemeindegemeinschaften und -aktivitäten ausführlich vorgestellt, so dass der gut bebilderte und schön gestaltete Band Eindrücke aus einer traditionsreichen, aber zugleich lebendigen Kirchengemeinde vermittelt und nebenher auch ein Vegesack-Buch ist.

Konrad Elmshäuser

Behne, Axel und Steimer, Hans Gerhard (Hrsg.): Hermann Allmers. Briefwechsel mit Freunden in der Ferne 1855–1879. Briefwechsel III, Teilband 1. Bremen: Temmen 2017. 786 S.

Nach dem ersten (vgl. Brem. Jb. 90, 2011, S. 309–311) und dem zweiten Band (vgl. Brem. Jb. 93, 2014, S. 271–272) des ausgewählten Briefwechsels von Hermann Allmers (1821–1902) ist nunmehr der erste Teilband des dritten Teils vorzustellen. Zunächst ist die Kontinuität der Erscheinungsfolge positiv hervorzuheben, handelt es sich doch um eine stupende Materialfülle, die zu bewältigen, zu sichten und zu ordnen ist, aus der schließlich Briefe auszuwählen und – wie erneut geschehen – sorgfältig zu kommentieren sind. Dabei hat sich die als Grundprinzip für die Bände gewählte geografische Matrix zweifelsohne bewährt. *Ferne* bedeutet hier wesentlich Korrespondenzpartner aus den deutschen Teilstaaten bzw. dem späteren Deutschen Kaiserreich, darüber hinaus Führendes bildet die Ausnahme.

Allmers zeigt sich häufig als treuer Freund und zuverlässiger Korrespondenzpartner über Jahrzehnte hinweg, der aus seinem scheinbar abgelegenen Refugium in Rechtenfleth Beziehungen knüpft und pflegt. Im vorliegenden Band beispielhaft erkennbar am Briefwechsel mit dem Zoologen Ernst Haeckel (1834–1919); beide hatten sich in Italien kennengelernt, und sie sind mit 102 Stücken im publizierten Briefwechsel vertreten, in denen sich persönliche Vertrautheit und Freundschaft mit allerlei ›Gelehrten- und Familienklatsch‹ paaren.

Eine bemerkenswerte und auch auf Bremen einwirkende Affinität von Hermann Allmers offenbart auch dieser Teil des Briefwechsels: Seine Beziehungen zu einer Richtung der bildenden Kunst, die wir heute häufig als monumental, überladen und kitschig bezeichnen. Trat bisher im Wesentlichen Arthur Fitger (1840–1909) als den großbürgerlich-bremischen Kunstgeschmack bestimmender Maler in Allmers' Korrespondenz hervor, so folgen nun mit Heinrich von Dörnberg (1831–1905) und Otto Knille (1832–1898) zwei Protagonisten der Historienmalerei der sogenannten ›Düsseldorfer Schule‹. Beide haben mit ihren Bildnissen das Allmersche Wohnhaus in Rechtenfleth geprägt und in der Person von Otto Knille schließt sich der Kreis zu Bremen und einer immer wieder zitierten, die Stadt aufwühlenden Auseinandersetzung: Die künstlerische Ausgestaltung der 1864 eröffneten ›Neuen Börse‹, für die Allmers seinen Freund Knille in das Rennen schickte (vgl. hierzu Hans Gerhard Steimer: Hermann Allmers, Johann Georg Kohl und der Streit um das Bremer Börsenbild, in: Brem. Jb. 88, 2009, S. 148–171). Letztendlich vergeblich, was blieb waren Skizzen zur *Landung des Kolumbus*. Rückblickend *nugae*, um die aber in einer Art ›Kulturkampf‹ erbarmungslos gestritten wurde.

Thomas Elsmann

Binter, Julia (Hrsg.): Der blinde Fleck. Bremen und die Kunst in der Kolonialzeit. Bremen: Kunsthalle Bremen 2017. 190 S.

»Niemand sollte sich täuschen, das hier ist keine Ausstellung, es ist ein Schauprozess. Und wenn kein Schauprozess, dann doch eine Abrechnung: mit dem Museum, der Kunst und der deutschen Geschichte.« Dieses harte Urteil über die Ausstellung »Der blinde Fleck. Bremen und die Kunst in der Kolonialzeit« stammt vom ZEIT-Redakteur Hanno Rauterberg, und auch andernorts wurde die von Julia Binter in der Bremer Kunsthalle kuratierte Schau harsch kritisiert. Gleichzeitig gab es auch wohlwollende Zustimmung, und ohnehin lädt die Lektüre des Begleitbandes dazu

ein, mit etwas Distanz nach den Erträgen zu fragen, die das Projekt – vielleicht ungewollt – für die Bremen-Historiographie geleistet hat. Unbehandelt bleiben also im Folgenden die Beiträge ohne Bezug zur bremischen Geschichte, wie etwa Anna Greves kenntnisreiche Behandlung von Topoi im Umgang mit »Weißsein«.

Zunächst dokumentiert der reich bebilderte Begleitband, wie wichtig ein außereuropäischer Fokus für die Sammlungs- und Ausstellungstätigkeit bremischer Museen vor 1945 war: Eine bedeutende Sammlung japanischer Holzschnitte der Kunsthalle Bremen wird vorgestellt und kunsthistorisch eingeordnet. Den Ausstellungen außereuropäischer Kunst in Bremen, insbesondere der großen Schau *Kunst Ostasiens und der Naturvölker* (1922), widmet sich ein weiterer Beitrag. Auch machten die Künstler der klassischen Moderne die außereuropäische Welt und speziell ihre Menschen zu ihrem Gegenstand – in der Sammlung der Kunsthalle finden sich hierfür zahlreiche Exempel, die mit kritischem Blick vom heute auf »Rassismen« und »Exotismen« befragt werden. Faszinierend ist die folgende Behandlung von in Bremen gesammelten Darstellungen außereuropäischer Kunst, die Europäer, zum Beispiel die britische Queen Victoria, zum Gegenstand haben.

Dass der Aufbau dieser Sammlungen bedingt war durch eine intensive Verflechtung zwischen Bremen und der außereuropäischen Welt, die deutlich vor dem Aufbau eines deutschen Kolonialreichs begonnen hatte, macht Frau Binters gut belegter Auftaktbeitrag »Bremen, Welthandel und Mäzenatentum in der Kolonialzeit« deutlich. Ob indes der Begriff »Kolonialzeit« für die Zeit zwischen 1776 und 1914 gut gewählt ist, erscheint dem Rezensenten fraglich, legt er doch eine Zentralität von Kolonien und vom Kolonialismus für die bremische Geschichte nahe, die nur schwer zu begründen sein dürfte – im Übrigen unternimmt Frau Binter gar nicht den Versuch, diesen Begriff (der m. W. aus der amerikanischen Historiographie entlehnt ist und dort die Epoche zwischen 1492 und 1776 bezeichnet) systematisch zu entfalten. Auch die Alltagskultur jener Jahrzehnte wird behandelt, nämlich außereuropäische Motive in der Plakatkunst des Norddeutschen Lloyds und anderer Reedereien sowie Aspekte visueller Kultur der deutschen Kolonialzeit, unter beispielhafter Heranziehung von Fotografien der Norddeutschen Missionsgesellschaft sowie von zeitgenössischen Werbeartikeln. Einen interessanten Fingerzeig zum Thema »Bremen und die Sklaverei«, der weiterer Vertiefung wert wäre, bietet das Interview mit dem Künstler Hew Locke: Demnach sympathisierte die bremische Kaufmannschaft während des Amerikanischen Bürgerkriegs eindeutig mit den Konföderierten Staaten von Amerika (S. 173).

Ohne die Bewertungen der Autorinnen teilen zu müssen, können an der Geschichte Bremens und seines Bürgertums im 19. Jahrhundert interessierte Leser diesen Band mit Gewinn auswerten.

Jörn Brinkhus

*Bremische Evangelische Kirche, in Zusammenarbeit mit Konrad Elmshäuser (Hrsg.):
Bremische Kirchengeschichte von der Reformation bis zum 18. Jahrhundert.
Bremen: Falkenberg 2017. 587 S.*

Allein auf die Heilige Schrift und nicht auf die Kirche wollte bekanntlich Martin Luther die christliche Existenz gegründet wissen. Doch ein erster Blick auf die Geschichte der Reformation und ihrer Schriften zeigt, wie sich dieses Merkmal vervierfacht und zu der Heiligen Schrift die Gnade, der Glaube und der Name Christus hinzutreten. Heilige Schrift steht in der Reformationsgeschichte für den

veränderten Begründungsmodus, Gnade für die auf die Beziehung von Gott und Mensch konzentrierte vertikale Begründungsrelation, Glaube für das begründete neue Leben und Christus für die Wirklichkeit und Wahrheit der Veränderung. Mit diesem »vierfachen allein« (Jochen Hörisch, Mannheim) hat sich die Reformation dann in die religiösen Veränderungen des ausgehenden Mittelalters begeben, als die kulturellen Differenzierungen der frühen Neuzeit in Wissenschaft, Recht, Kunst und Musik wirkmächtig anhoben.

Die jetzt vorliegende Bremische Kirchengeschichte von der Reformation bis zum 18. Jahrhundert zeichnet diesen Weg der Reformation für Bremen nach, also für die bedeutende norddeutsche Handelsstadt, die mit dem »neuen Glauben« sowohl ihr Streben nach Unabhängigkeit von ihrem Landesherren, dem Erzbischof, als auch nach intensiven Beziehungen zu den am Seehandel beteiligten Städten und Mächten verband. Für die politische Relevanz dieses Bestrebens spricht die Tatsache, dass diese Tendenz auch unter dem veränderten konfessionellen Vorzeichen der Calvinisierung gegenüber einem inzwischen lutherischen Erzbischof und lutherischen Hansestädten die Politik der Stadt leitete. Den fast 300 Seiten umfassenden ersten Teil dieser Geschichte (Lutherische Reformation und reformierte Konfessionalisierung in Bremen 1522–1648, S. 19–303) und damit die Zeit von der Reformation bis zum Westfälischen Frieden hatte schon vor nunmehr einem Vierteljahrhundert Ortwin Rudloff verfasst. Es ist schön, dass mit dem vorliegenden Band einmal mehr an den bedeutenden Bremer Domprediger erinnert werden kann. Thomas Elsmann ergänzt in einem Postskriptum Rudloffs Arbeit um Ergebnisse und Literaturangaben aus der neuesten Forschung (Postscriptum und Nachtragsbibliographie zu Ortwin Rudloff, S. 304–335). Der zweite Teil, verfasst von Hans Otte (Reichsstädtischer Protestantismus. Die evangelischen Kirchen 1648–1800, S. 336–514), ist auf der Höhe des aktuellen Forschungsstandes der Kirchen- und Theologiegeschichte. Hans-Georg Aschoffs Beitrag zu katholischen Gemeinde Bremens (Die katholische Gemeinde in Bremen von der Reformation bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, S. 515–562) beschließt den Band.

In dem nun vorliegenden Werk wird die diachrone Darstellung von der kirchlichen Dualität über die konfessionellen Verschiedenheiten bis hin zur Relativierung konfessioneller Grenzen an markanten Punkten synchron ausgeweitet, um auf den Feldern etwa der Stadtpolitik, der Handelsbeziehungen, aber auch der bildenden Kunst, der Literatur, sowie der Musik die Einflüsse der Reformation auf die kulturelle Vielfalt bis zum Reichsdeputationshauptschluss zu zeigen.

Solche markanten Punkte bilden etwa Abendmahlsstreitigkeiten, in denen sich die Gemeinden der Wirklichkeit ihres Herrn mit der Frage nach seiner Präsenz im Abendmahl versicherten. Schon weil Bremen zwischen der Augsburger Konfession und einem prononciert westlichen Humanismus die Balance halten wollte, konnte sich hier keine spiritualistische Auflösung der Präsenz in ein bloß symbolisches Verständnis, aber schließlich auch kein massives Verständnis der Seinsweise des Herrn in den Elementen durchsetzen. Stattdessen beschränkten sich Theologie und Kirche auf die Zusage der Präsenz in den Worten Jesu, bemühten also keine christologische Reflexion auf die Ubiquität Christi, wie sie vom orthodoxen Luthertum gegen die reformierte Theologie vertreten wurde. Die reformierte Christologie kennt nämlich keine ontologische Übertragung des göttlichen Prädikats der Allgegenwärtigkeit auf die menschliche Seinsweise Christi. Der raum-zeitlich auf seinen Körper und auf seinen Sitz im Himmel beschränkte Christus kann nicht an jedem Ort seiner sakramentalen Vergegenwärtigung leiblich präsent sein. Die Bremische Theologie hielt sich damit auch offen für die reformierte bundestheologische Sicht einer nicht ontologischen, aber nominellen Verbindung zwischen Gott und Mensch

in Christus. Bundestheologisch wird damit auch die Taufe eines Kindes seiner Bundeszugehörigkeit nachgeordnet. Der Mensch gehört zu den Christen durch seine Erwählung Gottes in den Bund.

Trotz seiner Nähe zur westeuropäischen reformierten Theologie, wollte Bremen indes immer auf dem reichsrechtlich gesicherten Boden der Augsburger Konfession bleiben. Rücksicht auf die lutherischen Hansestädte etwa Lübeck und Hamburg ist hier stets mitentscheidend gewesen. Der Bremer Rat behielt bei der konfessionellen Entwicklung der Stadt das Heft in der Hand, wenn auch der Übergang der Stadt zum Philippismus und schließlich zum Calvinismus nicht ohne die kulturelle Emanzipation seiner gebildeten Bürger denkbar gewesen wäre. Es war bezeichnenderweise kein Geistlicher, sondern der in der humanistischen Tradition und im Philippismus durch ein Studium gebildete Ratsherr und spätere Bürgermeister, Daniel von Büren der Jüngere, der gegen den Widerstand konservativer Ratsherren die theologischen Modifikationen voranbrachte und schließlich als Calvinisierung durchsetzen konnte. Das Schicksal des Geistlichen Hardenberg indes zeigt, wie sich eine humanistisch orientierte Theologie in ihrem prominenten Repräsentanten am inzwischen lutherischen Dom nicht durchsetzen konnte, weil sich dessen Auffassung der Präsenz Christi im Abendmahl mit ihrer Hinzuziehung des berühmten Sonnengleichnisses in keiner Weise mit dem Augsburger Bekenntnis vertragen konnte. Doch setzte die dominante Rolle des Rats, also seine Übernahme des bischöflichen Rechts der Entwicklung Bremens zu einer reformierten Kirche auch Grenzen: Das geistliche Ministerium in Bremen konnte sich nie zu einem eigenständigen, vom Rat unabhängigen Kollegium entwickeln. Der von Christoph Pezel 1595 verfasste *Consensus Bremensis* formulierte zwar abschließend reformierte Lehrinhalte, blieb aber in seiner verfassungsrechtlichen Programmatik für Bremen ein bloßes Postulat.

Hans Otte weitet mit hohem theologischem Sachverstand seine Darstellung von der Zeit nach dem Westfälischen Frieden bis zum Reichsdeputationshauptschluss auf den theologischen Feldern Orthodoxie und Pietismus aus. So kommt die allmähliche Aufweichung der konfessionellen Trennlinien zwischen reformiertem Stadtkirchentum und lutherischer Domgemeinde in den Blick und wird Bremen zu einem Paradigma für das theologie- wie verfassungsgeschichtlich angesagte Ende des konfessionellen Zeitalters. Das nicht mehr an der Konformität mit Lehrinhalten, sondern an individuellem Glauben und an einer *praxis pietatis* orientierte Stadtbürgertum, zu dessen Herausbildung das Bremische Schul- und Hochschulwesen (»*Gymnasium Illustre*«) beigetragen hatte, konnte sich durch den Rat vor geistlicher Reglementierung geschützt wissen. Ein reformiertes Konsistorium wurde in Bremen nicht eingerichtet. Vielmehr versuchte der Rat sogar durch eine Politik der Bevorzugung (»Primarien«) eine Hierarchie in die Geistlichkeit einzutragen, um so besser Einfluss auf die Kirche nehmen zu können.

So war Bremen mit seinem Umland zu einer Landeskirche geworden, in der sich die Geistlichkeit auch im 18. Jahrhundert nicht zu einem dem Rat gegenüber selbständigen Kollegium eigenen Rechts entwickeln konnte. Geistliche waren Prediger der Stadt. Neben dem *ius episcopale* und der geistlichen Rechtsprechung des Rates blieb kein Platz für eine autonome kollegiale Kirchenverfassung. Schon lange war im Übrigen das Amt des Superintendenten aufgegeben, als schließlich auch das geistliche Ministerium verschwand. Auch die Spannung zwischen dem dann lutherischen Dom und dem reformierten Kirchenwesen der Stadt Bremen hat an dieser Entwicklung nichts ändern können, gerade weil der Konflikt mit einer jeweiligen Territorialherrschaft bis 1803 fort dauerte. Die lutherischen Herrschaften Schweden und späterhin Hannover beförderten zwar die lutherischen Profilierung

der Domgemeinde, versuchten aber nicht in das Kirchenwesen der inzwischen reichsstädtisch verfassten Freien Stadt Bremen hineinzuwirken.

Die Entwicklung von Glaube und Kultur, die individuelle Betonung des Glaubens im Pietismus, aber wiederum auch die Tatsache, dass sich der Gedanke der Wiedergeburt stadtpolitisch nicht instrumentalisieren ließ, führte Bremen aus dem konfessionellen Zeitalter in eine Zeit kultureller Emanzipation, in der sich das Interesse an Kultur, Literatur und Wissenschaft durchsetzte und konfessionelle Grenzen zwischen Reformierten und Lutheranern ihre Bedeutung verloren. Allerdings blieb die Sonderstellung der sich allmählich im 18. Jahrhundert wieder entwickelnden katholischen Gemeinde noch prekär. Hans-Georg Aschoff konturiert in seiner das Buch abschließenden Geschichte der katholischen Gemeinde Bremens die Grenzen der allmählichen Entkonfessionalisierung bürgerlichen Lebens in der Handelsstadt. Von religiöser Toleranz war auch Bremen noch weit entfernt.

Friedrich Seven

Diehl, Rolf und Obergehtmann, Frank: Die Bremer Vahr. Leben in einem modernen Stadtteil. 2. Auflage, Bremen: Kellner 2015, 247 S.

Ein Stadtführer von fast 250 Druckseiten zu einem Stadtteil, der allzu oft nur als Hochhaussiedlung oder gar Problembereich angesprochen wird? Dies lässt zumindest hoffen, dass unter dem Untertitel »Der besondere Stadtführer« mehr als nur die Präsentation des ambitionierten Bremer Neubauvorhabens der 50er bis 70er Jahre geboten wird. Ist die Vahr doch sehr viel mehr als nur eine Betonburg und ein Stück Nachkriegsgeschichte. Die wechselvolle Geschichte des bis Mitte des 20. Jahrhunderts ländlich geprägten Stadtteils geht bis in das Mittelalter zurück, zudem wurde die Vahr im 19. und frühen 20. Jahrhundert zu einer bevorzugten Sommerfrische, einem Villenstandort und zu einem frühen Bremer Revier für Sport- und Freizeitclubs.

Das Buch ist das Ergebnis der Kooperation von zwei Autoren, die als bekennende »Vahraonen« zu der Publikation zwei getrennte und tatsächlich recht unterschiedliche Teile beigetragen haben. Leider hat man sich bei der Redaktion des Buches, in dem »Erzählbuch und Nachschlagewerk auf gut lesbare Weise verbunden« sein sollen, entschieden, den von Frank Obergehtmann verfassten historischen Teil zur Geschichte der Vahr ganz ans Ende zu verbannen und für diesen zudem nicht ganz 40 Seiten Umfang vorzusehen. Damit wird die vom Autor fachlich sehr solide und dennoch kurzweilig lesbar geschilderte Geschichte der Vahr leider zum reinen Anhang degradiert – sehr zum Nachteil des Buches. Denn so engagiert der (Haupt-)Autor Rolf Diehl auf den vorhergehenden ca. 200 Seiten seinen Stadtteil auch vorstellen mag – der ständige Hinweis darauf, dass die Vahr lebenswert, vielschichtig und besser als ihr Ruf sei, lässt dennoch kein einheitliches Bild dieses Quartiers erscheinen. Vielmehr wird gerade durch die sehr kleinteilige Präsentation aller Bauabschnitte, Initiativen, Einrichtungen und privaten und öffentlichen Angebote in der Vahr letztlich der Eindruck verstärkt, dass es sich eben doch nur um ein komplexes, modernes Stadtviertel handelt, das zwar allerhand zu bieten, aber keinen eigenen Charakter hat. Diesen Eindruck unterstreicht zudem das kleinteilige Layout von Farbbildern, Tabellen und Karten, die sich um die doch sehr »persönlich« formulierten Texte gruppieren. Das Buch gleicht daher – mit Anzeigen und Verlagswerbung – vielfach mehr einer kommunalen Stadteilbroschüre als dem angekündigten Stadtführer.

Konrad Elmshäuser

Eckhardt, Albrecht: Von der sozialistischen Revolution zur praktischen Tagespolitik und Staatsverwaltung. Das Direktorium des Freistaats Oldenburg in seinen Protokollen 1918/19 (Oldenburger Forschungen NF, Bd. 32). Oldenburg: Isensee 2017. 160 S.

Mit dem Rücktritt des Großherzogs endete auch in Oldenburg die Monarchie – doch wer nahm in der Landeshauptstadt dann das Heft des Handelns in die Hand? Eben nicht der in Wilhelmshaven gebildete 21er Rat, der die revolutionären Matrosen und Arbeiter an der Küste vertrat und die sozialistische Republik Oldenburg-Ostfriesland ausgerufen hatte, und auch nicht die im Land Oldenburg vielerorts gegründeten Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, sondern ein neu gebildetes Direktorium, das noch vom Landtag eingesetzt worden war und am 12. November 1918 seine Tätigkeit aufnahm. Sechs Oldenburger Landtagsabgeordnete von MSDPD, DDP und Zentrum gehörten diesem Gremium an, hinzu kamen zwei ehemals großherzogliche Minister – und mit Bernhart Kuhnt ein revolutionärer, der USPD nahestehender Soldat aus Wilhelmshaven, der als Präsident fungierte.

In mustergültiger Edition legt Albrecht Eckhardt, der pensionierte Leiter des Staatsarchivs Oldenburg, die 63 überlieferten Sitzungsprotokolle dieser Übergangseinrichtung vor. Die wort- und buchstabengetreuen Abschriften der Ergebnisaufzeichnungen nebst Anlagen sind ergänzt um weiterführende Nachweise und Erklärungen. Zusammen mit den Landtagsprotokollen und der zeitgenössischen Tagespublizistik bilden diese Dokumente eine wichtige Quelle, um der politischen Entwicklung in Oldenburg während der Übergangszeit 1918/19 nachgehen zu können: Zum Beispiel der zusammen mit dem Landtag betriebenen Verfassungsreform, aber auch den Details der praktischen Tagespolitik, insbesondere den zahlreichen offenen Fragen der Demobilmachung sowie der öffentlichen Sicherheit, die in nicht immer reibungsfreier Zusammenarbeit mit den örtlichen Räten des Landes entschieden werden mussten.

Die kenntnisreiche Einleitung bietet Erklärungen dafür, warum die Revolution in der Huntstadt weniger turbulent verlief als in anderen Regionen, und hebt Besonderheiten hervor, etwa dass der 1916 gewählte Oldenburgische Landtag seine Funktionen weiter ausübte. Ein ausführliches Stichwortverzeichnis lädt dazu ein, die Querbezüge zu Bremen zu prüfen, aber auch dem in der Forschung mittlerweile mit viel Engagement und Erträgen diskutierten Thema des Aufbaus paramilitärischer Organisationen nachzugehen.

Eine rundum gelungene (sowie sinnvoll bebilderte) Quellenedition, die hoffentlich weitere Studien anregt.

Jörn Brinkhus

Ehram, Thomas (Hrsg.): Friedo Lampe. Briefe und Zeugnisse (Mainzer Reihe. Neue Folge, Bd. 17). Göttingen: Wallstein 2018, 2 Teilbände im Schubert, 629 (I) und 479 (II) S.

Für die Beschäftigung mit Friedo Lampe, dem vielleicht spannendsten bremischen Autor des 20. Jahrhunderts, dürfte die nunmehr vorliegende Briefedition eine Zäsur bilden. Friedo Lampe gehört sicher nicht zu den bekannten Autoren des 20. Jahrhunderts – selbst in seiner Heimatstadt darf man ihn durchaus noch immer zu den wenig gelesenen und damit auch wenig bekannten Autoren zählen. Hierzu trägt neben dem nicht allzu umfangreichen Œuvre die nicht durchweg gute

Zugänglichkeit seiner Werke bei. An Freunden und Verehrern hat es Friedo Lampe hingegen in Bremen und auch außerhalb nicht gemangelt (hiervon zeugt auch die Danksagung des Editors auf S. 438 f.). Immer wieder haben sich Liebhaber und Bewunderer seiner Werke angenommen, selbst eine Friedo-Lampe-Gesellschaft hatte sich in Bremen der Pflege seines Andenkens und Schaffens verschrieben. Auch Ausstellungen zu seiner Person versuchten, ihn einem breiteren Publikum bekannt zu machen, jedoch mit bescheidenem Erfolg, bewirbt doch der Wallstein-Verlag die hier anzuzeigende Edition der Briefe und Zeugnisse mit dem Eingangsbekennnis: »Friedo Lampe gilt als der ewige Geheimtipp der deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts«.

Auch wenn dies wohl weiterhin so bleiben mag, wird zukünftig niemand mehr gehindert sein, sich mit diesem literarischen Geheimtipp ausführlich zu beschäftigen. Denn gemessen an den eingangs erwähnten Einschränkungen zu seiner Person: schmales Œuvre, fragile Verfügbarkeit und mäßiger Bekanntheitsgrad, ist hier eine geradezu monumental opulente Edition anzuzeigen, für die dem Verlag, dem Herausgeber und der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur zu danken ist.

In zwei umfangreichen Bänden hat der Herausgeber alles zusammengetragen, was von und zu Friedo Lampe erreichbar ist, die Fülle der Zeugnisse und Selbstzeugnisse ist erstaunlich und erfreulich groß. So heißt es im editorischen Bericht von Thomas Ehrsam: »Die vorliegende Edition bringt sämtliche erhaltenen und dem Herausgeber zugänglichen Briefe von und an Friedo Lampe. Sie bringt sodann die Zeugnisse seiner Zeitgenossen, soweit sie den Menschen Friedo Lampe aus eigener persönlicher Bekanntschaft zur Sprache bringen. Schließlich versammelt sie erstmals die verstreut erschienenen und weitgehend unbekannt gebliebenen kritischen Texte Lampes zu Literatur und Kunst ...« (Bd. II, S. 223).

Dementsprechend breitet »Band I Briefe« auf 629 Seiten die Privat- (S. 7–453) und Verlagskorrespondenz (S. 455–629) aus – durchgängig gezählt in 514 Nummern, die vom 12. November 1905 bis zum 10. April 1945, also vom sechsten Lebensjahr bis wenige Tage vor Lampes tragischem und gewaltsamem Tod reichen. Hält man sich vor Augen, dass der 1943 in Berlin ausgebombte Autor, dessen schriftliche Hinterlassenschaft aus den letzten Berliner Monaten komplett verloren ging, keinen Nachlass hinterließ, ist dies eine umso beeindruckendere Sammlungsleistung, denn fast alle Schreiben – die hier zumeist als Erstveröffentlichungen geboten werden – stammen aus fremder Hand. Sie liegen v. a. in drei Konvoluten im Deutschen Literaturarchiv in Marbach vor, nur 64 der 514 Stücke stammen aus anderer Provenienz. Bei zahlreichen weiteren nachgewiesenen Korrespondenzpartnern und Freunden Lampes hingegen ließ sich trotz aufwändiger Recherche nichts mehr ausfindig machen. Angesichts dessen relativiert der Editor die Selbstanklage Lampes, der mehrfach über seine Faulheit beim Briefeschreiben klagte (S. 226 f.).

Zeugnisse von Zeitgenossen, Rezensionen, Interviews und Nachworte runden im zweiten Band der Edition auf ca. 200 Seiten das Bild des Autors aus der Perspektive der Zeitgenossen ab. Diese zum Teil kleinteiligen und nur noch schwer zugänglichen Texte werden der Lampe-Forschung ähnlich willkommen sein wie das Briefkonvolut.

Die zweite Hälfte des Bandes II nehmen die außerordentlich sorgfältigen und nützlichen Kommentare zu den Briefen aus Band I ein, diese sollen v. a. die Lebens- und Arbeitsbedingungen des Schriftstellers erhellen – eine vorbildliche editorische Leistung. Ein Verzeichnis der Briefe und Zeugnisse nach Adressaten und Verfassern sowie ein sorgfältiges Personenregister schließen die Edition, die zudem 40 Abbildungen zu Lampes Leben enthält, ab.

Friedo Lampes schriftstellerisches Œuvre fällt fast gänzlich in das Dritte Reich – 1933 erschien sein Erstlingsroman »Am Rande der Nacht«, der sogleich verboten wurde. In seinem gesamten beruflichen Leben als Autor, Lektor und Bibliothekar hat er Distanz zu den NS-Machthabern und ihrer Ideologie gehalten, gleichwohl er schon 1933 der NSDAP beitrug.

Friedo Lampe starb am 2. Mai 1945 in den letzten Kampfhandlungen um Berlin beim Versuch, sich alleine zu Fuß in Sicherheit zu bringen. Dabei wurde er von Rotarmisten, die das Standrecht auch gegen Zivilisten anwandten, aufgegriffen und nach einer Personenkontrolle kurzerhand erschossen. So wurde er am Ende des Krieges doch noch ein Opfer desselben. Die Sinnlosigkeit dieses willkürlichen Todes erschütterte Freunde und Verehrer – und schien ihnen im Nachgang offenbar zu banal. Schon bald dichtete die Fama um das Ereignis einen tragischen Irrtum mit einer angeblichen SS-Verwechslung. Dies exkulperte die Täter und verlieh dem Tod wenn auch nicht wirklich Sinn, so doch wenigstens ein wenig zusätzliche Tragik.

»Um Friedo Lampes Tod hat sich Rankenwerk geschlungen« (Bd. II, S. 45), schrieb Kurt Kusenberg schon 1950 sehr richtig in seinem »Epitaph für Friedo Lampe«.

Konrad Elmshäuser

Fischer, Norbert: Von Seedeichen und Sturmfluten. Zur Geschichte der Deiche in Cuxhaven (Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden Bd. 46) (Geschichte der Deiche an Elbe und Weser Bd. 7). Stade: Landschaftsverband 2016, 409 S.

Der vorliegende Band VII der Reihe »Geschichte der Deiche an Elbe und Weser« beschließt die Deichlinie des Elbe-Weser-Dreiecks vollständig (Der folgende Band VIII wird die Deiche im Inland zum Gegenstand haben). Das hier untersuchte Gebiet, das heutige Cuxhaven, grenzt direkt an die Nordsee, außerdem gehört noch die Insel Neuwerk dazu.

In einem einführenden Text werden grundlegende Begriffe und Fragestellungen zu Geschichte der Marschenwirtschaft und der Anlagen zum Küstenschutz vorgestellt, es folgt ein Beitrag des zuständigen Stadtarchäologen Andreas Wendowski-Schünemann über Ausgrabungen an einer Deichstrecke und dem Fund eines Siels. Seit den 1980er Jahren wurden sie in Verbindung mit Arbeiten zur Verstärkung der Deiche durchgeführt.

In den folgenden elf Kapiteln wird die Entwicklung der Deiche im Wesentlichen chronologisch vorgestellt. Die Quellenüberlieferung setzt gegen Mitte des 16. Jahrhunderts ein. Da die hier behandelten Landstriche bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts als Amt Ritzebüttel zu Hamburg gehörten, ist Akten- und Kartenmaterial reichlich vorhanden: Es stammt besonders aus den Konflikten zwischen den örtlichen Landbesitzern und der weit entfernten Stadt. Zudem begannen bereits früh wasserbauliche Maßnahmen zur Entwicklung der Infrastruktur, indem Kapital in den Deichbau investiert wurde, um die Erträge der Landwirtschaft zu erhöhen. Wie sich zeigt – und das ist eines der wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung – blieben diese Bemühungen ohne dauernden Erfolg. Die im 16. und 17. Jahrhundert neu eingedeichten Flächen gingen recht schnell wieder verloren, auch wenn weiterhin große Mühe aufgewandt wurde, um sie dauerhaft zu sichern.

Die landschaftlichen Charakteristika im Amt Ritzebüttel bzw. der Stadt Cuxhaven unterscheiden diesen Küstenabschnitt von den übrigen Strecken im Elbe-Weser-

Dreieck: Hier reichen Dünenzonen unmittelbar bis an das Watt, erst im 20. Jahrhundert erhielten auch diese Streifen einen Schutz durch Deiche, während sie in früherer Zeit bei hohen Winterfluten überschwemmt wurden. Als weitere Besonderheit besteht die Insel Neuwerk: Sie war bei Sturmfluten besonders gefährdet, doch sind ihre Deiche für den Küstenschutz an der Elbmündung bis heute von hohem Wert, der Insel ist ein eigenes Kapitel gewidmet.

Bereits im 17. Jahrhundert begannen Arbeiten, um direkt an der Elbmündung einen Hafen zu gewinnen, in dem Schiffe in Sicherheit gebracht und über den Winter aufgelegt werden konnten. Immer wieder wurden die Anlagen dort durch Sturmfluten zerstört, erst im Zuge der Industrialisierung standen die Mittel zur Verfügung, um Bauwerke in den erforderlichen Dimensionen und mit der notwendigen Festigkeit herzustellen. Die heute vorhandenen Anlagen haben gerade in den Häfen und in den Industrieflächen die Landschaft in solchem Maß überformt, dass ältere Strukturen weitgehend verborgen sind – wie sich auch im Namen der Stadtgemeinde dokumentiert. Eine weitere Besonderheit Cuxhavens bildet der Badebetrieb, dessen Gebäude und Anlagen seit etwa 1800 ebenfalls spezielle Anforderungen an den Wasserbau stellten.

Das Buch ist mit Abbildungen von Karten und Entwurfszeichen reich ausgestattet, die in Farbigkeit und Layout gut wiedergegeben und kenntnisreich kommentiert sind. Das ausführliche Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Sach-, Orts- und Personenregister geben dem Band wie auch den übrigen sechs Bänden den Charakter eines Handbuchs.

Bettina Schleier

Focke, Harald und Kludas, Arnold: Auf der Weser. Fotografien von Karl-Heinz Schwadtke aus den 1960er Jahren in Bremen und Bremerhaven. Wiefelstede: Oceanum 2017. 71 S.

»Shiplover«, so heißt jene verdienstvolle wie auch gelegentlich (u. a. von akademischer Warte) belächelte Personengruppe, die mit viel Eigenmitteln und Idealismus Daten von Schiffen zusammenträgt und Schiffe fotografiert. Was da an Basismaterial zusammenkommt, ist nicht zuletzt auch für weiterführende wissenschaftliche Fragestellungen auf dem Gebiet der maritimen Historie wertvoll. Sozialgeschichtlich plausibel erscheint die Tatsache, dass erst die westlichen Wohlstands- und Freizeitgesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg in nennenswerter Weise diesen Typus an Schifffahrtseнтуhiasten hervorbrachten.

Einer von ihnen war der aus Berlin stammende Karl-Heinz Schwadtke (1925–1986), der Schiffe zeichnete und fotografierte sowie Nachschlagewerke zur Handelsschifffahrt verfasste. Zu seiner fotografischen Ausbeute zählt auch ein Bestand von Fotografien schwerpunktmäßig aus den 1960er Jahren aus den bremischen Häfen in Bremen und Bremerhaven. Eine Auswahl davon ist in diesem handlichen Bändchen präsentiert. Der Schifffahrtsautor und frühere Bibliothekar des Deutschen Schifffahrtsmuseums Arnold Kludas, der Schwadtke noch persönlich gekannt hat, porträtiert in sehr aufschlussreicher Weise dessen Biographie (S. 7–20, 71), während der in Bremen mittlerweile renommierte maritime Historiker Harald Focke die Bildunterschriften kenntnisreich verfertigt hat. Hierzu ließe sich aber vielleicht noch anmerken, dass einige ausländische Frachter (S. 39, 40, 43, 51, 58, 65) mit wenig Aufwand ebenso hätten identifiziert werden können, wie das bei den anderen deutschen und ausländischen Fracht- und Passagierschiffen geschehen ist, man

vielleicht auch zu Schleppern und Hafengebäuden etwas mehr hätte sagen können. Insgesamt bietet das Buch aber ein nachdenklich stimmendes Kaleidoskop über das Erscheinungsbild der bremischen Häfen vor inzwischen einem halben Jahrhundert: Als bei der 1983 geschlossenen AG »Weser« noch Schiffe gebaut (S. 34) und repariert (S. 26, 54, 55, 61) wurden, amerikanische Truppentransporter und die legendäre UNITED STATES Bremerhaven anliefen (S. 68–70), der konventionelle Stückgutfrachter die Szenerie weithin beherrschte, die Containerrevolution in der allerersten Anfängen steckte (S. 62–63) und man sich noch nicht im Entferntesten vorstellen konnte, dass der in jenen verflossenen Tagen noch unverzichtbare Überseehafen dereinst (1998) zugeschüttet werden würde.

Christian Ostersehlte

Focke-Museum, Bremer Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte (Hrsg.): Protest + Neuanfang. Bremen nach 1968. Bremen: Schönemann. 152 S.

50 Jahre nach 1968 befassen sich in Bremen gleich zwei Ausstellungen mit dem Protestjahr 1968 und den Folgen (vgl. die Besprechung zu »Trau keinem über 30«, S. 331). Das Focke-Museum widmet dem Thema unter dem Titel »Protest + Neuanfang. Bremen nach 1968« eine große Sonderausstellung mit zwölfmonatiger Laufzeit, aufwändigem Rahmenprogramm und Katalogband. Das Museum möchte dadurch auch, so Leiterin Frauke van der Haar, »Sammlungsstücke aus dem Zeitraum erwerben« und »die begonnene Neuausrichtung« vorantreiben.

1968 steht als Chiffre für internationalen Jugendprotest, Studentenunruhen in Berlin, Frankfurt, Paris, Anti-Vietnamkriegs-Aktionen und ist gleichzeitig Geburtsstunde der 68er, der sozialen Bewegung der Neuen Linken. Das Projekt »Bremen nach 1968« vereint zwei Aspekte, die Protestbewegung der 68er in Bremen und Bremer Zeitgeschichte nach 1968.

Im Eingangsbeitrag beschreibt Ausstellungskurator Jan Werquet den Brückenschlag zwischen bremischer Nachkriegsgeschichte, Subkultur, Migrationsgeschichte und politischer Bewegung. Die 68er-Jahre kennzeichnen eine »Scharnierzeit« zwischen Nachkriegsboom und Jahrtausendwende, in der die Aufbruchstimmung einer jungen Generation ausgelöst durch die Proteste auf fundamentale Umbrüche traf. Ökonomische Zukunftsängste vermischten sich mit gesellschaftlichem Widerstand gegen Atomkraft, Aufrüstung, Umweltzerstörung.

Begrenzt wird dieser Zeitraum auf die Jahre 1968 bis 1983. Die Schließung der Werft AG Weser zählt sicherlich zu den bittersten Ereignissen der Bremer Nachkriegsgeschichte. Wirtschaftsgeschichtlich war es jedoch, wie Karl Marten Barfuß in seinem Beitrag aufzeigt, kein singuläres Ereignis, sondern lediglich ein weiterer Meilenstein bei der Abwicklung der Schwerindustrie des 19. Jahrhunderts, oft begünstigt durch die Übernahme auswärtiger Konzerne. In Bremen wurde dieser Prozess aufgrund enger Vernetzungen zwischen Großbetrieben und Politik, insbesondere durch die Einflussnahme der Arbeitnehmervertreter, die notwendige Strukturreformen zugunsten von Arbeitsplatzsicherungen verhinderten, eher verschleppt.

Mehr noch als die politische Landschaft der Bundesrepublik veränderten die 68er den gesellschaftlichen Alltag. Unter der Maxime »Das Private ist politisch« wurde die Revolutionierung aller Lebensbereiche (Sexualität, Partnerschaft, Erziehung, Konsum) gefordert. Hartmut Müller und Ulla Nitsch analysieren ausgehend von der Bremer Schülerbewegung 1968 Aktions- und Lebensformen der Neuen Linken. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, sinnbildlich ausgetragen mit der

eigenen Elterngeneration, galt als zentrales Anliegen der 68er. Gleichzeitig orientierten sich die oft sehr jungen Leute an prominenten »Mentoren« wie linken Pfarrern, Lehrern, Anwälten, denen die Autoren großen Einfluss zuschreiben, was im Grunde genommen einer weiteren zentralen Forderung nach Autonomie und Selbstbefreiung widerspricht. Hinzu kam das Bedürfnis nach eigenen Treffpunkten, nach bestimmter Lektüre, Büchern, die im Eigenverlag erschienen oder als illegale Raubdrucke kursierten. Müller / Nitsch beschreiben, wie sich die alternative Szene vornehmlich im Ostertorviertel eine eigene Infrastruktur schuf mit Wohnungsgemeinschaften, Szenetreffen, Kinder- und Selbstversorgerläden. Politisches Zentrum blieb die 1965 eröffnete Lila Eule.

Auch der Beitrag von Karl Bronke und Beenhart Oldigs befasst sich zunächst mit den Bremer Schülerprotesten gegen die Fahrpreiserhöhungen von 1968, die sogar von Teilen der Bevölkerung und der Arbeiterbewegung (Klößner-Betriebsrat) unterstützt wurden. Diese temporäre Allianz wurde letztendlich durch das unachgiebige Verhalten des Bremer Polizeipräsidenten begünstigt. Etablierte Verbände und Parteien werteten die Proteste als Alarmzeichen, sich mehr mit der Jugend zu befassen bzw. eigene Strukturen zu ändern: Reform statt Revolution als Bremer Antwort. Wenig problematisiert wird, dass sich mit den sozialen Bewegungen und Vertretern des Establishments, zu denen auch Gewerkschaftsfunktionäre zählten, oft unvereinbare Positionen gegenüber standen.

Das Geschlechterverhältnis bzw. die Kritik am Patriarchat gehört besonders im Nachhinein betrachtet zu den zentralen Themen der 68er. Susanne Schunter-Kleemann behandelt in ihren Beitrag die Neue Frauenbewegung in Bremen von den 1970ern bis Mitte der 1980er Jahre. Die Autorin war 1968 bis zu ihrer Berufung an die Universität Bremen 1976 selbst im Zentrum des Geschehens an der FU Berlin und in der Kommune 1. Diese Erfahrungen sind allerdings nicht Gegenstand des Beitrags. Während es männliche Genossen sehr wohl verstanden, Klassenkampf und Karriere zu verbinden und sogar die mediale Aufmerksamkeit für sich zu nutzen wussten – das Ausstellungsmotiv mit Rudi Dutschke, obgleich es eine Bremer Veranstaltung im Jahre 1967 bewirbt, reproduziert dieses Bild –, bedeutete für junge Frauen eine Mutterschaft oft das Ende ihrer öffentlichen politischen Aktivitäten. Kinderbetreuung wurde als Privatsache aufgefasst. Für Bremen wurde die Beteiligung an den 68er-Protesten durch sich politisierende Schüler erkannt, der Anteil von Schülerinnen und die Kritik an bestehenden patriarchalen Strukturen ist Folge der Ausweitung auf andere Kampfzonen. Hier entwickelte sich bald eine Kluft zwischen sich parteipolitisch und autonom organisierenden Gruppen. Die Frage einer gemeinsamen Politik mit Männern und Arbeit in gemischt-geschlechtlichen Zusammenhängen führte auch aufgrund von persönlichen Erfahrungen mit sexueller Gewalt zu erbitterten Auseinandersetzungen. Ausdrücklich beleuchtet die Autorin die gesamte »Vielfalt frauenpolitischer Aktivitäten«. Dazu zählen Engagement für die Liberalisierung der Abtreibung (Bremer »Aktion § 218«), Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, aber auch die Einforderung gleicher Arbeitseinkommen für Frauen und Männer, die Durchsetzung des 8. März als internationaler Frauentag, die Anti-Apartheidbewegung, die Friedensbewegung.

Inhaltlich durch eine Fülle von Details besticht der Beitrag von Bora Akşen über die Situation der Arbeitsmigranten in den 1970er Jahren als Querschnittsthema. Akşen weist nach, dass es trotz räumlicher Nähe zur linken Szene im Ostertorviertel nur wenige konkrete Berührungspunkte zwischen »Gastarbeiter«-Familien und Studenten-WGs gab.

Räumlich dort anschließend befasst sich Eberhard Syring mit dem Paradigmenwechsel in Architektur und Stadtplanung der Nachkriegszeit. Im Kampf um den

Erhalt des Ostertorviertels und die Verhinderung der Osttangente – »Mozarttrasse« genannt – ging es dem Arbeitskreis Ostertorsanierung ab 1969 um mehr als die Erhaltung historischer Bausubstanz. Den Protest nährte auch Kritik an futuristisch anmutenden Großwohnanlagen à la Osterholz-Tenever und dem Leitbild einer »autogerechten Stadt«. Viele der heute etablierten Kommunikations- und Aktionsformen wie Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen, Plakataktionen, Straßenfeste entstammen dieser Protestkultur. Maßgeblich getragen wurde diese Entwicklung durch die Universität Bremen. 1971 als Gegenmodell zur Ordinarienuniversität gegründet, entwickelte sich die als »rote Kaderschmiede« diffamierte Bremer Reformuniversität innerhalb kürzester Zeit zu einem Magnet für junge Linke, die nach Bremen zogen und das politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben der Stadt nachhaltig beeinflussten.

Drei Beiträge befassen sich mit Aspekten der Kunst nach 68. Frank Schümann zeigt, wie eng die bundesweit stilbildende Entwicklung des Bremer Theaters mit der Person Kurt Hübners verbunden war. Hübner trat 1962 die Generalintendanz am Theater Bremen an und sorgte zusammen mit Regisseur Peter Zadek, Bühnenbildner Wilfried Minks oder Schauspielerin Hannelore Hoger für spektakuläre und kontrovers diskutierte Inszenierungen. Theatergeschichtlich waren die elf Jahre seiner Intendanz, dann weigerte sich der Senat Hübners Vertrag zu verlängern, nicht nur höchst produktiv und skandalträchtig, sondern richtungsweisend über die Grenzen der Stadt und der Bundesrepublik hinaus.

Rose Pfister und Hans Joachim Manske beschreiben, wie Bremen ab 1973 – mit Mitteln staatlicher Förderung – Vorreiter für »Kunst im öffentlichen Raum« wurde. Ein interessanter Aspekt ist dabei die sich wandelnde Akzeptanz der Bevölkerung im Umgang mit den ausgestellten Werken. Wurden die abstrakten Werft-Skulpturen von Hans Jürgen Breuste zunächst als »Schrottkisten« angesehen, die den Erholungsraum am linken Weserufer verschandeln, erhielten sie nach Schließung der AG Weser den Charakter von touristischen Marken und Erinnerungswahrzeichen an vergangene Arbeitswelten.

Uta Bernsmeier rekonstruiert, wie sich internationales Design in der Traditionslinie der Moderne des Bauhaus nach 1968 entwickelte und sich zeitgenössische Ideale in Mode und Designobjekten manifestierten.

Den Charakter der Ausstellung gibt am meisten die Schilderung eines eher randständigen Thema wieder. Analoges Radiohören mag heute als Anachronismus gelten, vor 30 Jahren war der »Kampf um den Äther« virulenter Bestandteil politischer Praxis. Von 1979 bis 1983 funkte Radio Zebra ohne staatliche Genehmigung auf öffentlichen Frequenzen. Damit leistete der Bremer Piratensender einen wichtigen Beitrag zur »Gegenöffentlichkeit« und Selbstorganisation der linken Szene. Jan Bönkost liefert eine anschauliche Beschreibung des Projekts inklusive Details zu Technik und Formen halb-konspirativer Kommunikation mittels Audiokassetten und Briefkästen.

Trotz einer Fülle von Themen weist der Band »Bremen nach 68« inhaltliche Lücken auf. So fehlt zum Beispiel die vehement geführte Auseinandersetzung über Gewalt bzw. Militanz, Repression oder Sichtweisen von Betroffenen unterschiedlicher politischer Richtungen. Als Lesebuch zur Ausstellung ist der Katalog aufgrund der teils sehr akademischen Aufmachung und Sprache nur bedingt geeignet. Besticht die Ausstellung vor allem durch anschauliche Zeitzeugenschilderungen und historisches Filmmaterial, liefert der Katalog eher Hintergrundinformationen unterschiedlicher Relevanz. Dennoch ist man, wenn mensch sich (um im Jargon zu bleiben) durch 150 eng beschriebene und wenig bebilderte Seiten gelesen hat, auf jeden Fall gebildeter – und streckenweise fühlt man sich sogar gut unterhalten.

Eva Determann

800 Jahre Worpswede – mit Brief und Siegel und mit zahlreichen Aktivitäten beging die zum Künstlerort geadelte Moorkolonie 2018 ihren Geburtstag und bekam von ihrem Heimatverein eine 350 Seiten starke Publikation offeriert. Eine beachtliche Riege von Autorinnen und Autoren (die hier nicht aufgezählt werden kann) hat sich für die Mitarbeit an dem Band zusammengefunden, darunter Profis aus Forschung und Medien, aber auch zahlreiche Laien. In die Kopfzeilen gesetzte Gruppentitel (Mittelalter, Siedlungsgeschichte, Tourismus, Musikkultur) erleichtern beim Blättern die erste Orientierung, Nutzen hätten sie als Strukturelemente auch im Inhaltsverzeichnis gestiftet. Über die Struktur des Buches wurde offenbar lang und engagiert gerungen. Narciss Göbbel schildert den Prozess »Von der Chronik zum Lesebuch« direkt eingangs des Bandes, was dazu führt, dass das Buch mit Fotos des Autors (und der Mitautoren) beginnt. Mit etwas zeitlichem Abstand zur redaktionellen Mühsal und zum Jubiläum wird man sich wohl dieses Kapitel auch gut am Schluss des Buches vorstellen können. So folgt dem Auftakt zunächst eine niederdeutsche Erzählung (was auch nicht jedermanns Sache ist), bis man mit zwei Beiträgen von Gerrit Aust beim Jubiläumsanlass angelangt ist. Die im Original nicht erhaltene Urkunde (aus dem Klosterfonds Osterholz) von Erzbischof Gerhard I. vom 21. Juli 1218 mit der Ersterwähnung Worpswedens wird hier in kopialer Überlieferung des Staatsarchivs Stade abgebildet und erläutert. Der Beitrag zu »Worpswede ab 1218« bleibt dabei jedoch stark den herrschaftsgeschichtlichen Zusammenhängen verhaftet. So wichtig die Auseinandersetzungen zwischen Welfen und Askaniern auch gewesen sein mögen, wäre hier doch ein wenig mehr Wirtschafts-, Sozial- und Agrargeschichte des Mittelalters dem Gegenstand angemessen gewesen. Dies gilt auch für die Illustrationen. Statt neogotischer Bilder von Heinrich dem Löwen und Rekonstruktionen der Burg Bremervörde hätten z.B. Abbildungen aus dem Oldenburger Sachsenspiegel mehr bäuerliche Lebensrealität des 13. Jahrhunderts ins Spiel bringen können. Diese kommt im folgenden Beitrag zu den »Häusern, Höfen und Sitzen« zwar zu ihrem Recht, doch wird die Entwicklung Worpswedens und seiner Höfe vom 16. bis zum 19. Jahrhundert eher im Schnelldurchlauf dargestellt. Damit sind die systematisch-chronologisch angelegten historischen Beiträge – zu denen noch ein großer und gut gelungener Abschnitt zur Moorkolonisation und den Findorff-Siedlungen von Wolfgang Konukiewitz zu zählen ist – auch schon abgeschlossen. Das ist schade, denn sie gehen damit ein wenig unter in den zahlreichen weiteren Beiträgen, die jeweils einem Themenbereich – ob Namenskunde, Personen, Gebäuden oder Institutionen – gewidmet sind. Dies ist sicher eine dem Charakter des Bandes als Lesebuch durchaus angemessene Struktur, eine einem 800-jährigen Jubiläum angemessene Ortsgeschichte bietet der Band damit aber eher nicht.

Dafür ist auf andere Vorzüge hinzuweisen. Das sorgfältig und großzügig gestaltete Buch von stattlichem Format kann in Bildmaterial schwelgen. Dies ist nicht zuletzt dem Umstand zuzuschreiben, dass zu Worpswede – so spärlich die frühe schriftliche Überlieferung ist – als Standort von Malern und Fotografen eben immer auch viel fürs Auge überliefert blieb. Neben den gemalten Klassikern der Künstlerkolonie gliedern daher die suggestiven Schwarz-Weiß-Fotografien von Saebens, Noack, Dodenhoff, Moris u. a. den Erzählfluss des Buches. Nur wenige Ortschaften dieser Größe können für ihre Geschichte zu Landschaftsbild und ländlicher Kultur auf so viel hochwertiges Bildmaterial zurückgreifen. Erfreulich ist, dass die legendäre Malerkolonie, die so wirkungsmächtig das heutige Bild Worpswedens bestimmt –

und ein wenig auch erdrückt – zwar immer wieder, aber nicht dominant zum Gegenstand wird. Damit bleiben der einmalige Ort und seine Einwohner, die Landschaft und ihre Kultur die bestimmenden Gegenstände eines Buches, das für Historiker vielleicht einzelne Leerstellen, für interessierte Leser aber vielfache Anregungen und reichlich Lesenswertes zu bieten hat.

Konrad Elmshäuser

Kloft, Hans (Hrsg.): Bürgersinn und Vereinskultur. Vereine im Stadtstaat Bremen (Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 2014–2017). Bremen: Falkenberg 2018. 164 S.

Bremen blickt auf eine lange Tradition bürgerlicher Vereinskultur zurück. Seit der Aufklärung begleiteten Vereine die Konstituierung des Bürgertums in der Stadt, bis schließlich Bürgertum und Vereine nicht mehr voneinander zu trennen waren, hier geschah die Einübung bürgerlicher Werte. Den Clubs und Vereinen im Lande Bremen ist das aktuelle Jahrbuch der Wittheit zu Bremen e.V. gewidmet, der Dachorganisation von über 90 wissenschaftlichen Einrichtungen und Instituten in Bremen und Bremerhaven. Der von Hans Kloft herausgegebene Band beinhaltet neben einer Einführung Beiträge zu neun Bremer Vereinen sowie zur Wittheit und dem Unterweserraum.

In einer Einleitung »Vereine und Geselligkeit« gibt Hans Kloft einen Abriss zu den zahlreichen Vereinen in Bremen und ihrer Bedeutung bis in die Gegenwart. Deutlich wird der starke Wandel des Vereinslebens und seiner Bedeutung für die wirtschaftliche, kulturelle und politische Entwicklung der Hansestadt. – Mit der zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstandenen Bremer Gesellschaft für Vorgeschichte befasst sich Else Wichmann-Borchert. Dabei liegt der Schwerpunkt auf dem aktuellen Vereinsleben und den zahlreichen Veranstaltungen und Vorträgen, mit denen das Vereinsziel erreicht werden soll, »in Zusammenarbeit mit den entsprechenden amtlichen und privaten Einrichtungen im Lande Bremen [...] das Interesse für die Vorgeschichte der Menschheit zu wecken und zu fördern« (S. 19). – Der Freundeskreis der Antike, dessen Gründung im Kontext des Alten Gymnasiums zu verorten ist, wird von Hans Kloft vorgestellt. Etwa die Hälfte des kurzen Beitrags nimmt die Vorstellung der gegenwärtigen Veranstaltungen ein. Im Mittelpunkt steht die Frage, weshalb es ausgerechnet in Bremen zur Gründung einer entsprechenden Vereinigung kam.

Nachfolgend sind der Olbers-Gesellschaft zwei getrennte Beiträge gewidmet, die man redaktionell eigentlich hätte zusammenfassen müssen: Renate Stein befasst sich mit der Vereinsgeschichte bis 1988, anschließend behandelt Michaela Glimbotzki dieselbe ab 1988. Aus Sicht des Vereins stellte der Vorstandswechsel nach dem Rücktritt des langjährigen Vorsitzenden Walter Stein (1988) einen tiefen Einschnitt dar. Die Gesellschaft wurde 1920 mit dem Ziel gegründet, das Erbe des Astronomen Wilhelm Olbers mit dem Bau einer Sternwarte und astronomischen Vorträgen und Veranstaltungen aufrecht zu erhalten.

Die Vereinsgeschichte der von Konrad Elmshäuser und Thomas Elsmann beschriebenen Historischen Gesellschaft Bremen e.V. reicht bis 1861/1862 zurück. Den Verfassern ist es ein Anliegen, diese Geschichte nicht lediglich als eine »erfreuliche und vorausschauende Erfolgsgeschichte des bremischen Vereinswesens« (S. 53) zu rekonstruieren, dazu gehört u. a. der Blick auf die Vorgeschichte der erfolglosen Gründungsversuche. Während danach das Interesse der noch jungen Vereinigung, die 1862 als Section des Künstlervereins gegründet wurde, zunächst

(angesichts des Wandels im Stadtbild Bremen im 19. Jahrhundert) primär auf der Sammlung sogenannter Realien, dann auch auf einer Bibliothek lag, etablierten sich später überwiegend zwei Formate der Erforschung und Vermittlung bremischer Geschichte: Das Vortragswesen und die Publikationen, insbesondere, aber nicht ausschließlich mit der Zeitschrift *Bremisches Jahrbuch*. Sie bilden bis heute neben den Studienfahrten einen Eckpfeiler der Geschichtsvermittlung. Der Beitrag thematisiert neben dem späten 19. und frühen 20. Jahrhundert – Höhepunkten der bürgerlichen Vereinskultur, die sich auch in Relikten wie Pokalen und Ehrenurkunden abbilden – auch das Verhalten von Verein und Vorstand in der NS-Zeit und den Wiederaufbau des Vereinslebens nach 1945.

Der von Wilhelm Tacke mit zahlreichen Zitaten beschriebene »Verein für das niedersächsische Volkstum« hat seinen Ursprung in der 1895 gegründeten Zeitschrift »Niedersachsen«. Sein Ziel der Erforschung und Bewahrung der kulturellen Überlieferung der näheren Umgebung (S. 74) verfolgte der Verein u. a. mit Publikationen, indem er sich im Denkmalschutz engagierte oder dem Kunsthandwerk annahm.

Mit bürgerlichem Engagement und Vereinskultur an der Unterweser (Bremerhaven, Geestemünde, Gestendorf, Wulfsdorf und Lehe) befasst sich Julia Kahleyß in ihrem Beitrag. Dabei gilt es zunächst aufzuspüren, welche Vereine es überhaupt gab und welche Ziel- und Zwecksetzungen sie hatten. Allerdings wurden diesen Recherchen zufolge an der Unterweser nur wenige dauerhafte Strukturen durch die bürgerlichen Vereinigungen etabliert. Ab den 1830er Jahren entstanden zunächst zaghaft, ab 1848 intensiver insbesondere Schützen-, Gesangs- und Turnvereine. – Dian Schefolg und Karen Buse geben einen Einblick in die juristische Gesellschaft zu Bremen e.V., mit dem Gründungsjahr 1986 die jüngste in diesem Band vorgestellte Vereinigung. Als »berufsübergreifendes Forum von Rechtsanwaltschaft, Richterschaft, Verwaltung, Hochschullehrern und in anderen Berufen tätigen Juristinnen und Juristen« (S. 102) soll der Dialog untereinander mit Veranstaltungen wie Vorträgen befördert werden. Die späte Gründung der Vereinigung führen die Verfasser auf den Status und das Selbstverständnis Bremens als Handels- und Hansestadt zurück, in der die Auseinandersetzung mit der Rechtswissenschaft nur eine marginale Rolle gespielt habe. – Der von Christien Melzer beschriebene Kunstverein geht hingegen auf das Jahr 1823 zurück. Laut ursprünglicher Satzung war das Ziel, mit Werken bildender Kunst »den Sinn für das Schöne zu verbreiten und auszubilden« (S. 106). Die Annahme der Autorin, dass sich die neue bürgerliche Öffentlichkeit in Deutschland erst über *Kunstvereine* konstituierte (S. 107), ist sicherlich etwas einseitig; doch wird hier deutlich, welche Rolle Vereinigungen im Allgemeinen bei der Bildung eines bürgerlichen Selbstverständnisses zukam. Der Kunstverein erwarb bis heute zahlreiche Sammlungen und ist Träger der Kunsthalle Bremen.

Der 1900 gegründete Goethebund (Goethe-Gesellschaft Bremen e.V.) wird von Hans Kloft und Gert Sautermeister beschrieben. Ziel ist es gegenwärtig, mit Vorträgen, Rezitationen, Publikationen und Exkursionen zu vertiefter Kenntnis Goethes beizutragen und seine Bedeutung für die moderne Welt zu ermitteln. – Der heutige Club zu Bremen geht auf die 1783 gegründete Gesellschaft Museum zurück, im 18./19. Jahrhundert neben der »Erholung« und der »Union« eine der bedeutendsten drei bürgerlichen Vereinigungen Bremens. Andrea Hauser bettet die Vereinsgeschichte in den allgemeinen Kontext bürgerlicher Vereine in Bremen ein und verortet die Vereinsgeschichte in ihrem sozialhistorischen Umfeld. Der Verein zielte zunächst auf die Bildung seiner Mitglieder ab und stützte dieses u. a. mit Vorträgen und gemeinsamen Leseabenden. Als das Bedürfnis in der Gesellschaft

nach Geselligkeit immer stärker wurde, entwickelte sich ein eigenes Museum als Vorläufer des heutigen Übersee-Museums. Der »Wandel der Inhalte der Geselligkeit« (S. 135) brachte schließlich die »Bremer Gesellschaft von 1914« hervor. – Die von Hans Kloft abschließend beschriebene Wittheit zu Bremen ist der Dachverband der wissenschaftlichen Vereinigungen in Bremen. Als »Bremer Wissenschaftliche Gesellschaft« 1924 etabliert, proklamierte sie als Ziel »die Vertretung und Zusammenfassung der wissenschaftlichen Bestrebungen und Arbeiten im bremischen Stadtstaat« (S. 153). Initiiert durch einflussreiche bürgerliche Kreise, war der damalige Leiter der Stadt-, später Staatsbibliothek, Hinrich Knittermeyer, treibende Kraft der Vereinsgründung. Auch heute noch lebe die Wittheit vom »Engagement bildungsüberzeugter Bürgerinnen und Bürger der Stadt« (S. 158). Mit Vorträgen und Publikationen soll ein »verständliches wissenschaftliches Angebot an die Gesellschaft« (S. 158) umgesetzt werden.

Der vorliegende Sammelband macht mit der beispielhaften Vorstellung einzelner Vereine auf das Desiderat einer Vereinsgeschichte der Freien Hansestadt Bremen als Teil einer umfangreicheren Sozialgeschichte Bremens im 19. und 20. Jahrhundert aufmerksam. Die redaktionelle Reihenfolge und die Auswahl der Beiträge zu den behandelten Vereinigungen enthüllt sich dem Leser nicht. So bilden weder die ältesten noch die bedeutendsten Vereine den Auftakt – Kunstverein und Club zu Bremen kommen z.B. erst am Schluss. Zur Auswahl erfolgt der Hinweis in der Einleitung, man habe diejenigen Vereinigungen ausgewählt, die bereit waren, »die eigene Geschichte Revue passieren zu lassen und zu Papier zu bringen« (S. 18). Dass prägende Elemente der bremischen Vereinskultur wie z.B. Lesegesellschaften oder auch der gesamte Bereich der Arbeitervereine oder abseits des herrschenden Diskurses stehende Vereine wie Frauenvereine nicht berücksichtigt werden, ist bedauerlich, aber wohl dieser Selektion geschuldet.

Problematischer ist hingegen, dass hier fast ausschließlich Vereine sich selbst darstellen, was im Sinne kritischer Distanz Defizite mit sich bringt. Den Einzelbeiträgen ist es gemein, dass sie die von ihnen beschriebenen Vereinigungen von den Anfängen bis zur Gegenwart beleuchten und dabei insbesondere die Mittel und Formate darlegen, mit denen man sich vereinsintern um die Erreichung der selbst gesteckten Ziele bemüht(e). Darüber hinaus sind die Beiträge einschließlich der enthaltenen Abbildungen von sehr heterogenem Gehalt. Während einige lediglich eine (augenscheinlich an der Satzung orientierte) Ziel- und Ereignisgeschichte wiedergeben, gelingt anderen eine kritische Betrachtung und Einbettung der beschriebenen Vereinigung in die allgemein politischen, in die sozial-, kultur- und wirtschaftshistorischen Umstände ihrer Zeit. Schwierige Phasen wie das Vereinsleben im Nationalsozialismus werden zumeist ausgespart, auch auf das übergeordnete Thema des Sammelbandes (»Bürgersinn und Vereinskultur«) wird eigentlich nur selten Bezug genommen. Damit zeigt der Band Potenziale, aber auch Desiderate einer weiterführenden Vereinsgeschichte in Bremen auf. Mit seinem Blick auf unterschiedliche Vereine in Bremen stellt der Band aber eine gute Basis für zukünftige Fragen an eine bremischen Vereinsgeschichte bereit.

Maria Hermes-Wladarsch

Lauschke, Karl: Widerstand lohnt sich! Die Geschichte der Bremer Hütte – oder: Wieso wird heute noch Stahl in Bremen produziert? Hamburg: VSA 2017, 576 S.

Auf 570 Seiten legt Karl Lauschke, langjähriger Mitarbeiter der Ruhr-Universität Bochum, die Ergebnisse eines Forschungsprojekts zur Geschichte der Bremer Stahlhütte vor. Dass ihn bei der Erarbeitung der Darstellung die ehemaligen Betriebsräte Peter Sörgel und Eike Hemmer unterstützen, dürfte ebenso wie die Förderung durch die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung eine Schwerpunktsetzung auf drei Themen begünstigt haben: erstens die Wahlen zum und das Agieren des Betriebsrats, zweitens die Tarifaueinandersetzungen auf betrieblicher Ebene und drittens die Einflussmöglichkeiten mittels betrieblicher Mitbestimmung auf Unternehmensentscheidungen.

Bis 1958 wertete der Klöcker-Konzern die übernommene Norddeutsche Hütte zu einem alle Fertigungsstufen des Produktionsprozesses integrierenden Stahlwerk auf, und ab hier erzählt Lauschke dessen Historie chronologisch als eine detaillierte, vielschichtige Konfliktgeschichte: Der Autor lässt die Auseinandersetzungen von Arbeitgebern und Werksvorstand mit Gewerkschaften und Betriebsrat Revue passieren, aber auch die heftigen Konflikte zwischen der betrieblichen Arbeitnehmervertretung, der IG Metall, der Bremer SPD und der Deutschen Angestelltengewerkschaft. Weiterhin schildert die Studie die Spannungen zwischen den verschiedenen politischen Fraktionen, in die die Belegschaft fragmentiert war, was vom Christlichen Metallarbeiterverband bis zu den an Maoismus orientierten Betriebsgruppen reichte. Eng am Gegenstand und an den zur Verfügung stehenden Quellen (die überwiegend aus Betriebsratsprovenienz stammen) entfaltet der Autor sein Thema – mit interessanten Ergebnissen:

Während der »alten« Bundesrepublik war das Bremer Hüttenwerk einer der wenigen Großbetriebe, in denen ein dezidiert linker, in Teilen unorthodox-kommunistischer Betriebsrat über Jahrzehnte hinweg die Interessen der Belegschaft robust vertrat. Insbesondere Ende der 60er-Jahre erlebte diese bis zur Norddeutschen Hütte zurückreichende kommunistische Tradition von Betriebsagitation und Betriebsratsarbeit eine Wiederbelebung in neuen Formen, die dem Stahlwerk wegen des »wilden« Streiks von 1969 eine bundesweite Aufmerksamkeit bescherte und es zum Vorreiter einer bundesweiten Welle von irregulären Arbeitskämpfen machte. Ähnlich viel Aufmerksamkeit erfuhr die Bremer Hütte wieder in den frühen 90er-Jahren, als der Klöckner-Konzern für seine Stahlsparte Vergleich anmeldete und die Existenz des Bremer Werks auf dem Spiel stand. Erst die »Bremer Interessentenlösung«, also die Übernahme des Werks durch hiesige Unternehmen und die Freie Hansestadt Bremen, ermöglichte die Herauslösung des Betriebs aus dem Klöckner-Konzern und die Eingliederung in einen zunächst belgischen, später multinationalen Stahlkonzern. Dessen Topmanagement wusste mit dem Stahlstandort Bremen und seinen mannigfaltigen Kapazitäten offensichtlich mehr anzufangen als die Entscheidungsträger der deutschen Stahlunternehmen, aber auch als die Banker einzelner Frankfurter Institute, die in ihrer Rolle als Gläubiger des Klöckner-Konzerns Einfluss auf das Geschehen nahmen. Denn die von der westdeutschen Großindustrie und Finanzwirtschaft entwickelten Konzepte sahen eine betriebliche Sanierung mittels Schließung ganzer Fertigungsstufen vor – Bremen wäre zu einem nachrangigen Stahlstandort abgestiegen.

Die gewählte Bremer Vergleichslösung unter Erhaltung des vollintegrierten Stahlwerks ist umso bemerkenswerter, wenn man sich das Ende der Stahlstandorte Rheinhausen oder Maxhütte seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre vor Augen hält. Gleichzeitig kann die 1993 erfolgte Ausgliederung des Werks an der Weser (nach

Meinung des Rezensenten) als ein frühes Beispiel für die rund zehn Jahre später einsetzende, wesentlich folgenreichere Auflösung der »Deutschland AG« angesehen werden. Durch das lokale, konzertierte Vorgehen von Werksleitung, Betriebsrat und Bremer Landespolitik unter fördernder Billigung des Insolvenzverwalters Jobst Wellensiek wurden die etablierten Unternehmensnetzwerke alt-bundesrepublikanischer Prägung überbrückt und der Bremer Betrieb mit seiner Sanierung gleichsam europäisiert – freilich um den Preis, dass die Entscheidungen über das Bremer Werk entgegen damaliger Pläne nicht lokal, sondern mittlerweile in London und Luxemburg getroffen werden.

Anstatt solche großen Linien der Unternehmensentwicklung, auch im Vergleich zum ebenso zum Klöckner-Konzern gehörenden Werk in Georgsmarienhütte, pointiert herauszuarbeiten, verliert sich die Studie leider an manchen Stellen in kleinteiligen Schilderungen von polemisch geführten Betriebsratswahlen und Gremienquerelen, von Streiks, Tarifabschlüssen und Sozialplänen, von juristischen Auseinandersetzungen um Mehr- und um Kurzarbeit. Auch hätte das Buch von einer umfangreicheren Kontextualisierung seiner Untersuchungsergebnisse profitiert: Über die Sozialgeschichte der Belegschaft, insbesondere der ausländischen Arbeitskräfte, oder über die biographischen Prägungen der Betriebsräte erfährt man nur wenig. Zwar lässt der Autor die Verschränkung einzelner Betriebsgruppen mit den unterschiedlichen Fraktionen des Linksradikalismus der »alten Bundesrepublik« nicht unerwähnt, aber diese Verquickung politisch-betrieblicher mit ideologisch-propagandistischer Betätigung wird nicht systematisch entwickelt. So fehlt der Anschluss an die bereits intensiv erforschte Protestgeschichte der alten Bundesrepublik, für die die Hütte Bremen ein interessantes Untersuchungsobjekt sein könnte, in dem sich wie in einem Brennglas gebündelt die konfliktreiche Entwicklung des politisch linken Spektrums während der 70er und 80er Jahre niedergeschlagen hat. Weiterhin hätten für den Leser ohne Vorkenntnisse einige Begriffe der Stahltechnik erläutert werden können; auch umwelthistorische Aspekte interessieren die Untersuchung nur am Rande.

Den selbst gewählten Fokus in Rechnung gestellt, behandelt Karl Lauschkes inhaltsreiches Buch sein Thema erschöpfend. Bei engeren unternehmensgeschichtlichen Fragen wird indes auch weiterhin Andrea Kleeß' Firmenfestschrift »Der Phönix von der Weser. 50 Jahre Stahl aus der Hütte am Meer« heranzuziehen sein. Andere Aspekte einer gesellschaftsgeschichtlich erweiterten Unternehmensgeschichte des Stahlwerks an der Weser müssen noch behandelt werden.

Jörn Brinkhus

Möller, Gerwin: Grollander Geschichte(n). Zur Entstehung und Entwicklung einer Bremer Gartenstadtsiedlung. Bremen: Kellner 2017. 294 S.

Mit 3.300 Einwohnern zählt Grolland »eingekleilt zwischen Neustadt, Stuhr und Huchting« zum heutigen Bremischen Verwaltungsbezirk Süd. Dennoch liegen über den eher unscheinbaren Ortsteil bereits mehrere eigenständige Untersuchungen zur Entstehungs- und Siedlungsgeschichte vor. Vor circa dreißig Jahren veröffentlichte Ottmar Hinz mit »Grolland. Ein Dorf vom Reissbrett« eine erste umfassende Stadtteilgeschichte der »Vorstadtsiedlung an der Ochtum«. Nun hat Gerwin Möller mit seinen »Grollander Geschichte(n). Zur Entstehung und Entwicklung einer Bremer Gartenstadtsiedlung« ein weiteres Buch zu ähnlicher Thematik herausgebracht. Lag der Untersuchungsschwerpunkt bei Hinz noch auf der stadtplanerischen

Anlage der Siedlung Grolland vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund des Nationalsozialismus und der Nachkriegsjahre, ist der Ansatz Möllers etwas weiter gefasst. Er möchte »Geschichten zur Geschichte« erzählen von den Anfängen der Besiedlung bis hinein in die Gegenwart.

Die Entwicklung Grollands geht zurück auf die mittelalterliche Binnenkolonisation, eine erste urkundliche Erwähnung Gronlands datiert von 1189, was 1989 Anlass für die Veröffentlichung von Hinz war. Verwaltungsrechtlich wiesen die heutigen bremischen Gebiete links der Ochtum wenig Gemeinsamkeiten auf. Stand Huchting seit dem 14. Jahrhundert unter Bremer Einfluss, blieb Grolland dem Kirchspiel Stuhr unterstellt und oldenburgisch, was sich zum Dauerkonflikt entlang des Handelsweges von Bremen nach Delmenhorst und Friesland entwickelte. 1803 wurde das weiterhin dünn besiedelte Grolland im Zuge der französischen Verwaltung Bremen unterstellt. Durch die Weigerung Bremens (bis 1888) dem Deutschen Zollverein beizutreten, verlief die Zollgrenze bis 1856 entlang der Ochtum. Die Anbindung des Gebiets an die Stadt und damit Voraussetzung für dessen Entwicklung beschleunigte seit 1867 die Eisenbahn mit dem Bahnhof Huchting. Der öffentliche Nahverkehr endete ansonsten in der südlichen Neustadt. Dennoch blieb Grolland bis in die 1920er Jahre im Wesentlichen unerschlossen. Dies änderte sich allmählich unter anderem durch den Bau der 1910 angelegten Verbindungsstraße durch Grolland nach Huchting. Zudem plante Kaufmann Franz Schütte als Investor, den Bereich verkehrsmäßig enger anzubinden und industriell zu nutzen, vorsorglich hatte er bereits größere Grundstücksflächen im Bremer Südwesten erworben.

Derartige Formen von privatunternehmerischer Baulanderschließung und unstrukturierter »wilder« Bebauung waren zeitgenössischen Stadtplanern wie Wilhelm Wortmann ein Dorn im Auge. Mit der Neuverordnung des Reichsarbeitsministers über die vorstädtische Kleinsiedlung 1931 bestand die Chance den Wohnungsbau in staatlich geförderte und kontrollierte Bahnen zu lenken, so dass erstmals in geschlossenen Anlagen geplant und gebaut wurde. Hier setzt denn auch die eigentliche Siedlungsgeschichte Grollands als Vorstadt bzw. Gartensiedlung ein. Dazu Baurat Wortmann in dem architekturgeschichtlichen Standardwerk »Bremen und seine Bauten 1900–1951«: Die Anstrengung der Bauverwaltung »führte 1935 zur Planung und anschließend zum Bau der ›Siedlung Grolland‹, die in günstiger Lage zu wichtigen Arbeitsstätten der bremischen Industrie als ein neuer, klar zur Landschaft begrenzter Ortsteil angelegt wurde und bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs mit Ausnahme der notwendigen Gemeinschaftsbauten nahezu fertiggestellt wurde« (S. 413). Wortmann betont nicht nur den Grolländer Vorbildcharakter für weitere Siedlungsprojekte wie Habenhausen, Osterholz und Grambkermoor. »Es bildete sich entsprechend dem Bremer Haus der seit 1850 entstandenen Vorstädte ein charakteristisches ›Bremer Siedlungshaus‹ aus«, in dem »der Großstädter wieder ein Stück Heimat empfinden und erleben« sollte. Kritiker sprechen von einer »inszenierten Ländlichkeit«. Wortmann war selbstredend an der Siedlungsanlage Grollands beteiligt.

Realisiert wurde das Vorhaben von der Siedlungsgemeinschaft Grolland von 1935. Insgesamt entstanden zwischen 1935 und 1939 circa 750 Siedlerstellen mit über 40 unterschiedlichen Haustypen für Eigenheime, Kleinsiedlerstellen und Volkswohnungen. Letztere waren mietgünstige Sozialwohnungen, die von der Brebau verwaltet und meist an kinderreiche Familien vergeben wurden. Der Prototyp des Grollander Siedlungshauses war mit 60 bis 80 Quadratmetern Grundfläche eher knapp bemessen, eineinhalbgeschossig, rot verputzt oder verklinkert mit einem markanten Walmdach, welches die Heimeligkeit der Siedlung betonen sollte. Weite-

res Charakteristikum der Anlage war die Anordnung von bis zu zehn Einzelhäusern um einen imaginären Hof. Dies war als Anklang an niedersächsische Dorfgestaltungen konzipiert, wurde aber auch als effektive Form nachbarschaftlicher Kontrolle aufgefasst. Als potentielle Bewohner waren keine Erwerbslosen, sondern vor allem Angestellte und (Fach-)Arbeiter der nahe gelegenen Rüstungsindustrie (Focke-Wulf, Francke-Werke) vorgesehen, die sich durch steigende Einkommen den bürgerlichen Traum vom Eigenheim im Grünen erfüllen konnten. Auch ausführender Architekt Friedrich Heuer und der als Baugenossenschaftsleiter fungierende Henry Meyer zählten zu den ersten Bewohnern der Siedlung. Laut Hinz und Möller mussten Siedlungsanwärter keine NSDAP-Mitgliedschaft vorweisen, ein Eignungsschein des Heimstättenamtes mit amtsärztlich bescheinigter »Erbgesundheit« war jedoch Voraussetzung.

Ideologisch spiegelt sich in den Beschreibungen der Siedlung Grolland die für den Nationalsozialismus und die Heimatschutzbewegung charakteristische Ablehnung der Moderne und der Großstadt wider. Die ideologische Überhöhung des Bauerntums, besonders der Stedinger fand zudem in Straßenbenennungen in Grolland-Nord Niederschlag. Jedoch verschob man – im Gegensatz zu aller nationalsozialistischen Rhetorik – die Errichtung von Gemeinschaftsgebäuden (Schule, Parteigebäude, Sportplatz) aus Kostengründen auf einen späteren Zeitpunkt. Auch blieben Teile der Siedlung bis in die Nachkriegszeit hinein ohne festen Straßenbelag und Anschluss an die öffentliche Kanalisation.

Nach 1950 setzten Brebau und private Bauherren die Bautätigkeiten in Grolland-Süd fort. Dabei entstanden mehrheitlich rot geklinkerte Einfamilienreihenhäuser mit wenigen mehrgeschossigen Mietshäusern sowie endlich eine massiv gebaute Grundschule und Einkaufsmöglichkeiten entlang der Emslandstraße. Die fehlende Bebauung des Siedlungszentrums wurde bald durch Verkehr in Beschlag genommen, der heute den Stadtteil entlang der 1973 als Hochstraße fertiggestellten Bundesstraße 75 in zwei Teile schneidet und sein Erscheinungsbild erheblich beeinträchtigt.

Der Autor Gerwin Möller ist seit Kindheitstagen eng verbunden mit dem seiner Meinung nach zu den schönsten Quartieren von Bremen zählenden Ortsteil Grolland. Er betont, dass seine Darstellung »von keinem Historiker verfasst, sondern Ergebnis der Recherche eines Journalisten« ist. Dies durchzieht die Grollander Geschichte(n) wie ein roter Faden – mit Vor- und Nachteilen. Möller hat mit viel Akribie und Sammlerfleiß eine Vielzahl von Details über Grolland, seine Bauten und vor allem seine Bewohner in Erfahrung gebracht und zusammengetragen. Entstanden ist ein knapp 300 Seiten starker und reich illustrierter Band mit höchst interessantem Bildmaterial, wie es nur wenige Veröffentlichungen dieser Art in solcher Fülle und Qualität aufweisen. Neben Zeitungsartikeln, Sekundärliteratur und Archivalien führte der Autor über 50 Zeitzeugeninterviews. Gegliedert ist die Darstellung in circa 70 chronologisch strukturierte Abschnitte, dazwischen sind 13 anekdotenhafte Geschichten gestreut, wobei sich die inhaltliche Unterscheidung nicht zwangsläufig erschließt. Die einzelnen Kapitel sind kurzweilig geschrieben, vom Umfang her nicht länger als zwei bis vier Seiten, wirken jedoch etwas beliebig und teilweise unkritisch. Abgerundet wird die insgesamt lesenswerte Darstellung durch eine Zeittafel. Allein die Quellennachweise umfassen 15 Seiten, sind aber wie der Fußnotenapparat und die Bildunterschriften nur bedingt benutzerfreundlich gehalten. Für weniger Ortskundige erweist sich die Straßenkarte im Umschlag als praktikables Hilfsmittel, wobei ausgerechnet hier Verlagswerbung platziert wurde. Ergänzend sei noch bemerkt: Begleitend zur Veröffentlichung betreibt Möller die Webseite www.grollandergeschichten.de und führt zusammen mit der Siedlerge-

meinschaft Smartphone-unterstützte Stadtteilrundgänge durch. Der nach wie vor besondere Zusammenhalt der Grolländer Siedler und die Identifikation mit ihrem Stadtteil drückt sich also nicht nur in zahlreichen Festivitäten, sondern auch im Zustandekommen von Veröffentlichungen wie dieser aus.

Eva Determann

Niehoff, Lydia u.a.: »Das Geheimnis des Glücks«. Die Diakonie der St. Petri Domgemeinde in Bremen (Schriftenreihe der Stiftung Bremer Dom e.V. Bd. 4). Hrsg. von der Diakonie der St. Petri Domgemeinde. Bremen: Schünemann 2017, 215 S.

Für eine Einrichtung, die laut Aussage im Grußwort des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft stets »diskret, fast unbemerkt im Hintergrund« wirkt, gilt es eine auffällige, fast im Stile eines Coffee-Table-Books gehaltene Publikation anzuzeigen. Diese manifestiert schon in Ausstattung und Gestaltung die Anspruchshaltung der Domdiakonie, die trotz am Gemeinsinn orientiertem Engagement ihren Mitgliedern stets auch bürgerliche Zierde und Auszeichnung war.

Ob man für das Buch den Haupttitel »Das Geheimnis des Glücks«, der sich auf ein Perikles-Wort bezieht, glücklich gewählt hat, sei dahingestellt, klärt doch der Untertitel über den eigentlichen Gegenstand auf. Obwohl von einer Hauptautorin (Lydia Niehoff) verfasst, ist der Band das Ergebnis vieler Beiträge. Innentitel und Impressum nennen namentlich 17 (!) weitere Autoren, auf deren Einzelnennung hier verzichtet werden muss. Genannt seien aber die Co-Autoren Detlev G. Gross für den Vorspann (S. 17–22), Beate Christine Fiedler für den Exkurs zur Schwedenzeit (S. 40–43) sowie die mit namentlich gezeichneten Skizzen vertretenen Christian Gotzen, Volker Schütte und Peter Ulrich (S. 150 ff.).

Detlev Gross geht in seinem Auftaktbeitrag (gestern, heute, morgen) der Frage nach der Stellung der Domdiakonie in der Geschichte, der Gegenwart und der Zukunft nach und wendet sich dabei vor allem den Ursprüngen und möglichen Vorbildern zu. Faktisch war die Domdiakonie, deren früheste Nachweise auf 1638–44 zu datieren sind, verglichen mit ähnlichen Ämtern in anderen stadtbremischen Kirchengemeinden eine recht späte Einrichtung. Demnach ist der Hinweis auf die Reformation in Bremen, die Einrichtung der Armenkästen zunächst bei Unser Lieben Frauen (1525) und die Vorschriften der Kirchenordnung (1534) sachlich zwar richtig, die Domdiakonie folgte dem aber mit ca. 100 Jahren Abstand. Auch die Beobachtungen zur Armenpflege in den reformierten Kirchen in Deutschland und den Niederlanden sind zwar richtig, aber es erstaunt doch und bleibt ungeklärt, warum diese für den ausdrücklich lutherischen Dom 1638 ein Vorbild abgeben sollten. Fraglos mögen auch die ausführlich geschilderten Rituale der sich selbst ergänzenden Herren Diakone bei ihrer Amtsführung an Usancen in mittelalterlichen Bruderschaften erinnern. Dass sie auf solche zurückgehen und somit eine »glückliche Verbindung« von Altem und Neuem darstellen (S. 20), lässt sich hingegen kaum belegen. Eher erinnert diese Verfassung der Selbstergänzung und -verwaltung, die »organisiert wie ein Freundeskreis« ist, an Formen bürgerlicher Vereins- und Clubkultur, wie sie in Bremen vielfältig gepflegt werden. Dass die auf 12 Jahre gewählten jungen Diakone (»meistens selbständige Kaufleute und Juristen«) hieraus im Amt vielfältige Anregungen und für später den Mehrwert eines verlässlichen Netzwerkes mitzunehmen wissen, glaubt man dabei ebenso wie die Feststellung, dass »das Amt Freude« (S. 21) macht.

Für die Darstellung im Haupttext hat man sich trotz oder gerade wegen der Sonderstellung der Domdiakonie in der bremischen Kirchenlandschaft und Stadtgesellschaft dafür entschieden, ihre Geschichte breit in die Geschichte Bremens einzubetten. Dies ist ein sinnvoller Ansatz, dessen Umsetzung Lydia Niehoff vorzüglich gelungen ist. Somit liest sich das Buch über weite Strecken wie ein Lesebuch zur bremischen Geschichte seit der Mitte des 17. Jahrhunderts – eben aus der Perspektive des Doms und seiner inneren Organisation. Sowohl die Abschnitte zu den Ursprüngen der Domdiakonie (S. 24–33, mit dem wichtigen Hinweis auf Vorstiftungen u. a. des Domkapitels) als auch die Kapitel zur eigentlichen Gründung derselben zwischen 1638 und 1644 (S. 34–43), die sich so schwer quellenmäßig fassen lässt, sind hervorragend gelungen, bieten sie doch entlang dem Gerüst der belegten Fakten eine dichte und verständlich erzählte Darstellung. Die hochkomplexe Emanzipation der Lutheraner in Bremen, die schwere Geburt einer Gemeinde aus den baulichen und institutionellen Relikten einer Kathedrale, die zudem bis 1803 territorial exemt war, und die komplizierten Probleme der Wirtschafts- und Finanzstruktur der Domgüter wurden bisher selten so gut lesbar bearbeitet. Ähnliches kann man für das 19. und 20. Jahrhundert sagen, wo nach den wichtigen Impulsen, die im 19. Jahrhundert erfolgten, auch den Brüchen des 20. Jahrhunderts breiter Raum gewährt wird. Vor allem die ausführliche Schilderung der Auseinandersetzung mit dem Dompastor und späteren Landesbischof Weidemann im Kampf gegen die Gleichschaltung als »Wohlfahrtswerk der Domgemeinde« (S. 98) ist hier lesenswert. Die immerhin mehrere Jahrzehnte umfassende Nachkriegsgeschichte mag demgegenüber ein wenig kurz kommen, doch bringen die sachthemenbezogenen Beiträge zu den Instituten (S. 114 ff.) und Verwaltungen (S. 132 ff.), in denen die Domdiakonie aktiv ist, wiederum viel Zeitgeschichte mit sich.

Am Schluss führt nochmals ein eigenes Kapitel tief in Traditionspflege und Selbstverständnis der Domdiakonie – Sitten und Gebräuche der Bremer Domdiakone werden ausführlich dargestellt. In Wort und Bild – Speisekarten, Ordnungen und Fotos von den jährlichen Gesellschaften – verdeutlichen sie eindrücklich, dass diese Publikation zwar ein kirchliches Sozialinstitut zum Gegenstand hat, dass aber die Verwalter desselben im Mittelpunkt stehen. Deren Liste beschließt denn auch mit Namen und Wappenabbildungen den Textteil.

Das Buch wurde von Arne Olsen qualitativ gestaltet und mit Quellenabbildungen illustriert, ein sorgfältiger Quellen-, Literatur- und Bildnachweis (S. 206 ff.) beschließt den Band.

Zusammen mit ihm sowie mit Hans Christoph Hoffmanns »Bremer Dom im 17. und 18. Jahrhundert« (2015, vgl. Besprechung in *Brem. Jb.* 95, 216, S. 276) und dem letzten Band der *Bremischen Kirchengeschichte* (2017, vgl. Besprechung in diesem Band, S. 309 ff.) sind zur Geschichte der Bremischen Kirche und namentlich des Doms in kurzer Folge wichtige Bücher erschienen.

Konrad Elmshäuser

Schlumbohm, Jürgen: Verbotene Liebe, verborgene Kinder. Das geheime Buch des Göttinger Geburtshospitals 1794–1857. Göttingen: Wallstein 2018, 192 S.

Im Jahr 2012 erschien von Jürgen Schlumbohm die Arbeit: *Lebendige Phantome. Ein Entbindungshospital und seine Patientinnen 1751–1830*, ausgewertet wird die reichhaltige Überlieferung im Archiv der Universitäts-Frauenklinik in Göttingen. Die meisten der Patientinnen waren unverheiratet – Ehefrauen mit eigenem Hausstand

brachten gewöhnlich ihre Kinder im eigenen Haus mit Hilfe einer Hebamme zur Welt. Kurz nach Erscheinen der Veröffentlichung fand sich eine weitere, sehr ungewöhnliche Quelle, denn die ersten drei Direktoren der Frauenklinik hatten ein geheimes Journal geführt, in das sie die Fallgeschichten von anonymen Geburten aufgezeichnet hatten – so diskret, dass manche Namensangaben durch Überzeichnen wirksam unlesbar gemacht waren. Anders als die regulären Patientinnen des Entbindungshospitals waren bei den geheimen Entbindungen keine Studenten oder Hebammenschülerinnen beteiligt, nur der Direktor selbst sowie die leitende Hebamme waren zugegen.

Im als »Geheimes Buch« bezeichneten Journal sind 27 Fallgeschichten aus dem 18. und 19. Jahrhundert aufgezeichnet, auch Korrespondenz oder Aufzeichnungen zu den Einnahmen des Direktors und der Klinik sind vorhanden, denn eine geheime Entbindung verursachte hohe Kosten und bedeutete großen organisatorischen Aufwand – häufig erfolgte die Anreise über eine weite Strecke aus dem »Ausland«, das Kind musste nach der Geburt getauft, genährt und in Pflege untergebracht werden. Die werdenden Mütter wurden meist von Vertrauenspersonen, manchmal den betreuenden Ärzten, angekündigt oder auch begleitet, die Angaben über die Eltern der Kinder, die bei der Taufe gemacht und ins Kirchenbuch aufgezeichnet wurden, trafen häufig nicht zu.

Während uneheliche Geburten beim Bauern- und Dienststand nicht immer diskriminierende Folgen für die Mütter hatten, gilt dies nicht für bürgerliche und landadlige Kreise – hier ging es um Geheimhaltung. Trotzdem gelingt es dem Autor, selbst sorgfältig getilgte Textstellen zu entziffern, wenn sich aus den begleitenden Informationen Hinweise auf die regionale, berufliche und soziale Herkunft der (meist) unverheirateten Eltern gewinnen lassen. Da die Überlieferung in Quellen und Literatur bei Personen aus den »besseren Ständen« ergiebiger ist, konnte er in einigen Fällen nähere biographische Angaben gewinnen. Es überrascht nicht, dass mehrere uneheliche Väter dem Gelehrtenstand angehörten, dass insbesondere über Studenten und Pastoren interessante Geschichten erzählt werden können – auch über ihre Töchter. Angesichts der knappen Pfarrstellen und der engen Aufsicht durch die Kirchenvorstände sind Verfehlungen häufig ruchbar geworden und in den Akten dokumentiert. Ähnlich erging es höheren Militärs und Beamten, die sich in Staatskalendern, Ranglisten oder dank der Bemühungen von Genealogen namentlich nachweisen lassen, manchmal auch im Porträt.

Zwei Fallbeispiele dokumentieren Lebenswege von Frauen, die als Künstlerinnen berufliche Selbständigkeit anstrebten. Eine Ballerina wurde im Alter von 15 Jahren, von einem Mitglied der Berliner Hofgesellschaft geschwängert, Mutter einer Tochter. Eine erfolgreiche Karriere gelang ihr nicht, anders als einer Harfenistin und Sängerin, die ihre erste 1845 heimlich geborene Tochter dem Vater des Kinds übergeben musste. Nach der Heirat erzog sie zwei weitere Töchter und bereitete sie auf eine Karriere als Sängerinnen vor – die Biographie verfasste die ebenfalls erfolgreiche jüngere Tochter gegen Ende ihres Lebens.

Alle diese biographischen Details hat der Autor mit detektivischem Spürsinn und außergewöhnlich gründlicher Quellenkenntnis anhand von Kirchenbuch- und Standesamtsquellen, biographischen Nachschlagwerken, Adressbüchern, Meldeunterlagen, Akten in staatlichen und kommunalen Archiven sowie genealogisch-biographischen Publikationen zusammengestellt – was einmal mehr den Wert dieser Quellengattung für die historische Forschung auch jenseits der Genealogie erweist.

Bettina Schleier

Schulmuseum Bremen (Hrsg.): »Trau keinem über 30« – Schule und Jugendkultur 1960 bis 1975. Bremen: Falkenberg 2018, 160 S.

Bei dieser Publikation handelt es sich um das Begleitbuch zur Ausstellung des Schulmuseums Bremen vom Sommer 2018 in der Unteren Rathaushalle. Im Fokus der Betrachtungen liegt nicht nur das legendäre Jahr 1968, dessen 50-jähriges Jubiläum in diesem Jahr gefeiert wird, sondern vielmehr die Ursachen und die Beweggründe, die zu der Revolte 1968 führten. Die Autoren haben sich dabei bemüht, die Perspektive der Jugendlichen einzunehmen. Dabei werden die Widersprüche und Gegensätze der Zeit, die bestimmt ist einerseits durch noch bestehende Trümmer und Wohnungsnot, die fehlende kritische Auseinandersetzung mit NS-Zeit und Blockdenken sowie andererseits durch geänderte Anforderungen an Schulwissen und Qualifikationen, das Bedürfnis nach liberalen Verhältnissen und den Wunsch nach Anerkennung der Individualität der Jugendlichen. Der Sammelband umfasst Aufsätze verschiedener Autoren, die unterschiedliche Schwerpunkte setzen und oft aus eigener Erfahrung und Erleben berichten. Damit wird die Zeit der »langen 60er Jahre« auch für jüngere Generationen anschaulich und nachvollziehbar, die sie nicht miterlebt haben.

Axel Schildt beschreibt in seinem Aufsatz: »Jugendkultur und Jugendrevolte in den »langen 60er Jahren« die gesellschaftliche Transformation zu einer neuen Stufe der Modernität von etwa 1957 bis ungefähr 1973. Dabei kommt es ihm auf die Charakterisierung der Jugendkultur und die Ausbreitung und Politisierung am Ende der »langen 60er Jahre« an. Er formuliert als Beweggründe der Jugendlichen die Durchsetzung von Emanzipationsansprüchen und eine umfassende Demokratisierung sowie den Wunsch nach einem jugendlichen und modern empfundenen Lebensstil.

Hartmut Müller nimmt in seinem Beitrag: »Hinter den Türen warten die Gespenster – vom Schweigen der Erwachsenen über Nationalsozialismus und Krieg« die personellen Kontinuitäten bei Polizei, Justiz und Gesundheitswesen sowie die fehlende Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust in der Zeit unter die Lupe. Er betont auch, dass die 1960er Jahre vor allem durch eine mangelnde Beschäftigung mit der Zeitgeschichte von 1917 bis 1945 an Hochschulen und Schulen und fehlende kritische Lehrbücher gekennzeichnet war.

Mit dem Lebensgefühl der Jugendlichen und deren Ausdruck in der Musik beschäftigen sich Diethelm Knauf »Jugendkultur und Identität in den 1960er Jahren« und Ernst Steinhoff »Das neue Lebensgefühl der Jugendlichen in den 1960er Jahren«. Frauke Hellwig beschreibt in »»Wir« und die anderen 68er – Jugendliche der 1960er Jahre zwischen linker Leitkultur und Diversität« nicht nur den Einfluss der Musik, sondern schaut auch auf die Bremer Schülerbewegung und lässt dabei interessante Zeitzeugenberichte einfließen.

Ernst Steinhoff unternimmt in dem Aufsatz »Kino und Filme in den 1960er Jahren« einen Ausflug in die Freizeitgestaltung der Jugendlichen der Zeit. Während in den Kinos die Heimatfilme, restaurative Kriegsfilm, Karl-May-Verfilmungen und Edgar-Wallace-Filme dominieren, bevorzugt die Jugend eher die amerikanischen oder französischen Filme. Steinhoff beschreibt auch die Filmförderung und das Entstehen des neuen deutschen (kritischen) Films. In einem Exkurs wagt er kurz den Blick auf das Bremer Theater der 1960er Jahre und die bevorzugte Literatur der Zeit.

Hermann Stöcker – »Bremer Schülerzeitungen in den »langen 1960er Jahren« – wertete die Schülerpresse der Epoche aus und lässt den Leser teilhaben an Themen wie Politik und Schulalltag und die in den Schülerzeitungen geführten Debatten. In den Beiträgen von Malte Goosmann »Erinnerungen eines Schülers aus dem

Abiturjahrgang 1969«, Ingrid Leffers »Erinnerungen einer Schülerin an die 1960er Jahre« und Almuth Sieben »Erinnerungen an meine Schulzeit in den 1960er Jahren« kommen Zeitzeugen zu Wort, die ihre Lebenserinnerungen teilen. Interessant ist vor allem, dass sie nicht nur die Perspektive der damaligen Jugend einnehmen, sondern auch den Blickwinkel als spätere Pädagogen haben.

Zu den »langen 1960er Jahren« gehört auch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht mit dem Wehrpflichtgesetz von 1956. Matthias Loeber – »Bremer Schülerinnen und Schüler diskutieren Wehrpflicht und Rüstungspolitik« – befasst sich mit Wandlung der Motive der Kriegsdienstverweigerung von den 1950er Jahren als Ausdruck der Ablehnung der Wiederbewaffnung und aus religiös motivierten Gewissensgründen hin zur Kriegsdienstverweigerung als Protestmaßnahme u. a. gegen den Vietnamkrieg in den 1960er Jahren.

Ein Schlaglicht auf die Schulpolitik und die Haltung der Lehrer wird von den Autoren Ulla M. Nitsch »Aufgaben und Ziele bremischer Schulpolitik in den 1960er und frühen 1970er Jahren«, Jochen Grünwaldt »Die Aktionsgemeinschaft demokratischer Lehrer (ADL)« und Frauke Hellwig »Veränderungen im Schulunterricht der späten 1960er Jahre« geworfen. Weitere Beiträge befassen sich mit Unterrichtsinhalten in den 1960er Jahren, wie Ernst Steinhoff in dem Aufsatz »Vom ›Wunder der Liebe‹ zur ›Sexfront‹«, in dem er über das Fach Sexualkunde und sexuelle Aufklärung im Unterricht reflektiert oder Frauke Hellwig mit Ausführungen über Projektarbeit mit Schulklassen. Hier berichtet sie über die Erfahrungen bei der Mitarbeit von Lehrerinnen und Lehrern mit ihren Schulklassen an der Ausstellung »Trau keinem über 30! Schule und Jugendkultur 1960 bis 1975«.

Insgesamt handelt es sich bei der vorliegenden Publikation um kurzweilige und anregende Lektüre über die »langen 1960er Jahre«, die für die einen Erinnerungen wachruft und zur Diskussion anregt und für die anderen eine Zeit lebendig werden lässt, die sie selbst nicht erlebt haben.

Brigitta Nimz

Schulz, Peter: Ein gutes Stück Bremen. 65 Jahre Bremer Heimstiftung. Historische Gebäude und Liegenschaften. Bremen: Kellner 2018. 120 S.

Die Bremer Heimstiftung hat sich seit ihrer Gründung vor 65 Jahren als eine verlässliche Institution fest im gesellschaftlichen Leben der Hansestadt verankert. An mehr als 30 Standorten liefert die renommierte Stiftung bürgerlichen Rechts anerkannte Beiträge zu einer modernen sozialen Stadt. In ihrem Leitbild lehnt die Bremer Heimstiftung die Einrichtung isolierter Pflegeheime alter Struktur ab und plädiert für eine Mischung ambulanter und stationärer Versorgung mit ausdrücklich gewollter Bürgerbeteiligung. 17 dieser geschichtsträchtigen Gebäude und Liegenschaften stellt Peter Schulz im Jubiläumsbuch mit dem Titel »Ein gutes Stück Bremen« vor. Die vorliegende Einzeluntersuchung historischer Gebäude und Liegenschaften der Heimstiftung folgt der 1993 erschienenen Publikation »Bremer Heimstiftung. 1953–1993, Gestern, Heute, Morgen«.

Um es vorwegzunehmen, der Autor hat eine aus dem Leitbild der Bremer Stiftung nachvollziehbare konzeptionelle Entscheidung für die vorliegende Publikation getroffen. Peter Schulz begreift gescheit ausgewählte Gebäude als historische Quellen, recherchiert umsichtig ihre Vergangenheit und lässt Gebäude und Menschen, also ihre Architekten, Denkmalpfleger, Bauherren und Nutzer, als Akteure erzählen. So entsteht auf 120 Seiten Bremische Sozialgeschichte in detailreichen

Geschichten. Der Bremer Journalist konzentriert sich auf Bauten und Menschen in ihren Wechselbeziehungen aus historischer Perspektive. Historische, kunsthistorische, baudenkmalpflegerische und architektonische Dimensionen kommen genauso wie Bedeutungen und Sinnzuschreibungen, Wendungen, Brüche oder Kontinuitäten zur Sprache. Es geht um weit mehr als Arbeitsbedingungen der Pfleger und Lebensmöglichkeiten für ältere Menschen, vor allem wohl darum, wann, warum und wie sich Wirkungen der Wohn- und Wohlfühlatmosphären entfalten. Er beginnt mit der Stiftungsresidenz im Ichon Park in Oberneuland und endet mit dem Bildungszentrum der Bremer Heimstiftung, der Rembertischule in Bremen-Mitte.

Die Komposition des Stoffs mischt die Historie der Stadt Bremen und umgebender Orte, der Ortsteile, betroffenen Straßen, Häuser und Gärten mit den Lebens-tatsachen prominenter und weniger bekannter handelnder Personen. In dem mit dokumentarischen Aufnahmen und anspruchsvollen Fotografien gut ausgestatteten Buch hat der Architekt Paul Frölich seinen Auftritt ebenso wie das freigebige Ehepaar Uhde, die tugendhafte Margarethe von Post, die Schriftstellerin Marie Mindermann, der vermögende Banker Carl Heinrich Wolde, der charismatische Professor für Bildhauerei Bernhard Hoetger und der engagierte Müller Lütje Kramer, alleamt aufgewachsen in der hanseatischen Tradition des Gemeinschaftssinns und des Mäzenatentums. Der Leser erfährt in dem Buch zugleich verschiedene Schicksale der Immobilien. Nur zwei Beispiele. Als die Amerikaner im Mai 1952 ihre Truppen nach Bremerhaven verlegt hatten, entstand nach ihrer Besetzung im Landhaus Horn ein erheblicher Sanierungsbedarf, weil der Zustand der Gebäude als ziemlich ver-wahrlost eingestuft wurde. Das St.-Remberti-Stift ging 1949 mit »etwas vom Fluidum vergangener Jahrhunderte« behaftet in die Annalen ein.

Schulz stellt überdies geschickt die individuellen Geschichten der Pflegebauten konkret-historisch heraus und profiliert aus dem historischen Material deren Besonderheiten. Das betrifft beispielsweise Kahrwegs Asyl, Brunnenhof und Gartenanlage des Diedrichhofs in Wopswede, die Arberger Mühle und den Wasserturm Walle. Zu guter Letzt verdienen die inhaltliche Fülle, die übersichtliche wie auch klare sprachliche Darstellung und der flüssige Stil des Autors lobende Erwähnung.

Die Geschichte der Altenpflege gilt im Vergleich mit der Historie der Kranken-pflege als schlecht erforscht. In diesem Licht besteht wohl das Verdienst des Buches vor allem darin, einzelne Einrichtungen der Bremer Heimstiftung anhand von Primärquellen profund untersucht und ihr Agieren in einem faszinierenden gesellschaftlichen Netzwerk der Hansestadt an der Weser sichtbar gemacht zu haben. So entsteht aus einem Puzzle historischer Details ein anschauliches Geschichtsbild dynamischer Veränderungen für die Pflege in Bremen. In der Baugeschichte der vorgestellten Stiftungsobjekte, -residenzen und -dörfer leuchten moderne, vorbildliche Standards der Altenpflege im 21. Jahrhundert auf.

Jürgen Tremper

Struß-von Poellnitz, Annemarie: Umbrüche und Zeitenwenden. 120 Jahre NORDSEE-ZEITUNG, Nordwestdeutsche Zeitung. Bremen: Schünemann 2016. 187 S.

In Bremerhaven erscheint seit etwas mehr als 120 Jahren eine Tageszeitung. Nachdem bereits in den Jahren 1874 bis 1877 eine »Bremerhavener Zeitung« erschienen war, gründeten im Jahr 1895 vier Unternehmer aus Bremerhaven die Firma »Bremerhavener Zeitung, Zeitungsverlag und Druckerei GmbH« mit dem Ziel, eine

Zeitung für Bremerhaven zu etablieren. Zwar existierten zu der Zeit bereits als bedeutendere Zeitungen die »Provinzial-Zeitung« und die »Norddeutsche Volksstimme« in den heutigen Stadtteilen Lehe bzw. Geestemünde, aber in der wachsenden Stadt Bremerhaven fehlte eine Zeitung, die sich auf Bremerhaven und die dortigen Verhältnisse fokussierte. Diese Nische besetzte die neugegründete Firma. Geschäftsführer wurde 1895 der Chefredakteur Josef Ditzen, dessen Nachfahren noch heute als Verleger die Zeitung herausgeben. Wie aus der hier anzuzeigenden Festschrift des Familienunternehmens hervorgeht, gehörten im Jubiläumsjahr der sogenannten Ditzen-Gruppe mehrere Zeitungsverlage in der Region und zum sogenannten Nordsee-Medienverbund u. a. auch der Carl Schünemann Verlag. Darüber hinaus produzierte die Redaktionsgemeinschaft Nordsee 2015 den Mantel von neun Zeitungen zwischen Elbe und Weser, so dass die Verleger in ihrem Vorwort bestimmt nicht zu Unrecht betonen, dass das »mittelständische Familienunternehmen eine bedeutende publizistische Größe in Norddeutschland« geworden ist.

Die Festschrift wurde von den Verlegern herausgegeben und von der Journalistin und langjährigen Wirtschaftsredakteurin des »Weser-Kurier« Annemarie Struß-von Poellnitz verfasst. Als Quellengrundlage dienten ihr vor allem die bereitgestellten Informationen aus dem Umfeld des Familienunternehmens selbst, also die Verlagsveröffentlichungen, das Familienarchiv der Familie Ditzen-Blanke und Gespräche mit den Verlegern und Verlagsmitarbeitern. Ergänzend wertete Struß-von Poellnitz regionale und überregionale Forschungsliteratur (wie die Dissertation von Jost Lübben über die Nordwestdeutsche Zeitung und das Standardwerk »Täglich Neu! 400 Jahre Zeitungen in Bremen und Nordwestdeutschland«) sowie die umfangreiche Entnazifizierungsakte des Verlegers Kurt Ditzen im Staatsarchiv Bremen aus. Für die Darstellung der reich bebilderten Festschrift wählte sie eine Gliederung, die sich an der chronologischen Reihenfolge der geschäftsführenden Verleger orientierte.

Eine kritisch-distanzierte Aufarbeitung der Geschichte des Zeitungsunternehmens ist bei einer solchen Festschrift, die auch keinen wissenschaftlichen Anspruch erhebt, gewiss nicht zu erwarten. Und so leistet diese Festschrift das, was sich Leserinnen und Leser von ihr versprechen können: eine ansehnliche und detaillierte Darstellung, wie sich ein Unternehmen und sein Produkt über einen langen Zeitraum am Markt behaupten konnten. Dabei bleibt eine klare Einordnung des Geschilderten und Zitierten bisweilen leider aus, wie die Thematisierung der Rolle des Verlages und der Zeitung in der NS-Zeit zeigt. So lässt sich als Leser der Festschrift lediglich schlussfolgern, dass das Familienunternehmen von der NS-Zeit deutlich profitiert haben könnte, als die Firmenteilhaber nach und nach ausschieden, andere Verlage und Immobilien erworben wurden und die Nordwestdeutsche Zeitung als einzige örtliche Zeitung übrig blieb, die bis zum 7. Mai 1945 erschien. Immerhin werden in der Festschrift diese Sachverhalte aber zur Sprache gebracht und sind somit für eine weitere historische Aufarbeitung nun bekannt. Außerdem gelingt es der Verfasserin, in einem eigenen Abschnitt über das Entnazifizierungsverfahren des Verlegers Kurt Ditzen die ambivalenten Aspekte seines Handelns und Verhaltens in den 1930er und 1940er Jahren anzusprechen, auch wenn der Abschnitt sicherlich ebenso zur Schilderung des Hergangs der Geschehnisse in der unmittelbaren Nachkriegszeit diente, die mit der Etablierung des neuen Zeitungsnamens »Nordsee-Zeitung« 1947 einhergingen. Insofern lässt sich zusammenfassend feststellen, dass die vorliegende Veröffentlichung ihren Zweck als publizistische Festschrift erfüllt, die die Geschichte der Bremerhavener Tageszeitung überblicksartig und informativ darstellt.

Lars Worgull

Wetjen, Peter: *Riemen- und Schotbruch. Zu den Anfängen des Wassersports in Bremen und umzu*. Bremen: Falkenberg 2017, 256 S.

Sportgeschichte hat in der deutschen Historiographie mittlerweile einen festen Platz. In Städten an Flüssen und Küsten, sowie in Hamburg und Bremen, spielte Wassersport in den vergangenen Jahrhunderten eine auffallende Rolle, dabei zählt Rudern unbestritten zu den ältesten und traditionsreichsten Disziplinen. Mit einem ersten Wettkampf zwischen Fährleuten und Berufsschiffen fing es 1715 in England an. Den ersten Rudersportclub in Deutschland gründeten Hamburger Bürger 1836. Fast ein halbes Jahrhundert verging nochmals bis zur Gründung des ersten Bremer Rudervereins 1879, dem Oberweser Segel- und Ruderverein.

Die schwierigen Anfänge des Wassersports in Bremen und umzu analysiert das Buch »Riemen- und Schotbruch« von Peter Wetjen (Jahrgang 1947). Mit Sachkunde und Leidenschaft hat er seit Mitte der 1990er Jahre historische Fakten und Zusammenhänge über die ersten Jahrzehnte von Ruder- und Segelvereinen in der Stadt an der Weser erforscht. Der gebürtige Bremer und promovierte Ingenieur betrieb seit 1959 Rudersport. Als Leistungssportler, Mitglied in Nationalmannschaft und Olympiakader 1968, aber auch als langjähriger Vorsitzender des Bremer Rudervereins von 1882 hat Wetjen eine große Lücke der Geschichte des Ruderns und Segelns in Bremen geschlossen. Für sein mit 244 Abbildungen reich illustriertes Buch verlieh die Wittheit zu Bremen dem Mitglied des Historischen Arbeitskreises im Deutschen Ruderverband ihren Preis für Heimatforschung 2017.

Peter Wetjen unterteilt sein Buch nach einem kurzen und bündigen Prolog über die Leichtigkeit des Ruderns in 11 Abschnitte, vom Oberweser Segel- und Ruderverein bis zu einer stimmungsvollen Rückbesinnung auf den ältesten Ruderer der Stadt, Konsul Hermann Heinrich Meier. Der Anhang mit Anmerkungen, Übersichten über Wassersportorganisationen in Bremen mit Stand vom 1. Januar 1914 und einem Überblick über Segel- und Ruderregatten in Bremen und im Unterwesergebiet von 1877 bis 1893, einem Vereinsverzeichnis, einem Register von 233 Personen, Abkürzungen und Abbildungsnachweisen wird weiteren Recherchen und Forschungen zum Thema Wassersport in Bremen förderlich sein. Das Buch umfasst den Zeitraum von den frühen 1830er Jahren bis zum Jahr 1914, weil sich Wetjen zum Glück auf die Anfänge des Wassersports in Bremen und umzu konzentriert. Dafür arbeitete er systematisch und sorgfältig im Staatsarchiv, in Archiven von Sportvereinen und von Sportboot- und Jachtbauern wie der Familie Lürßen. In den historischen Sammlungen der Vereine entdeckt der erfahrene Autor wahre Schätze. Zeitungen wie auch Zeitschriften, so die Bremer Nachrichten, die Norddeutsche Volkszeitung, der Stedinger Bote, die Vegesacker Wochenschrift und das Wassersport-Almanach, liefern weiteres Faktenmaterial.

Peter Wetjen entfaltet vielfältige Ansätze zum Thema Geschichte des Wassersports in Bremen und webt die Sportarten Rudern und Segeln mit all ihren praktisch und theoretisch möglichen Zusammenhängen in das gesellschaftliche Umfeld der Hansestadt Bremen ein. Besonders gelingen ihm anschaulich präzise Zugänge zu den verschiedenen Geschichtsperioden in 175 Jahren Bremer Wassersport. So lagert Wetjen naturgemäß gegebene Interessenkonflikte zwischen Fischern und Wassersportlern in seinen Diskurs ein. Der Autor berichtet ab Seite 13 fundiert von der wichtigen Rolle des Fischfangs auf der Weser und vor allem von dem naturgemäß gespannten Verhältnis zwischen Wassersportlern und Fischern mit all den verschiedenen Kontroversen und Auswirkungen auf die beiden Gruppen.

Mit Augenmaß und sicheren Wertungen zeichnet Peter Wetjen ein detailgenaues Bild der einzelnen historischen Phasen des Rudersports auf der Weser. Dabei bleiben

Bremens Sozialstrukturen in ihren Beziehungen zur Entwicklung einer äußerst lebendigen Wassersportszene im Auge des Forschers. Es wird klar, wie sich anfängliche Vergnügungsfahrten mit Ruder- und Segelbooten in der Freizeit mehr und mehr zu sportlichen Wettfahrten ausdehnten. Der Leser kann nachvollziehen, wie sich nach den ersten Jahrzehnten ein Breitenphänomen mit entsprechenden Organisationsformen entwickelte, sich zunehmend regelgeleiteter und organisierter Sport verbreitete, sich die Vereinsarbeit in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts professionalisierte und zugleich sich parallel Regelwerke, Ligen, Wettkampf-, Trainings- und Managementformen herausbildeten. Beachtlich ist, dass und wie der ehemalige Leistungssportler exzellente Vergleiche mit den zeitlichen Entwicklungsläufen des Rudersports zwischen Hamburg, Frankfurt am Main und Bremen exakt nachzeichnet. Früh schon stellt Peter Wetjen herausragende Persönlichkeiten in die Erzählung der Bremer Wassersportgeschichte. Zum Beispiel Otto Krudewolf als Segler der ersten Stunde und Hinrich Hilken als Segelmacher und Segler sowie Hermann Heinrich Meier als ältesten Ruderer.

1877 startete die erste organisierte Segelregatta zwischen Vegesack und Lienen. 1879 explodierte die Szene förmlich: in Bremen, aber auch im Oldenburgischen Dreisieln und Brake wurden Regattavereine gegründet, um dem immensen Drang nach sportlichem Wettkampf nachzukommen. Wetjen schildert nicht nur die Geschichte der Ruder- und Segelvereine, sondern auch den Bootsbau bis zur Entwicklung der Rollsitze, die Entwicklungen im Werftgeschäft, die Ruderregatten und das Schulrudern.

Summa summarum zeigt dieses preisgekrönte Buch eindrucksvoll, dass Sportgeschichte mehr ist als eine Aufzählung von Rekorden oder eine karge Chronologie der Ruder- und Segelwettbewerbe. Durch die facettenreiche Verknüpfung von kultur- und sozialhistorischen Fragen regt der Bremer Leistungssportler und promovierte Ingenieur neue Forschungsfragen an, seine komplexe sportgeschichtliche Untersuchung erfüllt hohe Standards.

Jürgen Tremper

Jahrbuch der Wittheit zu Bremen.

Aus: Bd. 2014 – 2017 (Bürgersinn und Vereinskultur)

Vgl. Besprechung in diesem Band auf S. 321 – 323.

*Denkmalpflege in Bremen. Schriftenreihe des Landesamtes für
Denkmalpflege Bremen*

Aus: Band 15, 2018 (Renaissance)

Georg Skalecki, Denkmalpflege an Dach des Rathauses zu Bremen, S. 8–21. – Rolf Kirsch, Ein verborgenes Schmuckstück: Die bemalte Holzdecke von 1580 im Haus Heineken, S. 22–34. – Marianne Ricci, Spolien aus der Renaissance – eine Zeitreise durch die Bremer Innenstadt, S. 35–51. – Uwe Schwartz, (Nicht mehr als) Eine schöne Erinnerung: Verlorene Bauwerke der Renaissancezeit in Bremen, S. 52–68. – Achim Todenhöfer, Der Wiederaufbau von kriegszerstörten Renaissancegebäuden nach 1945 in Bremen, S. 69–100. – Rolf Kirsch, Das Kaufmanns-Dielenhaus Langenstraße 28 – das letzte seiner Art in Bremen, S. 101–103. – Ottmar Struwe und Achim Todenhöfer, Aktuelle Praxisberichte: Aus dem Dornröschenschlaf erwacht – die künstliche Turmuine in Bremen-Grohn; Bauhistorische Untersuchungen am Landhaus Heineken in Oberneuland; Sanierung des »Elefanten«, S. 104–108. – Rolf Kirsch und Uwe Schwartz, Neue Unterschutzstellungen: Geschäftshaus Hübötter in Bremen und Mausoleum Lange (Rahusen) in Bremerhaven, S. 109–116.

Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte

Aus: Band 103, 2017

Günther Bock, Georg von Herwardeshude, Vogt zu Hamburg – Zur Frage der städtischen Führungsorgane im 13. Jahrhundert, S. 1–34. – Antje Haag, Psychosomatik und Aufklärung im 18. Jahrhundert. Die »vernünftigen Ärzte« Johann August Unzer (1727–1799) und Johann Christian Bolten (1727–1757), S. 35–56. – Jürgen Overhoff, Die transatlantischen Bezüge der hamburgischen Aufklärung (1757–1817). Von Blitzableitern, Kommerz und republikanischen Idealen, S. 57–84. – Sebastian Merkel, Kriegsgefangenen auf Hahnöfersand. Ein Hamburger Arbeitslager und -kommando während des Ersten Weltkriegs, S. 85–111. – Wilfried Weinke, »A photojournalist with a social conscience«. Von Hamburg nach Australien: der Fotograf Francis Reiss, S. 113–138.

Zeitschrift für Lübeckische Geschichte

Aus: Band 97, 2017

Heinrich Dormeier, Sieg der Reformation? Glaube und Gesellschaft in Lübeck im Spiegel der Testamente, weiterer Schriftzeugnisse und der Kunst (1530–1555), S. 11–94. – Andreas Röpcke, Die Lübisches-mecklenburgische Fehde 1506, S. 111–132. – Kerstin Letz, Der »Offizielle Katalog« der Deutsch-Nordischen Handels- und Industrieausstellung in Lübeck im Jahre 1895 – ein Zeugnis der industriellen Entwicklung Lübecks, S. 185–216. – Antjekathrin Graßmann, »eine höchst erwünschte Bereicherung ihres Bücherschatzes«. Überlegungen zum Schriftentausch landesgeschichtlicher Zeitschriften am Beispiel Lübecks, S. 217–236. – Gerhard Ahrens, Der Rathenaumord und die Änderung Lübecker Straßennamen, S. 237–250.

Stader Jahrbuch (Stader Archiv NF)

Aus: Band 107, 2017 (Sachkultur. Dokumentation – Sammlung – Forschung)

Bernd Kappelhoff, Das Stader Regierungsgebäude von 1899 – der erste moderne Verwaltungszweckbau der Schwingestadt und seine zeittypische repräsentative Ausstattung, S. 71–88. – Elfriede Bachmann, Sachzeugnisse und schriftliche Überlieferung zur Geschichte der Familie von Issendorf in Bremervörde, Poggemühlen und Oese, S. 105–136. – Alice Bargfrede-Olsson, Epitaphien im Kirchenkreis Stade. Beispiele aus dem 16. bis 18. Jahrhundert, S. 137–156. Heike Schlichting, Der Kunstbestand in der Sammlung des Stader Geschichts- und Heimatvereins, S. 179–202.

Oldenburger Jahrbuch

Aus: Band 117, 2017

Matthias Nistal, Der Kaiser von Rastede: Barbarossa-Verehrung als politisches Signal, S. 9–26. – Gerd Steinwascher, Graf Anton Günther von Oldenburg – Wirken und Mythos eines Oldenburger Herrschers, S. 27–48. – Alwin Hanschmidt, Die Kirchspielvögte in Steinfeld (Amt Vechta) vom 17. bis 19. Jahrhundert: ein Beitrag zur »Vererbung« von Ämtern in der kommunalen Verwaltung, S. 49–75. – Franz-Reinhard Ruppert, Arbeitsmigranten aus Böhmen bei der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei in Delmenhorst ab 1885, S. 77–98. – Peter Wetjen, Früher Wassersport im Herzogtum Oldenburg, S. 99–107. – Elias Angele, »Der letzte Jude von Oldenburg« – die Verdrängung Arnold Spitzers aus seinem Gewerbe 1938–1941, S. 109–122. – Steven Heimlich/Björn Allmendinger, Eine postkoloniale Spurensuche in Delmenhorst: das »Kolonialforscherviertel« in Annenheide, S. 123–147. – Jennifer Tadge, Reine Kopfsache? – Die Geschichte zweier Humanschädel in den Beständen des Landesmuseums Natur und Mensch Oldenburg, S. 149–159. – Sebastian Dohe, Der vergessene Zwilling der Gemäldegalerie – Kunstwerke des Großherzoglichen Fideikommiss in Oldenburg, S. 171–193. – Ingeborg Nöldeke, Das von Bernhard Winter entworfene Taufbecken in der St.-Stephanus-Kirche in Schortens, gestiftet aus Anlass des vierhundertjährigen Reformationsjubiläums, S. 195–202. – Gloria Köpnick, »...die Moderne will aber ekstatischen Seelenausdruck« – die Tanzspiele der Vereinigung junge Kunst, S. 203–223. – Kara Schmidt, Schortens – ein gemischt belegtes Gräberfeld an der Nordseeküste, S. 267–274. – Peter-René Becker, Hugo von Buttell-Reepen: die zoologische und botanische Ausbeute seiner Seefahrten nach Singapur und Chile, S. 275–302.

Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte

Hrsg. von der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen

Aus: Band 89, 2017

Konrad Elmshäuser, Von der Kaiserfreiheit zur Kaisertreue. Bremens Rathaus als Ort stadtstaatlicher Selbstrepräsentation, S. 7–36. – Gerd van den Heuvel, Monarchische Handlungsspielräume im Königreich Hannover (1814–1866), S. 63–82. – Hans-Werner Hahn, Veränderte Handlungsspielräume und neues Selbstverständnis? Deutsche Monarchen im 19. Jahrhundert, S. 83–106. – Sebastian Weitkamp, Die Kartei der Politischen Polizei / Gestapo-Stelle Osnabrück 1929–1945, S. 107–128. – Corinne Bouillot, Die Erinnerung an den alliierten Luftkrieg in Hannover. Eine lokale Analyse im europäischen Vergleich, S. 129–146.

Hansische Geschichtsblätter

Aus: Bd. 134, 2016

Rolf Hammel-Kiesow, Eckhard Müller-Mertens (28. 8. 1923 – 14. 1. 2015), S. VII–XI. – Adolf E. Hofmeister, Bremen, Harderwijk und die Zuiderzee, S. 1–18. – Justyna Wubs-Mrozewicz, Die Zuiderzeestädte in der Hanse: Informationsaustausch, Konflikte und Konfliktlösung, S. 19–38. – Louis Sicking, Zuiderzeestädte an der Ostsee. ›Vitten‹ und ›Vögte‹ – Raum und städtische Vertreter im spätmittelalterlichen Schonen, S. 39–59. – David Igual Luis, Vom Feld aufs Schiff. Handel und Export von Reis aus Valencia nach Flandern im Spätmittelalter, S. 61–95. – Sabine Karg und Carsten Jahnke, Der Reishandel im Hanseraum, S. 97–131. – Ulla Kypta, Hansegeschichte als Organisationsgeschichte versus Hansegeschichte als Wirtschaftsgeschichte. Anregungen für eine diskussionsfähige Hanseforschung, S. 133–165. – Albrecht Cordes, Philipp Höhn und Alexander Krey, Schwächediskurse und Ressourcenregime. Überlegungen zu Hanse, Recht und historischem Wandel, S. 167–203. – Eike Lehmann und Wolf-Dieter Hoheisel, Anmerkungen zum Schiffbau der Hansezeit, S. 205–217. – Maik-Jens Springmann, Normierung und Standardisierung im Schiffbau zur Zeit des Übergangs zur Frühen Neuzeit: Eine vornehmlich auf den Frachtraum gerichtete Untersuchung und ein Beitrag zum Verständnis der tiefgreifenden Umwälzungen der Schifffahrtsverhältnisse im Ostseeraum, 219–286. – Hugo Weczerka, Beiträge zu den Beziehungen zwischen dem Hansischen Geschichtsverein und der Hansischen Arbeitsgemeinschaft in der DDR (1955–1990). Persönliche Erfahrungen und Einschätzungen, S. 287–324.

Deutsches Schifffahrtsarchiv

Aus: Band 39, 2016

Gotthilf Hempel, Erinnerungen an ein halbes Jahrhundert deutscher Meeresforschung, S. 9–28. – Christian Ostersehlte, Yachten und Yachtender für Amerika. Das USA-Geschäft der Fr. Lürssen Yacht- und Bootswerft in Bremen-Vegesack in der Zwischenkriegszeit, S. 325–421.

Weitere Neuerscheinungen zur bremischen Geschichte und Landeskunde

(Vollständigkeit im Sinne einer Bibliografie wird nicht angestrebt.

Besprechungen bleiben vorgehalten.)

- Auf dem Garten, Klaus und Ostersehlte, Christian: Der Kampf um Bremens Seehafenstellung. Die Seeschiffahrtsstraße Weser. Bereisungsdampfer WELLE im Dienst der Weserkorrektion und seine Rekonstruktion. Bremen: Falkenberg 2018. 176 S.
- Bredemeier, Rolf: Vom Moses zum Kapitän. Geschichten, Berichte, Ereignisse, Erfahrungen und Erkenntnisse, erlebt, ertragen und gesammelt in den 50er und 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf Stückgutfrachtern bei der »Christlichen Seefahrt«, auf zivil besetzten Schiffen der Bundesmarine und schließlich als Fachlehrer für Navigation und Mathematik. Norderstedt: Books on Demand 2017. 383 S.
- Bremische Evangelische Kirche in Kooperation mit der Bremischen Bürgerschaft (Hrsg.): Eingerollte Segel und volle Fahrt. Kirchen- und Staatsschiffe im Medienkrieg der Reformationszeit. Katalog von Stephan Leibfried und Wolfgang Winter. Bremen 2017. 60 S.
- Christoffersen, Peter und Johr, Barbara (Hrsg.): Stolpersteine in Bremen. Biografische Spurensuche. Schwachhausen / Horn-Lehe. Landeszentrale für Politische Bildung, Bremen. Erinnern für die Zukunft e.V. Red.: Marlies Backhus, Peter Christoffersen, Franz Dwertmann. Bremen: Sujet 2017. 231 S.
- Claassen, Horst H.: St. Martini Kirchenführer: Historisches und Sehenswertes (Hrsg. von der Evangelischen St. Martini Gemeinde). Bremen 2014. 32 S.
- Dannenberg, Hans-Eckhard und Otte, Hans (Hrsg.): Die Reformation im Elbe-Weser-Raum – Voraussetzungen, Verlauf, Veränderungen (Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden. 50) Stade: Landschaftsverband 2017. 361 S.
- Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Landesverband Bremen e.V. (Hrsg.): Die stillen Helden. Red.: Philipp Postulka. Lübeck: Harvey 2017. 63 S.
- Die Weser von oben. 452 Kilometer voller Schönheit, der Strom unserer Heimat. [Red.: Gesa Below]. Bremen: Bremer Tageszeitungen AG 2017. 170 S.
- Dotzauer, Manuel: Bahnlandschaft Weser-Elbe-Region. Bremerhaven und das »Nasse Dreieck«. 2. akt. und erw. Aufl. Bremen: Kellner 2018. 189 S.
- Dünzelmann, Anne E.: Der ehrenwerte Herr L. – ein SS-Offizier unter Verdacht. Norderstedt: Books on Demand 2018. 64 S.
- Ehrhardt, Michael und Fischer, Norbert: Von Schlachten und Überfällen. Zur Geschichte der Deiche an Mittelweser, Wümme und Aller (Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der Ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden. Bd. 52) (Geschichte der Deiche an Elbe und Weser. Bd. 8). Stade: Landschaftsverband 2018. 556 S.
- Elmshäuser, Konrad und Elsmann, Thomas: Glaube und Politik. Grundzüge und Folgen der Reformation in Bremen (Schriften des Staatsarchivs Bremen. Bd. 57). Bremen: Staatsarchiv 2017. 16 S.
- Erlay, David: Kaiser & Kaisen. Bremer Geschichte(n). Bremen: Kellner 2018. 121 S.
- Evangelisches Diakonissenmutterhaus in Bremen e.V. (Hrsg.): 1867–2017. Ev. Diakonissenmutterhaus in Bremen. Festschrift zum 150-jährigen Bestehen. Red.: Sigrid Pfäfflin. Bremen 2017. 158 S.

- Fanprojekt Bremen e.V. (Hrsg.): Unvergessen vergessen Alfred Ries. »Wer Versöhnung will, muss sie praktizieren«. Unter Mitarbeit von Susanne Rygol, Nick Heilenkötter, Fabian Ettrich. Bremen: [Werder-Bremen 2017]. 30 S.
- Fleißner, Alfred: Die Volkskrankheit. Tuberkulosebekämpfung in der NS- und in der Besatzungszeit im Bezirk Oldenburg-Bremen (Histoire. 123). Bielefeld: transcript 2017. 175 S.
- Fraesdorff, David: Der barbarische Norden. Vorstellungen und Fremdkategorien bei Rimbert, Thietmar von Merseburg, Adam von Bremen und Helmold von Bosau (Orbis mediaevalis. 5). Berlin: Akademie 2015. 415 S.
- Hammel-Kiesow, Rolf (Hrsg.): Die hanseatisch-amerikanischen Beziehungen seit 1790. (Hansische Studien. 24). Trier: Porta-Alba 2017. XII und 355 S.
- Hannemann, Tilmann: Religiöser Wandel in der Spätaufklärung am Beispiel der Lavaterschule 1770–1805 (Beiträge zur Europäischen Religionsgeschichte (BERG). 5). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2017. XVI und 365 S.
- Heeren, Horst J.: Bernhard Hoetger 1874–1956. Industrie-Design. Besteck 66400. Werkverzeichnis Koch & Bergfeld Bremen. Bremen 2018. 98 S.
- Hethey, Frank: Fein Toback und mehr ... Geschichte(n) aus 225 Jahren Joh. Gottfr. Schütte & Co. 1792–2017. [Hrsg.: Joh. Gottfr. Schütte GmbH & Co. KG]. Bremen 2017. 128 S.
- Hübötter, Klaus: Tagebuchverse XXII: 1. 7. 2016–29. 6. 2017. Bremen: Selbstverl. [2017]. 209 S.
- Jakubowski, Jeanette: Geschichte des jüdischen Friedhofs in Bremen. 2. verb. Aufl. Hamburg: Disserta-Verl. 2017. 264 und XLI S.
- Jürgens-Pieper, Renate: Anmerkungen mit grüner Tinte. Erinnerungen. Bremen: Temmen 2018. 387 S.
- Kastein, Josef: Pik Adam. [eine endlich wiederentdeckte Rarität]. Hrsg. und mit einem Nachw. vers. von Johann-Günther König. Bremen: Kellner 2017. 228 S.
- Kludas, Arnold: Auf der Weser. Fotografien von Karl-Heinz Schwadtke aus den 1960er-Jahren in Bremen und Bremerhaven. Wiefelstede: Oceanum 2017. 71 S.
- Kruse, Jan: Schlepsschiffahrt auf der Weser zwischen Hann. Münden und Bremerhaven. Erfurt: Sutton 2017. 119 S.
- Kupfer, Gerhard (Hrsg.): Streik und Menschenwürde. Der Kampf Bremer Mercedes-Arbeiter gegen Werkverträge und Leiharbeit. Hamburg: VSA 2017. 92 S.
- Lauschke, Karl: Widerstand lohnt sich! Die Geschichte der Bremer Hütte – oder: Wieso wird heute noch Stahl in Bremen produziert? Unter Mitwirkung von Peter Sörgel und Eike Hemmer. Hamburg: VSA 2017. 573 S.
- Löbert, Dagmar: Da ging noch was. Das bewegte Leben einer Bremer Künstlerin. Bremen: Kellner 2018. 229 S.
- Lohmann, Fritz: Erinnerungen an Holdheim. Bergisch Gladbach 2017. 26 S.
- Lohmann, Heinrich: Der Bremer Fichtenhof und seine Bewohner. Ein wenig bekanntes Kapitel aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bremen: Falkenberg 2018. 311 S.
- Männergesangsverein Echo Burg von 1891 (Hrsg.): 125 Jahre M.G.V. Echo-Burg von 1891 bis 2016. Bremen 2016. 9 S.
- Mein Bremen 1968 bis 1983: Menschen und ihre Geschichten. Aufbruch, Freiheit,

- Musik und Demonstrationen. Red.: Linda Sundmaeker. Bremen: Bremer Tageszeitungen AG 2018. 98 S.
- Monsees, Gerd: Die Bruno Bischoff Reederei – die Chronik einer Bremer Reederei. 2. Aufl. Bremen: Selbstverl. 2017. 462 S.
- Neimke, Lothar: Bauen und mehr – aus dem Leben eines Bremer Architekten. 2. durchges. Aufl. Lilienthal: Druckerpresse 2017. 201 S.
- Niehoff, Lydia: Die Geschichte der St. Jacobi Maioris Bruderschaft. Bremen 2017. 199 S.
- Niehoff, Lydia: Präses Chronik. Dr. Dirk Plump. Handelskammer Bremen. Präses 2001–2004. Ohne Ort: Wegner 2018. 123 S.
- Persch, Rainer: Segeln durch stürmische Zeiten. Magnus Müller und die Geschichte der Segelkameradschaft »Das Wappen von Bremen« e.V. 1912–1951. Bremen: Kellner 2018. 108 S.
- Reitemeier, Arnd: Reformation in Norddeutschland. Gottvertrauen zwischen Fürstentum und Teufelsfurcht. Göttingen: Wallstein 2017. 437 S.
- Sattler, Gretel (Hrsg.): Wir Helden vom Pastorenweg. Ein Buch mit 31 Geschichten und zahlreichen Zeichnungen von Schülerinnen und Schülern der Grundschule am Pastorenweg in Bremen. Norderstedt: Books on Demand 2017. 47 S.
- Schmitter, Romina: Bin ich gleichberechtigt? Historischer Streifzug zu einem aktuellen Problem. Bremen: Falkenberg 2018. 175 S.
- Schöck-Quinteros, Eva (Hrsg.): Vom Eis gebissen – im Eis vergraben. Geschichten aus der deutschen Polarforschung (Aus den Akten auf die Bühne. 13). Bremen: Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bremen 2018. 260 S.
- Schulz, Peter: Ein gutes Stück Bremen. 65 Jahre Bremer Heimstiftung. Historische Gebäude und Liegenschaften. Bremen: Kellner 2018. 120 S.
- Sell, Danela: Ein Pionier der Raumfahrt. Manfred Fuchs. Die Biografie. Bremen: Schünemann 2018. 207 S.
- Stauch, Matthias: Bremens Selbständigkeit und Freiheit im Bundesstaat. Wirklichkeit, Möglichkeit und Verfassungslage seit 1947. Vortrag am 31. Mai 2017 im Plenarsaal der Bremischen Bürgerschaft [Hrsg. von der Bremischen Bürgerschaft]. Bremen 2017. 16 S.
- Stenzig, Bernd: Das Märchen vom lieben Gott. Heinrich Vogelers Friedensappell an den Kaiser im Januar 1918. Bremen: Donat 2018. 119 S.
- Strotmann, Peter: Straßenchronik Max-Reger-Straße – von der Schubertstraße in Schwachhausen zur Joseph-Haydn-Straße. Bremen: Schwachhausen-Archiv 2017. 145 Bl.
- Strotmann, Peter: Wetterfahnen in Bremen. Bremen: Eigendr. des Verf. 2017. 256 Bl.
- Tacke, Wilhelm: Geschichte der St.-Antonius-Gemeinde. Bremen: Selbstverl. St. Raphael-Gemeinde 2017. 183 S.
- Untergang vor San Francisco. Die BREMEN 1858 = Shipwrecked at San Francisco. The BREMEN 1858. Helge Ellwart, Helmut Grams, Friedrich-Karl Köbling, Ralf Lauenstein. Bremen: Schünemann 2018. 207 S.
- Wierling, Dorothee: Mit Rohkaffee handeln. Hamburger Kaffeeimporteure im 20. Jahrhundert (Forum Zeitgeschichte. Sonderband). München [u. a.]: Dölling u. Galitz 2018. 382 S.

HISTORISCHE GESELLSCHAFT BREMEN

154. Jahresbericht (2017)

Mitgliederversammlung

Die ordentliche Mitgliederversammlung fand am 2. Mai 2017 im Vortragssaal des Staatsarchivs Bremen statt.

Der Vorsitzende Prof. Dr. Elmshäuser begrüßte die erschienenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Mitgliederversammlung und erstattete satzungsgemäß den Jahresbericht. Die Mitgliederversammlung gedachte anschließend der im Berichtsjahr verstorbenen Mitglieder.

Es erfolgte die Berichterstattung des Schatzmeisters Herrn Salzer, der anhand des Rechnungsberichts (s. u.) die finanzielle Lage des Vereins erläuterte. Nach der Stellungnahme von Herrn Hoffmann als Rechnungsprüfer wurden auf Antrag Schatzmeister und Vorstand durch die Mitgliederversammlung entlastet. Als Rechnungsprüfer wurden Herr Hofmann und Herr Worgull bestätigt. Herr Hoffmann kündigte dabei an, letztmalig für dieses Amt zur Verfügung zu stehen. Der Vorsitzende dankte Herrn Hoffmann herzlich für seine langjährige Tätigkeit als Rechnungsprüfer.

Der Versammlung schloss sich ein bebildeter Kurzvortrag des Vorsitzenden in Hinblick auf die Reformationsausstellung des Staatsarchivs und der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen »Glaube und Politik. Dokumente zur Reformation in Bremen« im September 2017 an.

Vorstand

Im Vorstand der Historischen Gesellschaft ergaben sich im Berichtsjahr keine Änderungen.

Mitgliederbewegung

Im Jahr 2017 traten 10 Personen der Gesellschaft bei, 13 Austritte aus Alters- oder anderen erklärten Beweggründen waren zu verzeichnen, 6 Mitglieder sind verstorben. Am 31. Dezember 2017 hatte die Historische Gesellschaft 563 Mitglieder.

Veröffentlichungen

Band 96 des Bremischen Jahrbuchs ist im Dezember 2017 erschienen. Das Jahrbuch lag wie gewohnt bis Anfang 2018 in der Geschäftsstelle zur Abholung bereit bzw. wurde Mitgliedern auf Wunsch zum Selbstkostenpreis zugesandt.

Vorträge

Auf Einladung der Historischen Gesellschaft Bremen und in Kooperation mit

anderen wissenschaftlichen Vereinen und Institutionen fanden im Berichtsjahr 2017 folgende Veranstaltungen statt:

Dr. Horst Roessler (Bremen): Wandermusikanten und Orgeldreher, Puppenspieler und Guckkastenträger in Bremen und im Elbe-Weser-Dreieck im 19. Jhd. (18. Januar 2017)

Dr. Anna Maria Pedron (Berlin): Von der US-Enklave zum Bundesland: Zur Wiederbegründung des Landes Bremen vor 70 Jahren (1. Februar 2017)

Dr. Michael Rüppel (Bremen): Auf der Reise ins Paradies von Deutschland – Das Bremer Reisetagebuch von Christine und Heinrich Gondela aus dem Jahre 1802 (23. Februar 2017)

Dr. Christine Schoenmakers (Hannover): Die Rückkehr der »Ehemaligen«: Personelle und ideologische Kontinuitäten in der Bremer Justiz nach 1945 (16. März 2017)

Dr. Ralf Kluttig-Altman (Halle): Reformationsarchäologie aus Wittenberg – Luther und Cranach als Beispiele personalisierter Archäologie (28. März 2017)

Dr. Jörn Brinkhus (Bremen): Der Bremer Roland – ein deutscher und bremscher Erinnerungsort? (27. April 2017)

Prof. Dr. Sven Reichardt (Konstanz): War die antiautoritäre Linke neoromanisch? Exemplarische Beobachtungen zu alternativen Lebensformen in der Bundesrepublik der 1970er Jahre (26. September 2017)

Jutta Siegmeyer (Hagen): Macht und Pracht in erzbischöflicher Zeit – Heinrich III von Sachsen-Lauenburg – Erzbischof von Bremen 1567 bis 1585 »Als jener bald der Liebe frönte ...« (28. September 2017)

Dr. Klaus Grewe (Köln): Wasserversorgung in antiken und mittelalterlichen Städten. Ein Vergleich (17. Oktober 2017)

Prof. Dr. Luise Schorn-Schütte (Frankfurt am Main): Die Reformation. Beabsichtigte und nichtbeabsichtigte Folgen bis heute (24. Oktober 2017)

Prof. Dr. Klaus G. Saur (München): Deutsche Verlage im Nationalsozialismus (14. November 2017)

Dr. Jan van de Kamp (Apeldoorn): Die frühe Reformation in Bremen in der Wahrnehmung des Bürgermeisters Daniel von Büren d. Ä. (12. Dezember 2017)

Gesprächsabende, Führungen und sonstige Veranstaltungen

Die Vergabe des von der Historischen Gesellschaft mitfinanzierten Bremer Preis für Heimatforschung der Wittheit zu Bremen fand bei guter Resonanz am 26. April 2017 im Staatsarchiv Bremen statt.

Am 4. Oktober 2017 führte der Vorsitz durch die von ihm kuratierte Reformationsausstellung »Glaube und Politik – Dokumente zur Reformation in Bremen« im Staatsarchiv Bremen. An die Führung schloss sich eine Diskussionsrunde an.

Am 21. November 2017 wurde zum Themenbereich Reformation das Focke-Museum besucht. Frau Dr. Bernsmeier führte als Kuratorin durch die Ausstellung »Bildergeschichten der Reformation – Die Kunst der Bremer Schnitker«. Auch diese Führung war gut besucht und wurde mit einer Diskussionsrunde mit Frau Dr. Bernsmeier beendet.

Zu einem vorweihnachtlichen Gesprächsabend trafen sich interessierte Mitglieder am Montag, dem 11. Dezember 2017. Es wurde das druckfrische Jahrbuch 2017 den Mitgliedern vorgestellt, ein Rückblick auf die Aktivitäten des zurückliegenden Jahres genommen und über Vorhaben für das kommende Jahr informiert. Zuvor wurde durch den Vorsitzenden nochmals eine Führung durch die Reformationsausstellung »Glaube und Politik« veranstaltet.

Tagesfahrten

Die Tagesfahrten galten im Berichtsjahr Zielen in der weiteren Umgebung. Eine Tagesfahrt am 6. Mai 2017 führte nach Detmold und Ostwestfalen-Lippe. Die Residenzstadt mit ihrem Schloss wurde besichtigt, eine ausführliche Führung führte dann bei schönem Wetter durch das Gelände und ausgesuchte Gebäude im westfälischen Freilichtmuseum. Ein Besuch des Hermannsdenkmals beschloss den Tag. Die Fahrt leiteten Prof. Dr. Konrad Elmshäuser und Uwe Bölts.

Am 26. August 2017 wurde im Rahmen einer Tagesfahrt Braunschweig mit dem 2016 wieder eröffneten Herzog Anton Ulrich-Museum besucht. Anlass der Fahrt war die Landesausstellung zur Reformation in Niedersachsen »Im Aufbruch. Reformation 1517–1617« im Landesmuseum, die ebenfalls bei sachkundiger Führung besucht wurde. Die Fahrt leiteten Prof. Dr. Konrad Elmshäuser und Uwe Bölts.

Mehrtagesfahrten

Im Berichtsjahr wurde folgende Mehrtagesreise veranstaltet:

»Das Herz Frankens – von Würzburg nach Bamberg – mit Konzertbesuch im Rahmen des Mozartfestes Würzburg« vom 1. Juli bis 8. Juli 2017. Frankens klassische Kulturlandschaft mit den Werken von Tilmann Riemenschneider und Balthasar Neumann stand im Zentrum der Fahrt. Die Leitung hatten Prof. Dr. Franklin Kopitzsch und Uwe Bölts.

**Rechnungsbericht der Historischen Gesellschaft
zum 31. Dezember 2017**

Bilanz zum 31. Dezember 2017

A k t i v a	Euro	Euro
A. Anlagevermögen		0,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		0,00
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		50.373,64
C. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>0,00</u>
		<u>50.373,64</u>
P a s s i v a		
A. Kapital		
1. Anfangskapital	47.122,31	
2. Jahresfehlbetrag	- 173,17	
3. Sonstige	<u>0,00</u>	46.949,14
B. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen		952,00
C. Verbindlichkeiten		
1. sonstige Verbindlichkeiten		0,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>2.472,50</u>
		<u>50.373,64</u>

Erträge und Aufwendungen im Jahr 2017

Erträge	Euro	Euro
Beiträge	10.240,00	
Spenden	7.000,24	
Zinsen	0,00	
Erlöse Buchverkauf	750,00	
Sonstige Erlöse	<u>1.204,00</u>	<u>19.194,24</u>
Aufwendungen		
Löhne und Gehälter	5.399,16	
Sozialabgaben etc.	1.738,50	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>12.229,75</u>	<u>19.367,41</u>
Jahresfehlbetrag		<u>- 173,17</u>

Gez. Heinz Salzer
Schatzmeister

Geprüft am 24.04.2018
Gez. Lars Worgull
Rechnungsprüfer

Anschriften der Autoren und Rezensenten

- Prof. Dr. Karl Marten Barfuß*, Keplerstraße 25, 28203 Bremen
- Dr. Jörn Brinkhus*, Dessauer Straße 5 a, 28857 Syke
- Eva Determann*, Hermann-Prüser-Straße 4, 28237 Bremen
- Prof. Dr. Konrad Elmshäuser*, Barbarossastraße 20, 28329 Bremen
- Dr. Thomas Elsmann*, Kiebitzweg 5, 29525 Uelzen
- Dr. Maria Hermes-Wladarsch*, Johann-Neudörffer-Straße 25, 28355 Bremen
- Dr. Heiko Herold*, Wasmannstraße 17, 22307 Hamburg
- Henri Hoor*, Haagasse 33, 72070 Tübingen
- Dr. Rolf Kirsch*, Landesamt für Denkmalpflege Bremen, Sandstraße 3,
28195 Bremen
- Johann-Günther König*, Kohlhökerstraße 73, 28203 Bremen
- Dr. Alfred Löhr*, Altenburger Straße 16, 28205 Bremen
- Dr. Brigitta Nimz*, Oberneulander Landstraße 204, 28355 Bremen
- Dr. Christian Ostersehlte*, Julius-Leber-Straße 14, 28329 Bremen
- Prof. Dr. Peter von Rüden*, Große Fischerstraße 2, 28195 Bremen
- Dr. Bettina Schleier*, Kornstraße 193, 28201 Bremen
- Dr. Friedrich Seven*, Kirchberg 17, 37431 Bad Lauterberg
- Christoph Stamm*, Florastraße 86 b, 13187 Berlin
- Dr. Jürgen Tremper*, Robert-Bosch-Straße 7, 28357 Bremen
- Prof. Dr. Horst A. Wessel*, Marie-Colinet-Straße 5, 40721 Hilden
- Dr. Harald Wixforth*, Detmolder Straße 133, 33604 Bielefeld
- Lars Worgull*, St-Pauli-Straße 51, 28203 Bremen
- Dr. Hans Wrobel*, Katzbachstraße 8, 28211 Bremen

**VERÖFFENTLICHUNGEN AUS DEM
STAATSARCHIV DER FREIEN HANSESTADT BREMEN**

Bd. 56	Karl H. Schwebel: Salz im alten Bremen. 1988. 104 S.	8,00 €
Bd. 59	Karl H. Schwebel: Bremer Kaufleute in den Freihäfen der Karibik. Von den Anfängen des Bremer Überseehandels bis 1815. 1995. 460 S.	30,00 €
Bd. 60	Klaus Schwarz: Die Pest in Bremen. Epidemien und freier Handel in einer deutschen Hafenstadt 1350–1713. 1996. 288 S.	16,50 €
Bd. 61	Uwe Weiher: Flüchtlingssituation und Flüchtlingspolitik. Untersuchungen zur Eingliederung der Flüchtlinge in Bremen 1945–1961. 1998. 269 S.	16,50 €
Bd. 62	Beiträge zur bremischen Geschichte. Festschrift für Hartmut Müller. Hrsg. von Adolf E. Hofmeister. 1998. 248 S.	19,00 €
Bd. 63	Karl-Ludwig Sommer: Humanitäre Auslandshilfe als Brücke zu atlantischer Partnerschaft. CARE und CRALOG und die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach Ende des Zweiten Weltkriegs. 1999. 400 S.	22,50 €
Bd. 64	Reinhard Patemann: Bremische Chronik 1981–1986. 2001. 396 S.	23,00 €
Bd. 65	Thomas Siemon: Ausbüxen, Vorwärtskommen, Pflicht erfüllen. Bremer Seeleute am Ende der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 1930–1939. 2002. 600 S.	39,00 €
Bd. 66	700 Jahre Bremer Recht. 1303–2003. Hrsg. von Konrad Elmshäuser und Adolf E. Hofmeister. 2003. 376 S.	38,00 €
Bd. 67	Hans Hesse: Konstruktionen der Unschuld. Die Entnazifizierung am Beispiel von Bremen und Bremerhaven 1945–1953. 2005. 520 S.	30,00 €
Bd. 68	Karolin Bubke: Die Bremer Stadtmauer. Schriftliche Überlieferung und archäologische Befunde eines mittelalterlichen Befestigungsbauwerks. 2007. 320 S.	20,00 €
Bd. 69	Nicola Wurthmann: Senatoren, Freunde und Familie. Herrschaftsstrukturen und Selbstverständnis der Bremer Elite zwischen Tradition und Moderne (1813–1848). 2008. 624 S.	35,00 €
Bd. 70	Anna Maria Pedron: Amerikaner vor Ort. Besatzer und Besetzte in der Enklave Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg. 2010. 404 S.	20,00 €
Bd. 71	Elke Steinhöfel: Wohnungsfürsorgeanstalt Hashude. Die NS-»Asozialenpolitik« und die Bremer Wohlfahrtspflege. 2014. 339 S.	18,00 €

KLEINE SCHRIFTEN DES STAATSARCHIVS BREMEN

- | | | |
|---------|---|---------|
| Heft 34 | Nachlass Johann Smidt (1773 – 1857), Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen (Staatsarchiv Bremen Bestand 7,20). Bearb. von Monika M. Schulte und Nicola Wurthmann. 2004. 475 S. | 19,80 € |
| Heft 36 | »... sind Sie für den geschlossenen Arbeitseinsatz vorgesehen ...«. »Judendeportationen« von Bremerinnen und Bremern während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Bearb. von Günther Rohdenburg. 2006. 367 S. | 10,00 € |
| Heft 37 | Günther Rohdenburg, Karl-Ludwig Sommer: Erinnerungsbuch für die als Juden verfolgten Einwohner Bremens. [2006]. 399 S. | 15,00 € |
| Heft 39 | Occupation – Enclave – State. Die Wiederbegründung des Landes Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg. Dokumente zu Politik und Alltag. Hrsg. vom Staatsarchiv Bremen. 2007. 191 S. | 12,00 € |
| Heft 40 | Vergessene Opfer. Die Erinnerungsarbeit des Vereins Walerjan Wróbel Verein Zwangsarbeit e.V. Bremen. Redaktion: Eva Determann u. a. Hrsg.: Verein Walerjan Wróbel, Verein Zwangsarbeit e.V. 2007. 237 S. | 10,00 € |
| Heft 41 | Hasso Kliese: Bremische Chronik 1987–1995. Redaktion: Günther Rohdenburg. Teil 1: Text. 2011. 494 S. – Teil 2: Register. 2011. 197 S. | 19,50 € |
| Heft 42 | Hasso Kliese: Bremische Chronik 1996 – 2004. Redaktion: Brigitta Nimz, Günther Rohdenburg. Teil 1: Text. 2008. 521 S. – Teil 2: Register. 2008. 213 S. | 19,50 € |
| Heft 45 | Andree Brumshagen: Das Bremer Stadtmilitär im 17. und 18. Jahrhundert. Eine Untersuchung zum Militärwesen in einer Hansestadt. 2010. 299 S. | 12,00 € |
| Heft 46 | Eva Determann (Hrsg.): Von Mensch zu Mensch. Die Deutsche Bruderhilfe. Eine Bremer Initiative im geteilten Deutschland. 2010. 176 S. | 12,50 € |
| Heft 47 | Rainer Alsheimer: Bilder erzählen Geschichten. Eine Fotoanthropologie der Norddeutschen Mission in Westafrika. 2010. 369 S. | 15,00 € |
| Heft 48 | Jörn Brinkhus: Die Novemberpogrome 1938 im Land Bremen. 2013. 82 S. | 5,00 € |
| Heft 49 | Die Kundige Rolle von 1489. Bearbeitet von Jan Ulrich Büttner, Konrad Elmshäuser und Adolf E. Hofmeister. 2014. 66 S. | 4,90 € |
| Heft 50 | Die NS-Vergangenheit früherer Mitglieder der bremischen Bürgerschaft. Projektstudie und wissenschaftliches Colloquium. 2014. 174 S. | 4,90 € |
| Heft 51 | Andreas Fetchenhauer: Sup di full un fret di dick ... un holl dien Mul vun Politik! Politik und Alltag in Huchting 1918 – 1945. 2015. 171 S. | 15,00 € |
| Heft 52 | Hasso Kliese: Bremische Chronik 2005 – 2014. Teil 1 und 2, 2015, zusammen 464 S. | 19,50 € |
| Heft 53 | Gerda Engelbracht: Erinnerungsbuch für die Opfer der NS-Medizinverbrechen in Bremen. Bremen: Edition Falkenberg 2016. 252 S. | 19,90 € |

SCHRIFTEN DES STAATSARCHIVS BREMEN

Heft 54	Jörn Brinkhus (Hrsg.): Kaiser Wilhelm II., Bremen und der Norddeutsche Lloyd – Die »Lebenserinnerungen« des NDL-Direktors Heinrich Wiegand. 2017. 158 S.	13,00 €
Heft 55	Joachim Koetzle und Boris Löffler-Holte (Hrsg.): Jochen Stoss. Pressefotografie 1958 – 2011. 2017. 160 S. mit 200 Abb.	19,50 €
Heft 56	Konrad Elmshäuser (Hrsg.): Bremen und sein Landgebiet (1748) von Johann Daniel Heinbach (1694 – 1764). 2017. 16 S. Booklet und Karte.	9,80 €
Heft 57	Konrad Elmshäuser und Thomas Elsmann: Glaube und Politik. Grundzüge und Folgen der Reformation in Bremen. 2017. 16 S.	5,00 €
Heft 58	Jasper Dräger, Boris Löffler-Holte und Michael Weisser (Hrsg.): bremen:AN:sichten – Das Inventar einer Ästhetischen Feldforschung als Interview über Kunst und Leben in der digitalen Gesellschaft. 2018. 79 S.	5,00 €

BREMISCHES JAHRBUCH

Die 1863 begründete und damit älteste Zeitschrift der Freien Hansestadt Bremen wird vom Staatsarchiv Bremen in Verbindung mit der Historischen Gesellschaft herausgegeben. Sie enthält Beiträge zur bremischen und nordwestdeutschen Landesgeschichte sowie Rezensionen von Neuerscheinungen auf diesem Gebiet.

Lieferbare Bände (ISSN 0341-9622):

Band 54 1976 bis Band 74/75 1995/96	5,00 €
Band 76 1997 bis Band 81 2002	10,00 €
Band 82 2003 bis Band 85 2006	23,00 €
Band 86 2007 bis Band 92 2013	25,00 €
Band 93 2014 bis Band 96 2017	28,00 €

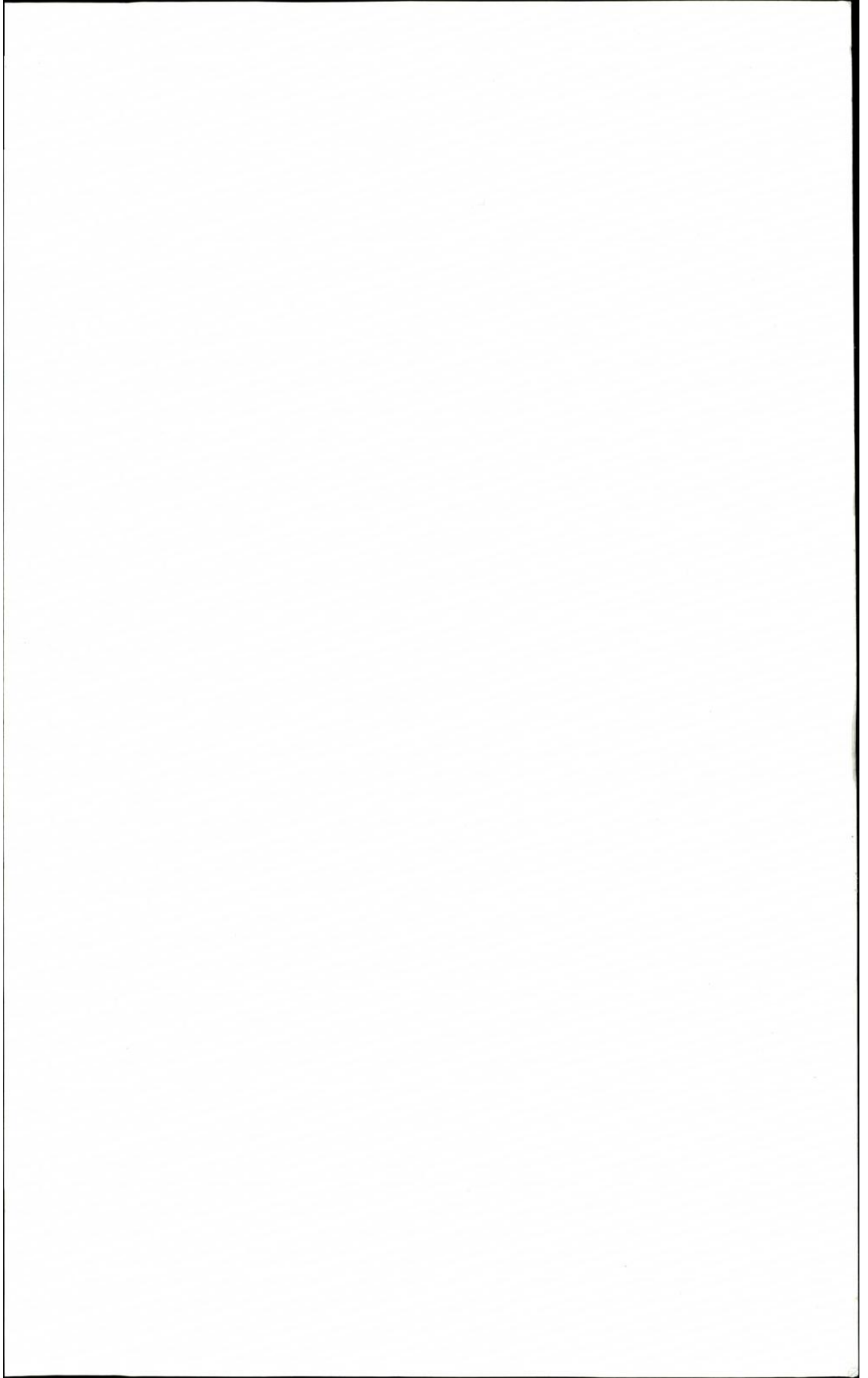
Auslieferung durch das Staatsarchiv Bremen, Am Staatsarchiv 1, 28203 Bremen, Tel. (0421) 361 6228, Fax 361 10 247 sowie durch den Buchhandel.

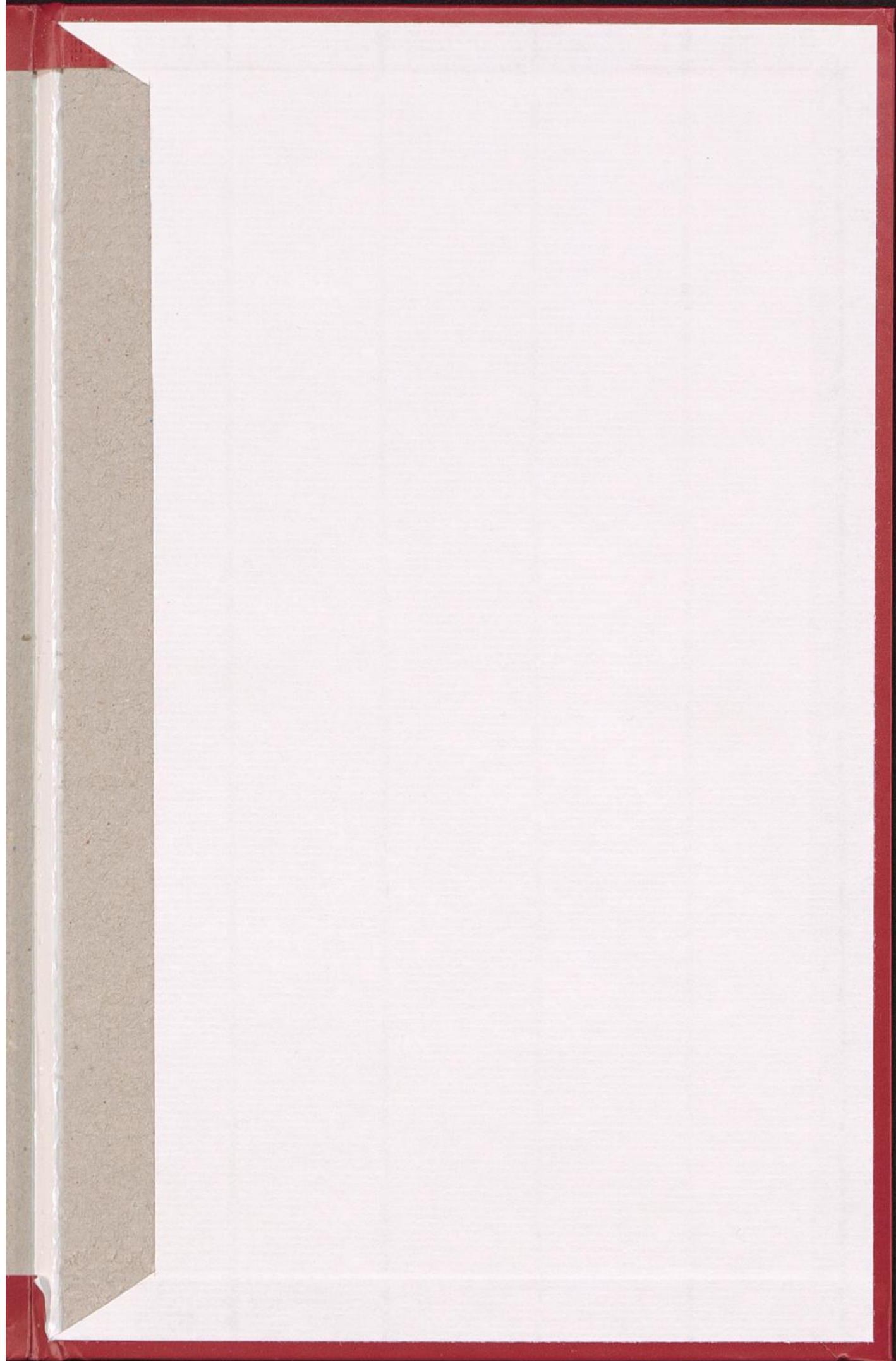
BREMISCHES JAHRBUCH · Zweite Reihe

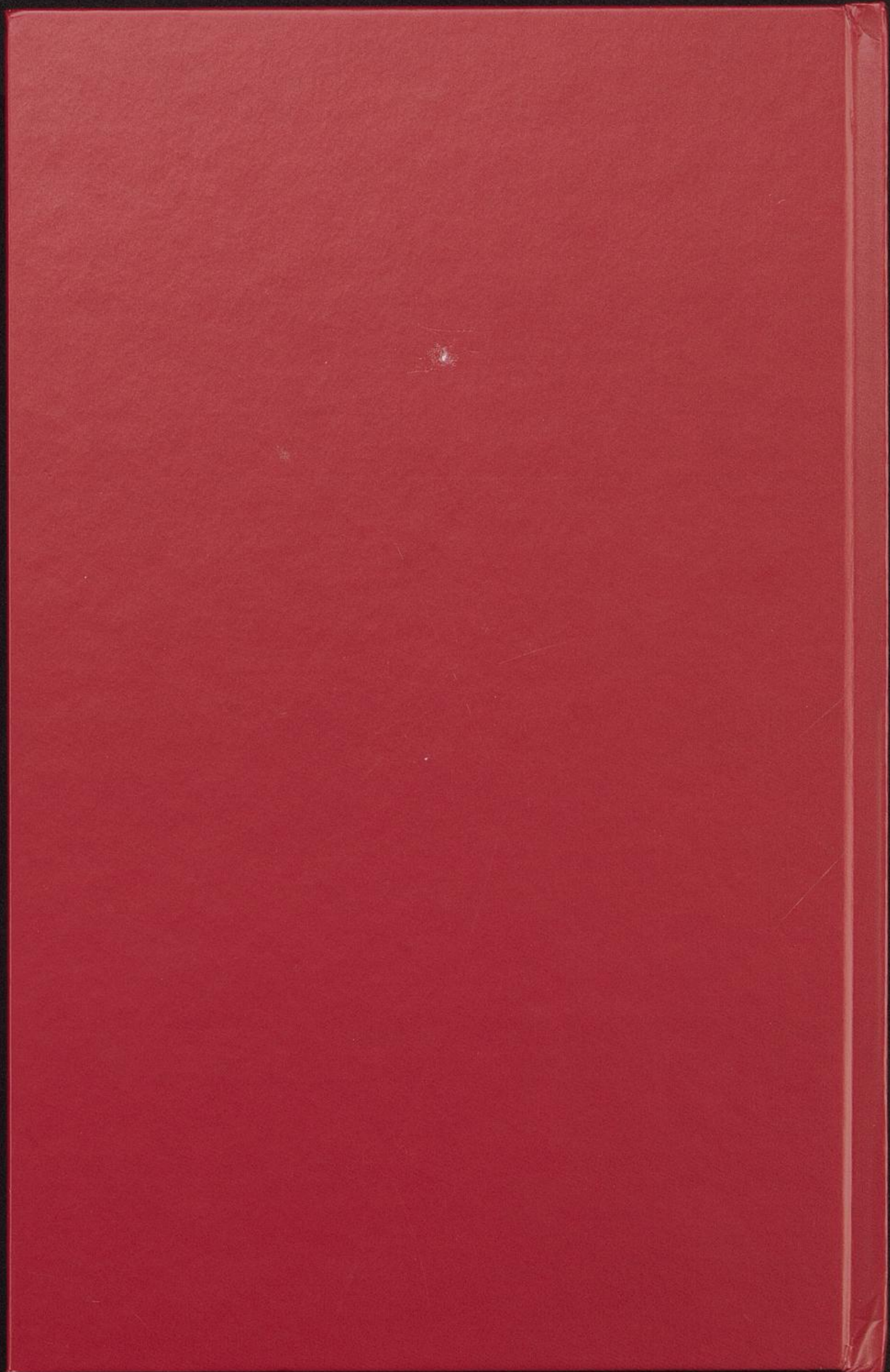
Vierter Band: **Bremer Bürgerbuch 1289 – 1519.**

Bearbeitet von Ulrich Weidinger, in Verbindung mit dem Staatsarchiv Bremen herausgegeben von der Historischen Gesellschaft Bremen. Bremen 2015, 704 S., Ganzleinen. ISBN 978-3-925729-75-1

45,00 €







BREMISCHES JAHRBUCH

BAND 97 · 2018